Markku Hyrkkänen

SOZIALISTISCHE KOLONIALPOLITIK

Societas Historica Finlandiae
Suomen Historiallinen Seura
Finska Historiska Samfundet

Studia Historica 21

Markku Hyrkkänen

SOZIALISTISCHE KOLONIALPOLITIK

Eduard Bernsteins Stellung zur Kolonialpolitik und zum Imperialismus 1882–1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Revisionismus

SHS • Helsinki • 1986

Übersetzt von Christian Krötzl.

Diese Untersuchung ist aufgrund der Druckgenehmigung vom 26. März 1986 der Humanistischen Fakultät der Universität Tampere in die Publikationsreihe 'Studia Historica' der Finnischen Historischen Gesellschaft aufgenommen worden.

Einbandgestaltung: Rauno Endén

ISSN 0081-6493
ISBN 951-9254-77-3

Ekenäs Tryckeri Ab
Tammisaari, 1986

Meinen Eltern

Vorwort

Den Anstoss zu meiner Untersuchung gab ein Begriff. In den 70er Jahren, als man auch in Finnland viel über Sozialismus und Dritte Welt diskutierte, stiess ich bei der Beschäftigung mit der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung auf den Begriff *sozialistische Kolonialpolitik*. Er war mir unbegreiflich. Ich begann seine Genesis und Bedeutung zu erforschen und gelangte schliesslich — nach den in der Wissenschaft üblichen Umwegen — zur Deutung des Revisionismus Eduard Bernsteins unter dem Gesichtspunkt der Einstellung zur Kolonialpolitik.

Der Begriff *sozialistische Kolonialpolitik* ist mir nicht mehr unbegreiflich; unbegreiflich wäre eher, wenn Bernstein ihn nicht aufgenommen und benutzt hätte.

Für Anregungen, Hilfe, Kritik und Hinweise möchte ich besonders Roger Fletcher, Seppo Hentilä, Hans-Christoph Schröder, Pekka Suvanto, Tapani Turkka, Olli Vehviläinen und V.O. Veilahti danken. In vielfältiger Weise haben mich auch Rauno Endén, Seikko Eskola, Pertti Haapala, Pekka Kivekäs, Heinrich Potthoff, Wolfgang Schröder, Tenho Takalo sowie alle meine Kollegen am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Tampere unterstützt.

Das Personal der Archive, die ich besucht habe, war stets hilfsbereit und verständnisvoll. Besonders möchte ich Götz Langkau (IISG) für die Erlaubnis zur Benutzung der Transkripte von Bernsteins und Kautskys Briefwechsel danken. Die Bedeutung dieser Erlaubnis versteht jeder, der sich um die Entzifferung der Handschrift Bernsteins bemühen musste. Für die Vermittlung der publizierten Quellen danke ich dem Fernleihdienst der Universitätsbibliothek Tampere.

Meine Forschungsreisen wurden durch Austauschstipendien der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der

Niederlande sowie durch Stipendien der Universität Tampere ermöglicht. Für die Finanzierung der Übersetzung meiner Untersuchung möchte ich vor allem der Kone Stiftung (Koneen Säätiö), dem Wissenschaftsfonds der Stadt Tampere (Tampereen kaupungin tiederahasto) sowie der Universität Tampere danken. Die sicher nicht leichte Übersetzung meiner Untersuchung hat Christian Krötzl in dankenswerter Weise besorgt.

Die Finnische Historische Gesellschaft nahm meine Untersuchung in ihre Publikationsreihe auf und ermöglichte so deren Veröffentlichung.

Ich hatte das Glück, meine Untersuchung als hauptamtlicher Forscher der Finnischen Akademie durchführen zu können und darf ohne jegliche Übertreibung feststellen, dass der geignetste Ort hierfür das Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Tampere war. Die überwiegend sozialhistorische Ausrichtung der an unserem Institut betriebenen Forschung zur Arbeiterbewegung und Arbeiterschaft gereichte meiner Untersuchung zum Vorteil. Aus Gesprächen mit meinen Kollegen habe ich gelernt, dass die ideengeschichtliche Forschung nicht die einzig mögliche, jedoch eine der möglichen Forschungsarten ist, d.h. dass es wichtig ist, sowohl die Dinge als auch ihr Auffassen zu untersuchen.

Während mich meine Kollegen den spezifisch geschichtswissenschaftlichen Sinn für Realitäten lehrten, lernte ich durch meine Freunde und besonders durch meine Familie – meine Frau Sirkka und meine Söhne Juhana und Tuomas – den Wert jenes allgemeineren Sinnes für Realitäten schätzen: ich erkannte, dass die wissenschaftliche Betätigung nicht das einzig Wichtige in dieser Welt ist.

Tampere, im September 1986

Markku Hyrkkänen

Inhalt

ABKÜRZUNGEN

AsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BGA	Beiträge zur Geschichte der (deutschen) Arbeiterbewegung
BN	Bernstein Nachlass
DdS	Dokumente des Sozialismus
DZfPh	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
KN	Kautsky Nachlass
LN	Liebknecht Nachlass
MN	Motteler Nachlass
NG	Die Neue Gesellschaft
NMbl	Das Neue Montagsblatt
NZ	Die Neue Zeit
PRO	Public Record Office, London
Sd	Der Sozialdemokrat
SDF	Social Democratic Federation
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SM	Sozialistische Monatshefte
StA	Staatsarchiv, Potsdam
VN	Vollmar Nachlass
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZStA	Zentrales Staatsarchiv, Potsdam



Der Sozialismus "stellt sich ganz auf den Boden des Bestehenden und steht doch zugleich auf ganz neuem Boden, von dem heraus er alles Bestehende verwirft und kritisiert".[1]

"Mit der steigenden Macht der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern steigt auch ihre Verantwortung. Wir dürfen deshalb auch in der Kolonialpolitik nicht einen rein negativen Standpunkt einnehmen, sondern wir müssen eine positiv sozialistische Kolonialpolitik treiben".[2]

Einleitung

Der Revisionismusstreit brach in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zum Jahreswechsel 1897/98 aus. Ein auslösendes Moment war dabei u.a. die provozierende Feststellung Eduard Bernsteins, dass ihm das "Endziel" des Sozialismus "gar nichts, die Bewegung alles" bedeute. Dieses bekannteste und gleichzeitig am falschesten verstandene und ausgelegte 'Eingeständnis' Bernsteins findet sich in seinem im Januar 1898 in der *Neuen Zeit* veröffentlichten Artikel, der den Untertitel *Die Zusammenbruchs-Theorie und die Kolonialpolitik* trug.[3] In diesem ersten öffentlichen Systematisierungsversuch seiner revisionistischen Kritik suchte Bernstein diese u.a. mit der Behauptung zu justifizieren, dass die Sozialisten, da sie – mit einigen wenigen Ausnahmen – die Kolonialpolitik an und für sich nicht mehr verurteilten, damit tatsächlich auch auf den Zusammenbruch des Kapitalismus als Grundvoraussetzung ihrer Tätigkeit verzichtet hätten. Die Auffassung, dass die Sozialisten nicht die Kolonialpolitik an sich, sondern nur die 'Methoden' der Kolonialpolitik, d.h. die kolonialpolitische Beschlussfassung, die Kolonialverwaltung und die 'Behandlung' der

---

[1] *Pannekoek*, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1973 (1909), 40. – Anmerkung zu den Anmerkungen: Ich habe die vollständigen bibliographischen Angaben nur beim Verweis auf die sog. Primärquellen, d.h. auf die Schriften Bernsteins und seiner Zeitgenossen angeführt. Beim Verweis auf die Forschungsliteratur habe ich lediglich den Autor und den Haupttitel des Buches oder Artikels angeführt. Die Artikel habe ich von den Büchern durch die Verwendung 'halber' Anführungszeichen unterschieden.

[2] Bernstein am Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale, Prot. Int. Stuttgart 1907, 28.

[3] *Bernstein*, 'Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. 2. Die Zusammenbruchs-Theorie und die Kolonialpolitik', NZ 16, I, 1897–98, 556.

Eingeborenen verurteilen dürften, war der Kerngedanke der *sozialistischen Kolonialpolitik*.

Die *sozialistische Kolonialpolitik* war bereits im Jahre 1907 eine weitverbreitete Lehre und wäre auf dem in diesem Jahr in Stuttgart abgehaltenen siebten Kongress der Zweiten Internationale fast zur 'offiziellen' Stellungnahme der Internationale zur Kolonialfrage erhoben worden. Die Entstehung dieser Lehre ist also bereits früher anzusetzen. Vermutlich zum ersten Mal tauchte der Begriff *sozialistische Kolonialpolitik* in einem kolonialpolitischen Resolutionsentwurf der holländischen Sozialisten für den Amsterdamer Kongress der Zweiten Internationale im Jahre 1904 auf.[4] Es war jedoch Eduard Bernstein, der, ohne den Begriff selbst zu gebrauchen, die Begriffe Sozialismus und Kolonialpolitik bereits acht Jahre früher, 1896, im gleichen Jahr, als er in der *Neuen Zeit* die Artikelserie *Probleme des Sozialismus* begann, miteinander verband. Als Zusammenfassung und Weiterentwicklung der Artikel dieser Serie erschien im Frühling 1899 das Hauptwerk Bernsteins und der gesamten revisionistischen Bewegung *Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben des Sozialdemokratie.*

Bernstein war ein sozialistischer Theoretiker, der sich gemäss dem Titel seines Hauptwerkes zum Ziele gesetzt hatte, die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der sozialistischen Bewegung zu analysieren. Zu Beginn der 90er Jahre war Bernstein neben Friedrich Engels und Karl Kautsky bereits ein international bekannter und geschätzter Interpret und Propagandist des Marxismus. Umso grösseres Aufsehen erregte dann seine Kritik des herrschenden Marxismus Ende der 90er Jahre.

Bernstein wurde am 6. Januar 1850 als fünftes Kind des jüdischen Klempners und späteren Lokomotivführer Jacob Itzig Bernstein geboren.[5] Eduard Bernstein wurde das gleiche Schicksal vorausgesagt wie den fünf anderen Kindern der Familie: man gestand dem kranken und schwachen Kind eine Lebensfrist von einigen Jahren zu. Er erfuhr jedoch vieles in seinem Leben und starb am 18. Dezember 1932, knapp einen Monat vor seinem 83. Geburtstag und rund einen Monat vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten.

Die Zahl der Kinder war der einzige Reichtum der Familie Jacob Itzig Bernsteins. Eduard Bernstein hatte den Besuch der Schule als Sechzehn-

---

[4] *Van Kol*, 'Über Colonialpolitik', SM 8, II, 1904, 606 und 617.

[5] Zur Lebensgeschichte Bernsteins s. z.B. *Gay*, The Dilemma of Democratic Socialism und *Tennstedt*, 'Arbeiterbewegung und Familiengeschichte bei Eduard Bernstein und Ignaz Zadek' sowie natürlich auch die Memoiren *Bernsteins:* Aus den Jahren meines Exils, Berlin 1918; 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', Felix *Meiner* (Hrsg.), Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. 1, Leipzig 1924, 1–58; Von 1850 bis 1872, Berlin 1926 und Sozialdemokratische Lehrjahre, Berlin-Bonn 1978 (Berlin 1928).

jähriger aufzugeben. Nun begann seine zwölfjährige Laufbahn als Bankbeamter, vorerst als Lehrjunge 1866–70, dann als Kommis 1870–78. Die durch die zahlreichen Börsenschwindel der Sturm- und Drangzeit der deutschen Industrie zu Beginn der 70er Jahre hervorgerufene moralische Entrüstung war mit ein Grund dafür, dass er 1872 in die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geleitete Sozialdemokratische Arbeiterpartei eintrat. Ein weiterer Grund für den Eintritt in diese Partei war, dass, wie Bernstein in seinen Memoiren feststellt, gerade Bebel und Liebknecht sich während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 in "bewunderungswürdiger"[6] Weise der Eroberungs- und Annexionspolitik Deutschlands widersetzt hatten.

Im Jahre 1878, kurz vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, gab Bernstein seine Stelle als Bankbeamter auf und zog in die Schweiz, als Privatsekretär zum wohlhabenden deutschen Sozialisten Karl Höchberg. In der Partei machte Bernstein rasch Karriere. Zu Beginn des Jahres 1881 wurde er neben Wilhelm Liebknecht zum verantwortlichen Redakteur des in Zürich redigierten *Sozialdemokrat. Der Sozialdemokrat* erschien in Zürich bis zum Jahre 1888, als der Schweizer Bundesrat auf Druck der deutschen Regierung die Redaktion des Landes verwies. Danach wurde die Zeitung bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 in London redigiert. Nachdem sie ihr Erscheinen eingestellt hatte, wurde Bernstein zum festangestellten Mitarbeiter der von seinem guten Freund Kautsky redigierten *Neuen Zeit,* daneben fungierte er auch als Englandkorrespondent des Zentralorgans seiner Partei, des *Vorwärts.* Im Jahre 1900 musste er wegen seiner revisionistischen Wende als Mitarbeiter der *Neuen Zeit* zurücktreten. Er konnte seine Texte nun in den *Sozialistischen Monatsheften,* einer auch international (nicht zuletzt durch das Verdienst Bernsteins) bekannten und geschätzten revisionistischen Zeitschrift veröffentlichen. In seine deutsche Heimat konnte Bernstein zu Beginn des Jahres 1901, nach fast 23 Exiljahren, zurückkehren.

Die Zeitgenossen interpretierten die Texte Bernsteins als Ausdruck der Bestrebungen der gesamten revisionistischen Bewegung. Bereits von der Jahrhundertwende an hatte Bernstein jedoch immer ernstere politische und theoretische Differenzen mit dem Herausgeber der *Monatshefte* Joseph Bloch, vorerst über die Handelspolitik sowie ungefähr vom Jahre 1905 an auch über die Aussenpolitik, insbesondere über die deutsch-englischen Beziehungen. Die von Bloch redigierten *Monatshefte* begannen vom Jahre 1905 an immer konsequenter die nationalen Interessen Deutschlands zu vertreten, während Bernstein sich immer stärker für gute Beziehungen zwischen

---

[6] *Bernstein,* 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 6.

Deutschland und England aussprach.[7] Am 4. August 1914 stimmte Bernstein, entsprechend den allgemeinen Erwartungen, im Reichstag für die Kriegskredite, überzeugte sich jedoch, entgegen den allgemeinen Erwartungen, bereits im Herbst 1914 von der Kriegsschuld Deutschlands und musste als Mitarbeiter der *Monatshefte* zurücktreten. Im Dezember 1915 stimmte er im Reichstag gegen die Kriegskredite und schloss sich 1917 der aus der Kriegsopposition seiner Partei gebildeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. In die SPD trat er wieder 1919 ein. Als Reichstagsvertreter seiner Partei fungierte er in den Jahren 1902–06, 1912–18 und 1920–28. Vor dem Jahre 1914 nahm er im Reichstag entsprechend der Linie seiner Partei vor allem zur Handels- und Aussenpolitik Stellung. Trotz seiner Tätigkeit im Reichstag war er kein politischer Führer, und nicht einmal ein Führer der revisionistischen Bewegung. Die Begräbnisse Bebels (1913) und Liebknechts (1900) waren massive Demonstrationen gewesen; das Begräbnis Bernsteins war lediglich eine schlichte Gedenkfeier.

Der Zuwachs der Anhängerschaft und der politischen Bedeutung der sozialistischen Parteien bedeutete zugleich die Komplizierung der sozialistischen Problematik und die zunehmende Notwendigkeit ihrer begrifflichen Beherrschung. Auch die Kolonialpolitik wurde, neben vielen weiteren Fragen, in den 80er Jahren zu einem Problem der sozialistischen *Partei*, d.h. zu einer Frage, zu der die Sozialisten als Sozialisten Stellung zu beziehen hatten. Die kolonialpolitischen Analysen Bernsteins und seiner sozialistischen Zeitgenossen waren Reflexionen der Möglichkeiten des Sozialismus und der Aufgaben der sozialistischen Bewegung. Für Karl Marx hingegen stellte die Kolonialpolitik noch kein Problem der sozialistischen *Partei* dar. Bei seinem Tode im Jahre 1883 waren die sozialistischen oder sich für marxistisch haltenden Parteien noch keine Faktoren von nationaler Bedeutung, was der hauptsächliche Grund dafür war, dass die Kolonialpolitik noch nicht als nationalistisches, antisozialistisches Mittel in Kampfe gegen den Sozialismus eingesetzt werden musste. Die Kolonialfrage war ausserdem beim Tode Marx' noch nicht zu einer betont 'nationalen', die sog. öffentliche Meinung bewegenden Frage geworden. Die Kolonialfrage war also für Marx noch einfacher, 'akademischer' als für die Sozialisten zur Jahrhundertwende. Marx analysierte die Kolonialpolitik vor allem vom Standpunkt der Entwicklung des Kapitalismus und nicht von dem der Parteipolitik, d.h. von den Aufgaben und Zielsetzungen der sozialistischen Bewegung aus. Im ersten, 1867 erschienen Band des *Kapitals* behandelte er bei der sog. ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, d.h. beim Entste-

[7] Dazu s. bes. *Fletcher*, Revisionism and Empire.

hungsprozess des Kapitalverhältnisses, "der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter,"[8] den Anteil der Kolonien gesondert. Auch die Schaffung des Kolonialsystems sei Teil dieses historischen Scheidungsprozesses von Produzent und Produktionsmittel: "Der ausserhalb Europas direkt durch Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floss ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital."[9] Trotz der an sich kritischen Formulierungen konnte Marx unbeschwerter als die Marxisten der Jahrhundertwende die Kolonisation als historisch fortschrittliche Erscheinung bezeichnen. Dies wird u.a. aus seinen in den 50er Jahren für die *New York Daily Tribune* verfassten Artikeln über Indien ersichtlich: bei seiner Expansion zerstöre der Kapitalismus die 'lebensunfähigen' Produktionssysteme und schaffe gleichzeitig die Voraussetzungen zu seiner eigenen Vernichtung.[10] Die Schriften Marx' lieferten also keine Antwort auf die Frage, wie sich die für marxistisch haltenden Parteien zur Kolonialpolitik, die besonders im Deutschen Kaiserreich in recht wirkungsvoller Weise gegen die Sozialisten eingesetzt wurde, einstellen sollten. Engels kam bereits in Berührung mit dieser parteipolitischen Problematik der Kolonialfrage und hatte auch (s. Kap. I/3) deren Schwierigkeit und Kompliziertheit einzugestehen.

Bernstein musste es schmerzlich erfahren, dass seine Feststellung über Endziel und Bewegung zu schroff formuliert und somit leicht zu Fehlinterpretationen und Verfälschungen seiner Absichten verleitete. Dennoch lässt diese Feststellung – falls man präzisiert, was damit gemeint ist (Kap. II/1.1) – in treffender Weise seine Auffassung des Sozialismus erkennen, obschon es sich um eine im Verlauf der Auseinandersetzung geschehene Entgleisung handelte, die für Bernstein und für das Fortschreiten des Revisionismus abträgliche Folgen hatte. Auch die Tatsache, dass Bernstein in

---

[8] *Marx*, Das Kapital, Erster Band, Berlin 1979 (Hamburg 1890), 742.

[9] Ib., 781. D.h. mit anderen Worten (ib., 779): "Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation".

[10] S. bes. Marx' Artikel 'The British Rule in India' (25.6.1853) und 'The Future Results of the British Rule in India' (8.8.1853), *Marx & Engels*, On Colonialism, Moscow 1976, 35–41 und 81–87. – Zur Einstellung Marx' zur Kolonialpolitik cf. z.B. *Avineri*, 'Introduction'; *Brewer*, Marxist Theories of Imperialism, 27–60; *Cummins*, Marx, Engels and National Movements, 49–82; *Gollwitzer*, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. II, 276–85; *Kemp*, Teorier om imperialismen, 17–42; *Kiernan*, Marxism and Imperialism; *Melotti*, Marx and the Third World; *Paul*, Marx, Engels und die Imperialismustheorie der II. Internationale, 14–43; *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 31–103 und *Warren*, Imperialism: Pioneer of Capitalism, 39–47.

seinem Artikel *Zusammenbruchs-Theorie und die Kolonialpolitik* seine revisionistische Kritik mit der kolonialpolitischen Einstellung der sozialistischen Parteien zu justifizieren versuchte, war insofern ein Zufall, als dass er zur Veranschaulichung und Justifizierung auch eine andere Sonderproblematik der sozialistischen Partei hätte heranziehen können. Trotz dieses Zufalles standen jedoch die *sozialistische Kolonialpolitik* und der Revisionismus in einem begrifflichen Verhältnis zueinander: bei der Analyse der *sozialistischen Kolonialpolitik* analysieren wir mit begrifflicher Notwendigkeit auch den Revisionismus (s. Kap. II). Ich kann somit Thomas Meyer nicht beipflichten, der behauptet hat, dass die kolonialpolitischen Fragen "in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem von Bernstein vollzogenen Paradigmawechsel stehen."[11]

Die unmittelbare oder begriffliche oder innere Beziehung zwischen *sozialistischer Kolonialpolitik* und Revisionismus lässt sich bereits damit begründen, dass Bernstein und seine Zeitgenossen die Kolonialpolitik bzw. die Kolonisation oder den Kolonialismus als Form der Expansion des Kapitalismus auffassten.[12] Die Einstellung zur Kolonialpolitik umfasste also eine Auffassung des Kapitalismus, die wiederum eine Auffassung des Sozialismus, seiner Voraussetzungen und der Aufgaben der sozialistischen Bewegung umfasste. Auf diesen begriffenen und begrifflichen Beziehungen gründet die Aufgabe und der Blickwinkel meiner Untersuchung: ich analysiere und präzisiere den Bernsteinschen Revisionismus vom Blickwinkel der Einstellung zur Kolonialpolitik aus. Ich lese Bernsteins kolonialpolitische, und in Verbindung damit seine handels- und aussenpolitischen Texte als politische Texte, d.h. als Interpretationen der Wirklichkeit und als darauf

[11] *Meyer*, Bernsteins konstruktiver Sozialismus, 236–37. Es ist hier nicht nötig Stellung zu beziehen zur Frage, ob Bernsteins Revisionismus als "Paradigmawechsel" angesehen werden kann; kritisch dazu *Jäger*, Eduard Bernsteins Panorama, 77–95. – In bezug auf die Kolonialfrage und den Revisionismus Bernsteins stimmt Hans-Christoph Schröder m.E. mehr mit mir als mit Meyer überein: "Die Frage nach der Stellung Bernsteins zum Imperialismus erhält ihre Rechtfertigung und Bedeutung bereits durch die Tatsache, dass das Expansions- und Kolonialproblem den Anstoss oder doch den Anlass zur Formulierung der revisionistischen Position gegeben hat". *Schröder*, 'Eduard Bernsteins Stellung zum Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg', 166.

[12] Ich gebrauche diese Begriffe zwar auch selbst in dieser Bedeutung, die Untersuchung der Kolonialpolitik als Form der kapitalistischen Expansion ist jedoch nicht die einzig mögliche. Zu Kolonialpolitik, Kolonisation und Kolonialismus sowie deren historischer Bedeutung s. z.B. *von Albertini* (Hrsg.), Moderne Kolonialgeschichte; id., Europäische Kolonialherrschaft 1880–1940, bes. 385–409; id., 'Kolonialherrschaft und Unterentwicklung' sowie *Fieldhouse*, Colonialism 1870–1945, bes. 1–50. – In der sozialistischen Diskussion zur Jahrhundertwende wurde kein klarer Unterschied gemacht zwischen den Begriffen 'Kolonialpolitik' und 'Imperialismus'. Die 'Probleme des Imperialismus' sind jedoch bekanntlich nicht dasselbe wie die 'Probleme des Kolonialismus'. Cf. dazu z.B. *Bade*, 'Imperialismusforschung und Kolonialhistorie'; *Etherington*, 'Reconsidering Theories of Imperialism'; *Stokes*, 'Late Nineteenth-Century Colonial Expansion and the Attack on the Theory of Economic Imperialism: A Case of Mistaken Identity?' sowie *Wehler*, 'Probleme des Imperialismus'.

gründende Schlussfolgerungen über die Voraussetzungen des Sozialismus und über die Aufgaben der Sozialdemokratie. Oder 'methodischer' ausgedrückt: ich lese Bernsteins Texte als Antworten auf Fragen, die ihn beschäftigten. Meine Aufgabe ist es, seine revisionistische Problematik, deren Genesis und Entwicklung zu rekonstruieren. Das Jahr 1882 als zeitlicher Anfangspunkt meiner Untersuchung erklärt sich damit, dass Bernstein in jenem Jahr in Verbindung mit den ägyptischen Unruhen zum ersten Mal als Sozialdemokrat Stellung nahm zur Kolonialfrage. Bis zur Jahrhundertwende hatte er zwar seine zentrale Botschaft bereits ausformuliert, er präzisierte sie jedoch bis zum Jahre 1914 in einer für meine Untersuchung interessanten und analysierenswerten Weise.

Die Lektüre der Texte Bernsteins als Antworten auf ihn beschäftigende Fragen kann nicht als Methode im eigentlichen Sinne des Wortes bezeichnet werden. Falls wir eine Methode in ihrer ursprünglichen Bedeutung als 'Weg, der zu folgen ist' auffassen, dann ist meine Forschungsweise keine Methode, sondern vielmehr eine Zielsetzung, die auf irgendeinem Weg erreicht werden soll. Ich umreisse meine Forschungsweise negativ, indem ich erzähle, was sie nicht war. Ich habe nicht die gleiche Forschungsweise angewandt wie Roger Fletcher und Hans-Christoph Schröder bei der Analyse der kolonialpolitischen Auffassungen Bernsteins. Sie versuchen Bernsteins kolonialpolitische Einstellung mit den von ihm rezipierten Einflüssen zu erklären, d.h. herauszufinden, welche der damals verbreiteten Ideen in den Texten Bernsteins gefunden werden könnten.[13] Ich habe in meiner Untersuchung gänzlich darauf verzichtet, Einflüsse zu suchen und aufzuzeigen. Ihre Aufzeigung ist äusserst schwierig, und auch falls es möglich wäre, bliebe noch die Frage offen, weshalb die Menschen nur gewisse und nicht alle möglichen Einflüsse rezipieren. Das Problem ist also, was

---

[13] *Fletcher*, Revisionism and Empire, bes. 154–66; id. 'A Revisionist Looks at Imperialism: Eduard Bernsteins's Critique of Imperialism and *Kolonialpolitik*, 1900–14', bes. 254–70 und *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus'. Fletcher hat die Einflussanalyse angewandt und zugleich auch die Einstellung Bernsteins zur Kolonialpolitik behandelt bei seiner Untersuchung der Auffassungen Bernsteins über Krieg und Militarismus ('Revisionism and Militarism'), Nationalismus ('Revisionism and Nationalism'), Handelspolitik ('Cobden as Educator') sowie zur Aussen- und zur internationalen Politik ('Bernstein in Britain', 'British Radicalism and German Revisionism', 'In the interest of peace and progress' und 'An English Advocate in Germany'). *Fletchers* Revisionism and Empire s. 143–82 kann als Zusammenfassung dieser Artikel gelesen werden. S. auch *Gay*, 271–72 und *Gustafsson*, Marxismus und Revisionismus, 177–79. Gerade die Untersuchung Gustafssons ist das sprechendste Beispiel einer einflussanalytischen Untersuchung. In der Vorrede seines Buches verweist Gustafsson auf die Feststellung Rosa *Luxemburgs* ('Sozialreform oder Revolution?' (1899, 1908), GW 1/1, 438) über den Revisionismus Bernsteins als "ein grosser Schutthaufen", in dem "Scherben aller Systeme, Gedankensplitter aller grossen und kleinen Geister eine gemeinsame Gruft gefunden haben", und führt dann als Zweck seiner Untersuchung gerade das Bestreben an, diese "einzelnen Splitter zu identifizieren und ihre Herkunft zu rekonstruieren".

jeweils die Beeinflussung beeinflusst.[14] Auf dieses Problem stossen wir bei der Untersuchung des Denkens Bernsteins und der Menschen überhaupt. Ich sehe jedoch, gerade da Bernstein, wie wir alle, Einflüsse rezipierte, einflussanalytische Untersuchungen nicht als nutzlos oder 'unwissenschaftlich' an.[15] Wie ich noch detaillierter darlegen werde (Kap. III), sehe ich die in den einflussanalytischen Untersuchungen mehr oder weniger begründet identifizierten Einflüsse als von Bernstein gutgeheissene *Antworten* auf ihn beschäftigende *Fragen* an. Bernsteins, und auch unsere, Beeinflussbarkeit erklärt sich daraus, dass die Menschen sich mit Fragen beschäftigen, die bereits irgendwo oder irgendwann gestellt und auf irgendeine Art beantwortet wurden.

Das Verhältnis zwischen Frage und Antwort ist jedoch nicht rein logisch, begrifflich unvermeidlich. Aus der Antwort lässt sich rein logisch nicht ableiten, wie die Frage lautete, d.h. die Frage, die unsere zu untersuchende Person in Wirklichkeit stellte. Ebensowenig lässt sich aus der Frage rein logisch die Antwort ableiten, zu der unser Untersuchungsobjekt gelangte. In der Beziehung zwischen Frage und Antwort liegt also etwas ärgerlich oder weshalb auch nicht faszinierend Kontingentes, etwas Unvoraussehbares. Gerade deshalb wird die 'konkrete' Forschung benötigt.[16] Wir können die Fragen und Antworten der zu untersuchenden Person erst dann rekonstruieren, wenn wir deren Beziehungen abgeklärt haben, umgekehrt können wir die Beziehungen zwischen Fragen und Antworten erst dann darstellen, wenn wir die Fragen und Antworten rekonstruiert haben. In einer solchen Untersuchung kann es keinen vorausbestimmten Aus-

---

[14] Zur Kritik der Einflussanalyse s. *Hermerén*, Influence in Art and Literature, bes. 156–267 und 319–22; *Hyrkkänen*, Aatehistoriallisesta metodista, 11–30; id., 'Vaikuteanalyysi ja sen vaihtoehdot aatehistoriallisessa tutkimuksessa'; id., 'Vaikutteiden osoittamisen vaikeudesta ja aatehistoriallisen tutkimuksen mielekkyydestä'; *Skinner*, 'Meaning and Understanding in the History of Ideas', 24–27; id., 'More's Utopia', 161–65 und id., 'Limits of Historical Explanations', 203–15.

[15] Es ist hier angezeigt zu betonen, dass meine Kritik *nur* methodisch ist: Es geht nicht um eine Gesamtbeurteilung der Untersuchungen Fletchers, Gustafssons und Schröders (die positiv ist: cf. meine Rezension zu *Fletcher*, Revisionism and Empire, IWK 2/1986). Ein geschichtswissenschaftlicher Forschungsprozess oder 'historisches Erzählen' ist weit mehr als das blosse Befolgen einer Methode.

[16] Die Rekonstruktion der Fragen ist jedoch auch sehr schwierig, da, wie *Collingwood* (An Autobiography, 39) sehr treffend formuliert, "writers (at any rate good writers) always write for their contemporaries, and in particular for those who are already asking the question to which an answer is being offered; and consequently a writer very seldom explains what the question is that he is trying to answer. Later on, when he has become a 'classic' and his contemporaries are all long dead, the question has been forgotten; especially if the answer he gave was generally acknowledged to be the right answer; for in that case people stopped asking the question, and began asking the question that next arose". – Collingwood analysiert dabei hauptsächlich einen Fall, in dem die zu untersuchende Person "in a distant past" schrieb und wirkte. Zumindest für einen finnischen Historiker ist jedoch die deutsche Gesellschaft der Jahrhundertwende recht 'distant past'.

gangspunkt geben. Zwischen der Rekonstruktion der Fragen und Antworten und der Rekonstruktion ihrer Beziehungen herrscht eine innere Beziehung: unser Wissen von den Beziehungen ist zugleich Wissen von den Gliedern der Beziehungen, von den Fragen und Antworten, und umgekehrt; je mehr wir also über die Beziehungen zwischen den Fragen und Antworten wissen, desto mehr wissen wir über die Fragen und Antworten und umgekehrt. Die Bedeutung der Abklärung der Fragen liegt darin, dass, wie David Hollinger festgestellt hat, die Teilnehmer am menschlichen Diskurs gemeinsame Fragen haben, die bestimmen, was die Teilnehmer am Diskurs sich in Tat und Wahrheit *sagen*.[17] Um zu verstehen, was die Teilnehmer am Diskurs 'sagen', müssen wir ihre gemeinsame Problematik abklären.

Die Art meiner Untersuchung unterscheidet sich von derjenigen Fletchers und Schröders vor allem deshalb, da die Forschungsaufgabe eine andere ist. Fletcher und Schröder suchen die kolonialpolitische Einstellung Bernsteins zu erklären. Meine Forschungsaufgabe ist viel eingeschränkter; ich versuche den Revisionismus Bernsteins im Lichte seiner kolonialpolitischen Einstellung zu verstehen.[18] Der Schwerpunkt meiner Untersuchung liegt deshalb in der Analyse der inneren oder begrifflichen Beziehungen des revisionistischen Denkens Bernsteins. Der Gefahren dieses 'Kontextualismus' bin ich mir bewusst. Es ist nicht die geringste dieser Gefahren, dass das Resultat meiner Analyse ein Bernstein sein kann, den es nie gegeben hat. Dessen ungeachtet gehe ich als Prämisse meiner Untersuchung von der Auffassung aus, dass die im Denken beinhalteten Gedanken in einer inneren Beziehung zueinander stehen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Gedanken von irgendwo oder von irgendwem übernommen worden, d.h. Einflüsse sind oder nicht. Die Aufnahme von Einflüssen ist ein selektiver Vorgang, und die Selektion hat das Denken zur Voraussetzung. Ich bin ausserdem überzeugt davon, dass man dem 'wirklichen' Bernstein nur

---

[17] *Hollinger*, 'Historians and the Discourse of Intellectuals', 43. So auch Felix *Gilbert* ('Intellectual History: Its Aims and Methods', 91): "Any intellectual work is the product of its author's mind, but it is also shaped by its function. It is part of an intellectual debate. It answers questions which have previously been raised". Zur Logik von Frage und Antwort allgemein s. *Collingwood*, An Autobiography, 24–43 und 55–76; id., An Essay on Metaphysics, 21–48; id., The Idea of History, 266–82 und *Gadamer*, Wahrheit und Methode, 344–60.

[18] Meine Forschungsaufgabe ist in gleicher Weise eingeschränkter auch in bezug auf die Untersuchungen, die die kolonialpolitische Einstellung der Sozialisten zum Thema haben. Diese Untersuchungen stellen für mich also Untersuchungen über den Blickwinkel meiner eigenen Untersuchung dar. So z.B. *Haupt/Reberioux* (Hrsg.), La deuxième Internationale et L'Orient; *Mandelbaum*, 'Sozialdemokratie und Imperialismus'; *Müller*, 'Sozialdemokratie und Kolonialpolitik vor 1914'; *Paul*, Marx, Engels und die Imperialismustheorie der II. Internationale, *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus; id., Sozialistische Imperialismusdeutung; *Victor*, 'Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Fragen der auswärtigen Politik' und *Weinberger*, 'Die Deutsche Sozialdemokratie und die Kolonialpolitik'.

über den Versuch der Rekonstruktion *seiner* Problematik näherkommen kann.

Meine Untersuchung kann als geistesgeschichtlich oder präziser gesagt, bewusstseinsgeschichtlich charakterisiert werden. Als Forschungsgegenstand der bewusstseinsgeschichtlichen Forschung sehe ich das Auffassen der Dinge an, wobei ich mit Dingen sowohl Ideen oder Ideensysteme als auch sog. objektive Strukturen oder Verhältnisse meine. Die Bewusstseinsgeschichte kann sich deshalb sowohl mit den Systemen von Philosophen wie auch mit den Ritualen von Analphabeten befassen.[19] Vom Standpunkt der bewusstseinsgeschichtlichen Forschung aus ist das Wissen von den 'Dingen an sich' insofern von Bedeutung, als wir dadurch verstehen können, wie das unterschiedliche Auffassen der Dinge möglich war oder ist. Da bekanntlich über objektiv gleiche Dinge objektiv verschiedene Auffassungen bestehen können, kann aus diesen Auffassungen nicht die Wirklichkeit an sich 'gesehen' werden und andererseits können auch aus dem Wissen von der Wirklichkeit an sich nicht verschiedene Auffassungen von der Wirklichkeit an sich abgeleitet werden. Die menschliche Tätigkeit wird weniger dadurch bestimmt, wie die Verhältnisse 'objektiv' sind, sondern vielmehr dadurch, wie sie aufgefasst werden. Einfluss ausübende Verhältnisse sind nur die mehr oder weniger bewusst reflektierten Verhältnisse. Die Erforschung des Auffassens der Dinge ist deshalb nicht bloss möglich, sondern auch notwendig.[20]

Das zentrale Material meiner Untersuchung sind die veröffentlichten und unveröffentlichten Schriften Bernsteins, unter Einschluss des Briefwechsels. Ich bin mir bewusst, dass sich ausser in den von mir benutzten Archiven auch an den Instituten für Marxismus-Leninismus in Berlin und Moskau für meine Untersuchung wichtiges Material befindet – das Moskauer Institut beherbergt z.B. einen umfangreichen Teilnachlass Bernsteins. Die Türen dieser Institute sind mir, wie auch vielen anderen, verschlossen geblieben.

---

[19] Mit seiner Feststellung von den philosophischen Systemen und den Ritualen der Analphabeten als extreme Forschungsgegenstände der 'intellectual history' möchte Robert *Darnton* ('Intellectual and Cultural History', 337) die Undefiniertheit der ideen – bzw. geistesgeschichtlichen Forschung betonen, d.h. den Umstand, dass sie weder über eine gemeinsame Problematik noch über gemeinsame Forschungsgegenstände, Methoden oder begriffliche Strategien verfügt. Die von Darnton erwähnten Extreme der Forschung finden jedoch gut in meiner Definition Platz. Die Definition der Ideen-, Geistes- und Bewusstseinsgeschichte als Untersuchung des Auffassens der Dinge ist zwar sehr weit, jedoch trotzdem sachgemäss.

[20] Da im menschlichen Sein die Dinge und ihr Auffassen in einem Verhältnis zueinander stehen, ist die Zusammenarbeit der Ideen- und Sozialgeschichte unabdingbar. Die Ideen- und Sozialgeschichte sollten sich bewusster als bisher 'Hilfswissenschaften' sein. Cf. dazu z.B. *Hobsbawm*, 'From Social History to the History of Society'; *Hyrkkänen*, 'Aate- ja sosiaalihistorian suhde' und *Koselleck*, 'Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte'.

Die Tatsache, dass ich meine Untersuchung auf das revisionistische Denken Bernsteins beschränkt habe, könnte in dieser Zeit der Alltags- und grass-roots-Geschichte als Beschränktheit ausgelegt werden. Ich bin jedoch nicht so beschränkt zu glauben, dass die Erforschung der sozialistischen Theoretiker, Führer oder selbst Organisationen dasselbe ist wie die Erforschung der gesamten sozialistischen Bewegung. Die sozialistische Bewegung war eine Einheit, d.h. ein Netz unterschiedlicher und auf unterschiedlicher Stufe stehender Beziehungen und gleichzeitig auch ein Teil des Netzes der sozialen, politischen und kulturellen Beziehungen.[21] Es dürfte klar sein, dass meine Untersuchung gar nicht versucht, eine Gesamtdarstellung der revisionistischen Bewegung zu sein, sondern nur ein Beitrag dazu. Ich behaupte deshalb gar nicht, dass die Texte Bernsteins die Auffassung vermitteln könnten, wie die Reformisten oder Revisionisten wirklich wirkten oder dachten. Ich hoffe vielmehr mit meiner Untersuchung aufzeigen zu können, dass die Texte Bernsteins eine Auffassung der revisionistischen Problematik vermitteln. Dies genügt mir selbst als Begründung für den Sinn meiner Untersuchung.

Da die Aufgabe meiner Untersuchung in der Präzisierung des Revisionismus Bernsteins besteht, d.h. im Verstehen seines politischen Denkens und seiner politischen Tätigkeit, habe ich natürlich versucht, meine Darstellung gemäss meiner Forschungsaufgabe und dem Blickwinkel meiner Untersuchung, der Einstellung zur Kolonialpolitik, zu gestalten. Im ersten Kapitel rekonstruiere ich die kolonialpolitische Problematik, zu der Bernstein sowohl in seiner marxistischen wie auch in seiner revisionistischen Phase Stellung zu beziehen hatte. Ich lege in diesem Kapitel auch dar, wie Bernstein in seiner marxistischen Phase die kolonialpolitische Problematik auffasste. Im zweiten Kapitel wird der Entstehungsprozess des Bernsteinschen Revisionismus und der *sozialistischen Kolonialpolitik* sowie deren innere Beziehung zur Jahrhundertwende untersucht. Im dritten Kapitel stelle ich Überlegungen an zur Bedeutung von Bernsteins 'englischem Kontext' für das Verständnis seines politischen Denkens. Im vierten Kapitel versuche ich, vor allem im 'deutschen Kontext', die Natur und die Bedeutung der revisionistischen Kritik Bernsteins zu bestimmen. Im fünften Kapitel skizziere ich die Entwicklung der Kolonialkritik der SPD und der damit verbundenen aussen- und handelspolitischen Auffassungen in den Jahren 1900–14 und im sechsten die Entwicklung der entsprechenden Ansichten im inneren Kreis der *Monatshefte*, d.h. bei den revisionistischen Opponen-

---

[21] Daraus folgt auch die Schwierigkeit von Gesamtdarstellungen. Mutige Versuche sind z.B. *Geary*, European Labour Protest 1848–1939; *Grebing*, Arbeiterbewegung und *Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung.

ten Bernsteins in der selben Periode. Es geht in diesen Kapiteln nicht um die erschöpfende Darstellung der Ansichten der linken, zentristischen und rechten Opponenten Bernsteins, sondern um die Sammlung von Vergleichsmaterial. Die Aufgabe des Vergleiches ist die Präzisierung der Auffassungen Bernsteins und nicht die seiner Opponenten. Im letzten, siebten Kapitel trage ich, hauptsächlich unter Abstützung auf die vorherigen Kapitel, meine Schlussfolgerungen über die Natur und die Entwicklung des revisionistischen Denkens Bernsteins in den Jahren 1900—14 vor.

Ich skizziere im letzten Kapitel auch die Möglichkeit einer 'vertragstheoretischen' Darstellung des Revisionismus Bernsteins. Dies kann gewissermassen als nachträgliche Stellungnahme zu der in der Bundesrepublik Deutschland bereits erloschenen 'Bernstein-Renaissance', d.h. zur Frage der Aktualität Bernsteins aufgefasst werden.[22] Ich will jedoch nicht behaupten, dass gerade Bernstein die Person wäre, die wir nach Antworten auf uns beschäftigende Fragen zu befragen hätten. Andererseits will ich auch nicht behaupten, dass seine und unsere Problematik nichts Gemeinsames hätten. Mit einer solchen Behauptung würde ich sowohl den Sinn meiner eigenen Untersuchung wie auch der gesamten historischen Forschung in Frage stellen. Mit Hilfe Bernsteins und jedes anderen historischen Themas können wir die Problematik des menschlichen Seins reflektieren. Wir streben nach einer immer grösseren Kenntnis von der Vergangenheit, um immer besser die Problematik des menschlichen Seins reflektieren zu können. Die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft besteht in der Verbindung der Problematik. "Unsere Zeit", stellt Alexander Demandt treffend fest, "ist nicht nur die Zukunft unserer Vergangenheit, sondern auch die Vergangenheit unserer Zukunft".[23]

---

[22] Die Initianten der 'Bernstein-Renaissance' in der zweiten Hälfte der 70er Jahre waren u.a. Horst *Heimann* (s. z.B. Einführung zu *Bernstein*, Texte zum Revisionismus) und Thomas Meyer (s. z.B. *Meyer*, Bernsteins konstruktiver Sozialismus). Heimann und Meyer waren auch die Organisatoren des im September 1977 in Freudenberg abgehaltenen wissenschaftlichen Kongresses über Bernstein. In den 24 Kongressreferaten wurden u.a. die Entstehung des Bernsteinschen Revisionismus, seine Rezeption und Aktualität, sowie die Auffassungen Bernsteins zur Beziehung von Sozialismus und Wissenschaft, Wirtschaft, nationaler Frage, Krieg, Imperialismus und Judentum behandelt. Der Kongress stiess auch auf Interesse ausserhalb der Geschichtsforschung, s. z.B. 'Mein lieber Ede', Der Spiegel Nr. 43, 17.10.1977. Von den verschiedenen, zumeist kritischen Kommentaren zur 'Rehabilitierung' Bernsteins s. z.B. *Butterwegge*, 'Der Bernstein-Boom in der SPD'; *Fricke*, 'Neue bürgerliche und sozialreformistische Literatur über den Revisionismus Eduard Bernsteins'; *Morgan*, 'The Father of Revisionism Revisited: Eduard Bernstein'; *Papcke*, 'Nicht zweckfrei, aber zwecklos!'; *Scholing*, 'Bernstein-Renaissance in der deutschen Sozialdemokratie'; *Schultze*, ' "Bernstein-Renaissance" — Tendenzen, Ziele, Folgen'; *Steigerwald*, 'In Namen Bernsteins: 'Einheit' wofür und wogegen?'; *Steinberg*, 'Zur politischen Aktualität von Eduard Bernstein'; *Tetzel*, 'Eduard Bernstein und der "demokratische Sozialismus" ' und *Wistrich*, 'Back to Bernstein?'.

[23] *Demandt*, Ungeschehene Geschichte, 117.

I Die Kolonialpolitik als Problem der sozialistischen Partei: Der Dampfersubventionsstreit 1884–85

1 Staat und Partei

Im Jahre 1884 verschaffte sich das Deutsche Kaiserreich seine ersten Kolonien, die sog. Schutzgebiete. Das Sozialistengesetz oder "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" war seit sechs Jahren in Kraft. Die einzige Möglichkeit, um legal an der staatlichen Politik teilzunehmen, lag für die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands in der Teilnahme an den Reichstagswahlen. Eduard Bernstein war seit vier Jahren Redakteur am *Sozialdemokrat*, dem in Zürich erscheinenden illegalen Organ der Partei. Die von Reichskanzler Bismarck verfolgte Politik des 'Staatssozialismus', d.h. der Verbindung von Sozialpolitik und staatlicher Unterstützung der Wirtschaft, bereitete der seit 1875 geeinten Partei ständig schwerwiegende theoretische und taktische Probleme. Die Frage des Verhaltens zum Staat hatte bereits mehrmals zu Zerreissproben innerhalb der Partei geführt, und das Auseinanderbrechen der Partei wurde vor allem durch den gemeinsamen Feind, die legalisierte Unterdrückungspolitik der kaiserlichen Regierung, verhindert. Die sozialistische Partei hatte um ihr Überleben zu kämpfen.

Das Sozialistengesetz stellte den Versuch dar, das weitere Anwachsen der Anhängerschaft der Sozialisten zu stoppen. Bis zum Frühling 1878 waren alle Versuche Bismarcks zur Verabschiedung eines Gesetzes, mit dem die Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterpartei eingeschränkt werden sollte, am Widerstand des Reichstages gescheitert. Im Frühling des Jahres 1878 wurden jedoch zwei Mordanschläge auf Kaiser Wilhelm I. verübt; der zweite führte zu einer schweren Verwundung des Kaisers. Die sozialistische Partei hatte mit diesen 'anarchistischen' Terroranschlägen nichts zu schaffen, die Behauptung des Bestehens einer solchen Verbindung war jedoch zweckmässig und wurde dadurch erleichtert, dass 'Anarchismus' und Sozialismus damals in der Öffentlichkeit weitgehend gleichgesetzt

wurden. Die Stimmung hatte sich zugunsten des Sozialistengesetzes gewendet. Bismarck gelang es, den Reichstag aufzulösen, und der neue Reichstag verabschiedete im Oktober 1878 mit grosser Mehrheit (221–149) das Sozialistengesetz, das alle sozialistischen Vereinigungen und Versammlungen verbot, sowie die Ausweisung sozialistischer Agitatoren aus gewissen Teilen der Einzelstaaten vorsah.[1]

Die Ausweisung der Agitatoren war jedoch auch mitverantwortlich für die Ausbreitung des Sozialismus in bisher noch unberührte Gebiete. Der Sozialismus fand in den herrschenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen, insbesondere in der Industrialisierung und Urbanisierung einen guten Nährboden vor; eine spezifisch deutsche Voraussetzung war zudem der in den siebziger Jahren zu beobachtende Konzentrationsprozess in der deutschen Industrie. Der durch die deutsche Einigung vorangetriebene Wirtschaftsaufschwung endete 1873 in der sog. Gründerkrise, worauf in der Industrie zur Absicherung der Gewinne ein Konzentrationsprozess in Gang kam. Dies führte dann wiederum zur Zusammenballung grosser Arbeitermassen und vertiefte das Bewusstsein um die Schicksalsgemeinschaft der Arbeiter.[2] Der Parteileiter August Bebel konnte denn auch selbstbewusst den Anhängern des Sozialistengesetzes versichern, dass es ihnen nicht gelingen werde, die Organisation der Sozialistischen Arbeiterpartei zu zerstören, "denn da müssten Sie die Werkstätten und Fabriken zerstören, die Eisenbahnen und die Post, und das ist unmöglich. . ."[3]

Die Wirtschaftskrise hatte ihren Tiefpunkt in Deutschland gegen Ende der siebziger Jahre erreicht und Massenarbeitslosigkeit verursacht. Es stand zu befürchten, dass das Vertrauen der Arbeiter in den Staat und in die Lebenskraft des Kapitalismus zerbröckeln und der Sozialismus an Boden gewinnen würde. Der Staat sah sich zum Eingreifen veranlasst und

---

[1] Das Sozialistengesetz blieb in Kraft bis zum 30.9.1890. Über das Gesetz und seine Entstehung s. *Born*, 'Von der Reichsgründung bis zum 1. Weltkrieg', 293–95; *Engelberg*, Revolutionäre Politik und rote Feldpost 1878–1890, 19–34; *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1914, 129–36 sowie *Lidtke*, The Outlawed Party, 70–78.

[2] *Born*, 'Structural Changes in German Social and Economic Development at the End of the Nineteenth Century', 18–23 und *Böhme*, An Introduction to the Social and Economic History of Germany, 62–82. – Die deutsche Wirtschaftskrise war Teil der weltweiten sog. grossen Depression (1873–1896). Im Weltmassstab betrachtet handelte es sich jedoch nicht um einen eigentlichen Niedergang oder Zusammenbruch. Das Wirtschaftswachstum verlief lediglich langsamer als früher, und die Bevölkerung nahm beispielsweise ständig zu. Das Wachstum verlief jedoch nicht gleichmässig. In Deutschland lassen sich zur Zeit der 'grossen Depression' drei Krisenperioden ("cyclical downswings") feststellen: die Jahre 1873–79, 1882–94 und 1890–94. S. *Rosenberg*, 'Political and Social Consequences of the Great Depression of 1873–1896', 40–42. Über die 'grosse Depression' allg. s. *Saul*, The Myth of the Great Depression 1873–1896, bes. 36–55.

[3] Bebel im Reichstag am 16.9.1878, zit. nach *Fricke*, ". . . und ausgelacht obendrein!", 102.

wollte mit dem Sozialistengesetz die sozialistische Propaganda unterbinden. Dies reichte jedoch aus verständlichen Gründen nicht aus; die Krise des deutschen Kapitalismus verlangte nach wirtschaftlichen Gesundungsmassnahmen, und das Deutsche Reich ging im Jahre 1879 zur Schutzzollpolitik über. Mit den Schutzzöllen bezweckte man die Wiederbelebung der Wirtschaft, um dadurch das Gefühl der Unzufriedenheit in der Gesellschaft abzubauen. Die Wirksamkeit der Schutzzollpolitik wurde jedoch entscheidend abgeschwächt, als auch die übrigen industrialisierten Staaten begannen, Schutzmassnahmen für ihre Industrie und Landwirtschaft zu ergreifen. Die deutsche Regierung führte daraufhin die Subventionierung des Aussenhandels ein, konnte jedoch die Zuspitzung der Lage durch die im Jahre 1882 erneut akuter werdende Wirtschaftskrise nicht verhindern. Die gesellschaftlichen Widersprüche traten immer stärker hervor und verliehen dem 'Roten Gespenst' immer realere Gestalt.[4]

Der kaiserlichen Regierung unter Bismarck drohten die Zügel zu entgleiten. Dem innenpolitischen Druck und der wachsenden Unzufriedenheit mussten Auswege geboten werden, und einen dieser Auswege sollte die Kolonialpolitik bilden. Die Sache schien vielversprechend: die Begeisterung für die Kolonien erfasste weite Kreise, und die Kolonialpolitik bildete aus diesem Grunde ein passendes Wahlthema. Die Beschaffung von Kolonien schien ökonomisch und politisch sinnvoll. Die Wirtschaft und mit ihr auch die Gesellschaft sollten an den Kolonien wieder genesen. Die Beschaffung von Kolonien wurde als unabdingbare Voraussetzung für das materielle Wohlergehen des Kaiserreichs hingestellt, und im Lichte dieser Propaganda erschienen die Gegner der Kolonialpolitik, wie z.B. die Sozialisten, als Gegner des Wohlstandes. Der sozialistischen Ideologie konnten prägnante Alternativen entgegengestellt werden.[5]

Im Jahre 1879 erschien das Pamphlet *Bedarf Deutschland der Kolonien?* des Barmener Missionsinspektors Friedrich Gotthard Karl Ernst Fabri. In diesem für eine deutsche Leserschaft bestimmten "Katechismus der

---

[4] *Böhme*, 71–76; *Rosenberg*, 48–49 und *Wehler* 'Industrial Growth and Early German Imperialism', 80–83.

[5] *Wehler*, 'Industrial Growth', 83–85. S. auch *Bade*, 'Die deutsche Kolonialexpansion in Afrika: Ausgangssituation und Ergebnis', 13–20; id., Friedrich Fabri und der Imperialismus der Bismarckzeit, 77–79; *Gründer*, Geschichte der deutschen Kolonien, 25–39; *Smith*, 'The Ideology of German Colonialism, 1840–1906', 649–51; id., German Colonial Empire, 3–27 und *Stoecker*, 'Die Annexionen von 1884/85', 15–27. Die Kolonialpropaganda behandelt detailliert *Wehler*, Bismarck und der Imperialismus, 142–55 und 464–85. Hier muss bemerkt werden, dass Bismarck 1884/85 die Liberalen als grössere Gefahr für seine Politik ansah als die Sozialisten; die Sozialisten waren erst daran, zu bedeutenden 'Reichsfeinden' zu entwickeln, *Kennedy*, The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914, 170.

Kolonialfrage"[6] wurde die gestellte Frage bejaht. Das Büchlein fand eine so gute Aufnahme, dass in zwei Monaten drei Auflagen nötig wurden. Es wurde zum Klassiker der deutschen Kolonialpropaganda und Fabri natürlich zum "Vater der deutschen Kolonialbewegung".[7] Der Erfolg des Büchleins beruhte nicht ausschliesslich auf der politischen Gunst der Stunde, denn in der gleichen Zeit erschienen noch weitere Werke ähnlicher Art. Der wichtigste Grund lag in der verwendeten Argumentationstechnik: Fabri ging von der herrschenden Angst vor einer Krise aus und bezeichnete die "Überbevölkerung" und die "Überproduktion" als die letztlich entscheidenden gesellschaftlichen Probleme. Die innere Kolonisation biete keine Lösung, da sie zu teuer und zu langsam sei. Auch von handelspolitischen Massnahmen sei keine rasche Erleichterung zu erwarten. Durch die Geringschätzung dieser übrigen möglichen Auswege aus der Krise blieb die Forcierung der Kolonialpolitik als einzige rasch wirkende und gleichzeitig effektive Massnahme zurück. Die Kolonien wurden so zur "Lebensfrage für die Entwicklung Deutschlands"; im mittleren Afrika musste ein "neues Indien" gegründet werden. Die Quintessenz des Büchleins war dann schliesslich, dass es sich bei dem anfangs dargestellten zentralen Problem, der "Überproduktion" an Menschen und Waren, in Tat und Wahrheit um den Ausdruck der Expansionskraft Deutschlands und der Fähigkeit der "germanischen Rasse" handelte.[8]

Durch die Beschaffung von Kolonien konnte also laut Fabri die durch "Überproduktion" und "Überbevölkerung" verursachte wirtschaftliche Misere beseitigt werden. Dies ermöglichte jedoch auch die Überwindung der aus dieser Misere entstandenen "sozialdemokratischen Krisis". Die wirtschaftliche Voraussetzung für den Erfolg des Sozialismus war laut Fabri "unsere ungesund schnell entwickelte Industrie mit ihrem Gefolge von Krisen, von Überproduktion und Arbeitslosigkeit". Zur Lösung der 'sozialdemokratischen Krisis' reiche die Beweisführung nicht aus, dass die ökonomischen und gesellschaftlichen Forderungen der Sozialisten "unerfüllbar und im letzten Grunde eine Utopie" seien. Den "Irregeleiteten und wirklich sich gedrückt Fühlenden" müsse zudem ein "neues, nicht unerreichbares Hoffnungsbild" aufgezeigt werden. Die Kolonialpolitik solle einen "neuen, weiteren Inhalt des Lebens" schaffen (Ernst v. Brüggen). Der 'koloniale Zukunftsstaat' wurde als Alternative zum 'sozialistischen Zukunftsstaat' hingestellt. Es schien so möglich, der sozialistischen Partei ihre angestammten und besonders auch ihre potentiellen Anhänger abzu-

---

[6] So in der Verlagsreklame für das Pamphlet, *Bade*, Fabri, 79.
[7] Ib., 97 sowie Anm. 20, 399 und *Wehler*, Bismarck, 145.
[8] *Bade*, Fabri, 82–83 und 90–95 sowie *Wehler*, Bismarck, 145–47.

werben. Fabri verfügte jedoch noch über massivere Argumente. Als besondere Abschreckung für die Sozialisten drohte er ihnen mit Strafkolonien, in denen sie dann ihr "Weltbeglückungsprogramm" verwirklichen könnten. Das Sozialistengesetz hielt Fabri für unzureichend; die Aktivitäten der "Anarchisten" würden dadurch nur für eine begrenzte Zeit unterbunden. Fabri malte dem bürgerlichen Deutschland das Schreckgespenst der Pariser Kommune an die Wand und stellte die Frage, was mit den politischen Gefangenen nach der Niederschlagung eines deutschen Kommunardenaufstandes zu geschehen habe. Die Gefängnisse seien nämlich bereits überfüllt und es sei deshalb unumgänglich, eine Strafkolonie "Utopia" zu gründen, die Fabri aus "humanitären" Gründen auf einer subtropischen statt auf einer tropischen Insel ansiedeln wollte.[9]

Fabri schlug für die Verwirklichung der deutschen Kolonialpolitik ein Dreistufenprogramm vor: zuerst die Weckung des Interesses der Öffentlichkeit, dann eine Reichstagsdebatte verbunden mit privaten Initiativen zur Gründung von Kolonien; in der dritten, auf diesen beiden aufbauenden Phase sollte dann "die Regierung zum Handeln übergehen". Fabri war selbst erstaunt über die rasche Erreichung der dritten Phase, obschon der ganze Prozess noch gar nicht richtig ins Rollen gekommen war. Gemäss Fabris Ideen sollte die "aktuelle Kolonialpolitik" erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts einsetzen.[10] Es war Bismarck, der Fabris Programm vorantrieb. An der Beschaffung von Kolonien war er an sich nicht interessiert, und er widersetzte sich sogar einer staatlichen Kolonialpolitik. Nach Meinung Bismarcks sollten die privaten Kolonialvereine für die administrativen Kosten aufkommen. Sehr interessiert zeigte sich Bismarck hingegen an der Kolonialpropaganda als Mittel zur Kanalisierung und Ableitung sozialer Spannungen. Er bezeichnete "die ganze Kolonialgeschichte" als "Schwindel", der jedoch für die Wahlen benötigt werde.[11] Obschon er die

---

[9] *Bade*, Fabri, 91–93 und *Wehler*, Bismarck, 145–46 und 468. Die Idee der Gründung von Strafkolonien "war kein polemischer Lapsus" (Bade). Fabri selbst sah dies als ein entscheidendes propagandistisches Argument an, das im Zusammenhang mit der herrschenden Furcht vor dem 'Anarchismus' noch überzeugender wirkte. Er bezweckte mit dieser Idee, die Notwendigkeit der Beschaffung von Kolonien auch jenen verständlich zu machen, die die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien noch nicht erkannt hatten. Fabri befürchtete sogar, dass seine Idee zu starken Zuspruch finden könnte: es wäre "einigermassen demütigend" gewesen, wenn das Kaiserreich seine Kolonialpolitik mit der Gründung von Strafkolonien eingeleitet hätte. *Bade*, Fabri, 93–94. Die Sozialisten nahmen die Idee Fabris mit dem gebührenden Ernst auf, s. z.B. *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 116–17.

[10] *Bade*, Fabri, 231–33.

[11] In diesem Sinne hatte sich Bismarck zweimal vor den Reichstagswahlen vom 28.10.1884 geäussert. Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins, Bd.II, 174 und 176. Über die Wahlpropaganda s. eingehender *Wehler*, Bismarck, 474–85.

Kolonien vor allem als administrativen und wirtschaftlichen Ballast ansah, zögerte er im Jahre 1884 nicht mehr, die Kolonialpolitik zur Festigung der Autorität der kaiserlichen Regierung einzusetzen. Zur Erreichung des ersehnten Zieles dienten auch sonst verabscheute Massnahmen, oder um es mit den Worten Bismarcks auszudrücken: "ich halte mich. . . nicht für ermächtigt, der grossen Reichslokomotive, wenn sie ihren Bahnstrang einmal gewählt hat, Steine in den Weg zu werfen".[12] Bismarck konnte seine Ziele zumindest teilweise erreichen. Die durch die Kolonialpropaganda angestachelte nationale Begeisterung ist in der Forschung mit den Gefühlen anlässlich der Gründung des Kaiserreiches (1871) verglichen worden.[13]

Innenpolitisch verfolgte Bismarck mit seiner Kolonialpolitik eindeutig antisozialistische Zielsetzungen. Die Kolonialpropaganda sollte die Arbei-

---

[12] So Bismarck im Jahre 1889, zit. nach *Wehler*, Bismarck, 452.

[13] *Bade*, Fabri, 245. Engels – dem Bebel erzählt hatte, dass "die Masse" nicht dem "Kolonialschwindel" verfallen sei – hielt Bismarcks taktisches Vorgehen trotz allem für geschickt: "Dass der Kolonialschwindel nicht zieht, freut mich. Es war die geschickteste Karte, die Bismarck ausgespielt, recht auf den Philister berechnet, überfliessend von illusorischen Hoffnungen und mit nur langsam sich realisierenden, aber auch horrend schweren Unkosten". Bebel an Engels 3.10.1884 und Engels an Bebel 11.10.1884, Brw. Bebel–Engels, 187 und 190. – Es kann vernünftigerweise nicht angenommen werden, dass Bismarck von Anfang an über einen klaren Plan zum Gebrauch der Kolonialpolitik und -propaganda in der Innenpolitik verfügt hätte, geschweige denn, dass er der Schöpfer der Kolonialpropaganda gewesen wäre. Bismarck erkannte ganz einfach die Möglichkeit, die vom 'kolonialen Zukunftsstaat' begeisterte 'öffentliche Meinung' zur Stärkung der Autorität seiner Regierung einzusetzen, cf. *Bade*, Fabri, 234; *Born*, 'Von der Reichsgründung bis zum I. Weltkrieg', 292; *Böhme*, 81; *Engelsing*, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, 175–76; *Gründer*, 51–62; *Hallgarten*, Imperialismus vor 1914, Bd. I, 208–22; *Smith*, German Colonial Empire, 27–34; *Stoecker*, 22–26; *Wirz*, 'Die deutschen Kolonien in Afrika', 303–04 und *Wehler*, Bismarck, 412–23 und 464–74. – Die innenpolitische Lage erklärt auch nicht genügend, weshalb Deutschland seine Kolonien fast alle im Jahre 1884 erwarb. Die weltpolitische Lage war günstig für die deutschen Kolonialerwerbungen: England und Frankreich waren in eine Auseinandersetzung um den Sudan verwickelt und England und Russland stritten sich um Afghanistan. England konnte sich in dieser Lage natürlich nicht aktiv den deutschen Kolonialbestrebungen widersetzen, s. *Fieldhouse*, The Colonial Empires, 209–11; *Henderson*, Studies in German Colonial History, 4–5 und *Kennedy*, Antagonism, 167–83. – Die günstige weltpolitische Lage erklärt jedoch nicht allein, ohne die Berücksichtigung innenpolitischer Momente, weshalb Bismarck die Gelegenheit ergriff. Es ist möglich, dass Wehler die innenpolitischen Aspekte des Bismarckschen 'Imperialismus' überbetont hat, s. z.B. *Baumgart*, Der Imperialismus, 99–109; *Hampe*, Die 'ökonomische Imperialismustheorie', 271–98 und *Kennedy*, 'German colonial expansion: has the 'manipulated Social Imperialism' been ante-dated?'. – Entscheidend für die vorliegende Untersuchung ist demgegenüber, dass Bismarck unzweifelhaft innenpolitisch kalkulierte bei seiner Entscheidung. Es geht denn auch in dieser Untersuchung nicht um das 'Primat der Innenpolitik', sondern 'primär um Innenpolitik'; ich beabsichtige nicht, einen Beitrag zu liefern zu der geschichtswissenschaftlichen (und politischen) Auseinandersetzung um das Primat der Innen- oder Aussenpolitik. Zur Diskussion über die von Wehler vertretene 'kritische Geschichtswissenschaft' s. z.B. *Fletcher*, 'Recent Developments in West German Historiography: The Bielefeld School and its Critics' sowie *Veit-Brause*, 'Zur Kritik an der 'Kritischen Geschichtswissenschaft': Tendenzwende oder Paradigmawechsel?'.

ter der sozialistischen Propaganda abspenstig machen. Bismarck warf den Fehdehandschuh einer zerstrittenen Partei hin, die sich über theoretische und taktische Fragen uneins war. Ein gemeinsamer Nenner liess sich in der im Jahre 1875 in Gotha gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands lediglich bei organisatorischen Fragen finden. Das allem gemeinsame Ziel war zwar der Sozialismus, über seine Ausgestaltung und über die Wege zu seiner Erreichung herrschten jedoch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Die bedeutendste und weitreichendste Meinungsverschiedenheit betraf das Verhältnis zum Staat und damit auch zum 'Staatssozialismus' Bismarcks, dessen eigentlichen Ziel die Integration der Arbeiterklasse in die bestehende Gesellschaft war.[14] Einerseits war man in der Partei bereit, Verstaatlichung und Sozialismus gleichzusetzen, andererseits wurde dies jedoch auch abgelehnt.[15] So wurde denn die ab 1884 eindeutig unter staatlicher Ägide vorangetriebene Kolonialpolitik gleichfalls zu einer Streitfrage in der Partei.

Einig war man sich jedoch zumindest in der Einschätzung der herrschenden wirtschaftlichen Lage. Der deutsche Kapitalismus war offensichtlich gelähmt und die Stellung der Arbeiter hatte sich in der Folge verschlechtert. Sollte nun nicht die Arbeiterpartei die zur Abwendung und Milderung der Wirtschaftskrise gedachten Massnahmen der Regierung unterstützen, zu denen nach offizieller Darstellung auch die Beschaffung von Kolonien gehörte? Andererseits bezweckte die Regierung ja offensichtlich mit ihrer Wirtschaftspolitik in ersten Linie die Stützung des deutschen Kapitalismus. Sollte sich die Sozialistische Partei an der Erhöhung der 'Wettbewerbsfähigkeit' des deutschen Kapitalismus beteiligen? Eine verbesserte 'Wettbewerbsfähigkeit' bedeutete zwar eine Zunahme an Arbeitsplätzen, andererseits schien jedoch die Unterstützung des deutschen Kapitalismus den Verzicht auf die Pläne zu dessen Umsturz zu implizieren. Die Sozialisten benötigten eine Richtschnur zur Beurteilung der Politik Bismarcks. Es war Wilhelm Liebknecht, der 1882 im Reichstag das Verhalten der Arbeiterbewegung zur Politik Bismarcks charakterisierte:

> "Wie kann ich Bismarck in zwei Teile teilen? Bismarck ist eben *ein* Mann, und wenn ich die eine Seite seiner Politik will und vor dem Volk verherrliche, so muss ich die andere Seite mit in Kauf nehmen. Wer die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck billigt, der muss

---

[14] "... State Socialism was loyal to the monarchical state and the values of the established churches and generally aimed to attract the working classes to the existing system'. *Lidtke*, 156.

[15] Id., 43–52 und *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 90–92 und 102–05.

> auch die innere billigen; denn Sie können die eine nicht von der anderen trennen".[16]

Es schien also am sichersten, die Politik Bismarcks gesamthaft abzulehnen.

Von dieser Grundlage aus begann nun auch der von Bernstein und Liebknecht redigierte *Sozialdemokrat* seine Leserschaft zu instruieren. "Die Bourgeoisie will Kolonien zu *ihrem Vorteil* – aus denselben Gründen, aus denen sie für Kolonien schwärmt, muss also das seiner Klasseninteressen bewusste Proletariat *gegen* solche mit aller Entschiedenheit auftreten". Das Kolonialsystem sei ein Teil der kapitalistischen Ordnung, "eine neue Form der Ausbeutung der Arbeit". Durch lange Auszüge aus dem Marx'schen *Kapital* wollte *Der Sozialdemokrat* aufzeigen, dass die Marx'sche Theorie von der ursprünglichen Akkumulation als Richtschnur für die aktuelle politischen Tätigkeit dienen konnte. Da das Kolonialsystem eine Form der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals sei, wachse neben dem Kapital auch der Mehrwert, der Wert der nicht entlöhnten Arbeit. "Kolonisation heisst Akkumulation des Kapitals; Akkumulation des Kapitals heisst Akkumulation des Elends"; dies war laut dem *Sozialdemokrat* "der einzige Standpunkt, den der zielbewusste Proletarier" einnehmen könne. Dies sei der einzige Standpunkt, der eine genügend klare Beurteilung der Kolonialfrage und eine Beseitigung der herrschenden Ungewissheit ermögliche, "welche allein den sozialreformatorischen Schwindel ermöglicht". *Der Sozialdemokrat* gab zwar zu, dass sich daraus "keine Grundlage zu *positiver* Sozialreform" ergebe, es bestünden jedoch Bereiche, "in denen der Proletarier sich so lange rein kritisch, negativ verhalten muss, so lange das System des Kapitalismus überhaupt besteht".[17] Den Ausgangspunkt der

---

[16] Zit. nach *Wolter*, 'Die Alternativkonzeption der revolutionären deutschen Sozialdemokratie zum aussenpolitischen Kurs des preussisch-deutschen Reiches unter Bismarck', 19. Hervorh. d. Liebknecht.

[17] 'Marx über das Kolonialsystem', Sd Nr. 28, 10.7.1884. Hervorh. d. N.N. Die Leitartikel erschienen oft anonym, seltener signiert oder mit einem Pseudonym. Liebknecht verwendete oft das Pseudonym "Sm", während Bernstein "Leo" und "Vitellius" gebrauchte. "Symmachus" wiederum stand für Karl Kautsky (Über die Pseudonyme und ihre Etymologie s. *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 119–20). – Für die vorliegende Untersuchung wirkt es erschwerend, dass gerade die Leitartikel zur Kolonialpolitik anonym erschienen. Einige Sicherheit herrscht lediglich darüber, dass die unsignierten Leitartikel entweder von Bernstein oder von Liebknecht stammten. In seinen Memoiren erzählt Bernstein, dass er vor allem jene Leitartikel Liebknechts mit dessen Pseudonym versah, die er inhaltlich nicht gutheissen konnte (Sozialdemokratische Lehrjahre, 119). Wir können daraus schliessen, dass die unsignierten Leitartikel entweder von Bernstein selbst stammten oder Artikel Liebknechts darstellten, die Bernstein inhaltlich gutheissen konnte. Auf die Richtigkeit dieses Schlusses deutet auch eine Stelle im Briefwechsel Bernsteins mit Kautsky. Bernstein liess nämlich einmal bei einem Leitartikel Liebknechts mit Absicht dessen Pseudonym weg, "um die Meu-

grundsätzlichen und scharfen Verurteilung der Kolonialpolitik bildete also die grundsätzlich negative Einstellung zum Kapitalismus, dem die Kolonialpolitik eindeutig zugerechnet wurde.

Da die Kolonialpolitik prinzipiell und im allgemeinen abzulehnen war, durfte sie auch nicht als Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme dienen. Die grundlegend scheinenden Probleme "Überbevölkerung" und "Überproduktion" waren bereits Folge, "Symptome der sozialen Krankheit", wie Wilhelm Liebknecht betonte. Er bemerkte, dass es sich dabei nicht um absolute, sondern um relative Erscheinungen handle, die darauf beruhten, "dass mehr Menschen und Waren vorhanden sind, *als unter den heutigen Produktionsbedingungen gebraucht werden*".[18] In der neugegründeten theoretischen Zeitschrift der Partei *Die Neue Zeit* erinnerte seinerseits Karl Kautsky daran, dass die deutschen Kolonien keine Lösung boten für die "Überbevölkerung", denn die den Weissen zuträglichen Wohngebiete seien bereits "in festen Händen".[19] Falls Bismarck also mit seiner Kolonialpropaganda tatsächlich versuchte, die Deutschen zu 'täuschen', gelang dies nicht bei allen. *Der Sozialdemokrat* eröffnete seiner Leserschaft, der politische Zweck der Kolonialpolitik sei es, "dem Volk Sand in die Augen zu streuen und es von seinen wahren Interessen abzulenken".[20] Die Kolonialpolitik widerspreche in einem allgemeineren Sinne den Interessen des Proletariats, obschon "in der heutigen Gesellschaft" keine Einrichtung bestehe, "die nicht einzelnen Arbeitern zugute käme". Einige Arbeiter verdienten sich ihren Lohn mit der Produktion von Luxusgütern, andere wiederum "ernährten" sich vom Militarismus. "Nur politische Kinder" konnten daraus jedoch schliessen, "dass Krupp'sche Kanonen eine Wohltat für die Menschheit seien, und Rentiers eine gesellschaftliche Notwendigkeit". Die

---

te" auf sich "zu lenken" (Bernstein an Kautsky 6.6.1885, *Herrmann*, u.a. (Hg.) Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei (im folgenden verk. *Herrmann*, Im Kampf), 254). Damals herrschte also die Auffassung, dass die unsignierten Leitartikel aus der Feder Bernsteins stammten, und ausserdem entsprach der erw. Leitartikel ('Parlamentarismus und die Sozialdemokratie', Sd Nr. 23, 4.6.1885) inhaltlich den Auffassungen Bernsteins von der parlamentarischen Tätigkeit, so dass er ihn gut unsigniert veröffentlichen konnte. Aufgrund dieser Indizien lässt sich also annehmen, dass die unsignierten Leitartikel zur Kolonialpolitik entweder von Bernstein selbst stammten oder doch seinen Auffassungen entsprachen. (Prof. Ursula Herrmann, die sich eingehend mit dem Briefwechsel zwischen Bernstein und Liebknecht beschäftigt hat, hält, wie ich von ihr erfahren konnte, Bernstein für den Verfasser dieser Leitartikel. Sie möchte jedoch die subjektive Natur ihrer Einschätzung betonen; der Briefwechsel selbst liefert keine Hinweise auf den Verfasser).

[18] *Sm (= Liebknecht)*, 'Schwindel und kein Ende', Sd. Nr. 35, 28.8.1884, Hervorh. d. Liebknecht.

[19] *Kautsky*, 'Auswanderung und Kolonisation', NZ I, 1883, 365–68 und 404.

[20] Sd Nr. 17, 23.4.1885, *Sozialpolitische Rundschau*. Diese Rubrik der Zeitung war von Bernstein gestaltet, die Materialien dazu erhielt er jedoch meist aus Deutschland und offenbar vor allem von Liebknecht. S. auch Nr. 1, 1.1.1885 und Nr. 27, 3.7.1884.

Zunahme der Ausgaben bedingte auch eine Zunahme der Einnahmen, die durch die Erhöhung der Lebensmittelzölle erreicht werden konnte. So sei "der erste, reale Segen" der Kolonialpolitik für die Arbeiterschaft "die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel". Der Absatz deutscher Waren in den Kolonien werde zudem nicht genügend gross sein, um den Arbeitslosen Deutschlands Beschäftigungmöglichkeiten zu bieten. Auch in England habe die Arbeitslosigkeit ungeachtet des riesigen Kolonialimperiums zugenommen. Auch entbehre die Behauptung jeglicher Grundlage, wonach die Arbeiter wenn nicht direkt, so zumindest indirekt vom Kolonialbesitz profitierten, d.h. auf dem Umweg über die von den Unternehmen des Mutterlandes verdienten Reichtümer. *Der Sozialdemokrat* verwies auf die später stark verbreitete Auffassung vom Kapitalexport als Stimulus der Kolonialpolitik mit der Bemerkung, dass es im Mutterland nicht an Geld fehle: "Im Gegenteil. Das laute Geschrei der Bourgeoisie nach Kolonien kommt gerade daher, dass im Mutterland *zuviel Geld* vorhanden ist, dass die Herren Kapitalisten zu Hause keine rentable Verwendung mehr für ihre Gelder finden". Der Kapitalismus wäre zusammengebrochen, wenn er keine Investitionsmöglichkeiten für das brachliegende Kapital in den Kolonien gefunden hätte. Die Last der Arbeiterklasse werde dadurch jedoch nur noch zunehmen. Wegen des indirekten Steuersystems hätten die Arbeiter für "den Löwenanteil" der Kosten der Kolonialpolitik aufzukommen, "während der Nutzen für sie einzig und allein darin besteht, die Stunde ihrer Emanzipation hinausgeschoben zu sehen".[21] Die Alternative zum Bismarckschen kolonialpolitischen Programm gründete also auf der Auffassung, dass die Kapitalisten hofften, mittels der Kolonialpolitik "ihr wankendes Reich noch auf einige Zeit halten zu können", was für die Arbeiterschaft die "Verlängerung ihrer Knechtschaft" bedeute. Im Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterschaft stünden zudem nicht allein die Kolonialpolitik an sich, sondern auch die notwendigerweise dazugehörenden Folgeerscheinungen: "Wer A sagt muss auch B sagen. Wer heute Kolonien sagt, sagt auch Kolonialkriege, sagt Panzerschiffe, sagt Kolonialarmee und stehendes Heer, sagt mit einem Wort Militarismus".[22]

Die Alternative war jedoch vor allem programmatischer und grundsätzlicher Natur. Wie sollte sie im konkreten Einzelfall zur Anwendung gelangen? Könnten diese Fragen nicht auch 'an sich' angegangen, als rein praktische Probleme betrachtet werden? Bis zum Jahre 1884 herrschte in der Partei weitgehende – wenn auch nur 'grundsätzliche' – Übereinstimmung

---

[21] 'Kolonialpolitik und die Arbeiter', Sd Nr. 3, 15.1.1885. Hervorh. d. NN.
[22] 'Fata Morgana', Sd Nr. 25, 19.6.1884. S. auch Nr. 39, 28.8.1884 und Nr. 2, 8.1.1885, *Sozialpolitische Rundschau*.

darüber, dass die Kolonialpolitik als Politik zu verurteilen sei, als 'betrügerischer' Versuch zur Entfremdung der Arbeiterschaft von der sozialistischen Propaganda. Von 1884 an konnte ein sozialistischer Reichstagsabgeordneter kein Projekt mehr durch den direkten Hinweis auf den Nutzen der Kolonialpolitik begründen. Von nun an stritt man sich über die Beziehungen zwischen verschiedenen Erscheinungen und Vorgängen und der Kolonialpolitik. Diese Differenzen beruhten auf verschiedenen Ansichten über das Wesen der Partei. Man war sich ja nicht einmal einig über die Prinzipien, geschweige denn über deren Anwendung in der konkreten politischen Situation. Die Partei hatte jedoch, um die Unterstützung der Arbeiter zu gewinnen, auch aktiv zu sein. Wie weit liessen sich diese Prinzipien im konkreten Falle dehnen, welche Kompromisse konnten noch gutgeheissen werden? Einigkeit über diese Fragen liess sich innerhalb der Sozialistischen Arbeiterpartei nicht erzielen.

2 Die zerstrittene Partei

Es war ein leichtes, theoretische Prinzipien zu formulieren, schwieriger war dann schon ihre Anwendung in der Praxis. Die deutsche Arbeiterpartei hatte in einer Gesellschaft zu wirken, in der die Regierung mit allen verfügbaren Mitteln ihre Tätigkeit zu unterbinden trachtete. In den 80er Jahren war die Partei auf dem besten Weg, sich von dem Schlage zu erholen, der ihr durch das Sozialistengesetz zugefügt worden war. Es war ihr zwar nicht gelungen, eine einheitliche sozialistische Strategie auszuarbeiten, die gesetzlich vorgeschriebene Unterdrückungspolitik hatte jedoch ihr Zusammengehörigkeitsgefühl nur gestärkt. Bismarck sah sich deshalb veranlasst, den Sozialismus nicht nur durch die Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung zu bekämpfen, sondern noch weitere flankierende Massnahmen zu ergreifen. Das Sozialistengesetz zielte auf die Verunmöglichung der sozialistischen Propagandatätigkeit und auf die Isolierung der Partei von den Arbeitern. Den Sozialisten blieb jedoch noch der Reichstag als Beeinflussungsmittel übrig, und Einschränkungen des Stimmrechtes oder der Wählbarkeit liessen sich bei der damaligen Zusammensetzung des Reichstages nicht durchsetzen. Ohne das Zugeständnis des allgemeinen und gleichen (männlichen) Stimmrechtes hätten die Liberalen ihre Zustimmung zur Gründung des antiparlamentarisch und unde-

mokratisch regierten Kaiserreiches verweigert.[1] Das Sozialistengesetz musste also durch positive Massnahmen ergänzt werden, um die Arbeiter der sie zu repräsentieren trachtenden Partei zu entfremden.

Die Kolonialpolitik zählte zu diesen Massnahmen, sie wirkte jedoch nur zeitweise, vor allem während den Reichstagswahlen.[2] Als dauerhafter und effektiver erwiesen sich sozialpolitische Massnahmen, insbesondere die Schaffung eines Sozialversicherungssystems. Das erstrangige Ziel der Bismarckschen Sozialpolitik war die Bewahrung des Reiches vor gesellschaftlichem Umsturz. Die Sozialpolitik war von Anfang an konservative Politik und ging von konservativen Kreisen aus. Bismarcks 'Staatssozialismus' war von manipulativen Interessen diktiert: "Wer eine Pension hat für sein Alter, der ist viel zufriedner und viel leichter zu behandeln, als wer darauf keine Aussicht hat".[3] Im Reichstag verkündete er unter dem Beifall der Sozialisten, dass ohne deren Druck auch die wenigen erreichten Sozialreformen unterblieben wären.[4] Bismarcks sozialistische Widersacher waren sich im klaren über die politische Zweckmässigkeit seiner Sozialpolitik. Zu Beginn des Jahres 1883 klärte Bernstein die Leserschaft seiner Zeitung darüber auf, dass Bismarck bezwecke, durch das "Sozialistenvertilgungsgesetz die Sozialdemokratie mundtot zu machen und durch anscheinende Arbeiterreformen die Arbeiter für sich zu gewinnen".[5]

Bismarcks Sozialpolitik wich jedoch in so starkem Masse von den Grundsätzen des 'manchesterlichen' Kapitalismus ab, dass sie ein Schritt hin zum Sozialismus zu sein schien. Als Kaiser Wilhelm I. 1881 eine Gesetzesvorlage über ein Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherungssystem in den Reichstag einbrachte, waren viele sozialistische Reichstagsabgeordnete bereit, die Vorlage offen und als solche gutzuheissen,[6] da sie zweifellos die Stellung der Arbeiter besserte und 'an sich' Mißstände korri-

---

[1] *Cf. Fischer*, 'Zum 18. Januar', 317; W.J. *Mommsen*, 'Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 als dilatorischer Herrschaftskompromiss' und *Wehler*, Das Deutsche Kaiserreich, 60–69.

[2] Bei den Wahlen des Jahres 1884 vermochte Bismarck den Liberalen einen Schlag zu versetzen, jedoch nicht den Sozialisten. Die Liberalen mussten einen Sitzverlust von 106 auf 67 hinnehmen, während die Sozialisten die Zahl ihrer Reichstagsmandate von 12 auf 24 verdoppeln konnten, *Hohorst/Kocka/Ritter*, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II, 173–74.

[3] *Wehler*, Bismarck, 459–64, s. auch *Tampke*, 'Bismarcks Sozialgesetzgebung: Ein wirklicher Durchbruch?'. Genauso reserviert verhalten sich gegenüber den sozialen Zielen der Bismarckschen Sozialpolitik *Born*, 'Von der Reichsgründung bis zum I. Weltkrieg', 305–06; *Böhme*, 81; *Engelsing*, 172–74; *Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, 41; *Lidtke*, 160; *Rosenberg*, 52 und *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 121.

[4] 26.11.1884, Sten. Ber., VI. Leg., 1. Sess. 1884/85, Bd. I, 25.

[5] *Leo (= Bernstein)*, 'Das allgemeine Wahlrecht und die soziale Revolution', Sd Nr. 7, 8.2.1883.

[6] *Lidtke*, 159.

gierte. Gleichzeitig war dies jedoch ein Teil der antisozialistischen Strategie der Regierung. Der Zwist innerhalb der Partei brach offen hervor, als Bernstein gemäss den Anweisungen Engels' die Anhänger der Gesetzesvorlage daran erinnerte, dass "was antimanchesterlich ist, deshalb noch lange nicht sozialistisch ist".[7] Der selbstsichere und belehrende Ton der Stellungnahme Bernsteins verdeckte jedoch nur seine eigene Unsicherheit. Die Kritiker des 'Staatssozialismus' waren sich anfänglich nicht im klaren darüber, wie sie sich gegenüber den Sozialreformen Bismarcks zu verhalten hätten. In der herrschenden Situation waren die Arbeiter, die potentiellen Anhänger der Partei, nicht mit der Erklärung zufrieden, wonach die Mißstände erst durch die Abschaffung des kapitalistischen Systems beseitigt worden wären, da sie nicht gleichzeitig erfuhren, wie dieser Umsturz zu bewerkstelligen sei.[8] Der 'Staatssozialismus' wurde für die deutschen Sozialisten zu einem "painfull dilemma".[9] Diese schwierige theoretische und praktische Herausforderung musste von einer zerstrittenen Partei entgegengenommen werden, die wegen des Sozialistengesetzes nicht offen über ihre Stellungnahme diskutieren konnte. Eine gründliche Diskussion war nur möglich an den Parteitagen, die im Ausland abgehalten werden mussten. Im August 1882 musste eine ausserordentliche Verhandlungstagung zwischen der Parteileitung und der Redaktion des *Sozialdemokrat* einberufen werden. Thema der Tagung war die "wichtigste konkrete Frage"[10] der Partei in den 80er Jahren, der 'Staatssozialismus' sowie besonders das Verhalten des illegalen Organs der Partei zu dieser Frage.[11] Da die Einberufung von Tagungen auf grosse Schwierigkeiten stiess, brachte die Zürcher Tagung bereits an sich die tiefgreifenden Differenzen zum Ausdruck: die Einheit der Partei war in Gefahr.

An der Tagung beschuldigten die Reformisten Bernstein der Überheb-

---

[7] *Leo (= Bernstein)*, 'Manchestertum, Sozialdemokratie und 'soziale Reform' ', Sd Nr. 49, 9.12.1881. Engels hatte Bernstein vor der "Fälschung" des liberalen Bürgertums gewarnt, d.h. vor der Behauptung, dass es sich bei jeglichem Eingriff des Staates in den freien Wettbewerb um Sozialismus handle. Er bemerkte, dess der "Staatssozialismus . . . nichts ist als einerseits feudale Reaktion, andrerseits Vorwand zur Geldpresse, mit der Nebenabsicht, möglichst viele Proletarier in vom Staat abhängige Beamte und Pensionäre zu verwandeln, neben dem disziplinierten Kriegs- und Beamtenheer auch ein dito Arbeiterheer zu organisieren". Engels an Bernstein 12.3.1881, Brw. Bernstein—Engels, 20.

[8] Cf. *Bartel* u.a., Der Sozialdemokrat, 138—43 und *Engelberg*, 75 und 82.

[9] *Lidtke*, 159.

[10] *Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus, 193. Desgleichen *Steinberg*, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, 32—33.

[11] Über die Zürcher Tagung, s. *Bartel* u.a., 136—38; *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 125—27; *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 148—59 und *Lidtke*, 135—38. Zur Zeit des Sozialistengesetzes wurden drei ordentliche Parteitage abgehalten, in Wyden 1880, in Kopenhagen 1883 und in St. Gallen 1887.

lichkeit – "Bernstein soll sich nicht aufs hohe Ross setzen, er soll nicht schulmeistern", hiess die Warnung. Nach Auffassung der Reformisten war der Sprachgebrauch des *Sozialdemokrat* zu revolutionär; dies halte potentielle Anhänger von der Partei fern. Am schwersten wog die Anklage, wonach Bernstein anstelle der Parteileitung (d.h. de facto der Reichstagsfraktion) die Linie der Zeitung zu bestimmen versuche. Bernstein fand lediglich bei Bebel und Vollmar Unterstützung.[12] Es galang dann, eine zwischen den extremen Postionen vermittelnde Übereinkunft über die zukünftige Linie der Zeitung zu formulieren. Darin wurde u.a. verlangt, dass zur Veröffentlichung bestimmte "Artikel und Einsendungen, welche beleidigende Angriffe auf Parteigenossen enthalten", der Kontrolle der Parteileitung, d.h. de facto der Reichstagsfraktion zu unterstellen seien. Die Redaktion erhielt jedoch andererseits recht freie Hand; die Linie der Zeitung hatte sich nämlich an den Parteitagsbeschlüssen zu orientieren.[13] In bezug auf die eigentlichen politischen Streitpunkte gelangte die Partei jedoch nicht zu einem einheitlichen Beschluss über das weitere Vorgehen. Die legal in Deutschland erscheinenden Publikationen der Partei setzten ihre 'staatssozialistische' Linie fort. Das *Berliner Volksblatt* war beispielsweise noch im Jahr 1884 der Meinung, dass einzig der Staat imstande sei "die Produktionsweise zu regeln, die Überproduktion und somit auch die Krisen, wenn nicht ganz zu verhindern, doch erheblich abzuschwächen".[14] Mit Streiks, d.h. mit dem "Kampf zwischen Kapital und Arbeit", könne die Stellung der Arbeiter nicht "grundlegend" verbessert werden. Der "Schwerpunkt der Arbeiterfrage" müsse deshalb in der "Gesetzgebung" liegen.[15]

---

[12] Protokoll der Zürcher Tagung, MN, IISG, 1479, 2 und 4–8. Auf der Tagung ärgerte Bernstein die Reformisten noch weiter durch seinen Widerstand gegen eine Neuauflage der Texte Lassalles, da "viele von seinen Schriften von jedem Staatssozialisten unterschrieben werden" könnten, ib., 2. Über die Parteileitung zur Zeit des Sozialistengesetzes, s. *Fricke*, 141–43; *Lidtke*, 82 und *Nowka*, Das Machtverhältnis zwischen Partei und Fraktion in der SPD, 8–18.

[13] MN, IISG, 1480/1. Es ist bemerkenswert, dass sich die Kritik der Reformisten vor allem gegen Bernstein und nicht gegen Liebknecht, den zweiten Redakteur der Zeitung richtete. Liebknechts vermittelnde Haltung in Zürich liess sein späteres Wirken während des Subventionsstreites erahnen. Er bemerkte, dass *Der Sozialdemokrat* als Parteizeitung das Recht habe, die Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu kritisieren, andererseits dürfe die Redaktion sich nicht der Parteileitung, d.h. de facto der Reichstagsfraktion widersetzen. Liebknecht hiess auch die Resolution zur Linie der Zeitung gut, die Bernstein als Misstrauensantrag ansah. Protokoll der Zürcher Tagung, 6 und 8.

[14] Nr. 51/1884, zit. n. *Engelberg*, 92–93.

[15] Nr. 17/1884, ib., 93. 1882 baten Bebel und Bernstein Engels, ein Pamphlet zum 'Staatssozialismus' zu schreiben, wofür sie ihm Materialien schickten. Brw. Bebel–Engels, 134, 135 und 137 sowie Brw. Bernstein–Engels, 114, 122, 126–27, 147–48, 152, 161–62 und 166. Zu Beginn des Jahres 1883 hatte der 'Staatssozialismus' jedoch nach Meinung Engels bereits

Der deutsche Staat unterstützte die darniederliegende deutsche Industrie, der deutsche Kapitalismus benötigte die Unterstützung durch die 'Gesellschaft', der deutsche Kapitalismus schien sich zu 'vergesellschaften'. Würde diese Entwicklung nicht mit der Zeit zu einer umfassenden Sozialisierung führen? In der Kolonialpropaganda wurde behauptet, dass der Staat durch die Beschaffung von Kolonien der 'Überproduktionskrise' begegnen könne. Die intensive Kolonialpropaganda begann Früchte zu tragen. Zu Beginn des Jahres 1883 bezeichnete der Reichstagsabgeordnete der Sozialistischen Arbeiterpartei Wilhelm Hasenclever es als "Unglück" der deutschen Wirtschaft "dass wir keine Kolonien haben". Er wäre "als erster" bereit gewesen, die Beschaffung ertragreicher Kolonien zu unterstützen.[16] Es ist verständlich, dass Bismarck sich von der Kolonialpropaganda einiges versprach, da es damit sogar gelang, Reichstagsvertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei 'hinters Licht zu führen'. Als es dann jedoch im folgenden Jahr an die Beschaffung von Kolonien ging, als "der deutschen Gesamtheit das Kleid zu eng" wurde,[17] stellte *Der Sozialdemokrat* die Kolonialpolitik als eine Form der antisozialistischen Propaganda Bismarcks dar. Eine offene Unterstützung der Kolonialpolitik war nicht mehr möglich. Die kolonialpolitischen Zwistigkeiten innerhalb der Partei betrafen von diesem Zeitpunkt an Erscheinungen und Projekte der Regierung, deren Zusammenhang mit der eigentlichen Kolonialpolitik nur noch indirekter Natur und deshalb umstritten war.

Gleichzeitig mit der Beschaffung von Kolonien wurde im Reichstag eine Gesetzesvorlage über die staatlichen Subventionen an den Linienverkehr der Postschiffe eingebracht. In ihrer endgültigen Form betraf die Vorlage den Linienverkehr von Deutschland nach Hongkong, Australien und Afrika. Es ging nicht in erster Linie um die Unterstützung der Reedereien, sondern man erhoffte sich von den Subsidien auch eine Belebung des Handels, der Exportwirtschaft und der Seefahrt. Ausserdem wollte man auch den Glauben der Bürger an das Funktionieren der Wirtschaft stärken. Bismarck selbst hielt die Verabschiedung der Subventionsvorlage für wichtig und betonte an der Sitzung der Budgetkommission, an der er sich das erste Mal seit 1871 beteiligte, den Zusammenhang zwischen der Sub-

---

soviel von seiner Anziehungskraft eingebüsst, dass es keines besonderen Pamphletes mehr bedurfte; es sei nutzlos, "mit Kanonen auf Mücken zu schiessen". "Ich denke, wir lassen den Bismarck-Sozialismus sich selbst begraben", äusserte sich Engels beruhigend gegenüber Bernstein am 8.2.1883, Brw. Bernstein–Engels, 180. Nach der realistischeren Einschätzung Bernsteins hatte sich die durch die "Kleinbürgerei" der Partei verursachte Gefahr nur scheinbar verringert, Bernstein an Engels, 24.2.1883, ib., 185.

[16] Hasenclever im Reichstag am 5.2.1883, St. Ber., V. Leg., 2. Sess. 1882/83, II. Bd., 1303.

[17] Bismarck an der Sitzung der Budgetkommission, 23.6.1884, zit. n. *Wehler*, Bismarck, 193.

ventionsvorlage und der Kolonialpolitik.[18] Zu diesen 'staatssozialistischen', wirtschaftsfördernden Massnahmen gehörten noch zwei Vorgänge, die die Zielsetzungen und Motive Bismarcks zum Ausdruck bringen: Die illegale Verbreitung des *Sozialdemokrat* im Kaiserreich sollte energischer unterbunden werden; die Zahl der Razzien nahm im Frühling 1884 stark zu.[19] Gleichzeitig suchte Bismarck die durch diesen Schlag verursachten Wunden zu heilen. Im Mai 1884 verlangte er in seiner Reichstagsrede das "Recht auf Arbeit" für die Arbeiter und forderte den Reichstag auf, Massnahmen zu treffen für die Krankenpflege und die Altersversicherung der Arbeiterschaft. Die Beweggründe dieser sozialpolitischen Aufforderungen waren rein politischer Natur. Er versicherte, "wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, dass die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden. . ."[20] Mit diesen 'Herren vom Wydener Programm' meinte Bismarck den im Jahre 1880 in Wyden (Schweiz) abgehaltenen Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei, der einstimmig das Wort "gesetzlich" aus dem Gothaer Programm des Jahres 1875 strich. Im Gothaer Programm hatte es noch geheissen, die Partei strebe den Sozialismus "mit allen gesetzlichen Mitteln" an.[21]

Die Dampfersubventionen bildeten zwar einen Teil der Bismarckschen Kolonialpolitik, er hatte sie jedoch nicht ausschliesslich kolonialpolitisch begründet. Dies ermöglichte eine gesonderte Behandlung der Subventionen: ihre Gutheissung schien nicht die Gutheissung der Kolonialpolitik zu bedeuten. Eine Mehrheit der sozialistischen Reichstagsfraktion sprach sich für die Gutheissung des Regierungsantrages aus. Johann Heinrich Wilhelm Dietz vertrat die Auffassung der Fraktionsmehrheit im Reichstag. Deutschland sei, wie England und Frankreich, verpflichtet, seiner Industrie neue Märkte zu eröffnen. "Jede verständige Regierung" müsse dies anstreben. Dietz verglich das mit der "Überproduktion" ringende Deutschland mit einem "überhitzten Dampfkessel". "Das Bohren der Ventile" sei unabdingbar, um das Platzen zu verhindern. Die Subventionen kämen zwar in erster Linie den Kapitalisten zugute, jedoch nicht ausschliesslich; durch den Wiederaufschwung des Handels und der Werftindustrie würde die

---

[18] *Wehler*, Bismarck, 239–57. S. auch *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 125–26 und W. *Schröder*, 'Bismarcks Postdampferlinien und die Sozialdemokratie', 6–11. Staatliche Subventionen waren damals üblich, sie wurden sogar in England ausgerichtet, das sonst ein Vorkämpfer des Freihandels war. *Wehler*, Bismarck, 240.

[19] *Bartel* u.a., 83–84.

[20] 9.5.1884, St. Ber., V. Leg., 4. Sess. 1884, I. Bd., 481.

[21] Prot. Wyden 1880, 28 und Prot. Gotha 1875, 3.

Arbeitslosigkeit vermindert.[22] Gemäss der anderen, in der Partei herrschenden und in der Reichstagsfraktion in der Minderheit gebliebenen Auffassung stellte die "Überproduktion" jedoch ein relatives Phänomen dar. Diese relative "Überproduktion" beruhe auf der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise und der dadurch bestimmten Produktions- und Konsumptionskraft. Ein die Kolonien und deren Verbindungen mit dem Mutterlande unterstützender Standpunkt bedeute so die Einschätzung der kapitalistischen Produktionsweise als "erhaltenswert".[23] Nach Auffassung der Fraktionsminderheit bestand zwischen der Kolonialpolitik und den Subventionen ein eindeutiger Zusammenhang. Die Anhänger der Subventionen halfen so mit bei der 'Erhaltung' des Kapitalismus.

Die Auffassungen der Mehrheit und der Minderheit waren unvereinbar, und der Reichstagsfraktion gelang es aus diesem Grunde nicht, eine einheitliche Stellungnahme zum Antrag der Regierung zu formulieren. Die Reichstagsfraktion musste wegen der Angelegenheit "drei lange und sehr heisse Sitzungen" abhalten.[24] Von den 24 Fraktionsmitgliedern hielten 18 die Subventionen für eine Zweckmässigkeitsfrage. Sie konnten also gutgeheissen werden, da keine grundsätzlichen Einwände bestanden. Vom Gewohnten abweichend beschloss die Fraktion jedoch Stimmfreigabe für die Abgeordneten.[25]

Der Sozialdemokrat berichtete über den Beschluss der Reichstagsfraktion nur mit einer kleinen, 11-zeiligen Notiz,[26] was in der Mitgliederschaft der Partei grosse Verärgerung hervorrief. Die Fraktionsminderheit ergriff Massnahmen. Bebel schrieb dem "roten Postmeister", dem für die illegale Verbreitung des *Sozialdemokrat* zuständigen Julius Motteler und bat diesen, dafür zu sorgen, dass *Der Sozialdemokrat* die Verbindung zwischen Subventionen und Kolonialpolitik aufzeige. Bebel hielt diese Verbindung für erwiesen und lehnte die Subventionen ebenso grundsätzlich ab wie die Kolonialpolitik.[27] In seinem Brief an Engels bedauerte er es, dass die Fraktionsmehrheit die Subventionen "als eine reine Zweckmässigkeitsfrage" ansehe und sie "in der Hauptsache mit denselben Gründen wie die

---

[22] 16.5.1885, St. Ber., VI. Leg., 1. Sess. 1884/85, III. Bd., 1846–47. Desgleichen Hasenclever 12.3.1885, ib., 1777.
[23] 'Fata Morgana', Sd. Nr. 25, 19.6.1884.
[24] Bebel an Engels, 28.12.1884, Brw. Bebel-Engels, 206.
[25] Sd Nr. 50, 11.12.1884; Bebel an Engels, 28.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 206; Bebel an Schlüter, 15.12.1884, *Herrmann*, Im Kampf, 70 und Bernstein an Kautsky, 3.1.1885, IISG, KN DV 24.
[26] Sd Nr. 50, 11.12.1884.
[27] Bebel an Motteler, 21.12.1884, *Herrmann*, Im Kampf, 72–74. Über den Subventionsstreit siehe bes. *Lidtke*, 193–204; *Mittmann*, 'Das Postulat der innerparteilichen Demokratie'; *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 125–36 und W. *Schröder*, 'Bismarcks Postdampferlinien'.

Bourgeoisie" unterstütze. Das Problem werde zudem noch dadurch erschwert, dass in Deutschland wegen des Sozialistengesetzes keine Presse existiere, "die scharf und offen eingreift und Klarheit schafft (...) *Der Sozialdemokrat* genügt nicht".[28] *Der Sozialdemokrat* stellte jedoch das einzige Forum dar, auf dem 'scharf und offen' gesprochen werden konnte und war deshalb seit seiner Gründung ein Zankapfel innerhalb der Partei. Wie bereits dargestellt, konnte sich die zerstrittene Partei nicht auf eine einheitliche Redaktionspolitik einigen. Bernstein übernahm zu Beginn des Jahres 1881 in der Nachfolge Georg von Vollmars die anfänglich befristete Stelle eines Redakteurs. Nach Meinung Engels' verbesserte der Wechsel das Niveau des Parteiorgans in wesentlichem Masse.[29] Bernstein zweifelte bis zum Jahresende an seiner Befähigung für den anspruchsvollen Posten und sprach mehrere Mal von Rücktritt, liess sich dann jedoch von Bebel und Engels für einen Verbleib überreden.[30] Die Redaktionsarbeit wurde durch die theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei sehr erschwert. Während des Subventionsstreites wuchs die Belastung Bernsteins noch an, da die Stellungnahme zugunsten der Fraktionsminderheit de facto eine Gegenposition zur Mehrheit der Parteileitung bedeutete.

Aufgrund seiner Stellung konnte Bernstein die Mehrheit der Parteileitung nicht offen und direkt kritisieren, er veröffentlichte jedoch im *Sozialdemokrat* kritische Stellungnahmen. Die erste stammte von den deutschen Flüchtlingen in Zürich, darauf folgten kritische Erklärungen aus Brüssel, London und Paris, worauf dann auch kritische Stimmen aus Deutschland

---

[28] Bebel an Engels, 28.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 206–07. S. auch Bebel an Schlüter, 15.12.1884, *Herrmann*, Im Kampf, 70. Bebel war überzeugt davon, dass die Fraktionsmehrheit den Zusammenhang zwischen den Subventionen und der Kolonialpolitik bewusst verschleierte: "Dass die Subventionsmänner die Kolonialpolitik von der Subventionspolitik trennen, geschieht nur, um *ihr Gewissen* zu salvieren. Weder die Regierung noch irgendeine Partei lässt diese Trennung zu. In der Kommission ist dies aufs entschiedenste zutage getreten", Bebel an Motteler, undatiert (geschrieben nach dem 30.1.1885), *Herrmann*, Im Kampf, 98. Hervorh. d. Bebel.

[29] Engels an Bernstein, 2.2.1881 und 12.3.1881, Brw. Bernstein–Engels, 15 und 21. Die erste von Bernstein redigierte Ausgabe war die Nr. 2, 9.1.1881. Über den Redakteurenwechsel s. *Bartel* u.a., 65–72 und *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 118–21.

[30] Z.B. Engels an Bernstein, 14.4.1881, Brw. Bernstein–Engels, 25–26; Engels an Bebel, 28.4.1881 und Bebel an Engels, 20.9.1881, Brw. Bebel–Engels, 110 und 116. Nach Meinung Bebels eignete sich Bernstein besser als Redakteur des *Sozialdemokrat* als Kautsky, der "allerlei Schrullen" habe. Nach seinen Diskussionen mit Kautsky musste Bebel feststellen, "dass erhebliche Meinungsdifferenzen zwischen ihm und uns leicht eintreten könnten", Bebel an Engels, 11.2.1881, Brw. Bebel–Engels, 102. Auch Engels äusserte sich im gleichen Sinne: "Bernstein hat sich so über Erwarten gut gemacht ..., dass ein Besserer schwerlich zu finden. Er hat wirklichen Takt und fasst schnell auf, das gerade Gegenteil von Kautsky, der ein äusserst braver Kerl ist, aber ein geborener Pedant und Haarspalter, unter dessen Händen nicht die verwickelten Fragen einfach, sondern die einfachen verwickelt werden", Engels an Bebel, 25.8.1881, ib., 113–14.

selbst ertönten.[31] Sämtliche Stellungnahmen glichen inhaltlich der ersten, z.T. deswegen, da diese als Separatdruck nach Deutschland geschickt worden war. Die Mitglieder der Partei erhielten darin die Aufforderung, Massnahmen zu ergreifen zur Verhinderung eines Schrittes, "der für unsere Partei verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen könnte". Die Subventionen wurden als integraler Bestandteil der Kolonialpolitik dargestellt, und die Beschaffung von Kolonien wiederum sei "das letzte Auskunftsmittel aus der Anarchie der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände". Die durch die Kolonialpolitik verursachten "unvermeidlichen Opfer an Gut und Blut" müssten wegen des indirekten Steuersystems im Kaiserreich "fast ausschliesslich von der arbeitenden Klasse getragen werden", jedoch erhielten die Arbeiter von diesen Opfern "nur das leere Versprechen auf künftigen Arbeitszufluss". Die Vertreter der Partei dürften sich nicht an dieser Politik der herrschenden Klassen, d.h. "an einer Verschleppung der Lösung der sozialen Frage" beteiligen. In der Stellungnahme kam eine starke moralische Entrüstung zum Ausdruck:

> "Ein solch widersinniges Schachergeschäft. . . widerspricht der Würde der Partei und schliesst auf der anderern Seite eine Anerkennung des heutigen Systems der Beraubung der arbeitenden Klassen um ihren Arbeitsertrag in sich, die den Interessen der Partei zuwiderläuft".[32]

Die Gegenoffensive zur Kolonialpropaganda verfehlte ihre Wirkung nicht.

Die einzige Möglichkeit für die Fraktionsmehrheit zur Verteidigung ihrer postiven Stellungnahme zu der Dampfersubvention lag in der Abstreitung jeglicher Verbindung zwischen Subvention und Kolonialpolitik. Ignaz Auer antwortete in der folgenden Nummer des *Sozialdemokrat* auf die Stellungnahme der Zürcher Flüchtlinge. Er bemerkte, dass die Zürcher "sehr viele. . . beweiskräftige Gründe gegen die Kolonialpolitik, aber nicht einen einzigen Grund gegen die Dampfersubvention" vorgebracht hätten. Wenn es sich bei den Subventionen und bei der Kolonialpolitik wirklich "um zwei unzertrennliche Dinge" handle, würde sich eine Diskussion erübrigen, da alle Reichstagsabgeordneten der Partei gegen die Kolonialpolitik eingestellt seien. Hier gehe es jedoch um Subventionen, die nicht in

---

[31] Sd Nr. 4–8 und 11; 22. und 29.1., 5., 12. und 19.2. sowie 12.3.1885. Die Resolutionen sind auch aufgeführt in *Gemkow*, 'Dokumente des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie gegen Bismarcks Kolonialpolitik und gegen den Rechtsopportunismus in den Jahren 1884/85', 361–65.

[32] Sd Nr. 4, 22.1.1885. Die Resolution ist datiert am 10.1.1885; das Manuskript findet sich im Nachlass Motteler, IISG, MN 339/5.

Verbindung stünden zur Kolonialpolitik.[33] Die Mehrzahl der Parteimitglieder hielt diese Verbindung hingegen für erwiesen, und die Fraktionsmehrheit geriet deshalb – wie Bernstein in seiner 1907 verfassten Denkschrift für Ignaz Auer schrieb – in Konflikt "mit dem grössern Teil der organisierten Parteigenossen".[34] Es war wahrscheinlich diese scharfe Kritik der Parteimitglieder, die die Reichstagsfraktion zum Rückzug veranlasste.[35] Sie konnte die Subventionen nicht mehr als solche und bedingungslos gutheissen. Der Subventionsstreit erreichte seine grösste Intensität zum Jahreswechsel 1884/85. Bebel erregte sich damals "ausserordentlich" über "all die kleinen, erbärmlichen Kulissenkämpfe", stellte sich jedoch bereits gegen Ende Februar – als man über die Auffassungen der Parteimehrheit Klarheit erlangte – dazu "mit philosophischer Ruhe".[36] Die Fraktionsmehrheit fand lediglich in Hamburg eine gewisse Unterstützung für ihre Auffassungen.[37]

Nach dieser Klärung der Machtverhältnisse formulierte die sozialistische Reichstagsfraktion einen Zusatzantrag zum Subventionsantrag der Regierung, dessen Annahme ohne jegliche Abstriche zur Bedingung gemacht wurde für die Gutheissung des Antrages des Regierung. Der Zusatzantrag verlangte die Aufgabe der Afrika- und der Samoa-Linien, da deren Zusammenhang mit der Kolonialpolitik offensichtlich sei. Ausserdem wurde verlangt, dass neue Linienschiffe auf deutschen Werften zu bauen seien, um so die Arbeitslosigkeit zu senken. *Der Sozialdemokrat* berichtete voller Siegesfreude über diesen Beschluss der Reichstagsfraktion und fügte als Kommentar noch hinzu, dass alle Schifffahrtslinien der Kolonialpolitik dienten und dass der Antrag der Reichstagsfraktion sicherlich abgelehnt würde,[38] was dann auch im März 1885 geschah.[39] Dies beseitigte jedoch erst den direkten Anlass zum parteiinternen Zwist. Im Januar 1885 betonte Bern-

---

[33] 'In Sachen der Dampfersubvention', Sd Nr. 5, 29.1.1885. Nach der Einschätzung Bebels fanden sich jedoch in der Reichstagsfraktion auch "zwei oder drei" Befürworter der Kolonialpolitik, Bebel an Schlüter, 24.12.1884, *Herrmann*, Im Kampf, 75.

[34] *Bernstein*, Ignaz Auer, Berlin 1907, 47. Gemäss Bernstein war sein Freund Auer zur Zeit des Subventionsstreites dem geistigen Zusammenbruch nahe. Ihr Briefwechsel wurde durch die Auseinandersetzung für viele Jahre unterbrochen, ib., 49.

[35] Cf. *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 132.

[36] Bebel an Kautsky, 22.2.1885, Brw. Bebel–Kautsky, 32.

[37] Dietz, dessen Reichstagswahlkreis in Hamburg lag, erhielt laut seinen Aussagen täglich Briefe aus seinem Wahlkreis, "die alle energisch das Eintreten für die Subventionen fordern", Dietz an Schlüter, 15.12.1884, *Herrmann*, Im Kampf, 72. Bebel bemerkte trocken: "Wahlkreispolitik spielt natürlich ein grosse Rolle", Bebel an Schlüter, 15.12.1884, ib., 70. S. auch die Einschätzung der politischen Polizei über die Kräfteverhältnisse, 6.7.1885 und 24.7.1886, Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 1, 266–67 und 293–94.

[38] Sd Nr. 9, 26.2.1885.

[39] *Wehler*, Bismarck, 253.

stein gegenüber Kautsky, dass sich im Subventionsstreit der Gegensatz "zwischen der staatssozialistischen und unserer Richtung" widerspiegle. Die Partei sei noch schwach und unreif, was jedoch nicht auf den "Parlamentarismus" zurückzuführen sei; im Parlament manifestiere sich lediglich diese Unreife. Nach der realistischen Einschätzung Bernsteins war die "Schwäche" der Reichstagsabgeordneten auf die "Schwäche" ihrer Wähler zurückzuführen, und mit den Wählern bezeichnete Bernstein die "aktiven Genossen" in den Wahlkreisen. Mit seiner Bemerkung wollte Bernstein nicht die 'schwachen' Reichstagsabgeordneten in Schutz nehmen, sie sollten ja ihren Anhängern ein Beispiel sein. Er wollte sich nur "Illusionen" ersparen: "Ich sehe wie viel noch zu tun ist".[40]

3 Die Problematik der revolutionären Praxis: die Verwurzelung des kolonialpolitischen Attentismus

Es gelang der Reichstagsfraktion lediglich, sich zu einer Einigung über das auslösende Moment des Streites, die Subventionen, durchzuringen. Die eigentliche Ursache der Auseinandersetzung, die divergierenden Ansichten über die Natur der sozialistischen Partei, über die Zielsetzungen, taktischen Möglichkeiten sowie über deren gegenseitige Beziehungen blieb nach wie vor bestehen. Zur Klärung dieses Konglomerats von Problemen ist es angezeigt, einen Blick zurück zu werfen. Zum Jahreswechsel 1884/85 erteilte Friedrich Engels, der damals "General" genannt wurde, von London aus strategische Anweisungen zur Lösung der Krise. Diese wurden jedoch nicht befolgt, z.T. da sie nicht gutgeheissen bzw. gar nicht verstanden wurden. Eine nähere Betrachtung dieser Anweisungen Engels' und der darum geführten Auseinandersetzung beleuchtet den eigentlichen Kern des Subventionsstreites, d.h. die Frage um das Wesen und die einzuschlagende Marschrichtung der Sozialistischen Arbeiterpartei. Die verschiedenen Antworten auf diese Frage bestimmten auch die verschiedenen Antworten auf die Kolonialfrage.

---

[40] Bernstein an Kautsky, 3.1.1885, IISG, KN DV 24.

Es war Wilhelm Liebknecht, "der ewige Vertuscher aller Gegensätze"[1], der die Verbreitung der Anweisungen des "Generals" sorgte. Anfangs Januar 1885 veröffentlichte er im *Sozialdemokrat* einen Leitartikel, der besänftigend auf das parteiinterne Schisma wirken sollte. Da man sich vor allem über die grundsätzliche Natur der Subventionenfrage stritt, musste Liebknecht versichern, dass es sich nicht um die Grundsätze der Sozialdemokratie "im strengeren Sinn des Wortes" handle. Zur Begründung seiner Stellungnahme zitierte er wortwörtlich aus dem Brief Engels', ohne jedoch dessen Namen zu erwähnen. "Einer unsererer bewährtesten und kompetentesten Parteigenossen" hatte folgendes vorgeschlagen:

> "Will die Fraktion sich nicht einfach ablehnend verhalten, so kann sie nach meiner Meinung zu dieser Staatshilfe für die Bourgeoisie, die *möglicherweise* (was freilich erst zu beweisen) den Arbeitern indirekt zu Gute kommen kann, *nur dann ihre Einwilligung geben, wenn ebensolche Staatshilfe für die Arbeiter zugesichert wird.* 'Gebt Ihr uns 4–5 Millionen jährlich für *Arbeitergenossenschaften* (nicht Vorschuss, sondern Schenkung, wie für die Rheder), dann lassen wir mit uns reden. Gebt Ihr uns Garantien, dass in *Preussen* die *Domänen* statt an Grosspächter oder an Bauern, die ohne Taglöhnerarbeit existenzunfähig sind, an *Arbeitergenossenschaften* ausgepachtet werden sollen, dass *öffentliche Arbeiten* an *Arbeitergenossenschaften* statt an Kapitalisten verdungen werden, gut, wir wollen ein Übriges tun. Wenn nicht, nicht.' Wenn die Fraktion solche Vorschläge macht, wofür natürlich die richtige Form gefunden werden muss, dann wird Niemand den sozialdemokratischen Abgeordneten vorwerfen können, sie vernachlässigten über der Zukunft die gegenwärtigen Bedürfnisse der Arbeiter".

Zuletzt versicherte Liebknecht noch: "Wir glauben, das ist ein sehr beachtenswerter und sehr praktischer Vorschlag".[2]

---

[1] Bebel an Kautsky, 3.12.1887, Brw. Bebel–Kautsky, 65.

[2] *WL (= Liebknecht)*, 'Zur Dampfersubvention', Sd Nr. 2, 8.1.1885. Auch am St. Galler Parteitag des Jahres 1887 war Liebknecht noch der gleichen Meinung, Prot. St. Gallen 1887, 17. – Im Jahre 1914, als die Behandlung des Militärbudgets Anlass gab zur Wiederauffrischung des Subventionsstreites, witzelte der 'sozialistische Kolonialpolitiker' Max Schippel in gewohnter Weise auf Kosten Liebknechts: "Wie auch sonst recht häufig, so liefen, wie man sieht, in diesem Fall die Liebknechtschen Beweisführungen lediglich auf eine Wiederholung des zu Beweisenden, nur in anderer Worteinkleidung, hinaus: in Prinzipienfragen müssen die Fraktionen einheitlich auftreten; da die Fraktion nicht einheitlich aufzutreten beabsichtigt, so kann offenbar nicht von einer Prinzipienfrage die Rede sein". *Schippel*, 'Dampfersubvention und Parteientwicklung', SM 20, II, 1914, 665.

Vom Brief Engels' an Liebknecht hat sich lediglich ein undatierter Teil erhalten, der genau übereinstimmt mit dem von Liebknecht veröffentlichten Zitat.[3] Aus der Korrespondenz zur Zeit des Subventionsstreites geht nicht hervor, ob Engels Liebknecht zur Veröffentlichung dieser Briefstelle aufforderte. Bebel behauptete später unter Berufung auf schriftliche und mündliche Äusserungen Engels', dass der Brief nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen sei.[4] Liebknecht war jedoch gegenteiliger Meinung: falls er nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen wäre, hätte Engels ihm den Brief gar nicht gesandt.[5] Liebknecht hatte offenbar recht; Engels sah vermutlich in Liebknecht den einzigen einflussreichen Widersacher der Mehrheit der Reichstagsfraktion, der trotz allem zur Vermittlung in der Auseinandersetzung bereit war. Jedenfalls vertraute Engels lediglich in die Vermittlertalente Liebknechts; theoretische Fähigkeiten sprach er ihm nicht zu. Kautsky hatte zu Beginn der 80er Jahre Engels erzählt, dass sein Buch *Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft* (Wien 1880) gegen Liebknecht gerichtet sei, worauf Engels gemäss Kautsky "riesig" lachte, und gefragt habe "wie man diesen als Theoretiker ernst nehmen" könne.[6]

---

[3] Engels an Liebknecht, undatiert, jedoch offenbar vom 29.12.1884, Brw. Liebknecht–Marx–Engels, 284–85. Liebknecht und die übrigen führenden Persönlichkeiten der Partei waren bereits zwei Wochen früher vom Reichstagsabgeordneten Paul Singer über die Haltung Engels' informiert worden. Singer hatte Mitte Dezember Engels besucht, der unmittelbar vor diesem Gespräch die Nummer des *Sozialdemokrat* (50, 11.12.1884) erhalten hatte, in der der Beschluss der Reichstagsfraktion über die unprinzipielle Natur der Subventionsfrage referiert wurde. S. Bebel an Engels, 28.12.1884 und Engels an Bebel, 30.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 205–06 und 210. – Singer unterstützte zwar die Subventionen, bekämpfte jedoch die Kolonialpolitik. Seiner Meinung nach konnten diese beiden Sachen getrennt angegangen werden, s. die Rede Singers in Berlin am 30.6.1885, Berliner Volksblatt Nr. 151, 2.7.1885. Das Gespräch Engels' mit Singer lässt u.a. erkennen, dass sich Engels verhältnismässig gründlich mit der Problematik um den Subventionsstreit auseinandergesetzt hatte.
[4] Bebel an Liebknecht, 1.12.1898, IISG, Bebel–Nachlass, 34a.
[5] Liebknecht an Bebel, 30.11.1898, ib., 127/6–7. Motteler wiederum scheint fälschlicherweise anzunehmen, dass Liebknecht seinen Vermittlungsvorschlag gar nicht ernst gemeint habe: "Die Unannehmbarkeit seines 'Vorschlag' lässt Engels ja aus jeder Zeile seiner eventuellen 'Kompensations-Forderungen' an die Bourgeoisie herauslachen. 'Sehr beachtenswert & sehr praktisch' konnte dieser rein taktische Schachzug Engels' doch von dir (d.h. Liebknecht – der Verf.) nur genannt werden sein, *weil* die Fraktionsmajorität aus diesem gesalzenen Speisezettel unschwer herauslesen konnte, dass Engels *ihre praktische Politik* in *seinem* 'Vorschlag' ad absurdum perlustriert". Motteler an Liebknecht 30.11.1898, IISG, LN 263/196–99, Hervorh. d. Motteler.
[6] Kautsky an Bernstein, 7.10.1896, IISG, KN C 151. Engels und Marx vertrauten Liebknecht in politischer Hinsicht kaum. Lediglich seine agitatorische Tätigkeit fand ihre Zustimmung, "eine wirklich geschäftliche und sachliche" Korrespondenz mit ihm sei jedoch unmöglich. Liebknecht sei ausserdem unduldsam und ein geborener Schulmeister: "Wenn einmal ein Arbeiter im Reichstag Mir statt Mich sagt oder einen lateinischen kurzen Vokal lang ausspricht und die Bourgeois lachen, dann ist er in Verzweiflung. Daher muss er

Nach Meinung Bebels war der Vorschlag Engels' unverständlich und ausserdem schädlich, da er als Stellungnahme zugunsten der Mehrheit der Reichstagsfraktion ausgelegt werde.[7] Heinrich Rackow, ein in London lebender Emigrant, zeigte sich nach der Lektüre des Vorschlages "ziemlich perplex, solche Vorschläge im Ernste von einem Genossen zu hören".[8] Was meinte also Engels mit seinem Vorschlag und was bezweckte er damit? Wenn wir sagen, dass Engels die Subventionenfrage "unter dem Aspekt der Zweckmässigkeit"[9] betrachten wollte, so müssen wir gezwungenermassen abklären, worin dieser Zweck bestand. Dies lässt sich am besten anhand der in dieser Sache zwischen Bebel und Engels geführten Auseinandersetzung darstellen.

Nach Meinung Bebels war der Vorschlag Engels' "mehr als bedenklich". Der "Handel" mit der Bourgeoisie – "wir bewilligen die Subvention, bewilligt uns auch für Arbeiterzwecke" – führe "notwendig zur Korruption der Partei und zerrüttet dieselbe, macht uns zu Mitschuldigen der Bourgeoisie und des Systems".[10] Bebel berührte damit ein allgemeines und zentrales Problem, das sich unzählige Mal in verschiedenen historischen Situationen und Formen wiederholte. Wie soll eine revolutionäre Partei in einer Gesellschaft vorgehen, deren Umsturz sich die Partei zwar zum Ziele gesetzt hat, in der sie jedoch zu wirken hat? Auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles hat die revolutionäre Partei gezwungenermassen von den Aktionsmöglichkeiten innerhalb des herrschenden Systems Gebrauch zu

---

'jebildete' Leute haben. . . die uns mit *einer* Rede im Reichstag ärger blamieren würden als zweitausend falsche 'Mir' ". Engels an Bebel, 10.–11.5.1883. Brw. Bebel–Engels, 158–59. Hervorh. d. Engels. Cf. Engels an Liebknecht, 4.2.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 101–02.

[7] Bebel an Engels, 28.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 206.

[8] H.R., 'Kolonialpolitik und Dampfersubvention', Sd Nr. 7, 12.2.1885. Rackow stellte deswegen die folgende präzisierende Frage: "Will man denn wirklich vom heutigen Staat, von dem miserablen preussisch-deutschen Polizeistaat, Subventionen annehmen?". Engels' Vorschlag hat natürlicherweise auch unter den Forschern (unter Einschluss des Verfassers) einige 'Perplexität' hervorgerufen und zu unterschiedlichen, teils auch widersprüchlichen Interpretationen geführt. Lidtke beispielsweise, nachdem er bemerkt, dass "it is impossible to avoid the observation that this was indeed a curious proposal for Engels to make", kommt zum Schluss, dass Engels in zweierlei Hinsicht den "moderates" nähergestanden sei als den "radicals". Erstens sei er "willing to bargain with Bismarck" gewesen und habe damit ausdrücken wollen "that Social Democracy was no longer a sect but a political party". Zweitens weise der Vorschlag Engels' "certain Lassallean ideas" auf "about how the capitalist society could be transformed – and, note, 'gradually' – into a cooperative system of production". Lidtke, 200. Zu konträren Schlüssen kommen *Bartel*, W. *Schröder* und *Seeber* (Das Sozialistengesetz 1878–1890, 183–84): Engels habe vielmehr "neue Gesichtspunkte für die revolutionäre Parlamentstaktik" zur Diskussion stellen wollen. Diese 'neuen Gesichtspunkte' seien nötig geworden, da die Reichstagsfraktion bereits einiges politisches Gewicht besessen habe. S. auch *Engelberg*, 99.

[9] *Steinberg*, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, 34.

[10] Bebel an Engels, 28.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 206.

machen. Die Partei hat also die herrschenden Realitäten in gewissem Sinne zu akzeptieren, und der Schritt zur Gutheissung dieser Realitäten ist dann nur noch sehr klein. Die Partei verspricht, nach der Machtergreifung grundsätzliche Umwälzungen vorzunehmen, jedoch erst nach der Machtergreifung, nicht etwa vorher. Um der Erreichung ihrer Zielsetzungen näherzukommen, hat die Partei als Vorbedingung für die Machtergreifung und für einen Verbleib an der Macht ihre Anhängerbasis auszudehnen. Wie ist dies jedoch möglich, da sie, zumindest aus eigener Kraft, ihre Versprechungen nicht einlösen und ihre Zielsetzungen nicht 'sofort' verwirklichen kann? Die revolutionäre Partei gerät also in eine antinomische Situation, deren eine Lösung darin bestehen kann, dass die Partei in wesentlicher Weise von ihren Forderungen abrückt und aus ihren Minimalforderungen Maximalforderungen macht.

Engels antwortete auf die Anschuldigungen Bebels. Er hatte seiner Meinung nach Liebknecht "deutlich genug" mitgeteilt, dass die Subventionen aus prinzipiellen Gründen abzulehnen seien (Liebknecht hatte ja versichert, dass es nicht um Prinzipien "im strengeren Sinn des Wortes" gehe). Jetzt sei man jedoch an einem für das nationale und internationale Prestige der Partei schwierigen Punkte angelangt: die Mehrheit der Reichstagsfraktion wolle in Abkehr von den Grundsätzen der Partei und bedingungslos für die Subventionen stimmen. Dies müsse verhindert werden. Es seien deshalb Bedingungen zu stellen, die solcherart sein müssten, "dass die Regierung darauf nicht eingehen kann, also die Majorität der Fraktion, wenn sie an diese Bedingungen ihr Votum knüpft, nicht dafür stimmen kann". Falls der Bourgeoisie mit den Stimmen der sozialistischen Reichstagsabgeordneten eine "Schenkung von Arbeitergroschen" ohne eine Gegenleistung gemacht werde, sei die Folge eine "Blamage vor Europa" und sogar "eine unendliche Blamage vor der ganzen Welt". Gleichzeitig hätte dies den Anarchisten den Anlass geliefert zum Jubel: "da habt ihr's, es sind reine Spiesser!". Dies war jedoch nicht das einzige Problem; auf dem Spiele stand ausserdem "die Kabinettsfrage", d.h. die Spaltung der Reichstagsfraktion und damit der ganzen Partei.[11] Eine Parteispaltung wiederum dürfe nicht zugelassen werden, solange das Sozialistengesetz in Kraft sei, d.h. "ehe wir wieder imstande sind, mit den Massen direkt zu verkehren".[12] Solange die Reformisten, "die Herren Heuler", die in Deutschland erscheinende Parteipresse kontrollierten und solange

[11] Engels an Bebel, 30.12.1884, ib., 211 und 213.

[12] Engels an Bernstein, 12.–13.6.1883, Brw. Bernstein–Engels, 212. Desgleichen Engels an Bebel, 10.–11.5.1883, Brw. Bebel–Engels, 159.

"ihre Zahl (als Majorität der 'Führer') ihnen die Möglichkeit gibt, Klatsch, Intrige, stiller Verlästerung vollauf auszubeuten, müssen *wir,* glaublich, alles vermeiden, was einen Bruch, d.h. die *Schuld* des Bruchs uns zuschöbe. Es ist das allgemeine Regel im Kampf innerhalb der eignen Partei, jetzt mehr geboten als je. Der Bruch muss so eingerichtet werden, dass wir die alte Partei fortführen, sie austreten oder hinausgeworfen werden".

In jenem Moment sei den Reformisten "alles günstig":

"Wir können sie nicht verhindern, nach dem Bruch auf uns in Deutschland zu lästern und zu verleumden, sich als Repräsentanten der Massen hinzustellen (da die Massen sie ja wählen!); wir haben nur den *Sozialdemokrat* und die Auslandspresse".[13]

Die Reformisten mussten also gezwungenermassen geduldet werden, gleichzeitig müsse jedoch der revolutionäre Charakter der Partei erhalten bleiben und ausserdem noch die Anhängerschaft vergrössert werden:

"Bei allen solchen Fragen, wo man auf kleinbürgerliche Vorurteile der Wähler Rücksicht nehmen will, ist meiner Ansicht nach der beste Weg, zu sagen: Prinzipiell sind wir dagegen; aber da Ihr positive Vorschläge von uns verlangt und behauptet, diese Dinge kämen auch den Arbeitern zugute, was wir bestreiten, soweit mehr als mikroskopische Vorteil in Frage kommt – nun gut: stellt Arbeiter und Bourgeoisie auf gleichen Fuss. Für jede Million, die Ihr direkt oder indirekt der Bourgeoisie aus dem Sack der Arbeiter schenkt, schenkt Ihr eine Million den Arbeitern; ebenso bei Staatsvorschuss".[14]

Darauf antwortete Bebel, dass die Anhängerschaft der Partei nicht durch die Aufstellung unerfüllbarer Forderungen vergrössert werden können: "Wir können doch nur Forderungen vertreten, von denen wir mit gutem Gewissen sagen können, die lassen sich realisieren, wenn man will". Ausser dass der Vorschlag Engels' nach Meinung Bebels unrealistisch war, stelle er auch "eine bedenkliche Konzession an den Lassalleanismus"

---

[13] Engels an Bernstein, 5.6.1884, Brw. Bernstein–Engels, 271, Hervorh. d. Engels. Ebenso Engels an Bebel, 22.–24.6.1885, Brw. Bebel–Engels, 228. Bebel und Bernstein schätzten die Situation gleich problematisch wie Engels ein, s. z.B. Bebel an Engels, 5.7.1885, Brw. Bebel–Engels, 230 sowie Bernstein an Kautsky, 6.2. und 5.–6.6.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 103 und 250.
[14] Engels an Bebel, 30.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 211–12.

dar.[15] Engels' Vorschlag sei also so unrealistisch, dass die Partei bei seiner Befolgung das Vertrauen ihrer angestammten und potentiellen Anhänger verloren hätte, und noch obendrein durch Unterstützung der reformistischen, lassalleanischen Forderungen. Engels gestand zu, dass Bebel in gewissem Sinne recht habe. Er präzisierte, dass die Partei durchführbare Vorschläge aufstellen müsse, diese hätten jedoch

> "durchführbar der *Sache* nach (zu sein), einerlei, ob die bestehende Regierung es kann. Ich gehe noch weiter: wenn wir sozialistische, zum Sturz der kapitalistischen Pruduktion führende Massregeln vorschlagen (wie diese), dann nur solche die *sachlich praktisch,* aber für *diese* Regierung *unmöglich sind.* Denn diese Regierung versaut und verdirbt jede solche Massregel, führt sie nur durch, um sie zu ruinieren".

Die Gutheissung der Subventionen musste also von Bedingungen abhängig gemacht werden, die eine grundsätzliche Ablehnung ermöglichten. Gleichzeitig sollten diese Bedingungen auch die Anwerbung von Verbündeten für den antikapitalistischen Kampf und die Aufklärung des Landproletariats über die Zielsetzungen der Partei ermöglichen. Das Landproletariat müsse auf den Weg geleitet werden, "auf dem es die Junker- und Pächterausbeutung vernichten kann — gerade die Bevölkerung in die Bewegung zu ziehen,- deren Verknechtung und Verdummung die Regimenter liefert, auf denen das ganze Preussen beruht". Ausser dass Engels seinen Vorschlag für 'praktisch durchführbar' hielt, konnte er seiner Meinung nach auch von keiner anderen Partei vorgebracht werden, "also auch keine Partei sie verfumfeien kann". Er stritt ausserdem ab, dass sein Vorschlag auf der lassalleanischen Linie liege; er habe nicht gemeint, dass neben der kapitalistischen Produktion eine genossenschaftliche Produktionsform aufzubauen sei. Sein Vorschlag ziele auf ein "Einrücken der Genossenschaften in die bestehende Produktion", in gleicher Weise wie die Pariser Kommune die

---

[15] Bebel an Engels, 7.12.1885, ib., 248. Der 'lassalleanische Charakter' des Vorschlages von Engels scheint auf den ersten Blick frappant. Im Wahlmanifest der lassalleanischen Partei (Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein) aus dem Jahre 1873 heisst es beispielsweise, dass die von der Partei geforderten Reformen wie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, die kostenlose Volksschule, die Pressefreiheit, die Abschaffung der Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit oder der gesetzlich bestimmte Normalarbeitstag "die Arbeiterklasse niemals radikal aus den Banden des Kapitals erlösen" würden. Die Kapitalisten würden die Arbeiter nach wie vor am Rande des Existenzminimums halten. Daraus resultiere für die Arbeiter die Notwendigkeit, sich zu gemeinsamer Produktion zusammenzuschliessen. Sie müssten zuerst "auf dem Wege des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes" den Staat demokratisieren, der dann das nötige Kapital in Form von Zinsgarantien gewähren würde, *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 64—65.

genossenschaftliche Übernahme der von den Kapitalisten geschlossenen Fabriken verlangt habe.[16]

Aufgrund des Gesagten lässt sich schliessen, dass Engels nicht bloss einen Vermittlungsvorschlag oder einen Kompromiss unterbreiten wollte, dessen einziger Zweck die Errettung der Mehrheit der sozialistischen Reichstagsfraktion vor der Unterstützung des Kapitalismus gewesen wäre.[17] Der Vorschlag war zwar 'zweckmässig' im buchstäblichen Sinne, da er die wichtigste Aufgabe der Partei in der Anwerbung einer Massenanhängerschaft sowie in der Vereinigung und Organisierung der Arbeiterklasse und der Beschaffung von Verbündeten sah, ohne jedoch die revolutionären Prinzipien der Partei preiszugeben. Das 'Sonderbare' an Engels Vorschlag erklärt sich aus dieser 'sonderbaren' Situation. Nachdem wir jedoch Engels so weit verstanden haben, müssen wir feststellen, dass sein Vorschlag lediglich im Prinzip praktisch war. Er gestand selbst zu, seinen Vorschlag gemacht zu haben, "ohne mich an die Form zu kehren, die das für Deutschland speziell anzunehmen hätte, — dazu kenne ich die bestehende Detailgesetzgebung zu wenig".[18] Die 'praktische' Seite des Problems, und die Schwierigkeit der 'Verbindung von Theorie und Praxis' lag ja gerade darin, dass zuerst 'die bestehende Detailgesetzgebung' zu kennen war und diese sodann 'schöpferisch' zur Verwirklichung der Zielsetzungen der Partei eingesetzt werden musste. Bebel bedauerte denn auch verständlicherweise, dass Engels nicht genügend gut die Bedingungen kannte, unter denen die Partei vorzugehen hatte. Er hatte ihm deshalb auch "mehrfach dringend geraten", nach Deutschland zu kommen, um sich mit den Bedingungen vertraut zu machen.[19]

Es erübrigt sich hier, die Durchführbarkeit des Vorschlages Engels' zu erörtern, hingegen lässt sich erkennen, dass Engels und Bebel letztlich verschiedener Meinung waren über die revolutionäre Strategie. Nach Meinung Engels' bestand "der grosse Fehler" der deutschen Sozialdemokraten darin, "sich die Revolution als ein über Nacht abzumachendes Ding vorzustellen". Nach der Definition Engels' war die Revolution "ein mehrjähriger Entwicklungsprozess der Massen unter beschleunigenden Umständen". In Deutschland sei unweigerlich "das erste, unmittelbare Resultat der Revolution, der *Form* nach. . . die bürgerliche Republik".[20] Daraus

---

[16] Engels an Bebel, 20.1.1886, Brw. Bebel–Engels, 252–53.
[17] Cf. *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 129–30.
[18] Engels an Bebel, 30.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 212. Cf. *Weinberger*, 407–08; *Wolter*, 25–31 sowie auch *Gemkow*, 'Friedrich Engels und das Alternativprogramm der deutschen Sozialdemokratie gegenüber dem Hohenzollernreich', 104–05.
[19] Bebel an Schlüter, 13.2.1886, zit. n. *Engelberg*, 83. S. auch Bebel an Engels, 24.11.1884; 28.12.1884 und 12.7.1891, Brw. Bebel–Engels, 199, 207 und 424.
[20] Engels an Bernstein, 27.8.1883, Brw. Bernstein–Engels, 222. Hervorh. d. Engels.

folgte, dass das Proletariat "zur Besitzergreifung der politischen Gewalt demokratische *Formen*" brauche, die ihm aber, "wie alle politischen Formen, nur Mittel" seien.[21] Bebel hielt dies für "ganz unbegreiflich", "eine Ansicht, die von dem Mitverfasser des *Kommunistischen Manifests* zu hören überraschen muss". Nach Auffassung Bebels war der deutsche Kapitalismus bereits in dem Masse 'vergesellschaftet', dass die folgende Revolution zwangsläufig das Proletariat an die Macht bringen müsse.[22] Ebenso objektivistisch und sogar fatalistisch wie sein Revolutionsbegriff war auch die Auffassung Bebels über die Spaltung der Partei: "man macht so wenig die Spaltung, wie man die Revolution macht, sie kommt *von selbst*, weil sich tiefe Meinungsverschiedenheiten im Schosse der Partei herausbilden".[23] Die revolutionäre Überzeugung bedeutete also Gewissheit und den festen Glauben an das baldige 'Eintreten' der Revolution. Darin bestand, grob gesagt, der Marxismus der Partei in den 80er Jahren, und diese Art von Marxismus wurde auch zur bestimmenden Richtung der Partei von der Mitte des Jahrzehntes an.[24]

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion hatte und wollte nicht einmal soviel von den marxistischen Prinzipien übernehmen. Sie bezeichneten sich zwar noch zu Beginn der 80er Jahre als Revolutionäre, sie glaubten jedoch nicht an ein Kommen der Revolution "in zwei Jahren, wie uns *Der Sozialdemokrat* vorwindbeutelt".[25] Der Fraktionsmehrheit genügten als Richtschnur ihrer Tätigkeit die unmittelbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mißstände, oder mit den verständnisvollen Worten Lidtkes: "For the moderates, revolution in the future did not offer a satisfactory solution for intolerable conditions in the present".[26] Sie waren 'geborene' Reformisten; Revisionisten waren sie nicht, da sie nichts zu revidieren hatten. Ihre reformistische Überzeugung wurde durch das Sozialistengesetz gestärkt, das nur legale Aktivitäten gestattete. Die Sozialisten eroberten ausserdem in den Reichstagswahlen im Herbst 1884 24 Sitze, was für die 'Bismarckparteien'

---

[21] Engels an Bernstein, 24.3.1884, ib., 253, Hervorh. d. Engels. S. auch Engels an Bebel, 11.–12.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 204.
[22] Bebel an Schlüter, 13.2.1886, zit. n. *Engelberg*, 82.
[23] Bebel an Liebknecht, 24.5.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 209. Hervorh. d. den Verf. Desgleichen Bebel an Bernstein, 25.5.1885, ib., 215–16.
[24] Es ist hier nicht angezeigt, näher auf die Auseinandersetzung um die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie einzugehen. Die verschiedenen Einschätzungen über die Natur und das 'Ausmass' des in den 80er Jahren aufgenommenen Marxismus sind natürlich zum grossen Teil auf die verschiedenen Auffassungen vom Marxismus und z. T. von den Aufgaben der Geschichtswissenschaft zurückzuführen. S. z.B. *Bartel* u.a., 9–21; *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 11–14; *Grebing*, Arbeiterbewegung, 78–83; *Herrmann*, Im Kampf, 51–61; *Lidtke*, 279–88; *Miller*, 179–98 sowie *Steinberg*, 27–40.
[25] Hasenclever an der Zürcher Tagung 1882, Tagungsprotokoll, IISG, MN 1479, 2.
[26] *Lidtke*, 169, sowie näher über die politischen Ansichten der 'Moderaten', ib., 138–49.

den Verlust der absoluten Mehrheit bedeutete. Es war den Sozialisten nun möglich, mehr als je zuvor auf die Abstimmungsresultate im Reichstag einzuwirken,[27] was die Reformisten noch mehr davon überzeugte, dass der 'Schwerpunkt der Arbeiterfrage' in der 'Gesetzgebung' liege. Bernstein war nicht ohne Verständnis für die Reformisten:

> "Es gibt in unserer Partei eine Anzahl durchaus braver und auch ganz intelligenter Leute, die von der Ansicht ausgehen, es müsse von unserer Seite stets etwas 'geschehen'. Revolutionen zu machen und Attentate zu planen liegt ihnen nun fern, die frühere agitatorische Tätigkeit fehlt ihnen, und so richten diese Leute ihr Augenmerk auf die Gesetzgebung und meinen, da wäre das Feld unserer Tätigkeit".[28]

Diese zuvor skizzierten allgemeinen und grundsätzlichen Probleme manifestierten sich in der Kolonialkritik der Partei sowie in den kolonialpolitischen Auseinandersetzungen. Bei ihrer Kritik an der deutschen Kolonialpolitik bedienten sich die Sozialisten 'liberalistischer', 'manchesterlicher' Argumente. Sie betonten die schlechte Rentabilität der Kolonialpolitik vom wirtschaftlichen und besonders vom 'volkswirtschaftlichen' Standpunkt aus. Die belebende Wirkung der Kolonien auf die Wirtschaft der Mutterländer sei — um nur einen Ausdruck unter vielen zu wählen — "kaum ein Tropfen auf einen heissen Stein".[29] Dies war das zentrale Argument der sozialistischen Kolonialkritik bis zum Jahre 1914.[30] Die Kolonialpolitik verursache im Vergleich zur unmittelbaren Rendite unverhältnismässig grosse Staatsausgaben. Der Ausgabenzuwachs bedingte eine Zunahme der Einnahmen, die durch eine Erhöhung der indirekten Steuern, beispielsweise der Lebensmittelzölle erzielt wurde. So sei denn die Verteuerung der für das Volk unentbehrlichen Nahrungsmittel der Preis für minimale wirtschaftliche Vorteile. Neben den administrativen Kosten verursachten die Kolonien steigende Militärausgaben, und die Kolonialpolitik sei auch verantwortlich für eine Zunahme der Konflikte unter den Kolonialmächten, die von den Kolonien auf die Mutterländer überzugreifen drohten.

Die Tatsache, dass eine revolutionäre Partei 'manchesterliche' Argumente gegen die Kolonialpolitik vorbrachte, stellt an und für sich noch

---

27 Cf., ib., 185 und *Bernstein*, Von der Sekte zur Partei, Jena 1911,25.
28 Bernstein an Engels, 1.9.1882, Brw. Bernstein—Engels, 122—23.
29 Sd Nr. 48, 27.11.1884, *Sozialpolitische Rundschau*. Auf die gleiche Art wurde im Wahlmanifest der Partei im Herbst 1884 argumentiert, Sd Nr. 5, 29.1.1885.
30 Cf. *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 142—43, 147, 151 und 172—73.

keinen Widerspruch dar. Dies konnte zweckmässig und damit folgerichtig sein, ein Element der revolutionären Strategie. Mit ihrer Kolonialpolitik wollte die deutsche Regierung unter anderem die schwankende Wirtschaft sowie die von den Sozialisten untergrabene Autorität der Regierung stützen. Anstelle des 'sozialistischen Zukunftsstaates' sollte die Vision eines 'kolonialen Zukunftsstaates' geschaffen werden, dessen Aufbau dann auf Kosten des Volkes geschah, das staatliche Budget belastete und für den Aussenhandel nur von marginaler Bedeutung war.[31] Diesen Mißstand prangerten die Sozialisten zwar an, sie hatten jedoch als Sozialisten im Gegenzug kein positives Kolonialprogramm anzubieten. Sie sahen im Kolonialismus vor allem eine Ausweitung des Kapitalismus und damit eine Verlängerung seiner Lebensdauer, was die Verschiebung der Revolution bedeutete. Problematisch für die Partei war, dass sie zur Erreichung ihrer sozialistischen Zielsetzungen nicht ausschliesslich sozialistische, antikapitalistische Massnahmen postulieren konnte. Die Partei hätte kaum weitere Anhänger mehr gewonnen können, falls sie in ihrer Kolonialkritik lediglich betont hätte, dass der Kapitalismus mit Hilfe der Kolonialpolitik seine Lebensdauer zu verlängern trachte; diese Art von Propaganda hätte der Partei kaum die Stimmen der Unzufriedenen verschafft. Dieses 'revolutionäre Taktieren' dürfte jedoch kaum bewusst oder berechnend erfolgt sein. Die 'liberalistische' Kritik verband sich nicht in eindeutiger Weise mit der revolutionären Kritik am Kapitalismus, was durch die Verschwommenheit des Revolutionsbegriffes an sich bedingt war. Die Sozialisten reflektierten kaum die Bedeutung des kolonialen Systems für die Verwirklichung des Sozialismus. Lediglich im vorbeigehen wurde darauf hingewiesen, dass die Beschaffung von Kolonien die Lebenszeit des Kapitalismus "künstlich" verlängere.[32] Die Schlussfolgerung daraus war jedoch bloss, dass "die ganze Kolonialfrage eine Bourgeoisfrage" sei, d.h.: "Die Arbeiter haben keine

---

[31] In den Jahren 1884–1914 betrugen beispielsweise die Gesamtkosten der Kolonialpolitik schätzungsweise das Zehnfache des Wertes der Importe aus den deutschen Kolonien, und noch im Jahre 1913 machte der Handel mit den Kolonien lediglich 0.5 % des Gesamtvolumens des deutschen Handels aus. Charakteristisch für die Bedeutung der eigenen Kolonien ist zudem, dass die Rohstoffimporte aus den deutschen Kolonien 1913 nur 1.6 % der deutschen Rohstoffimporte aus Übersee insgesamt ausmachten. Über die Bedeutung der deutschen Kolonialwirtschaft und Kolonialpolitik s. z.B. *Bade*, 'Die deutsche Kolonialexpansion in Afrika: Ausgangssituation und Ergebnis', 35–38; *Gann*, 'Economic Development in Germany's African Empire'; *Gann & Duignan*, The Rulers of German Africa 1884–1914, 162–93 und 239–46; *Hausen*, Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika, 14–16; *Henderson*, 33–55; *Schiefel*, Bernhard Dernburg, 32–33 und 132–34; *Stoecker*, 'Die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika: Allgemeine Fragen', 155–59 und *Wirz*, 312–13. Über die Literatur zu diesem Thema s. näher *Dülffer*, 'Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika'.

[32] Sd Nr. 1, 1.1.1885, *Sozialpolitische Rundschau*.

Ursache, in dieses Jubelgeschrei einzustimmen".[33] In der sozialistischen Kolonialkritik, die durch die offizielle Kolonialpropaganda laufend neue Nahrung erhielt, wurde die Kolonialpolitik als 'innenpolitische', antisozialistische Politik aufgefasst. Diese Haltung implizierte jedoch, dass die Kolonisierung und damit die Ausbreitung des Kapitalismus in die ganze Welt nicht in Frage gestellt wurde. Zur Veranschaulichung dieser Behauptung sei die Frage gestattet: hätten sich die Sozialisten auch dann der Kolonialpolitik widersetzt, wenn diese nicht Teil der antisozialistischen Politik gewesen wäre, d.h. wenn sich der Kapitalismus ohne innenpolitischen Zwist hätte ausdehnen können? Höchstwahrscheinlich nicht; als Voraussetzung für den 'endgültigen Sieg' des Sozialismus wurde der weltweite und schlagartige Zusammenbruch des Kapitalismus angesehen. Der Widerspruch der sozialistischen Kolonialkritik lag darin, dass die Sozialisten trotz ihres energischen Widerstandes gegen die Kolonialpolitik das Kolonialsystem an sich akzeptierten.[34] Die notwendige Folge des revolutionären Attentismus war der kolonialpolitische Attentismus.

Die Texte Karl Kautskys aus den 80er Jahren stellen ein gutes Beispiel dar für diesen Widerspruch, der darin bestand, dass sich die scharfe Kritik der Kolonialpolitik auf die Akzeptierung des Kolonialsystems an sich abstützte. Der Kolonialismus, die Ausdehnung des Kapitalismus, sei unabwendbar, ebenso unabwendbar werde jedoch seine Beendigung in einer späteren Phase sein. Als Folge dieser Entwicklung werde der Kapitalismus ebenso gezwungenermassen einmal zusammenbrechen und dem Sozialismus Platz machen. Gleichzeitig suchte Kautsky die Kolonialpolitik als volkswirtschaftlich unnütz und besonders für die Arbeiterklasse schädlich darzustellen.

Kautsky sah unter den deutschen Kolonien in Kamerun den Beweis für seine These vom nur auf einige Kapitalisten beschränkten Nutzen der Kolonialpolitik. In Kamerun konnten die Weissen aus klimatischen Gründen nicht selbst arbeiten, was eine Kolonisierung durch weisse Siedler verunmöglichte. Freie Arbeitskräfte waren auch nicht vorhanden, was die Plantagenwirtschaft unmöglich machte. Was übrig blieb, war lediglich der Handel, der jedoch nur für einige wenige Firmen von Bedeutung war. "Vom nationalen Standpunkt" sei der Handel jedoch "lächerlich

---

[33] Sd Nr. 48, 27.11.1884, *Sozialpolitische Rundschau*. S. auch 'Kolonialpolitik und die Arbeiter', Sd Nr. 5, 15.1.1885.

[34] D.h. mit anderen Worten (?): Die Sozialdemokraten "neigten ganz im Widerspruch zu ihrer deklamatorischen Verurteilung des Kolonialismus als einer *kapitalistischen* Politik dazu, in der staatlichen Machtausübung die Wurzel des Übels zu erblicken, die ökonomische Expansion dagegen gutzuheissen', *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 173, Hervorh. d. Schröder.

unbedeutend".[35] Jene Kolonien hingegen, in denen die weitgehende Verwendung der Eingeborenen als Arbeitskräfte möglich sei, seien besonders gefährlich für das Proletariat. Von diesen Kolonien übertrage sich die brutale Vorgehensweise der Kolonisten auch auf das Mutterland: auch die Kapitalisten des Mutterlands könnten sich "vernegern". Kautsky formulierte die Gleichung: "je rechtloser der Eingeborene in der deutschen Kolonie, desto barbarischer die Bourgeoisie in Deutschland". Daraus folgte, dass es im Interesse des deutschen Proletariats liege, die Rechte der Eingeborenen zu verteidigen.[36] Die Postulierung dieser Aufgabe hatte jedoch nur den Zweck, die Kolonialkritik moralisch abzusichern. Die Verteidigung der Rechte der Eingeborenen gehörte nicht zur revolutionären Strategie, d.h. Kautsky forderte nicht die Schaffung 'revolutionärer Bündnisse' mit den Eingeborenen. Dies sei unnütz, in gewissen Fällen sogar schädlich und im ganzen gesehen unmöglich. "Unsere Prinzipien gelten unbedingt nur für die Völker unseres Kulturkreises", bemerkte Kautsky und versicherte, mit Engels darin übereinzustimmen, dass die "Hauptaufgabe" der Sozialisten die "Befreiung" des westeuropäischen Proletariats sei, dass "die Emanzipationsbestrebungen, die ausserhalb unseres Kulturkreises liegen. . ., von uns eventuell bekämpft werden müssten, wenn sie den Befreiungskampf unseres Proletariats hindern sollten".[37] Diese Prinzipien formulierte Kautsky bekanntlicherweise wie folgt: "Unsere Aufgabe ist es nicht, die Revolution zu organisieren, sondern uns *für* die Revolution zu organisieren; nicht die Revolution zu *machen*, sondern sie zu *benutzen*".[38] Die

---

[35] *Kautsky*, 'Kamerun', NZ 6, 1888, 15–17. Kautsky war vermutlich in den 80er Jahren der einzige marxistische Sozialdemokrat, der eingehende Überlegungen über die Bedeutung der Kolonialpolitik für den Sozialismus und für die sozialistische Partei anstellte. Vom Gesichtspunkt dieser Untersuchung aus lassen sich in Kautskys Kolonialkritik drei Phasen unterscheiden. Von den 80er Jahren bis zum Ende des Jahrhunderts war er in erster Linie bestrebt, die bürgerliche Kolonialpropaganda als falsch zu entlarven. Danach richtete sich seine Kritik bis ungefähr zum Jahre 1910 vor allem gegen die 'sozialistischen Kolonialpolitiker'. In der dritten Phase, in den Jahren 1910–1914, attackierte er dann die Imperialismustheoretiker der Linken und bemühte sich aufzuzeigen, dass es sich beim 'Imperialismus' lediglich um eine 'Methode' der kapitalistischen Expansion, d.h. um die gewaltsame Eroberungspolitik, und nicht um eine notwendige Stufe in der Entwicklung des Kapitalismus handle. Cf. J.K. *Kautsky*, 'J.A. Schumpeter and Karl Kautsky: Parallel Theories of Imperialism'; *Kivekäs*, Karl Kautskyn käsitys imperialismista; *Kraus*, Die Imperialismusdebatte zwischen Wladimir I. Lenin und Karl Kautsky; *Paul*, Marx, Engels und die Imperialismustheorie der II. Internationale, 97–103 und 140–41; *Salvadori*, Karl Kautsky and the Socialist Revolution 1880–1938, 187–203; *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 107–13, 196–97 und passim sowie id., Sozialistische Imperialismusdeutung, 31–35 und 40–45.

[36] *Kautsky*, 'Kamerun', 22–27 sowie 'Auswanderung und Kolonisation', 401–04.

[37] Kautsky an Engels, 11.5.1882, Brw. Engels–Kautsky, 54–56. Als Beispiel für die Emanzipationsbestrebungen, die es 'eventuell' gelte zu bekämpfen, dienten hier die Befreiungskämpfe der "Südslawen".

[38] *Symmachos (= Kautsky)*, 'Verschwörung oder Revolution', Sd Nr. 8, 20.2.1881, Hervorh. d. Kautsky.

Revolution war demzufolge ein Ereignis, das mit der Unabwendbarkeit eines Naturereignisses eintreten werde und bereits in absehbarer Zukunft zu erwarten sei, da sich der Kapitalismus auf der begrenzten Erde nicht unbegrenzt ausdehnen könne und da die Kolonien zu Konkurrenten der entwickelten Industrieländer würden. In dem Moment, in dem die letzte Hoffnung des Kapitalismus darin bestehe, sich am Kolonialsystem festzuklammern, werde auch dieses zusammenbrechen. Dies werde den Zusammenbruch des Kapitalismus in den entwickelten Industrieländern nach sich ziehen, wo die Warenexport in die Kolonien das letzte Mittel des Kapitalismus zur Realisierung des akkumulierten Kapitals sei.[39]

Gemäss Kautsky war der Übergang der Kolonien und Halbkolonien, besonders Chinas, zum Kapitalismus die subjektive Voraussetzung für die objektiv unabwendbare Revolution in den Industrieländern. Die Folge werde ein Massenexodus der "Kulis" in die Industrieländer sein. Es sei unnütz, dies begrenzen zu wollen, da die Arbeiter der industrialisierten Länder nicht mit den "Kulis" konkurrieren könnten bein Verkauf ihrer Arbeitskraft. Das europäische Proletariat habe dann nur die Alternative zwischen "politischem und sozialem Selbstmord" oder der "Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft", d.h. dem Sozialismus. Nach der Verwirklichung des Sozialismus werde die Arbeiterklasse die Produktionsmittel besitzen und für sich selbst arbeiten anstatt für die Kapitalisten. Vor der "chinesischen Konkurrenz" brauche man sich dann nicht mehr zu fürchten: "die Vermehrung der Produzenten (d.h. die Einwanderung der 'Kulis' – Anm. d. Verf.) bedeutet dann nicht mehr Verminderung des Lohns, sondern Vermehrung des Produkts, das der Arbeiterklasse zufällt".[40] Kautskys Kolonialkritik zielte also letztlich darauf, das Proletariat auf das Kommen der Revolution vorzubereiten und den Arbeitern zu versichern, dass der Zeitpunkt der Revolution mit zwingender Notwendigkeit näherkomme.[41]

Engels schien gleich wie Kautsky davon überzeugt zu sein, dass die begrenzten Ausdehnungsmöglichkeiten des Kapitalismus letzlich seinen Untergang herbeiführen würden.[42] Auch er sah in China den letzten Ausweg des Kapitalismus: "Es ist wieder die prachtvolle Ironie der Geschichte: nur China bleibt der kapitalistischen Produktion noch zu erobern und indem sie es endlich erobert, macht sie sich selbst in Ihrer Heimat

[39] *Kautsky*, 'Tonking', NZ 2, 1884, 163–64.
[40] *Kautsky*, 'Die chinesischen Eisenbahnen und das europäische Proletariat', NZ 4, 1886, 548–49.
[41] Cf. *Kivekäs*, 12–16; *Kraus*, 130–34; *Paul*, 97–100 sowie *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 107–13.
[42] Cf. *Paul*, 75–77 und *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 56–64 und 96–100.

unmöglich".[43] Kautsky hatte jedoch die durch die Kolonialpolitik aufgeworfenen Probleme weitgehend selbständig zu reflektieren. Von Engels erhielt er nicht die ersehnten Ratschläge. Die wenigen erhaltenen Äusserungen Engels' über die Artikel Kautskys zur Kolonialpolitik sind positiv; zumindest hatte er keine einwände grundsätzlicher Natur.[44] Dennoch war Engels überzeugt vom schädlichen Einfluss des Kolonialsystems auf die Arbeiterklasse. Als Kautsky 1882 von Engels zu erfahren suchte, wie sich die englische Arbeiterklasse zu den Kolonialbesitzungen einstelle, lautete die Antwort:

> "Sie fragen mich was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe was sie von der Politik überhaupt denken: dasselbe was die Bourgeois davon denken. Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal-Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands".[45]

Engels antwortete jedoch nicht direkt auf die Frage, wie sich die Arbeiterpartei in einer solchen Situation zu verhalten habe; er erteilte keine Anweisungen für die Haltung der Arbeiterpartei zum Kolonialsystem und zur Kolonialpolitik. Indirekt geht aus seiner Antwort an Kautsky jedoch hervor, dass die Arbeiterpartei eigentlich nichts zu unternehmen habe. Kautsky stellte Engels nämlich auch eine allgemeinere und schwierigere Frage: er habe das Verhältnis zwischen Sozialismus und Kolonialismus zu ergründen versucht "ohne zu einem klaren Resultate zu kommen" und bat deshalb Engels um Ratschläge.[46] Engels wollte jedoch die Entscheidung darüber in die Zukunft verlegen; sie wäre erst dann aktuell geworden, wenn das Proletariat in den entwickelten Ländern gesiegt hätte:

> "Wir werden genug zu Hause zu tun haben. Ist Europa erst reorganisiert und Nordamerika, so gibt das eine so kolossale Macht und ein solches Exempel, dass die halbzivilisierten Länder ganz von selbst in's Schlepptau kommen; das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse".[47]

---

[43] Engels an Kautsky, 23.9.1894, Brw. Engels–Kautsky, 411. Desgleichen Engels an Bebel, 18.3.1886, Brw. Bebel–Engels, 267.
[44] Z.B. Engels an Kautsky, 18.9.1883, Brw. Engels–Kautsky, 83.
[45] Kautsky an Engels, 11.5. und 6.9.1882 sowie Engels an Kautsky, 12.9.1882, ib., 56, 59 und 63.
[46] Kautsky an Engels, 11.5.1882, ib., 56. Desgleichen Kautsky an Engels, 6.9.1882, ib., 59.
[47] Engels an Kautsky, 12.9.1882, ib., 63.

Das Kolonialproblem durfte also ruhen, bis der Kapitalismus an seine territorialen Grenzen gelangt war und der Sozialismus unabwendbar bevorstand. Diese Schlussfolgerung wird auch durch eine Information aus zweiter Hand gestützt. Der englische Sozialist Ernest Belfort Bax erwähnt, dass ihm Engels "mehr als einmal" gesagt habe, dass "die einzige richtige Politik der Sozialdemokratie betreffs niederstehender Völker vorläufig jedenfalls die des Laisser faire" sei.[48]

Das Problem der deutschen Sozialisten war jedoch, wie sie sich zur damals existierenden Kolonialpolitik zu verhalten hätten. Die massive antisozialistische Kolonialpropaganda verlangte nach einer Antwort. Es ist denn auch angezeigt, sich zu fragen, weshalb Engels seine Ratschläge so sparsam dosierte. Die dürftigen Quellen lassen zweifelsfrei erkennen, dass Engels sich darüber Gedanken gemacht hatte und nicht zu eindeutigen Lösungen gelangt war. Kautsky hatte Engels zweimal um eine Antwort anzugehen. Den ersten Brief Kautskys beantwortete Engels nicht. Nach Ablauf einer gewissen Zeit machte sich Kautsky verständlicherweise bereits Sorgen und bat seinen Freund Bernstein, bei Engels nachzufragen, ob dieser etwas gegen ihn habe, da die Antwort so lange ausblieb. Gegenüber Bernstein bezeichnete Engels als Grund für sein Schweigen den Umstand, dass die Beantwortung der Frage Kautskys "Spezialstudien" bedingt hätte.[49] Nachdem Bernstein diese beruhigende Antwort vermittelt hatte, wagte es Kautsky, Engels ein zweites Mal um eine Auskunft in dieser Frage anzugehen und präzisierte, dass er von ihm nicht "eine erschöpfende Abhandlung" erwarte, sondern "bloss die Erläuterung einiger Gesichtspunkte". In seiner Antwort auf diesen Brief erwähnte Engels die Schwierigkeit des Problems. Seine Antwort habe sich u.a. deshalb verzögert, da "Sie mit Ihrer Kolonialfrage ein Pensum stellten, das gar nicht so leicht zu lösen ist".[50]

Der Forschung stellen sich bei der Analyse der kolonialpolitischen Auffassungen der deutschen Arbeiterpartei, unter Einschluss Bernsteins, ähnliche Probleme wie bei der Analyse der Auffassungen Engels'. Gesamthaft gesehen kam die Kolonialpolitik in den 80er Jahren recht selten zur Sprache und vor allem dann, wenn die deutsche Regierung die Kolonialpolitik und -propaganda als Waffe im antisozialistischen Kampfe einsetzte. Es handelte sich also mehr um Argumente, die zur Verteidigung vorgebracht wurden, als um selbständige Reflexionen. Es war stets die deutsche Re-

---

[48] *Bax*, 'Kolonialpolitik und Chauvinismus', NZ 16, I, 1897–98, 423.

[49] Bernstein an Engels, 13.7.1882 sowie Engels an Bernstein, 15.7.1882, Brw. Bernstein–Engels, 116 und 118 sowie Bernstein an Kautsky, 21.7.1882, IISG, KN DV la.

[50] Kautsky an Engels, 6.9.1882 sowie Engels an Kautsky, 12.9.1882, Brw. Engels–Kautsky, 59 und 62.

gierung, die die Kolonialpolitik 'zur Sprache brachte', worauf sich dann die Sozialisten 'an der Diskussion beteiligten'. Man hielt die Kolonialpolitik vermutlich für eine schwierige Frage; es wurde offensichtlich, dass es sich dabei nicht um eine Privatsache oder eine 'Zweckmässigkeitsfrage' handelte, sondern um ein prinzipielles Problem für die sozialistische Partei. Die Lösung wurde deshalb 'Genosse Trend' überlassen: die Sozialisten trösteten sich damit, dass 'die ganze Kolonialfrage' eigentlich 'eine Bourgeoisfrage' und damit vorderhand weder von zentraler Bedeutung noch von besonderer Aktualität sei. In dieser verzwickten Lage kam keine Hilfe von Engels, der sonst gerne Ratschläge austeilte, und noch weniger von Marx, der vor seinem Tode (1883) die wachsende Bedeutung der Arbeiterparteien und den eigentlichen Wettkampf um die Kolonien nicht mehr miterlebt hatte.[51]

4 ". . . und da haben unsere Leute die Pflicht, rund und nett nein zu sagen". Bernstein und die Kolonialpolitik 1882–1890

4.1. Bernsteins marxistisches Selbstverständnis

Engels' Vermittlungsvorschlag und die dadurch hervorgerufenen Reaktionen waren Ausdruck der Probleme der sozialistischen Partei im Deutschland des Sozialistengesetzes. Die Mehrheit der Parteileitung dieser sich als revolutionär bezeichnenden Partei war reformistisch eingestellt, was wegen des Sozialistengesetzes geduldet werden musste. Als Redakteur des Organs der Partei, des *Sozialdemokrat*, geriet Eduard Bernstein ins Zent-

[51] Da die Kolonialpolitik für Marx kein 'parteipolitisches' Problem darstellte, konnte er natürlich auch keine Lösung dazu liefern (cf. *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 100–03). Er scheint jedoch bis zu einem gewissen Grade die Schwierigkeiten erahnt zu haben: "Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft ist die Herstellung des Weltmarkts, wenigstens seinen Umrissen nach, und einer auf seiner Basis ruhenden Produktion. Da die Welt rund ist, scheint dies mit der Kolonisation von Kalifornien und Australien und dem Aufschluss von China und Japan zum Abschluss gebracht. Die schwierige question für uns ist die: auf dem Kontinent ist die Revolution imminent und wird auch sofort einen sozialistischen Charakter annehmen. Wird sie in diesem kleinen Winkel nicht notwendig gecrusht werden, da auf viel grösserm Terrain das movement der bürgerlichen Gesellschaft noch ascendant ist?". Marx an Engels, 8.10.1858, *Marx & Engels*, Werke, Bd. 29,360.

rum dieses parteiinternen Zwistes und damit vor schwierige und entscheidende Probleme. Seine Einstellung zum Subventionsstreit und zur Kolonialpolitik widerspiegelte seine Einstellung zur Regierung und zum Staate, die wiederum durch sein marxistisches Selbstverständnis bestimmt wurde, d.h. durch seine Auffassung von der Problematik einer revolutionären Partei.

Bernstein hatte seine Stellung als Redakteur des illegalen marxistischen Organs der Partei zu rechtfertigen und musste sich deshalb sowohl nach rechts wie nach links abgrenzen. Der Reformismus drohe die Partei ihrer sozialistischen Zielsetzung zu berauben. Der "kolossale Staatskultus" innerhalb der Partei habe einige Mitglieder der Reichstagsfraktion zur Unterstützung des 'Staatssozialismus' verleitet, der mit dem Sozialismus nichts gemein habe.[1] Die 'Anarchisten' wiederum gefährdeten die Aktionsmöglichkeiten der Partei durch die Provozierung von Unterdrückungsmassnahmen des herrschenden Systems. Bernstein versuchte aufzuzeigen, dass der 'Anarchismus' nicht einfach die radikalere Version des Sozialismus war. Auch im besten Falle sei ein 'Anarchist' lediglich "ein unpraktischer Träumer" und selbst dabei nur "so lange harmlos, als er sich eben begnügt, von seinem 'Ideal' zu schwärmen". Die sozialistische Partei führe hingegen "einen sehr realen Kampf mit der heutigen Gesellschaft".[2] Die herrschende Gesellschaft sei voller Mißstände, die sich gemäss Bernstein nicht durch Reformen korrigieren liessen. Die Mißstände würden sich am eindeutigsten in der legalen Unterdrückung der sozialistischen Partei manifestieren, im Sozialistengesetz, dem man sich nicht unterwerfen dürfe. Die Reformisten hätten vergessen, dass die Partei nicht nur unterdrückt sei, sondern gleichzeitig die Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten darstelle.[3] Unterdrückung und Ausbeutung wiederum liessen sich unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht beseitigen, da sie unzertrennlich mit diesem verknüpft seien. Dieses System müsse deshalb umgestürzt werden. Die klassenbewussten Arbeiter würden nicht ruhen, versicherte Bernstein, bevor sie nicht ihr Ziel erreicht hätten, die sozialistische Gesellschaftsordnung,[4] d.h. bevor nicht die Produktionsmittel "in den Besitz der Gesamtheit"[5] gelangt seien.

---

[1] Bernstein an Engels, 1.9.1882, Brw. Bernstein–Engels, 122–23.
[2] *Leo (= Bernstein)*, 'Kommunismus oder Anarchie', Sd Nr. 47, 15.11.1883. Bernsteins Kritik am 'Anarchismus' war nicht ganz aus der Luft gegriffen. Noch im Jahre 1887 wurden an einer sozialistischen Versammlung mit Dampfmaschinen betriebene Guillotinen als Mittel zur baldigen Beseitigung des Kapitalismus vorgeschlagen, *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 153.
[3] Bernstein an Engels, 12.1.1882, Brw. Bernstein–Engels, 68.
[4] *Leo (= Bernstein)*, 'Kathedersozialistische Weisheit', Sd Nr. 43, 19.10.1882.
[5] *Leo (= Bernstein)*, 'Bange machen gilt nicht', Sd Nr. 33, 10.8.1882.

Da das Ziel der klassenbewussten Arbeiter nicht durch reformistische Massnahmen erreicht werden konnte, schien nur die revolutionäre Tätigkeit, d.h. der Umsturz des Kapitalismus, übrigzubleiben. Darum ging es jedoch letztlich nicht. Nach Ansicht Bernsteins war die Revolution das Resultat einer ökonomischen Krise. Er hatte aus der Geschichte gelernt, dass nach 1848 jede grössere Wirtschaftskrise von einer Radikalisierung des Volkes gefolgt wurde. Nach der folgenden, "noch weit intensiveren, noch weit verheerenderen" Krise würde sich der Blick des Volkes "auf die Partei der neuen Gesellschaft, auf die Partei des demokratischen Sozialismus" richten.[6] Die Revolution, d.h. der Zusammenbruch des Kapitalismus, würde mit der Unvermeidbarkeit eines Naturgesetzes eintreten. Der revolutionären Partei bliebe so die Aufgabe, die Massen zur Entgegennahme der Revolution vorzubereiten. Der Kapitalismus und die von der revolutionären Partei geführten Massen beschritten sozusagen verschiedene Wege zum gleichen Ziel, dem Zusammenbruch des Kapitalismus. Es war deshalb nur verständlich, dass Bernstein einerseits den Arbeitern unter dem Joch des Kapitalismus und andererseits den ungeduldigen Reformisten versicherte, dass die Revolution in Bälde stattfinden werde.[7] Im Jahre 1883 war Bernstein überzeugt davon, dass die Voraussetzungen für die Revolution bereits gegeben waren und dass die Hindernisse in kürze aus dem Weg geräumt sein würden. Er bemerkte, dass sich die der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Produktionsmittel von Tag zu Tag vermehrten, da sie sich jedoch in Privatbesitz befänden, würden sie bald jeglicher Kontrolle entgleiten. Macht und Reichtum konzentrierten sich mehr und mehr in der Hand einiger weniger Kapitalisten. Im gleichen Verhältnis und ebenso schnell wachse das Proletariat an. Die Stellung der Mittelklasse werde zwischen diesen beiden Klassen immer schwankender. "Das ist die bürgerliche Gesellschaft unserer Zeit", resümierte Bernstein. Die Revolution stehe also bevor, und die revolutionäre Partei müsse sich darauf vorbereiten:

> "*Tritt sie ein,* dann ist es allerdings von höchster Bedeutung, dass sie eine zielbewusste Partei *vorfindet*, welche den Willen und die Fähigkeit besitzt, *die elementare Kraft, welche sich ihr zur Verfügung stellt,* zur Schaffung lebenskräftiger, den neuen Bedürfnissen entsprechender und den Bestand der Neuerungen sichernder Einrichtungen zu benutzen".

---

[6] *Leo (= Bernstein)*, 'Die 'schönsten Hoffnungen' ', Sd Nr. 3, 12.1.1882.
[7] *Leo (= Bernstein)*, 'Die Kulis in Europa', Sd Nr. 48, 23.11.1882.

Nach Art Kautskys präzisierte Bernstein noch, dass es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sei, die Revolution "zu machen, sondern sie durchzuführen".[8] Von diesem Standpunkt des revolutionären Objektivismus aus kritisierte Bernstein jene, die den 'Schwerpunkt der Arbeiterfrage' in der 'Gesetzgebung' sahen. In der durch das Sozialistengesetz geschaffenen Situation entstand die Tendenz zur Überbewertung der Möglichkeiten der parlamentarischen Tätigkeit und Bernstein erinnerte deshalb daran, dass die Kritik "die schärfste Waffe der Sozialdemokratie" sei. Die Vertreter der Partei dürften sich nicht an den staatssozialistischen und reformistischen Massnahmen beteiligen, da diese nur die Erhaltung der herrschenden "Ausbeutergesellschaft" bezweckten. Die Aufgabe der Vertreter der sozialistischen Partei sei es hingegen, "die Arbeiter kampf- und widerstandsfähig zu erhalten".[9]

Die Hervorhebung der Bedeutung des allgemeinen Wahlrechtes durch Bernstein, der sonst die parlamentarische Tätigkeit nicht gerade hochschätzte, scheint mit dem oben Genannten in Widerspruch zu stehen. Er bemerkte mit dem Hinweis auf die 'Anarchisten', dass die "Unterschätzung" des allgemeinen Stimmrechtes "weit schädlicher" sei als dessen "Überschätzung". Das allgemeine Stimmrecht solle jedoch nur zur Vorbereitung der Massen auf die Revolution eingesetzt werden. Die Massen seien "zum Kampfe entschlossen, kampffähig und kampfgerüstet" zu schulen. Die Massen müssten nämlich nicht nur siegen können, sondern imstande sein, "den Sieg auch auszunützen, zu erhalten", mit anderen Worten "die Arbeiterklasse muss fähig sein, *herrschende Klasse* zu werden". Bernstein war überzeugt, "dass es kaum ein zweites Mittel gibt, welches so geeignet ist, die arbeitende Klasse zur politischen Herrschaft zu erziehen als das allgemeine Wahlrecht". Aus diesem "Mittel der Täuschung" Bismarcks sei ein "Mittel der Befreiung" zu machen.[10]

Die von der kapitalistischen Gesellschaft gewährten bürgerlichen Freiheiten waren also zur Sicherung der unausweichlich bevorstehenden Revolution einzusetzen. Dies schloss die Möglichkeit aus, dass ein sozialistisch beherrschtes Parlament die Sozialisierung der Produktion in die Wege geleitet hätte. Das Parlament stellte für Bernstein die Nebenbühne der revolutionären Tätigkeit dar, "die Schlacht um den Birkenbaum" wer-

---

[8] *Leo (= Bernstein)*, 'Worauf es ankommt', Sd Nr. 31, 26.7.1883, Hervorh. d. d. Verf.
[9] *Leo (= Bernstein)*, 'Manchestertum, Sozialdemokratie und 'soziale Reform'', Sd Nr. 49, 9.12.1881.
[10] *Leo (= Bernstein)*, 'Das allgemeine Wahlrecht und die soziale Revolution', Sd Nr. 7, 8.2.1883. Hervorh. d. Bernstein. S. auch *Leo (= Bernstein)*, 'Der Sozialismus und der Staat', Sd Nr. 52, 20.12.1883.

de nicht "in den Parlamenten geschlagen".[11] Er war zu dem paradoxen Schluss gelangt, "dass eine destruktive Tätigkeit sehr positiv sein kann und auch schon gewesen ist". Die 'staatssozialistischen' Reformen hinderten die Arbeiter daran, die verfaulten Strukturen des herrschenden Systems zu sehen und verlangsamten den Marsch des Kapitalismus auf seinen Untergang hin.

> "Ich meine, unsere positive Tätigkeit, beziehungsweise *unser Eintreten für soziale Reformen*, denn darum handelt es sich in letzter Instanz, *darf heute nur so weit gehen, als der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung dadurch nicht aufgehalten wird.* Das sollte, abgesehen von dem Standpunkt der prononzierten Klasseninteressen der Arbeiter, das Kriterium für uns sein."[12]

Der Kapitalismus müsse aus eigener Kraft den Weg beschreiten, dessen Ende bereits in Sicht sei. Durch die unbeschränkte wirtschaftliche Entwicklung grabe er sich zugleich sein eigenes Grab, oder mit den Worten Bernsteins: die Sozialdemokraten "betrachten die moderne Grossproduktion auf privatkapitalistischer Basis als ein Übergangsstadium zur gesellschaftlich organisierten Produktion und bekämpfen jeden Versuch, diese Entwicklung aufzuhalten, als illusorisch und schädlich".[13] Der unvermeidbare Gang der wirtschaftlichen Entwicklung habe bereits weitgehend für der Verwirklichung des Sozialismus gesorgt. Die bis dahin entstandenen staatlichen Unternehmen könnten mühelos sozialisiert und die darin geschulten Beamten gut als geistige Arbeitskräfte in den übrigen sozialisierten Unternehmen eingesetzt werden.[14]

Bernsteins Auffassung von der Reformtätigkeit war die logische Folge seiner Wirklichkeitsauffassung. Da der Zusammenbruch des Kapitalismus und damit die Revolution für ihn die unausweichliche Folge der wirtschaftlichen Entwicklung darstellte, musste diese Entwicklung unbehindert und

---

[11] *Leo (= Bernstein)*, 'Das allgemeine Wahlrecht und die soziale Revolution'.
[12] Bernstein an Engels, 1.9.1882, Brw. Bernstein–Engels, 123–24, Hervorh. d. d. Verf. Bernsteins Bemerkung über den positiven Charakter der destruktiven Tätigkeit kann tatsächlich als paradox und nicht als 'dialektisch' eingestuft werden. Der Marxist Bernstein scheint ein ebenso misstrauisches und geringschätziges Verhältnis zur Dialektik gehabt zu haben wie der Revisionist Bernstein. Selbst in seiner marxistischen Phase liess er den Hinweis auf die 'Dialektik der Wirklichkeit' nicht in seine Argumentationen einfliessen. Als Beispiel für seine Einstellung sei ein Brief an Kautsky erwähnt (8.4.1887, IISG, KN DV 82), in dem er erwähnt, einen Artikel Josef Dietzgens nicht publizieren zu wollen, da dieser "einige gute Gedanken in soviel dialektische Spielerei eingewickelt" habe.
[13] *Leo (= Bernstein)*, 'Die 'Provinzialkorrespondenz' und der Sozialismus', Sd Nr. 39, 21.9.1882.
[14] *Leo (= Bernstein)*, ' 'Es fehlt uns an Intelligenzen' ', Sd Nr. 31 und 33, 28.7. und 11.8.1881.

'natürlich' ihren Gang nehmen können. Bereits an dieser Stelle ist es angezeigt zu bemerken, dass die Wirklichkeitsauffassung des späteren Revisionisten Bernstein auf seine Weise demjenigen des Marxisten Bernstein glich. Der bedeutendste Unterschied liegt darin, dass nach der Auffassung des Revisionisten Bernstein die Revolutionen in der natürlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unnatürlich waren. Eine wichtige Aufgabe der reformistischen Politik war dabei die Untersuchung der Hindernisse, die aus der 'Entwicklung' für die reformistische Tätigkeit erwuchsen, d.h. die Abschätzung des Möglichen und des 'Utopistischen'.

4.2. Sozialismus und Kolonialismus. Bernstein contra Bax, I

Auch wenn Bernstein bis in die Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts vielleicht noch nicht als Marxist bezeichnet werden kann – falls nun die Annahme des Marxismus überhaupt zweifelsfrei definiert werden kann – , hatte er doch einige marxistisch angehauchte Prinzipien übernommen, an denen er strikte festhielt. Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, dass er den 'Vermittlungsvorschlag' Engels' nicht akzeptieren konnte. Überraschend mag hingegen scheinen, dass er dies Engels unmissverständlich mitteilte: "Ich fasse die Sache einen als 'Test'fall für die politische Haltung unserer Partei überhaupt auf und bin daher mit dem Dir zugeschriebenen Vermittlungsvorschlag. . . nicht einverstanden". Bernstein schien den 'Vermittlungsvorschlag' Engels' im gewissen Sinne als ein prinzipienloses Zugeständnis an die Fraktionsmehrheit im Reichstag anzusehen. Es sei nun jedoch bereits höchste Zeit, gegen den 'Opportunismus' anzugehen:

> "Unsere Leute müssen doch schliesslich einmal Farbe bekennen, ob sie die an sie herantretenden Fragen im *Zusammenhang* mit der politischen Situation überhaupt beurteilen wollen oder sich in der Tat dem ebenso bequemen wie in seiner Konsequenz reaktionären Eklektizismus hingeben, grundsatzlos 'von Fall zu Fall' entscheiden – de chute en chute!".[15]

Aufgrund des vorhergehenden Unterabschnittes lässt sich bereits erschliessen, wie Bernstein diesen von ihm hervorgehobenen Zusammenhang

---

[15] Bernstein an Engels, 15.1.1885. Brw. Bernstein–Engels, 317. Hervorh. d. Bernstein.

auffasste. Er sah im Subventionsstreit vor allem eine Auseinandersetzung um die Grundlagen der sozialistischen Reformtätigkeit. Mit Hilfe der Subventionen sollte eine Wiederbelebung der Wirtschaft bewirkt werden, die Sozialisten dürften jedoch eine solche Reform nicht akzeptieren, da der unvermeidliche Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht durch solche Reformen behindert werden dürfen; eine Verlängerung der Lebenszeit des Kapitalismus sei zu vermeiden. Bernstein betonte ausserdem die unmittelbare Verbindung zwischen Subventionen und Kolonialpolitik "und da haben unsere Leute die Pflicht, rund und nett nein zu sagen". Als äusserstes Zugeständnis an die Fraktionsmehrheit akzeptierte Bernstein die Stimmenthaltung, auch dies jedoch nur in dem Falle, dass sie "eine schroffe Ablehnung der Kolonialfrage enthält".[16]

Nach Art Bebels lehnte Bernstein die Subventionen vor allem deshalb ab, da er in ihrer Gutheissung gleichzeitig eine Gutheissung der Kolonialpolitik sah. Die Kolonialpolitik wiederum bekämpfte er, da er in ihr eine auf dem Rücken der Arbeiter erfolgende falsche Politik sah, die der Arbeiterklasse im gesamten nur schade. Das im Mutterlande vorhandene 'überschüssige' Geld wollte man nicht für die Erhöhung der Löhne der Arbeiterschaft oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzen, d.h. die herrschenden Klassen wollten nicht auf ihre "Ausbeuterprivilegien" verzichten. Die Fortsetzung der Kolonialpolitik bedeutete in dieser Sicht die Bewahrung und Erneuerung dieser 'Privilegien'. Dies sei der einzige "Nutzen" der Kolonialpolitik für die Arbeiterschaft. Ausserdem müsse die Kolonialpolitik als Versuch der herrschenden Klassen zur Entfremdung der Arbeiter von der sozialistischen Propaganda gesehen werden. Die Bürgerlichen hätten denn auch "ihre guten Gründe", die Kolonialpolitik als "nationale Angelegenheit" darzustellen, "noch bessere Gründe" aber hätten die Arbeiter, sich der Kolonialpropaganda, "dem nationalen Hexensabbath gegenüber absolut ablehnend zu verhalten".[17]

Die Kolonialpolitik stellte also nach Bernstein einen Teil der bürgerlichen antisozialistischen Politik dar, die er als Sozialist verständlicherweise abzulehnen hatte. Dennoch war der Kolonialismus an sich bereits eine alte Erscheinung, die jedoch in der zweiten Hälfte der letzten Jahrhundert eine durchgreifende Wandlung erfuhr; sie wurde zur Kolonialpolitik der entwickelten kapitalistischen Staaten. Die früher von den privaten Kolonialvereinen vorangetriebene Expansion des Kapitalismus wurde nun zur Aufgabe der entwickelten kapitalistischen Staaten. Diese Expansion in bisher vom Kapitalismus unberührte Gebiete nahm gewaltige Ausmasse an

---

16 Ib., 317–18. Desgleichen Bernstein an Kautsky, 3.1.1885. IISG, KN DV 24.
17 'Kolonialpolitik und die Arbeiter', Sd Nr. 3, 15.1.1885.

im Vergleich zur vorhergehenden Periode: die Globalisierung des Kapitalismus setzte mit voller Kraft ein. Die Sozialisten akzeptierten diese Entwicklung aus den erwähnten Gründen; die Globalisierung des Kapitalismus erschien gar als selbstverständliche und unvermeidliche Tatsache, die grundsätzlich zu reflektieren als nicht für nötig befunden wurde. Die Sozialisten verstrickten sich dadurch jedoch in einen Widerspruch, da sie die prinzipiell antisozialistisch ausgerichtete Kolonialpolitik ja weiterhin bekämpfen mussten. Als Argumente gegen die deutsche Kolonialpolitik im besonderen boten sich die geringe ökonomische Bedeutung der deutschen Kolonien und die durch sie verursachte Belastung der deutschen Volkswirtschaft an. Die Sozialisten machten von diesen sich darbietenden Gegenargumenten regen Gebrauch, da sich damit ja unschwer aufzeigen liess, dass kein ökonomisch denkender Bürger die unrentable Kolonialpolitik unterstützen konnte, wobei dieser Bürger nicht einmal Sozialist zu sein brauchte. Hinter dieser lautstark vorgetragenen Oppositionshaltung gegenüber der Kolonialpolitik verbarg sich jedoch implizit die Prämisse, dass der Kolonialismus an sich, das Kolonialsystem, gutgeheissen werden könne. Verlängerte jedoch nicht genau dies die Lebenszeit des Kapitalismus? Hätte die Verkürzung der Lebenszeit des Kapitalismus nicht vielmehr den Widerstand gegen die Kolonisation, beispielsweise durch die Unterstützung von Aufständen der Eingeborenen bedingt? Diesen logischen, wenn auch nicht unbedingt realistischen Schluss zog jedoch kein einziger deutscher Sozialist. Und Bernstein war ein deutscher Sozialist, der ebenfalls der Meinung war, der Kapitalismus solle vor seinem Zusammenbruch seine historische Aufgabe erfüllen, den globalen Umsturz der Produktionskräfte.

Bis zum Jahre 1884, als sich Deutschland seine ersten Kolonien verschaffte, nahm Bernstein äusserst selten – öffentlich oder privat – Stellung zur Kolonialpolitik; dies geschah eigentlich nur dann, wenn kolonialpolitische Fragen internationales Aufsehen erregten. Im Sommer 1882 erschien im *Sozialdemokrat* ein Leitartikel Bernsteins, in dem er den von Achmed Arabi geleiteten Aufstand in Ägypten verteidigte. Der Aufstand war nach Meinung Bernsteins gerechtfertigt, da er sich gegen die Ausbeutung durch den europäischen Kapitalismus richte.[18] Bald danach erteilte ihm

[18] 'Die 'bedrohte Kultur' in Egypten', Sd Nr. 31, 27.7.1882. Der Aufstand war gegen die formell türkische und faktisch britisch-französische Herrschaft gerichtet und stand unter der Führung von Grossgrundbesitzern und Offizieren: den ägyptischen Bauern kam keine aktive Rolle zu. Der Aufstand dauerte einige Monate im Frühling und Sommer 1882 und endete mit der Besetzung Ägyptens durch Grossbritannien, die wiederum das Ende des britisch-französischen Kondominiums und die Zementierung der britischen Vorherrschaft bedeutete. S. *Ramm*, 'Great Britain and France in Egypt, 1876–1882', 88–119 sowie *Vatikiotis*, The Modern History of Egypt, 144–61.

jedoch der "General" Friedrich Engels eine Lektion in 'Realismus'. Engels wies den jungen Redakteur mit der Bemerkung zurecht, er nehme die Aufständischen "zu sehr in Schutz". Nach Auffassung Engels' war Arabi "ein ordinärer Pascha", der "auf gut orientalisch" die Steuereinkünfte "in den Sack stecken" wolle. Engels befürwortete eine Stellungnahme zugunsten der unterdrückten Bauern, dabei dürften jedoch ihre "momentanen Illusionen" nicht geteilt werden. Den Bauern fehle die Fähigkeit zur Wahl der richtiger Führer: ". . . ein Bauernvolk muss Jahrhunderte geprellt werden, eh' es durch Erfahrung klug wird". Ebenso gerechtfertigt sei eine Kritik an den "Brutalitäten der Engländer, ohne grade deshalb für deren momentane militärische Gegner solidarisch einzutreten". Die im Bereich der Theorie überlegenen Deutschen müssten sich vor dem Überhandnehmen der Affekte hüten, dem die französischen und italienischen Parteizeitungen zum Opfer gefallen seien.[19]

Nach dieser Lektion musste Bernstein seinen Standpunkt überdenken. Arabi hätte den Fellahen vielleicht nicht die vollständige Befreiung gebracht, aber er habe "doch das Volk in richtiger Weise aufgerüttelt und den europäischen Blutsaugern einen heilsamen Schrecken eingejagt".[20] Gleichzeitig stellte Bernstein Überlegungen an zur Rolle der 'europäischen Blutsauger' in Ägypten und gelangte dabei zu recht positiven Einschätzungen:

> "Man wird uns gewiss nicht der Sympathie für die europäische Spekülantenbande, welche Egypten als Tummelplatz ihrer Unternehmungslust auserkoren hat, beschuldigen, soviel aber müssen wir denn doch sagen, dass ihre Habgier wenigstens indirekt dem Fortschritt in Egypten zu Gute gekommen ist. Der englische, französische ec. Ausbeuter schindet die Fellah's ebenso skrupellos, als der türkische Pascha, aber er errichtet industrielle Etablissements, er baut Eisenbahnen ec., während der türkische Satrap nur daran denkt, auf Kosten des geschundenen Volkes seinen Harem zu bereichern. Ausserdem ist Egypten kein Indien, es liegt der Kontrole Europa's zu nahe, als dass eine derartige Misswirtschaft wie die der famosen englisch-ostindischen Kompagnie dort möglich wäre. Die beste unter den heutigen Verhältnissen realisirbare Lösung der egyptischen Wirren wäre somit unserer Meinung nach die Anerkennung der Forderungen der egyptischen Nationalpartei, eine Reduzierung

---

[19] Engels an Bernstein, 9.8.1882, Brw. Bernstein–Engels, 120–21. Erwähnt sei, dass Bernstein 1907 u.a. diesen Brief als Argument für die *sozialistische Kolonialpolitik* verwendete. *Bernstein*, 'Die Kolonialfrage und Klassenkampf', SM 11, II, 1907, 992.
[20] Bernstein an Engels, 1.9.1882, Brw. Bernstein–Engels, 125.

> der von den Khediven kontrahirten Schuldenlast und die vollständige Beseitigung des türkischen Einflusses in Egypten, insbesondere die Abschaffung des bisher an den Sultan zu leistenden unerhörten Tributes".[21]

Das Beste für die Ägypter stellte also laut Bernstein das Ende der türkischen Oberhoheit dar. Hingegen habe die europäische Kolonialherrschaft, 'die europäische Spekulantenbande' zumindest vorläufig auch positive Auswirkungen für die Ägypter. Bernstein gelangte also — nach der vermutlich ersten ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Problem — zum Schlusse, dass die Kolonialpolitik in den Kolonien auch positive Auswirkungen hatte. Diese positive Einschätzung schwächte er durch die heftige verbale Kritik an den europäischen Kapitalisten ab. Die Lösung, die er für das ägyptische Problem empfahl, war weitgehend identisch mit den von den Kolonialmächten in immer stärkerem Ausmasse angewandten Methoden zur Bewahrung und Weiterführung der Kolonialherrschaft: die Integration der Eingeborenen in die Kolonialverwaltung und damit in das Kolonialsystem durch die teilweise Anerkennung ihrer Forderungen. Die gleiche Lösung wurde dann später, unter dem Namen der Erziehung der Kolonialvölker zur Selbständigkeit, auch von den 'sozialistischen Kolonialpolitikern', unter Einschluss Bernsteins, empfohlen.[22]

Die deutschen Sozialisten befassten sich mit der Kolonialpolitik meist nur dann, wenn die deutsche Regierung — meist während des Wahlkampfes — die Kolonialpropaganda als Waffe gegen die Sozialisten einsetzte. Im Jahre 1888, als in dieser Frage sonst Windstille herrschte, trug der englische Sozialist Ernest Belfort Bax jedoch über die Auswirkungen und die Bedeutung der Kolonialpolitik Ansichten vor, die Bernstein als publikationswürdig ansah.[23] Bax stellte die Frage zur Diskussion, inwiefern die

---

[21] Sd Nr. 34, 17.8.1882, *Sozialpolitische Rundschau*. Dieser sowie der zuvor erwähnte Leitartikel (Anm. 18) wurden von Bernstein verfasst, da er darin auf den Tadel von Seiten Engels' hinweist: "Es ist uns von befreundeter Seite der Vorwurf gemacht worden, wir hätten uns von unserer berechtigten Sympathie für die unterdrückten Fellahs zu weit hinreissen lassen. . .".

[22] Roger Fletcher ist hier meines Erachtens nicht präzise genug: "During the 1880s. . . Bernstein had been an intractable foe of colonialism in any guise. But with the onset of his revisionist phase he began to present a guarded defence of colonization as being economically and culturally progressive. *Fletcher*, 'In the interest of peace and progress: Eduard Bernstein's socialist foreign policy', 84. Desgleichen id., Revisionism and Empire, 158. Bernstein war nie "an intractable foe of colonialism in any guise".

[23] 'Die Teilung Afrikas und — die Aussichten des Sozialismus', Sd Nr. 35, 25.8.1888. Mit dem Gedankenstrich im Titel des Leitartikels wurde offenbar bezweckt, den Leser auf den radikalen Charakter der Schlussfolgerungen Bax' aufmerksam zu machen. Der Leitartikel wies einen ins Deutsche übersetzten Artikel Bax' sowie einen Kommentar Bernsteins auf. Der Artikel von Bax war ursprünglich am 28.7.1888 in der Zeitschrift *Commonweal* erschienen, s. *Thompson*, William Morris, 514—15. Bernstein kann, natürlich mit den erwähnten Einschrän-

kolonialen Eroberungen die Verwirklichung des Sozialismus beeinflussen könnten. Nach seiner Einschätzung werde sich Afrika recht bald der kapitalistischen Produktionsweise öffnen müssen. Dies bedeute, dass dort bald unerschöpfliche Rohstoffe, "schrankenlos billige Arbeit, tatsächlich unbegrenzte Gebiete für Auswanderung ec., ec." zur Verfügung stünden. "Eine Kreuzfrage für alle Erörterungen über die nächste Zukunft des Menschengeschlechtes" sei, wie die Eröffnung Afrikas "auf den Gang der ökonomischen Entwicklung" einwirken werde. Bax wollte nicht Pessimismus verbreiten, er wollte jedoch bekennen, dass ihm "zeitweise die traurige Möglichkeit vor Augen tritt, als werde die kapitalistische Welt aus der Ausbeutung Afrikas eine neue Daseinsfrist gewinnen". Bax' Botschaft lautete also, dass die Kolonisation für die Sozialisten zu einem brennenden und aktuellen Problem geworden sei. Er warnte die Sozialisten davor, das Problem durch den Hinweis auf den unausweichlich bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus abzutun: "Wir müssen uns davor hüten, die *logische* Aufeinanderfolge der Dinge mit ihrer *tatsächlichen* zusammenzuwerfen". Logisch gesehen sei das nächste Entwicklungsstadium der Menschheit der Sozialismus. In Wirklichkeit werde jedoch, so die düstere Voraussage Bax', "das gegenwärtige Stadium" infolge des Übergangs Afrikas zum Kapitalismus möglicherweise "noch ein weiteres Jahrhundert verlängert werden".

Bernstein, der an die von Bax kritisierten Auffassungen und Versicherungen über den raschen und unausweichlichen Zusammenbruch des Kapitalismus gewohnt war, hielt die von Bax zur Diskussion gestellte Frage für bedenkenswert und erinnerte an den Einfluss der Entdeckung Amerikas und der kalifornischen Goldminen auf den Gang der wirtschaftlichen Ent-

---

kungen (Kap. I/1. Anm. 17), als der Verfasser des Leitartikels angesehen werden. Seine Verfasserschaft scheint in diesem Falle ziemlich gesichert, da Bernstein im Mai 1888 von Zürich nach London gezogen war (*Bernstein*, Aus den Jahren meines Exils, 159) und also Gelegenheit gehabt hatte, die englische Presse kennenzulernen. – Ernest Belfort Bax (1854–1926) stellte mit seinen Kenntnissen der deutschen Sprache eine Ausnahmeerscheinung unter den englichen Sozialisten dar. Auch mit der deutschen Philosophie war er besser vertraut als mancher deutsche Sozialdemokrat. Die deutsche Kultur hatte er anlässlich seines Studiums der Kompositionslehre in Deutschland in den Jahren 1875–76 und während seiner Tätigkeit als zweiter Korrespondent des *Standard* in Berlin in den Jahren 1880–81 kennengelernt. Mit Bernstein traf Bax das erste Mal 1886 in Zürich zusammen. Er nahm auch an einigen Parteitagen der deutschen Sozialdemokraten teil, u.a. am Parteitag von St. Gallen 1887. Er zählte auch zum Bekanntenkreis Engels'. Über Bax allg. s. *Arch*, Ernest Belfort Bax; *Bax*, Reminiscences and Reflections of a Mid and Late Victorian; *Pierson*, 'Ernest Belfort Bax, 1854–1926'; id., Marxism and the Origins of British Socialism, 89–97 und *Thompson*, 372–75. Über die kolonialpolitischen Ansichten Bax' s. *Paul*, 116–18; *Porter*, Critics of Empire, 99–100 sowie *Schröder*, Sozialistische Imperialismusdeutung, 21–22 und 79–80. Über die Beziehungen zwichen Bax und Engels s. *Bünger*, Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung von 1881–1895, 48–49 und 101–02.

wicklung. Jeder Sozialist war nach Auffassung Bernsteins soviel von Marx beeinflusst, um einzusehen, dass die Möglichkeiten des Sozialismus "in letzter entscheidender Instanz" von der Entwicklung der Produktionsverhältnisse abhingen, "dass der Sozialismus eintreten wird, nicht wenn er nur möglich, sondern wenn er *notwendig* (Hervorh. d. Bernstein) geworden, notwendig für die Fortentwicklung der gesamten Kulturwelt", d.h. wenn "die bürgerlich-kapitalistische Produktion (. . .) sich unfähig erweist, die gesellschaftlichen Produktivkräfte zu beherrschen, die Produktion in Einklang zu bringen mit der Produktionsfähigkeit und dem Absatz". Daraus lässt sich bereits erahnen, wie Bernstein das von Bax gestellte Problem lösen wollte: der Sozialismus werde dann verwirklicht werden können, wenn dies für die Entwicklung der *'Kulturwelt'* unausweichlich sei. Die Revolution werde also zuerst in den entwickelten Industriestaaten, in der 'Kulturwelt' erfolgen. Bernstein versuchte aufzuzeigen, dass die Revolution der 'Kulturwelt' nicht durch die "Zivilisierung" Afrikas verhindert werden könne. Die Revolution sei in dieser Welt bereits ihrer Verwirklichung nahe, "der Bankrott der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft" sei "kaum ihr selbst noch ein Geheimnis". Die Produktivkräfte könnten nicht mehr in kapitalistischer Art und Weise beherrscht werden, was "auf's Deutlichste die krampfhaften Versuche" aufzeigten, die Produktion mittels Kartellen zu begrenzen. Als ehemaliger Bankbeamter kam Bernstein auf die Idee, die Kartelle mit den in der "Kaufmannswelt" üblichen Moratorien zu vergleichen, "die dem vollen Bankrott vorauszugehen pflegen".

Der Bankrott könne jedoch hinausgeschoben werden, falls es gelinge, neue Märkte für die wachsende Produktion zu eröffnen. Gegen Ende der 80er Jahre war man laut Bernstein bereits in einer Situation angelangt, in der es nicht mehr, wie früher, um die Erhöhung der Gewinne sondern um die nackte Existenz des kapitalistischen Systems gehe.Bis zu diesem Punkte akzeptierte Bernstein die Analyse Bax', jedoch nicht weiter. Den pessimistischen Voraussagen Bax' setzte er seinen Optimismus entgegen. Nach Auffassung Bernsteins war es wenn nicht "absolut unmöglich", so doch "höchst unwahrscheinlich", dass der Kapitalismus seine Lebensfrist "durch Erschliessung und möglichste kapitalistische Ausnutzung des bis jetzt jungfräulichen Teils von Afrika" entscheidend verlängern könne. Bereits der Bau der Eisenbahnen in Afrika sei eine so zeitraubende Aufgabe, dass der Kapitalismus schon vor deren Erledigung "manche Krise" durchmachen werde. Und selbst wenn es dem Kapitalismus gelinge, die von Bax erwähnten Reichtümer in Afrika zusammenzuraffen, werde ihn dies nicht retten, denn "am Mangel an Reichtum wird er ja überhaupt nicht zu Grunde gehen, sondern umgekehrt, er wird an seinem Reichtum verenden, in seinem Reichtum *ersticken* (Hervorh. d. Bernstein)". Dem

Kapitalismus verbleibe einzig die Steigerung des Absatzes von Industriegütern in Afrika, "aber auch hier ist dafür gesorgt, das die Bäume nicht in den Himmel wachsen". Mit der Zeit werde Afrika zum Konkurrenten der entwickelten Industriestaaten aufsteigen, was dann wieder zu Absatzschwierigkeiten, zum 'Ersticken' im Reichtum führen werde. Bernstein zweifelte jedoch, ob der Kapitalismus vor seinem Zusammenbruch in der 'Kulturwelt' diese Möglichkeit überhaupt ausnützen könne.

Bernsteins Argumentation gründete sich auf der Überzeugung vom baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus, einer Überzeugung, die er im Laufe des nächsten Jahrzehnts vollständig revidieren sollte. Bemerkenswert ist hier, dass er noch im Jahre 1888 das von Bax zur Diskussion gestellte Problem für bedenkenswert hielt; zehn Jahre später sollte er dieselbe Fragestellung als sinnlos bezeichnen. Er hatte dannzumal seine Auffassungen vom Sozialismus und von der Kolonialpolitik in wesentlichem Masse revidiert; die Sozialisten durften die grundlegende Frage der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr vom Standpunkt des baldigen Zusammenbruchs des Kapitalismus aus angehen. Gemäss dem Revisionisten Bernstein 'erstickte' der Kapitalismus nicht mehr an seinem Reichtum und durfte auch nicht daran 'ersticken', da die Verwirklichung des Sozialismus eine gut funktionierende Wirtschaft bedinge. Die Kartelle beispielsweise, in denen er noch 1888 das Anzeichen für den baldigen Bankrott des Kapitalismus gesehen hatte, waren ihm zehn Jahre später Anzeichen der Anpassungsfähigkeit und Lebenskraft des Kapitalismus.

4.3. Bernstein und die Partei 1885–90: Das Werden eines sozialistischen Theoretikers

Im Frühling 1885, als die innerparteilichen Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt erreichten, hatte sich Bernstein zum Hauptwidersacher der Fraktionsmehrheit profiliert. Er wäre fast von seinem Posten entlassen worden und hätte andererseits wegen des auf ihn ausgeübten Druckes auch fast selbst um die Entlassung nachgesucht. Er verliess jedoch seinen Posten nicht, und sowohl für seinen eigene Entwicklung wie auch für diejenige der Partei war es von Bedeutung, dass er im Frühling 1885 endgültig das Vertrauen Bebels und Engels' gewinnen und seine Stellung als Hüter der marxistischen Prinzipien der Partei festigen konnte. Umso grösseres Aufse-

hen sollte dann im folgenden Jahrzehnt die Aufgabe dieser Prinzipien durch Bernstein erregen.

Nach Meinung Bernsteins war die Verbindung zwischen den Subventionen und der Kolonialpolitik "ganz klar". Er gab so zu verstehen, dass die Fraktionsmehrheit durch ihre Unterstützung der Subventionen auch die Kolonialpolitik akzeptiert habe. Die Fraktionsmehrheit behauptete jedoch, lediglich die Subventionen zu unterstützen, worauf Bernstein beschloss aufzuzeigen, dass bereits ihre Unterstützung die Aufgabe der Prinzipien der Partei bedeutete. Erstens seien die Subventionen nutzlos, da sich der deutsche Aussenhandel bis anhin auch ohne sie entwickelt habe und ausserdem bestehe "schon heute und zwar in recht erfreulichem Umfange" ein Handelsverkehr zwischen Deutschland, Ostasien, Afrika und Australien. Ökonomisch gesehen seien die Subventionen bedenklich, da sie einen Teil des Schutzzollzystems bildeten: der Zweck der Subventionen und der Schutzzölle bestehe darin, den Verkauf deutscher Produkte und Dienstleistungen zu Schleuderpreisen auf den Weltmärkten zu ermöglichen. Die Vertreter der Partei dürften nicht "die Hand bieten" zu Massregeln, die geeignet seien, den Handelsverkehr "in unnatürlicher und ungesunder Weise zu forciren, das heisst mit Gewalt Krisen heraufzubeschwören". Bernstein argumentierte in diesem Punkte wie ein überzeugter Liberaler. Anders jedoch als die Liberalen, die in der natürlichen und gesunden, d.h. freien wirtschaftlichen Entwicklung den Garanten des ständigen wirtschaftlichen Wohlstandes sahen, glaubte Bernstein, dass der Kapitalismus durch diese Entwicklung in immer schwerere Krisen gestürzt und schliesslich an den Rand des Zusammenbruchs gebracht werden würde. Bernstein deutete damit also an, dass die Fraktionsmehrheit eine Reform unterstütze, die dem bestehenden System eine zusätzliche Frist einräume. Ausserdem erinnerte er an den weiteren Zusammenhang, d.h. daran, dass die Subventionen und das Schutzzollsystem letztlich einen Teil von Bismarcks antisozialistischem "Staatssozialismus" bildeten, mit dem nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Grossgrundbesitzer und der Grossindustrie gewahrt werden sollten.[24] Im Lichte der Kritik Bernsteins hatte sich die Fraktionsmehrheit schwere Fehler zuschulden kommen las-

[24] 'In Sachen der Dampfersubvention', Sd Nr. 5, 29.1.1885. Unter diesem Titel erschien ein die Subventionen verteidigender Artikel Auers, dem Bernstein einen kritischen Kommentar angefügt hatte. Bernstein legte später Wert darauf, dass sich seine Subventionskritik wesentlich von der Kritik an den Anhängern der Subventionen unterscheide, wie sie in der Resolution der Zürcher Genossen aufscheine; die Sprache und Argumentation seines kritischen Kommentars seien "durchaus verschieden", Bernstein an Kautsky, 1.6.1916, IISG, KN DV 513; desgleichen *Bernstein*, 'Erinnerungen aus meinen Lehrjahren', IISG, BN A 32.

sen: sie hatte die Kolonialpolitik, den 'ungesunden' Wettbewerb und die antisozialistische Reformpolitik unterstützt.[25]

Bernstein stiess noch auf weitere Fehltritte der Fraktionsmehrheit. Er beschuldigte diese der Verletzung von Parteitagsbeschlüssen. Am Parteitag von Kopenhagen (1883) war beschlossen worden, dass die Reichstagsfraktion in grundsätzlichen Fragen Einstimmigkeit zu erreichen habe.[26] Bernstein betonte, dass nur die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Reichstag das Recht hätten, ihre persönlichen Interessen zu vertreten. Den Vertretern der Arbeiterklasse sei dies nicht gestattet: sie hätten sich der Parteidisziplin zu unterwerfen, d.h. die Parteitagsbeschlüsse zu befolgen. Bernstein gab zu verstehen, dass die Fraktionsmehrheit gegen dieses Prinzip verstossen habe. Die Fraktion hatte ja anfänglich, vor dem Ertönen kritischer Stimmen aus der Mitgliederschaft der Partei, Stimmfreigabe in der Subventionsabstimmung beschlossen und dies vor allem damit begründet, dass es sich dabei nicht um eine prinzipielle Frage handle. Der Kern des Problems lag darin, dass sich die prinzipielle Natur eines anstehenden Problems nicht eindeutig festlegen liess. Eine Aufzählung der prinzipiellen Fragen im Parteiprogramm war ja unmöglich, da sich die Zukunft nicht voraussagen liess. Möglich war hingegen die Festlegung der Kriterien und Gesichtspunkte, die eine Beurteilung der prinzipiellen Natur eines anstehenden Problems ermöglichten. Für Bernstein war dieses Kriterium "der Klassencharakter und die durch ihre historische Entwicklung bedingte politische Stellung unserer Partei". Er präzisierte dies noch weiter:

> "Wir sind die Vertreter der Interessen der *Arbeiterklasse*, ihrer Interessen *gegenüber* den ausbeutenden Klassen. Unsere Partei fusst auf der Erkenntnis des *Gegensatzes* dieser Interessen, auf der Erkenntnis, dass in demselben Verhältnis, in denen in der bürgerlichen Gesellschaft der Reichtum produziert wird, auch das *Elend* produziert wird, dass das Anwachsen des sogenannten *Nationalreichtums*, das heisst des Reichtums der *Ausbeuterklasse*, zur notwendigen Ergänzung das Anwachsen der *Massenarmut* hat".

---

[25] Bernstein war also bereits in seiner marxistischen Phase ein Anhänger des Freihandels oder genauer gesagt ein Widersacher der Schutzzollpolitik: die Zollpolitik war für ihn in erster Linie eine 'praktische' Frage. Für den Revisionisten Bernstein gehörte hingegen die Förderung des Freihandels zu den sozialistischen *Prinzipien*. Dazu s. bes. *Fletcher*, 'Cobden as Educator' sowie id., Revisionism and Empire, 144–46, und unten Kap. VII.

[26] Dieser Beschluss scheint im veröffentlichten Parteitagsprotokoll nicht auf. *Kautsky*, 'Eine mahnende Erinnerung', NZ 34, II, 1915–16, 65. – Kautsky erinnerte sich des Subventionsstreites in einem Moment, als die SPD über der Frage der Kriegskredite auseinanderzubrechen drohte. Er forderte die Partei auf, nach dem Modell des Subventionsstreites auch bei der Bewilligung der Kriegskredite Bedingungen zu stellen, ib., 68.

Bernstein sah jedoch ein, dass auch diese Formulierung des Kriteriums der Grundsätzlichkeit noch zu allgemein war und damit verschieden ausgelegt werden konnte. Ausserdem beinhaltete das nach wie vor gültige Gothaer Parteiprogramm (1875) reformistische Elemente, die der Fraktionsmehrheit ermöglichten, ihr Vorgehen als prinzipientreu und dem Parteiprogramm entsprechend darzustellen. Bernstein konterte diesen Einwand mit der Bemerkung, dass das Gothaer Programm veraltet sei und einen wesentlichen Mangel aufweise. Das Verhältnis der Partei zum Staate und zu den Verstaatlichungen werde darin nämlich nicht genauer festgelegt; eine genaue Ausformulierung nach den oben erwähnten Kriterien sei nun jedoch notwendig:

> "Vom Standpunkt des Klassenkampfes aus. . . stellt sich uns der heutige Staat als der Staat der herrschenden, d.h. der *ausbeutenden* Klasse dar, woraus sich naturgemäss ergibt, dass uns seine Verstaatlichungen zum Mindesten sehr gleichgültig bleiben könnten, wenn nicht unser politisches Verhältnis zu ihm uns zur offenen *Gegnerschaft nötigt.*"[27]

Wie aus dem bereits Gesagten hervorgeht, wandte Bernstein das von ihm vorgetragene Kriterium der Grundsätzlichkeit konsequent an: bei der Subventionsabstimmung solle man sich 'zum Mindesten' der Stimme enthalten oder noch besser dagegen stimmen.

Bernstein gab so offen und verdeckt zu verstehen, dass die Mehrheit der Reichstagsfraktion die Kolonialpolitik und die antisozialistische Reformpolitik unterstütze, prinzipienlos vorgehe, Parteitagsbeschlüsse missachte und im Reichstag ihre persönlichen Interessen verfolge, dass, mit anderen Worten, die Mehrheit nicht 'klassenbewusst' vorgehe und ausserstande sei, die unvereinbaren Interessen des Proletariats und des Bürgertums auseinanderzuhalten. Ausserdem deutete Bernstein noch an, dass die Mehrheit mit ihrem Vorgehen die Partei zu ruinieren drohe. Ignaz Auer, der gewandte Fürsprecher der Fraktionsmehrheit, hatte hervorgehoben, dass die Sozialistische Arbeiterpartei keine Sekte sei, "in der die Mitglieder auf den Buchstaben eingeschworen werden, sondern eine politische Partei, innerhalb der in untergeordneten Punkten für verschiedene Meinungen Raum sein muss und auch ist".[28] Der springende Punkt war ja gerade, ob die Subventionsfrage ein 'untergeordneter Punkt' sei und allgemeiner, ob es für eine sozialistische Partei überhaupt und wenn ja in welchem Ausmasse 'untergord-

---

[27] *Leo (= Bernstein)*, 'Über 'prinzipielle Fragen' ', Sd Nr. 6, 5.2.1885. Hervorh. d. Bernstein.
[28] 'In Sachen der Dampfersubvention', Sd Nr. 5, 29.1.1885.

nete' oder 'grundsatzlose' Fragen gebe.[29] Bernsteins Replik an Auer lautete:

> "Gewiss, wir sind keine *Sekte*, sondern eine politische Partei. Aber gerade deshalb ziemt es sich für uns, die Fragen, die an uns herantreten, in *ihrem Zusammenhange* zu erörtern, und es einem grundsatzlosen Eklektizismus zu überlassen, sie einzeln herauszugreifen und lediglich nach dem Gesichtspunkt der momentanen Nützlichkeit zu beurteilen. Dieser Eklektizismus ist noch der Ruin aller politischen Parteien gewesen, die sich ihm hingegeben haben".[30]

Diese Argumentation deutete an, dass die Fraktionsmehrheit gerade in der Subventionsfrage eklektizistisch vorgegangen sei und damit die Existenz der Partei bedroht habe.

Bernsteins Kritik war verdeckt, indirekt und vorsichtig (Fehler in der Interpretation sind deshalb nicht auszuschliessen). Ebenso vorsichtig war sein Vorgehen. Aufgrund seiner eigenen Stellung ging es nicht an, offen die Mehrheit der Reichstagsfraktion und de facto auch der Parteileitung zu kritisieren. *Der Sozialdemokrat* stellte ja das Organ der gesamten Partei dar. Der allgemeinere Grund für seine Vorsichtigkeit war die durch das Sozialistengesetz geschaffene Situation: eine Spaltung der Partei war nicht angezeigt, da dies von den Reformisten als eine von aussen gesteuerte Angelegenheit hätte dargestellt werden können. Bernstein nahm an der Zürcher Versammlung teil, die die Resolution verabschiedete, in der die Fraktionsmehrheit mit scharfen Worten kritisiert wurde und er versuchte denn auch, den Formulierungen ihre Schärfe zu nehmen und widersetzte sich ihrer Verteilung als Separatdruck in Deutschland.[31] Der Eindruck musste vermieden werden dass die Kritik an der Fraktionsmehrheit von der Redaktion des *Sozialdemokrat* ausgehe. Die Organisation des Widerstandes war nach Bernstein ein leichtes. Die Parteimitglieder seien zwar "viel zu gut geschult, um ohne zwingende Notwendigkeit gegen ihr Führer zu revoltieren", jetzt sei jedoch die 'zwingende Notwendigkeit' gegeben. Bernstein war sich gewiss, dass die getrennt agierenden Ortsabteilungen der Partei

---

[29] In gleicher Weise taktierte Auer auch später während des Revisionismusstreites. Um die Einheit der Partei zu bewahren, suchte er die von Bernstein gestellten grundsätzlichen Fragen ausschliesslich unter dem Aspekt der Zweckmässigkeit zu betrachten, obschon er sich im Klaren war über die Notwendigkeit und die Bedeutung von Prinzipien. Gemäss der Einschätzung Bernsteins war Auer somit "nie und immer" ein Opportunist. *Bernstein*, Ignaz Auer, 63. Über Auer s. näher *Steinberg*, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, 116–25.
[30] 'In Sachen der Dampfersubvention'. Kommentar Bernsteins. Hervorh. d. Bernstein.
[31] Bernstein an Liebknecht, 13. und 22.1.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 86–87 und 92–93. S. auch Bernstein an Engels, 15.1.1885, Brw. Bernstein–Engels, 319 sowie Bernstein an Kautsky, 1.4.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 125.

lediglich auf "ein Signal" warteten, und Bernstein war auch überzeugt, dass er dieses 'Signal' geben und damit "einen Sturm gegen die Fraktionsmehrheit entfesseln" könne. Er war jedoch dazu nicht bereit, da er damit auch die Verantwortung für das Auseinenanderbrechen der Partei auf sich genommen hätte.[32] Demgegenüber machte er seinen Standpunkt durch die Veröffentlichung der Zürcher Stellungnahme und weiterer, die Fraktionsmehrheit scharf kritisierender Verlautbarungen deutlich.

Dieser Druck der Parteimitglieder, und damit indirekt auch Bernsteins, veranlasste die Fraktionsmehrheit zum Rückzug. Im März 1885 stellte die Reichstagsfraktion für die Gutheissung des Subventionsantrages der Regierung Bedingungen, die von dieser unmöglich akzeptiert werden konnten, was man einkalkuliert hatte. Dies ermöglichte der Fraktion, wie bereits aufgezeigt wurde, den Subventionsantrag geschlossen abzulehnen und liess so die grundsätzliche Natur der Subventionsfrage erkennen; grundsätzlich in dem Sinne, dass es dabei in Tat und Wahrheit um das Wesen und die Aufgabe der sozialistischen Partei ging. Als nun der Anlass für das Aufrollen der grundsätzlichen Auseinandersetzung, der Subventionstreit, beigelegt werden konnte, wurde die Auseinandersetzung weitergeführt als Kampf um die Linie des *Sozialdemokrat;* die ausserordentliche Parteiversammlung des Jahres 1882 in Zürich war in dieser Frage zu keiner Entscheidung gelangt.

Vom Standpunkt der Fraktionsmehrheit aus hatte Bernstein seine Agitation gegen die Mehrheit der Parteileitung fortgesetzt und sogar verstärkt. Die Vertreter der Mehrheit beschuldigten Bernstein – teils zu Recht – der Verunglimpfung und Zensierung der Mehrheitsstellungnahmen. Besonders Ignaz Auer zeigte sich schwer beleidigt über Bernsteins selbstsichere Entgegnung auf seine Kritik der Zürcher Resolution.[33] Der schwerste Vorwurf gegenüber Bernstein war, dass er versuche, aus dem Organ der gesamten Partei das Propagandamittel einer bestimmten Gruppierung innerhalb der Partei zu machen.[34] *Der Sozialdemokrat* war also auch für die Fraktionsmehrheit von Bedeutung, obschon diese über die in Deutschland erscheinende Parteipresse verfügte. Deren Sprache war jedoch gezwungenermassen wegen den Sozialistengesetzes "farblos bis zur vollkommenen

[32] Bernstein an Engels, 15.1.1885, Brw. Bernstein–Engels, 318.
[33] Auer an Bernstein, undat., geschr. nach dem 29.1.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 94–96 sowie Auer an Motteler, 2.4.1885, ib., 133–34. Bernstein gesteht, einen Fehler gemacht zu haben; er hätte die Replik Auers besser kommentarlos veröffentlichen sollen. Bernstein an Kautsky, 1.4.1885, ib., 125–26.
[34] Auer an Motteler, 2.4.1885, ib., 131–32 sowie Grillenberger an Motteler, 2.2.1885, ib., 100–01.

Verwässerung".[35] *Der Sozialdemokrat* verfügte über die grösste Autorität unter den Parteiblättern; auf seinen Seiten konnte offen für die Ziele der Partei agitiert werden, er wurde als Interpret der wahren Absichten der Partei angesehen, und seine Artikel dienten auch als Beleg für die Notwendigkeit des Sozialistengesetzes.[36]

Im März 1885 gelangte die Mehrheit der Reichstagsfraktion zu der Auffassung, dass die sachlichen Argumente allein nicht ausreichten um die redaktionelle Linie des *Sozialdemokrat* zu ändern, und sie entschloss sich zu administrativen Massnahmen. Im Namen der Reichstagsfrakton wurde Bernstein ein Ultimatum übersandt, in dem man ihn davon erinnerte, dass er nicht das Recht habe, allein über die Linie der Zeitung zu bestimmen.[37] Das Ultimatum wurde drei Tage vor der Abstimmung über die Subventionsvorlage im Reichstag abgeschickt. Die Mehrheit war also der Meinung, sie habe bereits genug zurückgesteckt; jetzt liege es am *Sozialdemokrat,* Zugeständnisse zu machen. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen erreichten nun ihren Höhepunkt. Unmittelbar nach Erhalt des Briefes verfasste Bernstein selbst ein Ultimatum an die Reichstagsfraktion, worin er kategorisch die beiden der Redaktion verbliebenen Auswege aufführte: entweder das Ultimatum der Reichstagsfraktion nicht zu veröffentlichen, oder es zu veröffentlichen und gleichzeitig den Rücktritt der Redaktion mitzuteilen.[38] Wilhelm Liebknecht, der zweite Redakteur des *Sozialdemokrat,* reiste nach Zürich um in der Auseinandersetzung zu vermitteln. Er drängte Bernstein zur Veröffentlichung des Ultimatums; eine Weigerung hätte die Entlassung als Redakteur bedeutet.[39] Bernstein beugte sich schliesslich, und das Ultimatum wurde, mit einigen geglätteten Formulierungen, Anfang April veröffentlicht. Der Redaktion des *Sozialdemokrat* wurde darin zwar das Recht zur selbständigen Kritik eingeräumt, gleichzeitig wurde sie jedoch eindringlich ermahnt, "unter keinen Umständen" gegen die Reichstagsfraktion Stellung zu beziehen, da diese "die moralische Verantwortung" für den Inhalt der Zeitung trage. Der Kernge-

---

[35] *Schippel*, 'Dampfersubvention und Parteientwicklung', 667.
[36] S. z.B. *Bartel* u.a., Der Sozialdemokrat, 81–85.
[37] Sd Nr. 14, 2.4.1885. Im Begleitschreiben wurde Bernstein aufgefordert, das Ultimatum an gut sichtbarer Stelle und kommentarlos zu veröffentlichen, Bernstein an Kautsky, 1.4.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 127.
[38] *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 159. S. auch Bernstein an Kautsky, 1.4.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 127.
[39] Bernstein an Kautsky, 1.4.1885, ib., 129–30 sowie Liebknecht an Motteler, undat., geschrieben vor dem 31.5.1885, ib., 239–40. Die Vorbereitungen für die Entlassung Bernsteins waren bereits ziemlich weit gediehen, was die Wahl Bruno Schoenlanks (der 1894 Chefredaktor der *Leipziger Volkszeitung* wurde) zu seinem Nachfolger bezeugt, Bernstein an Kautsky, 1.4.1885, ib., 129–30 und ib., Anm. 76, 384–85.

danke des Ultimatums war: "Nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat".[40]

Das Ultimatum rief unter den Parteimitgliedern einen noch stärkeren Entrüstungssturm hervor. In allen Entgegnungen wurde das Recht zur freien Meinungsäusserung hervorgehoben. *Der Sozialdemokrat* habe das Organ der Partei und nicht der Reichstagsfraktion zu sein,[41] was auch Bernstein in seiner eigenen Entgegnung an die Reichstagsfraktion betont hatte.[42] In einer Entgegnung – die Bernstein gar nicht veröffentlichte – wurde die Fraktionsmehrheit sogar zur Niederlegung ihrer Reichstagsmandate auf aufgefordert, falls sie die Kritik an ihrer gegen die Partei gerichteten Tätigkeit nicht ertrage.[43]

Bernstein hatte mit seinem Brief an die Reichstagsfraktion den Gegenangriff der Fraktionsminderheit eingeleitet. Er musste sich also sicher sein über die in der Mitgliederschaft der Partei herrschenden Stimmungen und über die nötige Unterstützung für sein Vorhaben. Man beschuldigte ihn jedoch – wie vielfach später noch – richtige Gedanken zur falschen Zeit und auf die falsche Weise vorzutragen. Bebels Kritikpunkte waren, dass Bernstein seinen Brief an die Fraktion geschickt habe, ohne zuvor mit den Vertretern der Minderheit zu verhandeln und dass der Brief zu "schulmeisterisch" sei. Bernstein hätte das Ultimatum unverändert, möglicherweise mit einem Kommentar versehen, veröffentlichen und die gesamte Auseinandersetzung dem nächsten Parteitag zur Entscheidung überlassen sollen. Mit Bezug auf die Mehrheitsvertreter bemerkte Bebel, dass Bernstein doch nicht "eigenmächtig" gegen 17 och 20 Menschen ankämpfen könne, "auch wenn die 17 oder 20 noch so unrecht haben". Diese seine Kritik trug Bebel Ende März vor, als er seiner Meinung nach – obschon er jener Fraktionssitzung beigewoht hatte, an der das Ultimatum behandelt wurde – den Inhalt des Ultimatums noch nicht genügend kannte.[44] Als es dann jedoch veröffentlicht worden war, zögerte Bebel nicht mehr und stellte sich auf die Seite Bernsteins. Nach Einschätzung Bebels war

---

[40] Sd Nr. 14, 2.4.1885.
[41] S. bes. Sd Nr. 17, 23.4.1885.
[42] *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 159.
[43] *Rothe*, 'Zum Streit um die Dampfersubvention', 114. In dieser Dokumentensammlung finden sich die unveröffentlicht gebliebenen Stellungnahmen.
[44] Bebel an Bernstein, 31.3.1885, AsD, Teilnachlass Paul Kampffmeyer. S. auch Bebel an Engels, 8.4.1885, Brw. Bebel–Engels, 220. Nach Auffassung Bernsteins hätte die Veröffentlichung des mit einem kritischen Kommentar versehenen Ultimatums den "offenen Krieg" bedeutet, "und diesen kann ich nicht führen, wenn ich meiner Rückendeckung nicht gewiss bin", Bernstein an Kautsky, 1.4.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 128. Bernstein war sich also der Unterstützung Bebels nicht sicher.

sich die Mehrheit sehr wohl bewusst, dass sie nicht über die Unterstützung der Massen verfügte und dass sie "die Männer der Initiative" nicht unter sich habe.[45] Da Bebel selbst ein 'Mann der Initiative' war, sandte er unmittelbar nach der Veröffentlichung des Ultimatums der Reichstagsfraktion einen Brief, in dem er diese beschuldigte, über die Linie des *Sozialdemokrat* bestimmen zu wollen; die im Parteiprogramm verlangte "Pressefreiheit" sei den Parteigenossen "eine leere Phrase". Bebel drohte "an die Partei zu appellieren", falls die Fraktionsmehrheit zur Verwirklichung ihrer Drohung schreite.[46] Vermutlich wollte er mit diesem 'Appell an die Partei' das Gewicht seiner bereits damals gefestigten Position als Führer der Partei einsetzen. Er versprach Bernstein, "sofort" aus der Fraktion auszutreten, falls die Fraktionsmehrheit Bernstein verbieten würde, die kritischen Entgegnungen der Parteimitglieder zu veröffentlichen.[47]

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion musste wiederum den Rückzug antreten und erklärte sich zu einer gemeinsamen Verlautbarung der Redaktion und der Reichstagsfraktion bereit. Die Fraktionsmehrheit gestand darin zu, dass in der Partei die "absolute Freiheit der Kritik obwalten" müsse, und dass *Der Sozialdemokrat* das Organ der Gesamtpartei und nicht nur der Reichstagsfraktion zu sein habe. In der gleichen Verlautbarung hiess es jedoch, dass die Reichstagsfraktion die Partei repräsentiere, weshalb ihr "naturgemäss" das Recht zustehe, den Inhalt der Zeitung zu kontrollieren.[48] Die Verlautbarung stellte also einen Kompromiss dar, einen Waffenstillstand, der abgeschlossen werden musste, um die drohende Spaltung der Partei zu verhindern. Erst am zwei Jahre später abgehaltenen Parteitag von St. Gallen konnte eine gründliche Überprüfung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse stattfinden. Die Fraktionsmehrheit wurde am Parteitag scharf kritisiert, während gleichzeitig der Redaktion des *Sozialdemokrat* das Vertrauen ausgesprochen wurde.[49] Damit war die innerparteiliche Auseinandersetzung vorerst beendet. Die Mehrheit hatte sich als Minderheit erwiesen, was die politische Polizei in ihrem Bericht wie folgt formulierte: "Wie aber auch die Aufnahme sein mag, welche die Kongress-

---

[45] Bebel an Kautsky, 1.3.1885. Brw. Bebel–Kautsky, 37. Im Jahre 1882 charakterisierte Engels ebenso selbstsicher und herablassend die Reformisten als "eine Armee von lauter Offizieren ohne Soldaten", Engels an Bebel, 21.6.1882. Brw. Bebel–Engels, 124.
[46] Bebel an die Reichstagsfraktion, 5.4.1885, Brw. Bebel–Kautsky, 366–67.
[47] Bebel an Bernstein, 12.4.1885, AsD, Teilnachlass Paul Kampffmeyer. Maehls Feststellung (*Maehl*, August Bebel, 196), dass "during the controversy Bebel stood, as was his wont, a little to the left of center", kann als zutreffend bezeichnet werden. Weniger glaubwürdig scheint hingegen seine Schlussfolgerung, dass Bernsteins *Sozialdemokrat* "had, in Bebel's opinion, ceased to be the organ of the party".
[48] Sd Nr. 17, 23.4.1885.
[49] Prot. St. Gallen 1887, 14–19 und 47–48. Über die Tagung s. näher *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 151–55 sowie *Lidtke*, 263–72.

beschlüsse bei dem rechten Flügel der Sozialdemokratie finden werden, soviel steht jedenfalls fest, dass der bei weitem grösste und massgebendste Teil der Partei einen grossen und verhängnisvollen Schritt in der Richtung nach der gewaltsamen Revolution gemacht hat".[50] Bernstein berichtete Kautsky in erleichtertem Tone über die Stimmung am Parteitag: "Die 'Gemässigten' gestehen offen ein, dass sie in der ganz entschiedenen Minderheit waren". Die in St. Gallen geführten Gespräche seien "fast durchgängig" sachlich gewesen und es habe "das Gefühl der Zusammengehörigkeit" überwogen.[51]

Im Subventionsstreit traten die durch das Sozialistengesetz unterdrückten potentiellen Differenzen offen hervor. Den eigentlichen Inhalt der Auseinandersetzung bildeten neben dem 'Endziel' der Partei auch die in der darüber geführten Auseinandersetzung hervorgehobenen Differenzen über die Taktik der Partei im allgemeinen und insbesondere im Reichstag. Die Sozialdemokratie war nun unbestreitbar eine politische Partei und keine Sekte. Die Differenzen betrafen denn auch nicht diese Frage, sondern das Verhalten der Sozialisten in problematischen Situationen. Die Fraktionsmehrheit verteidigte die Subventionen mit schwer zu widerlegenden Argumenten. Ignaz Auer verglich die Dampferlinien als "Kulturträger" mit der Eisenbahn und dem Telegraphen. Er sagte eine "kolossale" Zunahme des Schiffsverkehrs in den nächsten Jahrzehnten voraus, woran auch "die deutsche Arbeit ein gewaltiges Interesse" habe. Sicherlich kämen die Subventionen auch den Reedern zugute, mit diesem Argument hätte man jedoch auch den Bau der Eisenbahnen und der Kanäle bekämpfen können.[52] In der in Deutschland erscheinenden Parteipresse wurde betont, dass die Subventionen Tausenden von Arbeitslosen ermöglichten, "sich und ihre Familie zu ernähren". Die Realitäten müssten anerkannt werden: der "Löwenanteil" der Subventionen komme "in der heutigen Gesellschaft" den Kapitalisten zugute; in der kapitalistischen Gesellschaft seien die Kapitalisten die hauptsächlichen Nutzniesser aller Massnahmen des Staates.[53] "Für die Arbeiter wird es aber immer vorteilhafter sein, wenn ihm in diesen kritischen und schlechten Zeiten *etwas* zufällt, als wenn er gar nichts bekommt".[54] Ein Lichtblick im düsteren Gesamtbild sei zudem

---

[50] Dokumente aus geheimen Archiven, 324 (Übersicht vom 15. November 1887).
[51] Bernstein an Kautsky, 14.10.1887. IISG, KN DV 90.
[52] 'In Sachen der Dampfersubvention', Sd Nr. 5, 29.1.1885.
[53] 'Nochmals zur Dampfersubvention', Berliner Volksblatt Nr. 47, 25.2.1885. Der Artikel erschien ebenfalls im *Sozialdemokrat* Nr. 10, 5.3.1885. Schippel sieht in Paul Singer den Autor, *Schippel*, 'Dampfersubvention und Parteientwicklung', 671.
[54] 'Zur Dampfer-Subvention', Berliner Volksblatt Nr. 43, 20.2.1885. Gemäss Schippel von Hasenclever verfasst, *Schippel*, 'Dampfersubvention', 668.

das wachsende Bewusstsein der Regierung über ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft. Die Regierung scheine bereits gelernt zu haben, "dass der Staat die Pflicht hat, sich um die Regelung der Produktion und Konsumption zu kümmern".[55] Auch sei zu bedenken, dass die Stärke der Partei in wesentlichem Masse von der Tätigkeit der oft in Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Reichstagsfraktion abhänge. Am St. Galler Parteitag 1887 bemerkte denn auch "ein Redner von der Ostseeküste", dass die Fraktion im Reichstag ausser Kritik auch positive Anträge einbringen müsse, "um dadurch die Sympathien des arbeitenden Volkes zu gewinnen".[56] Dieser Parteitagsvertreter hatte sicherlich Mühe, den arbeitslosen Werftarbeitern zu erklären, weshalb die Partei, die sie zu repräsentieren vorgab, nichts zur Linderung ihrer Arbeitslosigkeit unternehmen wollte. Und schliesslich, bemerkte Auer in der ihm eigenen sarkastischen Weise, falls man die Subventionen konsequent bekämpfen wolle, müsse man auch die Einstellung der Arbeit an sich fordern, "denn wo heute, bei der kapitalistischen Produktionsweise, gearbeitet wird, fällt für die Unternehmer Profit ab".[57]

Auch Bebel konnte die Stichhaltigkeit solcher Argumente nicht gänzlich abstreiten; gutheissen konnte er sie jedoch unmöglich: "Diese Subvention zugelassen, gibt es keine Grenze mehr; denn alles, was der Bourgeoisie nützt, nützt bis zu einem gewissen Grade auch den Arbeitern. . .".[58] Wie Bernstein später treffend ausführte, war die Partei damit auf Probleme gestossen, "die sich nicht auf Grund einfacher Formeln erledigen liessen".[59] Eine offene und gründliche Diskussion dieser Probleme wurde durch das Sozialistengesetz verunmöglicht. Die Auseinandersetzung zwischen den Reformisten und den Revolutionären über die Ziele und Aufgaben der sozialistischen Partei schwelte jahrelang, ohne je offen auszubrechen. Die offene Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung zur

---

55 *"D" (= Dietz ?)*, 'Postdampfersubvention', Sächsisches Wochenblatt Nr. 25, 21.6.1884, zit. n. W. *Schröder*, "Bismarcks Postdampferlinien", 13.
56 Prot. St. Gallen 1887, 16.
57 'In Sachen der Dampfersubvention', Sd Nr. 5, 29.1.1885.
58 Bebel an Engels, 28.12.1884, Brw. Bebel–Engels, 206.
59 *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 156. Nach Auffassung Franz Mehrings war die Fraktionsmehrheit mit ihrem Standpunkte "im historischen Rechte", da es bei den Subventionen in erster Linie um die Förderung der Zivilisation gehe. Wie Bernstein war er sich jedoch der Problematik der Situation bewusst: "Eine so eminent zivilisatorische Partei, wie die Sozialdemokratie, hat allen Anlass, die Keime der Zivilisation zu pflegen, die sich schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können; da alle solche Keime in dieser Gesellschaft kapitalistisch infiziert sind, so ist die richtige Grenze zwischen dem kapitalistischen und dem zivilisatorischen Interesse oft schwer zu unterscheiden. . .", *Mehring*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Vierter Band, Berlin und Stuttgart 1922, 268.

Zeit des Sozialistengesetzes gab den Reformisten wenig Möglichkeiten und den Revolutionären wenig Anlass zur Verstärkung ihrer Tätigkeit. Die Macht war fest in den Händen der herrschenden Klasse, die sie in empirisch beeindruckender und den revolutionären Attentismus beispielhaft unterstützender Weise gebrauchte. Ignaz Auer tröstete sich in prophetischer Weise damit, dass die Partei sicherlich "im Laufe der Zeit noch Wandlungen" erfahren werde, dass jedoch der Zeitpunkt dafür noch nicht gegeben sei.[60]

Zur Zeit des Subventionsstreites war Bernsteins Stellung keineswegs gesichert. Er musste sich Angriffen sowohl von links wie auch von rechts erwehren. Die Fraktionsmehrheit beschuldigte ihn der Zensierung ihrer Äusserungen und der Beschlagnahmung des Organs der Gesamtpartei zugunsten einer Minderheit innerhalb der Partei. Auch von linker Seite wurde Bernstein der Zensierung von Äusserungen beschuldigt, da er zur Vermeidung eines offenen Bruches mehrere gegen die Fraktionsmehrheit gerichtete Resolutionen und Stellungnahmen unveröffentlicht liess. Dies führte zum Vorwurf der Kapitulation vor dem 'Opportunismus'.[61] Im Lichte dieser gegensätzlichen Beschuldigungen war Bernstein gleichzeitig ein dogmatischer Revolutionär und ein unterwürfiger Opportunist. Bei der Verteidigung der redaktionellen Linie des *Sozialdemokrat* musste er zudem auf die Unterstützung des zweiten Redakteurs Liebknecht verzichten. Zur Zeit des Subventionsstreits war das Verhältnis zwischen Liebknecht und der übrigen Redaktion bis zum Zerreissen gespannt.[62] Liebknechts Vorgehen war tatsächlich "in gewissem Masse widerspruchsvoll",[63] ja er kann geradezu als Personifizierung der Unentschlossenheit der Partei betrachtet werden: einerseits trug er im *Sozialdemokrat* grundsätzliche, gegen die Kolonialpolitik und die Subventionen gerichtete Auffassungen vor, andererseits wollte er in der prinzipiellen Auseinandersetzung vermitteln und musste deshalb auf die Durchsetzung seiner eigenen Prinzipien verzichten.[64] "Mir kommt es

---

[60] Auer an Weber (der in den USA weilte), 4.5.1885, zit. n. *Mittmann*, 28. In ähnlicher Weise Auer an Motteler, 2.4.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 135–36.
[61] Z.B. Rackow (aus London) an Bernstein, 8.6.1885, IISG, LN 69/42–43 sowie Kautsky (aus London) an Bebel, 10.3.1885, Brw. Bebel–Kautsky, 34.
[62] S. z.B. Liebknecht an Motteler, 22.5.1885 sowie Motteler an Liebknecht, 24.5.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 202 und 210–15.
[63] *Tschubinski*, Wilhelm Liebknecht, 232–33.
[64] Bernstein wollte Kautsky vertraulich mitteilen, dass die direkte Kritik der Zeitungsredaktion an der Fraktionsmehrheit auf Liebknecht zurückgehe, Bernstein an Kautsky, 6.3.1885, IISG, KN DV 32 und 1.4.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 125. Offensichtlich bezog sich Bernstein auf Artikel in der Rubrik *Sozialpolitische Rundschau*. Noch im Mai hiess es dort beispielsweise, dass hinter den Subventionen nicht "vaterländische Interessen" sondern die knappen Finanzen der Werftbesitzer stünden. Es handle sich also dabei um "Schwindel in

bloss auf das Wohl und die Einheit der Partei an", versicherte Liebknecht,[65] was sicherlich zutraf. Bernstein wiederum verteidigte seine Prinzipien auch auf Kosten der Einheit der Partei.[66] Diese Differenzen zwischen den beiden Redakteuren führten deshalb zum Prestigestreit um die Verantwortung für den Inhalt der Zeitung. Liebknecht beschuldigte Bernstein, dieser wolle ihn zum "Strohredakteur" degradieren und drohte sogar mit Rücktritt, um so Bernstein ebenfalls zum Rücktritt zu zwingen.[67] Bernstein wiederum erinnerte Liebknecht daran, dass das Ultimatum der Reichstagsfraktion wie auch die kritischen Stellungnahmen dazu an ihn adressiert waren; also sei er allgemein als der verantwortliche Redakteur des *Sozialdemokrat* anerkannt.[68]

Es ist denn auch verständlich, dass Bernstein von neuem ernsthaft mit den Gedanken eines Rücktrittes erwog. Er übte ein Vertrauensamt aus und es war nun offensichtlich, dass man ihm nicht vertraute. Das Entscheidende für ihn war jedoch, dass er sich in erster Linie der "Sache" verpflichtet fühlte, und erst in zweiter Linie der Reichstagsfraktion. Er sah es deshalb als seine Pflicht an, trotz der scharfen Kritik auf seinem Posten zu verbleiben. Er wollte jedoch die Entscheidung nicht allein treffen, "ohne die gefragt zu haben, auf die ich allein mit Sicherheit rechnen kann".[69] Es handelte sich dabei um Bebel, Engels, und Kautsky, von denen Bernstein auch die gewünschte Unterstützung erhielt; sie baten ihn eindringlich, auf

---

des Worts gemeinster Bedeutung" oder "ein Geschäft niedrigster Art", Sd Nr. 22, 28.5.1885. Die Vertreter der Fraktionsmehrheit sandten der Redaktion des *Sozialdemokrat* verständlicherweise eine Entgegnung, in der sie diese beschuldigten, den Eindruck erweckt zu haben, dass die Fraktionsmehrheit durch ihre Unterstützung der Subventionen das Volk betröge, Sd Nr. 27, 2.7. 1885. Die Redaktion bemerkte daraufhin, dass die Zuschrift in der Nr. 22 aus Deutschland stamme und dass deren Absender, d.h. Liebknecht, selbst zur Entgegnung Stellung beziehen könne. S. auch *Herrmann*, Im Kampf, 359–60.

[65] Liebknecht an Bernstein, 11.4.1885, AsD, Teilnachlass Paul Kampffmeyer. Bebel bedauerte gegenüber Kautsky, dass auf Liebknecht im Kampfe kein Verlass sei: "Er lässt sich nicht von Grundsätzen, sondern von Gefühlen beherrschen. Und da die letzteren häufig wechseln, so wechselt in derselben Frage auch seine Ansicht häufig", Bebel an Kautsky, 22.2.1885, Brw. Bebel-Kautsky, 31. Desgleichen Bebel an Bernstein, 22.5.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 201 und 17.7.1885, IISG, Bebel–Nachlass 6/3.

[66] Bernstein an Kautsky, 5.–6.6.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 250.

[67] Liebknecht an Bernstein, undat., verfasst in der Zeit v. 17. – 21.5.1885, AsD, Teilnachlass Paul Kampffmeyer. Als jedoch an der Versammlung der Reichstagsfraktion im Mai 1885 ein Antrag gestellt wurde zur Entlassung Bernsteins, scheiterte seine Durchführung an der Drohung Liebknechts, dass er in einem solchen Falle ebenfalls zurücktreten werde, Bebel an Bernstein, 22.5.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 200 sowie Bernstein an Kautsky, 5.–6.1885, ib., 253. S. auch ib., Anm. 120, 389.

[68] Bernstein an Liebknecht, 17. und 21.5.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 191–92 und 195–97.

[69] Bernstein an Liebknecht, 17. und 21.5.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 130. Bernstein empfand seine Stellung als so bedroht, dass er bereits in den USA nach einer Stelle als Redakteur Ausschau hielt, *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 160.

seinem Posten zu verbleiben.[70] Besonders Engels zeigte sich endgültig überzeugt von den Fähigkeiten Bernsteins[71] und bewahrte dieses Vertrauen bis zu seinem Tode, wofür sein Testament Beweis ablegt: er vermachte seinen schriftlichen Nachlass Bebel und Bernstein, obschon er zu Beginn der 90er Jahre zeitweise in Sorge gewesen war über Bernsteins theoretische Entwicklung.

Bernstein blieb auf seinem Posten, seine theoretische Entwicklung blieb jedoch nicht stehen. Er begann mehr denn je die theoretischen und praktischen Probleme seiner Partei zu überdenken. Bei den Wahlen im Herbst 1884 erhielt die Partei 24 Sitze (von 397) und konnte damit bei gewissen Abstimmungen und politischen Konstellationen bereits einigen Einfluss ausüben. Nach der Einschätzung Bernsteins musste die Partei nun zu politischen Problemen Stellung beziehen, die nicht mehr allein durch den "negierenden Standpunkt" abgetan werden konnten:

> "Nehmen wir z.B. die Militärfrage. Es ist recht gut zu erklären, wir sind Gegner der stehenden Heere und stimmen deshalb gegen das Militärbudget, damit kommen wir aber doch nicht um die Notwendigkeit herum, in den Abstimmungen über wichtige Einzelfragen Stellung zu nehmen, wenn wir schon darauf verzichten, selbständige, auf Abstellung besonders drückender Einrichtungen zielende Anträge zu stellen".[72]

Bernstein begann sich also davon zu überzeugen, dass die Bedeutung der Arbeit im Reichstag mit dem Anwachsen der Anzahl der Reichstagsvertreter zunahm.[73] Zwei Jahre zuvor hatte er ja noch die 'destruktive Tätigkeit' fast als die einzig mögliche Art der Reichstagsarbeit angesehen. Seine Überzeugung wurde noch durch die Reichstagswahlen des Jahres 1890 gefestigt, die die Anzahl der Reichstagssitze seiner Partei auf 35 steigen liess. Er betonte, dass das Anwachsen der Anhängerschaft der Partei auch

---

70 Bebel an Bernstein, 22. und 25.5.1885, *Herrmann*, Im Kampf, 201 und 216: Engels an Bernstein, 15.5.1885, Brw., Bernstein–Engels, 320–22 sowie Kautsky an Bernstein, 5.4.1885, Brw. Bernstein–Engels, 434–35. Bernsteins Zureden hatte nicht sogleich den gewünschten Erfolg. Erst im Oktober 1885 entschloss er sich endgültig, auf seinem Posten zu verbleiben, "um unserer speziellen Richtung diese wichtige Position zu erhalten". Bernstein an Engels, 15.10.1885, ib., 329.

71 Beispielsweise: "Du machst Dir viel zu viel Sorgen wegen eines 'Nachfolgers' beim *Sozialdemokrat*. Das ist ja grade das Gute, dass man Dich da nicht ersetzen kann: sollten die Herren versuchen, einen ihrer eignen Schlappes dahin zu setzen, so scheitern sie (. . .) Gehst Du, so geht auch der 'Sozialdemokrat', und dass das zusammenfällt, ist grade gut". Engels an Bernstein, 8.10.1885, Brw. Bernstein–Engels, 324.

72 Bernstein an Engels, 15.–16.11.1884, ib., 311.

73 Cf. *Lidtke*, 193.

zusätzliche Verpflichtungen gegenüber ihren Anhängern auferlege. Die "generelle Kritik" reiche nicht mehr aus, sondern die Partei müsse "überall" die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen.[74] Dies sei jetzt besser als je zuvor auch im Reichstag möglich und müsse ausgenützt werden.[75] Die Arbeit im Reichstag sei zu verstärken, selbst wenn sich als negative Folge eine Überschätzung der parlamentarischen Tätigkeit ergeben sollte. Dieses Risiko müsse jedoch eingegangen werden und gerade diese Risikobereitschaft – nicht etwa der Verzicht darauf – sei das Anzeichen für die Stärke der Partei. Bernstein erinnerte daran, dass die parlamentarische Tätigkeit an sich nicht automatisch ein Abbröckeln der revolutionären Natur der Partei bewirken müsse; "die Ansteckung von dem Gifte des parlamentarischen Kretinismus" könne man auch ausserhalb des Parlamentes erhalten.[76] Durch die Verstärkung der parlamentarischen Tätigkeit gebe die Partei "kein Titelchen ihres grundsätzlich revolutionären Charakters" auf, versicherte Bernstein und präzisierte noch zur Sicherheit: "Sie emanzipiert sich nur von der revolutionär scheinenden antiparlamentarischen Phrase".[77]

Diese von Bernstein im Frühling 1890 vorgetragenen Auffassungen sind nicht notwendigerweise als antirevolutionär und als Keime seines Revisionismus anzusehen.[78] Bernstein hatte vorläufig erst auf die 'revolutionär scheinende antiparlamentarische Phrase' verzichtet. Er hatte sich stets kritisch gegenüber "dialektischer Spielerei"[79] und Phraseologie verhalten. 1885 hatte er beispielsweise seinen Freund Kautsky aufgefordert, "etwas weniger freigiebig mit Exemplifizierungen auf Marx und Engels zu sein oder vielmehr etwas wählerischer". Kautskys Art der Argumentation durch Zitate sei "ungeschickt". Die von Marx und Engels verwendeten Ausdrücke müssten erklärt und verständlich gemacht werden. "Wir dürfen unsern Feinden nicht den Gefallen tun, uns zu gebärden, als käme es uns nur darauf an, Marx und Engels zu glorifizieren anstatt ihre Arbeiten unseren Lesern näher zu führen".[80] Bernsteins Revisionismus war zwar teilweise darauf *zurückzuführen*, dass er die Revolution, d.h. die Frage nach der gegenseitigen Beziehung zwischen kapitalistischer Entwicklung und den

---

74 'Klippen II', Sd Nr. 18, 3.5.1890.
75 'Klippen III', Sd Nr. 21, 24.5.1890.
76 'Klippen II'.
77 'Klippen III'.
78 Lidtke zieht (318) aus diesen Artikeln zu dramatische Schlüsse: Bernstein "did not hesitate to call upon the Social Democrats to be parlamentarians, both in tactics and in principle".
79 Bernstein an Kautsky, 8.4.1887, IISG, KN DV 82.
80 Bernstein an Kautsky, 16.10.1885, ib., DV 47. Desgleichen Bernstein an Kautsky, 22.1.1886, ib., DV 54.

Aufgaben einer revolutionären Partei, als immer zentraleres Problem anzusehen begann. Das Stellen dieses Problems war jedoch an und für sich noch kein revisionistischer Akt. Die in der Beziehung zwischen den Zielen und Aufgaben einer revolutionären Partei liegende Problematik kann ja auch einen Revolutionär beschäftigen. Im Jahre 1887 formulierte Bernstein anlässlich einer Charakterisierung der Parteiliteratur die Frage wie folgt:

> "Unsere Leute, auch die Besseren, bewegen sich noch immer zwischen dem Standpunkt der bürgerlich-radikalen Aufklärung und dem fatalistischen Objektivismus, ohne jeden festen Halt".[81]

In den 90er Jahren fand Bernstein dann, nach Jahren intensiver Suche, seinen 'festen Halt'.

---

[81] Bernstein an Kautsky, 26.8.1887, ib., DV 86.

II Die Entstehung der *sozialistischen Kolonialpolitik*. Bernstein und der Kolonialismus 1890–1900

1 Vom Revisionismus zur *sozialistischen Kolonialpolitik*

1.1 Revisionismus und Kolonialismus. Bernstein contra Bax, II

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 benötigte man den *Sozialdemokrat* nicht mehr. Bernstein wurde zum festangestellten Mitarbeiter der von Kautsky redigierten Wochenzeitschrift *Die Neue Zeit*. Er konnte sich nun 'hauptamtlich' mit dem für ihn und seine Partei zentralen Problem beschäftigen, mit dem unklar gebliebenen Revolutionsbegriff. Im Jahre 1891 erhielt die Partei, die von 1890 an den Namen Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) führte, am Erfurter Parteitag das von Bernstein und Kautsky gemeinsam verfasste Parteiprogramm. Das alte Gothaer Programm aus dem Jahre 1875 hatte sich überlebt. Auch ermöglichte nun die Aufhebung des Sozialistengesetzes der Partei eine rigorosere Verfolgung ihrer Ziele. Die Taktik, sogar die Strategie der Partei musste diesen neuen Möglichkeiten angepasst werden.

Die Frage, ob Bernsteins subjektive Einschätzung die objektive Entwicklung der Voraussetzungen der sozialistischen Bewegung richtig oder sachgemäss widerspiegle, wurde als der Kern des Revisionismusstreites angesehen. Durch die intensive Beschäftigung mit dem Problem der objektiven Veränderung der Welt wurde – momentan – das Problem des Änderns der Welt in den Hintergrund gerückt. Kautsky behauptete, dass sich lediglich das Denken Bernsteins geändert habe und alles andere gleichgeblieben sei.[1] Bernstein wiederum bemühte sich aufzuzeigen, dass Kautskys Denken

---

[1] Kautsky an Bernstein, 23.10.1898, Brw. Adler, 274.

nicht mit der Entwicklung Schritt gehalten habe, dass er sich "in ängstlicher oder verbissener Verstockheit selbst da auf den Buchstaben gegebener Formeln" versteife, "wo ihr Überlebtheit so klar ist, wie das Licht der Sonne".[2]

Mitte der 90er Jahre entstand nach fünf Jahren intensiver Überlegungen der 'Bernsteinianismus', der in der Folge Revisionismus genannt wurde. Gleichzeitig fand auch das kolonialpolitische Dilemma seine revisionistische Lösung. In den 80er Jahren bekämpfte Bernstein lautstark die Kolonialpolitik, hiess jedoch stillschweigend den Kolonialismus gut. Die revisionistische Lösung des Dilemmas bestand darin, die Kolonialpolitik grundsätzlich gutzuheissen. Anstelle der grundsätzlichen Verurteilung der Kolonialpolitik sollten die Sozialdemokraten nur die 'Formen' und 'Methoden' dieser Politik kritisieren. Dies war der Kerngedanke der *sozialistischen Kolonialpolitik*. Zuvor wurde in dieser Untersuchung aufgezeigt, dass es in gewissem Sinne bereits in den 80er Jahre 'sozialistische Kolonialpolitiker' gab. Bernsteins Neuerung in den 90er Jahren lag darin, dass er der kolonialpolitischen Praxis seiner Partei einen reformistischen Sinn verlieh und dies zu justifizieren und zu legitimieren suchte. Der unbewusste 'kolonialpolitische Reformismus' sollte zu einer bewussten Politik werden. Die *sozialistische Kolonialpolitik* kann daher, in dieser von Bernstein theoretisch begründeten Form, "als sein originellster Beitrag zur Ideenentwicklung der sozialdemokratischen Partei" angesehen werden.[3] Bemerkenswert ist ausserdem, dass die *sozialistische Kolonialpolitik* zur gleichen Zeit enstand wie der Revisionismus, die Justifizierung der 'instinktiven' reformistischen Praxis. Dank Bernstein konnten die Reformisten sich 'mit gutem Gewissen' als Reformisten bezeichnen.

Im Oktober 1896 veröffentlichte Bernstein in der *Neuen Zeit* einen Artikel über den Aufstand der Armenier in der Türkei. Er äusserte sein Bedauern darüber, dass in der sozialdemokratischen Presse einerseits Partei ergriffen werde für die Armenier, andererseits jedoch auch die Agenten der russischen Regierung für die Unruhen verantwortlich gemacht würden, weshalb man sich auf die Seite der türkischen Regierung zu stellen habe. Bernstein kritisierte seine Parteigenossen dafür, dass diese es vermieden, "sich klar und unzweideutig darüber auszusprechen,für welche positive Lösung der gegenwärtigen Wirren die Sozialdemokratie einzutreten" habe.[4] Bernstein gründete seinen eigenen Lösungsvorschlag auf einer Cha-

---

[2] *Bernstein*, 'Die Programmrevision und der Bremer Parteitag', SM 8, II, 1904, 707.

[3] *Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, 194.

[4] *Bernstein*, 'Die deutsche Sozialdemokratie und die türkischen Wirren', NZ 15, I, 1896–97, 108. Bernstein versuchte auch im *Vorwärts* das Augenmerk seiner Parteigenossen auf die Unterdrückung der Armenier zu richten. *Bernstein*, 'Die englische Sozialdemokratie und die

rakterisierung der durch das französisch–russische Bündnis geschaffenen Situation in Europa. Frankreich sei mit Hilfe Russlands wieder zur Grossmacht aufgestiegen, Russland habe jedoch auf die innere Entwicklung Frankreichs kaum Einfluss nehmen können. Anders sei dies mit Deutschland: ein von Russland unterstütztes Deutschland werde nie den Weg der Demokratisierung beschreiten. Obschon jedoch die "Stärkung Russlands im Orient" nicht einmal im Interesse des "offiziellen" Deutschland liege, unterstütze das Deutsche Reich dennoch die russische Orientpolitik. Dies schwäche das ohnehin geringe Ansehen Deutschlands "in der zivilisierten Welt" noch weiter. Und ausserdem, bemerkte Bernstein prophetisch, werde die deutsche Abhängigkeit von Russland noch durch die in Deutschland gepredigte "stupide Anglophobie" verstärkt, "dank deren wir am Vorabend eines russisch–englisch–französischen Bündnisses stehen, das Deutschlands Position noch unbehaglicher gestaltet als sie ohnehin ist."[5]

Bernstein gelangte aufgrund dieser Überlegungen zu seiner 'klaren und unzweideutigen' Lösung. Pflicht der deutschen Sozialdemokraten sei es, die deutsche Regierung zur Verteidigung der Armenier aufzufordern und eine Orientpolitik zu verlangen, "die bewusst und entschlossen darauf hinarbeitet, die Türkei durch Amputation des Restes der zentrifugalen Teile und eine Verwaltung europäischen Stiles in ein einheitliches, lebensfähiges Staatswesen zu verwandeln, das im Stande ist, auf eigenen Füssen zu stehen". Dies sei "die einzige Möglichkeit, die Türkei von Russland zu emanzipieren". Den Sozialdemokraten biete sich so "endlich Gelegenheit, unsere Stimme für die Sache der Freiheit und Menschlichkeit zu erheben, ohne Furcht, dadurch dem Zarismus in die Hände zu arbeiten".[6] Der Zarismus könne am besten durch die Verhinderung der Durchsetzung seiner aussenpolitischen Ziele bekämpft werden, was auf dem Balkan und im übrige Einflussbereich des Osmanischen Reiches die Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe bedeute.[7] Bernstein verlangte von

---

armenische Frage', Vorwärts Nr. 238, 10.10.1896; 'Aus England', ib., Nr. 243, 252 und 94, 16. und 27.10.1896 sowie 23.4.1897 und 'Russland und die englischen Radikalen', ib., Nr. 107, 9.5.1897.

[5] *Bernstein*, 'Die deutsche Sozialdemokratie und die türkischen Wirren', 112 und 114–15. Bernstein war bereits vor seiner Hinwendung zum Revisionismus besorgt über die innen- und aussenpolitischen Folgen, die das sinkende Ansehen Deutschlands haben könnte, s. z.B. *Bernstein* 'Briefe aus England', NZ 9, II, 1890–91, 760–63 sowie 'Die internationale Bedeutung des Wahlkampfes in Deutschland', NZ 11, II, 1892–93, 294–298.

[6] *Bernstein*, 'Die deutsche Sozialdemokratie und die türkischen Wirren', 115–16. Zu Beginn des Jahres 1897 präzisierte Bernstein, dass er unter den gegebenen Umständen ein unabhängiges Armenien nicht für möglich hielt. Möglich sei hingegen eine von den europäischen Staaten garantierte Autonomie, *Bernstein*, 'Kreta', NZ 15, I, 1896–97, 689–90, Anm. 1.

[7] Den Bewohnern Kretas müsse es beispielsweise ermöglicht werden, sich Griechenland anzuschliessen, Bernstein, 'Kreta', 692 sowie 'Der Sieg der Türken und die Sozialdemokratie', NZ 15, II, 1896–97, 262–63 und 268.

seiner Partei eine realistischere und rationalere Einstellung zur 'russischen Gefahr': die grösste 'russische Gefahr' stelle bereits deren Übertreibung dar.[8]

Bernsteins Artikel über den armenischen Aufstand war für Bax Anlass zu der Bemerkung, dass die Auffassungen Bernsteins "ein unerklärlicher Verstoss gegen das Grundprinzip des Sozialismus" seien.[9] Mit der Antwort auf diese Beschuldigung setzte die öffentliche Systematisierung des Bernsteinschen Revisionismus ein. Im darauffolgenden Revisionismusstreit wurde jedoch mit keinem Wort auf den armenischen Freiheitskampf eingegangen. Bernstein gelangte in seinem Artikel zu einer allgemein gutgeheissenen Schlussfolgerung, als er der Sozialdemokratischen Partei die Schwächung Russlands und die Unterstützung eines unterdrückten Volkes zur Aufgabe stellte. Der springende Punkt lag jedoch in der Art der Begründung dieser Stellungnahmen.

Bax stiess sich im Artikel Bernsteins an einer Stelle, an der dieser allgemeine Kriterien zur Beurteilung der nationalen Befreiungsbestrebungen aufstellte. Bernstein schrieb, dass es keineswegs selbstverständlich sei "jeder Emanzipationsbewegung" die Sympathien der Sozialdemokratie zu schenken. Die Sozialdemokraten hätten die Objekte ihrer Sympathie mit Bedacht auszulesen: "Kulturfeindliche und kulturunfähige Völker haben keinen Anspruch auf unsere Sympathie, wo sie sich gegen die Kultur erheben". Obschon die Sozialdemokraten die herrschende Kultur kritisierten, "erkannten" sie doch "ihre relativen Errungenschaften", die

---

[8] *Bernstein*, 'Kreta und die russische Gefahr', NZ 15, II, 1896–97, 18–19; 'Die Briefe von Karl Marx über den Krimkrieg und die Orientfrage', NZ 16, I, 1897–98, 217 sowie Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas, Berlin 1902, 29. Cf. H. *Mommsen*, 'Nationalismus und nationale Frage im Denken Eduard Bernsteins', 112–13 und *Vettes*, 'The German Social Democrats and the Eastern Question 1848–1900', 98–99. – In der SPD wurde in den Jahren 1896–97 eine polemische Diskussion geführt über das Ausmass der russischen Gefahr und über die Möglichkeiten zu deren Verminderung. Wilhelm Liebknecht griff für seine Beurteilung der Situation in den 90er Jahren direkt auf Marx'sche Ideen aus der Mitte des Jahrhunderts zurück und behauptete, dass ein starkes Osmanisches Reich die Expansion Russlands wirksam begrenze und dass demzufolge der Armenische Aufstand von Russland angezettelt worden sei, s. Vorwärts Nr. 265 und 267, 11. und 25.11.1896 sowie *Liebknecht*, 'Kreta und die Sozialdemokratie', ib., Nr. 58, 10.3.1897. Zu seiner Unterstützung konnte Liebknecht den englischen Sozialisten H.M. Hyndman anwerben, der unter anderem die Auffassungen Bernsteins dadurch in Frage stellte, dass er ihn als "unser liberal-fabianischer Freund" titulierte, *Hyndman*, 'Die Orientfrage und das Makedonien Europas', Vorwärts Nr. 103, 5.5.1897; siehe auch id., 'Die Orientfrage, das Europäische Konzert und Russland', ib., Nr. 71, 25.3.1897. Unterstützung für seine Auffassungen erhielt Bernstein von *Kautsky* ('Die orientalische Frage und die Sozialdemokratie', Vorwärts Nr. 53, 4.3.1897) sowie von *Luxemburg* ('Die nationalen Kämpfe in der Türkei und die Sozialdemokratie' (1896) und 'Zur Orientpolitik des *Vorwärts*' (1896), GW I/1, 57–68 und 69–73) und später auch von *Mehring* ('Eine Wunderkur' (1902), Ges. Schr., Bd. 14, 493–99). Detaillierter über diese Frage s. *Vettes*.

[9] *Bax*, 'Kolonialpolitik und Chauvinismus', NZ 16, I, 1897–98, 420.

wiederum das "Kriterium" der Parteinahme bilden sollte. Daraus folgte laut Bernstein, dass die Ausbreitung der 'entwickelten Kultur' an und für sich noch nicht verdammenswert war; zu kritisieren seien lediglich die dabei angewandten 'Methoden':

> "Wir werden bestimmte Methoden der Unterwerfung von Wilden verurteilen und bekämpfen, aber nicht, dass man Wilde unterwirft und ihnen gegenüber das Recht der höheren Kultur geltend macht".

Unter eindeutiger Bezugnahme auf Bax bemerkte er, dass die Auffassung, "den Wilden und Barbaren in ihren Kämpfen gegen die vordringende kapitalistische Zivilisation" Beistand zu leisten "ein Ausfluss von Romantizismus" sei, "der nur in seine Konsequenzen verfolgt zu werden braucht, um seine Unhaltbarkeit zu erweisen", und betonte – offenbar unter Bezugnahme auf die deutsche Sozialdemokratie –, dass es sich hier um ein aktuelles Problem handle, das nicht "mit dem Hinweis auf den grossen Tag 'des endgültigen Sieges des Sozialismus', der allen Unterdrückten Erlösung bringen werde" abgetan werden könne und dürfe.[10] Bernstein hatte offenbar zur Vorbringung seines kolonialpolitischen Bewertungskriteriums – des 'Rechtes der höheren Kultur' – mit Bedacht eine Situation gewählt, in der die Gutheissung dieses Kriteriums einen allgemein akzeptierten Tatbestand, die Unterstützung eines unterdrückten Volkes, zur Folge hatte. Gemäss Bernstein wiesen die Armenier nämlich einen höheren Zivilisations- und Entwicklungsstand auf als die benachbarten Völker. Ansatt zu jagen und zu stehlen bebauten die Armenier ihr Land und trieben auch Handel.[11]

Bax antwortete Bernstein vorerst in der Novembernummer 1896 der Zeitschrift *Justice*, dem Organ der Social Democratic Federation (SDF). Seine Kritik gipfelte in der Behauptung, dass Bernstein "unbewusst" aufgehört habe, ein Sozialdemokrat zu sein; "the form, the empty party-hull, remains on him, but filled with a reactionary content".[12] Bernsteins Replik erschien in der selben Zeitschrift. Er forderte Bax auf, den Disput in die *Neue Zeit* zu verlegen, "at the place where the sin was committed".[13] Anfang Dezember schrieb Bax in der Tat an Kautsky und verurteilte

---

[10] *Bernstein*, 'Die deutsche Sozialdemokratie und die türkischen Wirren', 109–10. S. auch *Bernstein*, 'Kreta und die russiche Gefahr', 16.

[11] *Bernstein*, 'Amongst the Philistines', Justice, 14.11.1896 sowie Die Leiden des armenischen Volkes, 39–40.

[12] *Bax*, 'Our German Fabian Convert: or Socialism according to Bernstein', Justice, 7.11.1896.

[13] *Bernstein*, 'Amongst the Philistines', sowie 'Justice, Bax and Consistency', Justice, 28.11.1896 (Letters to Editor). Das Zitat stammt aus dem letzteren Artikel. S. auch Bernstein an Kautsky, 28.11.1896, IISG, KN DV 394.

Bernsteins Haltung zur Kolonialpolitik als "die feigste und die ärgste Heuchelei" und als "eine Schmach für die deutsche Sozialdemokratie". Aufgabe der Sozialisten sei keineswegs "die Verherrlichung des Kapitalismus unter der Bezeichnung 'höhere Kultur' ".[14] Nachdem er sich mit Bernstein abgesprochen hatte, bat Kautsky Bax, für die *Neue Zeit* einen Artikel über die Kolonialpolitik zu verfassen,[15] den Bax im September 1897 an Kautsky sandte.[16] Im selben Monat versprach Bernstein, eine Entgegnung zu verfassen, wozu Kautsky Mitte November Bernstein die Korrekturfahnen des Artikels von Bax sandte.[17] Es eilte offenbar mit der Verdammung der Bax'schen Gedanken. . .

Der Artikel *Kolonialpolitik und Chauvinismus* von Bax erschien im Dezember 1897. Bax bemerkte darin, dass die Argumentation Bernsteins die Akzeptierung des Kapitalismus voraussetze und dass Bernstein offenbar die Expansion des Kapitalismus als Conditio sine qua non der gesellschaftlichen Entwicklung ansehe. Das erste der Gegenargumente Bax' war ethischer Natur. Die kolonialen Eroberungen bedeuteten zwar in einigen Gebieten die Beseitigung der Leibeigenschaft, gleichzeitig werde jedoch deren relative Sicherheit durch das Lohnsklaventum ersetzt. Dies sei aber für den Sozialismus nicht entscheidend. Der Hauptzweck der kolonialen Eroberungen liege in der Schaffung neuer Märkte für die einheimische Grossindustrie, was mit ethischen Argumenten, beispielsweise mit der Bekämpfung der Sklaverei, vertuscht werde.[18] Die Möglichkeit des Kapitalismus zur Expansion bilde "ein unermessliches Hindernis der geschichtlichen Verwirklichung des Sozialismus". Bax wiederholte seine Schlussfolgerung aus dem Jahre 1888: die letzte Hoffnung des Kapitalismus liege in der Ausdehnung seines Einflussbereiches, was zur Folge habe, dass sich die Verwirklichung des Sozialismus "bis zu den griechischen Kalenden" verschiebe. Deshalb sei "jeder Fortschritt der Kolonisation ein Rückschritt für die sozialistische Sache", deshalb habe jeder Sozialdemokrat, ungeachtet seiner Staatszugehörigkeit, "gegen alle und jede aktive Kolonialpolitik einzutreten" und deshalb müsse "jede Niederlage einer zivilisierten Macht in ihrem Kampfe mit wilden und barbarischen Stämmen der sozialistischen Partei, insofern sie konsequent ist, willkommen sein". "Die Sache der

---

[14] Bax an Kautsky, 3.12.1896, IISG, KN DV 99.
[15] Bernstein an Kautsky, 7.12.1896, ib., DV 396 und Bax an Kautsky, 13.2.1897, ib., DIV 100 sowie *Bax*, 'Die Grenzen der materialistischen Geschichtsauffassung', NZ 15, I, 1896–97, 686.
[16] Bax an Kautsky, 12.9.1897, IISG, KN DIV 103.
[17] Bernstein an Kautsky, 29.9.1897, ib, DV 423; Kautsky an Bernstein 12.11.1897, ib., C 177 und Bernstein an Kautsky 18.11.1897, ib., DV 425.
[18] *Bax*, 'Kolonialpolitik und Chauvinismus' 420–22.

Eingeborenen ist wahrlich, von dieser Seite betrachtet, unsere Sache", fasste Bax zusammen und fügte mit Blick auf Bernstein hinzu, dass jene "gewissen Mässigkeitsmeier", die den Kolonialismus an sich guthiessen und lediglich die Kolonisationsmethoden kritisierten, vergässen, dass der Nutzen der Kolonisation ausschliesslich den besitzenden Klassen und vor allem den Grosskapitalisten zugute komme. Diese "praktisch sein wollenden Politiker" liessen "das Endziel der sozialistischen Bewegung völlig fahren zu Gunsten des Gedankenkreises des heutigen bürgerlichen Liberalismus und Radikalismus".[19]

Im Herbst 1900 suchte Bax genauer aufzuzeigen, dass Bernstein aufgrund eines in weiten Kreisen akzeptierten Fehlschlusses in die Arme des bürgerlichen Liberalismus und Radikalismus getrieben worden sei. Dieser Fehlschluss verführe dann zur ebenso falschen Annahme, dass die Ausbreitung des Kapitalismus auf den gesamten Erdkreis ein mit der Zwangsläufigkeit eines Naturgestezes ablaufender Vorgang sei. Der Fehlschluss wies nach Bax die folgenden Stufen auf: die kapitalistische Wirtschaftsform müsse notwendigerweise alle Entwicklungsstufen durchlaufen, bevor sich der Sozialismus verwirklichen könne; die herrschende kapitalistische Ordnung scheine sich auszudehnen, bis "die ganze Erdkugel von ihr umschlungen wird", und erst nach Beendigung dieses Prozesses sei der Kapitalismus ans Ende seines Weges gelangt und lasse den Sozialismus "an seine Stelle treten". Daraus werde dann die praktische Schlussfolgerung gezogen: "je mehr der betreffende Prozess beschleunigt werden kann, desto besser für die Aussichten des Sozialismus".[20]

Zur Jahrhundertwende stellte dies wirklich eine weitverbreitete Schlussfolgerung dar, die zum wichtigsten Argument der *sozialistischen Kolonialpolitik* erhoben wurde und 1907 fast von der Zweiten Internationale als Resolution verabschiedet worden wäre. Bax hielt diesen Schluss für falsch, da darin die "notwendigen Phasen" der Entwicklung des Kapitalismus mit der Verlängerung seiner Lebensdauer, "nachdem sein eigentlicher organischer Entwicklungslauf schon vollendet ist", verwischt worden sei. Gerade

---

[19] Ib., 424–25. S. auch *Bax*, 'Socialism and Foreign Politics'; 'South Africa again!' sowie 'The Socialism of Bernstein' (Letters to Editor), Justice, 15.2., 27.6 und 21.11.1896.

[20] *Bax*, 'Ein weitverbreiteter Fehlschluss', NZ 19, I, 1900–01, 247–48. Bernstein war ja zu diesem von Bax gerügten 'Fehlschluss' bereits im Jahre 1888 gelangt, wie im ersten Kapitel dargelegt wurde. In gleicher Weise analysierte Bernstein in Jahre 1895 die Lage in Südafrika. Er bemerkte, dass der Kapitalismus aus den südafrikanischen Gold- und weiteren Mineralienfunden nur vorübergehend neue Lebenskraft geschöpft habe und dass dadurch in den entwickelten kapitalistischen Ländern "der Zusammenbruch des alten Systems etwas hinausgeschoben" werde. Er hielt es für unvermeidlich, "dass die von Weissen bewohnbare Erde überall erst besetzt sein muss, ehe die bürgerliche Gesellschaft zur Ablösung reif ist", *Bernstein*, 'Das neue Kalifornien', NZ 14, I, 1895–96, 57.

die kolonialen Eroberungen stellten das Mittel zur Verlängerung der Lebensdauer des Kapitalismus dar. Der imperialistische Eifer sei der Ausdruck der Lebensunfähigkeit des Kapitalismus und stelle den Versuch dar, den Kapitalismus vor der Ausdehnung des Sozialismus zu retten: "Der kapitalistisch–nationale Imperialismus ist die Antwort des Kapitalismus an die internationale Sozialdemokratie". Die "Weltgeschichte" sei an ihren Wendepunkt gelangt: "entweder national–kapitalistischer Imperialismus oder international–sozialistische Demokratie!".[21] Bax antizipierte in der ihm eigenen Weise die Anschauung Lenins vom Imperialismus als 'Vorabend' der sozialistischen Revolution, d.h. die Auffassung, dass der Umsturz des Kapitalismus notwendig und auch möglich geworden sei, und dass zur Verwirklichung dieses Umsturzes die nationalen Befreiungsbewegungen zum Teil der revolutionären Stategie gemacht werden müssten.[22] Zur Jahrhundertwende stellten die Bax'schen Argumente die konsequenteste Alternative zur *sozialistischen Kolonialpolitik* dar.[23]

Bemerkenswert ist, dass es der englische Sozialist Ernest Belfort Bax war, der Ende 1897 in der theoretischen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratischen Partei den Kampf gegen die *sozialistische Kolonialpolitik* und damit auch gegen den Revisionismus einleitete. Man hat sich hier zu fragen, weshalb das erste Auftreten der *sozialistischen Kolonialpolitik* und damit auch des Revisionismus den deutschen Sozialdemokraten noch im Jahre 1896, als Bernstein seine Kriterien zur Beurteilung der Kolonialpolitik erstmals vortrug, unbemerkt blieb. Zur Klärung dieser Frage muss ein Blick geworfen werden auf die Kolonialkritik der SPD in den 90er Jahren.

Die Kolonialkritik der SPD begann in 90er Jahren ihr Schwergewicht auf die Aufzeigung der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit der deutschen Kolonien sowie der Mißstände in der deutschen Kolonialverwaltung zu legen.[24] Die deutsche Kolonialpolitik wurde als 'volkswirtschaftliche' Verschwendung dargestellt, deren Zeche die Mehrheit der Bevölkerung, besonders die Arbeiterklasse, aufgrund des indirekten Steuersystems zu bezahlen habe. Von der Kolonialpolitik zögen lediglich "ein kleiner Kreis

---

[21] *Bax*, 'Ein weitverbreiter Fehlschluss', 248.
[22] Cf. *Etherington*, 'The capitalist theory of capitalist imperialism' und *Schröder*, Sozialistische Imperialismusdeutung, 21–22 und 77–98.
[23] Zur Realisierbarkeit dieser Alternative möchte ich hier nicht Stellung beziehen. Nachdem er festgestellt hatte, dass es die Pflicht der Sozialisten sei, "to fight tooth and nail against all advances of civilisation in barbarous and savage countries", fügte Bax hinzu: "We may be unsuccessful, but our policy is clear (. . .) 'Better slavery than capitalism; better the Arab raider than the Chartered Company' must be our device in these questions". *Bax*, 'Our German Fabian Convert; or Socialism according to Bernstein'. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich der Franzose Paul Louis später den Bax'schen Ansichten anschloss, s. *Paul*, 163–65.
[24] Detaillierter über diese Frage s. bes. *Schröder*, Sozialismus und der Imperialismus, 137–81.

von Grosskapitalisten, Bankiers, Kaufleuten und Fabrikanten, d.h. ein kleiner Kreis von sehr reichen Leuten, deren Intresse mit den Intressen des deutschen Volkes gar nichts zu tun haben" Nutzen.[25] Die Sozialdemokraten hoben hervor, dass "hier zwecklos Jahr für Jahr Millionen in den afrikanischen Sand geworfen würden", ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, diese zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse im Mutterlande einzusetzen.[26] Die Kolonialverwaltung sei ausserdem unfähig und bürokratisch, und die Kolonialbeamten hätten sich nur ungenügend oder überhaupt nicht mit der Mentalität der Kolonialvölker auseinandergesetzt. Die Folge seien Verletzungen des Selbstbewusstseins und der Rechte der Eingeborenen, Aufstände und deren brutale Underdrückung. Diese immer zahlreicheren Aufstände der Eingeborenen erhöhten wiederum die Ausgaben für das Heer und verstärkten den militaristischen Geist im Mutterlande, was die Kriegsgefahr erhöhe.[27] Weiter vermochten die deutschen Sozialdemokraten aufzuzeigen, dass die deutschen Kolonien nicht – wie in der Kolonialpropaganda versichert worden war – zu Absatzgebieten deutscher Waren oder zu Zielgebieten deutscher Siedler geworden waren. Alles in allem habe sich die deutsche Kolonialpolitik als ein "grimmiges Fiasko" erwiesen.[28] Das Beste sei denn auch, sich von dem ganzen Ballast zu trennen und die Kolonien an England zu verkaufen oder gar zu verschenken, das Kolonien besser verwalten könne als die deutschen Bürokraten.[29] Nachdem Deutschland sich so von den administrativen Kosten entbunden

---

[25] Bebel im Reichstag, 26.1.1889, St. Ber., VII. Leg., IV. Sess. 1888/89, 1. Bd., 628. Desgleichen Paul Singer am Parteitag von Halle, Prot. Halle 1890, 85.

[26] Im Bericht über die parlamentarische Tätigkeit, Prot. Frankfurt 1894, 51. Desgleichen Prot. Bremen 1895, 51; Prot. Stuttgart 1898, 51–52 sowie Prot. Hannover 1899, 39 sowie 'Die ostafrikanischen Eisenbahnen', Vorwärts Nr. 140, 19.6.1891. S. auch Bebel im Reichstag, 17.2.1894, St.Ber., IX. Leg., II. Sess. 1893/94, II. Bd., 1311 sowie *Mehring*, 'Weltpolitik' (1897) und 'Kiautschou' (1898), Ges. Schr., Bd. 14, 168 und 207. *Outscharenko* ('Franz Mehrings Beitrag zur Strategie der deutschen Sozialdemokratie in der Epoche des Imperialismus', 781) muss denn auch mit Bedauern feststellen, dass Mehring die Anwendung des historischen Materialismus auf die deutschen Verhaltnisse "einschränkte" und damit "die Veränderungen in der Weltgeschichte und die Internationalisierung des Klassenkampfes" nicht genügend berücksichtigte.

[27] Bebel im Reichstag, 26.1.1889, erw. Rede (Anm. 25), 628–30 sowie 19 und 20.2.1894, St. Ber., IX Leg., II. Sess. 1894/94, II Bd. 1341–44 und 1367. S. auch Prot. Bremen 1895, 51; Prot. Hamburg 1897, 57 und Prot. Stuttgart 1898, 51–52 sowie 'Ein schwarzer Tag', Vorwärts Nr. 63, 14.3.1896; 'Das Ende des Kolonialhelden', ib. Nr. 97, 27.4.1897 sowie 'Beamtenkolonien', ib. Nr. 6, 7.1.1899.

[28] 'Fata Morgana', LV Nr. 196, 25.8.1896 sowie 'Deutschland im Schwarzen Erdteil', ib. Nr. 297, 23.12.1898 sowie 'Kolonialpolitische Aussichten', Vorwärts Nr. 262, 8.11.1898.

[29] Bebel im Reichstag, 26.1.1889, erw. Rede (Anm. 25), 630 sowie 17.2.1894, erw. Rede (Anm. 26), 1311–12. Wie Bebel betonte auch Emanuel Wurm den besonderen Charakter der deutschen Kolonialpolitik, d.h. deren besonders schlechte Qualität: "Nein, wir haben kein Vertrauen, dass es dieser junkerlichen Bureaukratie möglich sei, eine solche Kolonialpolitik zu treiben wie etwa England", Prot. Stuttgart 1898, 140.

habe, könne es weiterhin wirtschaftlichen Nutzen aus den Kolonien anderer Länder ziehen. Der deutsche Handel und die deutsche Industrie könnten auf die eigenen Kolonien verzichten; Handel und Industrie würden vom Freihandel mehr profitieren als von den deutschen Kolonien. Die deutsche Kolonailpolitik entspreche also nicht einmal den Intressen des Grossteils der Bourgeoisie.[30]

Durch ihren Einwand, dass die deutsche Kolonialpolitik nicht nur im Widerspruch zu den Interessen des Proletariats, sondern auch zu denen des Grossteils der Bourgeoisie stehe, gaben die Sozialdemokraten zu verstehen, dass ihre Kolonialkritik nun gründlicher durchdacht und berechtigter war. Der 'volkswirtschaftliche' Gesichtspunkt und die Betonung der gemeinsamen Interessen der gesellschaftlichen Klassen bedingten einander. Die Kolonialkritik der SPD weist kaum spezifisch sozialistische, systemkritische Elemente auf. Die in den 80er Jahren aufgekommene These vom Versuch des Bürgertums, durch die Beschaffung von Kolonien die Lebensdauer des Kapitalismus zu verlängern, hatte sich nun 'überlebt' und konnte auch von Bax nicht mehr aufgewärmt werden. Die Gründe dafür sind natürlich z.T. in der Entwicklung der deutschen Kolonialpolitik zu suchen. Besonders in den 90er Jahren herrschte in Deutschland 'Kolonialmüdigkeit': die deutschen Kapitalisten konnten nicht vom ökonomischen Nutzen der deutschen Kolonien überzeugt werden, und die Investitionen in den Kolonien blieben weit hinter den Erwartungen zurück.[31] Die hoffnungsvollen Kalkulationen des Jahres 1884 erwiesen sich als unrealistisch, was sich zweifelsfrei aufzeigen liess. Man hielt es wohl nicht für nötig, 'sozialistisches Pulver' zu vergeuden, d.h. mit Kanonen auf Spatzen zu schiessen.[32] Man könnte auch meinen, dass die Sozialdemokraten durch ihre 'volkswirtschaftliche' Kolonialkritik den Versuch unternommen hätten, weite Kreise der Gesellschaft gegen das absolutistische Regierungssystem des Kaiserreiches aufzubringen. Die Forderung nach der Demokratisierung des Kaiserreiches stellte jedoch kein bewusst oder betont in die sozialistische Strategie und damit auch nicht in die Kolonialkritik integriertes Element

---

[30] Bebel im Reichstag, 19.2.1894, erw. Rede (Anm. 27), 1339–40. S. auch *Kautsky*, 'Kiautschou', NZ 16, II, 1897–98, 21–25 sowie 'Ältere und neuere Kolonialpolitik', ib., I, 778–79 und 810–16; *Mehring*, 'Weltpolitik' (1897) und 'Kiautschou' (1898) Ges. Schr., Bd. 14, 169 und 207 sowie *Luxemburg*, 'Wozu die Kolonialpolitik?' (1898), 'Glänzende Kolonialpolitik' (1899), 'Verschiebungen in der Weltpolitik' (1899), 'Tugend aus Not' (1899) und 'Brauchen wir Kolonien?' (1899), GW I/1, 284–85, 326–27, 361–65, 623–25 und 642–43.

[31] *Hausen*, 27–31; *Henderson*, 33–57; *Schiefel*, 140–41; *Tetzlaff*, Koloniale Entwicklung und Ausbeutung, 220–31 und *Wirz*, 318–21.

[32] Die deutsche Kolonialpolitik wurde so sehr als Quantité négligeable angesehen, dass man es nicht eimal für nötig hielt, sie in den Berichten über die parlamentarische Tätigkeit für die Parteitage von Berlin (1892), Köln (1893) und Gotha (1896) zu erwähnen.

dar. Zumindest lässt sich von den Sozialdemokraten nicht sagen, dass sie bewusst die schlechte Rentabilität der deutschen Kolonien zum Hauptpunkt ihrer Kolonialkritik gewählt hätten, um so das Volk zur Unterstützung des Sozialismus, d.h. der Sozialdemokraten bei den Wahlen zu 'verführen'. Man kann die Kolonialkritik der Sozialdemokraten nicht – Bismarck paraphrasierend – so charakterisieren: 'unsere volkswirtschaftliche Gesichtspunkte betonende Kolonialkritik ist nur Schwindel, aber wir brauchen sie für die Wahlen'.

Mehring bezeichnete zwar einmal die Kolonialkritik des liberalen Bürgertums als "kalkulatorisch", da es ihr nicht um die Kolonialpolitik an sich, sondern lediglich um die "unprofitable" Kolonialpoltik gehe. "Die proletarische Opposition" müsse hingegen "jede Kolonialpolitik verwerfen".[33] Mehring nahm hier offensichtlich nicht Stellung zur herrschenden Lage, sondern schuf vielmehr das Wunschbild einer idealen sozialistischen Kolonialkritik. Die damalige Kolonialkritik der SPD erweckte den Eindruck, dass die Kolonialpolitik gutgeheissen werden könnte, falls sie nur 'volkswirtschaftlich' profitabel wäre und falls die Rechte der Eingeborenen in gewissem Ausmasse geachtet würden. Das Kolonialsystem an sich wurde nicht in Frage gestellt. Dies ging eindeutig aus der Haltung hervor, die *Vorwärts*, das Zentralorgan der Partei, gegenüber der Besetzung von Kiautschou durch Deutschland im Jahre 1898 einnahm. Gemäss dem *Vorwärts* war die Besetzung "ein Glied in der notwendigen Entwicklung des Kapitalismus", oder mit anderen Worten "eine Unternehmung der deutschen Kapitalistenklasse und ihrer Regierung, an der die Arbeiterklasse keinen Anteil hat".[34]

Es ist somit verständlich, dass die von Bernstein 1896 in der *Neuen Zeit* aufgestellten Kriterien zur Beurteilung der Kolonialpolitik unter den deutschen Sozialdemokraten weder Kritik noch Beachtung fanden. Obschon sie selbst ihre Kolonialkritik als grundsätzlich einstuften, implizierte dies nicht eine Bekämpfung der Kolonialpolitik as sich. Ihre Kritik richtete sich lediglich gegen bestimmte Formen der Kolonialpolitik, insbesondere gegen

---

[33] *Mehring*, 'China im Reichstag' (1898), Ges. Schr., Bd. 14, 214 und 216.

[34] Vorwärts Nr. 10, 13.1.1898, s. auch ib. Nr. 4, 6.1.1898. Hier ging der *Vorwärts* jedoch nach Meinung der *Leipziger Volkszeitung* bereits zu weit, sie begnügte sich jedoch mit der Bemerkung, dass die Besetzung auf Kosten der Steuerzahler erfolge und demzufolge auch eine 'Sache der Arbeiterklasse' sei, LV Nr. 9 und 11, 13. und 15.1.1898. Detaillierter über diese Frage s. *Elm*, 'Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und antiimperialistische Volksaufstand (Boxeraufstand) in China in Jahre 1900', 308–10; *Lampe*, 'Probleme des Friedenskampfes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Zeit von 1897 bis 1904', 895–98 sowie *Owtscharenko*, 'Zur Herausbildung der aussenpolitischen Konzeption der Sozialdemokratie im Kampf gegen die imperialistische 'Weltpolitik' an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert', 534–40.

die 'typisch deutschen' Züge. Bernstein wiederum suchte lediglich dieser Kritik eine explizite Form zu geben. Erst zu Beginn des Jahres 1898, als sich diese seine Explikationen als wesentliche Teile der revisionistischen Theorie erwiesen, erkannten die marxistischen Widersacher Bernsteins die Notwendigkeit, sich mit der Kolonialpolitik und deren politischen Implikationen zu befassen. Der Grund für das geringe Echo auf die von Bernstein aufgestellten Kriterien könnte zwar auch darin liegen, dass der eigentliche Disput zwischen Bernstein und Bax um die Kolonialpolitik noch im Jahre 1896 in England stattfand und zudem in der Zeitschrift *Justice*, die gemäss Bernstein nicht einmal in England von den urteilsfähigen Leuten gelesen wurde.[35] Die 'nationale' Ausrichtung der deutschen Sozialdemokraten war jedoch noch nicht so stark, als dass sie der ausserhalb Deutschlands geführten Diskussion innerhalb der sozialistischen Bewegung keine Beachtung geschenkt hätten. Ausserdem übersandte Bernstein Kautsky jene Nummern des *Justice*, in denen der kolonialpolitische Disput zwischen ihm und Bax ausgetragen wurde.[36] Bereits im Jahre 1896 waren zudem, was hier hervorzuheben ist, die Auswirkungen des Bax–Bernstein–Disputes auch in Deutschland zu spüren.

Je grösser die Abneigung war, die Bernstein gegenüber Bax als Menschen empfand, desto geringer schätzte er auch dessen sozialistische Ansichten.[37] Als Bax im Mai 1896 in Hinblick auf den im Juli/August in London tagenden Kongress der Zweiten Internationale den Antrag stellte, dass die Sozialisten "common cause with barbaric peoples in their efforts to maintain their independence against the raids of European civilisation" machen sollten,[38] verurteilte Bernstein den Antrag öffentlich in einem Leitartikel des *Vorwärts*, des Zentralorgan der SPD. Der Antrag sei "widersinnig und utopistisch" und bedeute ein "Rennen gegen die unvermeidliche

---

[35] Bernstein an Kautsky, 28.11.1896, IISG, KN DV 394.
[36] Ib.
[37] Bernstein traf Bax zum ersten Mal in Zürich im Jahre 1886. Bernstein an Kautsky, 24.10.1886, IISG, KN DV 73. Bereits ein Jahr später war er zu der Auffassung gelangt, dass "auf die Dauer" mit Bax keine Freundschaft zu halten sei: "Leute wie er sind nur per Distanz zu geniessen". Bernstein an Kautsky, 10.11.1887, ib., DV 92. Vom Jahre 1888 an war es jedoch nicht mehr möglich, immer auf Distanz zu gehen, denn Bax zählte zum Bekanntenkreis Engels': Bax "ist ein so kleinlicher Spintisierer & dabei so frech im Aufstellen von Behauptungen, dass er beständig zu Ausfällen reizt. So war es ja auch, wenn er beim General war: ich kann mich keines Abends erinnern, wo es nicht mit Bax zu einem Disput kam, wo man Bax beständig zu rektifizieren hatte". Bernstein an Kautsky, 23.12.1897, ib., DV 427. In seinem Memoiren qualifiziert Bernstein Bax mit der Bemerkung ab, dass dieser "der tollsten Paradoxe fähig" sei, die er jedoch, anders als Bernard Shaw, "stets sehr ernst" nehme. *Bernstein*, Aus den Jahren meines Exils, 217.
[38] Der Resolutionsanfrag findet sich im Artikel von *Bax* "The True Aims of 'Imperial Extension' and 'Colonial Enterprise' ", Justice, 1.5.1896. S. auch *Bax*, Essays in Socialism, London 1907, 106–08.

Entwicklung der Dinge". Die Verwirklichung des Antrages hätte den Zeitpunkt des Zusammenbruches des Kapitalismus lediglich hinausgeschoben und keineswegs beschleunigt. Bereits die Beschaffung von Waffen für die "Wilden" hätte diese unvermeidlich in eine Tauschbeziehung mit den Kapitalisten gebracht und damit ins kapitalistische System integriert. Ausserdem hätten sich die Verkehrsverbindungen bereits in dem Masse entwickelt, dass es "fruchtlos" sei, "um die kapitalistische Welt eine chinesische oder, wenn man will, barbarische Mauer zu ziehen, bis die sozialistische Revolution vollzogen" sei.[39] Die gleichen Argumente wiederholte Bernstein im gleichen Jahr auch in der Novembernummer des *Justice,* hielt es jedoch für notwendig, seinen Standpunkt noch mit den Aussagen zweier Autoritäten zu untermauern. Bereits Marx habe die Sklaverei bekämpft. Bernstein zitierte ausserdem eine von Engels im Jahre 1882 erhaltenen Brief, in dem dieser sich über die Herzegowiner und Montenegriner äusserte: "Ich bin autoritär genug, die Existenz solcher Naturvölkchen mitten in Europa für einen Anachronismus zu halten". Gemäss Engels könnten die Sozialisten "höchstens die *Art und Weise* verurteilen, mit der die heutige Gesellschaft sie behandelt. Wären wir am Ruder, *auch wir* würden dem altererbten Rinaldo-Rinaldini- und Schinderhannestum dieser Burschen ein Ende machen müssen". Dieses Zitat umtermauerte nach Bernstein seine Auffassung, dass die "höhere Kultur" das Recht zur Kolonisation habe und dass es lediglich darum gehen könne, die bei der Kolonisation angewandten 'Methoden' zu kritisieren.[40]

Im Leitartikel des *Vorwärts* kritisierte Bernstein, vorderhand noch verdeckt, auch die Kolonialkritik seiner Partei. Er stellte die Frage, ob die Sozialdemokratie weiterhin lediglich "ihrem grundsätzlichen Gegensatz gegen die Kolonialpolitik im allgemeinen und die Kolonialraufereien im besonderen Ausdruck geben" solle und antwortete gleich selbst verneinend: "Nachträgliche Proteste verfehlen in der Regel ihre Wirkung, und dies um so mehr, je mehr sie allgemein gehalten sind, auf blosser Negation beruhen".[41] Bernstein deutete also an, dass die vorherrschende, auf 'blosser Negation' beruhende Kolonialkritik der SPD auf falschen Voraussetzungen beruhe. Gleichzeitig suchte er eine Politik zu skizzieren, die in der herrschenden Lage realistisch und vernünftig gewesen wäre, trug dies jedoch ebenfalls verdeckt und indirekt vor, durch die positive Referierung

---

[39] *Bernstein*, 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie vor dem Londoner Sozialistenkongress, I', Vorwärts Nr. 120, 24.5.1896. Desgleichen, jedoch mit schärferen Worten, Bernstein an Kautsky, 8.11.1896, IISG, KN DV 392.
[40] *Bernstein*, 'Amongst the Philistines', und Engels an Bernstein, 22./25.2.1882, Brw. Bernstein–Engels, 83. Hervorh. d. Engels.
[41] *Bernstein*, 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie, I'.

der Ansichten Jean Jaurès'. Wie Bax hatte auch Jaurès dem Londoner Kongress der Zweiten Internationale einen Antrag unterbreitet über die Einstellung zur Kolonialpolitik.[42] Anders als den Antrag Bax', hielt jedoch Bernstein den Antrag Jaurès' in seiner Grundauffassung für "durchaus rationell". Jaurès war, wie Bax, zwar der Meinung, dass blosse Proteste gegen die Kolonialpolitik nicht ausreichten, er schlage jedoch realistischere Massnahmen als Bax vor. Erstens sollten die Sozialisten aller Länder die Eskalation der Kolonialkonflikte "zu einem Krieg von Nation gegen Nation" zu verhindern suchen, die Voraussetzung dazu sei jedoch, dass die Sozialisten "die Kolonialbewegung und die Kolonialunternehmungen fortlaufend auf's genaueste vorfolgten", was die Sozialisten bisher "aus systematischer und doktrinärer Feindschaft gegen das Kolonialsystem" unterlassen hätten. Zweitens sei es Aufgabe der Sozialisten "überall für die besiegten Völker und die unterworfenen Rassen die humanste Behandlung und die grössten Sicherstellungen zu verlangen". Drittens hätten die Sozialisten "dafür zu wirken, dass die wichtigsten der ökonomischen Faktoren um welche die Völker heute streiten, immer mehr einen internationalen Charakter erhalten". Die Sozialisten sollten sich also nach Jaurès für die Entwicklung des internationalen Rechts einsetzen, beispielsweise könne der Nil zu einem international garantierten freien Gebiet erklärt werden, um ihn so, wie die Donau und den Suezkanal, der Benützung durch alle Völker zu öffnen.[43]

Bernstein hatte so im Jahre 1896 in einem Leitartikel des Zentralogans der Partei und durch den Mund Jaurès' die Kerngedanken der *sozialistischen Kolonialpolitik* vorgetragen und diese noch durch den Vergleich von Jaurès' 'rationalistischen' Auffassungen mit den 'utopistischen' Auffassungen Bax' präzisiert. Die Sozialisten müssten ihre 'systematische und doktrinäre Feindschaft gegen das Kolonialsystem' aufgeben. Das Kolonialsystem und die Kolonialpolitik müssten zwar als Realitäten anerkannt, jedoch nicht unbedingt in ihrem damaligen Zustand gutgeheissen werden. Im Rahmen der durch den unvermeidlichen Gang der Entwicklung bedingten Voraussetzungen und Einschränkungen sei es möglich und realistisch, durch die Entwicklung des internationalen Rechts eine Begren-

---

[42] Über die kolonialpolitischen Auffassungen Jaurès' s. *Mitchell*, 'Jean Jaurès: Socialist Doctrine and Colonial Problems' sowie *Schröder*, 'Eduard Bernsteins Stellung zum Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg', 191, Anm. 89. – Die Entwicklung der kolonialpolitischen Auffassungen Jaurès' scheint ähnlich verlaufen zu sein wie bei Bernstein – oder umgekehrt. Es könnte fruchtbar sein, die von ihnen aufgeworfene kolonialpolitischen *Problematik* einem Vergleich zu unterziehen. Über die Beziehungen zwischen Bernstein und Jaurès im allgemeinen s. *Goldberg*, The Life of Jean Jaurès, 265–69.

[43] *Bernstein*, 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie vor dem Londoner Sozialistenkongress, II', Vorwärts Nr. 121, 27.5.1896.

zung und Verhinderung der Kolonialkonflikte anzustreben. Bei Beachtung der gleichen Einschränkungen sei es ebenfalls möglich, die herrschenden Methoden den Kolonisation weiterzuentwickeln, insbesondere in Bezug auf die Stellung der Eigeborenen. Unrealistisch und von vornherein chancenlos sei jedoch der Versuch, den Kapitalismus durch die Verhinderung seiner unvermeidlichen Expansion umstürzen zu wollen.

In Bernsteins Artikel fand sich auch bereits ein Hinweis darauf, wie man sich gebenüber der deutschen Kolonialpolitik im besonderen zu verhalten habe. Er gestand ein, dass der Antrag Jaurès' "vielen vielleicht etwas zu opportunistisch erscheinen" werde, erinnerte jedoch gleichzeitig daran, dass die französischen Sozialisten, anders als die deutschen und die englischen, bereits auf die Beschlüsse der Regierung einwirken konnten und damit gelernt hätten, "ein Stück direkter Verantwortung für die Leitung der Geschäfte zu tragen". Mit offensichtlichem Bezug auf das Deutsche Kaiserreich bemerkte Bernstein:

> "Bestimmte Umstände können in einem Lande der Sozialdemokratie die Pflicht absoluter Verweigerung aller Mittel für Kolonialzwecke auferlegen, das hat mit der geschichtlichen Beurteilung der Kolonialbestrebungen nichts zu tun. In einem despotischen Lande, wo der Wille des Herrschers das höchste Gesetz ist, wird die Demokratie vielem ihre Zustimmung versagen müssen, wogegen sie sich unter anderen Verhältnissen nicht schlichtweg ablehnend verhalten würde".[44]

Diese äusserst verschleiert abgefasste Stellungnahme hiess im Klartext, dass die Kolonialkritik der deutschen Sozialdemokraten nicht aus 'blosser Negation', sondern in erster Linie aus konstruktiver Kritik am unparlamentarischen Regierungssystem des Deutschen Kaiserreiches bestehen sollte. Die Haltung zur Kolonialpolitik sollte also durch die Regierungsform des jeweiligen Landes bestimmt werden. In Frankreich herrschten die von Bernstein angeführten 'anderen Verhältnisse' und ermöglichten so die Teilnahme an der Entwicklung der Kolonialpolitik. Frankreich war im Gegensatz zu Deutschland ein parlamentarisch regierter Staat.

Bernsteins Artikel rief in Deutschland keinen Widerspruch hervor, ja Kautsky lobte ihn sogar: "Du hast Bax famos abgeführt".[45] Kautsky, der zur gleichen Zeit mit Bax einen Disput führte über die materialistische Geschichtsauffassung, zitierte – auf Anraten Bernsteins – die von Bax im *Justice* angeführten Auffassungen von der Kolonialpolitik und stempelte

---

44 Ib.
45 Kautsky an Bernstein, 2.6.1896, IISG, KN C 132.

danach den Bax'schen Sozialismus als "sentimentalen Utopismus" und als "Mischung marxistischer Begriffe mit utopistischer Methode" ab.[46] Bereits in diesem von Kautsky gelobten Artikel Bernsteins fanden sich jedoch Ansätze jener späteren Kritik, zu deren Bekämpfung sich Kautsky zwei Jahre später gezwungen sah. Bernstein gab zu verstehen, dass die SPD in der Theoriebildung hinter der Praxis nachhinke und dass die Partei trotz ihrer scharfen Kolonialkritik de facto im Reichstag einen kolonialpolitischen Reformismus betreibe. Seine (oder Jaurès') Ansichten bedeuteten nicht die bedingungslose Gutheissung der Kolonialpolitik:

> "Es handelt sich nur darum, zu etwas, was wir nicht verhindern können, so Stellung zu nehmen, wie es unsere Grundsätze und die Interessen des Völkerfriedens erheischen. Vieles, was Jaurès empfiehlt, ist ja auch schon längst praktiziert worden, nur nicht überall in gleichem Masse, nur nicht mit der erforderlichen Einheitlichkeit und Planmässigkeit. Da kann also manches gebessert werden".[47]

Bernstein hatte bereits in Jahre 1896 sowohl in England wie auch in Deutschland seiner Meinung nach genügend eindeutig die Unhaltbarkeit der kolonialpolitischen Auffassungen Bax' aufgezeigt, von deren Unmöglichkeit er von allem Anfang an überzeugt war. Für Bernstein war Bax bereits 1896 "der höchste Utopist und wahrer Sozialist, den man sich denken kann", und deswegen sei es "wahrhaftig kein Wunder, dass der Marxismus in England verachtet ist, wenn man sieht, wie er hier vertreten ist".[48] Weshalb wollte denn Bernstein noch Ende 1897 den offenbar fruchtlosen Disput in der *Neuen Zeit* fortsetzen? Weshalb suchte er die für ihn nutzlose Polemik von England nach Deutschland zu verlegen? Der Artikel von Bax diente ihm offenbar als Mittel zur Erreichung anderer Ziele. Es ging nicht mehr ausschliesslich um die Kritik der kolonialpolitischen Auffassungen Bax' sondern um die Kritik des marxistischen Selbstverständnisses seiner eigenen Partei. Er empfand es nicht als "angenehm", mit Leuten vom Schlage Bax' zu polemisieren, zur Erreichung seiner Ziele sei dies nun jedoch notwendig: "Zudem kann man die Antwort so gestalten – und ich werde mein Möglichstes in dieser Richtung tun – dass man nur beiläufig ihn zurückweist und im Übrigen die Gelegenheit benutzt, bisher

---

[46] *Kautsky*, 'Was will und kann die materialistische Geschichtsauffassung leisten?', NZ 15. I, 1896–97, 271. Zwei Wochen vor der Veröffentlichung dieses Artikels hatte Bernstein Kautsky aufgefordert, die kolonialpolitischen Auffassungen Bax' als Beispiel für "den gröbsten Materialismus" zu zitieren. Bernstein an Kautsky, 8.11.1896, IISG, KN DV 392.
[47] *Bernstein*, 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie, II'.
[48] Bernstein an Kautsky, 7.12.1896, IISG, KN DV 396.

nicht erörterte Gesichtspunkte zu behandeln".[49] Die kolonialpolitischen Auffassungen Bax' hatte Bernstein bereits 1896 zurückgewiesen. Jetzt, Ende 1897, wollte er bereits den Revolutionsbegriff der SPD in Frage stellen und schliesslich widerlegen. Bernstein sah sehr wohl Chancen für ein Gelingen dieses Vorhabens, denn im Jahre 1896 hatte sich gezeigt, dass seine Partei unter Einschluss Kautskys die kolonialpolitischen Auffassungen Bax' für ebenso untragbar hielt wie er selbst. So hielt es Bernstein für möglich, seine Parteigenossen davon zu überzeugen, dass die untragbaren kolonialpolitischen Auffassungen Bax' auf einer ebenso untragbaren 'Zusammenbruchstheorie' beruhten:

> "Die Expansion der Kulturnationen ist eine Tatsache, die wir im — Bax — glücklichsten Falle zeitweilig verlangsamen könnten, die verhindern zu wollen aber reine Utopie ist. Das Verlangsamen hiesse nichts weniger als die Beschleunigung des Zusammerbruchs der bürgerlichen Gesellschaft — ganz abgesehen davon, dass die Katastrophentheorie, wie sie der Bax'schen Argumentierung zu Grunde liegt, ebenso unreif wie unhaltbar ist".[50]

Bernstein, "die offenste Seele der Welt"[51], konnte und wollte Ende 1897 seine revisionistischen Auffassungen nicht mehr bloss in seinen Briefen an Kautsky verkünden. So gestand er gleich zu Beginn seiner öffentlichen Entgegnung auf Bax ein, "schon längere Zeit" beabsichtigt zu haben, die Frage nach den Voraussetzungen der sozialistischen Bewegung zu behandeln. Es war ihm deshalb "ganz recht", dass ihn Bax zu einer Auseinandersetzung über diese Frage "herausgefordert" hatte. Zwar gestand er ein, dass es Bax "heiliger Ernst" sei mit seiner Aufforderung an die Sozialisten, gegen die "Windmühlen — oder vielmehr gegen Dampfmühlen" der Kolonialpolitik anzukämpfen. Er verfälschte jedoch zur Verfolgung seiner eigenen Ziele den Inhalt des Artikels von Bax und behauptete, dessen "Kern" und "Hauptzweck" liege in der von Bax "formell nur beiläufig erhobenen Anklage", dass er das "Endziel der sozialistischen Bewegung" aus den Augen verloren habe.[52]

---

[49] Bernstein an Kautsky, 29.9.1897, ib., DV 423.
[50] Bernstein an Kautsky, 18.11.1897, ib., 425.
[51] "Bernstein ist zu gewissenhaft, er ist stets voll von 'wenn' und 'aber'. Er ist die offenste Seele der Welt, und so hat er alles gesagt, auch das, was er noch nicht wirklich fertig gedacht hat", Rede Vollmars in München, 25.9.1899, *Vollmar*, Reden und Schriften zur Reformpolitik, 183. Einen Monat später brachte Vollmar den gleichen Tadel brieflich vor: "Du leidest an einer Hypertrophie des Gewissens, an einem Drang des Bekennens und Auftischens ohne Rücksicht auf den Magen Deiner Gäste", Vollmar an Bernstein, 28.10.1899, IISG, VN 2368.
[52] *Bernstein*, 'Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. I. Polemisches', NZ 16, I, 1897—98, 486.

Wie geplant fertigte Bernstein dann Bax 'beiläufig' ab, durch die Wiederholung der bereits 1896 angeführten Argumente.[53] Um den Niederschlag vollkommen zu machen, nahm Bernstein im besonderen Stellung zur Behauptung Bax', wonach die Kolonialpolitik zerstörerische Folgen für die Eingeborenen habe. Nach Bernstein war Bax der Ansicht, dass die "Abwesenheit von Kapitalismus" auch die "Abwesenheit von Not und Ausbetung" bedeute und dass der "Handelsverkehr" in "notwendiger Weise" zur Verelendung der Völker geführt habe. Daraufhin bemerkte Bernstein, dass auch der Kapitalismus "seine Entwicklungsgeschichte" habe. Der Kapitalismus habe "unter dem Drucke moderner demokratischer Einrichtungen und der ihnen entsprechenden gesellschaftlichen Pflichtbegriffe ein anderes Gesicht" annehmen müssen. "Die öffentliche Meinung" in den Kolonialstaaten habe eine Verbesserung der Stellung der Eingeborenen bewirkt. Eine "gewaltige Steigerung der Ernährungsmöglichkeiten" sei die Folge der durch die Kolonialverwaltung befriedeten Verhältnisse. Bernstein bemerkte spöttisch, dass die Neger noch nicht die Zeit gefunden hätten zur Lektüre der Schriften Bax' und "in ihrer Philisterhaftigkeit" das Leben unter europäischer Kontrolle "dem Leben in jenen paradiesischen Gefilden" vorziehen, wo "die Sklavenjagden dem Dasein erst den höheren Reiz verleihen". Bernstein gab noch ein weiteres Beispiel der Segnungen der Kolonialpolitik. In den Vereinigten Staaten lebten damals ca. 60 Millionen Menschen, die sogar imstande seien, Lebensmittel für Millionen weiterer Menschen auszuführen. Früher hätten sich dort hingegen lediglich einige Hunderttausende Indianer um die Jagdgründe gestritten.[54]

Nachdem er so den "Matabilikultus"[55] Bax' lächerlich gemacht hatte, ging Bernstein an die Behandlung seines eigentlichen Hauptthemas. Er suchte aufzuzeigen, dass die Sozialdemokraten ihre Spekulationen auf den baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus aufgeben und darin nicht mehr die Richtschnur ihres Handelns – oder wie Bernstein zu verstehen gab – ihres Nicht-Handelns sehen sollten. Nach den Beobachtungen Bernsteins waren die zu politischer Bedeutung gelangten sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Skandinaviens und Italiens bereits daran, das Warten auf den Zusammenbruch aufzugeben und sich an die Untersuchung der "Einzelheiten der Probleme des Tages" zu machen, Ansatzpunkte zu suchen, die eine Entwicklung der Gesellschaft "im Sinne des Sozialismus" ermöglichten. Bernstein gab also zu verstehen, dass er in Tat und Wahrheit nichts Neues vorbringe, sondern lediglich eine Klärung und

---

[53] Ib., 487–89.
[54] Ib., 491–92.
[55] Bernstein an Kautsky, 28.2.1898, IISG, KN DV 434.

Bergründung der herrschenden politischen Praxis anstrebe. Eine solche Klärung sei in der Tat vonnöten, denn der von ihm festgestellte "Wandlungsprozess" sei keineswegs "ein in jeder Hinsicht bewusster und gewollter, und noch seltener ein einheitlicher".[56] Am eindeutigsten manifestierte sich nach Bernstein die herrschende Ungewissheit darin, dass Theorie und Praxis der Parteien in einen Widerspruch geraten waren. In der alltäglichen Praxis sei das Warten auf den Zusammenbruch von den Parteien bereits aufgegeben worden, diese Praxis werde jedoch immer noch durch die dazu im Widerspruch stehende 'Zusammenbruchstheorie' legitimiert, deren Inhalt Bernstein wie folgt charakterisierte:

> "Die unvermeidliche grosse wirtschaftliche Krisis wird sich zu einer allumfassenden gesellschaftlichen Krisis ausweiten, deren Ergebnis die politische Herrschaft des Proletariats als der dann einzig zielbewusst revolutionären Klasse und eine unter der Herrschaft dieser Klasse sich vollziehende völlige Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne sein wird".

Nach Bernstein gründete die 'Zusammenbruchstheorie' auf der Auffassung, dass bei den Unternehmen ein ständiger Konzentrationsprozess stattfinde und dass sich mit dem Anwachsen der Anzahl Lohnarbeiter auch die Gegensätze zwischen diesen und den "kapitalistischen Klassen" verschärften. "So hat sich denn in der Sozialdemokratie die Überzeugung eingebürgert, dieser Weg der Entwicklung sei unvermeidliches Naturgesetz, die grosse, allumfassende wirtschaftliche Krisis der unumgängliche Weg zur sozialistischen Gesellschaft". Ausserdem war man nach Bernstein überzeugt vom baldigen Bevorstehen dieser Krise.[57]

---

[56] *Bernstein*, 'Der Kampf der Sozialdemokratie', 484–85.
[57] *Bernstein*, 'Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. 2. Die Zusammenbruchs-Theorie un die Kolonialpolitik', NZ 16, I, 1897–98, 549 (im folg. abgek. 'Zusammenbruchstheorie'). Bernsteins Kritik richtete sich gegen das Erfurter Programm, auch wenn er dies nicht explizit verkündete. Im grundsätzlichen Teil des Programmes hiess es beispielsweise: "Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes (. . .) Immer grösser wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist", Prot. Erfurt 1891, 3. Victor Adler drückte diesen unerschütterlichen Glauben an den 'Genossen Trend' am ersten Kongress der Zweiten Internationale im Jahre 1889 folgendermassen aus: "In der letzten Stunde, wenn nun die kapitalistische Gesellschafts-Ordnung zusammenbricht – und sie wird ganz von sich selbst zusammenbrechen, ohne dass, sozusagen, man dabei nachzuhelfen brauchte – dann wird das Schicksal des Proletariats sich entscheiden nach dem Grad geistiger Entwicklung, das es erreicht haben wird", Prot. Int. Paris 1889, 45.

Bernstein war zu der Auffassung gelangt, dass der Sozialismus nicht auf dem Wege über den Zusammenbruch des Kapitalismus verwirklicht werden könne. Die angenommene und herbeigewünschte 'grosse, allumfassende wirtschaftliche Krisis' sei äusserst unwahrscheinlich. Den überzeugendsten Beweis dafür lieferte nach Bernstein die Industriestatistik der Jahre 1882–1895 Preussens, des grössten Einzelstaates im Deutschen Kaiserreich:

1 Entwicklung der Anzahl der Betriebe

	1882		1895	
Betriebsgrösse	Anzahl der absol.	Betriebe %	Anzahl der absol.	Betriebe %
Alleinbetriebe	755 176	22.3	674 042	14.8
Kleinbetriebe	1 031 141	30.4	1 078 396	23.7
Mittelbetriebe	641 594	18.9	1 070 427	23.5
Grossbetriebe	962 382	28.4	1 734 884	38.0
	3 390 293	100.0	4 557 749	100.0

2 Anzahl der Beschäftigten je Betrieb

	1882		1895	
Betriebsgrösse	Anzahl der absol.	Beschäftigten %	Anzahl der absol.	Beschäftigten %
Alleinbetriebe	755 176	61.8	674 042	57.5
Kleinbetriebe (1–5 Gehilfen)	412 424	33.7	409 332	34.9
Mittelbetriebe (6–50 Gehilf.)	49 010	4.0	78 627	6.7
Grossbetriebe (51 u. mehr Geh.)	5 529	0.5	10 139	0.9
	1 222 139	100.0	1 172 140	100.0

Im Lichte dieser unbestechlichen Zahlen schienen – im Rahmen der herkömmlichen Auffassung – die Aussichten für die Verwirklichung des Sozialismus recht düster zu sein. Die Anzahl der Alleinbetriebe hatte sich vermindert, auch wenn ihr relativer Anteil ungefähr gleichgeblieben war. Die Anzahl der Arbeiter je Betrieb war hingegen sowohl absolut wie relativ zurückgangen. Die Anzahl der Grossbetriebe (50 und mehr Arbeiter) hatte sowohl absolut wie relativ zugenommen, desgleichen die Anzahl der Arbeitnehmer je Betrieb. Entscheidend war jedoch nach Meinung Bernsteins, dass auch "die grösseren Kleinbetriebe" (1–5 Arbeiter) und die mittelgrossen Betriebe (6–50 Arbeiter) nach Art der Grossbetriebe ihren Anteil vergrössert hatten und "noch wenig Neigung" zeigten, "von der Bildfläche zu verschwinden". Im Vergleich zu den Grossbetrieben war ihr Anteil zwar zurückgegangen – "mit 'Riesenschritten', wenn man will", fügte Bernstein ironisch hinzu. Die Handels-, Verkehrs- und Landwirtschaftsstatistiken liessen erkennen, dass sich dort der Anteil der mittelgro-

ssen Betriebe im Vergleich zu den Grossbetrieben noch weiter vergrössert hatte. Eine Zunahme der Grossbetriebe bedeutete also nicht automatisch eine Abnahme der Mittelbetriebe, wie man erwartet und erhofft hatte. Bernstein schloss daraus, dass es eher "um ein Nebeneinander" als "um einen Kampf ums Dasein gegeneinander" gehe.[58]

Das 'Gewerbsleben' erwies sich also nach Bernstein als recht anpassungsfähig, was noch durch die Entwicklung der Kreditwesens und des Verkehrs verkstärkt werde. Die Monopolisierung, d.h. die Bildung von Kartellen und Trusts, sei ein Anzeichen dieser Anpassungsfähigkeit und nicht des kapitalistischen Todeskampfes. Bernstein bedauerte, dass die Verfechter des "wissenschaftlichen Sozialismus" die Augen vor dieser Tatsache verschlössen. Ihnen wäre es ja, um dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit zu genügen, zugefallen zu untersuchen, inwiefern sich die Prognosen des *Kommunistischen Manifestes* verwirklicht hatten. Nach den Beobachtungen Bernsteins waren jedoch "die Beispiele ernsthafter Versuche, den wissenschaftlichen Sozialismus wissenschaftlich zu bestätigen, noch sehr vereinzelt".[59] Er ging selbst mit gutem Beispiel voran und kritisierte Engels, der angenommen hatte, dass die erwähnten Änderungen im Kapitalismus "den Keim einer weit gewaltigeren künftigen Krise in sich" bärgen.[60] Bernstein sah darin zwar ebenfalls Keime, nicht jedoch der künf-

[58] *Bernstein*, 'Zusammenbruchstheorie', 549–52. Die Entwicklung in ganz Deutschland stimmte mit der preussischen überein. Bis zum Jahre 1907 hatten sich die relativen Anteile der Industriebetriebe wie folgt verändert:

Betriebsgrösse	Prozentualer Anteil der Betriebe			Prozentualer Anteil der Arbeiter		
	1882	1895	1907	1882	1895	1907
1–5 Arbeiter	95.8	92.7	89.6	55.1	39.9	29.5
6–50 Arbeiter	3.8	6.5	9.0	18.7	23.8	25.0
Mehr als 50 Arbeiter	0.4	0.8	1.4	26.2	36.3	45.5
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung, 241–42. Über die Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweigen detaillierter s. *Hohorst/Kocka/Ritter*, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II, 66–77.

[59] *Bernstein*, 'Zusammenbruchstheorie', 552–53.

[60] Bernstein weist auf die ergänzende Bemerkung Engels' zum dritten Band des *Kapitals* hin, wonach "die kolossale Ausdehnung der Verkehrsmittel" einen wirklichen Weltmarkt geschaffen habe, der die Investitionsmöglichkeiten für das Kapital gewaltig ausgedehnt und so "die meisten alten Krisenherde und Gelegenheiten zur Krisenbildung beseitigt oder stark abgeschwächt" habe. Bis zu diesem Punkte war Bernstein vermutlich mit dem Argumentationsgang Engels' einverstanden. Dieser fuhr jedoch fort: "Daneben weicht die Konkurrenz im innern Markt zurück vor den Kartellen und Trusts, während sie auf dem äusseren Markt beschränkt wird durch die Schutzzölle (. . .) Aber diese Schutzzölle selbst sind nichts als die Rüstungen für den schliesslichen allgemeinen Industriefeldzug, der über die Herrschaft auf dem Weltmarkt entscheiden soll. So birgt jedes der Elemente, das einer Wiederholung der alten Krisen engegenstrebt, den Keim einer weit gewaltigeren künftigen Krise in sich". *Marx*, Das Kapital, Dritter Band, *Marx & Engels*, Werke, Bd. 25, Berlin 1973 (1894), 506, Anm.

tigen Krisen, sondern der "Vergesellschaftung von Produktion und Austausch". Es habe sich gezeigt, dass der Kapitalismus nicht mehr so hilflos wie früher seinen Krisen gegenüberstehe, sondern gelernt habe, diese abzuschwächen. Je anpassungsfähiger der Kapitalismus werde und je mehr sich die Industrie differenziere, desto unwahrscheinlicher werde "ein annähernd gleichzeitiger völliger Zusammenbruch des gegenwärtigen Produktionssystems". Umso besser jedoch vom Standpunkt des Sozialismus aus! Falls nämlich "eine verallgemeinerte Geschäftskrisis" die Sozialdemokratie "zur Herrschaft brächte", würde sie "vor eine unlösbare Aufgabe" gestellt: "Sie könnte den Kapitalismus nicht wegdekretieren, ja, ihn nicht einmal entbehren, und sie könnte auf der anderen Seite ihm nicht diejenige Sicherheit gewährleisten, deren er bedarf, um seine Funktionen zu erfüllen". Bernstein warnte vor einer Betrachtung der Gesellschaft aus der Perspektive der Grossen Französichen Revolution. Zwischen dem feudalen Landbesitz und der modernen Industrie bestehe ein gravierender Unterschied. Mit den "feudalistischen Rechten" könne verhältnismässig leicht "aufgeräumt" werden, anders verhalte es sich jedoch mit den "bürgerlichen Eigentumsrechten". Damit berühre man "einen unendlich weiteren Kreis von Interessenten, die man nicht alle zur Emigration veranlassen kann".[61]

Bernstein erriet richtig, dass sich der Leser seines Artikels nun beginnen würde zu fragen, wie denn der Sozialismus überhaupt zu verwirklichen sei. Bernstein hatte darauf bereits eine Antwort. Falls mit der Verwirklichung des Sozialismus "die Errichtung einer in allen Punkten streng kommunistisch geregelten Gesellschaft" verstanden werde, sei sie "noch in ziemlich weiter Ferne". Richtig sei es jedoch, den Sozialismus als eine Bewegung der Gesellschaft zu verstehen, die ständig sozialistischere Züge annehme. Bernstein war der festen Überzeugung "dass schon die gegenwärtige Generation noch die Verwirklichung von sehr viel Sozialismus erleben wird, wenn nicht in der patentierten Form so doch in der *Sache*". Bereits damals sei der Sozialismus 'in der Sache' in gewissem Ausmasse verwirklicht. Die wechselseitigen Verpflichtungen und Rechte von Gesellschaft und Individuum seien ständig ausgedehnt worden, die Gesellschaft habe das Gewerbsleben zu kontrollieren begonnen und die Demokratisierung der Lokalverwaltung habe mit der Zunahme ihrer Aufgaben Schritt gehalten. All dies bedeutete nach Bernstein ein "Entwicklung zum Sozialismus oder, wenn man will, stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus". Geduld sei nötig zur Sicherung der stufenweisen Verwirklichung des Sozialismus. Insbesondere müsse bei der Verstaatlichung von Betrieben mit Mass vorgegangen werden, denn die "Ausbildung und Sicherung guter

---

[61] *Bernstein*, 'Zusammenbruchstheorie', 553–55.

demokratischer Betriebsführung" verlangten Zeit. Da die Gesellschaft jedoch bereits mit der Überwachung des Wirtschaftslebens begonnen habe, dränge es mit der Verstaatlichung der Betriebe nicht so stark, wie gewöhnlich angenommen: "In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken, als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken". Bernstein machte in diesem Zusammenhang sein oft zitiertes Geständnis, das er später bereute und zu erklären hatte:

> "Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter 'Endziel des Sozialismus' versteht, ausserordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d.h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts".[62]

Es steckt einige Ironie der Geschichte darin, dass der Revisionismus Bernsteins fast ausschliesslich mit diesem Ausspruch charakterisiert wird, den er – wie er Kautsky versicherte[63] – nur "ganz beiläufig" in seinen Artikel "hingeworfen" hatte. Er gestand selbst ein, dass die "etwas nachlässige Form" seiner Aussage zu Fehlinterpretationen führen könne.[64] In den zwanziger Jahren betonte er dann, dass er damals lediglich sein "persönliches Uninteresse" am "Endziel" ausdrücken wollte und "weit davon entfernt" war, "einen Allgemeingültigkeit beanspruchenden objektiven Leitsatz aufzustellen".[65] Eine Erklärung dieser Art war möglich in den zwanziger Jahren, als sich die Wogen des Revisionismusstreites bereits gelegt hatten. In den 90er Jahren hätte jedoch eine beschwichtigende Erklärung dieser Art eines geschätzten Parteitheoretikers nur noch Öl in die Flammen geworfen. Bernstein betonte damals das Wort "gemeinhin".[66] Mit dem 'Endziel' wurde 'gemeinhin' die Verwirklichung des Sozialismus als der selbst verursachte Zusammenbruch des Kapitalismus verstanden, d.h. mit den Worten Bernsteins "die Auffassung, dass der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und eine aus ihm sich ergebende allgemeine grosse Katastrophe nahe bevorsteht",[67] d.h. "die utopistische Vor-

---

[62] Ib., 555–56, Hervorh. d. Bernstein.
[63] Bernstein an Kautsky, 28.7. und 3.8.1898, IISG, KN DV 453 und 482.
[64] *Bernstein*, 'Kritisches Zwischenspiel', NZ 16, I, 1897–98, 742.
[65] *Bernstein*, Der Sozialismus einst und jetzt, Berlin 1923, 126. S. auch *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten' (1924), 23.
[66] Bernsteins Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag im Oktober 1898, *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, VII.
[67] *Bernstein*, 'Eroberung der politischen Macht', Vorwärts Nr. 240, 13.10.1898. S. auch *Bernstein*, 'Meine Häutung und Kautskys Deutung', ib., Nr. 93, 21.4.1899.

stellung von einer in der näheren Zukunft möglichen Erreichung dieses 'Endziels' ".[68] Bernsteins Botschaft war, dass auf den Zusammenbruch des Kapitalismus nicht gebaut werden könne.

Bernsteins und des Revisionismus (momentanes) Unglück war, dass diese Botschaft auf diese Weise zusammengefasst zu provokativ wirkte und leicht zu Interpretationen verleitete, die nicht den Intentionen Bernsteins entsprachen. Bernstein meinte, was er sagte, aber sagte nicht klar genug, was er meinte. Allgemeines Aufsehen erregte lediglich der zweite Satz seines 'Geständnisses', und man unterstellte ihm, der sozialistischen Bewegung ihre Identität rauben zu wollen, d.h. ihr Ziel, aufgrund dessen sie sich von anderen politischen Bewegungen unterschied. Aus dieser Sicht hatte es keinen Sinn mehr, Sozialdemokrat zu sein. Dies entsprach jedoch nicht den Intentionen Bernsteins. Diesen Sinn suchte er durch die Definierung der 'Bewegung' herauszuschälen. Er verstand sehr wohl, dass eine Bewegung ohne Ziel "ein chaotisches Treiben", "eine Bewegung ohne Richtung" wäre.[69] Er suchte hervorzuheben, dass die sozialistische Bewegung und die Bewegung der Gesellschaft im Gleichschritt zu gehen hätten, dass die sozialistische Bewegung ihr Tätigkeit dem Rythmus der Bewegung der Gesellschaft anzupassen habe. Bernstein glaubte an den sozialen Fortschritt ebenso unerschütterlich wie die meisten damaligen Sozialdemokraten. Seiner Meinung nach brachte der soziale Fortschritt laufend Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Verwirklichung des Sozialismus mit sich. Das Verwirklichen des Sozialismus bedeutete demnach die 'Ergänzung' dieses objektiven Prozesses. Dennoch könne, betonte Bernstein, die Zukunft nicht "vorausbestimmt" werden: "Wir können unseren Kampf nur nach dem richten, was wir sehen. Aus der Analyse der vor uns liegenden Entwicklung und ihren Tendenzen formiert die Partei ihr Programm und verficht es mit aller Energie".[70] "Die Bewegung ist mir alles, denn sie trägt ihr Ziel in sich", präzisierte Bernstein.[71] Seine Parteigenossen sollten 'sehen', dass dank der Kolonialpolitik und allgemeiner dank der "Ausdehnung der Märkte und der internationalen Beziehungen" sich die Produktionsverhältnisse "in ausserordentlichem Masse" entwickelt und der "Reichtum der Nationen" zugenommen hatte. Durch die Demokratisierung der Gesellschaft – die Ausweitung des Koalitionsrechtes, der Arbeiterschutzgesetze und des Stimmrechtes – würden auch die Arbeiter teilhaftig an dieser Zunahme des Reichtums. "Je reicher die Gesellschaft, um so

---

68 *Bernstein*, 'Erklärung', ib., Nr. 32, 8.2.1898.
69 Ib.
70 *Bernstein*, 'Kritisches Zwischenspiel', 751.
71 *Bernstein*, 'Erklärung', (Anm. 68)

leichter und sicherer die sozialistischen Verwirklichungen",[72] fasste Bernstein die Art und Weise der Verwirklichung des 'Sozialismus in der Sache' zusammen.

Bernstein suchte aufzuzeigen, weshalb die Sozialdemokraten – im Hinblick auf die Verwirklichung des Sozialismus – sich nicht grundsätzlich der Kolonialpolitik widersetzen durften. Aufgrund der Änderungen im Entwicklungsgang des Kapitalismus und aufgrund der Expansion des Kapitalismus sei dieser imstande, die Auswirkungen der früher schwere Rückschläge verursachenden Wirtschaftskrisen abzuschwächen. Dies bewirke eine noch ungestörtere Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums, was wiederum die Verwirklichung des Sozialismus erleichtere und absichere. Die Kolonialpolitik sei also grundsätzlich zu akzeptieren; sie müsse unter dem Gesichtpunkt der Akkumulation des 'Reichtums der Nationen' gesehen werden. Falls man den Kapitalismus durch den Kampf gegen die Kolonialpolitik beseitigen wolle, "müsste man die Dampfschiffe und Eisenbahnen aus der Welt schaffen". Grundsätzlicher Widerstand gegen die Kolonialpolitik sei also, mit einem Wort, "zweckwidrig".[73] Dies hatte Bernstein seiner Meinung nach bereits im Sommer 1896 mit genügender Deutlichkeit aufgezeigt. Jetzt, zu Beginn des Jahres 1898, suchte er die grundsätzliche Gutheissung der Kolonialpolitik dadurch zu rechtfertigen, dass sich die Voraussetzungen des Sozialismus gründlich geändert hätten seit dem Erscheinen des *Kommunistischen Manifestes*. Erst jetzt, als Bernstein selbst die logische Verbindung zwischen Revisionismus und *sozialistischer Kolonialpolitik* herausstellte, regte sich der Widerstand gegen seine Ansichten; erst jetzt bemerkte man, dass Bernstein etwas Neues vorgebracht hatte, das nicht im Einklang stand mit den in der Partei herrschenden Auffassungen über den Sozialismus und die Aufgaben der sozialistischen Partei.[74] Über das Ausmass und die Stärke der Kritik war auch Bernstein selbst erstaunt und betroffen:

> "Ich glaubte, mit meinem Nachweis, dass es absurd ist, die Stellungnahme zu den Kolonialfragen von der Aussicht auf den grossen Krach abhängig zu machen, nur mit einem einzelnen Querkopf zu

---

[72] *Bernstein*, 'Zusammenbruchstheorie', 556.
[73] Ib. 556–57. Cf. *Schulz*, Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung der auswärtigen Beziehungen vor 1914, 137.
[74] Noch im Januar 1898 stellte jedoch der *Vorwärts*, nachdem er eingehend den Disput zwischen Bernstein und Bax referiert hatte, fest, dass er "als ein im Kampfe des Tage stehendes Blatt" keine Veranlassung habe, "in diese Diskussion einzugreifen, so lange dieselbe sich auf theoretischem Boden hält" Vorwärts Nr. 23, 28.1.1898. Im Lichte dieser Erklärung schien zwischen Theorie und Praxis der Partei gar kein Widerspruch zu bestehen, da sie ja offenbar nichts miteinander zu tun hatten!

tun zu haben — mein Artikel war eine Antwort auf einen Angriff von Bax —, und siehe da, es waren seiner Bundesgenossen eine schöne Anzahl".[75]

1.2. Die Entstehung des Revisionismus als Voraussetzung der *sozialistischen Kolonialpolitik*

Ich habe im vorhergehenden die Beziehung zwischen Revisionismus und *sozialistischer Kolonialpolitik* erst skizziert. Vor einer eingehenderen Aufzeigung dieser Beziehung ist es erforderlich, den Werdegang der revisionistischen Kritik Bernsteins zu rekonstruieren, da im Lichte dieses Prozesses diese Beziehung verständlich wird. 1898 gestand Bernstein, auch selbst einmal an "sozialistischer Katastrophitis" erkrankt zu sein. Nach seiner Diagnose sahen die daran erkrankten Menschen "den grossen Kladderadatsch alle Jahre ein paarmal schon vor der Türe".[76] Wir wollen nun verfolgen, wie Bernstein von dieser weitverbreiteten Epidemie geheilt wurde.

Die letzte Nummer des von Bernstein redigierten *Sozialdemokrat* erschien am 27. September 1890. Bernstein war so von der zeitaufwendigen Redaktionsarbeit befreit und erhielt, als festangestellter Mitarbeiter der *Neuen Zeit*, endlich Gelegenheit, sich mit theoretischen Problemen zu befassen, "endlich einmal nach bestimmter Richtung hin arbeten" zu können, d.h. "den Versuch zu machen, wirklich etwas zu leisten".[77] Das Resultat seiner theoretischen Forschungsarbeit bildete das 1899 erschienene Hauptwerk des deutschen und internationalen Revisionismus *Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie.*

Ausgangspunkt war die von Bernstein im Jahre 1891 erneut veröffentlichte Schrift *Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum,* die im fast schärfsten denkbaren Kontrast steht zum Werk *Voraussetzungen.* Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird darin als unvermeidlich,

---

75 *Bernstein,* 'Noch etwas Endziel und Bewegung', SM 3, 1899, 502.
76 *Bernstein,* 'Kritisches Zwischenspiel', 751.
77 Bernstein an Kautsky, 1.6.1890, IISG, KN DV 124. In den 80er Jahren bedauerte es Bernstein oft, dass er wegen der redaktionellen Arbeit am *Sozialdemokrat* keine Zeit finde für 'Nebenarbeiten', z.B. Bernstein an Kautsky, 24.10.1885, 8.4.1887, 13.10.1888 und 2./5.12.1888, ib., DV 48, 82, 107 und 108. In seinen Memoiren ('Entwicklungsgang eines Sozialisten', 15) stellt er fest, dass für ihn bei der Redaktion des *Sozialdemokrat* die Gefahr bestanden habe, "den Sinn für die tieferen Probleme der Bewegung zu verlieren und über der Beschäftigung mit Tagesfragen allmählich völlig zu verflachen".

leicht und einfach dargestellt. Der Kapitalismus schreite unvermeidlich auf seinen Zusammenbruch hin:

> "Im Schosse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft haben sich die Keime zu einer neuen, zur sozialistischen Gesellschaft, heranentwickelt. Immer näher rückt die Stunde, da die reifgewordene Frucht die kapitalistische Hülle zu sprengen drängt, um Luft und Licht für eine gesunde, kräftige Weiterentwicklung zu erlangen".

Das Proletariat werde als Folge dieses unvermeidlichen Entwicklungsprozesses die politische Macht übernehmen. Die Erlangung der Macht sei verhältnismässig einfach, deren Bewahrung jedoch nicht. Die Aufgabe der Sozialdemokratie sei es deshalb, die Arbeiter auf die Aufbauarbeit am Sozialismus vorzubereiten. Das Eintreten der Revolution lasse sich weder verhindern noch beschleunigen, und deren Verlauf könne erst nachträglich, nach dem Zusammenbruch des Kapitalismus, beeinflusst werden.[78]

Nach der Erringung der politischen Macht durch das Proletariat könne mit der Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum begonnen werden, was dadurch erleichtert werde, dass die Vergesellschaftung bereits in der bestehenden Gesellschaft im Gange sei. In Aktiengesellschaften seien "bereits die wesentlichen Elemente der sozialistischen Produktion im Keime enthalten". Ausserdem stünden die Aktiengesellschaften unter der Leitung von angestellten Funktionären, was "das drastischste Beispiel" dafür sei, wie in der eigentlichen Produktion die "Funktion" des Kapitalisten als solcher "gleich Null" sei. Anzeichen für die Reifung der Gesellschaft für den Sozialismus seien auch die Kartellverträge d.h. die "krampfhaften Versuche", das Hauptgesetz der kapitalistischen Produktion, den freien Wettbewerb, aufzuheben; es handle sich dabei um einen "Notschrei der kapitalistischen Produktion". Vom Kartellvertag sei es nur noch "ein Schritt" zum staatlichen Gesetz, ebenso wie von der Aktiengesellschaft zur Verstaatlichung. Dieser Schritt werde dann genommen, wenn das Proletariat die staatliche Gewalt übernehme. Missgriffe, die die Aufbauarbeit des Sozialismus gefährdeten, könnten am besten dadurch vermieden werden, dass nicht unmittelbar eine Sozialiserung der gesamten Produktion, sondern lediglich eine Verstaatlichung der Grossbetriebe erfolgen würde. Es sei jedoch "vollkommen müssig" vor der Revolution die Probleme der Produktionsregulierung durch die Gesellschaft zu erörtern. Die richtigen Lösungen könnten hier wie auch beim System der Bezahlung

---

[78] *Bernstein*, Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum, Berlin 1891 (1. Aufl.: Hottingen–Zürich 1885), 22–23 und 31.

der Arbeitsleistungen "erst im Laufe der Entwicklung" gefunden werden. Entscheidend sei, dass der wichtigste Schritt in der Emanzipation der Arbeiterklasse bereits dann genommen werde, wenn das Proletariat an die politische Macht gelange, d.h. wenn "die antikapitalistische Regelung der Produktionsverhältnisse in Angriff" genommen worden sei.[79]

Bernsteins Auffassung von der Entwicklung des Kapitalismus und der Verwirklichung des Sozialismus entsprach noch im Jahre 1891 der 'offiziellen' Parteiideologie: 'Genosse Trend' würde die Revolution machen. Im Laufe der 90er Jahre löste sich dann Bernstein allmählich vom revolutionären Attentismus. Es handelte sich nicht um eine revisionistische 'Erwekkung', die Entstehung des Bernsteinschen Revisionismus lässt sich zeitlich nicht genau fixieren. Bernstein hat auch selbst den allmählichen Charakter seiner Hinwendung zum Revisionismus betont.[80] Es handelte sich nicht "um einen plötzlichen Einfall oder vorübergehenden Zweifel";[81] sein Revisionismus war "kein Produkt der Eindrücke eines Tages"[82] sondern "das Produkt eines jahrelangen inneren Kampfes".[83] Es ist so verständlich, dass in der Forschung die Hinwendung Bernsteins zum Revisionismus zeitlich verschieden angesetzt worden ist. Dies ist, ausser auf die komplizierte Natur des Forschungsobjektes, auch darauf zurückzuführen, dass die Forscher verschiedene Auffassungen des Revisionismus und damit auch des Marxismus verteten, und umgekehrt. Bei der Lektüre der Forschungsliteratur könnte man sehr wohl mit Helga Grebing schliessen: "Marxismus ist Revisionismus ist Marxismus ist Revisionismus".[84]

Bis zu einem gewissen Grade lässt sich diese begriffliche Verwirrung dadurch vermeiden, dass die Auffassungen Bernsteins nicht mit dem Revisionismus oder Marxismus 'allgemein' verglichen werden. Die Beurteilung und zeitliche Abgrenzung der Hinwendung Bernsteins zum Revisionismus ist in Vergleich zu setzen zum marxistischen Selbstverständnis in seiner Partei. Es handelt sich also um eine besondere und eigenartige, Bernsteinsche Art der Revision einer besonderen und eigenartigen, in der SPD damals vorherrschenden Auffassung der Marxismus. Von diesem, wie ich meine sachlichen Standpunkt aus kann ich in den von Bernstein in Jahre 1890 verfassten *Klippen*-Artikeln keine revisionistischen 'Ansätze' feststellen.[85] Deren Kritik richtete sich gegen die "Jungen", die der Partei

---

[79] Ib., 24–28. Cf. *Gustafsson*, Marxismus und Revisionismus, 81–84.
[80] *Bernstein*, Zur Geschichte und Theorie des Socialismus, Berlin/Bern 1901, 8.
[81] *Bernstein*, 'Zur Theorie des Arbeitswerthes', NZ 18, I, 1899–1900, 357.
[82] *Bernstein*, 'Politische Schwarzmalerei', SM 16, I, 1912, 541.
[83] *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, IX.
[84] *Grebing*, Der Revisionismus, 13. Cf. *Jäger*, Eduard Bernsteins Panorama, 61–74.
[85] Cf. *Angel*, Eduard Bernstein et l'Evolution du Socialisme Allemand, 117–18. S. auch Bernstein an Bebel, 20.10.1898, Brw. Adler, 260.

nach Meinung Bernsteins einzig revolutionäre Phraseologie zu bieten hatten. Die "Jungen" beschuldigten, offenbar nicht grundlos, die Partei der Aufgabe der revolutionären Tätigkeit und der Übernahme 'parlamentarischer' Methoden.[86] Vom Standpunkt des 'offiziellen' revolutionären Objektivismus aus beschuldigte Bernstein seinerseits die "Jungen" des revolutionären Geschwätzes. Dieselbe Haltung findet auch in jenen Texten Ausdruck, in denen nach Meinung Gustafssons "eine reformistische Auffassung angedeutet" wird.[87] Bernstein bemerkte unter anderem, dass an den Staat Forderungen gestellt werden sollten, auch wenn der Staat, nachdem "mit Benutzung der Staatsmaschinerie die Vergesellschaftung der Produktion vollzogen" sei, "im Laufe der Entwicklung allmählich absterben" werde. Der "Staatsorganismus" sollte "in ein Werkzeug zur Befreiung der Arbeiterklasse" verwandelt werden.[88] Zweifellos findet darin die damals herrschende Ungewissheit über das Verhältnis zwischen Sozialismus und bürgerlichem Staat Ausdruck. Falls wir jedoch voraussetzen, dass die deutschen Sozialdemokraten, um Marxisten zu sein, vor der 'Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie' hätten sprechen sollen, wären die deutschen Sozialdemokraten gar nie Marxisten gewesen. Dennoch können sie, mit Einschluss Bernsteins im Jahre 1890, auch nicht als Revisionisten bezeichnet werden, da sie nicht nach einer reformistischen Politik unter Abstützung auf diese 'unmarxistische' Staatstheorie strebten. 'Das Abster-

---

[86] Über die 'Jungen' s. z.B. *Bock*, 'Die 'Literaten- und Studentenrevolte' der Jungen in der SDP um 1890' sowie *Steinberg*, 65–67.

[87] *Gustafsson*, 371–72, Anm. 33. Gustafsson weist auf den Leitartikel 'Über Parteifragen, III' des *Sozialdemokrat* sowie auf den redaktionellen Kommentar zu einem aus Dänemark geschickten Brief hin ('Aus Dänemark'), Sd Nr. 36, 6.9.1890. Gustafsson begründet seine Feststellung nicht. Ohne Begründung bleibt auch seine Bemerkung (*Gustafsson*, 84), dass Bernsteins ausgedehnten kritischen Rezensionen der antimarxistischen Werke von Gerhart *von Schulze–Gävernitz* (Zum sozialen Frieden, Leipzig 1890 und Der Grossbetrieb, ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, Leipzig 1892) und Julius *Wolf* (Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung, Stuttgart 1892) das Schwanken seiner marxistischen Überzeugung ausdrückten. S. *Bernstein*, 'Carlyle und die sozialpolitische Entwicklung Englands', NZ 9, I, 1890–91, 665–73; 693–701 und 729–36; 'Technisch-ökonomischer und sozialer Fortschritt', NZ 11, I, 1892–93, 782–90, 819–29 und 850–62 sowie 'Der neueste Vernichter des Sozialismus', ib., 502–08 und 534–39. Als Beleg für seine Bemerkung zitiert *Gustafsson* (371, Anm. 32) lediglich die Memoiren Bernsteins, in denen ('Entwicklungsgang eines Sozialisten', 20–21) dieser feststellt, dass die erw. Werke Behauptungen enthielten, deren Wahrheitsgehalt näher zu überprüfen sei. Er überging deshalb im erw. Artikel diese Behauptungen "stillschweigend", ohne sie "mit Hilfe dialektischer Künste für beweislos" erweisen zu wollen. Aus diesem Grunde lassen sich auch in diesen Artikeln keine revisionistischen 'Anzeichen' finden. Wir können nur feststellen, dass die erw. Werke Bernstein zu einem intensiveren Studium der Entwicklung des Kapitalismus und der Voraussetzungen des Sozialismus zwangen. Das Endergebnis der Untersuchungen, der Revisionismus, war jedoch damals noch nicht vorausbestimmt.

[88] 'Aus Dänemark', Sd Nr. 36, 6.9.1890, Kommentar der Redaktion.

ben des Staates' war eines der Probleme, die 'Genosse Trend' überlassen wurden.

Von diesem Standpunkt aus kann ich, anders als Hans-Josef Steinberg, auch nicht in dem von Bernstein 1892 zum Zehnjahresjubiläum der *Neuen Zeit* verfassten Artikel "wesentliche Gedanken des späteren Revisionismus" finden.[89] Die zentrale Botschaft dieses Artikels war, dass der Marxismus kein Dogma, sondern "eine bestimmte", mit dem Eklektizismus unvereinbare "wissenschaftliche Methode" sei, dass die Forschungergebnisse Marx' und Engels' nur so lange Gültigkeit besässen, "als sie nicht durch neuere wissenschaftliche Untersuchungen widerlegt werden können, irgendeine endgültige Wahrheit letzter Instanz kennt der Marxismus nicht, weder bei sich, noch bei anderen".[90] In gleicher Weise stellte sich Bernstein bereits ein Jahre früher zum Marxismus, indem er betonte, dass das sozialdemokratische Programm "der praktische Ausdruck einer wissenschaftlich begründeten Auffassung von Staat und Gesellschaft" sei. Gerade wegen ihrer wissenschaftlichen Natur könne diese Auffassung nicht "zu einem Parteidogma" erhoben werden, sie müsse "Gegenstand der Untersuchung, der Weiterentwicklung" bleiben. Die Theorie solle, so betonte Bernstein, "ständig der Kritik, der freien Diskussion" unterstehen.[91]

Diese von Bernstein formulierte wissenschaftliche Grundhaltung kann nicht als besonderes Charakteristikum des Revisionismus angesehen werden. In den erwähnten, 1890 verfassten Texten reflektierte Bernstein die Probleme einer revolutionären Partei, schlug jedoch keine revisionistischen Lösungen vor. Im Jubiläumsartikel und in dem ein Jahr früher verfassten Artikel suchte Bernstein die methodische Haltung zu skizzieren, aufgrund der er die Probleme zu lösen versuchte. Aus der Tatsache, dass Bernstein später für diese Probleme eine revisionistische Lösung fand, muss nicht geschlossen werden, dass bereits die Problemstellung revisionistisch war. Zu Beginn der 90er Jahre befasste sich Bernstein mit Problemen, für die er einfach noch keine Lösung zur Verfügung hatte. Seine methodische Einstellung stand nicht im Widerspruch zum damaligen Marxismus.

Da Bernsteins revisionistische Kritik zu Beginn des Jahres 1898 in der Verwerfung der 'Zusammenbruchstheorie' gipfelte, ist es angezeigt, seinen Weg dazu durch die Untersuchung seiner Stellungnahmen zum 'Zusammenbruch' des Kapitalismus aufzuzeigen.[92] Gleichzeitig muss jedoch der Inhalt seiner Kritik an der 'Zusammenbruchstheorie' präzisiert werden.

---

[89] *Steinberg*, 89–90.
[90] *Bernstein*, 'Zum zehnjährigen Bestand der 'Neuen Zeit' ', NZ 11, I, 1892–93, 10–11.
[91] *Bernstein*, 'Selbst-Anzeige', NZ 9, II, 1890, 91, 557.
[92] Cf. *Gustafsson*, 84–89.

Erstens sah er gegen Mitte der 90er Jahre den Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Kapitalismus in immer weiterer Ferne, bis er schliesslich die 'Zusammenbruchstheorie' gänzlich aufgab. Andererseits bedeutete für ihn die Kritik an der 'Zusammenbruchstheorie' auch die schrittweise Aufgabe des revolutionären Objektivismus, wofür die sich schrittweise verstärkenden Forderungen nach einer Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum ein Anzeichen waren. Bernsteins Weg zum Revisionismus muss also vom Standpunkt der Bündnispolitik, d.h. der Problematik der Beziehungen zwischen demokratischen und sozialistischen Forderungen aus untersucht werden, und zwar vor allem deshalb, da die bündnispolitische Problematik keine künstliche Forschungskonstruktion ist: es geht dabei um Problemstellungen, die Bernstein selbst aufstellte und zu lösen versuchte.[93] Dieser Gesichtspunkt ist auch deshalb angebracht, da die kolonialpolitische Problematik bei Bernstein einen Teil der Problematik der Beziehungen zwischen Demokratie und Sozialismus bildete.

Bereits Ende 1891, als Bernstein auf Bitte Kautskys die Druckfahnen seines *Erfurter Programmes* beurteilte, kritisierte Bernstein Kautsky darin, dass dieser die Geschwindigkeit der Entwicklung zu schnell sehe.[94] Er hielt jedoch trotz einiger kleiner Mängel das Büchlein Kautskys für verdienstvoll, da dadurch die Tätigkeit der Partei bewusst und konsequent geworden sei, während sie früher "instinktiv" gewesen sei und "zwischen dem Tun und dem 'Prinzip'... ein arger Konflikt" geherrscht habe.[95] Bernstein wusste selbst noch nicht, wie dieser 'Konflikt' zu lösen wäre, von der Notwendigkeit einer Lösung war er jedoch überzeugt.

Im September 1893 veröffentlichte Bernstein in der *Neuen Zeit* einen Artikel, in dem er seiner Partei die Teilnahme an den Landtagswahlen in Preussen empfahl.[96] Preussen war eines der wirksamsten Bollwerke gegen die Demokratisierung des Kaiserreiches. Es war bevölkerungs- und flächenmässig grösser als die übrigen Einzelstaaten zusammen und barg die wichtigsten Rohstoff- und Industriegebieten des Kaiserreiches. Bedeutender als diese materiellen Aspekte war jedoch der politische Einfluss Preussens. Der preussische König war gleichzeitig deutscher Kaiser und der preussische Ministerpräsident Reichskanzler. Der von Vertretern der Ein-

---

93 Auch Kautsky erkannte die Bedeutsamkeit der Problemstellung Bernsteins, oder, wie *Walther* (". . . aber nach der Sündflut kommen wir und nur wir", 150) es ausdrückt, den "verborgenen Kern" seiner Revision, s. z.B. Kautsky an Adler, 5.6.1901, 21.11.1901 und 18.10.1904, Brw. Adler, 355–57, 382 und 432.

94 Bernstein an Kautsky, 15./17.12.1891, IISG, KN DV 185.

95 Bernstein an Kautsky, 8.4.1892, ib., DV 154.

96 *Bernstein*, 'Die preussischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie', NZ 11, II, 1892–93, 772–78. Im folgenden abgek. 'Landtagswahlen'.

zelstaaten gewählte Bundesrat besass zusammen mit dem Kaiser das Recht zur Auflösung der Reichstages, und die Stellung Preussens im Bundesrat wurde noch dadurch verstärkt, dass es mit seinen Stimmen (17 von 58) alle Gesetzesänderungen zu blockieren vermochte, die die Armee, die Zölle und Staatsverfassung betrafen. Garant der politischen Macht Preussens war die Armee des Kaiserreiches, die zu zwei Dritteln aus preussischen Truppen bestand. Der preussische Landtag war nicht als Volksvertertung konzipiert, sondern als Mittel zur Verhinderung der demokratischen Entwicklung. Die Wahlen zum Landtag waren indirekt und öffentlich. In den Wahlkreisen wurden zuerst in sog. Urwahlen die Wahlmänner gewählt, die dann im zweiten Wahlgang, wiederum öffentlich, die Abgeordneten wählten. Bereits die Öffentlichkeit der Wahl schränkte die Erfolgschancen der Sozialdemokraten stark ein. Ausserdem waren die Wahlen ungleich. Die Stimmberechtigten jedes Wahlkreises wurden aufgrund ihres Steueraufkommens in drei Abteilungen eingeteilt. Im Jahre 1893 beispielsweise, als Bernstein seine Initiative zur Beteiligung an den Wahlen ergriff, gehörten 3,5% der Stimmberechtigten der ersten Abteilung, 12,1% der zweiten und 84,4% der dritten Abteilung an, wobei die potentiellen Anhänger der SPD vor allem in der letzteren zu finden waren. Die faktische Ungleichheit wurde noch verstärkt durch die Einteilung der Wahlkreise, die die Grossgrundbesitzer begünstigte. Die Zusammensetzung des Landtages widerspiegelte also keineswegs den politischen Willen des Volkes, was zu einer niedrigen Stimmbeteiligung führte (im Jahre 1903 beispielsweise 21,6; bei den Reichstagswahlen des gleichen Jahres 75,8). Die Effektivität dieses Systemes ist u.a. daraus ersichtlich, dass die SPD im Jahre 1903 – als sie sich zum ersten Male in ganz Preussen an den Wahlen beteiligte – keinen einzigen Vertreter in den Landtag entsenden konnte, obschon sie 19% der Urwählerstimmen des ersten Wahlganges erhielt. Im Jahre 1908 erhielt die SPD bei einem Urwähleranteil von 23,9% 7 Sitze (von 424), währen zwei konservative Parteien bei einem Urwähleranteil von 16,7% auf 212 Sitze kamen.[97]

Mit seiner Initiative griff Bernstein also in eine sehr zentrale Frage ein. Zu Beginn der 90er Jahre sah die SPD im Wahlboykott und in der Agitation für ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht die wirksamsten

---

[97] *Born*, 'Von der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg', 225–26; *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 564–68; *Fuchs*, 'Bundesstaaten und Reich'; *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III, 80–94 und 798–802; W.J. *Mommsen*, 'Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 als dilatorischer Herrschaftskompromiss'; *Schuster*, Das preussische Dreiklassenwahlrecht, der politische Streik und die deutsche Sozialdemokratie bis zum Jahre 1914, 1–39; *Stürmer*, 'Eine politische Kultur – oder zwei?'.

Mittel, um gegen das preussische Wahlsystem anzukämpfen.[98] Nach Meinung Bernsteins genügte dies jedoch nicht mehr. Er schlug vor, dass eine Änderung des Wahlsystems auch 'von innen heraus', durch eine Beteiligung an den Wahlen angestrebt werden sollte. Die Sozialdemokraten sollten zusammen mit den liberalen Wahlmännern an das Aufbrechen der konservativen Vorherrschaft gehen.[99] Die Taktik der Partei stützte sich nach Bernstein bisher auf die Annahme, dass die bürgerliche Gesellschaft und damit natürlich auch das reaktionäre preussische Wahlsystem in Bälde zusammenbrechen würden. Bernstein wiederum war zu der "festen Überzeugung" gelangt, dass eine "Katastrophe" in nächster Zukunft nicht eintreten werde.[100] Er gestand zwar zu, dass "unzählige symptomatische Erscheinungen" zeigten, dass die "bürgerliche Gesellschaft" auf dem Weg zu ihrem Zusammenbruch sei, erinnerte jedoch gleichzeitig daran, dass dieser Zusammenbruch sich nicht "willkürlich herbeiführen" lasse, ebensowenig wie sich der genaue Zeitpunkt des Zusammenbruches bestimmen lasse.[101] Zu optimistisch sei es auch – in der Art Bebels und Engels' – anzunehmen, dass die Partei ihren Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen in gleicher Weise erhöhen könne wie in den Jahren 1887–90, als auch viele bürgerliche Wähler für die Sozialdemokraten gestimmt hatten, da sie in ihnen die einzige wirkliche Oppositionspartei sahen. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzen hätten sich jedoch die Verhältnisse geändert.[102]

Aufgrund seiner Gesamtsicht gelangte Bernstein zu praktischen Schlussfolgerungen. Da die bürgerliche Gesellschaft zu jenem Zeitpunkt nicht am Zusammenbrechen sei, müssten sich die Sozialdemokraten bereits in der herrschenden Gesellschaftsform energisch für die Rechte der Arbeiterklasse einsetzen. Die von Bernstein empfohlene Taktik bedeutete eine Zusammenarbeit mit dem liberal gesinnten Bürgertum, eine Politik der Kompromisse. Er war davon überzeugt, dass die Kompromisse an sich nicht im Widerspruch stünden mit den Prinzipien der Partei. Die Kompromisse stellten vielmehr in manchen Fällen ein Anzeichen für die Stärke der Partei und die Furcht vor ihnen ein Anzeichen für das fehlende Vertrauen in die

---

[98] Näheres dazu s. beispielsweise *Schuster*, 42–53.
[99] *Bernstein*, 'Landtagswahlen', 775–76.
[100] Bernstein an Kautsky, 15.10.1893, IISG, KN DV 256. Desgleichen Bernstein an Kautsky, 23.11.1893, ib., DV 261.
[101] *Bernstein*, 'Landtagswahlen', 775 und 777.
[102] Bernstein an Kautsky, 15.10.1893, IISG, KN DV 256. Bei den Wahlen des Jahres 1887 hatten die Sozialdemokraten 763 128 Stimmen und 1890 1 427 298 Stimmen erhalten. Bebel und Engels waren optimistisch und erwarteten für die Partei bei den Wahlen von 1893 2,5 Millionen Stimmen. Diese Voraussage bewahrheitete sich jedoch nicht und die SPD erhielt lediglich 1 786 738 Stimmen, *Steinberg*, 68–69. Erwähnt sei noch, dass die SPD 1912, bei den letzten Wahlen vor dem Weltkrieg, 4 250 399 oder 34,7 % der abgegebenen Stimmen erhielt.

eigenen Kräfte dar. Er betonte, dass die Arbeiterklasse alle, auch 'parlamentarische' Mittel zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse einzusetzen habe. Gleichzeitig warnte er jedoch davor, die parlamentarische Tätigkeit als Selbstzweck zu sehen; sie sollte lediglich Mittel zum Zweck sein.[103]

Diese Auffassungen können, im Vergleich zu den in der Partei herrschenden Auffassungen, nicht als revisionistisch angesehen werden – zumindest wenn man die Auffassungen Kautskys als Vergleich heranzieht. Kautsky war mit dem Artikel Bernsteins "völlig einverstanden".[104] Bernsteins Auffassungen hatten sich zwar gewandelt: mehr als zehn Jahre früher hatte er sich gegen eine Beteiligung der Sozialdemokraten an den Landtagswahlen gestellt, da dies eine zu weit gehende Zusammenbeit mit den bürgerlichen Parteien bedeutet hätte.[105] Der Wandel der Auffassungen Bernsteins in dieser Frage kann jedoch nicht als Anzeichen einer revisionistischen Wende angesehen werden, da noch am Mainzer Parteitag von 1900 "die Auffassungen zu dieser Problematik selbst bei den revolutionären Sozialdemokraten noch immer auseinandergingen".[106] Als erstes Anzeichen der revisionistischen Wende Bernsteins kann nicht einmal gelten, dass er die Frage nach dem zeitlichen Ablauf des Zusammenbruchs stellte, denn auch in dieser Frage herrschte in der Partei und 'selbst bei den revolutionären Sozialdemokraten' Uneinigkeit. Die Frage nach dem zeitlichen Ablauf des Zusammebruches kann gewissermassen als Ausgangspunkt angesehen werden, von dem aus entweder eine revolutionäre oder eine reformistische Tätigkeit in die Wege geleitet werden konnte. Die Tatsache, dass Bernstein zwei Jahre später den letztern Weg wählte, bedeutet nicht, dass er diese Wahl bereits im Herbst 1893 getroffen hatte.

Bernstein formulierte seinen Artikel äusserst vorsichtig; er wollte lediglich die Frage zur Diskussion stellen.[107] Es ging um ein Problem, für das er über keine fertige Antwort verfügte und nicht darum, dass er seine 'revisionistischen' Ansichten hätte verbergen wollen. Bernstein musste feststellen, dass er damit Auffassungen berührt hatte, die zu Gefühlsfragen geworden waren und denen mit rationalen Argumenten nicht mehr zu begegnen war.[108] An der Kölner Parteiversammlung im Oktober wurde einstimmig

---

[103] *Bernstein*, 'Landtagswahlen', 775 und 777.
[104] Kautsky an Bernstein, 21.9.1893, IISG, KN C 92.
[105] Protokoll der Zürcher Tagung 1882, IISG, MN 1479, 11.
[106] *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 568. Über die Diskussion Ende der 90er Jahr s. näher bei *Schuster*, 54–75.
[107] *Bernstein*, 'Landtagswahlen', 778.
[108] *Bernstein*, 'Mein Vorschlag und das Resultat der Diskussion darüber', NZ 12, I, 1893–94, 72.

eine Resolution gutgeheissen, die "Kompromisse mit feindlichen Parteien" als unvereinbar mit den Prinzipien der Partei bezeichnete. Als einzige Aktionsform gegen das preussische Wahlsystem wurde "eine umfassende und energische Agitation" zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes bezeichnet. In seiner Begründung der Resolution verurteilte Bebel den Vorschlag Bernsteins als "ein ausserordentlich gewagtes Experiment". Die Partei müsse die Wahlen gerade deshalb boykottieren, da sie "aus eigenen Kräften", d.h. ohne die Unterstützung des liberalen Bürgertums, kein Vertreter in den Landtag entsenden könne. Nach Meinung Liebknechts war die damalige Taktik der Partei so selbstverständlich richtig, dass er "nur" bemerken wollte: "Kompromisse sind Verrat, die ein Prinzip opfern".[109] Nach Meinung Liebknechts, des Chefredakteurs des *Vorwärts*, war der Vorschlag Bernsteins so abwegig, dass er sich weigerte, den Kommentar Bernsteins, des ständigen und festangestellen Mitarbeiters der Zeitung, zu veröffentlichen. Dies führte zu einer weiteren Abkühlung ihrer ohnehin nicht sehr guten Beziehungen. Bernsteins beschuldigte Liebknecht einer selbstherrlichen Vorgehensweise – "Le Vorwärts, c' est moi!" – und war nahe daran, seine Mitarbeit an der Zeitung ganz aufzugeben.[110] "Es ist etwas wrong in unsrer Partei", schloss Bernstein und präzisierte: "Es fehlt an Leben, an Frische, an Aufschwung, es geht alles so traditionell, so routinemässig zu."[111]

Vom Standpunkt der Parteileitung aus hatte Bernstein begonnen, sich den praktischen Problemen der Partei zu entfremden. Der *Vorwärts* hielt es für angezeigt, an die Prinzipien zu erinnern, auf denen die Tätigkeit der Partei gründe: "... die Revolutionen werden nicht gemacht, sie machen sich von selbst, und spotten aller Vorherbestimmungen und Berechnungen. Sie kommen wie der Dieb über Nacht".[112] Bernstein wiederum war zu der Auffassung gelangt, dass die Klassenkampftheorie zur "Theorie einer chinesischen Mauer" umfunktioniert worden war, woraus folge, dass man "unter *keinen* (Hervorh. d. Bernstein) Umständen *selbst* (Hervorh. durch d. Verf.) etwas dazu tun (dürfe), die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien für die Interessen des Proletariats auszunüzen".[113] Die Parteileitung verhalte sich passiv und fürchte sich sogar vor dem selbständigen Vorgehen der Massen.[114] Gegen die Beschränkungen des Wahlrechtes sollte

[109] Prot. Köln 1893, 253–55 und 266.
[110] Bernstein an Kautsky, 2.10.1893, IISG, KN DV 254.
[111] Bernstein an Kautsky, 20.10.1893, ib., DV 257.
[112] 'Phrase!', Vorwärts Nr. 230, 30.9.1893.
[113] Bernstein an Kautsky, 15.10.1893, IISG, KN DV 256. Desgleichen Bernstein an Kautsky, 14.11.1893, ib., DV 260.
[114] Bernstein an Kautsky, 4.11.1893, ib., DV 259.

auch schärferes Geschütz als blosse Agitation aufgefahren werden können, Massendemonstrationen und unter gewissen Voraussetzungen sogar politische Streiks. In seinem im Februar 1894 veröffentlichten Artikel *Der Strike als politisches Kampfmittel*[115] brachte Bernstein diese Kampfformen zur Sprache, worauf Bebel bemerkte, dass Bernstein bereits "ganz und gar der Fühlung mit den praktischen Verhältnissen und der Agitation beraubt" sei.[116] Wiederum war es fast nur Kautsky, der Bernstein in dieser Frage unterstützte.[117]

Zu Beginn seines Artikels bemerkte Bernstein, dass in der Welt nichts "von selbst" passiere. Es sei deshalb ständig zu überlegen, welche Massnahmen im jeweiligen Falle am zweckmässigsten seien: "Die *Revision* der angewendeten Mittel ist daher keine unwichtige Beschäftigung für kämpfende Parteien".[118] Der politische Streik, um "durch Einstellung der Arbeit die Gewährung politischer Forderungen zu erzwingen"[119], sei dann eine brauchbare Waffe, wenn die Parteien der herrschenden Klassen uneins seien, wenn die Unzufriedenheit des Volkes mit den herrschenden Verhältnissen stark sei und wenn eine gut organisierte Arbeiterbewegung die Führung des Streiks übernehmen könne. Die Partei müsse die Zersplitterung des Bürgertums für die Durchsetzung ihrer eigenen Ziele ausnützen. Bernstein betonte, dass "der Klassenkampf die Gemeinsamkeit verschiedener Klassen in Bezug auf bestimmte Forderungen" nicht ausschliesse.[120] Er begründete seine Auffassung auch mit einem historischen Beispiel. Die "kolossale Niederlage"[121] der englischen Chartisten in den 40er Jahren war nach Bernstein darauf zurückzuführen, dass die Führer der Bewegung nicht genügend energisch die Zusammenarbeit mit der liberalen Opposition gesucht hatten.[122] Bernstein erzählte dies nicht als historisches Kuriosum sondern als Lehre für die deutschen Sozialdemokraten: der Fehler der Chartisten sollte nicht wiederholt werden. Dies sei jedoch ständig der Fall,

---

115 NZ 12, I, 1893–94, 689–95. Der Beginn des Zeitalters der politischen Streiks wird im Jahre 1893 angesetzt, als diese von der belgischen Arbeiterbewegung erfolgreich zur Erweiterung des Stimmrechtes eingesetzt wurden. *Haupt/ Jost/ Leithäuser/ Mückenberger/ Steinberg*, 'Der Politische Streik – Geschichte und Theorie', 17.

116 Bebel an Engels, 4.8.1894, Brw. Bebel–Engels, 773. S. auch Bebel an Engels, 21.3.1894, ib., 755. Engels zeigte sich ebenfalls besorgt, s. Engels and Kautsky, 3.11.1893, Brw. Engels–Kautsky, 391.

117 Z.B. Kautsky an Adler, 26.11.1893, 9.3.1894 und 5.5.1894, Brw. Adler, 129, 136 und 152. Über die Massenstreikdebatte, s. z.B. *Fricke*, 'Auf dem Weg nach Mannheim' und H. *Mommsen*, 'Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg', 482–86.

118 *Bernstein*, 'Der Strike als politisches Kampfmittel', 689. Hervorh. durch d. Verf.

119 Ib.

120 Ib., 693–94.

121 Bernstein an Kautsky, 27.2.1894, IISG, KN DV 278.

122 *Bernstein*, 'Der Strike als politisches Kampfmittel', 690–91 und 693.

denn die deutschen Sozialdemokraten wachten nach wie vor über die Reinheit ihrer Prinzipien durch den Boykott der preussischen Landtagswahl und durch die Vermeidung jeder Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum.

Auch in diesem Artikel ging es lediglich um eine 'Revision' der Taktik. Zwar wurde hier erstmals der Begriff 'Revision' von Bernstein selbst gebraucht. Man könnte dies so interpretieren, dass er lediglich eine Revision der Taktik vorschlug, da er in dieser Phase noch keine Revision der Theorie vorzuschlagen wagte. Für eine solche Annahme finden sich jedoch weder in den gedruckten noch in den ungedruckten Quellen Belege. Die 'unrevisionistische' Natur des Artikels zeigt sich auch darin, dass Bernstein — im Gegensatz zu seinen späteren Auffassungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts — das Mittel des politischen Streiks nicht bloss auf die Erweiterung oder Verteidigung des Stimmrechts beschränken wollte. Er bemerkte, dass der politische Streik auch dann eine brauchbare Waffe sei, wenn das Stimmrecht bereits errungen sei, da "die wichtigsten Entscheidungen" oft genug "von ausserparlamentarischen Ereignissen" bestimmt würden.[123]

Nach zwei Jahren, im Frühling 1896, hatte Bernstein die Problematik der Bündnispolitik in einer für den Bernsteinschen Revisionismus charakteristischen Weise gelöst. Er verlangte eindringlicher denn je eine Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum und begründete dies damit, dass ein Zusammenbruch des Kapitalismus unwahrscheinlich und dass die bürgerliche Gesellschaft widerstandsfähiger sei als angenommen. Er erinnerte die deutschen Sozialdemokraten von allem daran, dass der reaktionäre Charakter der politischen Verhältnisse Deutschlands keineswegs ein Anzeichen für den wirtschaftlichen Verfall und für den bevorstehenden Zusammenbruchs des deutschen Kapitalismus sei.[124] Ein Jahr später forderte er seine Partei wiederum auf, sich an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen und legte gleichzeitig eine präzisere Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung vor. Diese Einschätzung kann bereits als klare Ausformulierung der ontologischen Prämissen einer reformistischen Politik angesehen werden. Er bemerkte, dass sich den Sozialdemokraten bei der Demokratisierung des preussischen Wahlsystems "eine grosse Aufgabe" stelle und fuhr fort:

---

[123] Ib., 695.

[124] *Bernstein*, 'Die Sozialdemokratie und das neue Landtagswahlsystem in Sachsen', NZ 14, II, 1895—96, 186—88. D.h. bildhaft gesprochen: "Die Welt ist nicht nur von Ostelbiern bewohnt", *Bernstein*, 'Meine Häutung und Kautskys Deutung', Vorwärts Nr. 93, 21.4.1899. Cf. *Lehnert*, Reform und Revolution in den Strategiediskussionen der klassischen Sozialdemokratie, 171—72.

"Wer an das baldige Eintreten des grossen Zusammenbruchs glaubt, mag sie gering schätzen. Wer aber einen anderen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung für möglich und wahrscheinlich hält, wer vor allen Dingen glaubt, dass der Weg zu höheren Gesellschaftseinrichtungen nicht notwendigerweise über Untiefen zu gehen braucht, vielmehr um so mehr abgekürzt wird, je mehr er in aufsteigender Richtung sich bewegt, der wird ihr eine grosse Bedeutung beimessen".[125]

Zur Verstärkung und Beschleunigung der demokratischen Entwicklung Deutschlands müsse die Phrasendrescherei aufgegeben und wirklich etwas getan werden. Die unabdingbare Voraussetzung dafür sei ein Bündnis mit den fortschrittlichen Elementen des Bürgertums, wie dies die Erfahrungen aus den übrigen entwickelten kapitalistischen Staaten zeigten.[126] Bernstein führte wiederum die Niederlage der Chartisten als Beispiel an. Diese seien nicht deshalb unterlegen, weil sie die "die Reinheit des Prinzips" nicht gepflegt hätten, sondern deshalb, weil sie die Liberalen als ihre Hauptfeinde ansahen. Erst nachdem sich ein Teil der Arbeiterbewegung "mit dem linken Flügel des Bürgertums" verbündet habe, seien konkrete Resultate erreicht worden, d.h. die Stimmrechtserweiterungen der Jahre 1867 und 1884.[127] Bernstein stellte also den deutschen Sozialdemokraten die Aus-

---

[125] *Bernstein*, 'Was die Sozialdemokratie in Preussen bei der Landtagswahl ausrichten kann', NZ 15, II, 1896–97, 395. Drei Monate früher hatte Bernstein über die gleiche Frage etwas aphoristischer bemerkt, nachdem er aufgezeigt hatte, dass nicht einmal in England beim Landbesitz ein starker Konzentrationsprozess stattgefunden hatte: "Die Wahrheit ist nicht immer erfreulich, aber sie ist immer nützlich. Sie lehrt uns, mit voller Kraft uns jenen Aufgaben zuzuwenden, die wir lösen können, und bewahrt uns davor, von bevorstehender Ausführung von Lösungen zu träumen, für welche die Voraussetzungen noch nicht erreicht sind", *Bernstein*, 'Probleme des Sozialismus. 4. Die neuere Entwicklung der Agrarverhältnisse in England', NZ 15, I, 1896–97, 782–83.

[126] *Bernstein*, 'Reden oder Kämpfen', NZ 15, II, 1896–97, 502–03. Desgleichen *Bernstein*, 'Kritisches zum Internationalen Londoner Sozialisten- und Gewerkschafts-Kongress', NZ 14, II, 1895–96, 651.

[127] *Bernstein*, 'Klassenkampf und Kompromiss', NZ 15, I, 1896–97, 518–19. Die Änderung der Auffassungen Bernsteins kommt auch in seinem Verhalten zu Franz Mehring zum Ausdruck. Im Herbst 1895 sprach Bernstein sein Bedauern über Mehrings Schreibweise aus, "die ein *nichtsozialistisches Publikum* (Hervorh. durch d. Verf.) geradezu ausschliesst", Bernstein an Kautsky, 14.11.1895, IISG, KN DV 346. Nach Meinung Bernsteins konnte man das Bürgertum zwar der Dummheit und der Feigheit bezichtigen, dies müsse jedoch nicht in der Art Mehrings "auf jeder zweiten Seite" wiederholt werden. Ebenso erlaubt sei es, die historische Mission, Bedeutung und Kraft des Proletariats herauszustreichen, "ohne bei jeder Gelegenheit die hohe Intelligenz des Proletariates zu verhimmeln", Bernstein an Kautsky, 16.9.1895, ib., DV 339. Im Frühling 1897 spottete Bernstein über Mehrings Art, den Ausdruck 'klassenbewusstes Proletariat' zu verwenden: "Die Art, wie Mehring dasselbe zu einer Art übermenschlicher, alle Weisheit vertretenden Persönlichkeit umdichtet, grenzt an's Absurde", Bernstein an Kautsky, 10.3.1897, ib., DV 406. Über die Entwicklung der politischen Ansichten Mehrings in den 90er Jahren s. *Kramme*, Franz Mehring – Theorie und Alltagsarbeit, 64–77 und 85–117.

dehnung der Demokratie als klares Ziel hin, das nur erreicht werden könne, wenn man sich fest und dauerhaft mit dem fortschrittlichen Bürgertum verbünde.

Aufgrund des Gesagten können wir "la 'mue' du Bernstein"[128] auf die Jahre 1894–96 datieren. Anfänglich wurde dies, v.a. Bernstein selbst,[129] bei der Auseinandersetung um die Agrarfrage deutlich, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre die wichtigste theoretische Streitfrage innerhalb der SPD darstellte. Die an die Kleinbauern gerichtete Propaganda der SPD fusste auf der Annahme, dass die Kleingrundbesitze, wie die kleinen Industriebetriebe, unvermeidlich den technisch fortschrittlicheren Grossgrundbesitzen zu weichen hätten. Die Zukunft der Kleinbauern sei deshalb erst in den grossen Produktionsgenossenschaften des sozialistischen Systems gesichert.[130] Nach Meinung Vollmars waren die Kleingrundbesitze jedoch nach wie vor lebensfähig. Es sei deshalb sinnlos, die Bauernschaft über ihren bevorstehenden Untergang im Rahmen des herrschenden Systems aufzuklären und sie lediglich mit besseren Zukunftsaussichten "im Jenseits der sozialistischen Gesellschaft" zu vertrösten. Die Sozialdemokraten dürften der bäuerlichen Bevölkerung nicht "mit leerer Hand" begegnen, sondern müssten, neben den Industriearbeiten, auch den Bauern bereits in der Gegenwart etwas bieten können.[131]

Mit der Zeit akzeptierte Bernstein diese Ansicht Vollmars über die Entwicklung der Landwirtschaft und über die Aufgaben der Partei gegenüber den Kleinbauern. Im Sommer 1892 war Bernstein noch der Meinung, dass das Leben der Kleinbauern erst in der genossenschaftlichen Produktion des sozialistischen Gesellschaftssystems garantiert sei. Die Sozialdemokratie habe jedoch "keine Lust, zu warten, bis der letzte Kleinbauer vom Bourgeois expropriert oder zum Zinsenknecht degradiert" sei. Die Sozialdemokratie handle somit "folgerichtig, wenn sie dem Kleinbauer die Hand bietet".[132] Zwei Jahre später betonte Bernstein, dass die Sozialdemokraten die Bauern als Verbündete benötigten, was nicht erreicht werden könne

---

128 *Angel*, 117.
129 Cf. *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 21–22.
130 Über die Agrarfrage s. näher bei *Hussain/Tribe*, Marxism and the Agrarian Question, 72–138; *Lehmann*, Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie, 19–40, 48–63 und 96–128 sowie *Maehl*, 'German Social Democratic Agrarian Policy, 1890–1895, Reconsidered'.
131 Prot. Frankfurt am Main 1894, 144–49. Cf. *Lehmann*, 66–76 und 138–45. Nach Meinung Kautskys hatten die Sozialdemokraten "dem verzweifelnden Bauern" zu zeigen, dass seine Lage "naturnotwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise" entspringe und dass "ihm nur die Verwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen" könne. Prot. Breslau 1895, 125. Cf. darüber *Hesselbarth*, 'Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky', 360–86.
132 Bernstein an Kautsky, 8.4.1892, IISG, KN DV 154.

durch das ausschliessliche Verweisen auf die wirtschaftliche Entwicklung.[133] Im Februar 1895 war sich Bernstein bereits darüber im klaren, dass die Entwicklung der Landwirtschaft nicht "homogen" sei mit der Entwicklung in der Industrie.[134] Im Frühling 1895 musste Kautsky mehrfach bei Bernstein nachfragen, weshalb die versprochenen Rezensionen der Bücher über die Agrarfrage ausblieben. Im Mai gab dann Bernstein endlich als Grund an, dass er in Bezug auf die Agrarfrage "in einer Art Krisis" stecke:

> "Ich fühle mich unsicherer als je, darüber zu schreiben, es gibt so viele Erscheinungen, die einem skeptisch stimmen, zu deren Erklärung oder *Vereinbarung mit unsrer Theorie* Spezialkenntnisse gehören, die mir abgehen; und die Tatsachen ignorieren , geht doch auch nicht an. Kurz, ich kann die Rezensionen nicht vollenden, bevor ich nicht selbständige Studien an der Hand objektiver Berichte gemacht..."[135]

Im September 1895 war Bernstein mit seinen Studien bereits so weit fortgeschritten, dass er es für nötig befand, Kautsky mitzuteilen, dass er anderer Meinung sei über die Lebensfähigkeit des Kleingrundbesitzes: für den scheine es "noch immer Plätzchen" zu geben.[136] Im Oktober zog Bernstein aus seinen Nachforschungen bereits eine Schlussfolgerung, die auch seine später zentrale Behauptung über den Widerspruch zwischen der revolutionären Theorie und der reformistischen Praxis der SPD umfasste:

> "Ich leide schon lange im Stillen unter der Beobachtung, dass wir uns furchtbar einseitig entwickeln (...) *Praktisch sind wir eigentlich doch nur eine radikale Partei*, d.h. wir tun nicht mehr als was anderwärts bürgerlich radikale Parteien tun. Es ist das auch gar nicht anders möglich, nur dass wir es uns meist verheimlichen und *eine Sprache führen, die ausser Verhältnis zu unsern Taten und zu unsern Machtmitteln steht.* So ist man auch in der Landfrage um den *Kernpunkt* herumgegangen, der meines Erachtens darin besteht, dass wir nach Lage der Dinge die Bauern, die wir doch nicht als Genossen kriegen werden, als *Bundesgenossen* brauchen – pro temp., wie man hier sagt.[137]

---

[133] Bernstein an Kautsky, 27.4.1894, ib., DV 283.
[134] Bernstein an Kautsky, 18.2.1895, ib., DV 311.
[135] Bernstein an Kautsky, 20.5.1895, ib., DV 326. Hervorh. durch d. Verf. In der ersten Hälfte der 90er Jahre stand Bernstein in auffälliger Weise im Abseits bei der Diskussion der Agrarfrage, cf. *Lehmann*, 137–38 und 170–71.
[136] Bernstein an Kautsky, 16.9.1895, IISG, KN DV 339. Desgleichen Bernstein an Kautsky, 30.9.1895, ib., Beilage 2. Cf. *Bernstein*, 'Agrarisches aus England', NZ 14, II, 1895–96, 339–40.
[137] Bernstein an Kautsky, 21.10.1895, IISG, KN DV 342. Hervorh. durch d. Verf.

Bis zum Beginn des Jahres 1898 war die Kritik Bernsteins gegenüber der 'Zusammenbruchstheorie' verdeckt und indirekt; sie verbarg sich in historischen Beispielen und Rezensionen.[138] Die zentralste Form der indirekten Kritik war jedoch die Kritik des englischen Sozialismus. Bernsteins Beurteilungen der englischen, sich als Marxisten bezeichnenden Sozialisten nahmen gegen Mitte der 90er Jahre einen immer negativeren Charakter an. Ungefähr bis zum Jahre 1893 erschienen sie in den Texten Bernsteins in einem positiven Lichte – er versuchte zumindest, Verständnis für sie aufzubringen. Den Grund für das Erstarken des englischen Sozialismus sah Bernstein in der Erschütterung der englischen Monopolstellung auf dem Weltmarkt und in der Ausweitung des Stimmrechtes. Seiner Meinung nach hatte in England früher eine Harmonie bestanden zwischen Arbeit und Kapital, da England den Weltmarkt beherrschte und die Ausbeutung seiner Kolonien mit Erfolg betrieb.[139] Noch im Sommer 1892 machte er nicht die englischen Sozialisten selbst, sondern die ungünstigen Umstände für ihr schlechtes Abschneiden bei den Wahlen verantwortlich. Vor allem das Majorzwahlsystem mache es Gegnern der Liberalen und Konservativen äusserst schwer, Sitze zu erringen.[140] Bereits im März 1893 kritisierte er jedoch die antiliberale Taktik der englischen Sozialisten und im selben Jahr ihre angebliche Geringschätzung der Bedeutung des Stimmrechtes.[141] Bemerkenswert ist, dass Bernstein seine Kritik vor allem gegen die antiliberale Taktik der Sozialisten, d.h. gegen das Fehlen einer Bündnispolitik richtete. Er war bereits von Anfang an der Meinung, dass die Liberalen den Arbeitern mehr zu bieten hatten als die Konservativen.[142] Seine Ein-

---

[138] Im Frühling 1896 wollte Bernstein u.a. "der verbreiteten Auffassung" vorbeugen, "als ob die in der modernen Gesellschaft sich vollziehende Zuspitzung des Klassenkampfes lediglich eine Reduzierung auf zwei, aus homogenen Einheiten bestehende Gruppen bedeute". Bernsteins Rezension zu Antonio *Labriola*, Saggi intorno alla Concezione Materialistica della Storia, NZ 14, I, 1895–96, 729. S. auch Bernsteins 'Nachwort', Sidney und Beatrice *Webb*, Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus, Stuttgart 1895, 444–45 sowie Bernsteins Rezension zu Ernst Jr. *Wyneken*, Der sozialistische Zukunftsstaat oder die Verstaatlichung der Produktionsmittel, Stuttgart 1894, NZ 13, II, 1894–95, 249. Im Januar 1897 warnte Bernstein davor, das Problem der Arbeitslosigkeit "mit dem blossen Hinweis auf die unvermeidliche Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaft" zu übergehen: "Es ist vielmehr, wenn man den Utopismus vermeiden will, die gegebene Sachlage ebenso genau ins Auge zu fassen, wie das voraussichtliche Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung". Bernsteins Rezensionen zu John A. *Hobson*, The Problem of the Unemployed und id., Problems of Poverty, NZ 15, I, 1896–97, 500.

[139] *Bernstein*, 'Briefe aus England', NZ 9, I, 1890–91, 25–26, 102–03 und 795.

[140] *Bernstein*, 'Zu den Wahlen in England, I', Vorwärts Nr. 145, 24.6.1892.

[141] *Bernstein*, 'Aus England', Vorwärts Nr. 57, 233, 239 und 296: 8.3., 4.10., 11.10 und 17.12.1893.

[142] *Bernstein*, 'Briefe aus England', NZ 9, I, 1890–91, 25–26 und 105–06 sowie NZ 10, I, 1891–92, 244–45 und 248; 679–80 und 683 sowie NZ 11, I, 1892–93, 629–30; 'Von Liverpool nach Newcastle', NZ 10, I, 1891–92, 18; 'Kommunales aus England', Vorwärts Nr. 272, 20.11.1891 und 'Aus England', Vorwärts Nr. 35, 10.2.1893.

stellung zu den Liberalen führte ihn, offensichtlich bereits vom Jahre 1889 an, in "Konflikte" mit Engels,[143] der nach Bernstein "etwas zu einseitig in Parteifragen" war.[144] Bernstein kritisierte die Auffassung Engels', wonach die Agitation der Liberalen gegen das Oberhaus lediglich den Versuch darstelle, das Intresse der Arbeiter von ihnen wichtigeren Fragen abzulenken. Nach Meinung Bernsteins brachte die Agitation der Liberalen gegen die Vorrechte des Oberhauses auch Vorteile für die Arbeiter: um in dieser Frage die Unterstützung der Arbeiter zu gewinnen und zu bewahren, mussten die Liberalen immer mehr Forderungen der Arbeiterschaft in ihr Programm aufnehmen.[145]

Vom Jahre 1894 an war Bernstein mehr und mehr davon überzeugt, dass sich die Sozialisten ihr schlechtes Abschneiden bei den Wahlen selbst zuzuschreiben hatten. Er ärgerte sich besonders über Fälle, in denen die Sozialisten in solchen Wahlkreisen die Liberalen bekämpft hatten, in denen sich die Liberalen und die Konservativen die Waage hielten. In diesen Wahlkreisen hatten die Sozialisten vor allem den Liberalen Stimmen weggenommen und damit die Wahlchancen der Konservativen erhöht. Bernstein war der Meinung, dass sich die Sozialisten in diesen Fällen zur Vermeidung solch ungünstiger Konstellationen mit den Liberalen hätten absprechen sollen. Er sah das grösste Hindernis für eine Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Sozialisten in jenen Sozialisten, die nicht gelernt hätten, "die Grenze zu ziehen, wo der nützliche Kompromiss aufhört und der schädliche Kompromiss anfängt".[146]

Je kritischer sich Bernstein gegenüber den englischen Sozialisten verhielt, desto positiver wurde seine Einstellung gegenüber den englischen Fabiern, die die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Liberalen betonten. Zu Beginn der 90er Jahre qualifizierte er die Fabier noch als Vertreter eines "Salonsozialismus" ab[147] und bezeichnete ihr politisches Vorgehen als "possibilistisch bis zum Extrem".[148] Im Frühling 1895 ge-

---

[143] Bernstein an Kautsky, 17.1.1889, IISG, KN DV 109. Cf. Engels an Bebel, 23.1.1890, Brw. Bebel–Engels, 374–75.

[144] Bernstein an Kautsky, 23.11.1893, IISG, KN DV 261.

[145] Bernstein an Kautsky, 22.3.1894, ib., DV 200. S. auch *Bernstein*, 'Die Agitation und Demonstration gegen das Haus der Lords', Vorwärts Nr. 201, 30.8.1894; 'Aus England', Vorwärts Nr. 260, 7.11.1894 und 'Der Wahlkampf in England', Vorwärts Nr. 157, 9.7.1895. Bernstein und Engels gerieten so in einen Disput auch über die Chartisten. Bernstein an Kautsky, 27.2.1894, IISG, KN DV 278.

[146] *Bernstein*, 'Briefe aus England', NZ 12, II, 1893–94, 436–41. Desgleichen Bernstein an Kautsky, 30.3.1895, IISG, KN DV 318; *Bernstein*, 'Die Arbeiter und der Wahlkampf in England', NZ 13, II, 1894–95, 570–71 und 'Englische Partei-Entwicklungen', NZ 14, I, 1895–96, 79–80.

[147] *Bernstein*, 'Briefe aus England', NZ 9, I, 1890–91, 106. S. auch *Bernstein*, 'Aus England', Vorwärts Nr. 279, 27.11.1892.

[148] *Bernstein*, 'Aus England', Vorwärts Nr. 80, 6.4.1893.

stand er jedoch bereits gegenüber Kautsky ein: "Je länger ich hier bin, um so mehr verstehe ich die Fabian Society und die alten Trade Unions".[149] Im Oktober des gleichen Jahres hatte er bei den Fabiern bereits einen wichtigen positiven Zug gefunden: "sie hängen nicht an der Phrase, sondern gehen den Sachen auf den Grund. Dadurch kommen sie in der Praxis dem Marxismus viel näher, als fast alle hiesigen 'Marxisten', vom Esel Hyndman angefangen bis zum Philosophen Bax und dem Poeten Edward (d.h. Aveling – Anm. d. Verf.)".[150] In einem im gleichen Monat erschienenen Artikel bezeichnete Bernstein die Fabier als die "Jesuiten der sozialistischen Bewegung" und lobte ihre Kritik an der zu unabhängigen Politik der englischen Marxisten.[151] Bernstein verglich in diesem Artikel in aufsehenerregender Weise die politischen Ansichten Hyndmans, des Führers der SDF und Bernard Shaws, eines Gründungsmitgliedes der Fabian Society. Er führte ein fast dreiseitiges Zitat Shaws an, um damit aufzuzeigen, dass dessen Kritik an den englischen Marxisten trotz einer gewissen Übertreibung einen "gesunden Kern" enthalte. Shaw behauptete unter anderem, dass die Mehrheit der englischen Sozialisten "fünfzig Jahre in ihren politischen Vorstellungen zurück" sei, worauf Bernstein als Kommentar lediglich anfügte, dass bereits dies die minimale Anhängerschaft der englischen Sozialisten erkläre.[152] Ein Jahr früher hatte er bereits die Partei Hyndmans der Sektiererei beschuldigt[153] und die lange Dauer der "Kinderkrankheiten" bei den englischen Sozialisten bedauert.[154] Die Politik der Fabier stellte gemäss Bernstein eine gesunde Reaktion auf diese Sektiererei dar.[155]

---

[149] Bernstein an Kautsky, 13.4.1895, IISG, KN DV 319. – Engels, der den grössten Teil seines Lebens in England verbrachte (1850–95), verhielt sich ebenfalls sehr kritisch gegenüber den englischen Marxisten, jedoch auch gegenüber den Fabiern. S. z.B. Engels an Bernstein, 29.12.1884 und 7.12.1885, Brw. Bernstein–Engels, 313 und 332; Engels an Bebel, 15.12.1886, Brw. Bebel–Engels 258; Engels an Kautsky, 4.9.1892 und 20.3.1893, Brw. Engels–Kautsky, 362–63 und 381 sowie Engels an Sorge, 18.1.1893, *Marx & Engels*, Werke, Bd. 39, 8–9.

[150] Bernstein an Kautsky, 26.10.1895, IISG, KN DV 343.

[151] *Bernstein*, 'Englische Partei-Entwicklungen', 81.

[152] Ib., 83–85. Oder mit schärferen Worten: "Die lächerlichen Überteibungen der Sozialdem. Föderation erklären, warum viele Arbeiter nicht sozialistisch stimmen", Bernstein an Kautsky, 30.6.1895, IISG, KN DV 329. S. auch *Bernstein*, 'Vom Trade Union-Kongress', Vorwärts Nr. 209, 8.9.1894.

[153] *Bernstein*, 'Die Jahreskonferenz der Sozialdemokratischen Föderation', Vorwärts Nr. 190, 17.8.1894.

[154] *Bernstein*, 'Aus England', Vorwärts Nr. 256 und 269, 2.11. und 17.11.1894.

[155] Bernsteins Vorrede zu dem in der *Neuen Zeit* publizierten Vortrag J.R. MacDonalds, den dieser im Oktober 1895 bei der Versammlung der Fabian Society gehalten hatte, 'Probleme der Demokratie in England', NZ 14, I, 1895–96, 358. Bernstein hatte den Vortrag selbst übersetzt und wollte ihn als Gegengewicht zu der in *Deutschland* vorherrschenden Schablonenhaftigkeit publizieren, Bernstein an Kautsky, 5.12.1895, IISG, KN DV 348. Dies ist wirklich ein Paradebeispiel der indirekten Kritik Bernsteins! S. auch *Bernstein*, 'Russland und die

Die Kritik Bernsteins an den englischen Marxisten gipfelte im Sommer 1895 in der Feststellung, dass ihre kompromisslose Politik in erster Linie der Reaktion zugute komme. In bezug auf die Niederlage der Liberalen und der Sozialisten bei den Parlamentswahlen äusserte Bernstein den Wunsch, dass die "psychologisch erklärliche, aber sachlich wenig begründete" Schadenfreude der Sozialisten über die Niederlage der Liberalen bald verschwände. Danach sei es, bemerkte Bernstein mit Nachdruck, bereits an der Zeit, "die eigene Politik einer Revision zu unterziehen".[156]

Auf wen waren nun aber die Revisionsforderungen Bernsteins gemünzt? In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Bernstein ein in England im Exil lebender *deutscher* Sozialdemokrat war, dessen Schriften für die *deutschen* Sozialdemokraten bestimmt waren. Er versicherte selbst des öfteren, dass seine schriftlichen Aktivitäten auf Detuschland ausgerichtet seien: "...ich frage mich immer: 'was soll werden?'. Ich komme ja Deutschland nicht näher, und doch ist Deutschland das Land meines Wirkens, solange ich Schriftsteller bin".[157] Ebenso unermüdlich versicherte er, dass sich das reaktionäre Deutschland nach dem Modell des fortschrittlichen England entwickeln werde.[158] Mit seiner 'De te fabula narratur'-Argumentation warnte Bernstein seine Partei vor dem düsteren Schicksal der englischen Marxisten: der deutschen Sozialdemokratie werde es gleich ergehen, falls sie ihre eigene kompromisslose Politik fortsetze. Er verhüllte also die Kritik an seiner eigenen Partei mit der Kritik an den englischen Marxisten und forderte seine Parteigenossen auf, von den Erfahrungen eines fortschrittlicheren Landes als Deutschland zu lernen. Im Herbst 1898 konnte er denn auch mit Befriedigung den deutschen Sozialdemokraten berichten, dass ihre englischen Genossen bereits eine Revision ihrer Politik eingeleitet hätten: die "übergrosse Mehrheit" der englischen Sozialisten

---

englischen Radikalen', Vorwärts Nr. 107, 9.5.1897. Drei Monate früher gestand Bernstein Kautsky: "Bax hat recht, ich bin ein Fabier, denn sie sind die einzigen Sozialisten, von denen man hier etwas lernt. Die Anderen sind Utopisten und Dutzendagitatoren". Bernstein an Kautsky, 7.2.1897, KN DV 404.

[156] *Bernstein*, 'Die Arbeiter und der Wahlkampf in England', 571–72. S. auch *Bernstein*, 'Die englische Ministerkrisis', Vorwärts Nr. 145, 25.6.1895; 'Der Regierungswechsel in England und die Neuwahlen', Vorwärts Nr. 152, 3.7.1895.; 'Der Wahlkampf in England', Vorwärts Nr. 157, 9.7.1895; 'Die englischen Wahlen', Vorwärts Nr. 164, 17.7.1895 und 'Über die Wahlen in England', Vorwärts Nr. 169, 23.7.1895.

[157] Bernstein an Kautsky, 10.10.1898, IISG, KN DV 461. S. auch *Bernstein*, 'Erklärung', Vorwärts Nr. 249, 23.10.1898 und 'Eindrücke aus England', Neue Deutsche Rundschau, 1/1901, 564.

[158] Z.B. *Bernstein*, 'Probleme des Sozialismus. 4. Die neuere Entwicklung der Agrarverhältnisse in England', 782; 'Die Beziehungen zwischen Sozialisten und Radikalen in England', NZ 17, I, 1898–99, 50–51; 'Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. 1. Polemisches', 493, Anm. 2 sowie 'Die neueste Prognose der socialen Revolution', SM 6, II, 1902, 594–95.

habe sich bereits davon überzeugt, dass eine Zusammenarbeit "mit vorgeschrittenen bürgerlichen Parteien" nicht zu verurteilen sei.[159]

Falls die Schlussfolgerung gutgeheissen wird, dass sich Bernsteins Kritik des englischen Marxismus in erster Linie auf die deutschen Sozialdemokraten bezog und dass sie also die Wandlung seiner Ansichten über die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie ausdrückte, kann die revisionistische Wende Bernsteins auf Anfang 1895 datiert werden. Er war damals gerade daran, die 'Zusammenfassung' von fünf Jahren intensiver Forschungsarbeit zu verfertigen. Ausdruck davon war sein den englischen – und damit auch den deutschen – Marxisten erteilter Ratschlag zur Revision ihrer Politik und seine zur gleichen Zeit gezogene Schlussfolgerung über die Lebensfähigkeit des Kleingrundbesitzes und die daraus folgende Notwendigkeit zur Entwicklung einer Bündnispolitik mit den Bauern. Dazu lassen sich noch weitere Belege finden. Zu Beginn des Jahres 1895 bedauerten Bernstein und Kautsky, diese in parteipolitischer Hinsicht "siamesischen Zwillinge",[160] dass sie ihren Gedankenaustausch nur auf schriftlichem Wege bewerkstelligen konnten. Kautsky, der damals Bernstein mehr vertraute als sich selbst,[161] fasste in den ersten Monaten jenes Jahres auch eine Übersiedlung nach London ins Auge. Nach der optimistischen Einschätzung Kautskys hätte ihnen dies ermöglicht, viele knifflige theoretische Probleme "in ein paar Minuten" zu erledigen.[162] Die beiden Freunde waren sehr enttäuscht, als sich Kautskys Plan als undurchführbar erwies.[163] Gerade im Frühling 1895 klagte Bernstein Kautsky, dass er "in einer sehr deprimierten Stimmung" sei: "Unsere Bewegung geht vorwärts, aber in ihrem Fortgang entwickelt sie Seiten, die wirklich sehr pessimistisch stimmen. Manchmal geht bei mir der Pessimismus so weit, dass ich an mit selbst zu zweifeln beginne".[164] Dieser durch

---

[159] *Bernstein*, 'Die Beziehungen zwischen Sozialisten und Radikalen in England', 59. Der Gang der Entwicklung war nach Bernstein bereits ein Jahr früher ersichtlich, *Bernstein*, 'Der Kampf der Maschinenbauer und der Gewerkschaftskongress von Birmingham', NZ 16, I, 1897–98, 26.

[160] *Kautsky*, 'Zum 80. Geburtstag Eduard Bernsteins', Der Kampf 23, 1930, 15. Kautsky musste seine Charakterisierung verständlicherweise noch ergänzen: "Auch solche können gelegentlich miteinander streiten. Wir haben das zeitweise recht ausgiebig besorgt", ib.

[161] *Kautsky*, 'Eduard Bernstein zu seinem fünfundsiebzigsten Geburtstag', Die Gesellschaft 1, 1925, 14.

[162] Kautsky an Bernstein, 30.4.1896, IISG, KN C 127.

[163] Bernstein an Kautsky, 9.2. und 30.3.1895, ib., DV 310 und 318 sowie Kautsky an Bernstein, 5.4.1895, ib., C 107.

[164] Bernstein an Kautsky, 13.4.1895, ib., DV 319. Einen aufschlussreichen Überblick über den Entstehungsprozess des Revisionismus Bernsteins aufgrund seiner Briefe an Kautsky gibt *Steinberg*, 'Die Herausbildung des Revisionismus von Eduard Bernstein im Lichte des Briefwechsels Bernstein–Kautsky'. S. auch *Meyer*, Bernsteins konstruktiver Sozialismus, 27–34.

das Schwanken der politischen Überzeugung hervorgerufene seelische Druck führte dann schliesslich dazu, dass Bernstein ernsthaft an die Aufgabe der hauptamtlichen Mitarbeit an der *Neuen Zeit* dachte – um damit den Verpflichtungen und Einschränkungen eines Parteitheoretikers zu entgehen – und mit einem bürgerlichen Beruf liebäugelte, zuerst im Jahre 1896 in Johannesburg und Paris und schliesslich 1898 als Buchhänder in der Schweiz.[165]

Während Bernstein im Jahre 1895 sich mehr und mehr von der Realitätsferne der 'Zusammenbruchstheorie' überzeugte, festigte sich auch seine Auffassung darüber, dass die Verwirklichung des Sozialismus bei weitem nicht so einfach sei, wie er das noch 1891 geglaubt hatte. Der Verwirklichung des Sozialismus stand die Kompliziertheit der kapitalistischen Gesellschaft und der Wirtschaft im besondern in Wege. 1896 konnte Bernstein seine geänderten Auffassungen nicht mehr für sich behalten. Im Herbst 1896 begann er in der *Neuen Zeit* eine Artikelfolge über die *Probleme des Sozialismus* zu veröffentlichen. Diese von ihm übernommene Aufgabe begründete er damit, dass in der Partei einerseits jedes Eingehen auf die zukünftige sozialistische Gesellschaft vermieden, andererseits jedoch unterstellt werde, dass ein jäher "Sprung von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft" stattfinden würde.[166] In Wirklichkeit sei es hingegen, wie Bernstein gleichzeitig in einem anderen Artikel offen darlegte, so, dass sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus "offenbar nur in einer Serie organischer Reformen verwirklichen kann, die *Zeit* und *geordnete Zustände* zur ihrer vollen Durchführung brauchen". Das Kapital könne nicht "kurzweg 'zerstört' ", sondern "nur aufgehoben werden, indem man es in seinen genügend entwickelten Formen unter direkte Kontrolle der Gesellschaft bringt". "Zu zerstören sind", präzisierte Bernstein weiter, "bloss die Hindernisse, die dieser Überführung im Wege stehen".

---

[165] Bernstein an Kautsky, 9.6., 15.6., 16.6., 19.6.1896 und 24.3.1898, IISG, KN DV 368, 371, 372, 373, und 436.

[166] *Bernstein*, 'Probleme des Sozialismus. 1. Allgemeines über Utopismus und Eklektizismus', NZ 15, I, 1896–97, 165. Die Artikelfolge umfasst ausserdem noch die folgenden Teile: '2. Eine Theorie der Gebiete und Grenzen des Kollektivismus', ib., 204–13; '3. Der gegenwärtige Stand der industriellen Entwicklung in Deutschland', ib., 303–11; '4. Die neuere Entwicklung der Agrarverhältnisse in England', ib., 772–83; '5. Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl', ib., II, 100–07 und 138–43; 'Der Sozialismus und die gewerbliche Arbeit der Jugend. Probleme des Sozialismus, 2. Serie I', NZ 16, I, 1897–98, 37–44 sowie 'Das realistische und ideologische Moment im Sozialismus, 2. Serie II', ib., II, 225–32 und 388–95. Nach dem ursprünglichen Plan sollte der Artikel 'Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft' (ib., I, 484–94 und 548–57) den Abschluss der Artikelserie bilden, die Provokation Bax' führte jedoch dazu, dass daraus ein selbständiger Artikel wurde, Bernstein an Kautsky, 5.2.1898, IISG, KN DV 431 und *Bernstein*, 'Das realistische und ideologische Moment im Sozialismus', 225.

Vorderhand fehlten jedoch noch in hohem Grade "die subjektiven und objektiven Vorbedingungen der Verwirklichung des kommunistischen Gemeinwesens".[167] Die Sozialisten hätten sich also an den Gedanken einer stufen- und teilweisen Sozialisierung der Wirtschaft zu gewöhnen.[168] Bernstein schätzte, das dass es die Gesellschaft noch 1921 mit 60 000 grossen und mittelgrossen Betrieben zu tun haben werde. Die Unterstellung dieser Betriebe unter die Kontrolle der Gesellschaft könne also unmöglich mit einem Schlage erfolgen, besonders bei Berücksichtigung der gleichzeitig durchzuführenden Sozialisierung ebenso vieler Landwirschaftsbetriebe. Ein weiteres Hindernis für die rasche Verwirklichung des Sozialismus seien die Rechtsnormen, die sich nur langsam veränderten.[169]

Diese für den Bernsteinschen Revisionismus charakteristischen 'organischen' Auffassungen waren z.T. auch Schlussfolgerungen und Lehren, die er aus seinen eigenen historischen Nachforschungen gezogen hatte. Zu Beginn der 90er Jahre befasste er sich mit der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts. In der Vollendungsphase dieser Untersuchung, die bemerkenswerterweise gerade auf den Frühling 1895 fiel, war er zu der Auffassung gelangt, dass der grösste Teil jener Weisheit, mit der sich die Sozialdemokraten brüsteten, im Grunde genommen "sehr alt" sei: "Wir sagen oft dasselbe, was schon vor 200 Jahren und darüber gesagt worden ist, nur mit grösserer Prätention und nennen es 'wissenschaftlicher Sozialismus' ".[170] "Nil novi sub sole", fasste Bernstein zusammen.[171] Er

---

[167] *Bernstein*, 'Sozialistische Ökonomie in England', NZ 15, I, 1896–97, 53. Hervorh. d. Bernstein.

[168] *Bernstein*, 'Probleme des Sozialismus. 2. Eine Theorie der Gebiete und Grenzen des Kollektivismus', 213 sowie '3. Der gegenwärtige Stand der industriellen Entwicklung in Deutschland', 311.

[169] *Bernstein*, 'Probleme des Sozialismus. 5. Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl', 138–40. Meyer interpretiert den Ansatz Bernsteins als "organisationssoziologisches" Prinzip: Bei der Verwirklichung des Sozialismus sei der komplexe Charakter der herrschenden Gesellschaft in Rechnung zu stellen. *Meyer*, 135–57 und passim. Meyer kritisiert denn auch die "legalistische" Bernstein-Interpretation Gustafssons (ib., 21, Anm. 77 und 142, Anm. 113), d.h. die These, dass sich Bernstein bei der Verwirklichung des Sozialismus ausschliesslich auf 'gesetzliche Mittel' abstützten wollte. Eine solche 'legalistische' Auslegung ist unbestritten unsachgemäss. Beim Versuch, die Schaffung eines neuen "Paradigmas" durch Bernstein aufzuzeigen, schiesst Meyer jedoch über das Ziel hinaus. Meyer untersucht nicht nur das, 'was Bernstein wirklich sagte', sondern auch das, 'was Bernstein hätte sagen sollen'.

[170] Bernstein an Kautsky, 30.3.1895, IISG, KN DV 318.

[171] Bernstein an Kautsky, 18.2.1895, ib., DV 311. Bernsteins Untersuchung über die Englische Revolution im 17. Jh. war ursprünglich als Teil eines umfassenderen Sammelwerkes *Die Vorläufer des neueren Sozialismus* erschienen (Stuttgart 1895). Bernstein veröffentlichte 1908 seinen eigenen Beitrag unter dem Titel *Sozialismus und Demokratie in der grossen englischen Revolution* (6. Aufl.: Berlin/ Bonn-Bad Godesberg 1974). Diese auch von Fachhistorikern anerkannte Untersuchung wurde auch ins Englische übersetzt (*Cromwell and Communism. Socialism and*

erinnerte sich später, im Sommer 1899, daran, dass er bei Abfassung jener Arbeit "eifrig" nach Material über die sozialen Veränderungen gesucht habe, welche Marx als das Charakteristikum jener Revolution aufgezählt habe. Seine Ausbeute sei jedoch "ausserordentlich gering" gewesen. Der Feudalismus sei also erst dann gefallen, nachdem sich sich "das bürgerliche Eigentum schon vollständig entwickelt" habe, woraus folge, dass sich auch das "sozialistische Kollektiveigentum" nicht als Folge "der gewaltsamen Aufhebung des kapitalistischen Eigentums" ausbilden werde. Bernstein sagte voraus, dass auch "das kapitalistische Eigentum" erst dann verschwinden werde, wenn "das sozialistische Kollektiveigentum schon in hohem Grade ausgebildet sein wird."[172]

Bernstein suchte die Probleme der 90er Jahre auch durch seine Untersuchung der Französischen Revolution von 1848 zu lösen. Ende 1896 verfasste er die Nachschrift zum Buch des schweizerischen Sozialisten Louis Héritier über diese Revolution, an dessen Übersetzung und Kommentierung er sich beteiligt hatte.[173] Bernsteins Forschungsergebnisse stellten eine ziemlich eindeutige Kritik an der 'Zusammenbruchstheorie' und an Marx dar, was jedoch von seinen Parteigenossen nicht beachtet wurde. Nach Meinung Bernsteins trieb das "Toben" der von Marx gelobten Blanquisten "die geschäftliche Krisis auf die Spitze", mit anderen Worten "alle Unternehmungen stockten, das Vertrauen der Geschäftswelt war total untergraben". [174] Als Folge davon sei die Revolution "ins Fahrwasser der Gegenrevolution" geraten. Bernstein schloss aus seinen Forschungen, dass "das wirtschaftliche Chaos" nicht "die günstige Vorbedingung für die Schaffung lebensfähiger Neugestaltungen" sei, was gleichzeitig auch eine Kritik an Marx darstellte. Dies habe sich bereits 1848 eindrücklich gezeigt und müsse umso mehr in den 90er Jahren zutreffen, "in der modernen Gesellschaft mit ihren ungemein verwickelten Zusammenhängen, mit der gesteigerten gegenseitigen Abhängigkeit der Produktionssphären von

---

Democracy in the Great English Revolution, London 1930, 1963 und 1966). Über die Entstehungsgeschichte der Untersuchung und deren Bedeutung für die revisionistische Entwicklung Bernsteins s. *Schröder*, 'Eduard Bernstein als Historiker der Englischen Revolution'.

[172] *Bernstein*, 'Klassenkampf-Dogma und Klassenkampf-Wirklichkeit', NZ 17, II, 1898–99, 624–25.

[173] *Héritier*, Geschichte der Französischen Revolution von 1848 und der Zweiten Republik in volksthümlicher Darstellung, Hrsg. von W. Eichhoff und Ed. Bernstein. Mit einem Nachtrag *Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik* von Ed. Bernstein, Stuttgart, o.J.. Über den Zeitpunkt der Abfassung des Nachtrages s. *Meyer*, 20, Anm. 71a sowie *Bernstein*, Wie eine Revolution zugrunde ging, Stuttgart 1921, 11. Gemäss der Geschichte des Dietz-Verlages (*Emig/Schwarz/Zimmermann*, Literatur für eine neue Wirklichkeit, 54, Nr. A 161) erschien das Buch im Jahre 1897. Über den Inhalt des Nachtrages s. Näheres bei *Gustafsson*, 89–101 sowie Meyer, 142–49. Im folgenden abgek. Héritier.

[174] *Héritier*, 710.

einander".[175] Aus der Niederlage des Proletariats in der Revolution von 1848 sei also die Lehre zu ziehen, dass "jede künftige Revolution" für das störungsfreie Funktionieren der Wirtschaft und die Bewahrung des Vertrauens der "Geschäftswelt" zu sorgen habe. Im gleichen Zusammenhang zog Bernstein noch eine weitere Lehre aus seiner Untersuchung: die "sozialistische Geschichtsschreibung" müsse auf die Verwendung der Generalisierungen "*die* Bourgeoisie" und "*das* Proletariat" verzichten.[176] Eine solche, die Wirklichkeit verfälschende Generaliserung habe sich bereits 1848 als verhängnisvoll erwiesen, komme jedoch leider "auch heute" noch vor.[177] Bernstein hielt es für nötig, daran zu erinnern, dass die Marxschen Schriften über die Revolution von 1848 "durchaus vom Standpunkt des kämpfenden Parteimanns" aus verfasst worden seien und deshalb eine Kritik und keine "objektive Darstellung" darstellten. Die Schriften Marx' seien deshalb "der Ergänzung bedürftig".[178] Die Folge der von Bernstein gemachten 'Ergänzungen' war denn auch "eine im Verhältnis zu Marx diametral entgegengesetzte Deutung der Entwicklung des Geschehens".[179]

Bernsteins Nachschrift stellte lediglich insofern den "entscheidenden Bruch"[180] mit dem Marxismus dar, als dass sie die Folge der revisionisti-

---

175 Ib., 708. Nach Meinung Bernsteins erklärten sich die Fehlannahmen Marx' aus der inneren Beziehung zwischen Blanquismus und Dialektik. Eine sachgemässe Abwägung der gesellschaftlichen Entwicklung, d.h. der Voraussetzungen des Sozialismus und der Aufgaben der Sozialdemokratie setze also die Aufgabe sowohl der Dialektik als auch des Blanquismus voraus, *Bernstein*, 'Blanquismus und Sozialdemokratie', IISG, BN A 17 (verf. im Okt. 1898). S. auch *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 20–36. Über den angeblichen Blanquismus bei Marx, s. z.B. *Paastela*, Marx's and Engels' concepts of the parties and political organizations of the working class, 21–22, 96–98, 102, 244–46, 293 und 296.

176 *Héritier*, 710.

177 Ib., 712.

178 Ib., 699. In gleicher Weise habe man sich auch zu den Marx'schen Einschätzungen des Krimkrieges zu verhalten, *Bernstein*, 'Die Briefe von Karl Marx über den Krimkrieg und die Orientfrage', 215–16 und Bernstein an Kautsky, 10.3.1897, IISG, KN DV 406. Zur selben Zeit gelangte Bernstein auch zu der Auffassung, dass Marx *Das Kapital* deshalb nicht fertiggestellt habe, da in seiner Seele der Wissenschaftler und der Sozialist kämpften, Bernstein an Kautsky, 1.9.1897, ib., DV 419.

179 *Gustafsson*, 91. Mit dem Fortschreiten seiner Forschungsarbeit gelangte Bernstein auch zu einer positiveren Einschätzung Proudhons: Proudhon beurteile die Februarrevolution realistischer als Marx, Bernstein an Kautsky, 19.4. und 19.6.1896, IISG, KN DV 362 und 373 sowie *Bernstein*, 'Proudhon als Politiker und Publizist', NZ 14, II, 1895–96, 611–12. Kautsky charakterisierte denn auch Bernsteins Revisionismus als "Neoproudhonismus" und den Revisionismusstreit als "neue Auflage" des Disputes zwischen Marx und Proudhon, Kautsky an Bernstein, IISG, KN C 238.

180 *Gustafsson*, 90. Mit anderen Worten: "A study of the French revolution of 1848 shocked his (Bernstein's – der Verf.) fundamentally petit-bourgeois nature and he recognized with horror that the policy of the Radical Clubs (August Blanqui) agreed in essential points with that of Marx". *Frölich*, Rosa Luxemburg, 47. – Die Geschichtsforschung scheint also für Revolutionäre eine gefährliche Beschäftigung zu sein, besonders für solche, die 'im Grunde' 'Kleinbürger' geblieben sind!

schen Wende des Jahres 1895 war. Aufgrund seiner Untersuchung der Französischen Revolution von 1848 überzeugte sich Bernstein endgültig von der Unhaltbarkeit der 'Zusammenbruchstheorie' und der Notwendigkeit einer reformistischen Politik.[181] Falls die individuelle Entwicklung Bernsteins zu generalisieren wäre, könnte man aus ihr den Schluss ziehen, dass der Weg zum Revisionismus über das Studium der Geschichte führt.

Im Frühling 1897 erhielt Bernsteins Kritik des marxistischen Selbstverständnisses der SPD ihre endgültige Ausformung. Er stellte die herrschende Auffassung vom Sozialismus als Wissenschaft in Frage. Marx' *Kapital* sei beispielsweise kein "Werk sozialistischer Wissenschaft", sondern "eine wissenschaftliche Untersuchung der bürgerlichen Produktionsweise", die "nirgends, wo es wissenschaftlich ist, spezifisch sozialistisch ist, sondern eben von aller Tendenz frei sein will". Die Mehrwerttheorie und die darauf beruhenden "feineren Untersuchungen" sagten nämlich "was ist, nicht was sein soll".[182] Im Sozialismus ging es also nach Bernstein in erster Linie um das, 'was sein soll', und dieser sei deswegen nicht wissenschaftlich im eigentlichen Sinne des Wortes.[183]

Mit seiner Artikelserie *Probleme des Sozialismus* wollte Bernstein seine Parteigenossen zum Nachdenken über die wichtige Frage anregen, "welche Folgerungen sich für die ganze Taktik und praktische Arbeit der Partei aus der Einsicht ergeben, der wir uns doch nicht verschliessen können, dass die Konzentration der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft bei weitem nicht jene schnelle und einförmige Entwicklung nimmt, wie unsere Theorie sie voraussetzt".[184] Bis zum Beginn des Jahres 1898 erklang jedoch die von

---

[181] Im Jahre 1921 bemerkte Bernstein, dass die Untersuchung der Revolution von 1848 auf ihn "den allertiefsten Eindruck" gemacht habe. Auf den Resultaten dieser Untersuchung gründete dann sein Werk *Voraussetzungen des Sozialismus*, "die theoretische Begründung für die Notwendigkeit und Möglichkeit einer grundsätzlich reformistischen Politik der Sozialdemokratie", *Bernstein*, Wie eine Revolution zugrunde ging, 9.

[182] *Bernstein*, 'Zwei politische Programm-Symphonien', 338.

[183] Im Frühling 1898 präzisierte Bernstein, dass die sozialistische Auffassung der gesellschaftlichen Entwicklung von ihrem Wesen her "ideologisch" und damit nicht wertfrei, rein wissenschaftlich sei, *Bernstein*, 'Das realistische und ideologische Moment im Sozialismus', 230–32. Bernstein begann sich mehr und mehr über jene Theoretiker der SPD zu ärgern, die sich auf den wissenschaftlichen Charakter des Sozialismus beriefen. Der wissenschaftliche Sozialismus sei zu einer blossen Phrase geworden, "die dogmatisch geglaubt, aber durch die Tat bei jeder Gelegenheit Lügen gestraft wird (. . .) Die Wissenschaft ist die dienende Magd der Tendenz, und wo die vorurteilslose Forschung an irgend eine Punkt der Tendenz – nicht an ein wirkliches Interesse der Arbeiter – vorstösst, da wird sie sofort denunziert". Bernstein an Kautsky, 9.11.1898, IISG, KN DV 465. Bernstein war davon fest überzeugt, dass es 'vorurteilslose Forschung' gäbe.

[184] Bernstein an Kautsky, 7.2.1897, IISG, KN DV 404.

Bernstein in seinem Artikel gespielte "Zukunftsmusik"[185] nur im Hintergrund und störte niemanden. Seine Fragestellungen blieben ohne die von ihm erwünschte Resonanz und Diskussion. Zwar hegte auch Bernstein selbst keine allzu grossen Hoffnungen, "denn im Allgemeinen kann man in der N. Zt. schreiben, was man will, es bleibt doch Ruhe über den Wassern, wenn man nicht grade mit Fraktur ins Geschirr geht."[186] Er war deshalb gezwungen, seine Argumente angriffiger als bisher zu formulieren und mit seiner Kritik an der verwundbarsten Stelle anzusetzen, bei der 'Zusammenbruchstheorie' und darin enthaltenen Problematik. Dies geschah denn auch zu Beginn des Jahres 1898 im Artikel *Zusammenbruchs-Theorie und Kolonialpolitik* und führte nun endlich zum gewünschten Resultat: "Was ich in früheren Artikeln andeutungsweise sagte, blieb unbeachtet, jetzt hat sich ganze Parteipresse mit der Sache befassen müssen".[187] Auch danach bestand jedoch keine Klarheit über die Absichten und die Botschaft Bernsteins. Kautsky forderte ihn deshalb auf, seine Ansichten in systematischer Form in einem Buch zu veröffentlichen.[188] Mitte Oktober 1898 teilte Bernstein mit, dass er der Aufforderung nachkommen werde.[189] Das Buch *Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* entstand dann in weniger als drei Monaten.[190]

Dieses Buch wurde zum Hauptwerk Bernsteins, in dem er auch die von ihm verstreut vorgetragenen Grundsätze der *sozialistischen Kolonialpolitik* klar und folgerichtig vom revisionistischen Standpunkt aus darstellte.[191] Das Buch fasste die Forschungsarbeit eines Jahrzehnts zusammen, eine Leistung, die er nicht mehr zu übertreffen vermochte. Er hatte so bis zur Jahrhundertwende die Grundzüge seines Revisionismus dargestellt, die sich dann bis zu seinem Tode im Jahre 1932 nicht mehr verändern sollten.[192] Seine ausgedehnte schriftliche Produktion nach der Jahrhundertwende ist also eigentlich als Kommentar zu seinem Hauptwerk sowie – je nach dem anstehenden Problem, beispielsweise der

---

[185] Bernstein an Kautsky, 7.12.1896, ib., 396.
[186] S. Anm. 184.
[187] Bernstein an Kautsky, 20.2.1898, ib., DV 432.
[188] Kautsky an Bernstein, 26.2. und 14.10.1898, ib., C 181 und 208 sowie *Kautsky*, 'Taktik und Grundsätze', Vorwärts Nr. 240, 13.10.1898.
[189] Bernstein an Bebel, 20.10.1898, Brw. Adler, 263 und Bernstein an Kautsky, 27.10.1898, IISG, KN DV 462 sowie *Bernstein*, 'In eigener Sache', NZ 17, I, 1898–99, 219–20 und 'Erklärung', Vorwärts Nr. 249, 23.10.1898.
[190] Die Vorrede des Buches ist datiert auf Januar 1899 und erschien (Brw. Adler 291, Anm. 3) Mitte März.
[191] S. *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus, 144–51.
[192] So auch *Miller*, 'Bernsteins Haltung im Ersten Weltkrieg und in der Revolution 1918/19', 221.

Bolschewismuskritik[193] – als Schlussfolgerungen aus den darin vorgebrachten Prinzipien zu sehen. Dies war auch der Fall bei der Kolonialfrage. Bernsteins Einstellung gegenüber der deutschen Kolonialpolitik wurde bis zum Beginn des 1. Weltkrieges immer kritischer. Nicht dass sich seine Auffassungen der Kolonialpolitik an sich radikal geändert hätten, es handelte sich mehr darum, dass seiner Meinung nach die Aussenpolitik des Deutschen Kaiserreiches immer gefährlichere Dimensionen für den Weltfrieden und für die deutsch-englischen Beziehungen im besonderen annahm.[194]

2 Revisionismus und *sozialistische Kolonialpolitik*

2.1 'Das höhere Recht der höheren Kultur'

Bernstein schuf die Grundzüge der *sozialistischen Kolonialpolitik* im Jahre 1896, ungefähr ein Jahr nachdem er die Grundprinzipien seiner revisionistischen Kritik vorgelegt hatte. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die *sozialistische Kolonialpolitik* eine Folge des Revisionismus war. Bei näherer Betrachtung erweist sich diese Kausalbeziehung als begriffliches Verhältnis: bei der Analyse der *sozialistischen Kolonialpolitik* analysieren wir zugleich den Revisionismus.

Als er zu Beginn des Jahres 1898 endlich die 'Zusammenbruchstheorie' öffentlich verwarf, verhielten sich Bernsteins Opponenten seinen statistischen Argumenten gegenüber skeptisch. Bax bemerkte, dass die Grossbetriebe immer mehr die Produktion bestimmten und die kleineren Betriebe

---

193 S. z.B. *Bernsteins* 'Nachwort', Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1975 (Stuttgart 1921), 259–75. Er bemerkte u.a. (271), dass die sog. Neue Wirtschaftspolitik (NEP) der Bolschewiken in Tat und Wahrheit "das Zugeständnis" sei, "dass die Privatunternehmung in gewaltigem Umfange noch längere Zeit auch in der Industrie Russlands unentbehrlich" sei.
194 Dazu ausführlicher, s. Kap. VII.

immer mehr in ihre Abhängigkeit brächten.[1] Heinrich Cunow übte Kritik an Bernstein, da dieser lediglich die Konzentration der Betriebe und nicht – was notwendig gewesen wäre – des Kapitals untersucht habe. Die Anzahl Arbeitnehmer je Betrieb sei nicht der wichtigste Indikator für die Grösse und Bedeutung der Betriebe.[2] Gemäss Kautsky behandelte Bernstein die Kartelle nur insofern, als dass sie Argumente gegen Marx lieferten, d.h. zur Stützung der Behauptung, dass die Kartelle ein Anzeichen der Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus seien. In Wirklichkeit seien die Kartelle jedoch ein Anzeichen der Konzentration des Kapitals und sprächen so für die Marx'sche Lehre.[3] Kautsky konnte aufgrund der von Bernstein verwendeten offiziellen Statistiken aufzeigen, dass die Anzahl der "Riesenbetriebe" (mehr als 1000 Arbeiter) in den Jahren 1882–1895 um mehr als 100% zugenommen hatte. Die Anzahl der Betriebe insgesamt hatte in der gleichen Periode lediglich um 4,6% zugenommen.[4] Kautsky konnte in den Statistiken Bernsteins keine "Tatsachen" finden, die diesen dazu gebracht haben könnten, sich von jener Lehre abzuwenden, "von deren Wahrheit er aufs Tiefste überzeugt war, bei deren Propagierung er in erster Reihe stand, die er gegen alle Anfechtungen siegreich zu verteidigen wusste". Die "Wandlung" Bernsteins sei deshalb "ein Rätsel".[5] Cunow ahnte denn auch, dass die Statistiken Bernsteins den Versuch darstellen, "für eine auf anderem Wege erlangte Ansicht nachträglich einen Beweis zu finden".[6]

Bei der Niederschrift des Werkes *Voraussetzungen* klagte Bernstein Ende 1898 Kautsky gegenüber, dass er zur Stützung seiner Behauptungen nicht genügend statistisches Material habe auftreiben können. Nach dem methodischen Selbstverständnis Bernsteins bedeutete der Beweis einer Behauptung deren Beweis durch die unbestechlichen Zahlen: "... schliesslich muss man doch seine Behauptungen, mag man sich noch so viel Mühe mit dem

---

[1] *Bax*, 'Der Sozialismus eines gewöhnlichen Menschenkindes gegenüber dem Sozialismus des Herrn Bernstein', NZ 16, I, 1897–98, 825.
[2] *Cunow*, 'Zur Zusammenbruchstheorie', NZ 17, I, 1898–99, 358 und 362. Cunow stimmte "im Wesentlichen" mit Bernstein überein in der Beurteilung der damaligen "Tendenzen" der Entwicklung des Kapitalismus. Bernstein hatte jedoch nach Meinung Cunows den gleichen Fehler begangen wie Marx und Engels Mitte des 19. Jahrhunderts, d.h. "zu sehr verallgemeinert". Cunow hielt die von Bernstein angeführten Erscheinungen "zu einem grössten Teil für zeitlich bedingt, für den Ausdruck einer bestimmten Entwicklungsphase, die ihren Höhepunkt vielleicht schon überschritten hat". Cunow an Kautsky, IISG, KN DVII 185.
[3] *Kautsky*, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1976 (1899), 146–52.
[4] Ib., 58. Über die im Revisionismusstreit verwendeten statistischen Argumente, s. *Hohorst*, 'Die sozial-statistischen Streitfragen der Revisionismusdebatte'.
[5] *Kautsky*, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, 98.
[6] Cunow, 'Zur Zusammenbruchstheorie', 363–64.

deduktiven Beweis geben, irgendwie statistisch belegen können". Dies sei jedoch lediglich ein Problem technischer Natur. "Ganz besonders schwer wird mir aber die Sache dadurch, dass ich immer wieder genötigt bin, unsere Theorie im Fundament anzugreifen, wenn ich meine Thesen beweisen will".[7] Bernstein hatte sich gezwungenermassen mit den Grundlagen der herrschenden Theorie zu befassen, da er bereits 1898 zu der festen Überzeugung gelangt war, dass der stufenweise, 'organische' Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung der sicherste Garant für den Fortschritt der Gesellschaft sei. Je störungsfreier die wirtschaftliche Entwicklung verlaufe, desto gesicherter sei die Anhäufung des gesellschaftlichen Reichtums und schliesslich die Verwirklichung des Sozialismus. Der Sozialismus lasse sich nicht auf den Ruinen der zusammengestürzten kapitalistischen Wirtschaft aufbauen. Die Sozialdemokraten hätten in ihren Worten und Taten die Vertreter einer 'höheren Kultur' zu sein.

Für Bernstein bedeutete Kultur

> "die Erhebung der Menschheit zu immer stärkerer Beherrschung der Natur, die Erhebung der Menschheit zu immer stärkerer Entfaltung und Beherrschung ihrer Wirtschaft, die Erhebung der Menschheit zu immer reicherer Gestaltung und immer stärkerer Wertung des Menschenlebens".[8]

Alle Errungenschaften der 'höheren Kultur', wie die "Wertschätzung der Rechte der Persönlichkeit"[9] oder die "Austragung von Meinungsverschiedenheiten",[10] beruhten auf der "Einspannung von Naturkräften in den Dienst menschlicher Zwecke".[11] Und in Bezug auf den Grad und die Fähigkeit der Naturbeherrschung sei es möglich, "eine ganze Rangordung der Kulturen" aufzustellen.[12]

Auf diesem Kulturbegriff gründete sich dann 'das höhere Recht der

---

[7] Bernstein an Kautsky, 19.12.1898, IISG, KN DV 468.

[8] *Bernstein*, Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis, München o.J. (1905), 41. Darüber detaillierter *Bernstein*, 'Vorwort', *Koigen*, Die Kulturanschauung des Sozialismus, Berlin, 1903, III–XIV und 'Arbeiterbewegung und Kultur', Dokumente des Fortschritts, I, 1908, 523–30. In seinen während des 1. Weltkrieges gehaltenen Vorträgen hob Bernstein verständlicherweise die Unterwerfung der Natur als spezifisches Charakteristikum der menschlichen Kultur hervor; damals wurden ja auf breiter Front Grundlagen der Kultur zerstört. S. *Bernstein*, 'Zusammenhang Kultur und Gewerkschaftsbewegung', IISG, BN E 213, 'Kultur', ib., E 97 und 'Kunst, Technik und soziale Entwicklung', ib., E 99.

[9] *Bernstein*, 'Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. 1. Polemisches', 490.

[10] *Bernstein*, 'Kulturverelendungstheorie', SM 14, I, 1910, 108.

[11] *Bernstein*, 'Vorwort', *Koigen*, XIII.

[12] Ib., XIV.

höheren Kultur', ein Grundsatz, der den entwickelten Kulturen das Recht einräumte, ihre Errungenschaften den unentwickelten Kulturen zu überbringen und diese zu kolonisieren. "Der geschichtliche Rechtstitel aller Colonisation" bedeutete, dass auf dem Gebiet einer Kolonie mehr Menschen zu existieren im stande seien "mit mindestens den gleichen Lebensansprüchen" wie vordem. Deshalb habe "die höhere Cultur gegenüber der niederen stets das grössere Recht auf ihrer Seite, hat sie gegebenenfalls das geschichtliche Recht, ja, die Pflicht, sich jene zu unterwerfen". Gerade dieses "Culturrecht" sei "in letzter Instanz" der entscheidende "Rechtsgrundsatz", aufgrund dessen die Kolonialfrage, d.h. "Conflicte zwischen altem Recht und dem neuen Bedürfnis" zu beurteilen seien.[13] Obschon die Sozialdemokraten zu Recht Sympathien gegenüber den Freiheitskämpfen verspüren dürften, müssten sie dennoch "auf das Interesse der allgemeinen Entwicklung und des Kulturfortschrittes Rücksicht nehmen".[14] Bernstein erinnerte daran, dass auch Marx, Engels und Lassalle den gleichen "Grundgedanken" "wiederholt sehr energisch betont" hätten, d.h. "die Entwicklung eines über allen nationalen, individuellen Sonderrechten stehenden Culturrechts".[15]

Um seine Auffassungen und Argumentationen verständlich und akzeptabel zu machen, sprach Bernstein – wie alle Reformer alter Ansichten – auch in Bildern. Man stelle sich eine Insel vor, die von zwei gleich grossen Völkerschaften bewohnt werde: die eine betreibe Landwirtschaft, die andere verschaffe sich ihre Nahrung durch die Jagd. Da jedoch die Jagd mehr Raum verlange und auf einem gleich grossen Gebiet weniger Menschen ernähren könne als die Landwirtschaft, seien dem Jägervolk drei Viertel der Insel zugestanden. Beide Völker vermehren sich, der Lebensraum wird eng, es entsteht eine Auseinandersetzung. "Wo wird unsere Sympathie sein müssen?" fragte Bernstein und antwortete: "Sicherlich bei den Hirten". Ihr Sieg bedeutete, dass auf der Insel mehr Menschen leben könnten, während der Sieg der Jäger bedeutete, dass die Bevölkerung "teilweise auszusterben hätte". Bernstein präzisierte, dass ein "Zurückweichen von Cultur vor Cultur" nicht unbedingt das "Verschwinden der minder entwickelten Rassen und Nationalitäten" bedeutete: "Sofern sie überhaupt entwicklungsfähig sind, können sie dabei ganz gut fahren".[16] Im Laufe der Auseinandersetzung mit Bax trug Bernstein ein reales historisches Beispiel

---

[13] Bernstein, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', SM 4, 1900, 550–51. Über 'das höhere Recht der höheren Kultur' als zeitgenössischer völkerrechtliche Begriff, s. *Fisch*, Die europäische Expansion und das Völkerrecht, 284–348.

[14] *Bernstein*, 'Der Kampf der Sozialdemokratie. 1. Polemisches', 487.

[15] *Bernstein*, 'Paris und Mainz', SM 4, 1900, 711.

[16] *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 552.

für sein Bild vor, die Vereinigten Staaten. Früher hätten auf deren Territorium einige Hunderttausend Indianer um die Jagdgründe gekämpft, dank der entwickelteren Kultur beherberge das Gebiet jedoch zur Jahrhundertwende bereits ca. 60 Millionen Menschen, die sogar imstande seien, Lebensmittel auszuführen.[17]

Dieses Bild stellte nach Bernstein – natürlich "mit den nötigen Modificationen" – "das Bild des Kampfes der Culturen auf der Erde" dar. Unter diesem Gesichtspunkt müsse auch eine zu starke Betonung der Besitzrechte vermeiden werden. "Alles Eigentum findet seine Rechtfertigung zuletzt durch den von ihm gemachten Gebrauch", hob Bernstein hervor. Falls "ein von wilden oder halbwilden Stämmen besetztes Gebiet Mineralien birgt, die nirgends anderswo gefunden werden, aber für die Technik der Culturwelt von ausserordentlichem Nutzen sind", könne nicht gestattet werden, dass diese Mineralien, von denen "sie selbst keinen Gebrauch zu machen verstehen" auf ewig im Besitze dieser Stämme blieben.[18] Oder mit anderen Worten: falls es "nicht verwerflich ist, die Produkte tropischer Pflanzungen zu geniessen, so kann es auch nicht verwerflich sein, solche Pflanzungen selbst zu bewirten".[19]

Die Bedürfnisse der 'Culturwelt' mussten u.U. auch durch Zwangsmassnahmen befriedigt werden können. Bernstein gestand ein, dass es nicht immer leicht sei zu entscheiden, "ob ein so grosses Bedürfnis vorliegt, um die Ausübung eines Zwanges zu rechtfertigen".[20] Die Kolonialgeschichte sei "so überreich an Greueln gegenüber den Eingeborenen", dass die Vorbehalte mancher Sozialisten gegenüber Kolonialfragen "durchaus verständlich" seien. Ohne die Kolonisierung wäre jedoch das in Europa auch damals noch anzutreffende Elend "unendlich viel grösser" und "die Aussicht auf seine Ausrottung bedeutend geringer" gewesen. Bernstein erinnerte daran, dass der Sozialismus, der das Elend beseitigen werde, "die Frucht sein wird nicht von Stillstand oder Rückgang, sondern von weiteren Fortschritten im Wirtschaftsleben der Völker". Daraus leite sich jedoch keine Berechtigung ab für Greuel, die zweifelsohne vorgekommen seien. Die Vorteile der Kolonisierung "konnten ohne sie erzielt werden".[21] Die Greuel seien ein Missbrauch des "Culturrechtes", und der Missbrauch eines Prinzips bedeute nicht, dass das Prinzip an sich falsch sei.[22]

---

[17] *Bernstein*, 'Der Kampf der Sozialdemokratie. I. Polemisches', 491–92. Dieses Argument wiederholte Bernstein am Dresdener Parteitag. Prot. Dresden 1903, 401–02.
[18] *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 552–53.
[19] *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 150.
[20] *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 553.
[21] Ib., 559 und 561.
[22] Ib., 553.

Ludwig Woltmann, ein in der SPD zur Jahrhundertwende tätiger Anthropologe und Rassentheoretiker, sah in diesem kolonialpolitischen Artikel Bernsteins ein willkommenes Gegengewicht zu dem in der Parteipresse herrschenden "widerlichen Chinesen-Cultus".[23] Bernstein hatte seinen Artikel jedoch nicht als Stellungnahme zur Rassenhygienie konzipiert. Er hatte auch nicht beabsichtigt, die Tatsache besonders zu verteidigen, dass das Kolonialsystem theoretisch und praktisch von der Beziehung Herr – Untertan ausging. Dies war ihm, wie auch seinen Zeitgenossen, eine Selbstverständlichkeit, so dass seine Gedankengänge in dieser Beziehung "den Geist einer selbstzufriendenen europäischen Zivilisation" atmeten.[24] Bei seinem Auftrag an die internationale Sozialdemokratie, "die Vertretung der Sache all jener Völkerschaften und Bevölkerungsteile, die unter Fremdherrschaft und niederdrückenden Ausnahmegesetzen leiden" zu übernehmen, dachte er nicht an die Kolonialvölker. Als Beispiele für 'Schutzobjekte' erwähnte er die Armenier in der Türkei und in Russland, die mazedonischen Christen sowie die rumänischen und russischen Juden.[25] In Übereinstimmung mit dem 'Geist der selbstzufriedenen europäischen Zivilisation' stand auch die Auffassung von den "tiefgreifenden Rassenunterschieden":

> "Dass z.B. ein afrikanischer Neger sich nicht ohne weiteres zu gelehrten Studien oder höherer Verwaltungstätigkeit eignen wird, liegt auf der Hand. Der Neger hat daheim das Temperament eines Kindes, dem alles weite Vorsorgen fern liegt, der sich dem Zufall anheimgibt und, soviel Entbehrungen dieser mit sich bringen mag, doch sich wohler dabei fühlt, als wenn er nach Europäerart vorsorgend arbeitend und leben soll".[26]

Der Gedanke, "dass an einer vernünftigen geographischen Ausbreitung der Nation auch das Proletariat ein Interesse hat", schien so nur natürlich. Obschon Bernstein "der letzte" war, "die mongolische Gefahr zu über-

---

[23] Woltmann an Bernstein, 20.9.1900, IISG, BN D 841. Über die Beziehungen Bernsteins und Woltmanns s. *Bernstein*, 'Ludwig Woltmanns Beziehungen zur Sozialdemokratie', Politisch-Anthropologische Revue 6 (1907/08), 45–53. In diesem Artikel finden sich auch Auszüge der Briefe Woltmanns an Bernstein.

[24] H. *Mommsen*, 'Nationalismus und nationale Frage im Denken Eduard Bernsteins', 116. Cf. *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 178–83.

[25] *Bernstein*, 'In Amsterdam', NMbl Nr. 16, 15.8.1904.

[26] *Bernstein*, Grundbedingungen des Wirtschaftslebens, Berlin 1906, 23–24. Bernsteins Rassenbegriff war – verglichen mit den Auffassungen Marx' und Engels' – sehr 'marxistisch'. S. D. *Paul*, ''In the Interests of Civilisation': Marxist Views of Race and Culture in the Nineteenth Century'.

treiben", war er dennoch nicht "blind gegen das Vordringen des Mongolentums und die Probleme, die es birgt". Diese Probleme bezögen sich auch auf "das zukünftige territoriale und sonstige Verhältnis der Kulturen zueinander". Es gehe dabei nicht bloss um den Import billiger Arbeitskräfte, der die nordamerikanischen und australischen Arbeiter beschäftige. Die Sozialdemokraten hätten "auch Zukunftsintressen der Menschheit" wahrzunehmen. Bernstein erinnerte daran, dass die Arbeiterschaft "ihren Klassenkampf gegen die heute herrschenden Klassen nicht nur als deren Gegner, sondern auch als ihr *Erbe*" führte.[27]

Vom Standpunkt des 'höheren Rechts der höheren Kultur' aus schien die auf die 'volkswirtschaftliche' Unrentabilität der Kolonialpolitik fixierte Kolonialkritik der SPD natürlich sinnlos. Die Kolonien seien keine "Geschäftsunternehmungen gewöhnlicher Art" und nichts sei deshalb "lächerlicher", als den Wert der Kolonien an ihrer unmittelbaren Rendite zu messen, durch den Vergleich der durch die Kolonien verursachten Kosten mit den Einnahmen aus ihnen. Auch der einzelne Kapitalist erwarte von seiner Geschäftstätigkeit keine sofortigen Rendite, und noch viel weniger könne dies der Staat oder die Nation erwarten. In der kolonialen Wirtschaft sei die Frage nach der unmittelbaren Rendite folglich "durchaus nebensächlich". Auch die wichtigere Frage nach der handelspolitischen Rentabilität der Kolonien wurde nach Bernstein "zuweilen sehr irrationell" gestellt: man verlange grosse Erfolge innerhalb einer kurzen Frist und folgere dann – wenn solche nicht vorgewiesen werden könnten – dass die Kolonien wertlos seien. Dies sei aber "eine sehr kleinliche", bzw. sogar eine "chinesische Rechnungsweise". Die Kolonien, deren Wirtschaft vor

---

[27] *Bernstein*, 'Die Kolonialfrage und der Klassenkampf', SM 11, II, 1907, 996. Hervorh. d. Bernstein. Bernsteins Auffassung von der 'höheren Kultur' kam, vom heutigen Standpunkt aus, in überraschenden Zusammenhängen zum Ausdruck. Er sah beispielsweise die Sportbegeisterung der Engländer als einen "Rest von Barbarismus" an: "Selbst der grösste Freund der britischen Nation kann nicht in Abrede stellen, dass ihr ein gewisser Hang zu allerhand Dingen innewohnt, die den Barbaren kennzeichnen". Es sei zwar "gewiss schön", dass die englische Jugend ihre Freizeit "statt in Wirtschaften beim Kartenspiel, beim Sport in freier Luft", bei Kricket, Fussball und Tennis verbringe. "Aber gerade der volkstümlichste dieser Sports, das Fussballspiel, artet nicht selten in ein wüstes Stossen und Schlagen aus und ist überhaupt mit seiner, die gröberen physischen Eigenschaften überwiegend berücksichtigenden Anordnung den Spielen der tiefststehenden Völker sehr verwandt", *Bernstein*, 'Eindrücke aus England', 567. – Als Bernstein die Sozialdemokraten aufforderte, den Kaiser im Reichstag mit dem sog. Kaiserhoch zu begrüssen, begründete er dies damit, dass die Sozialdemokratie in Formen aufzutreten habe, "die jener höheren Kultur entsprechen, die die Sozialdemokratie vertritt und zu verallgemeinern strebt. Eines Zeichen einer hohen Kultur ist, dass man zwischen Kampf und Schimpf zu unterscheiden, das eine vom andern zu trennen, weiss. Tiefstehende Völkerschaften verstehen dies nicht. Sie können so wenig kämpfen, ohne zu schimpfen, das sie selbst im Krieg oft der wirklichen Schlacht eine richtige Schimpfszene vorausgehen lassen", *Bernstein*, 'Kaiserhoch und Verwandtes', SM 16, II, 725.

der Kolonisation nicht besonders entwickelt sei, zählten sich "stets nur erst nach langen Fristen" aus.[28]

Die unvermeidliche wirtschaftliche Expansion der entwickelten kapitalistischen Länder sei die Verwirklichung 'des höheren Rechts der höheren Kultur'. Diese beiden Erscheinungen oder Begriffe verknüpften sich bei Bernstein so eng miteinander, dass er sie als Synonyme gebrauchte. Da damals die Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit einer Sache aufgefasst wurde, sollten die Sozialdemokraten 'das höhere Recht der höheren Kultur' zur Richtschnur ihre Handelns erheben und diese erkannte Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Sozialismus verwenden: "Sich der Colonialpolitik rein negierend entgegenstellen, heisst sich gegen eine Entwicklung stemmen, die heute tatsächlich unvermeidlich ist". Dies bedeute eigentlich dasselbe, wie wenn man sich gegen die Inbetriebnahme neuer Maschinen gewehrt hätte.[29] "Jede kräftige Rasse und jede kräftige Wirtschaft mit der auf ihr beruhenden Cultur" trachteten nach Expansion und "dieser Drang ist zu allen Zeiten ein mächtiger Factor fortschrittlicher Entwicklung gewesen". Es sei deshalb nichts "widersinniger, als wenn Vertreter einer Bewegung, die den gesellschaftlichen Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hat, systematische Expansionsbestrebungen als etwas an sich Schlechtes verwerfen wollten".[30] Bernstein modifizierte auch die Lehre des Klassenkampfes zur kulturdarwinistischen Analogie und versuchte so das herrschende sozialistische Selbstverständnis zur Unterstützung seiner These heranzuziehen. Jeder Sozialdemokrat gebe "ohne weiters" zu, dass innerhalb einer Völkerschaft ein Kampf herrsche "zwischen den Rechtsanschauungen und Rechtsansprüchen neuer, aufstrebender und alter, im Besitz befindlicher Classen". Der gleiche Kampf werde "mit derselben Kraft" überall auf den Welt zwichen den entwickelten und den rückständigen Kulturen geführt.[31] Es handle sich dabei also um ein 'Entwicklungsgesetz':

> "Where two civilisations clash, the lower must give way to the higher. This law of evolution we cannot overthrow, we can only humanise its action. To counteract in would mean to postpone social progress".[32]

---

[28] *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 556.
[29] Ib., 560.
[30] Ib., 552.
[31] Ib., 551.
[32] *Bernstein*, 'German socialism and the colonial question', The Nation II, 12.10.1907, 47. Neben Darwin berief sich Bernstein auch auf Nietzsches Recht des Stärkeren, "das Recht des Besseren, Vollkommeneren, wahrhaft Lebendigen, weil Fortschreitenden, über das Unvollkommene, das Stehengebliebene, Entwicklungsunfähige", *Bernstein*, 'Paris und Mainz', 712.

Ähnlich wie Bernstein schätzte auch Kautsky die 'höhere Kultur' hoch ein. Der Behauptung Bernsteins, dass er Bax'sche Auffassungen der Kolonialpolitik übernommen habe,[33] setzte Kautsky entgegen:

> "Ich bin auch heute nicht der Ansicht, dass wir gegen jeden Fortschritt der Zivilisation in barbarischen und wilden Ländern zu kämpfen haben, dass die Kämpfe der Wilden gegen die Zivilisation unsere Kämpfe sind. Aber ich bekämpfe auch nach wie vor die Ansicht, dass die Eroberung von Kolonialbesitz gleichbedeutend mit dem Fortschritt der Zivilisation ist".[34]

Mit dem Hinweis auf den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und den Burenkrieg bemerkte Kautsky, dass die "politische Selbständigkeit" für jedes moderne Gemeinwesen "eine Vorbedingung seiner normalen und raschen Entwicklung" sei. Er betonte, dass der "nationale Gedanke" ein kraftvolles Element des Forschritts auch dort bilde, "wo es ein rückständiges Volk ist, das seine Unabhängigkeit durch Befreiung von der Oberhoheit eines hochentwickelten anstrebt".[35] Nach Auffassung Kautskys hatte Bernstein sich eine bürgerliche Auffassung der Kolonialpolitik angeeignet. Die Gutheissung der Kolonialpolitik implizierte nach Kautsky die Ansicht, dass die Ausdehnung der Macht des Kapitals "für absehbare Zeit das einzige Mittel" sei, "das Gedeihen der Gesellschaft zu sichern". Demzufolge müssten auch die Mittel zur Erreichung dieses Ziels, die Armee und und die Kriegsflotte, gutgeheissen werden. Kautsky charakterisierte den Sozialismus Bernsteins als "sonderbaren Zwittersozialismus", der dem Proletariat zwar "die dämmernde Zukunft" zugestehe, den Kapitalismus jedoch "für absehbare Zeit" für "unentbehrlich" halte, woraus folge, dass eine Tätigkeit zugunsten des Sozialismus die "Förderung des Kapitalismus, Entfaltung seiner Machtmittel" bedeute. Kautsky verstand sich als Vertreter einer diametral entgegengesetzten Art von Sozialismus, eines "Sozialismus der Sozialdemokratie".[36]

Bei der Auseinandersetzung um die Kolonialpolitik ging es also gleichzeitig auch um das Wesen des Sozialismus. In den Augen Bernsteins fand in den entwickelten kapitalistischen Ländern bereits ein Abbröckeln der Macht des Kapitalismus statt. Von einer kapitalistischen Kolonialpolitik im eigentlichen Sinne könne daher nicht mehr gesprochen werden:

---

[33] *Bernstein*, 'Paris und Mainz', 713.
[34] Kautskys Kommentar zum Artikel *Bax*' 'Ein weitverbreiteter Fehlschluss', NZ 19, I, 1900–01, 250.
[35] *Kautsky*, 'Militarismus und Sozialismus in England', NZ 18, I, 1899–1900, 587.
[36] Ib., 594. Kautsky erwähnte Bernstein nicht mit Namen, dieser war jedoch eindeutig das Ziel seines Spottes.

"Wir haben in den vorgeschrittensten Ländern – und um deren Expansion handelt es sich gerade – weder die unbeschränkte Herrschaft der Bourgeoisie, noch die des unverfälschten Capitalismus".[37]

Es sei deshalb in diesen Ländern nicht mehr möglich, eine 'unverfälschte' kapitalistische Kolonialpolitik zu betreiben, die eindeutig als Ziel der sozialistischen Kritik und als abzulehnende Erscheinung hätte definiert werden können. Mit der Zunahme der gemeinsamen Intressen in den fortgeschrittenen Ländern werde auch die Kolonialpolitik mehr und mehr der gesamten Gesellschaft zugute kommen.

Ein spezifisches Charakteristikum des Bernsteinschen Revisionismus war diese Bindung an die Pflege einer 'höheren Kultur' jedoch an und für sich noch nicht, sondern vielmehr die Tatsache, dass dies nun, gestützt auf seine Argumentation, mit 'gutem Gewissen' geschehen konnte. Die Aufgabe des Wartens auf das 'Endziel' wurde durch die bewusste Förderung der 'höheren Kultur' ersetzt:

"Ob sie (d.h. die Arbeiterklasse – der Verf.) sich ein ausgemaltes Endziel setzt, ist, sobald sie mit Energie ihre naheliegenden Ziele verfolgt, schliesslich untergeordnet. Das Wichtigste ist, dass ihre Ziele erfüllt sind von einem bestimmten Prinzip, das eine höhere Stufe der Wirtschaft und des ganzen gesellschaftlichen Lebens ausdrückt, dass sie durchdrungen sind von einer sozialen Auffassung, die in der Entwicklung der Kultur einen Fortschritt, eine höhere Moral und Rechtsauffassung bezeichnet".[38]

Eine zeitgenössische Begründung des Sklavenhandels war, dass damit Barbaren der Zivilisation zugeführt werden konnten. Die moralische Legitimation der Kolonisation wiederum lag im Export der Zivilisation zu den Barbaren. Die Gedanken Bernsteins – er stand damit jedoch nicht alleine da[39] – zeigen, dass sich das Gefühl, einer 'höheren Kultur' anzugehören und die daraus abgeleitete Idee eines missionarischen Auftrages tief in das sozialistische Bewusstsein eingeprägt hatten. Die Unterwerfung der Kolonialvölker wurde demnach als selbstverständliches Recht aufgefasst und verursachte keine Gewissensbisse. Bernstein betonte, dass die Arbeiter der entwickelten kapitalistischen Länder mehr und mehr der Früchte der 'höheren Kultur' teilhaftig zu werden begannen. Von diesem Gesichtspunkte

---

[37] *Bernstein*, 'Paris und Mainz', 712–13.
[38] *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 187.
[39] S. z.B. *Emig*, Die Veredelung des Arbeiters, 214–28.

aus konnte ein prinzipieller Widerstand gegen die Kolonialpolitik moralisch nicht gutgeheissen werden. Mit dem Abbröckeln der 'unbeschränkten Herrschaft' des Bürgertums erhielten die Sozialdemokraten mehr Macht und die von ihnen repräsentierten Arbeiter mehr Rechte. Gleichzeitig wuchs jedoch auch die Verantwortung der Sozialdemokraten für die Pflege der 'höheren Kultur'; ihre Pflicht war es jetzt, einen Teil der Bürde des Weissen Mannes zu tragen.

2.2 Demokratie und Kolonialpolitik

Der Grundgedanke der *sozialistischen Kolonialpolitik* war, dass die Kolonialpolitik an sich gutgeheissen werden könne, dass jedoch die 'Methoden' der Kolonialpolitik kritisiert werden konnten und sollten. Dies bedeutete erstens, dass die 'Behandlung' der Eingeborenen humaner zu erfolgen habe. Zweitens – und dies war der entscheidende Punkt – sollte die Kolonialpolitik der demokratischen Kontrolle des Parlamentes unterstellt werden. Die herrschende Kolonialpolitik durfte also nicht bedingungslos gutgeheissen werden, und die kolonialpolitische Kritik sollte als Waffe im Kampf um die Demokratie eingesetzt werden. Diese Auffassung der Kolonialkritik als Mittel stellte das Charakteristikum der *sozialistischen Kolonialpolitik* Bernsteins dar, ebenso wie die demokratischen Forderungen das Charakteristikum des Bernsteinschen Revisionismus darstellten. Es war hauptsächlich auf diese – im folgenden näher zu analysierende – Verknüpfung der demokratischen und sozialistischen Forderungen zurückzuführen, dass Bernstein im Unterschied zu manchen seiner revisionistischen Genossen kein bedingungsloser Verfechter der deutschen 'Weltpolitik' war, bzw. wurde.

Zur Jahrhundertwende, als die Welt – formal oder informal – fast zur Gänze zwischen den Kolonialmächten aufgeteilt und bereits von einer Neuverteilung der Kolonien die Rede war, hatte die stark gewachsene Anhängerschaft der sozialistischen Parteien für die herrschenden Kreise bereits alarmierende Ausmasse angenommen. Es schien also dringender denn je, die Kolonialpolitik als gemeinsame nationale Aufgabe und die Sozialisten als die grössten Feinde der nationalen Einheit darzustellen. Am eindeutigsten war dies im Deutschen Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges zu erkennen. Im deutschen Bürgertum herrschte lediglich Einigkeit über das Ziel, das weitere Anwachsen der Anhängerschaft des

Sozialismus zu unterbinden. Uneinigkeit bestand hingegen über die dabei anzuwendende Strategie. Es lassen sich grob zwei divergierende Vorgehensweisen erkennen: eine Strategie der Zugeständnisse und eine der offenen Gewalt. Gemäss der Zugeständnislinie konnte der Sozialismus durch die Erfüllung einiger seiner Forderungen am wirksamsten bekämpft werden. Bedingung für einen Erfolg dieser Strategie waren natürlich entsprechende Gegenleistungen der Sozialdemokraten. Nach ihren Verfechtern könnte diese Linie auch als Strategie des liberalen Bürgertums bezeichnet werden. Dabei wird auch verständlich, dass diese Strategie wegen des antidemokratischen Regierungssystems im Deutschen Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg nicht zur bestimmenden Linie werden konnte. Bevorzugt wurde zu jener Zeit die von den preussischen Grossgrundbesitzern und Grossindustriellen vertretene Strategie der offenen Gewalt, die auf die Verweigerung jeglicher Reformen (beispielsweise der Demokratisierung der preussischen Landtagswahlen) abzielte. Eine solche Überzeugung ging von der Auffassung aus, dass die reformistische Sozialdemokratie lediglich eine verfeinerte und heimtückischere Variante der revolutionären Sozialdemokratie sei und dasselbe Ziel verfolge, den Umsturz des herrschenden Gesellschaftssystems.[40]

Friedrich Naumann war um die Jahrhundertwende einer der bedeutendsten Vertreter der Strategie der Zugeständnisse.[41] Er sah im Revisionismusstreit der SPD ein Anzeichen des aufkommenden 'nationalen Sozialismus'. Dies bedeutete gleichzeitig, dass sein Ziel, ein breit abgestützer Bund zwischen Bürgertum und Linken, "ein Kartell gegenüber Junkerherrschaft", nun in den Bereich des Möglichen zu rücken schien.[42] Naumann forderte deshalb die Sozialdemokraten auf, "alles Philosophieren über

---

[40] Über die Einstellung des Bürgertums zur Arbeiterbewegung s. z.B. *Eley*, 'Social Imperialism in Germany', 76–82; *Fricke*, 'Die nichtproletarischen Demokraten in der Epoche des Imperialismus und des Vorabends der proletarischen Revolution', 121–32; id., 'Zur Rückkehr Eduard Bernsteins in das Deutsche Reich 1901'; *Gutsche*, Einleitung zur Dokumentensammlung Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917, 20–30; *Kaulisch*, 'Auscheinandersetzungen um die Taktik gegenüber der Arbeiterbewegung'; id., 'Zentralverband Deutscher Industrieller und Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende', bes. 119–25 und *Saul*, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich, 13–50.

[41] Über Naumann s. z.B. *Heckart*, Form Bassermann to Bebel, 3–10; *W. Mommsen*, 'Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus', 128–30; *Villain*, 'Zur Genesis der Mitteleuropakonzeption Friedrich Naumanns' und *Zimmermann*, 'A Road not Taken – Friedrich Naumann's Attempt at a Modern German Nationalism'. Über die Beziehungen Naumanns zu den Sozialdemokraten s. z.B. *Domann*, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II, 123–39 und *Fricke*, 'Nationalsoziale Versuche zur Förderung der Krise der deutschen Sozialdemokratie'.

[42] Aus der Antwort Naumanns auf die Anfrage der *Sozialistischen Monatshefte* betreffend die Beteiligung der SPD an den preussischen Landtagswahlen, SM 1, 1897, 384. Naumann hielt eine Beteiligung an den Wahlen natürlich für "dringend erwünscht".

unerreichbare Endziele" zu lassen, "ein ganzes Teil unnützen Utopismus und Radikalismus" aufzugeben und "kalt rechnend, nüchtern und fest sich zu sagen: wir allein können die deutsche Freiheit retten, aber wir können es nur mit den freiheitlichen bürgerlichen Elementen zusammen!".[43] In seinem im Jahre 1900 veröffentlichten Buch *Demokratie und Kaisertum* führte Naumann an die Adresse der Sozialdemokraten aus, dass deren Unterstützung einer 'nationalen' Politik die Voraussetzung bilde für eine Zusammenarbeit zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten. In der damaligen Situation bedeutete dies die Einwilligung zum Flottenausbauprogramm, d.h. im Grunde genommen die Aufgabe des sozialdemokratischen Widerstandes gegen die 'Weltpolitik' Deutschlands. In diesem Falle könne sich das Bürgertum, besonders die von den Nationalliberalen repräsentierte "industrielle Aristokratie", von der "klerikalen Aristokratie" der Zentrumspartei und der "agrarischen Aristokratie" der preussischen Grossgrundbesitzer lossagen und als Gegenleistung die demokratistischen Forderungen der Sozialdemokraten unterstützen. Gemäss Naumann lag das Unglück des damaligen Deutschen Kaiserreiches darin, dass der Kaiser sich wegen der ablehnenden Haltung der demokratischen Parteien zur 'Weltpolitik' auf die "agrarische Aristokratie" abstützen müsse. Falls jedoch im Reichstag aufgrund eines Bündnisses zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen eine breit abgestützte 'Links-Opposition' entstehen würde, müsste die kaiserliche Regierung mit dieser eine Zusammenarbeit anstreben, um erfolgreich regieren und ihre 'weltpolitischen' Zielsetzungen erreichen zu können. Als Gegenleistung wäre die Regierung gezwungen, einer Demokratiserung des Regierungssystems zuzustimmen.[44]

Naumann setzte recht grosse Hoffnungen in Bernstein: in ihm melde sich, "deutlicher als sonst bisher in der deutschen politischen Literatur, ein neues politisches Ideal: die demokratische Linke auf dem Boden der vorhandenen Reichsverfassung".[45] Nach dem Erscheinen der *Voraussetzungen* Bernsteins im Frühling 1899 reiste Naumann zu Vollmar nach München und fragte diesen, ob Bernstein als bedeutende politische Figur anzusehen sei. Vollmar verhielt sich skeptisch gegenüber den Führereigenschaften Bernsteins.[46] Naumann gab jedoch die Hoffnung nicht auf und wandte sich ein Jahr später, im April 1900, direkt an Bernstein: er sandte ihm die

---

[43] *Naumann*, 'Was will die Sozialdemokratie?', Die Hilfe Nr. 20, 14.5.1899, Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus, 64–65. S. auch *Naumann*, Bebel und Bernstein, Berlin-Schöneberg, o.J. (1899), 6–7 und 13–15.
[44] *Naumann*, Demokratie und Kaisertum, Berlin-Schöneberg 1900, 128–42; 150–63; 170–74; 182–85; 196–205 und 223–25. Cf. *Heckart*, 11–14.
[45] *Naumann*, Demokratie und Kaisertum, 7.
[46] *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 17, Anm. 40.

Abzüge seines Buches *Demokratie und Kaisertum* "mit der ergebenen Bitte, in den Berliner *Sozialistischen Monatsheften* eine Besprechung dieses Werkes schreiben zu wollen".[47] Im Mai veröffentlichte Bernstein seine Rezension in einem langen Artikel unter dem Titel *Socialdemokratie und Imperialismus.*[48] Naumann war offenbar enttäuscht von der Rezension; seinen Wünschen entsprach eigentlich nur deren Veröffentlichung in den *Sozialistischen Monatsheften.* Die Rezension war zwar in einem positiven und verständnisvollen Ton abgefasst, in der Sache jedoch ablehnend und zurückweisend: Bernstein verurteilte die deutsche 'Weltpolitik' als undemokratisch und nicht der Unterstützung der Sozialdemokraten wert.

Die undemokratische Natur des deutschen Imperialismus[49] zeigte Bernstein durch einen Vergleich mit dem englischen und französischen Imperialismus auf. Laut Bernstein bestanden wesentliche Unterschiede. Er kritisierte jene Sozialisten, die "äussere Ähnlichkeiten" für "das Wesentliche" und "innere Unterschiede" für "das Unwesentliche" hielten, im Imperialismus "einen letzten verzweifelten Versuch der Bourgeoisie, ihre Herrschaft zu verlängern" sahen und den Imperialismus als "die Weltpolitik des sterbenden Capitalismus", als "Symptom des Verfalls der bürgerlichen Welt" und als "ein mehr oder minder geschickt verkleidetes Stück Reaction" begriffen. In den Augen Bernsteins war das Weltbild dieser Sozialisten irreal, lediglich ihren irrealen Hoffnungen entsprechend: sie sahen im Kapitalismus nur Anzeichen des Todes. Sie betrachteten die Welt "sub specie aeternitatis", weshalb ihre Schlussfolgerungen "sub specie diei" falsch seien.[50]

'Sub specie diei' waren nicht die Gemeinsamkeiten, sondern die Unterschiede entscheidend. Gemeinsam für den englischen, französischen und deutschen Imperialismus war gemäss Bernstein das Bestreben zur Ausdehnung der jeweiligen Einflussbereiche, was jedoch "eine uralte Erscheinung" sei. Weder der Burenkrieg noch der 'Jingoismus' seien deshalb

---

[47] *Die Hilfe* – Redaktion an Bernstein, 7.4.1900, IISG, BN D 273.
[48] SM 4, 1900, 238–51.
[49] In diesem Kapitel verwende ich das Wort 'Imperialismus' in der Bedeutung, die es zu Beginn des Jahrhunderts hatte. Unter Imperialismus verstand man damals die Expansion der entwickelten kapitalistischen Länder, wobei über diese Definition sowohl bei den Bürgerlichen wie auch bei den Sozialisten weitgehende Übereinstimmung bestand. Verschieden interpretierte man natürlich die Bedeutung des Imperialismus für den Kapitalismus und den Sozialismus. Die Sozialisten gebrauchten die Termini "Weltpolitik", "Weltmachtpolitik" und "Eroberungs- und Gewaltpolitik" als Synonyme des Imperialismus-Begriffes. S. *Groh*, 'Imperialismus' 192–206 und 213–16; *Lichtheim*, Imperialismus, 78–95; W. *Mommsen*, Imperialismustheorien, 7–12 und 27–32 und *Owtscharenko*, 'Zur Herausbildung der aussenpolitischen Konzeption der Sozialdemokratie im Kampf gegen die imperialistische "Weltpolitik" an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert', 541–47.
[50] *Bernstein*, 'Socialdemokratie und Imperialismus', 239–41.

charakteristisch für den englischen Imperialismus.[51] England sei bereits seit langem ein "imperialistischer Staat" gewesen, d.h. habe überseeische Gebiete beherrscht. Man gehe davon aus, dass sich diese, wie die Vereinigten Staaten, vom Mutterland trennten, "wenn sie zu genügender Ausbildung gediehen". Deshalb werde gar nicht versucht, die englischen Kolonien "organisch mit dem Mutterlande zu verbinden". Verglichen mit den Beziehungen Frankreichs zu seinen Kolonien sei die Verbindung zwischen England und seinen Kolonien mit starker weisser Bevölkerung "ein so loser Föderalismus, wie man sich nur irgend denken kann". Ohne die Konkurrenz der übrigen Kolonialmächte hätte sich an dieser Situation nichts geändert. Die Festigung des Britischen Imperiums sei eine Reaktion auf die Beschaffung von Kolonien durch die übrigen europäischen Mächte und besonders auf deren Schutzzollpolitik gewesen. Der moderne englische Imperialismus sei einerseits als "Gegenwehr gegen die Expansions- und Ausschliessungstendenzen der schutzzöllnerischen Großstaaten" und andererseits als "eine Reaction gegen das administrative Manchestertum" zu verstehen.[52] Bernstein betonte wiederholt und mit dem Nahen des Weltkrieges immer stärker die defensive Natur der Aussen- und Handelspolitik des Britischen Imperiums. Der Grund für den auch in England aufkommenden "militaristischen Geist" sei in erster Linie in der Kolonial- und Schutzzollpolitik Deutschlands zu suchen.[53]

Nach Auffassung Bernsteins brachte die Festigung des Britischen Imperiums, "die Bewegung zur organischen Verbindung des Reichs mit seinen

---

[51] Ib., 241 und *Bernstein*, 'Aus England', Vorwärts Nr. 70, 24.3.1900. Der neutrale Charakter des Imperialismus-Begriffes bei Bernstein wird auch daraus ersichtlich, dass er damals auch den Begriff "chauvinistischer Imperialismus" verwendete, der für Bernstein kein tautologischer Ausdruck war, d.h. neben dem 'normalen' oder 'fortschrittlichen' Imperialismus existiere auch ein nationalistisch-chauvinistischer Imperialismus, der "Jingoismus', s. z.B. *Bernstein*, 'Die englische Demokratie, die Jingoes und die liberale Partei', Vorwärts Nr. 170, 25.7.1900. – Im Jahre 1904 verwässerte der gerne formale Definitionen anführende Bernstein – offenbar absichtlich – die Imperialismus-Diskussion, indem er den Imperialismus folgendermassen definierte: "Reich heisst auf englisch 'empire' und zum Reich gehörig – 'imperial', 'imperialistic' ". Danach stelle der Imperialismus im demokratischen England eine forstschrittliche Erscheinung dar, denn er bedeute die Verfestigung und Konsolidierung des Reiches und die Verstärkung der Zentralverwaltung. In dieser Sicht sei auch die deutsche Sozialdemokratie "oft imperialistischer wie die bürgerlichen und junkerlichen Parteien", da sie die Verstärkung und Demokratisierung der Zentralverwaltung verlange, *Bernstein*, 'Auch ein Schlusswort in Sachen Tempo und Taktik', Vorwärts Nr. 83, 9.4.1904.

[52] *Bernstein*, 'Socialdemokratie und Imperialismus', 234–44.

[53] *Bernstein*, 'Die Beziehungen zwischen Sozialisten und Radikalen in England', 57 (September 1898). Desgleichen *Bernstein*, 'Frankreich und England', NZ 17, I, 1898–99, 272–73; 'England und Dr. A. Tilles Flegeljahre', SM 5, I, 1901, 336–37; Bernsteins Reden im Reichstag, 30.10. und 25.11.1902, St.Ber. X. Leg., II. Sess., 1900/1903, 7. Bd., 6094 und 6587; 20.3.1903, ib., 8752–53; 12.12.1903, ib., XI. Leg., I. Sess., 1903/04, Bd. 1, 107–08 und 11.12.1905, ib., II. Sess. 1905/06, Bd. 1, 222–23 sowie besonders im Pamphlet Die englische Gefahr und das deutsche Volk, Berlin 1911, 3–13 und 15–16.

sich selbst verwaltenden Colonien", nur Vorteile für die demokratische Entwicklung des Mutterlandes, da in diesen selbstverwalteten Kolonien der Demokratisierungsprozess weiter sei als im Mutterland. Dies verleihe dem britischen Imperialismus "einen stark demokratischen, freiheitsfreundlichen Zug".[54] Dementsprechend stellte Bernstein auch zur Jahrhundertwende fest, dass "die gesamte staatlich organisierte Verwaltung Englands der Demokratie unterstellt" sei.[55]

So sei es nur natürlich, dass auch die englische Linke den Imperialismus ihres Landes gutheisse. "Selbstverständlich" müssten die Sozialisten die Ausdehnungspolitik streng überwachen, grundsätzlich gebe es jedoch keinen Grund, die englischen Bestrebungen zur Ausdehnung des Freihandels zu bekämpfen. Wirkliche Alternativen seien die "Reichscolonien" oder die von den kapitalistischen Kolonialvereinen beherrschten Kolonien. Die Sozialisten – "wir sehen da natürlich von den paar Sonderlingen ab, welche sich einbilden, man könne durch Aufhalten dieser Entwicklung den grossen Zusammenbruch der gegenwärtigen Gesellschaftsordung herbeiführen" (cf. Bax!) – favorisierten dabei natürlich die "Reichscolonien". Von der Sache her sei es deshalb geboten, sich zur Kolonialpolitik wie zu den Trusts zu verhalten, d.h. "kritisch, aber nicht absolut negierend". Eine andere Einstellung sei gar nicht möglich, da die "Ausdehnung der Machtsphäre der Großstaaten" wie die Monopolisierung "unvermeidliches Product moderner Entwicklung und insbesondere der modernen Verkehrsverhältnisse" sei.[56]

In Frankreich verpflichte demgegenüber die innere Entwicklung des Mutterlandes die Sozialisten dazu, sich an der Pflege der 'gemeinsamen Angelegenheiten' zu beteiligen und damit auch die Kolonialpolitik gutzuheissen. Die wirklichen Alternativen in Frankreich seien entweder die Beherrschung der gesellschaftlichen Klassen und Schichten "durch eine über ihnen stehende, auf den Säbel gestützte Macht oder Regierung auf Grundlage von Coalitionen und Compromissen". Bernstein bemerkte folgerichtig, dass die französischen Sozialisten die Pflicht hätten, die letztere Alternative zu wählen und sich an einer "Compromissregierung" zu beteiligen, sobald die Möglichkeit dazu bestehe. Als Millerand im Juni 1899 dies in die Tat

---

[54] *Bernstein*, 'Socialdemokratie und Imperialismus', 244–45.

[55] *Bernstein*, 'Der gegenwärtige Stand der demokratischen Entwicklung Englands', SM 5, I, 1901, 411. Bernstein verhielt sich jedoch nicht kritiklos gegenüber England. Seiner Meinung nach waren auch in England, der "Republik mit dem Monarchen an der Spitze" gegenläufige Tendenzen zur demokratischen Entwicklung zu beobachten, der Übergang von Machtbefugnissen vom Parlament zur Regierung und zum Monarchen. *Bernstein*, 'Eindrücke aus England', 578–81.

[56] *Bernstein*, 'Socialdemokratie und Imperialismus', 244–45.

umsetzte, wurde seine Entscheidung von Bernstein begrüsst. Der "kategorische Imperativ im politischen Leben" verpflichte die Sozialisten dazu, alle möglichen Mittel zur Durchsetzung ihrer Sache einzusetzen. Bernstein gab zu verstehen, dass die französischen Sozialisten sich gerade wegen der demokratischen Regierungsform ihres Landes nicht grundsätzlich gegen die französische Kolonialpolitik stellten.[57]

Aufgrund dieser Überlegungen legte Bernstein die Haltung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber dem deutschen Imperialismus fest. Gewisse Voraussetzungen für eine Gutheissung bestünden bereits: die Partei könne im Reichstag – bei den Wahlen von 1896 hatte die SPD 27% der Stimmen erhalten – bereits einen recht grossen Einfluss ausüben. Nach der Bernsteinschen Denkweise wuchs mit dem Anwachsen der Anhängerschaft der Partei auch deren Verantwortung für die 'gemeinsamen Angelegenheiten'. Ausserdem sei die Kolonialpolitik allgemein und damit auch die deutsche Kolonialpolitik – als Expansionserscheinung einer Grossmacht – unvermeidlich. Hätten so die deutschen Sozialdemokraten nicht auch wie ihre französischen Genossen ihren grundsätzlichen Widerstand aufgeben sollen? Der deutsche Imperialismus schien zwar im Rahmen des herrschenden internationalen Systems recht aggressiv. Bernstein hatte jedoch auch den Burenkrieg als marginale Erscheinung im englischen Imperialismus entlarvt und diesem so 'einen stark demokratischen, freiheitsfreundlichen Zug' zugebilligt.

Bernstein gab zu, dass in den Folgerungen Naumanns "ein Kern von Wahrheit" stecke, zur Gänze wollte er sie jedoch nicht gutheissen. Der entscheidende Unterschied zwischen dem englischen und französischen Imperialismus einerseits und dem deutschen Imperialismus andererseits liege in der Entscheidungsgewalt über die Kolonialpolitik. Das von Naumann geforderte Bündnis der demokratischen Kräfte sei zwar in Deutschland ebensogut möglich wie in Frankreich und stelle auch "eine Lebensfrage für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands" dar, zweifelhaft sei hingegen, ob sich der Kaiser zu einer Zusammenarbeit mit diesem Bünd-

---

[57] Ib., 242–43. Desgleichen *Bernstein*, 'Paris und Mainz', 715–16; 'Ein offenes Wort zum Amsterdamer Kongress' und 'Deutschland und die Republik', NMbl Nr. 18 und 19, 29.8. und 5.9.1904. Der Artikel *Paris und Mainz* veranschaulicht die Einstellung Bernsteins zur Kolonialpolitik: Einerseits charakterisiert er darin die *sozialistische Kolonialpolitik* und stellt andererseits Überlegungen an zur Problematik von Demokratie und politischer Verantwortung. Über die Haltung Bernsteins zur Kolonialpolitik Frankreichs ausführlicher s. *Bernstein*, 'Von Frankreichs Kolonialwesen', Vorwärts Nr. 223, 24.9.1902. – Erwähnt sei, dass Bernsteins Einschätzung des Verhaltens der französischen Sozialisten zutreffend war. Mit Ausnahme von Paul Louis begnügten sie sich mit einer Kritik an den Formen der Kolonialpolitik, s. *Paul*, 107–15 und *Ziebura*, 'Interne Faktoren des französischen Hochimperialismus 1871–1914', 311–17.

nis bereiterklären würde. Er stehe nämlich nicht über den Klassen, sondern sei der "vornehmste Repräsentant des hohen, junkerlichen Adels", weshalb "jedes dauernde Bündnis zwischen ihm und der Linke eine Unmöglichkeit" sei. Bernstein gestand zwar offen, dass er "die Republik als blosse Form" nicht so hoch schätzte, als dass er sich nicht eine "regierungsfreundliche Socialdemokratie in einer Monarchie" hätte denken können. Dabei müsse jedoch, betonte Bernstein, das Verfassungsleben des Landes "republicanisch, d.h. auf demokratischer Grundlage aufgebaut sein". Gerade in dieser Beziehung fehle "heute in Deutschland *noch* unendlich viel". Was war es denn genau, das in Deutschland – noch – fehlte? Bernsteins Mängelliste umfasste folgende Punkte: die Armee schwöre ihren Treueeid auf den Kaiser und nicht auf das Parlament; die Regierung sei nur dem Kaiser gegenüber verantwortlich, weshalb die für die Regierung unangenehmen Beschlusse des Reichstages "in den Papierkorb" wanderten; das Deutsche Reich sei "eine Republik nicht der Völker oder Parlamente, sondern der Fürsten", d.h. "ein Bund von Regierungen, die ihrerseits so undemokratischen sein mögen, als sie nur irgend sein wollen", und ausserdem herrsche in Preussen, dem wichtigsten Einzelstaat "das reactionärste aller Wahlsysteme und hält die Arbeiterklasse in der Lage von politischen Heloten".[58]

Unter einem solchen Regierungssystem konnte sich die Sozialdemokraten nach Bernstein nicht auf einen Kampf darüber einlassen, welche Partei am patriotischsten sei. Die Partei der bevorzugten Klassen könne der Regierung ohne weiteres "Machtmittel" zugestehen, falls diese im Gegenzug ihre Vorrechte zu schützen versprach. Falls nun die Sozialdemokraten die Flottenpläne der Regierung gutgeheissen hätten und gleichzeitig "eine Forderung stellten, die am Wesen des von Preussen ins Deutsche Reich herübergerettenen Halbabsolutismus ernsthaft rüttelte", hätten die Grossgrundbesitzer sogleich begonnen, ihren Patriotismus unter Beweis zu stellen und die Flottenpläne bedingungslos zu unterstützen. Damit sei "die Freundschaft der Regierung mit der Rechten sofort wieder hergestellt". Bernsteins Vergleich des deutschen und des englischen Imperialismus gipfelte in der Feststellung:

> "Nein, unter den heutigen politischen Verhältnissen Deutschlands kann die Socialdemokratie nicht mit den capitalistischen und Grundbesitzparteien im Bewilligen von Militär und Flotte concurrieren. Dem Imperialismus in Deutschland fehlt das Stück Demokratie, das dem heutigen englischen Imperialismus innewohnt, und wenn er in

---

58 *Bernstein*, 'Socialdemokratie und Imperialismus', 246–47. Hervorh. durch d. Verf.

seinen Bemühungen um die Förderung von Deutschlands Welthandel eine dem socialen Fortschritt förderliche Sache vertritt, so tut er damit etwas, was in seiner Art jeder capitalistische Unternehmer auch tut. Es hindert ihn nicht, politisch reactionär zu sein".[59]

Bernstein räumte zwar ein, dass Deutschland auch für die Sozialdemokraten verteidigenswert sei, alles habe jedoch "seine Grenzen". Zur Sicherung der weltweiten Handelsverbindungen Deutschlands reiche "eine mässige Kriegsflotte" aus. Insbesondere von England sei nichts zu befürchten, denn die englische Weltherrschaft sei "für immer vorbei". "Das Bedenkliche" an der Flottenbewegung Deutschlands sei, dass sie sich gegen England richte, das in seiner Handels- und Kolonialpolitik "die liberalsten, fortschrittlichsten Principien" vertrete.[60]

Bernstein war also im Ernst, als er verkündete, dass man "den Marinechauvinismus sehr energisch" bekämpfen könne, "ohne darum notwendigerweise colonialpolitischen Nihilismus treiben zu müssen".[61] Die Kolonialpolitik sei unvermeidlich, weshalb auch deren grundsätzliche Bekämpfung notwendigerweise aufzugeben sei. Auch der deutsche Imperialismus

---

[59] Ib., 247–48.

[60] Ib., 249. S. auch *Bernstein*, 'Kreta und die russische Gefahr', 17. Nach den späteren Forschungen war das Misstrauen und die Reserviertheit Bernsteins berechtigt. Die deutsche Kriegsflotte war gegen England gerichtet und das Ausbauprogramm der Flotte hatte eine entscheidende Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen zur Folge. Ausserdem schränkten die Flottengesetze als Ausbaugesetze das Recht des Reichstages zur Gewährung von Geldern ein und schmälerten so dessen Machtbefugnisse noch mehr. Die Flottengesetze veranschaulichen die problematische Beziehung zwischen der Innen- und Aussenpolitik des Deutschen Kaiserreiches. S. z.B. *Berghahn*, Der Tirpitz-Plan, bes. 145–57 und 173–201; *Craig*, Deutsche Geschichte 1866–1945, 269–78; *Geiss*, 'Sozialstruktur und imperialistische Dispositionen im Zweiten Deutschen Kaiserreich'; *Herwig*, "Luxury" Fleet, 33–53; *Kennedy*, Antagonism, 223–50; *Petter*, 'Armee und Flotte in Staat und Gesellschaft', 122–26; *Stegmann*, 'Wirtschaft und Politik seit Bismarcks Sturz', 172–84; *Wehler*, Das Deutsche Kaiserreich, 165–70 sowie *Witt*, 'Innenpolitik und Imperialismus in der Vorgeschichte des 1. Weltkrieges'. Über die kritische Haltung der Sozialdemokraten zum Flottenausbauprogramm s. *Domann*, 57–65 und 101–03; *Lampe*, 'Das Flottengesetz von 1900 und der Kampf der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen das maritime Wettrüsten'; *Maehl*, 'German Socialist Opposition to the Tirpitz Plan' und id., 'Bebel's Fight against the *Schlachtflotte*, Nemesis to the Primacy of Foreign Policy'.

[61] *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 561. Cf. *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 149 (Im folgenden abgek. als Voraussetzungen). Es war Kautsky ein leichtes, durch Zitate aus den Artikeln Bernsteins zu belegen, dass die Bernsteinschen Prinzipien einen grundsätzlichen Widerstand gegen die Kolonialpolitik ausschlossen. Ausserdem bemerkte er, dass die Partei bei Befolgung dieser Prinzipien das Vertrauen der Massen verloren hätte: "Ist die Kolonialpolitik im Interesse des Proletariats notwendig, dann verlieren wir jeden Rückhalt unter den Massen, wenn wir ihnen sagen würden: Die Kolonialpolitik ist für euch erforderlich, die Regierung vertritt hier eure Interessen; weil wir aber Gegner der Regierung sind, wollen wir sie daran hindern". Prot. Dresden 1903, 388–90.

sei zwar – im Sinne einer Sicherung des deutschen Welthandels – an und für sich fortschrittlich, die deutschen Sozialdemokraten könnten ihn jedoch nicht mit gutem Gewissen unterstützen, da er 'politisch reactionär' sei. Aufgrund seines Vergleiches der 'Imperialismen' Deutschlands, Englands und Frankreichs setzte Bernstein die Demokratisierung des Kaiserreiches als Bedingung für eine Unterstützung des deutschen Imperialismus. Die englische und französische Arbeiterbewegung könne bereits über die Kolonial- und Aussenpolitik ihrer Länder mitbestimmen, in Deutschland sei dies jedoch wegen des reaktionären Herrschaftssystems vorderhand noch nicht möglich. Die Gutheissung des deutschen Imperialismus hätte die Gutheissung des antidemokratischen Herrschaftssystems bedeutet, d.h. die 'Preisgabe der Demokratie', die Aufgabe der Ziele der Sozialdemokratie:

> "So lange das deutsche Kaisertum, in dessen Händen die Vertretung der Nation nach aussen ruht, in seinem ganzen Wesen undemokratisch bleibt, heisst nationale Politik in dem Sinne, wie Naumann sie versteht, Preisgabe der Demokratie um möglicher, aber nicht einmal sicherer kleiner Vorteile willen. Darauf kann die Socialdemokratie es nicht ankommen lassen. Ihre Aufgabe ist die Erkämpfung der Demokratie, und nur in dem Masse, als sie durch das Mittel demokratischer Einrichtungen ihren Einfluss auf die Führung des Landes zu erweitern, ihn aus einem präventiven in einen directiven zu verwandeln im stande ist, wird sie der äusseren Politik *freier* gegenübertreten können".[62]

Wenn Bernstein über die Kolonialpolitik schrieb, schrieb er zugleich über das politische System des Mutterlandes. Unter *sozialistischer Kolonialpolitik* verstand er eine Kolonialpolitik, die die Eingeborenen human 'behandelte' und demokratisch kontrolliert war. Die letztere Eigenschaft war dabei die Vorbedingung der ersteren. Dieses Unterstellungverhältnis wiederum stellte das Charakteristikum des Bernsteinschen Revisionismus dar: die Demokratie war die Voraussetzung des Sozialismus. Bei der Untersuchung der Auslegungen dieser Begriffe durch Bernstein wird ersichtlich, dass er im Grunde genommen Demokratie und Sozialismus als Synonyme auffasste.

Gemäss der festen Überzeugung Bernsteins liess sich der Sozialismus nicht über den Zusammenbruch des Kapitalismus verwirklichen. Der Zu-

---

[62] *Bernstein*, 'Socialdemokratie und Imperialismus', 251. Hervorh. d. den Verf. Die Wiederholung der Kernpunkte der Naumann-Kritik durch Bernstein in den Jahren 1908 und 1912 lässt einiges erkennen über die Dauerhaftigkeit der Überzeugung Bernsteins und möglicherweise auch des für die SPD sich stellenden Problems. S. *Bernstein*. 'The two heads of the Freisinn', The Nation III, 9.5.1908, 185–86 und 'Politische Schwarzmalerei', SM 16, I, 1912, 540.

sammenbruch des Kapitalismus hätte den Zusammenbruch der Wirtschaft und eine solche Anhäufung von Problemen bedeutet, dass deren Bewältigung äusserst schwierig gewesen wäre. Das Problem der kommenden sozialistischen Gesellschaft werde nicht so sehr "die Frage der Macht" als vielmehr "das Problem der Ökonomie als Verwaltungsproblem"[63] d.h. das "Problem der Produktionsordnung und Produktionsentfaltung" sein.[64] Die Bewältigung dieser Probleme solle nicht der Zukunft überlassen werden, und die Bewältigung werde um so leichter sein, je mehr der Gang der Entwicklung "statt eines sprunghaften ein continuierlicher" werde.[65] "Wir haben eine treffliche stetig vorwärtsschreitende sozialistische Arbeiterbewegung; warum soll ich ihr eine Unterbrechung ihres Vormarsches durch eine Revolution wünschen?", fragte Bernstein Kautsky herausfordernd.[66]

Da man sich zum Sozialismus hin bewege, sei es gerade für die Arbeiterbewegung äusserst wichtig, für die Kontinuität der Produktion zu sorgen.[67] Da die sozialistische Bewegung "die Erzielung des höchstmöglichen Grades von allgemeinem Wohlstand" zum Ziele habe, müsse sie verstehen, "dass das Problem der höchsten Produktivität, der höchsten Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Gesamtarbeit das entscheidende Moment für die sozialistische Fortentwicklung der Gesellschaft" bilde.[68] Das bedinge u.a. angemessene Lohnforderungen. Unangemessene, "die Profitrate weit unter den allgemeinen Mindestsatz" drückende Lohnerhöhungen könnten die Betriebe zur Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland veranlassen, wo die Löhne niedriger seien. Zu seiner Befriedigung konnte Bernstein feststellen, dass Fälle dieser Art "äusserst selten" waren. Die Arbeiter wussten im allgemeinen "ganz gut, wie weit sie mit ihren Forderungen gehen können".[69] Die Arbeiter hätten natürlich das Recht, von den aufgrund des technischen Forschritts gewachsenen Erträgen zu profitieren. Es stelle sich nur die Frage, wie das am besten in die Tat umgesetzt werden könne "ohne dem wirtschaftlichen Forschritt ernsthaft hindernd entgegenzuwirken".[70] Jedenfalls müsse die "simplistische Auffassung des Klassenkampfes" verworfen und bei Lohnstreitigkeiten, anstatt sogleich

---

63 *Bernstein*, 'Die neueste Prognose der socialen Revolution', SM 6, II, 1902, 597.
64 Bernsteins Vorrede zur Auflage von 1902 seines Werkes *Voraussetzungen*, Bonn-Bad Godesberg 1975, 15.
65 S. Anm. 63
66 Bernstein an Kautsky, 28.2.1898, IISG, KN DV 434. Desgleichen Bernstein an Kautsky, 20.2.1898, ib., 432.
67 *Bernstein*, Voraussetzungen, 178–79. Desgleichen *Bernstein*, 'Vom Klassenkampf', SM 10, II, 556.
68 S. Anm. 64.
69 *Bernstein*, Voraussetzungen, 119–20.
70 *Bernstein*, 'Der Kampf im englischen Maschinenbaugewerbe', NZ 16, I, 1897–98, 647.

die Löhne durch Streiks heben zu wollen, der Versuch einer Vermittlung unternommen werden, gegebenenfalls unter Inanspruchname der "Dienste eines Vermittlers".[71] Eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung verlaufe möglichst krisenfrei. Als Gegenargument zu der Auffassung, wonach die sozialistische Revolution mit einem Geburtsakt zu vergleichen sei, zitierte Bernstein einen Kritiker Kautskys, der bemerkt hatte, dass sich der Geburtsakt umso leichter vollziehe, je gesunder die Mutter sei.[72]

Das Resultat der stufenweisen und 'organischen' Entwicklung war "die organisierte Gesellschaft", die "die Leitung und Fortentwicklung der Produktion und Verteilung der Güter übernimmt".[73] Diese Charakterisierung der sozialistischen Gesellschaft wäre auch von den theoretischen Widersachern Bernsteins gutgeheissen worden. Umstritten war aber vor allem die Art der Erreichung dieses Zieles; es herrschte Uneinigkeit über die Art und Weise des Vorgehens und damit – notwendigerweise – darüber, welche Interpretation der gesellschaftlichen 'Bewegung' richtig und wahrheitsgetreu sei. Bernstein verstand den Sozialismus als fortschrittlichen Prozess, in dessen Verlauf der Staat sich von einer Unterdrückungsmaschinerie zu einem Diener der gesamten Gesellschaft, der der "ausbeuterischen Function des Capitals immer engere Grenzen" ziehe, wandle.[74]

Es ist denn auch verständlich, dass die Bernsteinsche Konzeption des Sozialismus keine zeitlich begrenzte Übergangsphase, eine Diktatur des Proletariats, vorsah. Der Staat sei ja in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht mehr einfach eine Unterdrückungsmaschinerie im Dienste der herrschenden Klasse. Für Bernstein war die Diktatur des Proletariats "Anarchie, und zwar die schlimmste Form derselben, nämlich jakobinische Anarchie"[75] oder "politischer Atavismus".[76] Anstatt ihre Tätigkeit auf der "Phrase von der Diktatur des Proletariats" zu gründen, sollten sich die Sozialdemokraten "rücksichtslos, auch in der Doktrin, auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie" setzen, und zwar "mit allen sich daraus für ihre Taktik ergebenden Konsequenzen".[77] Dies ermögliche dann eine Zusammenarbeit mit dem fortschrittlichen Bürgertum; Ziel einer solchen Bündnispolitik sollte die Entwicklung der "liberalen Einrich-

---

[71] Ib., 459.

[72] Rezension Bernsteins zu Emil *Steinigans*, Kautsky und die soziale Revolution, Solingen 1903, DdS II (1903), 495.

[73] *Bernstein*, Die neuen Reichssteuern, Berlin 1906, 22.

[74] *Bernstein*, 'Zum Thema Sociallibcralismus und Collectivismus', SM 4, 1900, 181.

[75] Bernstein an Kautsky, 20.2.1898, IISG, KN DV 432.

[76] *Bernstein*, Voraussetzungen, 127.

[77] Ib. S. auch *Bernstein*, 'Der Londoner Kongress und die Anarchisten', Vorwärts Nr. 171, 24.7.1896.

tungen" der Gesellschaft sein. Zur Durchführung dieser Aufgabe bedürfe es "der Organisation und energischen Aktion", aber nicht notwendig der revolutionären Diktatur. Die feudalen Einrichtungen müssten fast ausnahmslos mit Gewalt gesprengt werden, "die liberalen Einrichtungen der modernen Gesellschaft" seien hingegen "biegsam, wandlungs- und entwicklungsfähig", weshalb sie nicht gesprengt, sondern "nur fortentwickelt zu werden" brauchten.[78]

Bernstein empfahl denn auch, bei den "Kriegserklärungnen" an den Liberalismus Mass zu halten. "Als weltgeschichtliche Bewegung" sei der Liberalismus der geistige Vorgänger des Sozialismus und der Sozialismus folglich "dem geistigen Gehalt" nach der "legitime Erbe" des Liberalismus.[79] Auch der Sozialismus habe die Freiheit des Individuums zum Ziele, jedoch nicht die 'anarchistische' Freiheit von den Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft, sondern die Freiheit "von jedem ökonomischen Zwange in seiner Bewegung und Berufswahl". Da eine solche Freiheit nur durch das Mittel der Organisation zu erreichen sei und da die von den Sozialisten angestrebten Organisationen in dem Sinne liberal seien, als dass sie auf einer demokratischen Verfassung beruhten und allen zugänglich seien, könne der Sozialismus auch als "organisatorischer Liberalismus" bezeichnet werden.[80] Bernsteins politische Botschaft gipfelte in der damals aufsehenerregenden Feststellung, dass die Zahl der die Notwendigkeit eines stufenweisen und 'organischen' Wandels Begreifenden nur anwachsen werden, wenn sich die Sozialdemokratie von der überlebten Phraseologie emanzipiere und als das auftrete, "was sie heute in Wirklichkeit ist, eine demokratisch–sozialistische Reformpartei".[81]

Bernstein strebte stets nach möglichst eindeutigen und klaren Definitionen. So auch beim Sozialismus. Falls man "aller Begriffsverwirrung aus dem Wege gehen" wolle, müsse man das Wort 'Sozialismus' aus dem Begriff "socius = Genosse" oder "Genossenschaft" und nicht aus dem Begriff "societas = Gesellschaft" ableiten. So definiert sei der Sozialismus die "Bewegung zur Genossenschaftlichkeit" und das Ziel der sozialistischen Bewegung "die allseitige Durchführung der Genossen-

---

[78] *Bernstein*, Voraussetzungen, 139.
[79] Ib., 129.
[80] Ib., 132. S. auch *Bernstein*, 'Zum Thema Socialliberalismus und Collectivismus', 181–84. Charakteristisch für die Ansichten Bernsteins ist sein Kommentar zum Eintritt des liberalen Politikers Paul Nathan in die SPD: der Wechsel der Partei sei lediglich die "Beseitigung einer formalen Trennung". Nathan "wusste, dass er damit keinen der grossen Gedanken des weltgeschichtlichen Liberalismus aufgehoben hatte, der fortzuleben wert und imstande ist", *Bernstein*, 'Dem Andenken Paul Nathans', IISG, BN A 4.
[81] *Bernstein*, Voraussetzungen, 165.

schaftlichkeit".[82] Es würde ein Verflachung und ungebührliche Verkürzung der Botschaft Bernsteins bedeuten, wollte man ihm unterstellen, damit lediglich die genossenschaftliche Organisierung der Produktion gemeint zu haben.[83] Sachlich richtig dürfte es sein, den Begriff "Genossenschaftlichkeit" als 'Gleichberechtigung' zu interpretieren. Damit werden auch die Erklärungen Bernsteins zu diesem Begriff verständlich und sinnvoll. Gemäss Bernstein liess sich mit dem Wort "Genossenschaftlichkeit" am treffendsten "das Ganze der sozialistischen Bewegung" umreissen, da es "alle Klassenherrschaft und alle Klassenprivilegien" ausschliesse: "der kraft seiner Klassenlage Bevorrechtete ist kein Genosse";[84] und umgekehrt: der "socius" oder "Genosse" "ist der gleichberechtigte Teilhaber".[85] Demgemäss war die 'Genossenschaft' oder die sozialistische Gesellschaft eine Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger.

Als Bernstein betonte, dass die Demokratie die "Vorbedingung" der "wirtschaftlichen Emanzipation" der Arbeiterklasse sei,[86] und die "Erkämpfung der Demokratie... ein unerlässliches Gebot der sozialen Emanzipation" darstelle,[87] meinte er damit nicht, dass zuerst die Demokratie verwirklicht werden müsse, bevor man an den Aufbau des Sozialismus gehen könne.[88] Bei Bernstein verschmolzen die demokratischen und die sozialistischen Forderungen: die Verwirklichung der demokratischen Forderung bedeutete gleichzeitig die Verwirklichung der sozialistischen Forderung, und umgekehrt. Da der Sozialismus die "Durchführung des genossenschaftlichen Prinzips im gesellschaftlichen Leben" bedeute, werde damit auch die Demokratie verwirklicht, denn "zur Genossenschaftlichkeit" gehöre "von allen Dingen die Selbstverwaltung und Selbstverwaltung ist nur ein anderes Wort für das, was der Sozialist unter Demokratie versteht".[89] Im Verlaufe der stufenweisen und 'organischen' Entwicklung,

---

[82] *Bernstein*, 'Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?' (Vortrag in Berlin 17.5.1901), *Bernstein*, Ein revisionistisches Sozialismusbild, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1976, 65 sowie *Bernstein*, 'Erklärung', Vorwärts Nr. 32, 8.2.1898. S. auch *Bernstein*, Voraussetzungen, 83–84 und 'Meine Stellung zum theoretischen Teil des Erfurter Programms', Vorwärts Nr. 206, 3.9.1899.

[83] Cf. *Bernstein*, 'Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich', 83.

[84] Bernstein, 'Erklärung'.(Anm. 82).

[85] S. Anm. 83.

[86] *Bernstein*, 'Kritisches Zwischenspiel', 749.

[87] *Bernstein*, 'Blanquismus und Sozialdemokratie', IISG, BN A 17 (verfasst im Oktober 1898).

[88] Dies war offenbar die Auffassung Kautskys, s. z.B. *Kautsky*, 'Ein sozialdemokratischer Katechismus', NZ 12, I, 1893–94, 402–03; Kautsky an Adler, 20.6.1907, Brw. Adler, 480 und an Bernstein, 18.2.1898, IISG, KN C 180 sowie *Kautsky*, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, 171. Cf. *Hindess*, 'Marxism and Parliamentary Democracy'; *Kivekäs*, Karl Kautskyn suhtautuminen Venäjän lokakuun vallankumoukseen, 32–47 und 63–76 sowie *Salvadori*, 65–80 und 255–66.

[89] S. Anm. 87.

mit dem Anwachsen der Zahl der Arbeiter und mit der Vertiefung ihres Bewusstseins werde das 'organisch' zur Demokratie gehörende allgemeine Stimmrecht "zum Werkzeug, die Volksvertreter aus Herren in wirkliche Diener des Volkes zu verwandeln": das Stimmrecht mache seinen Inhaber "zu einem Teilhaber am Gemeinwesen".[90] Die Demokratie sei wirklich Mittel und Zweck zugleich, d.h. "das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus" und "die Form der Verwirklichung des Sozialismus".[91] Demokratie und Sozialismus seien "in letzter Instanz" Synonyme, betonte Bernstein gegenüber Kautsky:

> "Du weisst nicht, wie grossen Wert ich auf die Demokratie lege. Ich hätte ganz gut schreiben können, und wollte es sogar ursprünglich, dass der Sozialismus für mich in letzter Instanz Demokratie, Selbstverwaltung heisst. Ich fürchtete nur, missverstanden zu werden".[92]

Daraus kann geschlossen werden, dass Bernstein bei seiner Bestimmung der Demokratie gleichzeitig nähere Erläuterungen zu seinem Sozialismusbegriff gab, und umgekehrt. Bei seinem Vergleich der Demokatie mit der katholischen Kirche bemerkte Bernstein beispielsweise, dass die Demokratie "in vorgeschrittenen Ländern" der Kirche gegenüber "in jeder Hinsicht die höhere Kultur als intellektuelle wie als sozialpolitische Macht" repräsentiere:

> Die Demokratie "hat die Hebung der arbeitenden Massen, ihre Befreiung aus jeder Abhängigkeit auf ihre Fahne geschrieben, sie kämpft für eine viel weitergehende Volksbildung, als die Kirche sie jemals empfohlen oder gutgeheissen hat, für eine viel tiefere, reichere und zugleich freiere Pflege der Wissenschaften, für eine viel stärkere Verbindung der Menschen durch das Band einer auf Gleichheit der Rechte und Pflichten beruhenden Solidarität, auf deren Basis allein der höchste Grad von allgemeiner Freiheit möglich ist".

Nach Bernstein war dies "das notwendige Ziel der modernen Demokratie".[93] Aufgrund seiner Begriffsbestimmungen können wir sagen, dass dies für Bernstein auch das 'unvermeidliche Ziel der modernen sozialistischen Bewegung' war.

Bernstein war, wie er Kautsky gestand, in seiner Art der Stellung von Problemen, Forderungen und Kampfaufgaben stets "liberal" und nicht

---

[90] *Bernstein*, Voraussetzungen, 126.
[91] Ib., 124 und 140.
[92] Bernstein an Kautsky, 20.2.1898, IISG, KN DV 432.
[93] *Bernstein*, 'Zweierlei Kulturkampf', NMbl Nr. 6, 6.6.1904.

"radikal" gewesen. Dies bedeutete jedoch nicht, dass er nicht auch gelegentlich "radikale Mittel" gutgeheissen hätte, und der Revolution "als Mittel" widersetzte er sich nicht "grundsätzlich".[94] Die Revolution als Mittel konnte er jedoch nur gutheissen, wenn damit die politische Revolution gemeint wurde, die "gleichbedeutend mit Aufstand, bezw. aussergesetzlicher Gewalt" war. Die Veränderung des Gesellschaftssystems wollte er mit dem Begriff "soziale Umgestaltung" umschreiben, der "die Frage des Weges offen lässt".[95] Auf das Deutsche Kaiserreich übertragen hätte der revolutionäre Weg den gewaltsamen Umsturz des kaiserlichen Regierungssystems und die Einführung der Republik bedeutet. Besser für den gesellschaftlichen Forschritt – die Verwirklichung der Demokratie oder des Sozialismus oder der 'höheren Kultur' – sei es jedoch, wenn der revolutionäre Weg vermieden werden könnte, damit "die soziale Umgestaltung sich in stetiger, organischer Entwicklung "vollziehe. Dies war nach Bernstein bereits möglich:

> "Die Menschheit ist heute in der vorgeschrittenen Kulturländern auf eine Stufe der Entwicklung angelangt, wo sie der gewalttätigen Revolutionen entbehren kann, sofern sie nur durch die Wegräumung aller politischen Privilegien freie Bahn gewonnen hat für die durch Organisation und Gesetz sich vollziehende Revolution. Denn das ist der Sinn der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, die... für alle Beteiligten der sicherste und darum auch der beste Weg ist".[96]

Bernsteins versuchte hier, das deutsche Bürgertum darüber aufzuklären, dass sich eine gewaltsame politische Revolution in Deutschland nur 'durch Wegräumung aller politischen Privilegien' verhindern lasse. Seine Warnung wurde nicht beachtet.

Aufgrund des Gesagten ist es nicht verwunderlich, dass Naumann grosse Hoffnungen auf Bernstein setzte. Dieser hatte ja seine Partei in Wort und Tat aufgefordert, sich für das allgemeine Stimmrecht einzusetzen und – mit den Worten Naumanns – "ein ganzes Teil unnützen Utopismus und Radikalismus" aufzugeben sowie – wie es Bernstein formulierte – "mit den vorgeschrittenen Elementen des Bürgertums einmal weiter als bis zur Wahlurne Hand in Hand zu gehen".[97] Es ist jedoch auch nicht überra-

---

[94] S. Anm. 92.
[95] *Bernstein*, Voraussetzungen, 87 und Anm. 1 sowie Bernstein an Kautsky, 20.2. und 10.10.1898, IISG. KN DV 432 und 461.
[96] *Bernstein*, Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis, 48.
[97] S. Anm. 92. – Es ist möglich und entbehrt nicht einer gewissen Grundlage zu behaupten, dass Bernstein 'innerhalb' der Arbeiterbewegung 'liberale' Prinzipien vertrat, s. z.B. *Dahlkvist*, 'Samhälle och stat i Eduard Bernsteins revision av marxismen' und *Radczun*, 'Zum Kampf Eduard Bernsteins gegen die marxistische Lehre vom Staat und von der proletari-

schend, dass in der SPD keine Bereitschaft bestand, den Bernsteinschen 'organisatorischen Liberalismus' zu akzeptieren; im Verhältnis zur herrschenden Auffasung über die Art der Verwircklichung des Sozialismus bedeutete dies eine Aufgabe des Sozialismus.[98] Unter Berücksichtigung seiner Wertschätzung der Demokratie ist es jedoch auch nicht verwunderlich, dass Bernstein die deutsche Kolonialpolitik nicht ohne weiteres gutheissen konnte. Obschon er die Kolonialpolitik, und damit auch die deutsche Kolonialpolitik, grundsätzlich guthiess, konnte er die deutsche Kolonialpolitik wegen des Fehlens demokratischer Kontrolle nicht als solche akzeptieren.[99] Im Rahmen dieser Abklärung der *Intentionen* Bernsteins hat es keinen Sinn darüber zu spekulieren, ob die Verwirkluchung des Bernsteinschen Sozialismus im Deutschen Kaiserreich von vornherein utopisch war. Der Kern des Bernsteinschen Revisionismus wurde ersichtlich, als er die Demokratisierung des Kaiserreiches zur Bedingung stellte für die Gutheissung der Kolonialpolitik. Das Verhältnis zwischen Bernsteinschem Revisionismus und *sozialistischer Kolonialpolitik* war begrifflich. Bernsteins kolonialpolitische Schriften sind als politische Texte, programmatische Erklärungen des Bernsteinschen Revisionismus und als Aufforderungen zum Engagement zugunsten der Demokratie (d.h. des Sozialismus) zu verstehen.

---

schen Revolution'. Kürzlich hat Roger Fletcher dieses Bild von Bernstein näher umrissen und aufzuzeigen versucht, dass Bernstein im Grunde als britischer Radikaler und Anhänger Cobdens anzusehen sei, *Fletcher*, 'British Radicalism and German Revisionism'; id., 'Cobden as Educator' und id., Revisionism and Empire, 143–67. Cf. *Kolakowski*, Die Hauptströmungen des Marxismus, 2, 130–34; *Meyer*, Bernsteins konstruktiver Sozialismus, 287–303 und *Rikli*, Der Revisionismus, 117.

[98] Anton Pannekoek stellte beispielsweise fest, dass die herrschende Klasse über genügend Mittel verfüge, um eine auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhende parlamentarische Demokratie in eine Scheindemokratie umzuwandeln und fügte mit Blick auf die Reformisten hinzu: "Die Auffassung, mittels des Wahlzettels die politische Macht erobern zu können, kommt auf die Absurdität hinaus, dass die Arbeiter nur dann die Herrschaft erobern können, wenn die Bourgoisie es ihr gestattet", *Pannekoek*, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1973 (1909), 73. Nachdem sie zuerst darzulegen versucht hatte, dass Bernstein die Verwirklichung des Sozialismus mit 'gesetzlichen Mitteln' wolle, verspottete Rosa Luxemburg den Revisionismus Bernsteins wie folgt: "Wie also die Lohnsklaverei 'auf gesetzlichem Weg' stufenweise aufgeben, wenn sie in den Gesetzen gar nicht ausgedrückt ist? Bernstein, der sich an die gesetzliche Reformarbeit machen will, um dem Kapitalismus auf diesem Wege ein Ende zu bereiten, gerät in die Lage jenes russischen Schutzmanns, der bei Uspenski sein Abenteuer erzählt: 'Schnell packte ich den Kerl am Kragen, und was stellte sich heraus? Dass der verdammte Kerl keinen Kragen hatte!' Da liegt eben der Hase im Pfeffer", *Luxemburg*, Sozialreform oder Revolution (1899), GW 1/1, 429. S. auch Anm. 61.

[99] Peter *Strutynski* (Die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten in der deutschen Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende, 125) versucht Bernstein zum Opportunisten und Sozialimperialisten zu stempeln, indem er, grundlos, behauptet, dass die einzige Bedingung Bernsteins für die Gutheissung der Kolonialpolitik die Rentabilität der Kolonien gewesen sei. Strutynski bemerkt so nicht, dass Bernsteins 'Opportunismus' in der Auffassung der Kolonialkritik als politisches Mittel begründet lag.

III Die 'Englische Brille': Bernstein, Fabier oder englischer Radikaler?

In der vorliegenden Untersuchung wurde vor allem versucht zu beschreiben, *wie* sich das politische Denken Bernsteins wandelte. In diesem und z.T. auch im folgenden Kapitel wird, nach wie vor unter dem Gesichtspunkt der (Einstellung zur) Kolonialpolitik, versucht, den Revisionismus Bernsteins aufgrund einiger Erklärungsversuche präziser zu fassen. Es geht hier weniger um alternative oder neue Erklärungen als vielmehr um alternative und, möglicherweise, neue Fragestellungen.

Bernstein wurde zum Revisionisten in England, dem Land, in dem Marx sein *Kapital* schuf. Die letzten dreizehn Jahre seines Exils verbrachte Bernstein in London, wohin die Redaktion des *Sozialdemokrat* gezogen war, nachdem die Schweizer Bundesregierung sie 1888 auf Druck der deutschen Regierung aus Zürich verbannt hatte. *Der Sozialdemokrat* stellte sein Erscheinen nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 ein, nach Deutschland konnte Bernstein jedoch erst im Jahre 1901 zurückkehren.[1] Es ist denn auch verständlich, dass der Revisionismus Bernsteins mit englischen Einflüssen erklärt wird. Im folgenden wird versucht, den Wert und die Bedeutung der einflussanalytischen Untersuchungen für die Deutung des Bernsteinschen Revisionismus abzuklären.

In den zehn Jahren seines Exils (1878–88) vermochte sich Bernstein so gut in der Schweiz einzuleben, dass er sie später als seine "Viceheimat" bezeichnete.[2] Er vertrat selbst die Meinung, dass seine in Zürich verbrachten Jahre für seine politische Entwicklung von grosser Bedeutung gewesen seien. Seine politischen Auffassungen vertieften sich, und sein "politischer

---

[1] *Bartel* u.a., Der Sozialdemokrat 1879–1890, 105–06 sowie *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 186–94. Über die Rückkehr Bernsteins nach Deutschland s. z.B. *Fricke*, 'Zur Rückkehr Eduard Bernsteins in das Deutsche Reich 1901'.

[2] Bernstein an Kautsky, 19.8.1925, IISG, KN DV 531.

Horizont" weitete sich in den Gesprächen, die er mit schweizerischen Linksintellektuellen führte.[3] Dies war in London noch stärker der Fall, da er dort mit weiteren Intellektuellen der Linken Bekanntschaft schloss: im September 1888 besuchte er erstmals eine Vortragsveranstaltung der Fabian Society.[4] Die an dieser und an weiteren Veranstaltungen gehaltenen Vorträge wurden 1889 als Buch veröffentlicht, dessen erste Auflage innerhalb eines Monats ausverkauft war.[5] Engels erhielt ebenfalls ein Exemplar dieses Werkes mit dem Titel *Fabian Essays* – "a true gospel of distinctively British socialism"[6] – und verhielt sich von da an ernsthafter zur Tätigkeit der Fabian Society.[7]

Mit Ausnahme der expliziten Kritik der Hegelschen und Marx'schen Dialektik könnte das Buch die erste Version von Bernsteins *Voraussetzungen* darstellen. Im Vorwort der ersten Auflage klärte der Schriftsteller George Bernard Shaw die Leser darüber auf, dass es zu jener Zeit keine "authoritative teachers of Socialism" gebe. Die Essayisten würden deshalb nicht den Anspruch aufstellen, "to be more than communicative learners".[8] Fast zwanzig Jahre später im Jahre 1908, bemerkte Shaw jedoch, dass sich die sozialistische Bewegung in ganz Europa seit 1889 entscheidend gewandelt habe und fügte in der ihm eigenen Art bei: "the result of the transformation may be fairly described as Fabian Socialism".[9] Edward Pease, der langjährige Sekretär der Fabian Society, stellte ebenso bescheiden fest, dass diese Gesellschaft in England "the spell of marxism" zerstört und der englischen Sozialismus von der "intellectual bondage" des Marxismus befreit habe.[10] Die Society hatte also gemäss diesen Aussagen gewaltige Veränderungen verursacht, besonders wenn man bedenkt, dass die Zahl der Mitglieder noch im Jahre 1893 1500 betrug und bis zum Ersten Weltkrieg 3000 erreichte.[11]

---

3 *Bernstein*, Sozialdemokratische Lehrjahre, 194–96.
4 Bernstein an Kautsky, 24.9.1888, IISG, KN DV 106. S. auch *Bernstein*, Aus den Jahren meines Exils, 242.
5 *Wolfe*, From Radicalism to Socialism, 293, Anm. 2.
6 Mit diesen Geleitworten wurde das Buch Beatrice Webb überreicht, *Webb*, My Apprenticeship, Cambridge 1979 (1926), 404.
7 *Bünger*, 140.
8 Fabian Essays, London 1962 (6.Aufl.), 294. Im folgenden abgek. Essays.
9 Vorrede zur Auflage von 1908, Essays, 282.
10 *Pease*, The History of the Fabian Society, London 1916, 236. In ähnlicher Weise, id., 'Die Fabian Society', Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Erster Band, Leipzig 1911, 350–53.
11 *McBriar*, Fabian Socialism and English Politics 1884–1918, 165–66. Über die vielfältige Literatur zu den Fabiern s. *Wittig*, 'Intellektuelle in der Politik: Zur Entwicklung des englischen Fabier-Sozialismus'. Im bibliographischen Essay Wittigs fehlen die Untersuchungen *Clarkes* (Liberals and Social Democrats) und *Freis* (Fabianismus und Bernstein'scher Revisionismus) sowie Wittigs eigene, später erschienene Arbeit (Der englische Weg zum Sozialismus).

Die Fabian Society wurde im Jahre 1884 gegründet. Zu Beginn der 90er Jahre und um das Jahr 1906 wuchsen die Mitgliederzahlen jeweils stark an, und die Fabian Society war nahe daran, sich als politische Partei zu konstituieren.[12] Die Fabier blieben jedoch ihrem Grundsatz treu, dass die Mitglieder der Society in den verschiedensten Vereinigungen und auch in den verschiedenen sozialistischen Parteien den Fabianischen Sozialismus propagieren sollten. Wichtigstes Objekt war dabei das Bürgertum, da es sich die Soziety zur Aufgabe gestellt hatte, "to make it as easy and matter-of-course for the ordinary respectable Englishman to be a Socialist as to be a Liberal or a Conservative".[13] Dies war die sog. "permeation" – Taktik der Fabier, die einen Bund zwischen dem radikalen Bürgertum und den Sozialisten,[14] oder – wie Bernstein es ausdrückte – die "Eroberung der liberalen Partei von innen heraus" zum Ziele hatte.[15]

Der Sozialismus der Fabier wich verständlicherweise in erheblichem Masse vom Sozialismus der sich marxistisch haltenden SDF ab. Unter den Mitgliedern der SDF gab es zwar anfänglich auch Fabier, die sich jedoch nach den durch Arbeitslosigkeit verursachten Unruhen der Jahre 1886–87 endgültig von ihr trennten. Gemäss der Leitung der SDF musste die Lage als revolutionär angesehen werden, während die Fabier von einer diametral entgegengesetzten Beurteilung ausgingen. Obschon die Wut der Arbeitslosen gross war, wollten sie nach Shaw nicht die Revolution, sondern Arbeit.[16] Hubert Bland wiederum hielt die Aufständischen für unfähig zur Revolution: "the revolt of the empty stomachs ends at the baker's shop".[17] Als Engels die SDF der Sektiererei beschuldigte,[18] zogen die Fabier daraus den Schluss, dass man die revolutionäre Phraseologie samt jenen, die davon sprachen, endgültig aufzugeben habe.[19] Die Fabier gelangten zu der ihnen charakteristischen Auffassung, dass der Sozialismus von einer selbständigen Arbeiterpartei nicht im Alleingang verwirklicht werden könne.

---

[12] *McBriar*, 6.

[13] Shaws Vorrede zur Auflage von 1908, Essays, 286.

[14] *Wolfe*, 309. Wolfe will (258) die weitverbreitete Fehlinterpretation korrigieren, wonach die 'permeation'-Taktik im Grunde im Widerspruch stehe zu einer selbständigen sozialistischen Politik. In der politischen Strategie der Fabier ergänzten und unterstützten sich diese beiden Richtungen. Cf. *Clarke*, Liberals and Social Democrats, 39–46; *McBriar*, 95; *Pierson*, Marxism and the Origins of British Socialism, 127–30 sowie *Wittig*, Der englische Weg zum Sozialismus, 211–12 und 332–45.

[15] *Bernstein*, 'Über Bernard Shaw', SM 9, I, 1905, 211. S. auch *Bernstein*, 'Englische Partei-Entwicklungen', NZ 14, I, 1895–96, 81 und Aus den Jahren meines Exils, 244–45.

[16] Pall Mall Gazette, 11.2.1886, zit. nach *MacKenzie*, The First Fabians, 79.

[17] Practical Socialist, Okt. 1886, zit. nach *McBriar*, 18.

[18] Engels an Bebel, 15.2.1886, Brw. Bebel–Engels, 258. S. auch Engels an Kautsky, 12.8.1892 und 20.3.1893, Brw. Engels–Kautsky, 359 und 381.

[19] S. Anm. 17.

Die Fabier waren mehr denn je davon überzeugt, dass sie durch die Mitarbeit in ideell sehr verschieden gearteten Vereinigungen die Bürger dazu bringen könnten – wie es ein Erforscher ihrer Geschichte verdeutlicht –, "at least a grain or two of Socialism" aufzunehmen.[20]

Wie war nun dieser Sozialismus beschaffen, der körnchenweise verabreicht werden konnte? Im Jahre 1889 waren die Vertreter dieser Richtung zu der festen Überzeugung gelangt, dass die neue Gesellschaftsordnung nur durch einen schrittweisen Übergang aus der alten Ordnung entstehen könne. Die Entwicklung der Gesellschaft weise weder einen "breach of continuity" noch einen "abrupt change of the entire social tissue" auf.[21] Diese ontologische Prämisse leitete zu der Schlussfolgerung über, dass die Gesellschaft nur "through the slow and gradual turning of the popular mind to new principles" erneuert werden könne.[22] Es sei bereits ein Ausdruck der Sozialisierung, dass die Gesellschaft begonnen habe, die Wirtschaft durch Gesetze zu überwachen. Sozialistisch sei eine solche Gesetzgebung deshalb, da sie die "individual greed" begrenze und "slices off the profits of capital in the interests of the working community" abschneide.[23] Die Konzentration der Betriebe sei gleichfalls ein Ausdruck der Sozialisierung der Gesellschaft, und dürfe nicht behindert werden, da die Trusts "the most economical and efficient methods of organizing production and exchange" seien, auch wenn dies vorderhand fast ausschliesslich den Kapitalisten zugute komme. Die Demokratisierung, d.h. die Begrenzung der Macht der Kapitalisten, sowie die Monopolisierung seien beides "inevitable growths of an evolutionary process", der schliesslich die Kapitalisten vom Besitz des Kapitals verdrängen werde. In einer bestimmten Phase der Entwicklung werde die Gesellschaft imstande sein, ihre Produktion ohne besondere Kapitaleigner zu organisieren, die dann zu staatlich besoldeten Beamten würden. Dies sei jedoch noch eine Zukunftsvision, "much remains to be done".[24] Die Sozialisten müssten deshalb ihre Energie "upon the necessary difficulties and limitations of Socialism" konzentrieren und ihre Träumerein über die zukünftige Entwicklung aufgeben.[25]

Für die 'Bewegung' wurde also, wie Bernstein zehn Jahre später verkündete, jedes von vornherein gesetzte 'Endziel' als zweitrangig und sogar schädlich angesehen. Der Sozialismus könne nur "starting from the present state of society" erreicht werden; die Aufgabe der Sozialisten sei es, "to

---

[20] *McBriar*, 95.
[21] *S. Webb*, 'Historic', Essays, 63.
[22] Ib., 66.
[23] *Clarke*, 'Industrial', Essays, 110.
[24] Ib., 131–32.
[25] *Wallas*, 'Property under Socialism', Essays, 181.

discover the tendencies underlying it; to trace those tendencies to their natural outworking in institution; and so to forecast, not the far off future, but the next social stage". Die Sozialisten hätten ihr Augenmerk "on the vast changes wrought by evolution, not the petty variations made by catastrophes; on the revolutions which transform society, not the transient riots which merely upset thrones and upset kings" zu richten.[26] Die fortschrittlichen Veränderungen geschähen aufgrund langfristiger Prozesse, da die Demokratisierung der Gesellschaft und die Sozialisierung der Wirtschaft im gleichen Takt abzulaufen hätten.[27]

Worin bestand nun die konkrete Aufgabe der Sozialisten? Da es unmöglich sei, "to tear down a government in a day. . . by merely singing the 'Marseillaise'", müssten sich die Sozialisten der bestehenden Möglichkeiten bedienen.[28] Ihr Ziel sollte es sein, die Institutionen, unter denen sie lebten "ever more Socialistic" zu machen.[29] Das Problem sei nicht so sehr die Vermehrung der politischen Macht des Volkes, als vielmehr das Volk zu veranlassen, "to make any sensible use of the power they already have".[30] Die wichtigste Institution für den Sozialismus sei der Staat. Dem Volk müsse deshalb gesagt werden: "Take this machine by manning it with Socialists".[31] Zur Erreichung dieses Zieles müsse die parlamentarische Reformarbeit ernst genommen werden als wichtiges Mittel auf dem Weg zum Sozialismus. Der Barrikadenbau sei hingegen zu verwerfen als "the last resort of a small and desperate minority, a frank confession of despair, a reduction to absurdity of the whole Socialist case".[32] Dies bedeute die Aufgabe des "Impossiblismus" und die Gutheissung von Kompromissen. Daraus folge auch, dass bei Wahlen jene Kandidaten zu unterstützen seien, "who will go furthest in the direction of socialism".[33]

---

[26] *Besant*, 'Industry under Socialism', Essays, 184.
[27] *Shaw*, 'Transition' und *Bland*, 'The Outlook', Essays, 217 und 238.
[28] *Shaw*, 'Transition', Essays, 217.
[29] *S. Webb*, Socialism: True and False, Fabian tract no 51 (1894), zit. nach *Frei*, Fabianismus und Bernstein'scher Revisionismus, 303.
[30] *Shaw*, Report on Fabian Policy, Tract no. 70 (1896), zit. nach *Frei*, 303.
[31] *Shaw*, 'A Word for War', To-day, Sept. 1887, zit. ib. Nach Meinung Shaws stellte der Staat lediglich das ausführende Organ der Beschlüsse des Unterhauses dar: "A House of Commons of 660 gentlemen and 10 workmen will order the soldier to take money from the people for the landlords. A House of Commons consisting of 660 workmen and 10 gentlemen will probably, unless the 660 are fools, order the soldier to take money from the landlords for the people. With that hint I leave the matter, in the full conviction that the State. . . will continue to be used against the people by the classes until it is used by the people against the classes with equal ability and equal resolution". *Shaw*, The Impossibilities of Anarchism, Tract no 45 (1893), zit.ib.
[32] *Bland*, 'The Outlook', Essays, 238.
[33] Aus dem Manifest der Society von 1887, zit. nach *Shaw*, The Fabian Society, Tract no 41, London 1892, 13.

Auch wenn Shaw in seiner eigenen Biographie alle Biographien als "deliberate lies" bezeichnete,[34] hat er doch die Wahrheit ausgesprochen mit seiner Bemerkung, dass er selbst und viele der Fabier vor ihrer Hinwendung zum Sozialismus "full of Darwin" gewesen seien.[35] Zur ontologischen Prämisse des fabianischen Sozialismus wurde deshalb die Auffassung von der gesellschaftlichen Entwicklung als Naturprozess. Der Sozialismus wurde als das Produkt von Industrialisierung, allgemeinem Stimmrecht und zunehmenden Aufgaben von Staat und Gemeinden gesehen. Dieser Sozialismus könne nicht auf dem Wege über einen disharmonischen Klassenkampf oder eine Revolution erreicht werden; diese schadeten bloss. Mit zunehmender Industrialisierung werde auch das Verantwortungsbewusstsein und die Solidarität der verschiedenen Mitglieder des Gesellschaftsorganismus zunehmen. Die bürgerliche Staatsmaschinerie sei nicht zu zerstören, sondern durch die 'Besetzung' mit Sozialisten zu reformieren.[36] Dasselbe versuchte auch Bernstein den deutschen Sozialdemokraten Ende der 90er Jahre zu versichern, nur mit anderen Worten. Haben wir daraus zu schliessen, dass die Fabier Bernsteinsche Revisionisten waren vor Bernstein?

An der Zehnjahresfeier der Fabian Society stellte Sidney Webb 1894 fest, dass die vergangenen Jahre den Glauben an die Prinzipien der Society nur noch verstärkt hätten. Die Fabier seien "mehr als je" überzeugt "von der vollständigen Unmöglichkeit eines Umsturz-Sozialismus und der zu ihm gehörenden Dogmen".[37] Zwei Jahre später rapportierte die Society dem Londoner Kongress der Zweiten Internationale, dass sie "mit dem Verlangen des Durchschnittsbürgers nach allmählichen, friedlichen Veränderungen" sympathisiere; die Fabier wollten keine "Konflikte mit der Armee oder der Polizei" und dürsteten nicht "nach Martyrertum".[38] Als Shaw am Kongress mit deutschen Sozialdemokraten zusammengetroffen

---

[34] *Shaw*, An Autobiography, 1.
[35] Ib., 112 und 114.
[36] Cf. *Gustafsson*, 150–60; *Wittig*, 139–42, 149–80 und 191–99; *Wolfe*, 246–48, 269–70 und 293–99.
[37] *S. Webb*, 'Wahrer und falscher Sozialismus', id. (Hg.) Der Socialismus in England, Göttingen 1898, 31. In dieser Artikelsammlung finden sich auch Artikel von Bax und vom Leiter der SDF, Hyndman. In seiner Rezension des Buches wollte Bernstein die Aufmerksamkeit des deutschen Lesers "auf den charakteristischen Gegensatz zwischen dem realistischen Grundzug in den meisten Schriften der Fabianer, und die Neigung zur Spekulation in den Arbeiten von Bax und Hyndman" lenken, NZ 16, II, 1897–98, 283.
[38] *Shaw*, 'Die Politik der Fabier und der englische Sozialismus', *Webb* (Hg.) Der Socialismus in England, 62. In gleicher Weise im Bericht der Society an den Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale, Die sozialistische Arbeiterinternationale, Hg. vom Internationalen Sozialistischen Bureau, Berlin 1907, 211.

war, bezeichnete er die Prinzipien der SPD als anachronistisch und die Parteileitung als "40 years out of date".[39]

Engels war einer dieser als 'out of date' Bezeichneten. Er verurteilte die Fabier als

> "eine Bande von Strebern, die Verstand genug haben, die Unvermeidlichkeit der sozialen Umwälzung einzusehn, die aber dem rohen Proletariat unmöglich diese Riesenarbeit allein anvertrauen können und deshalb die Gewohnheit haben, sich an die Spitze zu stellen; Angst vor der Revolution ist ihr Grundprinzip.Sie sind die 'Jebildeten' par excellence. Ihr Sozialismus ist Munizipalsozialismus; die *Kommune*, nicht die Nation, soll wenigstens vorläufig Eigentümerin der Produktionsmittel werden. Dieser ihr Sozialismus wird dann dargestellt als eine äusserste, aber unvermeidliche Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus, und daher folgt ihre Taktik, die Liberalen nicht als Gegner entschieden zu bekämpfen, sondern sie zu sozialistischen Konsequenzen fortzutreiben, ergo mit ihnen zu mogeln, to *permeate* Liberalism with Socialism, und den Liberalen sozialistische Kandidaten nicht entgegenzustellen, sondern aufzuhängen und aufzuzwingen resp. aufzulügen. Dass sie dabei entweder selbst belogen und betrogen sind oder den Sozialismus belügen, sehn sie natürlich nicht ein".[40]

Aus den sarkastischen Bemerkungen Engels' kann geschlossen werden, dass er und Bernstein sich ausser über ein Bündnis mit den Liberalen auch über das Verhalten zu den Fabiern zerstritten. Bernstein pflegte bereits zu Lebzeiten Engels' Kontakte zu den führenden Fabiern, deren Vortragsveranstaltungen er des öfteren besuchte.[41] Bebel und Engels sahen die positive und verständnisvolle Einstellung Bernsteins zu den Fabiern als

---

[39] Shaw an A. Henderson, 15.7.1905, *Shaw*, Collected Letters 1898–1910, 538. Nach Meinung Shaws war der 'Anachronismus' der Prinzipien der SPD im wesentlichen durch den 'Anachronismus' der deutschen Gesellschaft bedingt: England sei "half a century ahead of Germany", *Shaw*, 'Socialism at the International Congress', Cosmopolis, September 1896, 662, 667–68 und 670–71. S. auch *Shaw*, 'Die englischen Fabier und die deutsche Sozialdemokratie', Deutsche Worte 24 (1904), 370–73 und 377–78.

[40] Engels an F.A. Sorge, 18.1.1893, *Marx & Engels*, Werke, Bd. 39, 8. Hervorh. d. Engels. Desgleichen Engels an Kautsky, 4.9.1892, Brw. Engels–Kautsky, 362–63. Gewissermassen widerspruchsvoll stellte jedoch Engels fest, dass die Fabier "unter allerlei Schund auch manche gute Propagandaschrift" verfasst hätten, nach meinung Engels' "das Beste, was die Engländer in dieser Beziehung geleistet", erw. Brief an Sorge. Cf. *Bünger*, 138–40.

[41] Über die persönlichen Beziehungen Bernsteins und der Fabier s. *Frei*, 96–105 sowie *Hirsch*, Der "Fabier" Eduard Bernstein.

"komisch"[42] und sogar "wirklich lächerlich"[43] an. Vom Jahre 1892 an begann sich Engels ernstlich Sorgen zu machen über die theoretische Entwicklung Bernsteins. Er vermutete jedoch optimistisch, dass die Gründe für seine "Fabianschwärmerei" und "Überschätzung der Fabians" in der "Neurasthenie" Bernsteins zu suchen seien, weshalb er Bebel davor warnte, sich zu sehr mit dem Thema zu beschäftigen.[44] Bernsteins 'Krankheit' schien sich jedoch als unheilbar zu erweisen. Im Oktober 1893 musste Engels feststellen, dass "Ede" entgegen den Erwartungen und Hoffnungen immer noch nicht der Alte war. Engels begann bei Bernstein immer Gemeinsamkeiten mit dessen Onkel, dem liberalen Politiker Aaron Bernstein festzustellen: "ich meine oft, ich habe den alten Aaron leibhaftig vor mir".[45]

Von der Mitte der 90er Jahre bis zur Jahrhundertwende bestanden zwischen dem politischen Denken Bernsteins und dem der Fabier auffällige Gemeinsamkeiten. Die Fabier und in ihrem Gefolge auch Bernstein waren zu der Auffassung gelangt, dass sowohl die abstrakte menschliche Arbeit wie auch der abstrakte Nutzen von der Ware 'abstrahiert' werden könnten. Damit waren sowohl die Marx'sche Mehwerttheorie wie auch die von Engels als "Vulgärökonomie"[46] verurteilte Grenznutzentheorie Stanley Jevons' gleich richtig oder ergänzten sich zumindest gegenseitig.[47] Die von Bernstein im Jahre 1899 vorgetragene unmarxistische Auffassung, wonach der Marx'sche Wertbegriff eine "rein gedankliche Konstruktion"[48] sei, kam in dem im Herbst 1896 veröffentlichten Artikel *Sozialistische Ökonomie in England* bereits klar zum Ausdruck.[49] Mit seiner Infragestellung der Marx'schen Mehrwerttheorie, die Marx selbst als "Ausgangspunkt der Physiologie des bürgerlichen Systems – des Begreifens seines inneren Zu-

---

[42] Engels an Bebel, 14.8.1892, Brw. Bebel–Engels, 572.
[43] Bebel an Engels, 17.8.1892, ib., 575. Im gleichen Brief beklagte sich Bebel darüber, dass die Zuschriften Bernsteins an den *Vorwärts* nichtssagend seien. Dasselbe drückte dann auch der Chefredakteur des *Vorwärts*, Wilhelm Liebknecht im Jahre 1897 aus: "Ede verphilistiert vollständig. Ich lese nicht mehr was er schreibt: ich habe es immer schon vorher im *Daily Chronicle* gelesen", Liebknecht an Motteler, 24.6.1897, IISG, LN, 37/142.
[44] Engels an Bebel, 20.8.1892, Brw. Bebel–Engels, 576.
[45] Engels an Bebel, 12.10.1893, ib., 718–19.
[46] Engels an Danielson, 5.1.1888, *Marx & Engels*, Briefe über "Das Kapital", 306.
[47] Darüber detaillierter s. *Colletti*, Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale, 41–59; *Frei*, 233–91; *Gustafsson*, 160–70 und 177; *Himmelmann*, 'Die Rolle der Werttheorie in Bernsteins Konzept der politischen Ökonomie des Sozialismus'; *Meyer*, 331–50; *Wittig*, 135–38 und *Wolfe*, 147–48 und 208–09.
[48] *Bernstein*, Voraussetzungen, 38.
[49] NZ 15, 1896–97, 46–54, bes. 49–50. In seinen Memoiren schreibt Bernstein, dass der im Jahre 1894 erschienene dritte Band des *Kapitals* von Marx seinen Glauben an die marxistische Wirtschaftstheorie erschütterte, *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 22.

sammenhangs und Lebensprozesses" charakterisierte,[50] stellte Bernstein zugleich die Marx'sche Wirklichkeitsauffassung in Frage.

Die Übereinstimmungen in den wirtschaftstheoretischen Auffassungen Bernsteins und der Fabier sind auf die beiden gemeinsame empiristische und antidialektische Denkweise zurückzuführen.[51] Shaw war nach seinem eigenen Selbstverständnis "a pure natural-history student", weshalb er Rockefeller oder Rhodes nicht mehr verachtete als einen Hund, der einen Fuchs verfolgte.[52] Bernstein charakterisierte sein eigenes Denken nie so lakonisch und selbstironisch, aber auch er scheint ebenfalls in gewissem Masse 'naturhistorisch' gedacht zu haben: auch er 'biologisierte' gerne die gesellschaftliche Entwicklung. Einmal bezeichnete er den Revisionismus gar als eine Art biologischer Mutation. Der Revisionismus sei nur insofern ein Ausdruck einer Krise innerhalb der Partei, "wie jede Übergangsphase in dem Entwickelungsgang eines lebenden Organismus von zeitweiliger Nervosität oder Reizbarkeit begleitet ist".[53] Unter Berufung auf die damalige Naturwissenschaft verneinte Bernstein auch die Eignung der Dialektik zur Analyse gesellschaftlicher Phänomene. Die Dialektik sei zu einem "Hindernis wirklich wissenschaftlicher Betrachtung der Dinge " geworden. Nach Auffassung Bernstein war diese Phase, das "Konstruieren aus dem Begriff" in den Naturwissenschaften bereits überwunden.[54] Er wünschte und nahm an, dass dies auch in den Gesellschaftswissenschaften bald der Fall sein werde. "Die Macht der Tatsachen" werde auch die Marxisten "von der Deduktion zurück auf die empirische Methode führen".[55] Die

---

[50] *Marx*, Theorien über den Mehrwert, zit. nach *Frei*, 209.
[51] Cf. *Frei*, 121–64 und *Wittig*, 80–115.
[52] Shaw an Hyndman im Okt. 1900, zit. nach *Porter*, Critics of Empire, 116. Eine ähnliche Denkweise verriet auch die Forderung Beatrice Webbs, dass die Gesellschaft mit den Methoden der "organic sciences" (d.h. der Naturwissenschaften) untersucht werden müsse, B. *Webb*, Our Partnership, Tagebuchaufzeichnung vom 20.2.1900, 195.
[53] *Bernstein*, Zur Geschichte und Theorie des Socialismus, II. Bernsteins Haltung zum *Gebrauch* von naturwissenschaftlichen Analogien war einigermassen inkonsequent. Einerseits versuchte er durch die Verwendung von biologischen Analogien die Unhaltbarkeit der 'Zusammenbruchstheorie' aufzuzeigen, andererseits lehnte er jedoch den Gebrauch naturwissenschaftlicher Analogien bei der 'Zusammenbruchstheorie' ab: der Sozialismus komme nicht mit 'Naturnotwendigkeit'. S. z.B. *Bernstein*, 'Die Bekämpfung der Krisen und der Krisenwirkungen', Dokumente des Fortschritts, 2, 1909, 103; 'Idealismus, Kampftheorie und Wissenschaft', SM 5, II, 1901, 602 und 'Die neueste prognose der socialen Revolution', 597. Bernstein befürwortete jedoch die Verwendung naturwissenschaftlicher Methoden in den Sozialwissenschaften, s. z.B. *Bernstein*, 'Naturprincipien und Wirtschaftsfragen', SM 4, 1900, 322–24 sowie die Vorrede zum Buche von Graham *Wallas*, Politik und menschliche Natur, Jena 1911, III. Cf. darüber *Jäger*, 103–16; *Meyer*, 163–64, 241–56 und 265–69; *Sandkühler*, 'Die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem Kapitalverhältnis' und id., 'Historischer Materialismus und die Analogie von Natur und Gesellschaft' sowie *Steinberg*, 59.
[54] *Bernstein*, 'Dialektik und Entwicklung', NZ 17, II, 1898–99, 331.
[55] Bernstein an Kautsky, 23.12.1897, IISG, KN DV 427.

moderne Gesellschaft sei "ein Organismus" und damit zumindest teilweise den "Gesetzen der organischen Welt" unterstellt. Nach der Auffassung Bernsteins hatten die biologischen Untersuchungen gezeigt, dass "je mehr zusammengesetzt und funktionell differenziert Organismen sind, desto weniger (vollzieht) ihre Entwicklung sich in absolut gegensätzlichen Veränderungen des ganzen Körpers". Dies treffe "in bestimmten Grenzen" auch auf menschliche Gesellschaften zu. Der Entwicklungsprozess des "Gesellschaftsorganismus" sei bereits so weit fortgeschritten, dass "katastrophale Veränderungen eine immer geringere Rolle" spielten.[56]

Es ist verständlich, dass die Zeitgenossen Bernsteins meist in den aus England und besonders von den Fabiern aufgenommen Ideen den Grund sahen für die revisionistische Wende Bernsteins. Die einfachste und vielfach bereits bei anderen erprobte Art, den von Bernstein gestellten Problemen aus dem Wege zu gehen, war, seine Auffassungen für 'bürgerlich' zu erklären. Bebel wollte — "als alter Freund und Kampfgenosse" — "aufrichtig" sein und bemerkte gegenüber Bernstein, dass dessen Revisionismus auf seine leichte Beeinflussbarkeit zurückzuführen sei. Nach den Beobachtungen Bebels hatten neue Eindrücke und Ideen stets zu einer Änderung in den Ansichten Bernsteins geführt. Die Zeit des Sozialistengesetzes stellte nach Auffassung Bebels den "Glanzpunkt" im Leben Bernstein dar, nach dem Tode Engels' (5.8.1985) hätten sich jedoch seine Auffassungen "in der englischen Luft, unter den englischen Zuständen. . . in einer Weise geändert, dass die allermeisten unter uns mit Kopfschütteln und Bedauern es sehen".[57] Es war besonders Kautsky, der mit allen Mitteln versuchte, seinen engsten Freund den schlechten Einflüssen zu entziehen, d.h. ihn zu einer Verlegung seines Wohnsitzes von London in die Schweiz oder noch weiter weg, in die Vereinigten Staaten zu bewegen.[58] Von einer ähnlichen individualpsychologischen 'Milieutheorie' gingen auch Mehring und Parvus aus.[59] Die "in der Partei bereits zum Schlag-

---

[56] *Bernstein*, 'Blanquismus und Sozialdemokratie', IISG, BN A 17. Desgleichen Bernstein an Kautsky, 1.9.1897, IISG, KN DV 419. Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang, dass die Bezugnahme auf populäre Auslegungen des Darwinismus und des historischen Materialismus zum theoretischen Arsenal des reformistischen Sozialismus gehörte. Auf diese Weise sollte der Reformismus zur realistischen politischen Ideologie gemacht werden: auch die Natur hatte sich ja Hunderttausende von Jahren entwickelt, weshalb sollte sich dann die Gesellschaft nicht allmählich, 'friedlich' entwickeln können, s. z.B. *Steinberg*, 53—55.

[57] Bebel an Bernstein, 16.10.1898, Brw. Adler, 256.

[58] Kautsky an Adler, 9.4.1898, ib., 245—46; Kautsky an Axelrod, 9.3.1898 und 21.1.1899, IISG, Axelrod-Nachlass, A 24 — I/18 und I/24; Kautsky an Bernstein, 28.1., 19.7. und 26.7. 1898 sowie 20.2.1899, IISG, KN C 178, 196, 198 und 219.

[59] *Mehring*, 'Bernstein und der Zürich-Londoner Sozialdemokrat' (1899), Ges. Schr. Bd. 4, 411 und *Parvus*, 'Der Opportunismus in der Praxis. 5. Der Bernsteinsche Revisionismus', NZ 19, II, 1900—01, 745.

wort" gewordene Auffassung, wonach Bernstein "die Welt durch die 'englische Brille'" sehe, stellte auch nach Meinung Luxemburgs eine gute "persönlich-psychologische Erklärung" dar.[60] Dasselbe drückte der englische Kontrahent Bernsteins, Bax, noch ein wenig sarkastischer aus:

> Bernstein "has got English 'practicality' and 'common-sense' on the brain. It is strange that a foreigner is as infallibly lost when he once contracts English 'common-sense' as a South Sea islander when he catches European measles. Just as the negro who takes to British whiskey is ruined, so is your Continental Socialist who takes to English ways of looking at things".[61]

Die Übereinstimmung der Ideen Bernsteins und der Fabier stellte offensichtlich einen der wenigen Punkte dar, über den die Fabier mit ihren englischen und deutschen Wiedersachern gleicher Meinung waren. In seiner Beurteilung des Parteitages der SPD in Hannover (1899), an dem eine den Revisionismus verurteilende Resolution gutgeheissen wurde, bemerkte Shaw trocken, dass "der Kampf, welchen Bernstein jetzt für die Reform der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland beginnt, in England von der Fabian Society bereits durchgefochten und glücklich beendet ist". Nach der Feststellung, dass er selbst "durch und durch Bernsteinianer" sei, sprach Shaw den Wunsch aus, dass die deutsche Sozialdemokratie im eigenen Interesse bald den gleichen Entwicklungsstand erreichen möge:

> "In England bezeichnet man mit Sozialdemokrat heutzutage einen Sozialisten, der hoffnungslos hinter der Entwicklung zurückgeblieben ist. Dieselbe Bedeutung dürfte diese Bezeichnung auch in Deutschland gewinnen, wenn sich die Partei unfähing erweist, die Ideen Bernsteins in sich aufzunehemen".[62]

Der Sekretär der Fabian Society Edward Pease stand wiederum an Bescheidenheit nicht hinter Shaw zurück und behauptete später, dass die

---

[60] *Luxemburg*, 'Die englische Brille' (1899), GW I/1, 472. Luxemburg wollte jedoch mit ihrem Artikel vor allem aufzeigen, dass die "Bernsteinsche Theorie" nicht einmal auf die englischen Verhältnisse Anwendung finden könne, ib. Dies war auch für das Versuch, den Revisionismus theoretisch umzustürzen, unabdingbar. Falls man zugegeben hätte, dass sich der Revisionismus 'nur' für die englischen Verhältnisse 'eigne', hätte die Revisionismuskritik damit selbst eine wesentliche Rechtfertigung des Revisionismus geliefert.
[61] *Bax*, 'Our German Fabian Convert: or Socialism according to Bernstein'.
[62] SM 3, 1899, 615.

Society der Vorstreiter des von Bernstein in Deutschland begonnenen "Revisionist movement for free thought in Socialism" gewesen sei.[63]

Die revisionistische Wende Bernsteins ist auch von vielen Forschern auf Einflüsse der Fabier zurückgeführt worden. Gustafssons Schlussfolgerung, wonach der Revisionismus Bernsteins "in entscheidenden Punkten vom Fabianismus beeinflusst war" und sein Revisionismus "zum grossen Teil. . . nur ein auf ein deutsches sozialdemokratisches Publikum und auf deutsche Verhältnisse abgestimmter Fabianismus" gewesen sei,[64] beruht auf den Einschätzungen der Zeitgenossen Bernsteins sowie auf den auffälligen Gemeinsamkeiten zwischen den Ansichten Bernsteins und der Fabier.[65] Bernstein selbst bezeichnete diese Auffassung als "völlig irrig".[66] Seine Einwände werden jedoch von den Forschern aufgrund des vorliegenden 'Indizienlastes' nicht ernst genommen: "Ses protestations sont trop vives et trop fréquentes pour ne pas surprendre".[67] Seine Einwände seien "schwer zu verstehen", da "alle verfügbaren Zeugnisse für das Gegenteil" sprächen.[68] In dieser Hinsicht können neue Forschungsergebnisse nur Neuformulierungen dieses alten Ergebnisses sein. Herbert Frei ist beispielsweise, bei der Beantwortung der Frage, "in welchem Masse" die Fabier auf Bernstein einwirkten, ebenfalls zum Schlusse gelangt, dass die "Indizienlast" überzeugend sei. Man könne so "von einer kausalen Signifikanz der zwischen Fabianismus und Bernstein'schem Revisionismus bestehenden Affinität sprechen".[69]

---

[63] *Pease*, The History of the Fabian Society, 239. S. auch id., 'Die Fabian Society', 353. Wir können mit den Worten eines Fabiers 'beiläufig' auf die bedeutenden Errungenschaften 'Englands' hinweisen: "It is interesting to note in passing that just as *Das Kapital* was the result of Marx's studies in England, so the intellectual basis of Revisionism was formulated by Bernstein during his stay in this country", *Sanders*, The Socialist Movement in Germany, Fabian Tract no 169, London 1913, 15. Bernstein erinnerte auch selbst daran: "Im Grunde ist es eigentlich lustig, dass Ihr Alle jetzt auf micht loshaut: Du beurteilst Deutschland durch die englische Brille. Aber die englische Brille ist ja das Fundament der officiellen Parteidoctrin, gegen die ich 'revoltire'. Auf England ist sie begründet, auf England bezog sie bisher ihre Beweise und wenn ihr sie dieses Fundaments beraubt, müsst ihr ihr ein neues geben", Bernstein an Bebel, 20.10.1898. Brw. Adler, 260.

[64] *Gustafsson*, 179–80.

[65] Ib., 127–43 und 150–79. Zum gleichen Resultat mit den gleichen Begründungen wie Gustafsson gelangen beispielsweise *Bünger*, 148; *Gay*, 93 und 98; Karl Kautsky Jr., Brw. Bebel–Kautsky, xxxi; *Lichtheim*, Marxism, 280; *McBriar*, 71; *McLellan*, Marxism after Marx, 23 und 25; *Reichel*, Der Sozialismus der Fabier, 229–32; *Rikli*, 16; *Schorske*, German Social Democracy 1905–1917, 16 und *Steinberg*, 89.

[66] *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 23. Desgleichen *Bernstein*, 'Zur Geschichte des Revisionismus', IISG, BN A 43 (geschrieben in der Mitte der Zwanziger Jahre).

[67] *Angel*, 108.

[68] *Meyer*, 16–17.

[69] *Frei*, 15, 106 und 381. Da nun einerseits Bernstein bestritten hat, von den Fabiern oder von anderen Engländern beeinflusst worden zu sein und da andererseits die Forscher aufgrund ihrer 'Indizienlast' die Haltlosigkeit seiner Gegenargumente glauben aufzeigen zu können,

Die ähnliche theoretische Position Bernsteins und der Fabier lässt eine ähnliche Einstellung zu praktischen Problemen, in diesem Falle zur Kolonialpolitik, erwarten. Diese logischen Erwartungen werden in der Tat erfüllt, gerade in der Kolonialfrage gerät jedoch die einflussanalytische Methodologie in eine anomale Situation. Das Bild des Bernsteinschen Revisionismus erhielt zwar einerseits – wie in Bälde dargelegt wird – schärfere Konturen, gleichzeitig wird jedoch ersichtlich, dass die Einflüsse der Fabier oder anderer an und für sich den Bernsteinschen Revisionismus weder erklären noch verständlich machen können. Dies zwingt zu einer Änderung der Fragestellung.

Die Fabier begannen sich nach dem Aufstand von Jameson im Dezember 1895 mit den Problemen des britischen Imperiums zu beschäftigen.[70] Erst nach Ausbruch des Burenkrieges (11.10.1899) hielt die Society jedoch eine Versammlung ab, an der eine Stellungnahme ausgearbeitet werden sollte. An dieser knapp zwei Monate nach Kriegsausbruch abgehaltenen Versammlung kam eine offene Spaltung der Fabier in dieser Frage zum Ausdruck, die sich in zwei voneinander abweichenden Resolutionsentwürfen manifestierte. Der eine, von S.G. Hobson vorgelegte Entwurf trat eindeutig für die Sache der Buren ein, kritisierte die Kolonialpolitik an sich jedoch nicht. Im anderen, von Shaw stammenden Entwurf wurde der Wunsch nach einem Erfolg des Krieges, d.h. einer 'Modernisierung' des Burenstaates ausgesprochen.[71] Die Resolutionsentwürfe wurden nicht zur Abstimmung gebracht, da man eine öffentliche Debatte über die Meinungsverschiedenheiten unter den Fabiern vermeiden wollte. Man beschloss jedoch, eine briefliche Umfrage unter den Mitgliedern zu veranstalten über die Frage, ob die Society ihren Standpunkt "on Imperialism in relation to the War" öffentlich festlegen solle. Die Mehrheit der

---

stellt sich für die Forschung die Frage, weshalb Bernstein – bewusst oder unbewusst – 'log'. Am meisten Zustimmung scheint die Erklärung zu finden, wonach Bernsteins Gegenargument, obschon an sich haltlos, doch politisch zweckmässig war: falls er die Rezeption englischer Einflüsse zugegeben hätte, wäre es um seinen politischen Einfluss in der deutschen Arbeiterbewegung geschehen gewesen. S. z.B. *Fletcher*, 'Cobden as Educator', 563; *Frei*, 381 und *Meyer*, 17–19.

[70] Die mit der Herrschaft der Buren unzufriedenen Engländer und übrigen 'Uitlander' sollten einen Aufstand machen. Ende Dezember 1895 wurde eine 500-köpfige Truppe unter Jameson den Aufständischen 'zur Hilfe' geschickt. Dieser vor allem von Cecil Rhodes ausgearbeitete Plan, in den auch Kolonialminister Chamberlain indirekt verwickelt war, scheiterte daran, dass die 'Uitlander' gar nicht rebellierten. Jameson und seine Truppen konnten von den Buren mühelos besiegt werden. Darüber s. B. *Porter*, The Lion's Share, 171–73 und A.N. *Porter*, The origins of the South African war, 69–85. – Über das Thema Fabianismus und Kolonialpolitik s. *Baumgart*, 122–23; *Cole*, The Story of Fabian Socialism, 95–102; *MacKenzie*, 267–78; *McBriar*, 119–30; B. *Porter*, Critics of Empire, 109–23; *Reichel*, 97–101; *Semmel*, Imperialism and Social Reform, 27, 64–72 und 128–33 sowie *Wittig*, 236–46.

[71] Fabian News, Dezember 1899.

eingegangenen Antworten (159–217) sprach sich für Stillschweigen in dieser Frage aus, was zum Austritt einiger gegen den Burenkrieg eingestellter Mitglieder führte.[72] Diese Mitglieder gestanden damit indirekt ein, dass sie der falschen Vereinigung angehört hatten: die Society hiess in einem Moment, als man die Interessen des britischen Imperiums für bedroht hielt, neben der Expansion des Kapitalismus auch die damaligen Expansionsmethoden gut.[73] Nach diesen Austritten wurde es möglich, eine den Grundsätzen der Society entsprechende Stellungnahme zu veröffentlichen, die aufgrund der eingegangenen Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge von Shaw verfasst oder 'redigiert' wurde. Das Resultat war ein Pamphlet *Fabianism and the Empire*, das unmittelbar vor den Parlamentswahlen im Oktober des Jahres 1900 erschien.[74]

Shaw verfasste die Stellungnahme der Society in der Überzeugung, dass "the time has come for International Socialism to affirm that the age of Powers has come" und dass es nicht Aufgabe des Sozialismus sei, "petty States against inclusion in that or any other great Empire" zu verteidigen, "but to turn the Empires into true Commonwealths".[75] Aufgabe des Sozialismus sei mit anderen Worten "die Reorganisation der hochentwickelten industriellen Länder, die uns politisch als Grossmächte gegenübertreten".[76] In den Einleitungsworten des Pamphletes hiess es denn auch, dass es "only a question of time" sei, wann der grösste Teil der Erdkugel unter den Grossmächten aufgeteilt sein würde. Diese Tatsache müsse "approvingly or deploringly" anerkannt werden. Die Möglichkeiten

---

[72] Ib., Februar und März 1900 sowie Fabian Society, Annual Reports (1900), 8.

[73] Widersacher des Burenkrieges waren vor allem die Gladstone'schen Liberalen und die Führer der Arbeiterbewegung. Über die Einstellung der Arbeiterschaft herrscht nach wie vor Uneinigkeit, offensichtlich verhielten sich jedoch besonders die geschulten Arbeiter kritisch zum Burenkrieg. Der 'Jingoismus', d.h. der Hurrapatriotismus, war vor allem eine Erscheinung, die in der unteren Mittelklasse, der unteren Schicht von Beamten und Angestellten, auftrat. Die soziale und wirtschaftliche Stellung dieser Gesellschaftsschicht begann von der Mitte der 90er Jahre an zu wanken, s. *Blanch*, 'British Society and the War'; *Newton*, British labour, European socialism and the struggle for peace, 99–138; B. *Porter*, 'The pro-Boers in Britain'; *Price*, An Imperial War and the British Working Class, bes. 233–42 und id. 'Society, Status and Jingoism: the Social Roots of Lower Middle Class Patriotism, 1870–1900'.

[74] An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die privaten Gedanken Shaws bei den Fabiern auf allgemeine Zustimmung stiessen; offiziell wurde das Pamphlet ja nur von Shaw 'redigiert'. Das Pamphlet entstand wie folgt: Shaw arbeitete eine erste Fassung aus, die den Mitgliedern der Society mit der Bitte um Korrekturen und Zusätze zugeschickt wurde. Darauf verfasste Shaw dann die endgültige Version, die von der Generalversammlung der Society im September 1900 "after a warm but good-tempered discussion" gutgeheissen wurde, Fabian Society, Annual Reports (1901), 4 und Fabian News, Oktober 1900.

[75] Shaw an F.T. del Marmor im Jan. 1902, *Shaw*, Collected Letters, 257.

[76] Antwort Shaws auf die Umfrage von Max Beer, des England-Korrespondenten des *Vorwärts*, über den Boykott der englischen Schifffahrt als Mittel gegen den Krieg, 'Der Boykott der englischen Schifffahrt. Eine Umfrage in England', Vorwärts no 272, 20.11.1901.

Englands, unter diesen zukünftigen Grossmächten zu sein, hingen davon ab, wie gut das britische Imperium regiert würde.[77] Shaw war überzeugt, dass ein "wisely governed" britisches Imperium "invincible" sein würde.[78] Seine imperialistischen Auffassungen fasste Shaw wie folgt zusammen:

> ". . . the notion that a nation has a right to do what it pleases with its own territory, without reference to the interests of the rest of the world, is no more tenable from the International Socialist point of view — that is, the point of view of the twentieth century — than the notion that a landlord has a right to do what he likes with his estate without reference to the interests of his neighbours".[79]

Die 'höhere Kultur' habe also das Recht zur Expansion: "The State which obstructs international civilization will have to go, be it big or little".[80]

Von diesen Prämissen aus wurden nun die spezifischen Stellungnahmen abgeleitet. Das Problem in China seien die reaktionären Institutionen, die das Vordringen der internationalen Zivilisation behinderten. In China gehe es deshalb um die Wahrung von

> "our international rights of travel and trade, with the right to settled government which they involve. With these the present institutions of the Chinese Empire are incompatible; and these institutions, accordingly, must go. If the Chinese themselves cannot establish order in our sense, the Powers must establish it for them".[81]

Ähnliche Probleme, die in gleicher Weise zu lösen seien wie in China, stellten sich in Südafrika:

> ". . . the fact remains that a Great Power, consciously or unconsciously, must govern in the interests of civilization as a whole; and it is

---

[77] *Shaw*, Fabianism and the Empire, London 1900, 3–4.

[78] Ib., 15. In seinem im Februar 1900 gehaltenen Vortrag *Imperialism* bezeichnete Shaw den englischen Imperialismus als neues Phänomen, das aus der Anwendung des Sozialismus "to current politics — in other words, the work of the Fabian Society" entstanden sei. Imperialismus bedeute "a sense of the supreme importance of Duties of the Community, with State Organization, Efficient Government, Industrial Civil Service, Regulation of all private enterprise in the common interest, and dissolution of Frontiers through industrial organization", Fabian News, März 1900.

[79] *Shaw*, Fabianism and the Empire, 44–45.

[80] Ib., 46. Nach Ausbruch des Krieges bemerkte der Fabier Frederick Whelen in seinem Vortrag *England and South Africa:* "A conflict between the seventeenth century ideals of the Boers and the nineteenth century demands of the British was inevitable", Fabian News, Dez. 1900.

[81] *Shaw*, Fabianism and the Empire, 47. In ähnlicher Weise betonte auch S.G. Hobson die Handelsinteressen Englands in China in seinem Vortrag *England and the Far Eastern Question*, Fabian News, März 1900.

not to those interests that such mighty forces as gold-fields, and the formidable armaments that can be built upon them, should be wielded irresponsibly by small communities of frontiersmen. Theoretically, they should be internationalized, not British-Imperialized; but until the Federation of the World becomes an accomplished fact, we must accept the most responsible Imperial federations available as a substitute for it".[82]

In diesem von Shaw geschickt zusammengestellten und die verschiedenen Ansichten zu einem logischen Ganzen vereinigenden Pamphlet – das laut Shaw "die unparteiische internationalistische Ansicht" darstellte[83] – wurde also verlangt, die Kapitalisierung der Welt und die Unterwerfung der 'schwächer' entwickelten oder 'entwicklungsunfähigen' Staaten und Völker als notwendige Realität anzuerkennen. In Konfliktsituationen sollten die Sozialisten jenen Staat verteidigen, in dem der Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie am weitesten entwickelt seien.[84] Auch Bernstein ging bei seinen Beurteilungen von diesen Kriterien aus. Sie wurden zuvor in ihrer allgemeinen Form dargestellt, nun geht es um ihre Anwendung im konkreten Falle.

Zu Beginn des Jahres 1896 stellte Bernstein Überlegungen an zur Situation in Südafrika nach dem Aufstand von Jameson. Seiner Meinung nach konnte kein Engländer behaupten, dass England die Buren stets rechtmässig behandelt habe. Ebensowenig lasse sich aber bestreiten, "dass die kurzsichtige, engherzige Politik der Buren die Einmischung der Engländer wiederholt herausgefordert" habe.[85] Die Buren seien in Transvaal die herrschende Minderheit. Durch ihr Stimmrechtsmonopol bildeten sie "eine privilegierte Aristokratie", ähnlich der grundbesitzenden Klasse Englands vor der Wahlrechtsreform des Jahres 1832. Die Vorrechte der Buren schadeten deshalb allen 'Uitlander' ohne Stimmrecht in Transvaal, nicht bloss

---

[82] *Shaw*, Fabianism and the Empire, 23–24. Shaw wünschte, dass es den deutschen Sozialdemokraten, den "gebildetsten Socialisten der Welt", gelingen möge, richtig Partei zu nehmen. Gemäss Shaw bestanden dabei zwei Möglichkeiten: "auf seiten Paul Krügers mit seiner Bibel oder auf seiten der unvergleichlich höher entwickelten socialen Organisation, wie England sie darstellt", s. Anm. 76.
[83] *Shaw*, 'Die englischen Fabier und die deutsche Sozialdemokratie', 377.
[84] Über die ähnliche Auffassung der Webbs s. z.B. Beatrice *Webb*, Our Partnership, Cambridge 1975 (1948), 191–94 sowie B. Webb an Mary Playne im Dez. 1899 und an Sally Fairchild im Jan. 1900, The Letters of Sidney and Beatrice Webb, Vol. II, 119–20 und 124. Die Haltung der Webbs zu den Kolonialvölkern kann als rassistisch bezeichnet werden. Anstelle der Bernsteinschen 'höheren Kultur' gebrauchten sie den Ausdruck 'höhere Rasse', s. *Winter*, Socialism and the Challenge of War, 42–50 und *Wittig*, 242–43.
[85] *Bernstein*, 'Die Kämpfe ums Burenland', NZ 14, I, 1895–96, 486. In ähnlicher Weise, *Bernstein*, 'England und die Transvaalkrisis', Vorwärts Nr. 9.1.1896; Nr. 62, 14.3.1897 (Korrespondenz) und 'Aus England', Nr. 148, 29.6.1897.

den Kapitalisten der Bergwerksindustrie.[86] Die Stimmrechtsagitation der 'Uitlander' könne aus diesem Grunde nicht als blosser Vorwand angesehen werden, mit dem die 'Jingos' den Sturz Krügers erreichen wollten. Eine Stimmrechtsreform sei unbedingt notwendig, und die Rechtmässigkeit und der Sinn einer bedingungslosen Stellungnahme zugunsten der Buren und gegen die Engländer erscheine so zweifelhaft. Zumindest sei die Freiheit der Buren nicht jene Freiheit "welche das vorgeschrittene Europa erstrebt". Bernstein war überzeugt dass die Buren binnen kurzem "ihr halbfeudales Wesen" aufgeben müssten und dass in Südafrika "ein modernes Staatswesen" entstehen werde. Dabei werde es dann gleichgültig sein, "ob das ein englisches oder holländisches sein wird".[87]

Nach Ausbruch des Krieges vertrat Bernstein, u.a. unter Abstützung auf die Ansichten J.A. Hobsons, die Auffassung, dass zur raschen Lösung des Problems in Südafrika "die Selbstverwaltung der civilisierten Rassen" zu verwirklichen sei.[88] Im Rahmen dieser 'Selbstverwaltung' könnten die zu diesen Rassen zählenden Buren "ihre nationale Selbständigkeit" bewahren, falls sie gleichzeitig ihre Verwaltung reformierten. Für England hätte so kein Grund bestanden zur Einmischung ir die Angelegenheiten der Buren.[89]

Mit dem Fortdauern des Krieges – der 'zweimonatige' Feldzug dauerte schliesslich zweieinhalb Jahre – und dem Erstarken der Kriegsopposition in England[90] stellte sich auch Bernstein immer mehr auf die Seite Englands in diesem Konflikt.[91] Seine Kritik an den Buren nahm immer schärfere Züge an: vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus verdienten die hinterwäldlerischen Buren das Mitgefühl der Sozialdemokraten

---

86 *Bernstein*, 'Die Kämpfe ums Burenland', 488. Desgleichen *Bernstein*, 'Die Transvaalwirren und ihr internationaler Rückschlag', NZ 14, I, 1895–96, 614–15 und 618–19. Es ist schwierig, sich ein Bild zu machen über die damaligen Bevölkerungsverhältnisse der Buren und der 'Uitlander' da vor dem Burenkrieg keine Volkszählung durchgeführt wurde. Offensichtlich gab es jedoch gesamthaft gesehen in Transvaal mehr Buren als 'Uitlander', während bei den erwachsenen Männern die 'Uitlander' dominierten, *Warwick*, 'Introduction', id. (Hg.) The South African War, 14.

87 *Bernstein*, 'Die Kämpfe ums Burenland', 489–90.

88 *Bernstein*, 'Aus England', Vorwärts Nr. 51, 2.3.1900.

89 *Bernstein*, 'Aus England', ib., Nr. 200, 29.8.1900.

90 *Blanch*, 219–25 und B. *Porter*, 'The Pro-Boers in Britain', 250–56. Vor Ausbruch des Krieges wurde ein möglicher Konflikt als "cheap promenade" von 10 Millionen Pfund charakterisiert. Die schliesslichen Kosten beliefen sich dann jedoch für England auf über 221 Millionen Pfund, *Mock*, Imperiale Herrschaft und nationales Interesse, 311.

91 In seiner Kriegsberichterstattung hob Bernstein die Zerstrittenheit und den geringen Einfluss der Kreise hervor, die gegen den Burenkrieg eingestellt waren. Er versuchte so indirekt den deutschen Sozialdemokraten, die sich auf die Seite der Buren gestellt hatten, die Haltlosigkeit ihrer Position vor Augen zu führen, S. z.B. *Bernstein*, 'Aus England', Vorwärts Nr. 36, 42, 51, 60 und 70: 13.2., 20.2., 2.3., 13.3. und 24.3.1900 sowie 'Englands Weihnachten', id., Nr. 296, 19.12.1899 und 'Englische Stimmungen', ib., Nr. 92, 21.4.1900.

nicht. Der Burenkrieg war in gewisser Weise das reale Beispiel für das von Bernstein angeführte Inselgleichnis. Die Buren seien hinterwäldlerische Jäger und Viehzüchter, die weite Flächen benötigten für ihre Wirtschaftsform. Als Beispiel für den tiefen Kulturstand der Buren führte Bernstein eine Anekdote an, wonach der Bure es nicht ertrage, wenn er von seinem Haus aus den Rauch eines anderen Schornsteines erblicke. Ausserdem verglich er zur Veranschaulichung der Rückständigkeit der Buren das Expansionsbedürfnis ihres Wirtschaftssystems mit den Eroberungszügen der Mongolen im 14. und 15. Jahrhundert.[92]

Im Jahre 1897, drei Jahre vor Erscheinen des Pamphlets von Shaw, hatte Bernstein festgestellt, dass der "geschichtliche Rechtstitel" jener Regierung zufalle, die "die beste der unter den gegebenen Verhältnissen möglichen Regierungen" sei.[93] 1901 brachte er diese Definition auf den Burenkrieg zur Anwendung, bei dem es letztendlich um diese 'geschichtlichen Rechtstitel' gehe, um die Frage, wer ein Gebiet aufgrund "der lebendigen Gegenwart und ihrer Bedürfnisse" beherrschen dürfe und unter welcher Verwaltung dies am besten geschehe. Der 'geschichtliche Rechtstitel' der Herrschaft lag in Südafrika nach Bernstein natürlich bei England. Der Sieg Englands hätte die "Rückkehr friedlichen Nebeneinanderwirkens, Wiederaufblühen von Handel und Verkehr" bedeutet. Gerade dieser Gesichtspunkt müsse bei der Beurteilung des Konfliktes zwischen England und den Buren von zentraler Bedeutung sein. Ein Sozialdemokrat, der für die Buren Partei ergreife, müsse aufzeigen können, dass es in diesem Krieg um den Kampf zwischen Arbeit und Kapital gehe und dass die Buren ausserdem auf der Seite der Arbeit stünden. In Wirklichkeit hätten sie jedoch für ihren Widerstand gegen den Kapitalismus die gleichen Motiven wie die Grossgrundbesitzer. Zur Stützung seiner Argumentation führte Bernstein wiederum ein historisches Beispiel an. Er verglich den Burenkrieg mit dem amerikanischen Bürgerkrieg, wobei er den Engländern die Rolle der Nordstaaten zugedachte: England vertrete in seinem Verhalten zur Negerbevölkerung "im Gegensatz zu den Boeren die Sache der Humanität und des Culturfortschritts".[94] Bernstein sah also im Burenkrieg einen Rechtskampf, "einen unvermeidlichen Zusammenstoss zweier verschiedener Culturen".[95]

---

92 *Bernstein*, 'Der südafricanische Krieg und die Sozialdemokratie', SM 5, I, 1900, 104.
93 *Bernstein*, 'Einiges über das indische Problem', NZ 15, II, 1896–97, 619.
94 *Bernstein*, 'Der südafricanischer Krieg und die Sozialdemokratie', 105–07. S. auch *Bernstein*, 'Meine Stellung zur Resolution Bebels', NZ 18, II, 1899–1900, 107–08.
95 Bernsteins Rezension zu Friedrich *Hertz*, Recht und Unrecht im Boerenkriege, Berlin, o.J., DdS I (1902), 286. In gleicher Weise *Bernstein*, 'Die Kämpfe ums Burenland', 490 und Zuschrift Bernsteins in den SM 4, 1900 (Rundschau), 435.

Der 'geschichtliche Rechtstitel' der Herrschaft falle den Engländern ausser in Südafrika auch in Indien zu. Unter der englischen Verwaltung hätten die lokalen Kleinkriege aufgehört, und gegen die vor der englischen Machtübernahme grosse Opfer verlangenden Seuchen werde "von Jahr zu Jahr mit grösserem Erfolg" gekämpft. Ausserdem habe England das indische Eisenbahnnetz aufgebaut. England hätte noch mehr zugunsten Indiens tun wollen, "viele der bestgemeinten Reformen, die englische Staatsmänner in Indien einzuführen versucht haben", seien jedoch, wie die Rationalisierung der Landwirtschaft, "auf religiösen und anderen Vorstellungen beruhende Vorurteile" gestossen.[96] Die Unfähigkeit der Inder in der Verwaltung scheine sogar ein besonderes rassisches Merkmal der Asiaten zu sein. Die Ausdehnung der Selbstverwaltung sei nämlich an den korrumpierten indischen Intellektuellen gescheitert: "es sind eben die Asiaten".[97]

Die Unfähigkeit der Eingeborenen und die Überlegenheit der Europäer habe sich auch in Ägypten gezeigt, wo die Einheimischen von der englischen Kolonialherrschaft nur profitiert hätten. Unter den Engländern sei der Frondienst der Fellahs abgeschafft und der Grundzins gesenkt worden. Ausserdem sei eine "geordnete, von orientalischer Willkür und Korruption freie Verwaltung" imstande gewesen, den Nil einzudeichen und damit die Sümpfe, die früher Brutstätten für Seuchen waren, in fruchtbares Ackerland zu verwandeln. "Bildet sich jemand ein, dass die Paschaherrschaft das zustande gebracht hätte?", fragte Bernstein herausfordernd.[98] Im Falle Ägyptens lässt sich auch eindeutig aufzeigen, dass Bernstein seine Ansichten über die Kolonialpolitik in den 90er Jahren änderte. Zu Beginn des Jahrzehnts bemerkte Bernstein in seiner Kritik an der Politik Gladstones, dass die Besetzung Ägyptens im Jahre 1882 "im schreienden Widerspruch mit seinen Friedens- und Freiheitspredigten" gestanden habe.[99] 1898 hiess es dann, Gladstone habe "mit Macht seine Stimme für die kleinen, die bedrückten und unterdrückten Nationen eingesetzt" und "überall das Selbstbestimmungsrecht der Nationen hochgehalten". Zwar stelle die Besetzung Ägyptens eine Abweichung von dieser Regel dar, als mildernder

---

96 *Bernstein*, 'Einiges über das indische Problem', 653–54. S. auch *Bernstein*, 'Die Engländer in Indien', Vorwärts Nr. 177, 1.8.1897; 'England im Jahre 1897', ib., Nr. 13, 16.2.1898 und 'Aus England', ib., Nr. 188, 13.8.1899.

97 Bernstein an Kautsky, 30.1.1897, IISG, KN DV 403. In ähnlicher Weise Bernstein an Kautsky, 7.2.1897, ib., DV 404.

98 *Bernstein*, 'Kulturrecht und Kolonialfrage. II', Vorwärts Nr. 232, 4.10.1907. S. auch Bernstein an Kautsky, 30.1.1897, IISG, KN DV 403; *Bernstein*, 'Aus England', Vorwärts Nr. 148, 29.6.1897 und 'England und Frankreich', NZ 17, I, 1898–99, 274.

99 *Bernstein*, 'Briefe aus England', NZ 11, I, 1892–93, 310. Desgleichen *Bernstein*, 'Brief aus England', NZ 10, I, 1891–92, 680.

Umstand könne jedoch angeführt werden, dass ihm im Falle Ägyptens "die Hände gebunden waren und es sich mehr um eine Palastrevolution als um eine Volksbewegung handelte".[100]

Neben England besitze auch Deutschland als Kulturnation das historische Recht, den zivilisatorischen Fortschritt in andere Erdteile zu bringen. Bei der Aufteilung Chinas in Interessensphären sei es das legitime Recht der deutschen Aussenpolitik, dem Deutschen Reich "das Recht des Mitsprechens" zu garantieren. Grundsätzlich bestehe für die Sozialdemokraten kein Anlass, die Teilnahme Deutschlands an der Aufteilung Chinas zu verurteilen, da es dabei "um die Sicherung des freien Handels mit und in China" gehe. Bernstein gab offen zu, dass diese Sicherung des Freihandels nicht "der schlechteste Streich der auswärtigen Politik Deutschlands" sei. Das deutsche Volk habe ein grosses Interesse daran, dass "Chinas Handelspolitik nicht dem Interesse einer einzelnen fremden Macht oder einer Koalition fremder Mächte untergeordnet" werde und dass "in Bezug auf alle, China betreffenden Fragen Deutschland ein entschiedenes Wort mitzusprechen" habe.[101] Im Grunde ebenso fortschrittlich sei der Bau von Eisenbahnen in der Türkei durch Deutschland, falls dabei nicht die Armenier geopfert würden.[102]

Die Ähnlichkeit der Stellungnahmen Bernsteins und der Fabier ist also vor allem auf die übereinstimmenden Prämissen zurückzuführen. Der kausale Zusammenhang der Auffassungen Bernsteins und der Fabier scheint sich nur noch verstärkt zu haben, als Bernstein sich offen für das Pamphlet *Fabianism and the Empire* einsetzte. Darin wurden "die Grundzüge einer Politik, die den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Gegenwart entspricht und für die gegebenenfalls auch die Sozialdemokratie eintreten könnte, ohne sich an ihren Grundsätzen etwas zu vergeben" ausgeschaffen. Bernstein zitierte das Pamphlet – an den oben erwähnten Stellen – ausführlich als Beispiel "marxistischen Denkens".[103]

Aufgrund des Gesagten scheint es sicher zu sein, dass Bernstein durch den Einfluss der Fabier zum Revisionisten wurde, dass die 'revisionistischen' Ideen der Fabier mit dem marxistischen Selbstverständnis Bernsteins zusammenprallten, das durch die Wucht des Aufpralls zu wanken begann. Man hat hier nur noch, gewissermassen als Selbstverständlichkeit,

---

[100] *Bernstein*, 'Gladstone', NZ 16, II, 1897–98, 335.
[101] *Bernstein*, Voraussetzungen, 146–47.
[102] *Bernstein*, Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas, 36. Desgleichen Bernstein im Reichstag, 20.3.1903 und 15.5.1914, St. Ber. Rt., X. Leg., II. Sess. 1900/1903, 9.Bd. 8756 und ib., 13. Leg., II. Sess., Bd. 295, 8886.
[103] *Bernstein*, 'Paris und Mainz', 713–14.

festzustellen, dass Bernstein "sehr empfänglich für Impulse von aussen" gewesen sei.[104]

Gerade bei der Kolonialfrage stösst jedoch die Einflussanalyse auf Schwierigkeiten. Trotz der auffälligen Übereinstimmung der kolonialpolitischen Ansichten Bernsteins und der Fabier verbietet sich – aufgrund der einflussanalytischen Methodologie – der Schluss, dass Bernstein in dieser Frage von den Fabiern beeinflusst worden sei, denn Bernstein publizierte seine Ansichten rund vier Jahre *vor* der 'offiziellen' Stellungnahme der Fabier.[105] Dies hat zu der Schlussfolgerung gezwungen, dass Bernstein seine kolonialpolitischen Ansichten 'unabhängig' von den Fabiern entwikkelte, d.h. aufgrund anderer Einflüsse.[106]

Diesen von den Fabiern 'unabhängigen' Quellen ist vor allem der australische Historiker Roger Fletcher nachgegangen, der "'Anglo-Saxon' reader" der Texte Bernsteins.[107] Er hat überzeugend nachgewiesen, dass Bernsteins 'englische Brille' mehr war als ein "Fabian monocle"[108] und deswegen die Bernstein-Forschung wegen des Versuches kritisiert, das Denken des "mature Bernstein. . . into the procrustean bed of his alleged Fabianism" zwängen zu wollen.[109]

Nach einer eingehenden Analyse von Bernsteins aussenpolitischem Denken (der Einstellung zum Militarismus, zum Imperialismus, zur Handelspolitik und zur nationalen Frage) sowie der Verbindung zwischen seinen innen- und aussenpolitischen Ansichten ist Fletcher zum Schlusse gelangt, dass Bernstein, der Vater des Revisionismus, ein 'britischer Radikaler' war. Im Denken Bernsteins verbanden sich Freihandel, Demokratie, Sozialismus und Frieden; er sah in den zentralen Auseinandersetzungen seiner

---

[104] *Gustafsson*, 322. Oder: "Bernstein war ein leicht beeinflussbarer Mann", *Wachenheim*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 1844–1914, 353; oder: "Bernstein was a receptive person", *Hulse*, Revolutionists in London, 139.

[105] *Gustafsson*, 178. Dieser zeitliche Unterschied ist natürlich an sich bedeutungslos, da es im Grunde um eine logische Konsequenz geht, um identische Deduktionen aus identischen Prämissen, cf. *Fletcher*, Revisionism and Empire, 162 sowie *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 172–74. Ausserdem hatten sich die Fabier natürlich bereits vor dem Burenkrieg mit der Problematik der Kolonial- und Aussenpolitik beschäftigt. Dies wird u.a. aus den folgenden, in den Jahren 1896–99 in der Fabian Society gehaltenen Vorträgen ersichtlich: R.M. Burrows, 'Socialism and Foreign Trade', Fabian News, Mai 1896; S. Webb, 'Chartered Companions', ib.; H. Morgan-Browne, 'The Social Problems of India', ib., Juli 1897; E.E. Williams, 'Socialism and Protection', ib., Nov. 1897; Sir Ch. Dilke, 'The Empire', ib., Dez. 1897; J.F. Green, 'Socialism and Militarism', ib., Jan. 1898; J. McKillop, 'Socialism and Race', ib., März 1898; W.A.S. Hewins, 'Imperial Policy in Relation to the Social Question', ib., Dez. 1898 und S. Webb, 'Some Impressions of Australasia', ib., Febr. 1899. Cf. die "complete list" *McBriars*, 120, Anm. 1.

[106] *Fletcher*, 'Bernstein in Britain', 361.

[107] *Fletcher*, Revisionism and Empire, 152.

[108] *Fletcher*, 'Bernstein in Britain', 362.

[109] *Fletcher*, Revisionism and Empire, 152–53.

Zeit einen Ausfluss des Kampfes zwischen der Schutzzoll- und der Freihandelsideologie. 'Mehr Demokratie!' lautete die gemeinsame Lösung Bernsteins und des 'britischen Radikalismus' für die zentralen Probleme der Zeit.[110] Es lassen sich Gemeinsamkeiten aufzeigen zwischen dem politischen Denken Bernsteins und beispielsweise J.A. Hobsons – besonders, falls es zutrifft, dass Hobsons politische Philosophie den Versuch darstellte, den Sozialismus als Vorbedingung für die konsequente Anwendung der liberalen Prinzipien hinzustellen.[111] Das Gemeinsame im politischen Denken Bernsteins und Hobsons könnte so dahingehend zusammengefasst werden, dass Bernstein die Sozialisten zu liberalisieren und Hobson die Liberalen zu sozialisieren suchte.

Von dieser weiteren 'gesamtbritischen' Perspektive aus betrachtet scheinen die Gemeinsamkeiten zwischen dem Denken Bernsteins und der Fabier nicht mehr so beweiskräftig; deutlich treten nun vielmehr die Unterschiede ihres politischen Denkens hervor.

Bernstein nahm eine ähnliche Haltung ein zur Kolonialpolitik wie die Fabier. Bei beiden stand ausserdem die kolonialpolitische Argumentation in einem weiteren innenpolitischen Zusammenhang. Gerade in dieser Beziehung trennten sich jedoch ihre Ansichten wieder, da Bernstein sich primär mit der deutschen Innenpolitik beschäftigte, während die Fabier die durch den Burenkrieg aktualisierte Krise der englischen Politik im Auge hatten. Die Fabier sahen im Imperialismus fast ausschliesslich eine innenpolitische Frage. Sie befassten sich mit der Frage, wie ihr 'staatssozialistisches', auf 'nationale Effizienz' ausgerichtetes Programm verwirklicht werden könnte und welches die Zielgruppen der 'permeation'-Taktik sein sollten. Zu ihren Verbündeten wählten sie die Liberal-Imperialisten unter Lord Rosebury; Rosebury sollte nach seiner Machtübernahme im Sinne der Fabier beeinflusst werden. Es ging also gewissermassen um einen Tauschhandel: die Fabier kalkulierten, als Gegenleistung für ihre imperialistischen Stellungnahmen 'kollektivistische' Zugeständnisse zu erhalten, d.h. bildhaft gesprochen: "the Fabian cuckoo laid his socialist egg in the Liberal Imperialist nest".[112] Im durch den Burenkrieg verschärften

---

[110] *Fletcher*, 'British Radicalism and German Revisionism: The Case of Eduard Bernstein'; id., 'Cobden as Educator', 568–78 und id., Revisionism and Empire, 144–82. Cf. *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 196–200 und 211–12.

[111] *Allet*, New Liberalism, viii und 255–62. Cf. *Fletcher*, Revisionism and Empire, 146–66, der neben den Gemeinsamkeiten im Denken Bernsteins und Hobsons auch die Unterschiede behandelt.

[112] *Porter*, Critics of Empire, 109–23, Zitat auf S. 119. Cf. darüber *McBriar*, 127–30 und *Wittig*, 236–46. Über die Einstellung der Liberal-Imperialisten zum britischen Imperium sowie über die Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Fabiern s. näher bei *Hamer*, Liberal Politics in the Age of Gladstone and Rosebury, 263–90; *Matthew*, The Liberal Imperialists, 150–94; *Searle*, The Quest for National Efficiency, 107–42 und *Wittig*, 220–36.

politischen Klima verschwammen die Unterschiede zwischen fabianischem 'Imperialismus' oder 'internationalem Kollektivismus' und 'Jingoismus'.[113] Bernstein wiederum versuchte die deutsche Regierung zu einem 'Handel' zu bewegen. Er setzte die Demokratisierung des Kaiserreiches zur Bedingung für die Gutheissung der deutschen Kolonialpolitik und versuchte so, dem "negativen Verhalten der Sozialdemokratie" eine "richtige Begründung" zu geben.[114] Wie bereits zuvor festgestellt wurde, verhielt sich Bernstein jedoch sehr kritisch gegenüber der deutschen Version des 'Liberal-Imperialismus', d.h. gegenüber Naumann. Die Gutheissung seines Programmes hätte nach Bernstein die Preisgabe der Demokratie bedeutet. Hier wird Bernsteins Einstellung also nur im 'deutschen Kontext' sinnvoll und verständlich.

Ausserdem musste Bernstein, obschon er mit den Fabiern gleicher Meinung war über die Fortschrittlichkeit der Kolonialpolitik im allgemeinen und der englischen Kolonialpolitik im besonderen, als deutscher Sozialdemokrat die durch Deutschlands 'Weltpolitik' verursachten internationalen Konflikte in Rechnung stellen. Bernsteins Horizont war weiter als derjenige der Fabier (und auch vieler deutscher Sozialdemokraten). Für die Fabier war die Frage der Verbindung zwischen Innen- und Aussenpolitik praktisch inexistent.[115] Bernstein wiederum hatte die deutsche Kolonialpolitik als einen Teil der deutschen 'Weltpolitik' zu betrachten und berücksichtigte so neben der Innenpolitik auch die internationale Politik. Im Zusammenhang mit der südafrikanischen Krise zeigte sich Bernstein beunruhigt über die zunehmenden Spannungen zwischen Deutschland und England und die dadurch verursachte Gefährdung des Weltfriedens. Diese zunehmenden Spannungen schadeten vor allem der Position Deutschlands, das international noch stärker isoliert zu werden drohte.[116] Aus dieser Lage ergaben sich auch innenpolitische Folgen: jegliche Kritik an der Aussenpolitik der Regierung konnte als Verrat am Vaterland gebrandmarkt werden, was die Voraussetzungen schuf für die Unterdrückungsmassnahmen gegen die SPD. Mit dem Näherrücken des Weltkrieges mass

---

[113] Im Jan. 1902 sah sich denn auch der Sekretär der Fabian Society, Edward Pease, veranlasst, ein Pressecommuniqué zu veröffentlichen, in dem es u.a. hiess: "Sir. – Statements have appeared in the press to the effect that the Fabian Society is in favor of the policy of the Government in South Africa or, as some put it, of 'Imperialism'. Will you permit me to say that the statement, in either form, is incorrect". Fabian News, Febr. 1902.

[114] *Bernstein*, Voraussetzungen, 147.

[115] Cf. *Porter*, Critics of Empire, 122.

[116] *Bernstein*, Aus den Jahren meines Exils, 283–84; 'Einige Klippen der Internationalität', SM 5, I, 1901, 257; 'Eroberung der politischen Macht', Vorwärts Nr. 240, 13.10.1898; 'Die Kämpfe ums Burenland', 490; 'Die Transvaalwirren und ihr internationaler Rückschlag', 616 und 620 sowie die erw. Rezension (Anm. 95) zu Hertz, 285.

Bernstein dem internationalen Gesichtspunkt immer grössere Bedeutung bei, was zu einer Verschärfung seiner Kritik an der deutschen Kolonialpolitik führte.[117]

Da wir ausserdem wissen, dass die Fabier von der Jahrhundertwende an immer mehr der Schutzzollpolitik zuneigten, während Bernstein diese immer schärfer kritisierte,[118] muss Bernstein in der Tat eher als ein 'britischer Radikaler' denn als ein Fabier charakterisiert werden. Dabei handelt es sich jedoch nur um eine Charakterisierung. Die von Fletcher angeführten neuen Einflüsse liefern im Grunde auch nicht den Schlüssel zu einer Erklärung des Bernsteinschen Revisionismus und damit auch nicht der *sozialistischen Kolonialpolitik* Bernsteins. Die Rezeption von Einflüssen lässt sich nicht schlüssig aufzeigen.[119] Die Annahmen über die Rezeption von Einflüssen bleiben so Annahmen; mehr oder weniger überzeugend lassen sich nur die gemeinsamen Elemente im Denken verschiedener Leute aufzeigen. Die Anführung zusätzlicher Einflüsse bedeutet nur eine weitere Anhäufung nicht beweisbarer Annahmen. Für die weitere Forschung lohnt es sich also auch nicht, z.B. im Spätwerk Engels' nach 'revisionististischen' Elementen zu suchen, um damit eine teilweise Erklärung für den Revisionismus Bernsteins zu liefern.[120] Da ja bereits Engels... usw. ad indefinitum. Es ist auch fruchtlos zu behaupten, Bernstein sei wegen des grossen Einflusses, den Engels auf ihn ausübte, zu dessen Lebzeiten Marxist gewesen,

---

[117] S. z.B. Bernsteins Äusserungen an den Parteitagen von Jena und Chemnitz. Prot. Jena 1911, 392 und 295–96 sowie Prot. Chemnitz 1912, 419–21 und *Bernstein*, Die englische Gefahr und das deutsche Volk, 7–13. Bernstein hatte sich am Jenaer Parteitag anerboten, diese Büchlein zu schreiben, Prot. Jena 1911, 162. Cf. darüber *Fletcher*, 'An English Advocate in Germany', 225–35; id., 'Bernstein in Britain', 364–75; id., 'In the interest of peace and progress', 83–85; id., Revisionism and Empire, 154–65; id., 'A Revisionist Looks at Imperialism', 254–71 und *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 190–212. Der Wandel in den kolonialpolitischen Ansichten Bernsteins wird detaillierter in Kap. VII behandelt.

[118] *McBriar*, 131–34; *Fletcher*, 'Cobden as Educator' und *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 197–202.

[119] Zur Kritik der Einflussenanalyse s. die in der Einleitung, Anmerkung 14, angeführte Literatur.

[120] So bes. *Gneuss*, 'Die historischen und ideologischen Voraussetzungen für die Herausbildung des Revisionismus bei Eduard Bernstein', 72–79 und id., 'Um den Einklang von Theorie und Praxis', 201–09. Bernstein stützte sich selbst auf den 'Protorevisionismus' Engels'. Er erinnerte daran, dass Engels die Auffassung kritisiert habe, wonach das Elend in der Gesellschaft zunehme und bemerkte ironisch: "Oder sollte vielleicht Engels ein verkappter 'Bernsteinianer' gewesen sein? Die Sache ist der Untersuchung wert. Caveant consules!". *Bernstein*, 'Parteidisciplin und Überzeugungstreue', SM 5, II, 1901, 853, Anm. 5. S. auch *Bernstein*, Voraussetzungen, 6–19. – Dieselbe grundsätzliche Bemerkung muss auch bei den von Steinberg angeführten "Faktoren" gemacht werden. Steinberg nimmt an, dass Friedrich Albert Lange und der Exilpole Stanislaus Mendelson die revisionistische Entwicklung Bernsteins beeinflussten. *Steinberg*, 90–91. Über den angeblichen Einfluss Langes s. auch *Meyer*, 114–22.

habe sich jedoch nach dessen Tode zum Revisionisten gewandelt, da nun die Fabier auf ihn besser einwirken konnten.[121]

Auch die sichere Aufzeigung von Einflüssen wäre jedoch noch Erklärungsbedürftig. Die Anzahl der möglichen Einflüsse im Denken Bernsteins ist zwar weitgehend von der Belesenheit des Forschers abhängig, sicher ist jedoch, dass Bernstein nicht sämtliche der damals aktuellen Ideen in sich aufnahm. Weshalb war also Bernstein nur für gewisse Einflüsse empfänglich? Wir gelangen so zu der allgemeineren Frage: was beeinflusst die Beeinflussung? Auf eine allgemeine Frage lässt sich nur eine allgemeine Antwort geben: die anstehende Problematik. Die aufgenommen Einflüsse sind als Antworten auf Fragen zu verstehen, genauer gesagt, als Antworten auf Fragen, die man selbst gestellt oder die sich gestellt hatten. Wenn man bei verschiedenen Menschen (oft sogar zu verschiedenen Zeiten) gemeinsame Ideen feststellt, frägt die Forschung nach der gemeinsamen Problematik und nach deren Genesis. Anstatt zu fragen, ob die Fabier oder die britischen Radikalen auf Bernstein einwirkten, haben wir zu fragen, weshalb sie in gleicher Weise dachten (falls dies zutraf). Bei dieser Fragestellung müssen wir die Rezeption von Einflüssen nicht annehmen oder beweisen; es ist dabei gleichgültig, ob die Ideen übernommen oder erfunden worden sind. Die Aufzeigung der Rezeption von Einflüssen setzt oft eine allzu präzise Benennung der verschiedenen Phasen und Elemente des Denkens voraus, d.h. ein unnötiges Bestreben nach Beschreibung des Forschungsobjektes mit den Termini und Begriffen der angenommenen Einflussquelle. Die Beschränkung auf die Perspektive der angenommenen Einflussquelle *kann* zur Folge haben, dass die Interpretation – buchstäblich – unsachgemäss wird.

Falls wir also die von Bernstein rezipierten Einflüsse als Antworten auf Fragen, die er selbst gestellt oder die sich ihm gestellt hatten, verstehen und da wir andererseits sicher annehmen können, dass er nicht sämtliche

---

[121] So z.B. *Bartel* u.a., 70–72 und *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 391. Wadim Tschubinski erklärt seinerseits den Marxismus Bernsteins in den 80er Jahren ausser durch den Einfluss Bebels, Engels', Liebknechts und Mottelers zur Sicherheit noch mit dem Einfluss "der Kampfbereitschaft der Massen der Parteimitglieder", *Tschubinski*, 214–15. Nach dem Tode Engels' beeinflussten jedoch die übrigen Parteiideologen weiterhin Bernstein. Oder war dies doch nicht der Fall? – Für die revisionistische Entwicklung Bernsteins ist der Tod Engels' ohne weitere Bedeutung. Zu Lebzeiten Engels', d.h. genauer gesagt während des letzten halben Jahres, hielt Bernstein lediglich seine revisionistischen Auffassungen oder Zweifel zurück, um sie dann später zu veröffentlichen. Als beispielsweise Kautsky zu Beginn des Jahres 1896 einen Aufenthalt in London plante, um mit Bernstein *Die Neue Zeit* zu redigieren, bemerkte Bernstein unter Hinweis auf den Tod Engels', dass "der Wegfall gewisser Rücksichten auf Gen's Schwächen" die redaktionelle Arbeit "in mancher Hinsicht" erleichtern werde, Bernstein an Kautsky, 19.4.1896, IISG, KN DV 362.

der damals aktuellen Einflüsse rezipierte, so führt uns dies zu der Feststellung, dass Bernstein unter mehreren gegebenen Antworten (Einflüssen) *auszuwählen* hatte, d.h. er hatte mehr oder weniger bewusst zu entscheiden, welche Antworten von der Perspektive seiner Problematik und Zielsetzung her am tauglichsten schienen. Wir haben also mit andern Worten dem Denken Bensteins (wie dem menschlichen Denken überhaupt) eine gewisse Kreativität zuzugestehen. Unter dieser Perspektive bewegt sich die einflussanalytische Schlussfolgerung, die ja darin besteht, das revisionistische Denken Bernsteins in Elemente zu zerlegen und diese Elemente dann als Einflüsse zu bezeichnen, gewissermassen im Kreise. Falls nun diese Einflüsse zumindest in dem Sinne *Produkte* des revisionistischen Denkens Bernsteins sind, dass es sich um eine Auswahl Bernsteins aus einer riesigen Menge von möglichen Einflüssen handelte, dann wird der Revisionismus Bernsteins durch den Revisionismus Bernsteins erklärt; die *sozialistische Kolonialpolitik* wird so zur Ursache der *sozialistische Kolonialpolitik*. Gemäss Schröder liefert beispielsweise die erfolgreiche englische Kolonialpolitik eine teilweise Erklärung für die kolonialpolitischen Ansichten Bernsteins.[122] Es trifft zwar zu, dass der Revisionist Bernstein die englische Kolonialpolitik schätzte. Er hielt sie besonders im Vergleich zur deutschen Kolonialpolitik für fortschrittlich, da sie demokratisch kontrolliert und wirtschaftlich ertragreich sei und das Gebiet des Freihandels ausweite. Gerade aufgrund dieser Bewertungskriterien Bernsteins gibt es jedoch gewichtige Gründe zu der Annahme, dass die von Bernsteins geschätzten fortschrittlichen Züge der englischen Kolonialpolitik bereits Argumente für die *sozialistische Kolonialpolitik* darstellten, Argumente, die Bernstein erst dann gebrauchte, als er bereits zum Revisionisten geworden war und sich davon überzeugt hatte, dass die Kolonialpolitik an sich nicht verurteilt werden musste. Die englische Kolonialpolitik lieferte dem Revisionisten Bernstein das Kriterium, mit dessen Hilfe die deutsche Kolonialpolitik kritisiert werden konnte. Aufschlussreich ist in dieser Beziehung ein Vergleich der Ansichten des Revisionisten Bernstein und Bax'. Bax verurteilte die Kolonialpolitik an sich und damit auch die englische Kolonialpolitik, da der Kapitalismus so die Möglichkeit zur Verlängerung seiner 'Lebenszeit' erhalte. Es war vor allem diese Einstellung, die der Revisionist Bernstein scharf kritisierte.

Der Revisionismus Bernstein war, trotz einiger Sonderzüge, Teil des gesamteuropäischen Phänomens Revisionismus. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der Beziehung zwischen Bernstein und den Fabiern kaum

---

[122] Schröder, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 169–70.

irgendwelche Beweiskraft zu.[123] Die sachlichste Interpretation dürfte wohl diejenige Eric J. Hobsbawms sein, wonach es sich bei den Fabiern nicht um Revisionisten handelte. Gemäss Hobsbawm verfügten sie gar nicht über eine zu revidierende, marxistische Gesinnung; die marxistisch angehauchten Ansichten einiger Fabier zu Beginn der 80er Jahre bildeten nicht einmal 'zusammengerechnet' eine marxistische Gesinnung. Die Fabian Society entstand gleichzeitig mit dem Wiedererstarken des Sozialismus in England. Der Sozialismus der Fabier stellte in seiner Art einen Ausdruck dieses Wiedererstarkens dar, eine Reaktion der Mittelschichten auf das Vordringen des Sozialismus und auf die Änderungen in den Erscheinungsformen des Kapialismus. Die von den Fabiern repräsentierte 'nouvelle couche sociale' stellte etwas Neues dar, besonders im England des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Es handelte sich dabei um Gewerbetreibende der Mittelschichten, die ihren Unterhalt nicht unmittelbar aus der kapitalistischen Produktion bezogen.[124] In bezug auf seine politischen Zielsetzungen kann der Fabianismus am treffendsten als englischer 'Staatssozialismus' charakterisiert werden.[125]

Der Revisionismus hingegen sah sich als Justifikation der reformistischen Politik; das positive Resultat der negativen Kritik am Marxismus sollte ein Reformismus sein, der sich seiner selbst bewusst war. Auch der Reformismus implizierte eine bestimmte Auffassung der Gesellschaft. Die verschiedenen reformistischen Auffassungen unterschieden sich voneinander je nach dem Grade ihres Bewusstseins und nach der Klarheit ihrer Gliederung. Der Fabianismus stellte lediglich eine Spielart des Reformismus dar. Die Charakterisierung des Fabianismus als "Proto-Revisionis-

---

[123] Dieses Eingeständnis macht eigentlich auch Gustafsson am Ende seiner Untersuchung: "Teilweise (?) entstand der Revisionismus selbständig in mehreren Ländern mehr oder weniger gleichzeitig. Denn wie schon Vico beobachtete, lassen sich starke und einheitliche Ideenströmungen nicht befriedigend mit dem Hinweis auf eine sukzessive Ideenwanderung erklären", *Gustafsson*, 313. Dasselbe lässt sich auch aus der Bemerkung Freis herauslesen, wonach die zwischen den Theorien der Fabier und Bernsteins bestehende "formale und materielle Affinität. . . primär auf die Identität oder Ähnlichkeit der den beiden Ideologievarianten zugrundeliegenden Konstellationen objektiver Faktoren zurückzuführen" sei. Somit komme "eine ideologische Beeinflussung Bernsteins durch die Fabier nur als sekundäre und komplementäre Erklärung in Frage", *Frei*, 105–06.

[124] *Hobsbawm*, 'The Fabians Reconsidered', 265–68. Cf. *Frei*, 37–42; *Wolfe*, 121–23 und *Wittig*, 332–45. Die gesellschaftliche Stellung und Einstellung der Fabier kommt beispielsweise in der Bemerkung Beatrice Webbs über die Teilnehmer am Londoner Kongress der Zweiten Internationale (1896) zum Ausdruck: "The rank and file of Socialists – especially English Socialists – are unusually silly folk", B. *Webb*, Our Partnership, Tagebuchaufzeichnung v. 14.8.1896, 134. Cf. Shaw zur Aufgabe der Fabian Society: "Unsere Aufgabe ist, offen gestanden, überlegene Köpfe zu sein", *Shaw*, 'Die englischen Fabier und die deutsche Sozialdemokratie', 375. Über den 'Elitismus' der Fabier s. *Britain*, Fabianism and Culture, 223–52.

[125] Cf. *Wittig*, 191–208.

mus" durch Frei ist deshalb irreführend.[126] Bernstein 'lernte' nicht von den Fabiern, dass der Marxismus zu revidieren sei. Die Fabier 'produzierten' nicht den Revisionismus, sie entwickelten ihn lediglich in dem Sinne weiter, dass Bernstein nach seiner Wende zum Revisionismus auch ihre antimarxistischen Argumente verwenden konnte. Der Fabianismus stellte eine Kritik am Marxismus dar, was jedoch nach der Entstehung des Marxismus mehr oder weniger explizit auf jegliche Art von Reformismus zutraf. Die Existenz des Marxismus und des Reformismus bildete die Voraussetzung für die Entstehung des Revisionismus. Diese beiden ersteren Richtungen rivalisierten miteinander bereits vor der Revision des Marxismus durch Bernstein. Der Revisionismus Bernsteins war die bekannteste und aufsehenerregendste Form der Kritik am Marxismus, da Bernstein vor seiner Wende zum Revisionimus ein international bekannter Propagandist des Marxismus gewesen war. Der Revisionismus 'im allgemeinen' entstand jedoch überall, wo der Marxismus in mehr oder weniger reiner Form zur Strategie der Arbeiterparteien erhoben worden war. Auftrieb erhielt die revisionistische Tätigkeit Bernsteins dadurch, dass er sich auf bereits bestehende Tendenzen stützen konnte; er begriff sich als Mitkämpfer in der ausgedehnten revisionistischen Offensive.[127]

Die Ansicht Schröders und Fletchers, wonach Bernstein "ganz nur aus dem Englischen Kontext heraus zu begreifen" sei,[128] ist also zu revidieren: Bernstein lässt sich weder im deutschen noch im englischen, sondern nur im europäischen Kontext gänzlich verstehen. Bernsteins Problematik war die Problematik eines europäischen Menschen zur Jahrhundertwende. Der erregte Revisionismusstreit in Deutschland zeigt, dass die Ansichten Bernsteins auch für die deutsche Sozialdemokratie von Bedeutung waren: sie liessen sich nicht einfach mit dem Hinweis auf die 'englische Brille' Bernsteins vom Tische wischen. Die Debatten an den Kongressen der Zweiten Internationale – oder an sich bereits die Tatsache, dass über etwas debattiert wurde, dass es etwas gemeinsam Erfahrenes gab – machen die europäische Dimension der Problematik Bernsteins deutlich. Die deutschen und die englischen Kontexte waren nicht geschlossene Systeme; die diesen Kontexten innewohnenden Ideen 'widerspiegeln' neben den 'Sonderwegen'

---

[126] *Frei*, 379–80. Ähnlich *Meyer*, 122–34.

[127] Bernstein versicherte Kautsky – und sich selbst –, dass er neben Deutschland aus allen europäischen Ländern Unterstützung erfahren habe, z.B. Bernstein an Kautsky, 28.2., 19.7., 12.–14.8., 16.10., 27.10.1898; 1.3., 10.3., 3.8.1899, IISG, KN DV 434, 470, 454, 462, 463, 473, 474 und 488. S. auch Eduard David an Bernstein, 10.5.1900, ib., BN D 126; Karl Vorländer an Bernstein, 4.8., 7.10., und 26.10.1899, ib., D 804 sowie Ludwig Woltmann an Bernstein, 13.9. und 26.9.1899, ib., D 841.

[128] *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 211 und *Fletcher*, Revisionism and Empire, 152–53.

dieser Länder auch die gemeinsame europäische Problematik. Dies führt auch zu einem besseren Verständnis des 'Eklektizismus' im Denken Bernsteins, d.h. des Vorkommens von widersprüchlichen Einflüssen in seinem Denken.[129] Diese Einflüsse sind Ausdrück der Kompliziertheit der Problematik Bernsteins und seiner Unfähigkeit zu ihrer Überwindung. Diese seine Unfähigkeit könnte man wohl auch damit erklären, dass eine widerspruchsfreie Überwindung der Probleme oft nur das Ignorieren der Probleme bedeutet.

Gemäss dem Selbstverständnis Bernstein waren es die "Tatsachen", die seine revisionistische Wende verursachten.[130] Dies ist ein sachlicher Ausgangspunkt, falls wir die von Bernstein übergangene Tatsache berücksichtigen, dass die Tatsachen 'getane Sachen', Produkte von Denkprozessen, d.h. Auffassungen der Wirklichkeit sind.[131] Es ist weiter angezeigt zu überlegen, wie diese bestimmte Auffassung der Wirklichkeit frühere undifferenzierte (reformistische) Auffassungen stärkte und differenzierte und wie sie imstande war, innerhalb der SPD eine so starke Bewegung (den Revisionismus) hervorzurufen.

---

[129] *Fletcher*, 'British Radicalism and German Revisionism', 368; id., 'Cobden as Educator', 577; id., 'In the interest of peace and progress', 90; id., Revisionism and Empire, 130–32, 158–66, 181 und 187–88; id., 'Revisionism and Militarism', 29; id., 'Revisionism and Nationalism', 104 und 112 sowie Schröder, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 172, 174, 177–83 und 210.

[130] *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 23.

[131] Darauf wies Parvus polemisch im Jahre 1901 hin: "Es sind nicht die Tatsachen, welche Bernstein zur Änderung seiner Ansichten veranlasst haben, sondern die Änderung seines Gesichtspunktes lässt ihm die Tatsachen anders erscheinen". *Parvus*, 'Der Opportunismus in der Praxis', 745.

IV Der Revisionismus, Vermittler von Theorie und Praxis?

Obschon Bernsteins revisionistische Kritik im Endeffekt zu einer antimarxistischen Parteitheorie führte, bildete doch das herrschende marxistische Selbstverständnis der SPD, die herrschende Auslegung des Marxismus, den eigentlichen Gegenstand seiner Kritik. Der Revisionismus stellte die Revision der Kapitalismusinterpretation der SPD und der darauf beruhenden Beurteilung der Möglichkeiten des Sozialismus oder – mit den Worten Bernsteins – die "Kritik der herkömmlichen Interpretation"[1] dar. Bei näherer Betrachtung erweist sich der Revisionismus Bernsteins als besonderes Produkt des marxistischen Selbstverständnisses der SPD oder, in einem weiteren Rahmen, als "natürliche Ergänzung"[2] des Marxismus der Zweiten Internationale.

Es gab in der Partei einerseits Theoretiker und andererseits Praktiker, einerseits 'Kautskys' und andererseits 'Bebels'. Theorie und Praxis verbanden sich nur selten in ein und derselben Person, was unausweichlich zu einem Schwanken in der Tätigkeit der Partei sowie zu einer Ungewissheit über die Beziehung zwischen Theorie und Praxis führte. Etwa zwei Monate nach dem Tode Engels' charakterisierte Ignaz Auer den Zustand der Partei in gewohnt satirischer, jedoch einigermassen zutreffender Weise:

> "Wo aber der Alte (d.h. Engels – der Verf.) unersetzlich ist, das ist die Bibelauslegung. Bei allem Respekt vor den jüngeren Kirchenvätern, aber die reiche Erfahung u. Autorität Engels fehlt eben doch auch Kautsky, Ede (d.h. Bernstein – der Verf.) aber zweifelt an sich selbst u. Plechanow ist den Massen zu fremd, als dass er Einfluss auf

---

[1] *Bernstein*, Zur Geschichte und Theorie des Socialismus, 10.
[2] *Colletti*, 37.

dieselben ausüben könnte. Wir werden uns also bis auf Weiteres ohne 'Urquell der Wahrheit' behelfen müssen & das mag manchesmal sich sehr unangenehm bemerkbar machen".[3]

Die Partei hatte mit den zur Verfügung stehenden Kräften auszukommen. Gegen Ende der 90er Jahre war der "geborene Grossinquisitor"[4] Kautsky zum ersten Kirchenvater geworden, Bernstein hatte seine Zweifel bereits öffentlich dargelegt und Plechanow fand bei den Massen keinen Anklang.

Die revolutionäre Tätigkeit bedeutete für Kautsky, das Proletariat und die Partei, die dieses repräsentierte, auf die 'kommende' Revolution vorzubereiten und organisatorisch zu stärken. "Das Ziel der proletarischen Bewegung" sei aber schon von der objektiven wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft, dem "Fortschritt der Wirklichkeit", gesetzt worden.[5] Oder wie Kautsky es im Jahre 1893 ausdrückte:

> "Die Sozialdemokratie ist eine *revolutionäre*, nicht aber eine *Revolutionen machende Partei.* Wir wissen, dass unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, dass es ebenso wenig in unserer Macht liegt, diese Revolution zu *machen*, als in der unserer Gegner, sie zu *verhindern.* Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen".[6]

Kautsky wich auch später nicht von dieser Ansicht über die Aufgaben der revolutionären Partei ab; "ich bin geblieben, was ich war", versicherte er gegenüber Bernstein, als dieser behauptet hatte, dass er von Mehring revolutionäre Einflüsse empfangen habe.[7]

---

[3] Auer an Victor Adler, 26.9.1895, Brw. Adler, 189–90. Über die gleiche Sache zeigte sich Bebel acht Monate vor dem Tode Engels' besorgt: "Das einzig Deprimierende ist an der Bewegung, dass neue Männer, wirkliche Männer fehlen", Bebel an Kautsky, 3.12.1894, Brw. Bebel–Kautsky, 82.

[4] Wolfgang Heine an Helene Grünberg, 8.10.1912, ZStA, Nachlass Heine, Nr. 1.

[5] *Kautsky*, 'Vorrede', *Atlanticus* (d.h. Karl *Ballod*), Produktion und Konsum im Sozialstaat, Stuttgart 1898, VI–VIII.

[6] *Kautsky*, 'Ein sozialdemokratischer Katechismus', NZ 12, I, 1893–94, 368. Hervorh. d. Kautsky. Kautsky publizierte diesen Artikel auch in seinem 1909 erschienenen Werk *Der Weg zur Macht*, Berlin 1909, 44–52.

[7] Kautsky an Bernstein, 20.2.1899, IISG, KN C 219 und Bernstein an Kautsky, 16.2.1899, ib., DV 472. Die objektivistische Argumentationsweise wiederholte sich besonders in der Bolschewismuskritik Kautskys, z.B.: "... jeder Marxist weiss, dass Revolutionen spontane Ausbrüche sind, die hervorzurufen nicht in unserem Belieben steht", *Kautsky*, 'Das bolschewistische Kamel', Die Gesellschaft, II, 1931, 344. – In der Forschung herrscht Einigkeit über den objektivistischen Charakter der Revolutionstheorie Kautskys, uneins ist man sich hingegen über den 'Kaustskyanismus' als 'Integrationsideologie' der Partei. S. z.B. *Fülberth*, 'Karl Kautskys 'Der Weg zur Macht' und seine Kontroverse mit dem Parteivorstand der SPD 1909'; *Fetscher*, Marxistische Porträts, Bd. II, 82–86; *Irrlitz*, 'Bemerkungen über die Einheit

Der Glaube an das 'Eintreten' der Revolution bildete in den 80er Jahren ebenfalls den Hauptinhalt des Bernsteinschen revolutionären Denkens. Die Strategie der revolutionären Partei müsse darin bestehen, sich auf den unabwendbaren und aufgrund seiner eigenen Widersprüche 'naturnotwendigen' Zusammenbruch des Kapitalismus vorzubereiten. Die personifizierte Revolution (der Zusammenbruch des Kapitalismus) war bei Bernstein gleichzeitig sowohl objektive Voraussetzung wie Subjekt des Sozialismus: das Proletariat strebte ein Ziel an, das der 'Genosse Trend' für das Proletariat bereits gesetzt hatte. In den 90er Jahren begann Bernstein jedoch von dieser 'sozialistischen Katastrophitis' zu genesen und wollte auch seine Partei davon befreien. Sichtbarstes Anzeichen der Genesung war die Befreiung vom Glauben, das der Kapitalismus an seinen eigenen Widersprüchen zugrundegehen werde. Vorerst stellte Bernstein lediglich die herrschende Auffassung in Frage, wonach der Zusammenbruch des Kapitalismus in Bälde bevorstehe, bis er sich dann davon überzeugte, dass der Zusammenbruch an sich unwahrscheinlich und damit nicht wünschenswert sei. Er fand sich in dieser Auffassung bestärkt durch das Ende der weltweiten Wirtschaftskrise Mitte der 90er Jahre. Das Wiedererstarken des Kapitalismus, der "Aufschwung des Geschäftslebens", machte auf Bernstein "einen starken Eindruck".[8] Die Entwicklung des Kapitalismus schien nun eben erst richtig eingesetzt zu haben. Dieser ontologische Schluss führte zu einer politischen Schlussfolgerung: eine politische Theorie, die den Zusammenbruch des Kapitalismus zur Voraussetzung für die Verwirkluchung des Sozialismus machte, fusste auf haltlosen Annahmen und war zu verwerfen.

Gemäss Bernstein hatten Marx und Engels in der Theorie des Sozialismus einige Widersprüche hinterlassen, deren Bereinigung nun Aufgabe der Schüler dieser "Meister" sei. Der wichtigste und folgenschwerste Widerspruch sei, dass die "Marx-Engelssche Doktrin" sowohl revolutionäre wie auch reformistische Elemente umfasse.[9] Im *Kommunistischen Manifest* ging

---

politischer und theoretischer Wesenszüge des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie'; *Kivekäs*, Karl Kautskyn suhtautuminen Venäjän lokakuun vallankumoukseen, bes. 56–84; *Kolakowski*, 43–71; *Lehnert*, 94–101 und 228–35; *Lichtheim*, Marxism, 259–77; *Marcuse*, Vernunft und Revolution, 325; *Matthias*, 'Kautsky und der Kautskyanismus'; *Papcke*, 'Karl Kautsky und der historische Fatalismus'; *Ritter*, 203; *Salvadori*, bes. 23–24, 123–32 und 251–55; *Steinberg*, 75–86 und *Vranicki*, Geschichte des Marxismus, I, 305–25.

[8] *Bernstein*, 'Zur Geschichte des Revisionismus', IISG, BN A 43 (verfasst in der Mitte der 20er jahre). S. auch Bernsteins Rede am Lübecker Parteitag der SPD, Prot. Lübeck 1901, 178 sowie *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 24–25. Es ist zu betonen, dass der von Bernstein erwähnte "Aufschwung des Geschäftslebens" die Entstehung seines Revisionismus nicht erklärt; er hat seine revisionistische Überzeugung lediglich verstärkt.

[9] *Bernstein*, Voraissetzungen, IX und 17–19 sowie 'An meine socialistischen Kritiker', SM 4, 1900, 8–12.

Marx gemäss Bernstein noch von der 'Zusammenbruchstheorie' aus, im *Kapital* sei er jedoch bereits zu einer "organisch-evolutionistischen" Auffassung der gesellschaftlichen Entwicklung gelangt. Dennoch beruhe die herrschende Theorie der Partei nach wie vor auf den Auffassungen des *Kommunistischen Manifestes,* die von Marx und besonders von Engels zumindest teilweise verworfen worden seien, auch wenn sie dies nicht klar und deutlich mitgeteilt hätten.[10] Also sei es nun die Aufgabe der Theoretiker der Partei, die von den 'Meistern' bereits begonnene Revision fortzusetzten und zu ergänzen: "Kurz, wir müssen das Lebenskräftige der Theorie von dem überholten Beiwerk trennen".[11] Dies sei möglich, da es sich beim Marxismus nicht um ein "Mosaik" handle, aus dem kein Stein entfernt werden könne, ohne das ganze Gebäude zu erschüttern.[12] Reform und Revolution waren nach der Bernsteinschen Logik unvereinbar; zwischen ihnen herrsche weder eine dialektische noch eine sonstwie rationale Beziehung.

Bernstein erinnerte daran, dass Theorie und Praxis in einer 'organischen' Beziehung zu stehen hätten, wobei es rational sei, dass die Theorie der Praxis vorangehe, und nicht, dass die Theorie hinter der gewandelten Praxis nachhinke.[13] In der SPD sei das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis ein irrationales. Das zentrale Problem der Partei war gemäss der Diagnose Bernsteins, dass man nach wie vor versuchte, die reformistische Praxis mittels einer revolutionären Phraseologie zu lenken. Dies sei ein Widerspruch, denn gemäss der 'Zusammenbruchstheorie' hätte man versuchen sollen, den Zusammenbruch des Kapitalismus herbeizuführen, wofür Bernstein jedoch keine Anzeichen erblickte. Er konnte deshalb scharf bemerken, dass es völlig sinnlos sei, das Kommen der Revolution zu betonen, "wenn man nicht gewillt ist gegebenenfalls die Revolution *selbst herbeizuführen.*".[14] Die 'Zusammenbruchstheorie' schien also die Sozialdemokraten anstelle der revolutionären Tätigkeit zum passiven Abwarten der Revolution aufgefordert zu haben. In der Praxis hätten sich jedoch alle sozialistischen Parteien bereits von der Bevormundung durch diese Theorie losgesagt. Die Parteien wirkten ständig, jedoch nicht revolutionär, sondern reformistisch.[15]

---

[10] *Bernstein*, 'Zum Reformismus', SM 12, III, 1908, 1402–03.

[11] Bernstein an Kautsky, 19.7.1898, IISG, KN DV 470. Desgleichen *Bernstein*, 'Idealismus, Kampftheorie und Wissenschaft', 606.

[12] Bernstein an Antonio Labriola, undatiert (1899), IISG, BN C 20. S. auch *Bernstein*, 'An meine socialistischen Kritiker', 4 und 10–11.

[13] *Bernstein*, 'Ein Vorwort zur Programmrevision', SM 8, I, 1904, 24.

[14] *Bernstein*, 'Grundlinien des sozialdemokratischen Reformismus', SM 12, III, 1908, 1512–13. Hervorh. d. Bernstein.

[15] Bernstein an Kautsky, 28.7. und 10.10.1898, IISG, KN DV 453 und 461.

Am eindeutigsten zeige sich diese Emanzipation von der Bevormundung durch eine falsche Theorie im Verhältnis zum "Parlamentarismus". Zu Beginn sei das Parlament von den deutschen Sozialdemokraten nur als Propaganda- und Agitationsforum gebraucht worden, "die Vertreter der Partei waren im Parlament nur auf Gastrolle". Mit der Zeit habe man jedoch begonnen, die parlamentarische Tätigkeit zu schätzen, und die Vertreter der Partei seien zu "regelmässig wirkenden Mitgliedern der Gesetzgebung" geworden. Die Entwicklung verlaufe also in Richtung einer "immer stärkeren Teilnahme an der positiven Arbeit im Parlament". Dies bedeute die Aufgabe der 'Zusammenbruchstheorie'. Mit anderen Worten: das "Endziel" habe zu Beginn die Bewegung dominiert, mit der Zeit habe sich jedoch gezeigt, "dass es keinen Königsweg ins tausendjährige Reich" gebe.[16] Die Partei pflege besonders an den Parteikongressen eine "antiparlamentarisch-revolutionäre" Sprache, verhalte sich in der Praxis jedoch "antirevolutionär-parlamentarisch". Die Partei sei zu einer "Partei der gesetzlich-parlamentarischen Aktion" geworden.[17] Es handle sich somit um die "Staatwerdung der Partei", um ein "Hineinwachsen in den Staat", wofür u.a. die Erteilung von Gesetzesvorlagen ein Anzeichen sei. Dies bedeute de facto das Zugeständnis, dass die Gesellschaft nicht "ein fester Kristall" sondern "ein wandlungsfähiger Organismus" sei.[18]

Die veraltete Theorie stimme zwar insofern, als dass sie die Verwirklichung des Sozialismus 'in letzter Instanz' verspreche. Jedoch, bemerkte Bernstein, "wir existieren nicht bloss in 'der letzten Instanz'. Wir müssen uns auch mit der ersten und den Zwischen-Instanzen abfinden. Auch hier muss sich die Theorie bewähren, und wenn sie es nicht tut, so ist sie eben nicht durchgängig richtig".[19] Zur 'letzten Instanz' gelange man über die 'Zwischen-Instanzen', die Reformen: "die Revolution der Gesellschaft kann nur durch Reformen, d.h. immer nur partiell durchgeführt werden".[20] Die "leitende Maxime" der Partei müsse deshalb sein: "jeweilig das grösste Mass von Reformen durchsetzen zu wollen, das ihrer Kraft möglich ist".[21] Gerade in dieser Beziehung erweise sich jedoch die Unfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie; der SPD fehle, kurz gesagt, eine 'Politik':

---

[16] *Bernstein*, 'Noch etwas Endziel und Bewegung', 503. Desgleichen *Bernstein*, Parlamentarismus und Sozialdemokratie, Berlin, o.J. (1906), 46–47.
[17] *Bernstein*, 'Das vergrabene Pfund und die Taktik der Sozialdemokratie', SM 10, I, 1906, 293.
[18] *Bernstein*, 'Parteidisziplin', SM 14, III, 1910, 1218–20. Desgleichen *Bernstein*, 'August Bebel', SM 19, II, 1913, 958 und 'Realitäten des Budgetrechts', SM 20, I, 1914, 283.
[19] Bernstein an Kautsky, 28.7.1898, IISG, KN DV 453.
[20] Bernstein an Kautsky, 20.2.1898, ib., DV 432.
[21] *Bernstein*, 'Grundlinien des sozialdemokratischen Reformismus', 1517.

"Wir steuern überhaupt nicht, wir lassen unser Fahrzeug treiben. In der Tat kann dem aufmerksamen Beobachter die Tatsache nicht entgehen, dass die deutsche Sozialdemokratie zwar eine Theorie, Grundsätze, Forderungen, allgemeine Ziele, eine bewunderungswürdige Organisation, kurz, fast alle Requisiten einer grossen Partei hat, dass ihr aber ein wichtiges Erfordernis fehlt oder abhanden gekommen ist: sie hat keine, bestimmten näheren Zielen systematisch zusteuernde *Politik*".[22]

Dies stellte bereits eine verhüllte Kritik am Reformismus dar. Da Theorie und Praxis in 'organischer' Verbindung zu stehen hätten, seien taktische Auseinandersetzungen gleichzeitig immer auch theoretische Auseinandersetzungen. Durch ihr Bestreben nach Vermeiden einer theoretischen Diskussion verzichteten die Reformisten auch auf die Möglichkeit zur theoretischen Untermauerung ihrer an sich richtigen reformistischen Taktik.[23] Die reformistische Praxis der Partei sei nicht genügend bewusst und könne damit auch nicht so erfolgreich sein, wie sie sein könne. Auch den Reformisten fehle also eine 'Politik'.

Bernstein wollte jedoch nicht in erster Linie die Praxis seiner Partei, "den wirklichen Kampf, den die Partei kämpft",[24] kritisieren. Er bekämpfe "weder den Grundgedanken des historischen Materialismus, noch den Klassenkampf, noch den aus ihm sich ergebenden Charakter der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei u.s.w.".[25] Hingegen wolle er "die Illusionen, die Phantasien, die tatsächlichen Unmöglichkeiten des Parteikatechismus" kritiseren,[26] da diese die Neigung hätten, "zu falscher Taktik und Vernachlässigung wichtiger Aufgaben zu führen".[27] Seine revisionistische Kritik stütze sich auf den 'wirklichen Kampf', den seine Partei führe. Er versuchte, den instinktiv geführten 'wirklichen Kampf' zu einem bewussten zu machen, indem er aufzeigte, dass die reformistische Praxis bereits die 'Zusammenbruchstheorie' verdrängt hatte. Als er selbst nicht mehr die Worte fand zur Beschreibung seiner Absichten, zitierte er den polnischen

---

[22] *Bernstein*, 'Zum Reformismus', 1398. Hervorh. d. Bernstein. Cf. Paul Kampffmeyer im Nachruf Bernsteins: "Bernstein wollte, wie Marx und wie der ganze Revisionismus (der der eigentliche sozialistische Aktivismus ist), die Welt verändern und sie nicht nur kommentieren", *Kampffmeyer*, 'Die historische Leistung Eduard Bernsteins', SM 39, 1933, 9. S. auch id., Eduard Bernstein und der sozialistische Aufbau, Berlin 1930, 45–55.
[23] *Bernstein*, 'Zum Reformismus', 1400. S. auch *Bernstein*, 'Vollmars politische Entwicklung', SM 23, II, 1922, 651.
[24] Bernstein an Kautsky, 16.2.1899, IISG, KN DV 472.
[25] Bernstein an Kautsky, 27.10.1898, ib., DV 463.
[26] S. Anm. 24.
[27] Bernstein an Kautsky, 28.2.1892, ib., DV 434.

Sozialisten Lad. Gumplowicz, der seiner Meinung nach seine Intentionen am besten beschrieben hatte: "Was Bernstein von den Aufgaben der Sozialdemokratie sagt, geschieht alles schon jetzt, aber es geschieht teilweise mit halbem Herzen und mit schlechtem Gewissen. Sein Buch (d.h. *Voraussetzungen* – der Verf.) zeigt, dass es mit gutem Gewissen und mit vollem Herzen geschehen kann".[28] Bernstein war also der Meinung, seiner Partei einen Dienst erwiesen zu haben, indem er Theorie und Praxis wieder in Einklang brachte. Er glaubte, damit einen das weitere Vorgehen der Partei schwer behindernden Widerspruch beseitigt zu haben, der in der Tatsache liege, dass man versuche, die instinktiv gutgeheissene, jedoch ohne theoretische Justifikation gebliebene reformistische Praxis durch eine revolutionäre Phraseologie zu begründen. Damit entschied er auch den tiefen Widerspruch seines eigenen Lebens. Er sei selbst seinerzeit "im guten Glauben" in dieser widersprüchlichen Weise vorgegangen, habe versucht, "die Lükken hinweg disputieren oder die Begriffe so weit zu zerren, dass sie die Lücken zu decken scheinen". Mit der Zeit überzeugte er sich jedoch davon, "dass es besser ist, vor sich selbst und Andern aufrichtig zu sein".[29]

Besonders in der früheren Forschung war man geneigt, die von Bernstein selbst für seine revisionistische Tätigkeit gegebene Justifikation als Erklärung für seinen Revisionismus gutzuheissen.[30] Diese Erklärung ist zwar an sich nicht falsch oder 'erlogen', sie ist jedoch unvollständig. Sie erklärt nicht, weshalb der "Kautskyanismus, d.h. der denaturierte 'Marxismus' "[31], so hartnäckig in den programmatischen Erklärungen der

---

[28] *Bernstein*, 'Noch etwas Endziel und Bewegung', 503; 'Der Revisionismus in der Sozialdemokratie' (1909), *Bernstein*, Ein revisionistisches Sozialismusbild, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1976, 126–27 sowie 'Der Revisionismus und das Parteiprogramm', IISG, BN A 93 (Vortrag, gehalten am 23.3.1909).

[29] Bernstein an Kautsky, 28.7.1898, IISG, KN DV 453. In seinem Brief an Bebel vom 20.10.1898 (Brw. Adler, 260) erwähnt Bernstein als bezeichnendes Beispiel für die 'Dehnung von Begriffen' seinen am 29.1.1897 vor der Fabian Society gehaltenen Vortrag *What Marx Really Taught*: "Ich habe das Maniskript des Vortrages noch, es ist ein abschreckendes Beispiel wohlmeinenden 'Rettungsversuchs'. Ich wollte Marx retten, wollte zeigen, dass alles so gekommen was er gesagt, und, dass alles, was nicht so gekommen, auch von ihm gesagt wurde (. . .) Und ein paar harmlose Fragen, die mir ein scharfsinniger Fabianer Hubert Bland nach dem Vortrag stellte un die ich noch in der alten Manier beantwortete, gaben mit den Rest. Im Stillen sagte ich mir; so geht das nicht weiter. Es ist müssig das Unvereinbare vereinbaren zu wollen". Über diesen Vortrag s. *Frei*, 103–05; *Hirsch*, Der "Fabier" Eduard Bernstein, 35–36 und 121–23 sowie *Rogers*, 'Eduard Bernstein Speaks to the Fabians: A Turning Point in Social Democratic Thought?'.

[30] Cf. *Blumenberg*, Kämpfer für die Freiheit, 91–92; *Fetscher*, Marxistische Portraits, Bd. II., 86–96; *Frei*, 84–88; *Gay*, 99; *Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 122–23; *Heimann*, Einleitung zu *Bernstein*, Texte zum Revisionismus, 13–16 und 37–40; *Lehnert*, 182–86; *Meyer*, 67–90; *Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus, 222–23; *Papcke*, Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform, 37–51 und *Steinberg*, 89–94.

[31] *Matthias*, 154.

Partei verblieb und an den Parteitagen, im Gegensatz zum Revisionismus, nicht verurteilt wurde. Der Grund für dieses Verhalten der Parteitage lag womöglich darin, dass man Bernstein nicht bloss der Verwerfung vulgärmarxistischer Dogmen bezichtigte. Es ist anzunehmen, dass man ihn beschuldigte, den Sinn der Existenz der Partei in Frage gestellt zu haben, da er die Partei aufforderte, sich als Reformpartei zu bekennen und damit sowohl die revolutionäre Theorie wie auch die revolutionäre Praxis zur Gänze aufzugeben. Man beschuldigte ihn, von seiner Partei zu sehr die Gutheissung der herrschenden Realitäten zu verlangen, zu sehr nachzugeben, ja sogar vor der herrschenden Unterdrückungsmaschinerie die Waffen zu strecken.

Man hat sich ausserdem zu fragen, ob die Praxis der Partei wirklich durch und durch reformistisch und antirevolutionär war und ob es zur angeblichen reformistischen 'Entwicklung' (oder dem Beharren beim Reformismus) wirklich keine Alternativen gab, ob dies wirklich 'naturnotendig' war. Man gewinnt manchmal den Eindruck, als ob der faktische oder potentielle Reformismus der Parteipraxis eine Annahme a priori, eine Prämisse der Forschung wäre. Den Beweis dafür ist man jedoch, wie Hans Georg Lehmann treffend bemerkt, schuldig geblieben.[32] Dies müsste nachgeholt werden, um von einem Widerspruch zwischen der herrschenden Theorie und der herrschenden Praxis sprechen zu können. Möglich und vielleicht sogar sachgemäss scheint die folgende Charakterisierung der Situation innerhalb der SPD zur Jahrhundertwende: die revolutionäre (und nicht bloss die reformistische) Praxis der Partei war schwankend, unsicher und instinktiv, da über die Auffassungen der revolutionären Praxis keine Klarheit bestand. Es liesse sich sagen: das Problem war gestellt, jedoch nicht klar und eindeutig, von seiner Lösung ganz zu schweigen. Im Lichte der herrschenden Parteitheorie standen Theorie und Praxis jedoch 'im Einklang'. Da die Revolution mit der Unabwendbarkeit eines Naturereignisses eintreten würde , war die Art der reformerischen Tätigkeit kaum von irgendwelcher Bedeutung — sie durfte sich nur dem 'Kommen' der Revolution nicht in den Weg stellen. Bernsteins revisionistische Tätigkeit kann insofern als 'revolutionär' bezeichnet werden, als dass er die Mängel der herrschenden Theorie aufzeigte und die Fragen präzisierte, die sich der revolutionären Theorie stellten und die bis anhin ohne Antwort oder Beantwortungsversuch geblieben waren.

Die Haltung der SPD zur Kolonialpolitik stellte einen Sonderfall dieser

---

[32] *Lehmann*, 273, Anm. 9. Cf. *Grebing*, Arbeiterbewegung, 106—16; *Grebing/ von der Brelie-Lewien*, 'Grundprobleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung', 563—65 sowie *Ullrich*, 'Emanzipation durch Integration?', 119—32.

allgemeineren Problematik dar. Die deutsche Kolonialpolitik wurde von der Partei abgelehnt. Man war sich jedoch nicht völlig im klaren über die Gründe für diese Ablehnung und über die spezifisch sozialistischen Argumente gegen die Kolonialpolitik. Bernsteins Lösung war, von der Partei die Gutheissung der Kolonialpolitik an sich zu fordern, während die Gutheissung der deutschen Kolonialpolitik im speziellen von der Unterstellung der Kolonialpolitik unter die Kontrolle des Reichstags abhängig gemacht werden sollte. Seine Forderung passte nahtlos in die von ihm skizzierte reformistische Strategie, deren Ziel die Demokratisierung des Kaiserreiches war. In der für Bernstein typischen Weise bemerkte er, dass die von ihm vorgeschlagenen Bewertungskriterien der Kolonialpolitik "keine nennenswerten Änderungen" im Abstimmungsverhalten der Partei herbeiführen würden. Seiner Meinung nach ging es jedoch nicht bloss darum, "wie im gegebenen Fall abgestimmt wird, sondern auch, wie diese Abstimmung begründet wird".[33] Bernstein gab also zu verstehen, dass die kolonialpolitische Praxis der Partei reformistisch gewesen sei. Es müsse ihr lediglich eine reformistische Grundlage, ein reformistischer Sinn und eine reformistische Bedeutung gegeben werden.

Die Aussage, wonach Bernstein der herrschenden Praxis eine reformistische Bedeutung zu geben versuchte, führt uns jedoch zu der Feststellung, dass der angebliche Widerspruch zwischen Theorie und Praxis die damalige Realität nicht genügend deutet. Es geht hier um die allgemeine Problematik der Sinngebung: einer 'objektiv ähnlichen' Tätigkeit können unterschiedliche, sogar gegensätzliche, aber dennoch ebenso wirkliche und als wirklich empfundene Sinne und Bedeutungen gegeben werden; in 'objektiv gleicher' Weise vorgehende Menschen können ihre Taten in sehr verschiedener Weise auslegen und darin sehr verschiendene Sinne und Bedeutungen sehen. Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Bernsteinsche *sozialistische Kolonialpolitik* eher als Versuch zur Lenkung und Änderung der herrschenden Praxis und nicht nur als Bestreben, Theorie und Praxis in Übereinstimmung zu bringen, interpretiert werden. Für die weitere Forschung stellt sich denn auch die Frage, wie es in der SPD zu verschiedenen Auslegungen der kolonialpolitischen Praxis kommen konnte. Zu untersuchen wäre die kolonialpolitische Tätigkeit der Partei als Ganzes und nicht bloss die Reden der Reichstagsvertreter und die Leitartikel der Parteipresse.

Die von Bernstein vorgeschlagene Lösung des kolonialpolitischen Problems wurde anfänglich, wie der Revisionismus überhaupt, nicht akzep-

---

[33] *Bernstein*, Voraussetzungen, 150. In der Auflage von 1921 seines Buches betonte Bernstein das Wort "begründet", Voraussetzungen, Bonn-Bad Godesberg 1975, 211.

tiert. Als dann jedoch der Revisionismus in der Partei an Boden gewann, verstärkte sich innerhalb der Partei auch die revolutionäre Kritik des Revisionismus. Zur gleichen Zeit entstanden auch die gegen die *sozialistische Kolonialpolitik* gerichteten theoretischen Analysen der kapitalistischen Expansion.[34] Besonders in den Jahren 1910–14 wurden in der Partei 'linke', 'zentristische' und 'rechte' Probleme gestellt, die demzufolge auch drei verschiedene Antworten erhielten, Dieser Kampf zwischen den verschiedenen theoretischen und programmatischen Alternativen war also ein Kampf um die Linie der Partei, d.h. um die Lenkung der Parteipraxis. Es handelte sich keineswegs in erster Linie um einen Widerspruch zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis. Die deutsche Sozialdemokratie steuerte also nicht unausweichlich auf einen Widerspruch zwischen einer reformistischen Praxis und einer revolutionären Phraseologie zu; die revolutionäre Rhetorik war nicht ausschliesslich eine Reaktion auf die formelle und tatsächliche Repression im Deutschen Kaiserreich, ohne Verbindungen zur Wirklichkeit des deutschen Kapitalismus. Auch im deutschen Kaiserreich eröffneten sich der Arbeiterbewegung Möglichkeiten zu verschieden gearteten Formen des Denkens und der Aktion.

Die charakteristischen Züge der deutschen Gesellschaft sollten dennoch bei der Erklärung des 'Verhaltens' der deutschen Sozialdemokratie nicht vernachlässigt werden. Auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes fühlten sich die Mitglieder und Anhänger der SPD verfolgt und unterdrückt. Die formalen und tatsächlichen Repressionsmechanismen des Deutschen Kaiserreiches stellten eine greifbare Wirklichkeit dar. Ein bezeichnendes Beispiel dafür war der sog. Militärboykott der Gastwirtschaften und dessen amtliche Begründung: "Für Militärpersonen verboten, da dort Dirnen, Zuhälter und Sozialdemokraten verkehren".[35] Die Tätigkeit der SPD wurde durch die Gefahr von mit dem Sozialistengesetz vergleichbaren Repressionsmassnahmen mitbestimmt oder sogar gelähmt, und die kaiserliche Regierung pflegte die Zusammenarbeit mit zahlreichen Organisationen, die die Sozialdemokraten bekämpften.[36] Die formale und tatsächliche Repression schmiedete die Partei zusammen und verhinderte bis zum Ausbruch des Weltkrieges die organisatorische Spaltung der Partei. Die organisatorische Einheit der Partei wurde als wertvolles, Denken und Aktion

---

[34] Cf. darüber beispielsweise *Fetscher*, Marxistische Portraits, Bd. II, 96–102; *Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, 216–23, 289–302 und 350–54; *Ratz*, 'Karl Kautsky und die Abrüstungskontroverse in der deutschen Sozialdemokratie 1911–12' und *Walther*, 271–97.

[35] Zit. nach *Groh*, Negative Integration, 38.

[36] Ib., 45–55; *Hall*, Scandal, Sensation and Social Democracy, 41–88; *Ritter*, 27–31, 29 und 43 sowie *Saul*, 13–50 und 283–306.

steuerndes Prinzip empfunden. Dies kann als deutsches Charakteristikum, bzw. deutscher 'Sonderweg' angesehen werden, der von Bernstein wie folgt formuliert wurde:

> "Wenn die besonderen Verhältnisse der politischen Entwicklung Englands es lange Zeit möglich gemacht haben, dass *Grubenbesitzer* und *Grubenarbeiter* im Parlament ein und derselben *liberalen* Partei angehörten, so ist die grosse einheitliche sozialdemokratische Partei Deutschlands das *natürliche* — und wir dürfen auch sagen, *notwendige* Produkt der eigenartigen politischen Entwicklung Deutschlands. Hätten wir in Deutschland ein anderes Verfassungsleben, andere bürgerliche Parteien, so wäre es immerhin nicht ganz undenkbar, dass sich die Meinungsverschiedenheiten über Theorie und Taktik innerhalb der Sozialdemokratie bis zu einer Spaltung in geteilte Lager verschärften. Aber so lange die heutigen Verhältnisse fortbestehen, wäre selbst die stärkste und populärste Persönlichkeit nicht in der Lage, eine Spaltung in der Partei herbeizuführen. Es würde immer nur eine *Absplitterung* werden, die nach kurzer Zeit jede Bedeutung verlieren würde".[37]

Von der Jahrhundertwende an waren sowohl die Revisionisten wie auch die Linke der Meinung, dass die Praxis der Partei nicht konsequent revolutionär sei. Die Parteileitung wurde von beiden Seiten beschuldigt, der Entwicklung tatenlos zuzusehen.[38] Beide Seiten erfuhren auch die Hindernisse, die ihnen durch die Wirklichkeit des Deutschen Kaiserreichs in den Weg gelegt wurden. Sowohl der Erfolg der revolutionären Praxis und Theorie wie auch des Revisionismus wurden, wenn auch in unterschiedlicher Weise, durch die empirisch überzengenden Repressionsmechanismen des Kaiserreiches behindert. Die Entwicklung der revolutionären Politik wurde durch die Überzeugung vom notwendigen Zusammenbruch des Repressionssystems 'verzögert'. Diese Überzeugung genügte als Grundlage

---

[37] *Bernstein*, Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis, 57. Hervorh. d. Bernstein. S. auch *Bernstein*, Aus den Jahren meines Exils, 297–300. Bernstein sah wegen der 'Sonderzüge' der politischen Entwicklung Deutschlands die den Revisionismus verurteilende Resolution des Dresdener Parteitages von 1903 nicht als besonders tragisch an. Sie war seiner Meinung nach unter den deutschen Verhältnissen verständlich, gerade deshalb sei jedoch ihre 'Internationalisierung' am Amsterdamer Kongress der Zweiten Internationale 1904 ein Fehler gewesen; diese Resolution eigne sich nicht für demokratisch regierte Länder. *Bernstein*, 'Die Bilanz des Kongresses', NMbl Nr. 17, 22.8.1904 und 'Ein offenes Wort zum Amsterdamer Kongress', NMbl Nr. 18, 29.8.1904.

[38] Cf. *Fülberth*, 'Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, 16–19 und *Nettl*, 'The German Social Democratic Party 1890–1914 as a Political Model', 91.

für das Bestehen der Partei. Der Staat erwies sich in eindeutiger Weise, auch ohne die Hilfe einer 'abstrakten', begrifflichen Analyse, als Repressionswerkzeug der herrschenden Klasse.

Der Revisionismus wiederum stagnierte, da der deutsche Staat nicht die ihm in den Voraussagen Bernsteins zugedachte Funktion eines Begrenzers der 'ausbeuterischen Funktion des Capitalismus' übernehmen wollte. Bernstein war sich dieses Problems auch selbst bewusst; die "offizielle Phraseologie" überlasse die Lenkung der Partei den Ereignissen, anstatt selbst die Zügel in die Hand zu nehmen, "weil unsere Gegner es mit merkwürdigem Geschick verstanden haben, immer wieder neues Wasser auf unsere Mühlen zu lenken".[39] Ein Produkt spezifisch deutscher Verhältnisse sei auch der "Dualismus im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Staat": "ihrem sozialpolitischen Wirken nach" sei die Partei "staatsfreundlich", als politische Partei sei sie jedoch gezwungen, sich "regierungsfeindlich" zu geben.[40] Der grösste Gegner des Bernsteinschen Revisionismus war also nicht etwa Kautsky, sondern das antidemokratische deutsche Kaiserreich.[41] Vor allem wegen dieser antidemokratischen Natur der deutschen Gesellschaft traten im Revisionismus Bernsteins die bürgerlich-demokratischen Forderungen stark hervor. Von grösster Aktualität war dabei die Problematik der Ausdehnung der Demokratie, weshalb Bernstein mehr über Demokratie als über Sozialismus sprechen und schreiben musste.

Die Partei entwickelte sich dennoch – sowohl theoretisch wie praktisch, strategisch wie taktisch – in die von den Revisionisten gewünschte Richtung, wenn auch langsamer als erwartet und erhofft. Dieser Erfolg der Revisionisten wurde dadurch ermöglicht, dass sich die Tätigkeit der Partei immer stärker auf eine Erhöhung der Anzahl Wählerstimmen und Reichstagsvertreter konzentrierte. Die Erweiterung und Bürokratisierung der Parteiorganisation war also nicht 'Selbstzweck". Das Vorgehen der Partei wurde weniger durch das Bestreben nach Bewahrung der Organisation an

---

[39] Bernstein, 'Das vergrabene Pfund und die Taktik der Sozialdemokratie', 294.
[40] *Bernstein*, 'Vorwort', J. Ramsay *MacDonald*, Sozialismus und Regierung, Jena 1912, III–IV.
[41] Cf. *Breitman*, 'Negative Integration and Parliamentary Politics', 177–90; *Geary*, European Labour Protest, 62–63 und 111–26; *Grebing*, Arbeiterbewegung, 126–30; *Grebing/Kramme*, 'Die Herausbildung des Revisionismus vor dem Hintergrund der Situation der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich'; *Groh*, Negative Integration, 57–63; *Lichtheim*, Marxism, 286–89; *Miller*, 'August Bebel und die Massen', 61; *Ritter*, Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, 69–80; *Roth*, Social Democrats in Imperial Germany, 127–35 und 311–22 sowie *Schönhoven*, 'Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Gesellschaft des Kaiserreiches', 154–58.

sich,[42] sondern vielmehr durch die Befürchtung bestimmt, dass der Druck auf die Organisation die als wichtig empfundene Erhöhung der Stimmenzahl und der Reichstagsmandate gefährden könnte.[43] Die Tätigkeit der Partei 'parlamentarisierte' sich immer mehr.

Diese Konstatierung der allmählichen Angleichung der Forderungen und Zielsetzungen der Parteiorganisation oder -leitung und der Revisionisten stellt natürlich keine Erklärung des Revisionismus, sondern nur eine Schilderung seines Fortschreitens dar. Voraussetzung für den Erfolg des Revisionismus war die Bewahrung und Verstärkung des Refomismus, was wiederum durch die Möglichkeit von Reformen bedingt war. Die wirtschaftliche Situation der Arbeiter hatte sich verbessert und einem Teil von ihnen sogar ermöglicht, zu relativem Wohlstand zu gelangen. Diese 'Arbeiteraristokratie' stellte eine Tatsache dar[44] und legte Zeugnis ab von der Möglichkeit, den materiellen Lebensstandard und damit auch die Lebensqualität zu heben. Den Arbeitern gelang es, mit Hilfe ihrer Gewerkschaften fühlbare Lohnerhöhungen zu erreichen. Die Reallöhne stiegen von 1870 bis 1900 und blieben dann bis 1914 auf dem gleichen Niveau, die Arbeitszeit wurde verkürzt und das Sozialversicherungssystem verbessert.[45] Dies wa-

---

[42] Bei der Lektüre zeitgenössischer Texte kann dieser Eindruck jedoch leicht entstehen. So bat z.B. die vorsichtige Parteileitung in ihrer Bedrängnis 1895 Engels, sein Vorwort zu Marx' *Klassenkämpfe in Frankreich 1848–50* abzuschwächen, wozu sich Engels dann einverstanden erklärte. Darüber näher bei *Steinberg*, 'Revolution und Legalität'.

[43] Cf. *Abendroth*, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 39–41 und 43; id., Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 71–72; *Fricke*, 'Die Organisationsfragen in der internationalen Arbeiterbewegung am Ausgang des 19. Jahrhunderts', 1070–72 und *Fülberth*, 'Zur Genese des Revisionismus', 10–14 und 19–21.

[44] S. z.B. *Handke*, 'Einige Probleme der Sozialstruktur im imperialistischen Deutschland vor 1914', 262–74. Es ist auch eine Tatsache, dass die Zugehörigkeit zur 'Arbeiteraristokratie' nicht notwendig zur 'Verbürgerlichung' oder 'Deradikalisierung' führte. So konnte Bernstein beispielsweise feststellen, "dass es *nicht die tieferstehenden*, zurückgebliebenen, zusammenhangslosen Elemente einer Klasse sind, die ihr den revolutionären Charakter verleihen, sondern ihre Oberschichten, ihre relativ günstigst gestellten, geistig höchststehenden, bestorganisierten Elemente, mit anderen Worten, ihre *Aristokratie*". *Bernstein*, Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis, 56, Hervorh. d. Bernstein; desgleichen *Bernstein*, 'Nachwort', S. und B. *Webb*, Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus, Stuttgart 1895, 449. Über die 'Arbeiteraristokratie' s. z.B. *Beier*, 'Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert'; *Breuilly*, 'Arbeiteraristokratie in Grossbritannien und Deutschland'; *Hobsbawm*, 'The Aristocracy of Labour Reconsidered' und *Moorhouse*, 'The Marxist theory of the labour aristocracy'.

[45] Über den Anstieg der Reallöhne und über deren Beziehung zum Anstieg der Arbeitsproduktivität und zur Entwicklung der Arbeitsverhältnisse s. z.B. *Borchardt*, 'The Industrial Revolution in Germany', 111–19; *Desai*, Real Wages in Germany 1871–1913, 36; *Fülberth*, 'Zur Genese des Revisionismus', 3–4; *Fülberth/Harrer*, Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, 40–47 und 77–79; *Groh*, 'Intensification of Work and Industrial Conflict in Germany 1896–1914'; *Hohorst/Kocka/Ritter*, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, II, 107–08; *Kellenbenz*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, II, 307–11 und *Wehler*, Das deutsche Kaiserreich, 146–49.

ren alles greifbare 'Tatsachen', Resultate der 'reformistischen' Tätigkeit. Ausserdem bildeten die herrschenden Klassen, oder wie sie in der sozialdemokratischen Literatur bezeichnet wurden, die 'Gegner', keine homogene 'reaktionäre' Masse. Das sog. aufgeklärte Bürgertum verlangte die Aufgabe der aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammenden Strategie, da sie sich als erfolglos erwiesen habe: die Sozialdemokratie gewann ja ständig neue Anhänger. Die Integrierung der Arbeiter in die Gesellschaft und die Unschädlichmachung des Sozialismus werde nicht gelingen, falls man gleichzeitig versuche, die Partei der Arbeiter zu zerschlagen.[46] Diese Bereitschaft zu Zugeständnissen und der aufgrund der Zersplitterung der Gegner vergrösserte Aktionsradius wurde auch von der Arbeterbewegung bemerkt.[47] Reformen schienen möglich zu sein; der Reformismus schien nicht unmöglich.

Im Hinblick auf die Möglichkeit von Reformen erschien die revolutionäre Tätigkeit in einem gefährlichen Lichte; sie barg in sich das Risiko, die erreichten Reformen wieder zu verlieren.[48] Je überzeugter man von den Risiken der revolutionären Tätigkeit war, desto überzeugter war man auch davon, dass weitere Reformen nur stufenweise zu erreichen seien, durch eine noch stärkere Konzentration auf die reformerische Tätigkeit. Davon war es dann nur noch ein kurzer Schritt zum Reformismus, zur Beschränkung auf die reformerische Tätigkeit. Und je mehr Reformen erreicht oder als erreicht angesehen wurden, desto mehr Schritte wurden genommen, bis man schliesslich von einem Vormarsch des Reformismus sprechen konnte.[49]

---

[46] S. die in Kap. II/2.2., Anm. 40 erwähnte Literatur.

[47] Beispielsweise: "Wir müssen uns klar werden, dass die herrschenden Schichten verschiedene Interessen haben und dass wir jene Verschiedenheit der Interessen unter Umständen uns dienstbar machen können", Bernstein am Dresdener Parteitag, Prot. Dresden 1903, 396.

[48] Cf. *Gustafsson*, 'A New Look at Bernstein: Some Reflections on Reform and History', 290–92.

[49] Dies soll natürlich keine allgemeingültige Erklärung des Reformismus sein, sondern nur ein Versuch, ihn 'verständlich' zu machen. Die Möglichkeit von Reformen kann als 'notwendige Vorbedingung' des reformistischen Aktivismus angesehen werden, der revolutionäre Aktivismus wurde jedoch bekanntlich durch die Möglichkeit von Reformen nicht verunmöglicht. Es ist auch daran zu erinnern, dass nach der Entstehung des Marxismus sowohl die marxistische wie auch das reformistische Bewusstsein oder die 'Mentalitätsform' mit ihren zahlreichen Variationen in der Arbeiterklasse und -bewegung weiterbestanden. Nicht vergessen werden sollte auch, dass lediglich ein Teil der Arbeiter den Sozialismus unterstützte und ein noch kleinerer Teil in der sozialistischen Bewegung aktiv war. Somit dürfen weder die reformistische noch die marxistische Art der Wirklichkeitsauffassung und das daraus abgeleitete unterschiedliche Verhalten in der Praxis als selbstverständliche und 'normale' Erscheinungen angesehen werden, die keiner weiteren Erklärung oder Erläuterung bedürfen. Cf. darüber *Kirk*, The Growth of Working Class Reformism in Mid-Victorian England, 1–31; *Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung, 165–98; id., 'Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich'; *Pachter*, 'The Ambiguous Legacy of Eduard Bernstein', 213–14 und *von Saldern*, 'Arbeiterradikalismus – Arbeiterreformismus'.

Bernstein konnte sich auf die Errungenschaften der reformischen Tätigkeit stützen und versuchte zu belegen, dass sie durch eine stufenweise, 'organische' Entwicklung noch ausgedehnt werden konnten. Gleichzeitig versuchte er, den Nutzen der Möglichkeit von Reformen und die Schädlichkeit der 'öffentlichen Phraseologie' aufzuzeigen. Er kritisierte die unklaren Auffassungen der Revolution in der 'offiziellen' Parteitheorie und bezeichnete sie als Warten auf die wirtschaftliche Katastrophe, auf die Entlarvung der endgültigen Unfähigkeit des Kapitalismus. Der Zusammenbruch der Wirtschaft hätte natürlich die mühsam erreichten Verbesserungen der Stellung der Arbeiterklasse zunichte gemacht. Es schien so gefährlich und sogar unmoralisch, den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems auch nur zu wünschen. Bernstein konnte eine solche 'Zusammenbruchstheorie' verhältnismässig einfach widerlegen. Es war eine Karikatur der 'offiziellen' Theorie, bekanntlich ähneln jedoch Karikaturen oft mehr oder weniger ihrem Objekt und bleiben im Gedächtnis haften.

Kern des Bernsteinschen Revisionismus war die Auffassung von der Gesellschaft "als einem sich entwickelnden Organismus".[50] Die ökonomische und gesellschaftliche Situation der Arbeiterklasse hatte sich verbessert und war sicherer geworden. Der Arbeiterklasse war es gelungen, sich zu einer Partei und zu Gewerkschaften zu organisieren, die imstande waren, die Interessen der Arbeterschaft auch ohne Revolution zu vertreten. Die Erfolge der Partei hatten jedoch mit dem Anwachsen der parlamentarischen Stärke nicht Schritt gehalten, was nach Bernstein auf die revolutionäre Phraseologie zurückzuführen war. Er stützte sich auf die Arbeiter, indem er ihnen versicherte, dass er sie nicht wegen des Ungleichgewichtes zwischen der Stärke der Partei und deren Errungenschaften kritisieren wolle. Die Schuld liege vielmehr bei den revolutionären Theoretikern der Partei, die mit ihrer revolutionären Phraseologie potentielle Wähler der Partei abspenstig gemacht hätten. Die Wirklichkeit wandle sich jedoch unabhängig von der 'offiziellen' Theorie:

> "Die Partei wird in ihrer Praxis nicht lediglich durch theoretische Erwägungen geleitet. Hier spricht vielmehr das reale Bedürfniss der Massen ein grosses Wort mit, und dies wiederum folgt der Sprache der Tatsachen, die nicht stillstehen, sondern in beständigem Fluss begriffen sind. So wird es unvermeidlich, die Theorie entsprechend diesen Veränderungen zu corrigieren, Auffassungen, die einmal be-

---

[50] *Bernstein,* Parlamentarismus und Sozialdemokratie, 53. S. auch *Bernstein,* 'Der Revisionismus in der Sozialdemokratie' (1909), *Bernstein,* Ein revisionistisches Sozialismusbild, 107–8.

rechtigt waren, aber von der Wirklichkeit überholt sind, richtig zu stellen".[51]

Anstelle der sowohl 'offiziellen' wie auch 'nicht-offiziellen' revolutionären Strategie formulierte Bernstein eine eindeutig reformistische Strategie. Deren Durchbruch wurde z.T. durch die 'Bekehrung' Bernsteins[52] und teilweise dadurch erleichtert, dass auch die demokratischen Forderungen im antidemokratischen Klima des Kaiserreiches sehr radikal und in ihrer Radikalität anziehend ausfielen (andererseits bildete, wie wir bereits festgestellt haben, die antidemokratische Natur des Kaiserreiches zugleich ein Hindernis für die Ausbreitung des Revisionismus, da sie die Verwirklichung dieser Forderungen fast unmöglich machte). Beherrschendes Prinzip der Bernsteinschen Reformstrategie war die Forderung nach Ausdehnung der Demokratie, wofür die von ihm angeführten Grundlagen der Kolonialkritik ein gutes Beispiel sind: Bedingung für die Unterstützung der Kolonialpolitik war die 'Parlamentarisierung' der Kolonialpolitik. Die Ausdehnung der Demokratie bedeutete also für ihn die Beschränkung oder Konzentration auf die Ausdehnung der Macht des Parlamentes.

Dieses klar umgrenzte Ziel sollte jedoch auf breiter Front angegangen werden. Im Reichstag selbst hatte man sich den herrschenden Spielregeln zu unterwerfen, was u.a. zu der Aufforderung führte, dass die SPD den Posten eines Vizepräsidenten des Reichstages für sich zu beanspruchen habe – obschon zu den Verpflichtungen dieses Amtes eine höfliche Verbeugung vor dem Kaiser gehörte.[53] Innerhalb und ausserhalb des Reichstages sollte die Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum verstärkt werden. Ziel dieser Zusammenarbeit müsse die Verstärkung der "liberalen Einrichtungen" in der Gesellschaft sein, und eine Voraussetzung für das Gelingen und den Erfolg dieser Zusammenarbeit sei die Aufgabe der revolutionären Phraseologie.[54]

---

[51] *Bernstein*, 'Unsere theoretischen Debatten und der Wahlkampf', SM 7, I, 1903, 333–34. S. auch *Bernstein*, 'Bildung, Wissenschaft und die Partei', SM 11, II, 1907, 712; 'Erklärung', Vorwärts Nr. 247, 21.10.1898; 'Der Marx-Cultus und das Recht der Revision', SM 7, I, 1903, 263–64; 'Die Programmrevision und der Bremer Parteitag', 703 sowie 'Von einem Totgesagten', SM 9, I, 1905, 501.

[52] Darauf wies auch Kautsky im Jahre 1913 hin, indem er seinen Disput mit Mehring auf die gleiche Stufe stellte mit dem Revisionismusstreit: "Wir haben mit Mehring als dem neuesten Marxvernichter zu rechnen. Er ist umso gefährlicher, weil er als Marxist gilt, also ebenso durch seine marxistische Autorität bei uns wirkt wie ehedem Bernstein", Kautsky an Bebel, 16.3.1913, Brw. Bebel–Kautsky, 332.

[53] *Bernstein*, 'Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?', SM 7, II, 1903, 479 sowie Rede Bernsteins am Dresdener Parteitag, Prot. Dresden, 1903, 392–94.

[54] *Bernstein*, Voraussetzungen, 127–29, 132 und 139 sowie 'Wird die Sozialdemokratie Volkspartei?', SM 9, II, 663–71.

Zur Durchsetzung dieser an sich moderaten Forderungen konnten jedoch auch radikale Mittel angewandt werden. Bernstein erschütterte das Bild, das sich über ihn gebildet hatte bzw. wurde, indem er die Verwendung von politischen Streiks als Mittel im politischen Kampf vorschlug. Diese sollten jedoch ausschliesslich auf die Verteidigung des allgemeinen Stimmrechtes oder – wie beispielsweise und besonders in Preussen – auf dessen Durchsetzung beschränkt werden. Die Verwendung der politischen Streiks dürfe nicht zur Geringschätzung der parlamentarischen Tätigkeit führen. An und für sich handelte es sich dabei um ein antirevolutionäres Mittel, was bereits aus der begrenzten Zielsetzung der politischen Streiks folgte. Eine weitere Folgerung dieser Auffassung war, dass Bernstein den politischen Streiks nur in Zusammenarbeit mit den Liberalen oder dem fortschrittlichen Bürgertum Chancen zubilligte. Das Ziel dieser Zusammenarbeit sei ja die Ausdehnung des Stimmrechts.[55] Beim politischen Streik gehe es nicht um "Revolutionsspielerei und -Romantik", sondern um die "Aufrüttelung der schlafenden Rechtsempfindungen". Das eindeutige und unabänderliche Ziel der Sozialdemokratie müsse ein sich auf das allgemeine Stimmrecht abstützender Parlamentarismus sein, "das wirksamste Mittel, umwälzende Reformen in stetiger, organischer Entwicklung von Etappe zu Etappe ohne Blutvergiessen und mit Schonung der Existenzen durchzusetzen", d.h. "die in gesetzliche Form gebrachte, unseren Kulturauffassungen entsprechende, ununterbrochen wirkende organische Revolution".[56]

Bei dieser Bezugnahme auf eindeutig feststellbare 'Tatsachen' verwendete Bernstein eine klare und allen verständliche 'Tatsachensprache', was charakteristisch für ihn war; er sprach dabei von sich selbst. Ende 1898 kritisierte er die Marxisten und sein früheres marxistisches Ich, "dass wir die neuere oder neueste Geschichte schon *von vornherein* im Lichte der

---

[55] *Bernstein*, 'Zur Frage der preussischen Landtagswahlen', Vorwärts Nr. 210, 9.9.1902; 'Ist der politische Streik in Deutschland möglich?', SM 9, I, 1905, 32–37; 'Politischer Massenstreik und Revolutionsromantik', SM 10, I, 1906, 12–20; 'Einige Randbemerkungen', ib., 128–36; Der politische Massenstreik und die politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland, Breslau 1905, bes. 29–32 und 39–40; Der Streik, Frankfurt am Main 1906, 109–17; Rezension zu Henriette *Roland-Holst*, Generalstreik und Sozialdemokratie, Dresden 1905, DdS V (1905), 393–95 sowie die Reden Bernsteins an den Parteitagen von Dresden (Prot. Dresden 1903, 394–95), Bremen (Prot. Bremen 1904, 193–94) und Jena, (Prot. Jena 1905, 314–15). – Hier muss bemerkt werden, dass das allgemeine Stimmrecht nach dem Wahlsieg der SPD im Jahre 1903 immer stärker in Gefahr war, s. z.B. *Saul*, 13–17. Bernstein war darüber begreiflicherweise sehr besorgt, z.B. *Bernstein*, 'Wo stehen wir?'; 'Verjunkertes Bürgertum' und 'Preussen voran!', NMbl Nr. 3, 28 und 30, 16.5., 7.11. und 21.11.1904.

[56] *Bernstein*, 'Politischer Massenstreik und Revolutionsromantik', 20. Desgleichen *Bernstein*, 'Zur Bilanz des Kampfes gegen den neuen Zolltarif', SM 7, I, 1903, 41 und 'Vom Wert des Parlamentarismus', SM 8, I, 1904, 425–27.

Marx'schen Auffassung präsentiert bekommen haben. Was uns als volle Bestätigung der Theorie erscheint oder (mir) erschien, ist tatsächlich nicht die Wirklichkeit, sondern die im Lichte der Theorie *gefärbte* Darstellung der Wirklichkeit".[57] Bernstein nahm in naiver und irrtümlicher Weise an, dass es sich beim Prozess seiner Wandlung zum Revisionisten um eine Emanzipation von der 'Verfärbung' der Tatsachen gehandelt habe, um eine Bewegung hin zur 'reinen' Erfassung von Tatsachen.

Bernstein charakterisierte seine Denkweise richtig und treffend "für die Schule der positivistische Philosophie und Soziologie".[58] Seiner Meinung nach war die "positivistische Wissenschaft" frei "von jeder wesentlich spekulativen Beimischung" und aufgebaut "auf folgerichtige Durcharbeitung von erfahrungsgemäss Festgestelltem".[59] Er hatte sich auch die "positivistische Verkündung des Sozialismus" zur Aufgabe gestellt, dessen Grundlage die Emanzipation "von aller metaphysischen Konstruktion" sein müsse.[60] In der damals modischen neukantianischen Weise bemerkte er, dass die Wirklichkeit 'an sich' grundsätzlich ausserhalb der Erkenntnismöglichkeiten liege.[61] Der Mode folgend war auch seine Erprobung der Voraussetzungen des 'wissenschaftlichen Sozialismus' "im Sinne von Kants wissenschaftlichem Kritizismus". Bernstein gelangte zu der Auffassung, dass "theoretische Unbefangenheit ... die Vorbedingung echter Wissenschaftlichkeit" sei. Der Sozialismus als politische Lehre könne diese Vorbedingung jedoch nicht erfüllen, er verwende lediglich die Ergebnisse

---

57 Bernstein an Kautsky, 9.11.1898, IISG, KN DV 465. Hervorh. d. den Verf. Dasselbe, jedoch in neutraleren Tönen, betonte Bernstein, als er im Jahre 1895 das Werk *The History of Trade Unionism* der Webbs als beeindruckende "object lesson für die materialistische Geschichtswissenschaft" bezeichnete: "was wir – d.h. ich und andre – uns deduktiv, aus der Theorie heraus, gesagt haben, das ist dort rein empirisch, ohne Bezugnahme auf und sicher ohne Vorliebe für die Theorie, dargelegt, die Abhängigkeit der Organisationsformen, der Agitations- und ganzen politischen Denkweise der Gewerkschaften von den ökonomischen Formen, unter denen die Leute leben", Bernstein an Engels, 30.6.1895, Brw. Bernstein–Engels, 418.

58 *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 40.

59 *Bernstein*, 'Einleitung', *Lassalle*, Über Verfassungsleben, Berlin 1907, 7. In dieser Weise wollte Bernstein auch den marxistischen Materialismus verstanden wissen: der marxistische Materialismus "ist durchaus *positivistisch*. Er erkennt hinsichtlich der Eigenschaften der Welt der Stoffe *nur wissenschaftlich festgestellte Tatsachen an* (...) Materiell ist für Marx die *sichtbare*, unserer *Wahrnehmung* zugängige Welt und was in ihr vorgeht. Er braucht das Wort stets in seinem *konkreten* Sinne, wie alle Welt es braucht, aber niemals in einer spekulativ-abstrakten Deutung", Bernsteins Rezension zu Paul *Weisengrün*, Der Marxismus und das Wesen des sozialen Frage, Leipzig, o.J., Vorwärts Nr. 47, 24.2.1901. Hervorh. d. Bernstein.

60 Bernstein an Edmund Fischer, 23.8.1918, ZStA, Nachlass E. Fischer, Nr. 1. Zum Wissenschaftsbegriff Bernsteins näher *Jäger*, Eduard Bernsteins Panorama, 103–45 und *Meyer*, Bernsteins konstruktiver Sozialismus, 241–77.

61 Z.B. *Bernstein*, 'Die Notwendigkeit in Natur und Geschichte' und 'Dialektik und Entwicklung', NZ 17, II, 1898–99, 261 und 331.

der wissenschaftlichen Forschung für gewisse Zwecke. Das Ziel sei dabei nicht die Verwirklichung der wissenschaftlichen Postulate, sondern in erster Linie die Auffindung verwendbarer Mittel und Wege zur Verwirklichung des Sozialismus. Bernstein schlug deshalb die Ersetzung des Begriffes 'wissenschaftlicher Sozialismus' durch den nach ihm treffenderen und sachlicheren Ausdruck "kritischer Sozialismus" vor. Kritisch solle der Sozialismus vor allem gegenüber sich selbst sein, d.h. er solle ständig seine eigenen Voraussetzungen und Realisierungschancen überprüfen.[62]

Trotz seiner neukantianischen Argumentationsweise war Bernstein kein neukantianischer Philosoph oder gar neukantianischer Sozialist und versuchte dies auch nicht vorzuspiegeln.[63] Seine Probleme waren nicht spezifisch philosophischer, sondern politischer Natur; seine 'philosophische' Argumentation war im Grunde politische Argumentation.[64] Er sah in der

---

[62] *Bernstein,* 'Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?' (1901), *Bernstein.* Ein revisionistisches Sozialismusbild, 73–74, 78–79 und 86–90. S. auch die durch diesen Vortrag notwendig gewordenen Erläuterungsartikel 'Idealismus, Kampftheorie und Wissenschaft' sowie 'Der Kernpunkt des Streites', SM 5, II, 1901, 597–608 und 777–85. In bezug auf die Geschichtswissenschaft bedeutete die "theoretische Unbefangenheit" die strikte Trennung von Tatsachen und Tatsachenbeurteilungen sowie natürlich den Glauben daran, dass dies möglich sei: "Die Unparteilichkeit, die man vom Historiker unbedingt zu fordern hat, hat nichts mit der Farblosigkeit des blossen Chronisten gemein. Der Historiker soll das Tatsächliche als solches zu seinem Recht kommen lassen, in der Beleuchtung aber, in der Kritik darf er eine bestimmte Parteiauffassung zum Ausdruck bringen", Bernsteins Rezension zu Franz *Mehring,* Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, I–III, Stuttgart 1903, DdS IV, 1904, 8.

[63] Cf. *Bernstein,* 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 40. Bernstein hielt dennoch den Neukantianismus für eine willkommene Erscheinung, was aus seiner für seine englische Leserschaft verfassten kurzen Einführung in die Geschichte der deutschen Philosophie ersichtlich wird: ". . . we had in Germany in philosophy the period of the idealistic delirium, carried to its extrems by the orthodox schools of Fichte, Hegel and Schelling, and followed by a period of colorless eclecticism and shallow materialism until the cry 'Back to Kant!' inaugurated a new area of creative philosophy", *Bernstein,* 'The revival of will in German literature', The Nation IV, 9.1.1909, 576. — Der Revisionismus und der antimaterialistische Neokantianismus gewannen innerhalb der SPD ungefähr zur gleichen Zeit, gegen Ende der 90er Jahre, Anhänger. Gemäss den neukantianischen Sozialisten konnte der Kampf für den Sozialismus nicht mit der 'Naturnotwendigkeit' des Sozialismus begründet oder erklärt werden. Über die Beziehung zwischen Revisionismus und Neukantianismus s. z.B. *Irrlitz,* 'Geschichte der marxistischen Philosophie und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung'; *Kolakowski,* 279–90; *Lübbe,* Politische Philosophie in Deutschland, 120–21; *Richter/Wrona,* 'Neukantianismus und Sozialreformismus'; *Sandkühler,* 'Kant, neukantianer Sozialismus, Revisionismus'; *Steigerwald,* Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland 11–55 und *Steinberg,* Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, 98–106.

[64] Gemessen an philosophischen Standards war Bernsteins philosophische Argumentation sicherlich "unerhört pauschal und vereinfachend" oder "nichtssagend und stümperhaft", *Kolakowski,* 124 und 130; in ähnlicher Weise *Vranicki,* 290. Ein solcher Vergleich ist jedoch — buchstäblich — unsachgemäss, da er für das Verständnis des Bernsteinschen Revisionismus 'nichtssagend' ist. Dasselbe muss andererseits auch vom Versuch Meyers gesagt werden, Bernstein zum Vorgänger des 'kritischen Rationalismus' zu machen, Meyer, 241–77. Bernstein verwendete in seiner revisionistischen Argumentation auch naturwissenschaftliche Argu-

neukantianischen Argumentation lediglich eine Art der Problematisierung und Kritisierung des 'wissenschaftlichen Sozialismus', d.h. der gefährlichen und zu Fehlschlägen führenden Auffassung vom unausweichlich bevorstehenden Sozialismus. Seiner Meinung nach war es "unmöglich und unnötig, den Sozialismus *ausschliesslich* aus der Ökonomie abzuleiten". Selbst wenn es gelänge aufzuzeigen, dass der Sozialismus mit 'Naturnotwendigkeit' eintreten werde, führe dies nicht unbedingt zum Willen zur Verwirklichung des Sozialismus. "Das bewusste Streben" nach Verwirklichung des Sozialismus müsse als 'ethische' Zusatzbegründung auch die Auffassung von der Rechtmässigkeit der sozialistischen Forderungen umfassen.[65] Als politische Lehre sei der Sozialismus von Natur aus nicht wissenschaftlich: "Specifisch socialistisch ist in der socialistischen Lehre nur eines: die *ethische* oder *Rechtsanschauung*, die ihre Urteile durchdringt. Aber ... Rechtsanschauung ist keine Wissenschaft".[66] Somit sei der Sozialismus vor allem, jedoch nicht ausschliesslich, "eine Sache des freien Wollens".[67] Daraus folgte wiederum, dass die Sozialisten die Verantwortung für ihre Tätigkeit (oder Untätigkeit) keiner 'Naturnotwendigkeit' zuschieben durften, sie musste von ihnen selbst getragen werden. Dies lässt die von Bernstein wiederholt betonte moralische Gleichung vom proportionalen Zuwachs an Macht und Verantwortung verständlich und sinnvoll erscheinen.[68] Die Menschen konnten nicht mit einem Schritt vom 'Reich der Notwendigkeit' in das 'Reich der Freiheit' gelangen. Dieser Übergang konnte laut Bernstein nur 'organisch', Schritt für Schritt geschehen, wobei die Beteiligten selbst die Verantwortung für ihre Schritte zu übernehmen hatten.

Die Untersuchung des Revisionismus Bernsteins und seine Erklärung aus der Perspektive des Widerspruches zwischen Theorie und Praxis gibt

---

mente, die vom Standpunkt dieser Wissenschaften aus sicherlich ebenso 'vereinfachend' waren wie seine philosophischen Argumente. Sein Revisionismus sollte jedoch ebensowenig vom naturwissenschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden.

65 *Bernstein*, 'Meine Häutung und Kautskys Deutung' und 'Begrenzung oder Überbrückung der Gegensätze?', Vorwärts Nr. 90 und 105, 18.4. und 6.5.1899, Hervorh. d. Bernstein. S. auch *Bernstein*, Die Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1910, 193; 'Vorwort', *Koigen*, Kulturanschauung des Sozialismus, VI–XIII und Voraussetzungen, 187–88. Cf. *Gustafsson*, Marxismus und Revisionismus, 109–15; *Jäger*, 116–22; *Meyer*, 269–74 und *Pachter*, 214–15.

66 *Bernstein*, 'Der Kernpunkt des Streites', 782. Hervorh. d. Bernstein.

67 *Bernstein*, 'Vorwort', Eugenio *Rignano*, Generationenfolge und Progression in der Erbschaftssteuer, Berlin–Leipzig 1909, X. S. auch *Bernstein*, 'An meine socialistischen Kritiker', 7–8 und 'Die Notwendigkeit in Natur und Geschichte', 262–67.

68 Z.B. *Bernstein*, 'Paris und Mainz', 715–17; 'Der internationale Congress in Amsterdam und die socialistische Taktik', SM 8, II, 1904, 592–93; Parlamentarismus und Sozialdemokratie, 48–52; Die Arbeiterbewegung, 164–81 sowie 'Vorwort', *MacDonald*, Sozialismus und Regierung, IV. Eigentlich können alle politischen Texte Bernsteins (und alle seine Texte waren politisch) als Reflektionen der Problematik von Macht und Verantwortung angesehen werden.

ein lückenhaftes und sogar irreführendes Bild seines Denkens und seiner Tätigkeit. Seine Art, in der 'Sprache der Tatsachen' vom Widerspruch zwischen Theorie und Praxis zu sprechen, war in erster Linie Justifikation seiner revisionistischen Kritik und es ist keineswegs selbstverständlich, dass dies 'berechtigt' gewesen wäre. Bernstein beabsichtigte, eine klare reformistische Strategie zu schaffen, die eine Herausforderung und Alternative *sowohl* für die herrschende Theorie *wie auch* für die herrschende Praxis sein sollte. Er wollte eine reformistische *Politik* entwickeln. Zwar 'passte' sein Programm nicht in die Verhältnisse des Deutschen Kaiserreiches, wenn es jedoch 'gepasst' hätte, wäre es nicht reformistisch gewesen. Er versuchte auch gar nicht, sein politisches Programm der Wirklichkeit des Kaiserreiches 'anzupassen', sondern vielmehr diese, wie die Politik seiner Partei, zu ändern. Dies war sein Ziel, eine andere Frage ist hingegen, wie ihm dessen Verwirklichung gelang.

V SPD und Kolonialismus 1900–1914: von der 'negativen' Kritik zur *sozialistischen Kolonial- und Weltpolitik*

Die 'offizielle' Kolonialkritik der SPD folgte nach der Jahrhundertwende den in den 90er Jahren vorgezeichneten Bahnen. Kritisiert wurde weniger die Kolonialpolitik an sich, als vielmehr ihre deutsche, 'feudale' Ausformung. Die SPD betonte, dass die deutsche Regierung durch die Ausdehnung ihrer Kolonialherrschaft versuche, die Interessen einige weniger Grosskapitalisten sowie die Arbeitsplätze der Nachkommen der Junker zu wahren. Nur eine verschwindend kleine Minderheit habe von der Kolonialpolitik profitiert, und die Kolonien insgesamt seien 'volkswirtschaftlich' unrentabel.[1] Diese Kostenkritik implizierte die Auffassung, dass eine 'volkswirtschaftlich' rentable Kolonialpolitik von der SPD gutgeheissen worden wäre. Zur Abrundung der Kritik zog man oft die englische Kolonialpolitik heran, um damit aufzuzeigen, dass die deutsche Kolonialpolitik für die Entwicklung des deutschen Kapitalismus nur schädlich oder zumindest nutzlos sei. Die englische und auch die französische und holländische Kolonialpolitik seien "ein mächtiger Hebel der kapitalistischen Entwicklung" gewesen, so dass sich die Kolonialpolitik dieser Länder histo-

---

[1] Diese Argumentationsweise ist am klarsten ersichtlich aus den Tätigkeitsberichten der Reichstagsfraktion, Prot. Mainz 1900, 42–44; Prot. Lübeck 1901, 63–64; Prot. München 1902, 53–54; Prot. Bremen 1904, 86–91; Prot. Jena 1905, 77–78; Prot. Mannheim 1906, 86–89 sowie Prot. Essen 1907, 128–34. S. auch z.B. 'Kolonialpolitik', Vorwärts Nr. 219, 20.9.1900; 'Deutsche Kolonialherrlichkeit', ib., Nr. 141, 20.6.1902; 'Koloniale Sklaverei', ib., Nr. 55, 6.3.1903; 'Unser neuer Kolonialkrieg', ib., Nr. 15, 19.1.1904; 'Kolonialpolitik', ib., Nr. 214, 14.9.1906; 'Der Neger als Ausbeutungsobjekt', ib., Nr. 254, 31.10.1906; 'Koloniale Schwindelbilanz', ib., Nr. 277, 28.11.1906; 'Was nützen dem Arbeiter die deutschen Kolonien?', ib., Nr. 2, 3.1.1907; 'Der Nutzen der Kolonien für die Arbeiter', ib., Nr. 11 und 13, 13. und 16.1.1907; 'Das Proletariat und die Kolonialpolitik, II', ib., Nr. 225, 25.9.1907 und *Ledebour*, Die deutsche Kolonialpolitik, Berlin, o.J. (1907). – Über die Kolonialkritik der SPD in den Jahren 1900–1914 s. *Fletcher*, Revisionism and Empire, 34–41; *Mandelbaum*, 'Sozialdemokratie und Imperialismus', 14–47 und *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 178–98.

risch rechtfertigen lasse. Der deutschen Kolonialpolitik fehle hingegen diese Rechtfertigung; die deutsche Industrie sei auch ohne Kolonialbesitzungen "konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte" geworden.[2]

Mit dieser Kritik an den deutschen 'Methoden' der Kolonialpolitik und weniger an der Kolonialpolitik an sich befolgte die Kolonialkritik der SPD in gewisser Weise die Richtlinien der *sozialistischen Kolonialpolitik* Bernsteins. Die Kritik richtete sich hingegen nicht genügend bewusst und überlegt gegen die von Bernstein angepeilte 'unparlamentarische' Natur der deutschen Koloniapolitik und damit gegen das antidemokratische Herrschaftssystem des Kaiserreiches. Auch in dieser Frage konnte Bernstein jedoch einen gewissen Erfolg verbuchen. Am Mainzer Parteitag von 1900 bemerkte Bruno Schoenlank, der Chefredakteur der linken *Leipziger Volkszeitung*, unter dem Beifall der Delegierten, dass es bei der Einstellung zur Kolonial- und Weltpolitik "um den Kampf zwischen persönlichem Regiment und sozialer Demokratie, zwischen Volk und Volksfreiheit auf der einen und Absolutismus auf der anderen Seite" gehe. "Der Kernpunkt der ganzen Weltpolitik Deutschlands" sei somit "die praktische Frage der Auseinandersetzung mit dem persönlichen Regiment".[3] Diese 'Bernsteinsche' Stellungnahme eines Revisionismusgegners blieb nicht unwidersprochen. Georg Ledebour bemerkte, der "Kernpunkt" sei weniger die Einstellung zum antidemokratischen Regierungssystem der Kaiserreiches als vielmehr "das Aufwallen des gesamten Kapitalismus in allen Ländern zu einer Raubpolitik, die den europäischen, den amerikanischen Kapitalismus in die fernsten Weltteile führt". Jetzt habe man es "mit welthistorischen Erscheinungen im letzten Stadium des Kapitalismus" zu tun, die "im Wesen überall gleich" seien, "im absolutistischen Russland wie im konstitutionellen England, im republicanischen Frankreich und Amerika wie in Deutschland mit seiner undefinierbaren Regierungsform". Die "halben Befürworter" des Imperialismus in der Art Bernsteins gefährdeten die "Bekämpfung der imperialistischen Seuche".[4] Der zweite Vorsitzende der Partei Paul Singer, der den Vorsitz am Parteitag innehatte, konnte jedoch die

---

[2] 'Kolonial- und Sozialpolitik', LV Nr. 278, 1.12.1906, S. auch z.B. 'Die deutsche Kolonialpolitik', ib., Nr. 210, 10.9.1907; 'Selbstherrlicher Imperialismus', Vorwärts Nr. 292, 15.12.1906; 'Die Kolonialpolitik als Kulturgefahr', ib., Nr. 140, 19.6.1907; *Mehring*, 'Weltkrach und Weltmarkt' (1900), Ges. Schr., Bd. 7, 424–40; id., 'Defizit und Weltpolitik' (1903), ib., Bd. 14, 524–25 und id., 'Kolonialskandale' (1906), ib., 176–77.

[3] Prot. Mainz 1900, 162–63.

[4] Ib., 166–67. Über die Kolonialkritik Ledebours s. näher bei *Ratz*, Georg Ledebour 1850–1947, 63–66 und 101–14. Vor der Imperialismusdiskussion in den Jahren nach 1910 wurde das von den 'feudalen' Zügen gesäuberte kapitalistische 'Wesen' der deutschen Kolonialpolitik verhältnismässig selten behandelt. Cf. darüber *Kautsky*, 'Die kommenden Kongresse', NZ 18, II, 1899–1900, 715–16 und *Luxemburg*, 'Die Lehren der letzten Reichstagswahl', Rede gehalten am 6.3.1907, GW 2, 193–96.

Kritik gegen Bernsteins kolonialpolitische Auffassungen mit der Bemerkung abtun, dass es jetzt "um die gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnisse" gehe. Auch Bernstein lehne ja in Übereinstimmung mit der Partei die deutsche Kolonialpolitik ab, so dass in dieser Frage "volle Einmütigkeit" bestehe.[5] Insofern konnte Bernstein zufrieden sein mit dem Verlauf des Parteitages.[6]

Die revisionistische Kritik der Kolonialpolitik (und damit der Revisionismus 'an sich') konnte also geduldet werden, da sie – in Übereinstimmung mit der 'offiziellen' Kritik der Partei – gegen die Formen der deutschen Kolonialpolitik, besonders gegen deren 'unparlamentarische' Natur und damit gegen das undemokratische Regierungssystem des Kaiserreiches gerichtet waren. Die 'unparlamentarische' Kolonialpolitik Deutschlands hatte damit zweierlei Auswirkungen. Einerseits begünstigte sie die *sozialistische Kolonialpolitik,* indem sie der Kritik Bernsteins an der deutschen Kolonialpolitik grössere Schärfe verlieh und seine Argumente in gewissem Sinne als berechtigt und zutreffend erschienen liess. Dies milderte oder verhinderte geradezu die Kritik an der *sozialistischen Kolonialpolitik.* Andererseits stellte die 'unparlamentarische' Natur der deutschen Kolonialpolitik auch ein Hindernis für die Ausbreitung und Entwicklung der *sozialistischen Kolonialpolitik* dar, da die deutsche Kolonialpolitik kaum jene von Bernstein in der englischen Kolonialpolitik festgestellten 'demokratischen und freiheitsfreundlichen Züge' aufwies. Es war u.a. Eduard David, der Bernstein 1900 auf dieses Problem aufmerksam machte. Da die Reichstagsfraktion die deutsche Kolonialpolitik wegen ihrer undemokratischen Natur strikte ablehnen müsse, bestünden für die theoretischen Entwicklung einer *sozialistischen Kolonialpolitik* nur wenig Möglichkeiten.[7]

Zur Zeit des Burenkrieges hatten die marxistischen Mitglieder der Partei Mühe, treffende sozialistische Argumente gegen den für die Engländer Partei ergreifenden Bernstein zu finden. Kautsky suchte wie Bernstein in der Kriegsgeschichte der Vereinigten Staaten nach Parallelen zum Burenkrieg. Die Buren kämpften gemäss dieser Argumentation um ihre politische Selbständigkeit, und die politische Selbständigkeit führe stets zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung und folglich zu einem

---

[5] Prot. Mainz 1900, 168. Desgleichen Wilhelm Liebknecht: "Wenn je Einigkeit in der Partei geherrscht hat, dann in dieser Frage, zu der unsere Haltung von vornherein durch unsere Prinzipien vorgeschrieben war", *Liebknecht,* Weltpolitik, Chinawirren, Transvaalkrieg, Dresden 1900, 3.

[6] *Bernstein,* 'Paris und Mainz', 711–12.

[7] David an Bernstein, 9.11.1900, IISG, BN D 126. Über David s. *Matthias/Miller,* 'Eduard Davids politischer Werdegang' und E. *Müller,* 'Zum politischen Wirken des Revisionisten Eduard David in der deutschen Sozialdemokratie 1894–1907'.

Näherrücken des Sozialismus.[8] Die an und für sich rückständigen Buren seien zwar nicht bedingungslos zu verteidigen, am wichtigsten sei jedoch, dass die Kriegspolitik Englands bekämpft werde. Ein Sieg Englands werde eine weitere Lähmung der in die Fänge der imperialistischen Ideologie geratenen englischen Arbeiterbewegung zur Folge haben.[9] Darauf bemerkte jedoch Max Beer, der Englandkorrespondent der *Neuen Zeit*, dass eine Niederlage Englands "ganz fatale Folgen... für den europäischen Fortschritt" haben würde, nämlich die Militarisierung Englands. Durch die politische Reaktion im Gefolge dieser Militarisierung würde Europa seinen letzten "Hort der Freiheit" verlieren, denn Frankreich könne nach seiner Niederlage gegen Deutschland im Jahre 1871 nicht mehr die Rolle eines Wahrers der europäischen Freiheit übernehmen. Die Niederlage habe dem französischen Volk "das Selbstbewusstsein genommen" und zu einem Erstarken der reaktionären Kräfte in Frankreich geführt.[10] In einem unmittelbar vor Kriegsausbruch verfassten Artikel betonte Heinrich Cunow seinerseits, dass die Sozialdemokraten weder für die Buren noch für die Engländer Partei ergreifen könnten. Ein Sieg Englands hätte lediglich die Auswechslung des ausbeuterischen Kapitalisten bedeutet und die Arbeiter würden damit "vom Regen in die Traufe" kommen.[11] Man hielt sich jedoch während des Krieges nicht immer an diese von Cunow skizzierte 'Neutralität' und gelangte so zeitweise von der Kritik der englischen Kriegspolitik zu einer Verherrlichung der Buren, auch wenn man versuchte, dies zu vermeiden.[12]

Die Kolonialpolitik konnte für eine politische Partei kein rein akademisches Problem darstellen. Mit dem Vordringen des Revisionismus, d.h. mit der Verlagerung des Schwerpunktes der Tätigkeit der SPD auf eine Zunahme der Wählerstimmen und der Reichstagsmandate, hatte die SPD in ihren Stellungnahmen und in ihrer Tätigkeit immer mehr die 'öffentliche Meinung' in Rechnung zu stellen. Die strikte Wahrung der Einheit der Partei erleichterte das Vordringen des Revisionismus. Paul Singer wollte am Mainzer Parteitag nicht in erster Linie die kolonialpolitischen Auffas-

---

[8] *Kautsky*, 'Militarismus und Sozialismus in England', 587–89.
[9] *Kautsky*, 'Der Krieg in Südafrika', NZ 18, I, 1899–1900, 198–200.
[10] Beer an Kautsky, 25.11.1899, IISG, KN D IV 37. Beer hatte bereits zwei Jahre früher seine Besorgnis über das durch den 'Imperialismus' verursachte Erstarken des Militarismus und die Reaktion in England zum Ausdruck gebracht, *Beer*, 'Der moderne englische Imperialismus', NZ 16, I, 1897–98, 305–06.
[11] *Cunow*, 'Die Transvaalkrisis', NZ 18, I, 1899–1900, 29 und 47–51. Cf. *Kalisch*, 'Beobachtungen eines Arbeiters in Südafrika', NZ 16, I, 1897–98, 80–83 und *Ledebour*, 'Zum Friedensschluss in Südafrika', NZ 20, II, 1901–02, 308–11.
[12] Cf. *Lampe*, 'Probleme des Friedenskampfes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Zeit von 1897 bis 1904', 898–900.

sungen Bernsteins verteidigen, sondern die Einheit der Partei bewahren. Am Dresdener Parteitag des Jahres 1903 erfuhren die revisionistischen Auffassungen zwar eine schroffe Verurteilung,[13] die Tätigkeit der Revisionisten wurde jedoch nicht eingeschränkt; man verurteilte zwar die Gedanken Bernsteins, er durfte sie jedoch weiterhin innerhalb der Partei vortragen. Noch im Jahre 1912 konnte Bebel hoffen, "die innere und äussere Entwicklung Deutschlands" werde die "Illusionen" des Revisionismus zerstören.[14] Die Parteileitung hatte sich also zurückgezogen und verfolgte den Kampf zwischen 'Entwicklung' und Revisionismus. Bernstein stellte seinerseits, ebenfalls auf die 'Entwicklung' vertrauend, bereits 1905 fest, dass die Niederlagen des Revisionismus "mehr formell, als materiell" seien, dass die Revision der Ideen und Aktionsformen der Partei "zur selben Zeit vor sich gegangen" sei, "wo der Revisionismus scheinbar die grössten Niederlagen erlitt".[15] Ein Ausdruck für die von Bernstein verlangte Änderung der Partei zur "demokratisch-sozialistischen Reformpartei" war die politische Streiks betreffende Resolution des Mannheimer Parteitages von 1906, mit der auf Druck der Gewerkschaften die Verwendung des politischen Streiks praktisch ausser Betracht fiel.[16] Aus der Perspektive Bernsteins betrachtet schritt die Parlamentarisierung der Partei vielleicht sogar zu schnell voran, denn er unterstützte ja, wenn auch mit klaren Einschränkungen, die Verwendung des politischen Streiks.

Under dem Druck der massiven Kolonialpropaganda brachte eine 'negative' (oder auch als 'negativ' ausgelegte) Kritik der Kolonialpolitik das Risiko eines Stillstandes oder gar eines Rückschrittes bei der Zahl der Anhänger mit sich. Als im Januar 1904 die Kriegshandlungen in Deutsch-Südwestafrika ausbrachen, übernahm die öffentliche Meinung rasch die Auffassung von einem Defensivkrieg.[17] Als die Regierung den Reichstag um zusätzliche Mittel zur Verstärkung der Kolonialtruppen bat, enthielt sich die Reichstagsfraktion der SPD in der ersten Lesung des Antrages der Regierung am 19.1.1904 der Stimme, womit die Partei gewissermassen

---

[13] Prot. Dresden 1903, 418–19.

[14] Bebel an Kautsky, 8.10.1912, Brw. Bebel–Kautsky, 313.

[15] *Bernstein*, 'Von einem Totgesagten', 496 und 503. Bernstein meinte mit dem Vordringen des Revisionismus nicht das Erstarken der Revisionisten als Gruppierung innerhalb der Partei. Die "numerische" Schwäche der Revisionisten sei vielmehr ein Ausdruck dafür, dass die Auffassungen der Revisionisten "Gemeingut der Partei" würden, ib., 503.

[16] *Fricke*, 'Auf dem Weg nach Mannheim' und *Schorske*, German Social Democracy 1905–1917, 49–53.

[17] *Bley*, Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914, 195–203. Über die Kolonialkriege Deutschlands s. auch *Cornevin*, 'The Germans in Africa', 388, 405–10, 412–13 und 415; *Drechsler*, "Let Us Die Fighting", 132–230; id., 'Südwestafrika 1885–1907', 29–51; *Gründer*, 115–22 und 154–63; *Loth*, 'Deutsch-Ostafrika 1885–1906', 79–92; *Hausen*, 162–65; *Smith*, 60–65 und 106–07; *Tetzlaff*, 209–220 und *Wirz*, 310–12.

zugestand, dass sie die 'öffentliche Meinung' nicht in der gewünschten Weise zu lenken vermochte und dass die Bewahrung und Vergrösserung der Anhängerschaft der Partei eine stärkere Beachtung der 'öffentlichen Meinung' verlangte. Ledebour begründete diese überraschende und auch von manchen Parteimitgliedern scharf kritisierte Massnahme der Reichstagsfraktion damit, dass es vor allem um die Rettung der Leben der Ansiedler gehe. "Die Neger" hätten kein Recht, "die Weissen zu massakrieren"; dies schon deshalb, da sich nicht alle Ansiedler an ihrer Unterdrückung beteiligt hätten. Es gebe unter den Siedlern auch Arbeiter, Kinder und Frauen, "von denen viele in Lebensgefahr waren". Die Partei hatte in der Praxis den deutschen Kolonialbesitz als Tatsache anzuerkennen:

> "Wir Sozialdemokraten sind selbstverständlich Gegner einer ausbeuterischen Kolonialpolitik; aber nachdem das Deutsche Reich einmal diese Gebiete in Besitz genommen hat, hat es auch gewisse Pflichten übernommen, und zu diesen Pflichten gehört der Schutz des Lebens. Die Regierung hatte die Pflicht, das Leben der Ansiedler zu retten, deshalb haben wir, als die Regierung die Mittel dazu verlangte, nicht mit Nein gestimmt, sondern uns der Stimme erhalten".[18]

Von der Anerkennung einer Tatsache war es nurmehr ein kurzer Schritt zur Gutheissung einer Tatsache; die Gutheissung der 'Sache' führte zur 'Versachlichung' der Kolonialkritik. Die von Ledebour angeführte Begründung ist, wie Hans-Christoph Schröder feststellt, "ein Beispiel dafür, auf welch mannigfachen Wegen die Sozialdemokratie in die Kolonialpolitik hineinverflochten wurde".[19]

In den Jahren 1906–07 musste die SPD weitere Abstriche an ihrer 'negativen' Kritik vornehmen und der 'öffentlichen Meinung' Zugeständnisse machen. In der deutschen Kolonialpolitik setzte, zumindest auf der

---

[18] Prot. Bremen 1904, 203–04. Die Sozialdemokraten stimmten nicht *für* den Nachtragsetat, da "im voraus zu sehen war, dass die Expedition sich nicht auf den Schutz des Lebens der Ansiedler beschränken würde", ib., 204; s. auch den von Ledebour verfassten Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion, ib. 88–91. Ledebours Stellungnahme war gegen den Antrag der Essener Sozialdemokraten gerichtet, in dem die Reichstagsfraktion aufgefordert wurde, auf der traditionellen Linie zu verbleiben, d.h. "in Zukunft sämtliche Kolonialforderungen abzulehnen". Der Antrag wurde denn auch abgelehnt, ib., 116 und 214.

[19] *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 187, s. auch id., Gustav Noske und die Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreiches, 22–23. Cf. *Kühne*, 'Die Ausrottungsfeldzüge der 'Kaiserlichen Schutztruppen in Afrika' und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion'; *Lampe*, 'Probleme des Friedenskampfes', 902–05 und *Mager*, Die deutsche Sozialdemokratie und die Aufstände der Herero und Nama in Südwestafrika (1904–1907), 59–81.

programmatischen Ebene, ein Reformkurs ein, und in den 'Hottentottenwahlen' im Januar 1907 erlitt die SPD eine unerwartete Niederlage.

Die von Deutschland in Südwest- und Ostafrika geführten Kolonialkriege liessen die Notwendigkeit einer Reform der Kolonialpolitik erkennen. Sichtbarster Ausdruck der Neuerungen in der Kolonialpolitik war die Ernennung des Bankiers Bernhard Dernburg zum Leiter der Kolonialverwaltung im September 1906.[20] Erstmals war damit ein Mann der Wirtschaft, der zudem politisch den Liberalen zugerechnet wurde, für die Kolonialpolitik verantwortlich. Es stand zu erwarten, dass die Liberalen die erneuerte Kolonialpolitik unterstützen und damit den Sozialdemokraten allein die Rolle der kolonialpolitischen Opposition überlassen würden. Dernburg setzte sich als Nahziel die Wiedererlangung des Vertrauens des Volkes in die kolonialpolitischen Fähigkeiten Deutschlands.[21] Kolonialpolitische Schriften wurden im Volke verbreitet, und Dernburg hielt selbst des öfteren öffentliche Reden, in denen er Vertrauen in die Zukunft der deutschen Kolonialpolitik zu verbreiten suchte. Abweichend von den bisherigen Gewohnheiten beteiligte er sich auch am Wahlkampf und versuchte die von den Sozialdemokraten verbreiteten 'negativen' Auffassungen zu korrigieren. Fernziel Dernburgs war die wirtschaftliche Gesundung der deutschen Kolonialpolitik. Die Kolonien sollten für ihre administrativen Kosten selbst aufkommen, wozu u.a. das Niveau und das Ansehen der Kolonialbeamten angehoben (die Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt wurde 1907 zum Reichskolonialamt erhoben) und die verkehrstechnische Infrastruktur der Kolonien verbessert werden musste. Dernburg sah in der humaneren 'Behandlung' der Eingeborenen eine der wichtigsten Aufgaben, da sich dies als wirtschaftlich notwendig erwiesen hatte: "ein satter Neger ist ein guter Arbeiter".[22] Dernburg machte sich also an die Korrektur jener Mißstände, die von den Sozialdemokraten am schärfsten kritisiert worden waren, und die Verwirklichung seiner Zielsetzungen hätte die gewohnte sozialdemokratische Kritik weitgehend gegenstandslos gemacht. Von Bedeutung ist jedoch in diesem Zusammenhang bereits die Stellung solcher Forderungen, die zumindest teilweise als Reaktion auf die Kritik der Sozialdemokraten ausgelegt werden konnten. Im Lichte dieser Interpretation

---

[20] Über die Reformpläne und die Ernennung Dernburgs s. näher *Schiefer*, 37–45 und *Schulte-Althoff*, 'Koloniale Krise und Reformprojekte'.

[21] Über das kolonialpolitische Programm Dernburgs s. *Gann & Duignan*, The Rulers of German Africa 1884–1914, 53–55 und 178–88; *Hausen*, 29–31; *Schiefel*, 45–66; *Smith*, 183–209 und *Tetzlaff*, 220–32.

[22] Zitat aus der Reichstagsrede Dernburgs im März 1908, zit. nach *Schiefel*, 108. Nach der Einschätzung Schiefels waren die Reformen Dernburgs in der Eingeborenenpolitik ein Wendepunkt der deutschen Kolonialpolitik, ib.

konnten die Sozialdemokraten die erneuerte Kolonialpolitik nicht mehr in ihrer Totalität kritisieren, ohne sich damit selbst ins Fleisch zu schneiden.

Diese Abkehr von der totalen 'negativen' Kritik lässt sich in der von Bebel im Dezember 1906 im Reichstag gehaltenen Rede erkennen. Bebel präzisierte die Haltung seiner Partei zur Kolonialpolitik wie folgt:

> "Meine Herren, dass Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. Es ist ein grosser Unterschied, wie Kolonialpolitik sein soll, und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es z.B. die europäischen Nationen und die nordamerikanische sind, zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als grosse Kulturmission zu unterstützen bereit sind" (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)[23]

Obschon Bebel unmittelbar danach betonte, dass die herrschende Kolonialpolitik dazu in einem diametralen Gegensatz stehe, und obschon er nicht glaubte, dass selbst Dernburg "der Herkules" sei, "der den Augiasstall der deutschen Kolonialpolitik säubern" werde,[24] konnte diese Aussage Bebels doch von den 'sozialistischen Kolonialpolitikern' als Argument für die *sozialistische Kolonialpolitik* verwendet werden.[25] Bebel hatte ja festgestellt, dass die Kolonialpolitik an sich nicht verurteilt werden dürfe und zu verstehen gegeben, dass die Sozialdemokraten ihre Kritik lediglich gegen die 'Methoden' der Kolonisation richten sollten.

Bebels Rede stand im Zusammenhang mit der heftigen kolonialpolitischen Debatte im Reichstag, in deren Verlauf auch Reichskanzler Bülow Ende November 1906 zugestehen musste, dass die deutsche Kolonialpolitik in "eine ernste Krisis" geraten war.[26] Dramatischer Ausdruck der Krise waren die damals geführten Kolonialkriege, es ging jedoch nicht ausschliesslich um eine Krise der Kolonialpolitik. Die Kolonialkriege schade-

---

[23] 1.12.1906, St.Ber. Rt., 11. Leg., II. Sess. 1905/06, Bd. V, 4057. Cf. *Maehl*, August Bebel, 418–22 sowie *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 171.
[24] Ib., 4052 und 4058.
[25] Z.B. David und van Kol am Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale, Prot. Int. Stuttgart 1907, 27 und 31.
[26] 28.11.1906, St. Ber. Rt., 11. Leg., II. Sess. 1905/06, Bd. V, 3957.

ten dem internationalen Ansehen des Deutschen Kaiserreiches. Ausserdem bestand die Gefahr, dass das deutsche Volk das Vertrauen in die kolonialpolitischen Fähigkeiten Deutschlands verlieren könnte; da das Budget der kaiserlichen Regierung vom Reichstag gutgeheissen werden musste, wurde die Kolonialpolitik von allem Anfang an öffentlich debatiert. Voraussetzung für ein Gelingen der Kolonialpolitik war so die Unterstützung des Volkes. Im Reichstag waren es besonders die Sozialdemokraten, in erster Linie Bebel[27] und Ledebour[28], die die Schattenseiten der deutschen Kolonialpolitik ans Licht hoben.

Der brutale und skandalträchtige Kolonialkrieg in Deutsch-Südwestafrika neigte Ende 1906 seinem Ende zu. Die Kolonialtruppen hatten bereits ein Jahr früher die Situation in den Griff bekommen.[29] Obschon so "der Hauptwiderstand des Feindes überwunden" war, erbat die Regierung vom Reichstag zusätzliche Gelder, um den 'Feind' vollständig schlagen zu können. Die Regierung sah die zusätzlichen Gelder als notwendig an "für die Wahrung unseres Ansehens und gegen die Wiederkehr neuer Aufstände".[30] Der Nachtragsetat der Regierung wurde von der SPD und vom Zentrum bekämpft, es war jedoch lediglich die SPD, die den Nachtragsetat gesamthaft ablehnen wollte. Das Zentrum widersetzte sich nicht grundsätzlich der deutschen Kolonialpolitik, es wollte lediglich die Höhe

---

[27] Z.B. die Reden im Reichstag am 30.1.1905, St. Ber. Rt., 11. Leg., I. Sess., 1903/05. Bd. VI, 4096–4105 und 4124–27; 20.3.1906, ib., II. Sess. 1905/06, Bd. III, 2168–72; 23.3.1906; ib., 2242–47; 1.12.1906, ib., Bd.V, 4052–71 und 4.12.1906, ib., 4136–44. Zu der besonders gegen die Kolonialverwaltung und die Behandlung der Eingeborenen gerichtete Kritik der Sozialdemokraten s. *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 154–78 sowie zu den Reichstagsreden auch *Spellmeyer*, Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag, passim.

[28] Z.B. die Reden im Reichstag am 6.4.1905, St. Ber. Rt., 11. Leg., I. Sess. 1903/05, Bd. VIII, 5884–88 und 5890–91; 15.12.1905, ib., II. Sess. 1905/06, Bd. I, 372–78; 16.3.1906, ib., Bd. III, 2072–77 und 28.11.1906, ib., Bd. V, 3976–83.

[29] Der Kriegszustand wurde Ende März 1907 aufgehoben, *Bley*, Kolonialherrschaft, 191. In Deutschland rief besonders das vom Kommandanten der Kolonialtruppen Lothar von Trotha im Oktober 1904 an die Hereros gerichtete Ultimatum grosse Empörung hervor. Trotha, der sich selbst als "der grosse General des mächtigen deutschen Kaisers" bezeichnete, verkündete darin, dass die Hereros nicht mehr deutsche Untertanen seien, da sie gemordet, gestohlen und verwundeten Soldaten Ohren, Nasen und "andere Körperteile" abgeschnitten hätten. Er setzte ein Kopfgeld für die Häuptlinge aus und fuhr fort: "Das Volk der Herero muss jeder das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem 'groot Rohr' dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schiessen", *Bley*, 204. Trotha gelang es fast, sein Ultimatum in die Tat umzusetzen; von den Hereros entrannen ca. 20 % und von den Namas ca. 50 % dem Massaker, *Drechsler*, "Let Us Die Fighting", 211–19. Noch verheerendere Folgen für die Eingeborenen hatten die in der Öffentlichkeit weniger beachteten Kolonialkriege Deutschlands in Ostafrika, *Tetzlaff*, 220.

[30] Bülows Rede im Reichstag, 28.11.1906 (Anm. 26), 3957 und 3960.

der geforderten Geldmittel begrenzen.[31] Die Regierung machte jedoch ihren Antrag zur 'Vertrauensfrage' und verlangte seine Gutheissung ohne Abstriche. Der Nachtragsetat wurde mit den Stimmen der SPD und des Zentrums verworfen. Der Reichstag wurde aufgelöst und die Wahlen auf den 25.1.1907 angesetzt. Die im Feuer der Kolonialkritik spürbar angeschlagene Autorität der Regierung hoffte man durch den 'Appell an das Volk' am besten und am raschesten wiederherstellen zu können.[32]

Die Regierung machte die Kolonialpolitik zum zentralen Thema ihrer Wahlpropaganda und versuchte, die nationalen Interessen möglichst eng damit zu verknüpfen.[33] Sie konnte dabei auf die Unterstützung mehrerer gegen die Sozialdemokratie gerichteter Organisationen rechnen, deren aktivste der nach den Reichstagswahlen des Jahres 1903 (am 9.4.1904) gegründete Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie war, der sich laut seinem Programm zum Ziele gesetzt hatte, "alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampf gegen die antimonarchistischen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu einigen".[34] Reichskanzler Bülow heiz-

---

[31] *Epstein*, 'Erzberger and the German Colonial Scandals, 1905–1910'; *Crothers*, The German Elections of 1907, 29 und 95–96; *Heckart*, 46–48 und *Spellmeyer*, 118–24.
[32] *Cole*, 'Kaiser versus Chancellor: the Crisis of Bülows Chancellorship', 62–67; *Crothers*, 89–102; *Fricke*, 'Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahlen von 1907', 538–54; *Heckart*, 48–54; *Reinhard*, ' "Sozialimperialismus" oder "Entkolonisierung der Historie"?'; *Schiefel*, 48–62 und *Witt*, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913, 152–65.
[33] Darüber detaillierter *Crothers*, 143–48; *Fricke*, 'Der deutsche Imperialismus', 566–72; *Schiefel*, 55–62 und *Smith*, 183–91.
[34] *Fricke*, 'Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von seiner Gründung bis zu den Reichstagswahlen von 1907', 246. Über den Reichsverband s. auch *Saul*, 115–32. Vom Niveau und Inhalt der Wahlpropaganda des Reichsverbandes erhält man einen Eindruck bei der Lektüre des Flugblattes *Wählt zur Ehre des Vaterlandes gegen seine Zerstörer!*. Auf den Innenseiten finden sich zwei Zeichnungen samt Text. Das eine Bild stellt eine Siedlerfamilie dar, dessen Kind gerade von Eingeborenen getötet worden ist. Die Mutter beugt sich über das Kind und der Vater wird bei seinem Versuch, die Familie zu verteidigen, getötet. Der Bildtext dazu lautet: "So kommts, wenn ein Sozialdemokrat gewählt wird". Das andere Bild stellt einen deutschen Siedler dar, der sein Feld unter der Bewachung eines deutschen Schutztrupplers unbehelligt pflügen kann; der Text dazu lautet: "So kommts, wenn ein treuer deutscher Mann gewählt wird", Fricke, 'Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie', 275. Über die Stimmung des Wahlkampfes gibt das Motto eines Flugblattes des Reichsverbandes mit dem Titel *Auf in den Wahlkampf! Für unsere braven Kämpfer in Deutsch-Südwestafrika*, Auskunft:

"Auf zur Wahl! Mit frischem Mut
Deutsche Klinge – schlage gut!
Gilt es doch, den Feind vertreiben.
Zeig' der fremden Hinterlist,
Dass Du Herr im Hause bist
Und willst Herr im Hause bleiben!"

(Ausschnitt im Nachlass Vollmar, IISG, VN 3670).

te den Wahlkampf durch ein offenes Schreiben an den Vorsitzenden des Reichsverbandes D.E. von Liebert an. Er setzte darin eine zur "positiven Arbeit" bereite Reichstagsmehrheit zum Ziel des Wahlkampfes und kritisierte das Zentrum, da es die Autorität der Regierung in Frage gestellt habe. Das Verhalten der Partei sei ein Ausdruck des Strebens nach dem "Parteiregiment", das von der "grossen Mehrheit des deutschen Volkes" jedoch abgelehnt werde. Das Stimmverhalten des Zentrums und der SPD sei "ein Schlag" gegen "die nationale Würde" gewesen. Der Hauptangriff sei jedoch gegen die Sozialdemokraten zu führen, da von ihnen "die wahre Reaktion" drohe, denn "alles, was sich irgendwo in Deutschland an reaktionärer Gesinnung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland". Eine Wahlniederlage der Sozialdemokraten sei "eine Warnung für ihren blinden Übermut, eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwicklung und eine Befestigung unserer Stellung nach aussen". Eine Niederlage der Sozialdemokraten werde auch den Zusammenhalt der bürgerlichen Parteien festigen, da in der Folge die Möglichkeit erschwert werde, "dass eine bürgerliche Partei mit Hülfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Parteien" einnehme.[35]

"Aristokratie, Bankokratie und industrielle und handeltreibende Bourgeoisie vereinigen sich, um ihren Todfeind, die Sozialdemokratie zu bekämpfen", wurde am 14.1.1907 in dem vom Parteivorstand der SPD erlassenen Wahlmanifest verkündet und hinzugefügt: "Doch sie werden mit uns nicht fertig".[36] Die Sozialdemokraten waren sich ihres Wahlsieges gewiss und nahmen an, dass die Zahl der Wählerstimmen in der gewohnten 'naturnotwendigen' Weise anwachsen werde.[37] Im Vertrauen auf die "revolutionierenden Wirkungen der Tatsachen"[38] wurde angenommen, dass die deutschen Arbeiter den "deutschen Imperialismus" niederwerfen und "dadurch auch die Kraft der imperialistischen Bewegung in Grossbritannien lähmen" würden.[39] Grund zur Besorgnis habe einzig das Bürgertum. Die SPD hatte in den Reichstagswahlen des Jahres 1903 einen gro-

---

[35] *Fricke,* 'Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie', 273–74. Der *Vorwärts* veröffentlichte dieses Schreiben Bülows vom 31.12.1906 mit einem bissigen Kommentar, 'Bülows Silvester-Scherz', Nr. 2, 3.1.1907.
[36] 'Parteigenossen!', Vorwärts Nr. 12, 15.1.1907.
[37] So z.B. *Braun,* 'Die letzten (d.h. diejenigen des Jahres 1903 – der Verf.) Reichstagswahlen', NZ 25, I, 1906–07, 511; *Kautsky,* 'Die Situation des Reiches 2: Die innere Lage', ib., 500 sowie *Mehring.* 'Der Landsturm der Philister', ib., 522.
[38] So in der am 14.12.1906 datierten Stellungnahme der Reichstagsfraktion 'An die Wähler!', Vorwärts Nr. 293, 16.12.1906.
[39] *Bauer,* 'Über britischen Imperialismus', NZ 25, I, 1906–07, 540.

ssen Sieg errungen, und im selben Jahr war der Revisionismus am Dresdener Parteitag verurteilt worden. Die russische Revolution von 1905 habe ausserdem die Illusion zerstört, dass sich eine politische Revolution durch die Macht der Gewehre verhindern lasse.[40] Geradezu übermütige Siegesgewissheit sprach aus dem vom Parteivorstand am 14.1.1907 den Parteimitgliedern verkündeten Wahlmanifest, in dem die Wirklichkeit der deutschen Kolonialpolitik in Gegensatz gesetzt wurde zu dem von Dernburg in seinen Wahlreden dargestellten "Phantasiegemälde von den angeblichen Möglichkeiten in den deutschen Kolonien", die mit den Wundern Mose verglichen wurden:

> "Als das jüdische Volk, wie die Sage erzählt, Ägypten verliess und in der Wüste wanderte und Gefahr lief, zu verdursten, schlug Moses an einen Felsen, woraus eine Quelle sprang und Menschen und Vieh rettete. Das war ein Wunder. Als die Deutschen nach Südwest-Afrika zogen, um zu kolonisieren, entdeckten sie, dass es keinen Baum dort gab, dessen Blätter ihnen Schatten spendeten und dessen Früchte sie statt des fehlenden Wassers labten. Und siehe da, es wollte der Zufall, dass ein Kistchen vertrockneter Datteln verloren ging und, was niemand geahnt und für möglich gehalten, geschah: in der dürren Steppe Südwest-Afrikas schossen drei Meter hohe Dattelpalmen auf und fingen sogar an, Früchte zu tragen. Das ist auch ein Wunder. So haben wir nach Dernburg alle Aussicht, in Südwest-Afrika künftig unter Dattelpalmen zu wandeln."[41]

Die gewohnte, gegen die deutsche Kolonialpolitik gerichtete Propaganda brachte nicht mehr die erhofften und erwarteten Erfolge. Die SPD erlitt entgegen den optimistischen Einschätzungen eine Wahlniederlage. An den Wahlen beteiligten sich fast 85 Prozent der Stimmberechtigten gegenüber 76 Prozent im Jahre 1903. Die Zahl der für die Sozialdemokraten Stimmenden war zwar um rund eine Viertelmillion höher als bei den vorherigen Wahlen (3010771 – 3259020), wegen der wirksamen Wahlproganda der Regierung, der diese unterstützenden Organisationen und der bürgerlichen Parteien kam die gestiegene Wahlbeteiligung jedoch vor allem den 'Gegnern' zugute. Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten sank von 31,7%

---

[40] *Parvus*, Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch, Leipzig 1907, 53–55.
[41] S. Anm. 36. Mit diesem biblischen Vergleich belustigte Bebel die Reichstagsvertreter bereits am 23.3.1906, St. Ber. Rt., 11. Leg., II. Sess. 1905/06, Bd. III, 2244. Ebenso reagierte man auf die Feststellung Bebels, wonach die Kolonialpropagandisten die deutschen Kolonien als Länder darstellten, "in denen Milch und Honig fliesst", ib. S. auch 'Auf nach Afrika!', Vorwärts Nr. 20, 24.1.1907.

bei den vorhergehenden Wahlen auf 28,7%. Am deutlichsten wurde die Wahlniederlage im Rückgang der Reichstagsmandate von 81 auf 43, d.h. prozentual von 20,4% auf 10,9% ersichtlich.[42]

Die überraschende Wahlniederlage rief nach einer Erklärung. Einen Ansatzpunkt lieferte das rückständige Mehrheitswahlsystem, das ausserdem auf einer seit 1867 nicht mehr veränderten Wahlkreiseinteilung beruhte. Die Bevölkerung hatte sich im Zeitraum 1871–1907 von 41,5 auf 61 Millionen und die Zahl der Stimmberechtigten von 7,6 auf 13,3 Millionen vermehrt. Die Zunahme der Bevölkerung und der Stimmberechtigten war am spürbarsten in den Industriezentren, in denen die Sozialdemokraten seit jeher am meisten Anhänger hatten. Die Sozialdemokraten berechneten, dass sie in gewissen Wahlkreisen mit 464 738 Stimmen sechs Reichstagssitze erhielten, während die Konservativen in anderen Wahlkreisen mit 210 278 Stimmen 20 Sitze erhielten. Falls das Proporzwahlrecht zur Anwendung gekommen wäre, hätten die Sozialdemokraten statt 43 115 Sitze erobert. Bei Bedarf wurden ausserdem zwei Wahlgänge abgehalten: falls keine Kandidat des Wahlkreises im ersten Wahlgang über 50% der Stimmen erhalten hatte, fand eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl statt. Im betont antisozialdemokratischen Klima der 'Hottentottenwahlen' scharten sich die bürgerlichen Parteien und Wähler enger als früher um einen bürgerlichen Kandidaten, falls dieser in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten antreten musste.[43]

Das Wahlsystem allein erklärte die Niederlage jedoch nicht, da es, wie die Einteilung der Wahlkreise, seit der Wahl von 1903 nicht verändert worden war. Kautsky fand den Grund für die Niederlage in den Themen der Wahl. 1903 hatten die Sozialdemokraten wegen ihrer gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle gerichteten Propaganda auch Stimmen aus der Mittelschicht erhalten. Auch 1907 wurde von den Sozialdemokraten ver-

---

[42] *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 526. Bernstein verlor bei den Wahlen seinen Sitz im Reichstag, was ein eindeutiger Ausdruck des Zusammenhaltes und der Stimmenkonzentration der bürgerlichen Parteien war. Er verlor die Wahl bereits im ersten Wahlgang, obschon er mit 19 650 Stimmen auf ein besseres Resultat kam als 1903 (17 517 Stimmen); sein liberaler Gegenkandidat erzielte jedoch 21 166 Stimmen (1903:6 594 Stimmen). Vorwärts Nr. 22, 26.1.1907.

[43] *Crothers*, 175–76 und *Schorske*, 59–66. Über die eigenen Einschätzungen der SPD s. Bericht des Parteivorstandes, Prot. Essen 1907, 23–38 und Bericht des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an den internationalen Sozialisten-Kongress zu Stuttgart 1907, Internationales Sozialistisches Bureau (Hg.), Die Sozialistische Arbeiter-Internationale, Berlin 1907, 101–10. – Die Wahlen des Jahres 1907 können als bezeichnendes Beispiel dafür angesehen werden, dass das allgemeine und direkte Wahlrecht im antiparlamentarischen Regierungssystem des Deutschen Kaiserreiches in Wirklichkeit "nur der Mantel" war, "in dessen Schutz die Träger der Obrigkeitsidee ihre politische Unabhängigkeit zu bewahren vermochten", *Milatz*, 'Reichstagswahlen und Mandatsverteilung 1871 bis 1918', 222–23.

sucht, die gestiegenen Lebenshaltungskosten zum zentralen Wahlthema zu machen, die Bürgerlichen machten jedoch in ihrer Gegenpropaganda die Lohnerhöhungen der Arbeiter für den Anstieg der Preise verantwortlich. Die Regierung hatte ausserdem die Kolonialpolitik zum zentralen Wahlthema erhoben, und Kautsky musste zugestehen, dass die Sozialdemokraten "die Werbekraft der Kolonialidee in bürgerlichen Kreisen unterschätzt" hatten. Die Erklärung für den Anstieg der Wahlbeteiligung und des Stimmenanteils der bürgerlichen Parteien sei "die faszinierende Wirkung des kolonialen Zukunftsstaates auf die gesamte bürgerliche Welt" sowie die damit eng zusammenhängende "Angst vor dem Zukunftsstaat der Sozialdemokratie".[44] In ihrem Tätigkeitsbericht an den Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale gab die Partei als zusammenfassende Erklärung für die Wahlniederlage an, sie habe "gegen *eine* geschlossene reaktionäre Masse" ankämpfen müssen.[45]

Kautsky versuchte, der Wahlniederlage etwas Positives abzugewinnen und lobte die Festigung der proletarischen Natur der Partei. Die Wählerschaft sei "einheitlicher und geschlossener" geworden. Der Preis für diese fortschrittliche Entwicklung, der "Verlust einiger hunderttausend Mitläufer aus den Zwischenschichten", sei im Vergleich dazu nicht "zu teuer".[46] Bernstein war mit dieser Analyse nicht einverstanden, er hielt die Wahlniederlage für "eine zum Nachdenken herausfordernde Tatsache". Deren Verharmlosung durch den Verweis auf das Abschütteln von Mitläufern lasse eine falsche Einstellung zum Wahlresulat und gleichzeitig eine unsachliche Haltung zu den Wahlen überhaupt erkennen. "Wahlen sind ein Prüfstein für die Attraktionskraft der Parteien", betonte Bernstein, der diese Weisheit selbst zu spüren bekam, da er in den Wahlen seinen Sitz verlor. Besonders für die Sozialdemokratie "als Kampfpartei der aufstrebenden Gesellschaftsklassen" sei die "stetige Zunahme ihrer Werbekraft erstes Zeichen ihrer Gesundheit".[47] Vom Standpunkt Bernsteins aus hatten die Wahlen eine ungesunde Schwächung der Anziehungskraft der Partei aufgezeigt. Die Partei habe jetzt für ihre Verfolgung einer falschen Politik eine wohlverdiente Warnung, eine "Lektion" erhalten. Zu seiner Freude stellte Bernstein fest, dass die Parteileitung daraus eine Lehre zog: Bebel und Singer "wenigstens scheinen sehr nachdenklich gestimmt zu

---

44 *Kautsky*, 'Der 25. Januar', NZ 25, I, 1906–07, 589–92.
45 Bericht des Parteivorstandes an den Stuttgarter Kongress, 104 (Anm. 43). Hervorh. im Bericht.
46 *Kautsky*, 'Der 25. Januar', 593. S. auch *Luxemburg*, 'Die Lehren der letzten Reichstagswahl' (1907), 193 und 197–98 und *Mehring*, 'Ein Kind des Zufalls' (1907), Ges. Schr. Bd. 15, 226–27.
47 *Bernstein*, 'Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?', SM 11, I, 1907, 108–09.

sein".[48] Luxemburg zeigte sich bereits vor den Wahlen besorgt über diese für Bernstein erfreuliche Wende; sie habe "mit erschreckender Klarheit" eingesehen, dass die Parteileitung "sich für den Parlamentarismus und im Parlamentarismus gänzlich ausgegeben" habe. Im Richtungskampf innerhalb der Partei zeichne sich eine neue Konstellation ab:

> "Solange es die Defensive gegen Bernstein und Co. galt, liessen sich August [Bebel] und Co. unsere Gesellschaft und Hilfe gern gefallen – sintemal sie selbst zuallererst in die Hosen gemacht haben. Kommt es aber zur *Offensive* gegen den Opportunismus, dann stehen die Alten mit Ede, Vollmar und David gegen uns".[49]

In den Augen der Linken liess sich die Partei in ihrer Tätigkeit immer mehr von der 'öffentlichen Meinung' lenken. Luxemburg schrieb im April 1907 an Clara Zetkin:

> "Die Nervosität unserer Presse gegenüber den 'Verleumdungen' unserer Gegner wirkt auf mich genauso deprimierend wie auf Dich. Es ist ein Symptom lächerlicher, greisenhafter Empfindlichkeit, die mit innerer Unsicherheit und geistigem Parvenütum zusammenhängt".[50]

Die Revisionisten waren wie Bernstein der Meinung, dass die Wahlniederlage "die natürliche Folge der ganz falschen Behandlung" der Kolonialfrage sei und dass das Wahlresultat die Richtigkeit der Kritik an der Kolonialkritik ihrer Partei belege.[51] Die kolonialpolitische Debatte innerhalb der Partei setzte sich im August 1907 auf dem Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale fort, und die deutsche Delegation hiess in einer Phase auf Betreiben Eduard Davids einen Resolutionsentwurf zugunsten einer *sozialistischen Kolonialpolitik* gut, der um ein Haar zur 'offiziellen' Stellungnahme der Internationale geworden wäre.

Die Kolonialpolitik stellte natürlich auch für die sozialistischen Parteien der übrigen Länder ein Problem dar und wurde deshalb auf den Kongressen der Internationale behandelt.[52] Eine erste, wenn auch flüchtige Erwäh-

---

[48] Bernstein an Edmund Fischer, 18.2.1907, ZStA, Nachlass E. Fischer, Nr. 1.
[49] Luxemburg an Clara Zetkin im Dezember 1906 (nach dem 16.12.), Ges. Briefe, Bd. 2, 278. Hervorh. d. Luxemburg.
[50] Luxemburg an Zetkin, 17.4.1907, ib., 285.
[51] *Bernstein*, 'Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?', 110–12. Über die Haltung der Revisionisten zum Wahlresultat Näheres im folgenden Kapitel.
[52] Zum Thema Zweite Internationale und Kolonialpolitik s. *Braunthal*, History of the International 1864–1914, 305–19; *Haupt*, Programm und Wirklichkeit, 163–68; id., Socialism and the Great War, 135–60; id./M. *Reberioux*, 'L'attitude de l'Internationale'; *Jemnitz/Tych*

nung fand die Kolonialpolitik am Londoner Kongress von 1896. Die Kolonialpolitik wurde noch ziemlich einmütig abgelehnt und hatte ausserdem zwischen den Staaten Europas noch keine ernsthaft empfundenen Konflikte verursacht. In der Resolution wurde der Widerstand gegen die Kolonialpolitik damit begründet, dass diese unter "religiösen oder zivilisatorischen Vorwänden" stets nur "die Erweiterung des Gebietes der kapitalistischen Ausbeutung" im Auge habe.[53] Auch am Pariser Kongress von 1900 wurde "das organisierte Proletariat" einstimmig aufgefordert, "die kapitalistische Kolonialbesitz-Ausdehnung" mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Als eines dieser Mittel kann die Aufforderung angesehen werden, die Bildung von sozialistischen Parteien in den Kolonien zu fördern – jedoch nur "wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten" – sowie die Aufforderung, die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in den Kolonien zu fördern. Ebenso einstimmig wurde jedoch bereits anerkannt, dass die Kolonialpolitik zu einem Problem geworden war, das von den Parteien untersucht werden musste.[54]

Bis zum Amsterdamer Kongress von 1904 waren diese Untersuchungen so weit gediehen, dass der Kongress auf die von Bax seinerzeit aufgestellte Forderung, wonach die Sozialisten den bewaffneten Widerstand gegen die Kolonialherrschaft organisieren sollten, nicht einmal eintrat. In der einstimmig verabschiedeten Resolution wurden die sozialistischen Parteien aufgefordert, sich allen Eroberungsversuchen von Kolonien und allen Militärausgaben für die Kolonien zu widersetzen. Ausserdem solle der gesetzliche Schutz der Eingeborenen verstärkt und diesen "das Mass von Freiheit und Selbständigkeit" gewährt werden, das "ihre Entwicklung vertragen kann". Das Ziel müsse "die vollständige Emanzipation der Kolonien" sein. Zuletzt wurde noch die Unterstellung der Aussenpolitik unter die Kontrolle des Parlaments verlangt.[55] Es war damit gelungen, der Resolution praxisnähere und mehr auf der Linie der *sozialistischen Kolonialpolitik* liegende Forderungen anzugliedern. Bernstein, der neben Arthur Stadthagen dem Kolonialausschuss des Kongresses als Vertreter der SPD angehörte,[56] konnte denn auch mit diesen Beschlüssen zufrieden sein.

'Die II. Internationale und die Kolonialfrage'; *Monteleone*, 'Der "Jingoismus" und die Parteien der II. Internationale'; *Müller*, 'Sozialdemokratie und Kolonialpolitik vor 1914', 18–21; *Nishikawa*, 'Zivilisierung der Kolonien oder Kolonisierung durch Zivilisation?'; *Paul*, Marx, Engels und die Imperialismustheorie der II. Internationale, 147–62; *Schlesinger*, Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale, 15–37 sowie *Tichelmann*, 'Die Kolonialpolitik der westeuropäischen Sozialdemokratie in der Zeit der II. Internationale'.

53 Prot. Int. London 1896, 18.

54 Prot. Int. Paris 1900, 25–26.

55 Prot. Int. Amsterdam 1904, 23–24.

56 Ib., 4.

Offenbar gehörte gerade der Resolutionstext zur Kolonialpolitik zu jenen Beschlüssen, in denen "das immer tiefere, auf zunehmende Erfahrungen gegründete Eindringen in den behandelten Fragen merkbar zum Ausdruck" komme.[57]

Die Resolution des Amsterdamer Kongresses stellte einen erzwungenen Kompromiss dar. Die sorgsam gehütete Einmütigkeit in dieser Frage begann Risse zu zeigen, die jedoch im Protokoll des Kongresses nicht offen zutage treten. Der von der holländischen Delegation ausgearbeitete Resolutionsentwurf, der vermutlich wegen der fehlenden Unterstützung wieder zurückgezogen wurde,[58] forderte die sozialistischen Parteien explizit auf, ihre eigene "socialistische Colonialpolitik" zu entwickeln. Der Kapitalismus sei "eine unumgängliche Phase der ökonomischen Entwicklung, die auch die Colonieen werden durchmachen müssen".[59] Aufgabe einer *sozialistischen Kolonialpolitik* müsse es deshalb sein, die durch diese Entwicklung verursachten Leiden der Kolonialvölker zu mildern, ohne dabei jedoch "den Gang der Entwicklung zu stören".[60] Dies deshalb, da sich die Zukunft in Richtung "einer engeren Verbindung zwischen den Rassen und Völkern der Erde" bewege. Mit der Entwicklung von Verkehr, Handel und Tourismus würden auch die Rassenvorurteile schwächer. Die Entwicklung schien in Richtung des Zieles der *sozialistischen Kolonialpolitik* zu verlaufen: "grosse ökonomische Mächte, wie die Trusts und Cartelle, organisieren die Menschheit, und sogar die imperialistische Politik wird trotz allem und allem zur Föderation der Völker führen, dem Endziel der socialistischen Colonialpolitik".[61] Henri van Kol, der Verfasser dieses Resolutionsentwurfes und Vorsitzende des Kolonialausschusses des Amsterdamer Kongresses, verzichtete an der Plenarsitzung des Kongresses darauf, seine eigenen Auffassungen zu betonen. Er konnte jedoch zu seiner Befriedigung feststellen, dass die Resolution des Kongresses nun zum ersten Mal "positive Massregeln" enthielt, und wagte eine vorsichtige Formulierung des Kerngedankens der *sozialistischen Kolonialpolitik:* "Wir müssen gegen die gewaltsame Ausdehnung des Kolonialbesitzes protestieren, weil wir Feinde der Greuel jeder Eroberung sind, selbst wenn wir den Kolonialbesitz an sich nicht unbedingt für ein Unglück für das kolonisierende Land halten".[62]

Es stand somit zu erwarten, dass sich auf dem Stuttgarter Kongress von

---

[57] *Bernstein*, 'Die Bilanz des Kongresses'.
[58] *Nishikawa*, 96.
[59] *Van Kol*, 'Über Colonialpolitik', SM 8. II. 1904. 605–06.
[60] Ib., 614.
[61] Ib., 617.
[62] Prot. Int. Amsterdam 1904. 23.

1907 ein offener Konflikt über die Kolonialpolitik nicht mehr vermeiden lassen würde, auch auf die Gefahr hin, dass damit die Einheit der Internationale in Frage gestellt würde. Bei den lokalen Kolonialkonflikten bestand nämlich ständig die Gefahr einer Ausweitung zu einer internationalen Krise. Bis zum Jahre 1907 war es klar geworden, dass Kolonialpolitik und Kriegsgefahr in unmittelbarer Beziehung standen. Im Fernen Osten stritten sich zuerst Japan und China (1894–95) und später Japan und Russland (1904–05) um Einflussgebiete. In Afrika manövrierten sich England und Frankreich an den Rand eines Krieges (Faschoda 1898), und später zeigte die Marokkokrise (1905–06) auf, wie ein örtlicher Kolonialkonflikt fast zu einem europäischen Krieg geführt hätte. Bei den Kolonialkonflikten fand gleichzeitig eine Globalisierung statt; neben den alten Kolonialmächten versuchten ausser Japan auch die Vereinigten Staaten eine Beute zu erhaschen auf der eng gewordenen Erdkugel. Die Verbindung zwischen Kolonialpolitik und Kriegsgefahr wurde am Pariser Kongress der Internationale 1900 sogar auf organisatorischer Ebene berücksichtigt: der Militarismus- und der Kolonialausschuss hielten gemeinsame Versammlungen ab, "weil der Militarismus und die Kolonialpolitik gegenwärtig nur zwei verschiedene Seiten der einen Erscheinung Weltpolitik" seien. Deshalb müsse das Proletariat "der Alliance der imperialistischen Reaktion. . . eine internationale Protestbewegung entgegensetzen".[63]

Die Kolonialpolitik selbst war ausserdem zu einem die innere Einheit der nationalen Parteien gefährdenden Streitpunkt geworden. Der Krieg wurde einmütig abgelehnt, und die einstimmig gegen den Krieg beschlossenen Kampfmassnahmen wurden erst bei Kriegsausbruch auf die Probe gestellt. Die Kolonialpolitik war im Gegensatz dazu ständig präsent, und die streitenden Parteifraktionen vesuchten, auf internationaler Ebene Unterstützung für ihre Ansichten zu erhalten. Zur Zeit des Stuttgarter Kongresses stritten sich die deutschen Sozialdemokraten weiterhin über die Niederlage bei den 'Hottentottenwahlen'. Vor dem Kongress waren auch die belgischen Sozialisten vor ein diffiziles und kompliziertes Problem gestellt worden. Der belgische König Leopold II musste auf internationalen

---

[63] Rede des Vorsitzenden des Militarismusausschusses Rosa Luxemburg, Prot. Int. Paris 1900, 27. Die Verbindung zwischen Kriegsgefahr und Kolonialpolitik wurde erst am Stuttgarter Kongress von 1907 und danach gründlicher analysiert. Darüber näher bei *Haupt*, Socialism and the Great War. 135–60; *Jemnitz*, The Danger of War and the Second International (1911), 40–47, 78–92, 103–11 und 128–35; *Klein/Laschitza/Radlak/Tych*, 'Die Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Imperialismus zwischen den Kongressen in Stuttgart und Basel (1907–1912)' sowie *Steinberg*, 'Die Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Imperialismus zwischen den Kongressen in Stuttgart und Basel (1907–1912) unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Sozialdemokratie'.

Druck den Kongo, sein Privatreich, dem belgischen Staat verkaufen.[64] Die Sozialisten standen bei der Parlamentsabstimmung über diese Frage vor einem Dilemma. Eine Befürwortung hätte im Grunde genommen eine Stellungnahme zugunsten der Kolonialherrschaft bedeutet. An dem im Juni/Juli 1907 ausschliesslich zur Behandlung dieser Frage einberufenen ausserordentlichen Parteikongress widersetzte sich die Mehrheit der Delegierten einer 'Verstaatlichung' des Kongos und forderte demgegenüber dessen Unterstellung unter internationale Verwaltung. Nach Auffassung der von Parteileiter Emile Vandervelde angeführten Minderheit hätte eine 'Internationalisierung' des Kongos eher zu einer Verstärkung der kolonialen Ausbeutung geführt; diese könne von den Sozialisten besser bekämpft werden, wenn sich der Kongo im formellen Besitz des belgischen Staates befinde und die koloniale Verwaltung der Kontrolle des Parlaments unterstehe.[65]

Im Kolonialausschuss des Stuttgarter Kongresses wurde zuerst versucht, eine Auseinandersetzung um die Kolonialpolitik dadurch zu vermeiden, dass eine Resolution vorgeschlagen wurde, die lediglich eine Wiederholung der Resolutionen der früheren Kongresse gewesen wäre.[66] Die 'sozialistischen Kolonialpolitiker' bildeten jedoch die Mehrheit im Ausschuss und wagten deshalb bereits, für ihre Ansichten internationale Anerkennung zu verlangen. Der Kolonialausschuss zeigte sich aus diesem Grunde ausserstande, der Plenarsitzung einen einstimmig verabschiedeten Resolutionsentwurf vorzulegen, und es wurde zwischen zwei verschiedenen Resolutionsentwürfen abgestimmt. Die Unterschiede beschränkten sich allerdings nur auf die Einleitung, im übrigen waren die Resolutionsentwürfe identisch. Einstimmigkeit herrschte im Ausschuss beispielsweise darüber, dass der Kongress "die jetzige Kolonisationsmethode" verurteilen sollte, "die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Völker zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Lasten der Proletarier steigen". Diese "verschwindende Minderheit", die Kapitalisten, sollte selbst für die Kosten der Kolonialpolitik aufkommen.[67]

Bei der Betrachtung dieser allseits gutgeheissenen Resolution ohne die Einleitungen fällt auf, dass – trotz der scharfen und anklagenden Ausdrucksweise – das Kolonialsystem an sich nicht in Frage gestellt wurde.

---

[64] Der Kongo ging am 15.11.1908 formell in den Besitz des belgischen Staates über. *Stengers*, 'The Congo Free State and the Belgian Congo before 1914', 288.
[65] *Braunthal*, 313–16 und M. *Steinberg*, 'Belgique: La Crise congolaise dans le parti ouvrier Belge (1907–1908)'.
[66] Prot. Int. Stuttgart 1907, 111.
[67] Ib., 24.

Die Kolonialpolitik durfte ja fortgesetzt werden, falls sie nur von den Kapitalisten selbst finanziert wurde. Gemäss der herrschenden Auffassung erhielten die Kapitalisten die Mittel, die ihnen zur Finanziering der Kolonialpolitik zugestanden wurden, aus dem auf der Mehrarbeit der Arbeiter beruhenden Mehrwert. Wäre so nicht auch die von der Resolution geforderte 'rein' kapitalistische Kolonialpolitik auf Kosten der Arbeiter finanziert worden, d.h. de facto in gleicher Weise wie die 'staatliche' Kolonialpolitik, die ihre Mittel aus der Besteuerung der Arbeiter bezog?

Da das Kolonialsystem an sich nicht in Frage gestellt wurde, drehte sich die Debatte um die Einstellung zur herrschenden Kolonialpolitik. Die unterschiedlichen Auffassungen kamen in den abweichenden Einleitungstexten zum Ausdruck. Die Mehrheit des Kolonialausschusses schlug folgende Version vor:

> "Der Kongress stellt fest, dass der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen – besonders aber für die Arbeiterklasse – stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können".[68]

Der Vorsitzende des Kolonialausschusses van Kol begründete diese Einleitung damit, dass ein grundsätzlicher Widerstand gegen die Kolonialpolitik "in schärfstem Widerspruch mit den Tatsachen und der Wahrheit" gestanden wäre. Erstens habe es Kolonien gegeben seit den Anfängen des menschlichen Geschlechtes und zweitens werde der Kapitalismus in den Kolonien eine ebenso notwendige Phase der Entwicklung sein wie in Europa. Aufgrund dieser Prämissen argumentierte van Kol zugunsten der *sozialistischen Kolonialpolitik*. Zu einer Zeit, als die Sozialisten noch "an die Katastrophentheorie glaubten", hätten sie sich damit begnügt, "gegen den Kapitalismus lediglich zu protestieren", jetzt hätten sie jedoch "die Pflicht erkannt, gegen den Kapitalismus auch zu handeln". Gegen den Kapitalismus könne auch auf dem Gebiete der Kolonialpoltik gehandelt werden. Die vorherrschende "imperialistische" Ausrichtung der Kolonialpolitik sei nicht notwendig, die Kolonialpolitik könne "auch demokratisch" sein. Van Kol meinte damit, dass eine Reform der Kolonialpolitik bereits in den Bereich des Möglichen gerückt sei und die Sozialisten deshalb ein kolonialpolitisches Reformprogramm ausarbeiten müssten. Die holländischen Sozialisten hatten ein solches bereits seit langem ausgearbeitet; dies sei von den deutschen Sozialdemokraten versäumt worden und habe zu der Wahlniederlage geführt. Die Niederlage der SPD sei darauf zurückzuführen,

---

[68] Ib., 24 und 112.

dass die Partei "nichts für die Entwicklung der deutschen Kolonien" getan, sondern sich darauf beschränkt habe, "die Notwendigkeit und Nützlichkeit von Kolonien zu bestreiten". Das kolonialpolitische Programm der Sozialisten müsse auf der Auffassung gründen, dass "der Sprung vom Barbarismus zum Sozialismus" unmöglich sei. Aufgabe der Sozialisten in den Kolonien sei deshalb "den Übergang vom Feudalstaat in den modernen Staat, durch den Kapitalismus zum Sozialismus" zu erleichtern.[69]

Bernstein ergänzte die Stellungnahme van Kols.[70] Er bemerkte, dass es nicht um die Verteidigung der "kapitalistischen Kolonialpolitik" gehe, da diese von allen verurteilt werde, sondern dass es sich lediglich darum handle, "wie wir dieser Gegnerschaft Ausdruck geben". Nachdem er sein oft verwendetes moralisches und politisches Gleichnis vom proportionalen Anstieg der Macht und der Verantwortung der Sozialdemokraten vorgetragen hatte, fuhr er fort: "Wir dürfen deshalb auch in der Kolonialpolitik nicht einen rein negativen Standpunkt einnehmen, sondern wir müssen eine positiv sozialistische Kolonialpolitik treiben". Die utopistische Idee, die Kolonien kurzweg zu verlassen, müsse deshalb aufgegeben werden. Eine logische Folge dieser Forderung wäre z.B. die Rückgabe der Vereinigten Staaten an die Indianer gewesen. Die von Bernstein skizzierte verantwortliche Einstellung setzte hingegen "eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker gegenüber Nichtkulturvölkern" voraus. Dies bedeute auch die Pflege und Nutzung der Rohstoffquellen in den Kolonien, "mit denen die Eingeborenen gar nichts anzufangen wussten". Nach Auffassung Bernsteins entsprach dies auch der Meinung Marx', denn dieser habe im *Kapital* festgestellt, dass die Erde nicht "einem einzigen Volke, sondern der Menschheit" gehöre.[71] Bernstein ging sogar noch weiter als van Kol und unterstützte den Antrag des Franzosen Rouanet, der die Sozialisten auffor-

---

[69] Ib., 25–28 und 36–37. S. auch *van Kol*, 'Über Colonialpolitik', 613. Das Kolonialprogramm der holländischen Sozialisten findet sich beispielsweise im Artikel *Vliegens*, 'Die niederländische Sozialdemokratie und die Kolonialpolitik', NG 3, Bd. 5 81907), 494–95. Im grundsätzlichen Teil des Programmes wird als "Zweck" der Kolonialpolitik "das Wohl der Eingeborenen, ihre physische, intellektuelle und moralische Entwicklung" angegeben. Anstelle "der selbstsüchtigen Verwaltung und kapitalistischen Ausbeutung" sollte in den Kolonien "eine Politik der moralischen Verantwortlichkeit" herrschen. In der Praxis bedeutete dies unter anderem die Erweiterung der politischen Rechte der Eingeborenen, die teilweise Übertragung der Verwaltungsaufgaben an die Eingeborenen und die Entwicklung des Schul-, Gesundheits- und Verkehrswesens der Kolonien.

[70] Prot. Int. Stuttgart 1907, 28–29.

[71] Das von Bernstein bereits an anderer Stelle (Voraussetzungen, 150) verwendete Marx-Zitat lautet wie folgt: "Selbst eine Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutzniesser, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen". *Marx*, Das Kapital, III, *Marx & Engels*, Werke, Bd. 25, Berlin 1973 (1894), 784.

derte, Druck auf ihre Regierungen auszuüben zur Schaffung eines internationalen Schutzrechtes für die Eingeborenen.[72] Obschon internationale Verträge "mangelhaft" seien, stellten sie doch "immerhin einen Fortschritt" dar. Jedoch nicht in allen Fällen: Bernstein unterstützte nicht die Überführung des Kongos in internationale Verwaltung, da ein Kongo in belgischem Besitz die parlamentarische Kontrolle der Kolonialpolitik ermöglichte.

Wie Bernstein und van Kol forderten auch die übrigen 'sozialistischen Kolonialpolitiker' die Sozialisten auf, die Realitäten anzuerkennen: die Kolonialpolitik sei, ob man es wolle oder nicht, ein Faktum, das durch Proteste nicht aus der Welt zu schaffen sei.[73] David fasste den kolonialpolitischen Reformismus in vier Sätzen zusammen:

> "Der Sozialismus ist in keiner Weise nur Kritik. Er hat überall ein positives Ideal, ein Ziel, das nur durch schrittweise Reformen zu erreichen ist. Aus unserem positiven kolonialpolitischen Ideal rechtfertigt sich unsere reformatorische Tätigkeit auf diesem ganzen Gebiete. Das gibt unserer Tätigkeit das grosse Überwältigende, die Gewissheit des Sieges".[74]

An der Plenarsitzung schienen die 'sozialistischen Kolonialpolitiker' auf die Verliererseite zu geraten. Ihre Gegner griffen besonders den ersten Satz in der Einleitung des Resolutionsentwurfes an, wo festgestellt wurde, dass der Nutzen der Kolonien für die Arbeiterklasse übertrieben worden sei; dies implizierte die Auffassung eines zumindest beschränkten Nutzens der Kolonien für die Arbeiterklasse. David sah ein, dass die Ansicht von der grundsätzlichen Akzeptanz der Kolonialpolitik an dieser Stelle unglücklich formuliert worden war, und er konnte die deutsche Delegation — "gegen drei oder vier Stimmen" — dazu bringen, anstelle dieser "etwas ungeschickten Formulierung" dem Kongress eine neue Einleitung vorzuschlagen, die auch von van Kol gutgeheissen wurde:[75]

---

[72] Rouanet sah sich gezwungen, seinen Antrag wegen ungenügender Unterstützung wieder zurückzuziehen, Prot. Int. Stuttgart 1907, 36. An der Plenarsitzung unterstützte ausser Bernstein nur noch Ramsay MacDonald seinen Antrag, ib., 33. Entscheidend für seinen Rückzug war, dass van Kol sich ihm widersetzte, ib., 27.

[73] Z.B. MacDonald, ib., 33; Rouanet, ib., 36 und 111; Terwagne (Belgien), ib., 111 und Pernerstorfer (Österreich), ib., 112.

[74] Ib., 38.

[75] Ib., 34 und *David*, 'Zur Aufklärung über die Kolonialabstimmung in Stuttgart', Münchener Post, 30.8.1907. Die SPD verfügte über 189 offizielle Vertreter am Kongress, Prot. Int. Stuttgart 1907, 130.

"In der Erwägung, dass der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, verwirft der Kongress nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann".[76]

Diese Einleitung war insofern geschickter formuliert, als dass darin – in einer für die Revisionisten ungewohnten Weise – stärker als bisher auf die sozialistische Zukunft verwiesen wurde.[77] Es schien so möglich, den Kongress zu einer grundsätzlichen Gutheissung der Kolonialpolitik zu bewegen. David hatte bereits im Kolonialausschuss eine ähnliche Einleitung vorgeschlagen, war damit jedoch nicht durchgedrungen.[78]

Kautsky, der unter stürmischem Beifall die Rednertribüne bestieg und sich darauf vorbereitet hatte, gegen die von der Mehrheit des Kolonialausschusses ausgearbeitete Einleitung Stellung zu beziehen, musste nun "leider" auch die von der deutschen Delegation vorgeschlagene neue Einleitung ablehnen.[79] Er wunderte sich, wie es gelungen sei, der deutschen Delegation die *sozialistische Kolonialpolitik* schmackhaft zu machen und fand dafür zwei Gründe. Erstens sei die *sozialistische Kolonialpolitik* ein neuer, "plötzlich über Nacht aufgetauchter" Gedanke. Kautsky stellte sich unwissend und behauptete, "bisher" nichts von diesem Gedanken gehört zu haben. Eine einleuchtendere Erklärung für das Verhalten der deutschen Delegation sah er jedoch darin, dass die *sozialistische Kolonialpolitik* mit zwei an sich richtigen Gedanken verknüpft worden war, die jedoch mit der Kolonialpolitik "tatsächlich gar nichts" zu tun hätten. Es sei erstens richtig zu denken, dass die Kolonien nicht ausser Acht gelassen werden dürften, dass die Sozialisten "soviel als möglich für sie positiv tätig sein müssen". Die Aufgaben der Sozialisten in den Kolonien seien dieselben wie im

---

[76] Prot. Int. Stuttgart 1907, 34. Die Haltung der deutschen Delegation erklärt sich z.T. daraus, dass die Hälfte der Delegation von den reformistisch eingestellten Gewerkschaften gewählt worden war und dass die Reformisten auch bei der Wahl der übrigen Delegierten einigen Einfluss ausüben konnten, da diese von den Parteiorganen der Einzelstaaten und nicht am Parteikongress gewählt wurden. *Schorske*, 80. – Die Gewerkschaftsvertreter betonten die Rolle der Kolonien als Rohstoffquelle der Industrie, s. z.B. E. *Fischer*, 'Baumwollfrage und Kolonialpolitik', NG 3, Bd. 5 (1907), 554–61 und *Hue*, 'Kolonialpolitisches', ib., Bd. 4 (1907), 115–21.

[77] Clara Zetkin nahm dies denn auch zum Anlass für die ironische Bemerkung, dass sich gerade diejenigen über die Hörbarkeit der "Zukunftsmusik" besorgt zeigten, "die die sozialistische Umwälzung überhaupt nur als ein vages Nebelbild in unendlicher Ferne zu betrachten pflegen". *Zetkin*, 'Der Internationale Sozialistische Kongress zu Stuttgart', Die Gleichheit Nr. 18, 2.9.1907.

[78] Prot. Int. Stuttgart 1907, 111–12.

[79] Ib., 34–35.

Mutterlande: auch in den Kolonien müsse "Sozialpolitik und demokratische Politik" betrieben werden. Eine *sozialistische Kolonialpolitik* sei jedoch "ein vollständiger logischer Widerspruch", da die Kolonialpolitik "die Eroberung und gewaltsame Festhaltung eines überseeischen Landes" bedeute.

Die andere an sich richtige Auffassung sei, dass die Sozialisten in den Kolonien "Zivilisationspolitik" zu betreiben hätten. Diese dürfe jedoch nicht wie die Kolonialpolitik gewaltsam sein. Die Erfahrung hatte gemäss Kautsky gezeigt, dass entgegen einem weitverbreiteten Fehlurteil "niedrigstehende Völker" die "Zivilisation" sogar gerne entgegennahmen, wenn "man den Wilden freundlich entgegenkommt". Bei der Verwendung von Gewalt verwürfen sie jedoch "mit der fremden Herrschaft auch die fremde Kultur".[80] "Erste Vorraussetzung" für die Hebung des Zivilisationsstandes der "Naturvölker" sei es, ihr Vertrauen zu gewinnen. Dies wiederum sei nur dadurch möglich, "dass wir ihnen die Freiheit geben". Kautsky präzisierte nicht näher, wie die Befreiung der Kolonialvölker vorangetrieben werden sollte; jedenfalls hielt er sie für möglich. Er wunderte sich, wie Bernstein sich die "Theorie" angeeignet haben konnte, dass andere Völker zum Herrschen und andere zum Beherrschtwerden bestimmt seien, dass es Völker gebe, "die Kinder seien und nicht imstande wären, sich selbst zu verwalten". Kautsky bemerkte spöttisch, dass Bernsteins Argumentation eine Variation des alten Satzes sei, "der die Grundlage allen Despotismus bildet, dass der eine auf die Welt kommt mit Sporen an den Füssen, der andere mit dem Sattel auf dem Rücken, um die Ersten zu tragen". In gleicher Weise argumentierten auch die amerikanischen Sklavenbesitzer, indem sie behaupteten, "die Kultur beruhe auf der Zwangsarbeit der Sklaven, und das Land würde in die Barbarei zurückfallen, wenn die Sklaverei beseitigt würde". Kautsky nahm wie erwartet auch zu dem von Bernstein verwendeten Marx-Zitat Stellung und bezeichnete dessen Interpretation wie erwartet als falsch: Marx habe zwar festgestellt, dass die Erde der Menschheit gehöre, "die Menschheit aber treibt heute keine Kolonialpolitik" und ausserdem habe Marx nicht gesagt, dass die Erde "den kapitalistischen Nationen" gehöre.

Kautskys Argumentation gründete sich z.T. darauf, dass er Bernstein,

---

[80] Van Kol, der mehrere Jahre auf Java als Ingenieur tätig gewesen war, verspottete mit dem Prestige seiner Erfahrungen die Auffassung Kautskys (ib., 34), wonach "den Wilden. . . Werkzeuge und Hülfsmittel der höheren Zivilisation" gebracht werden könnten. "Wenn wir nun eine Maschine zu den Wilden Zentralafrikas bringen, was werden sie damit tun?" fragte van Kol und lieferte die Antwort gleich selbst: "Vielleicht werden sie einen Rundtanz darum aufführen (Grosse Heiterkeit) oder auch die grosse Zahl ihrer Abgötter um einen vermehren." (Heiterkeit), ib., 37.

den 'Renegaten' des Marxismus, als die Personifizierung der *sozialistischen Kolonialpolitik* darstellte. Dieselbe Methode verfolgte auch Ledebour, jedoch in noch gröberer und rücksichtsloserer Weise. Durch die Befolgung von Bernsteins "Methode der Kolonialpolitik" gelange man "in den kapitalistischen Sumpf". Ledebour erwähnte als warnendes Beispiel den Umstand, dass sich Bernstein "mit einigen Fabiern und englischen Sozialisten im Burenkriege auf die Seite der englischen Jingos" geschlagen und sogar "für die Unterjochung Transvaals durch England" Stellung bezogen habe; damit sei er "imperialistischer als selbst die englischen Liberalen" gewesen. Ledebour erinnerte die Kongressteilnehmer weiter daran, dass Bernstein die gewaltsame Besetzung Kiautschous durch Deutschland gutgeheissen habe, wofür ihn Reichskanzler Bülow – "der sich ja jede Dummheit eines Revisionisten gern zunutze macht" – "als grosses Licht gefeiert" habe.[81]

Kautsky forderte den Kongress auf, den Einleitungsentwurf der deutschen Delegation zurückzuweisen und den Vorschlag der Minderheit des Kolonialausschusses gutzuheissen:

> "Der Kongress ist der Ansicht, dass die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muss. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten. Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Kollektivkräfte zu steigern, zerstört durch Versklavung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische verwüstende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwickelung des Handels und des Absatzes der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten. Der Kongress verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwickelung der gesamten Menschheit stellt".[82]

Diese Einleitung wurde mit knapper Mehrheit (127–108) gutgeheissen.[83] Das Auffällige am Abstimmungsresultat ist, dass die Befürworter der *sozi-*

---

[81] Ib., 30.
[82] Ib., 25.
[83] Ib., 38–39.

alistischen Kolonialpolitik vor allem bei den Parteien der Kolonialmächte und deren Gegner vor allem bei den Parteien der Kolonien, der Halbkolonien und der Kleinstaaten zu finden waren. Das Kolonialsystem zeigte sich so in besonderer Weise auch am Kongress der Internationale.

Es gelang jedoch, am Kongress scheinbare Einmütigkeit zu erzielen. Die nächste Abstimmung betraf die von der Minderheit des Kolonialausschusses vorgeschlagene Einleitung, die gerade die Mehrheit der Stimmen an der Plenarsitzung auf sich hatte vereinigen können und der noch der Schlussteil des Resolutionsentwurfes, der von Kolonialausschuss einstimmig gutgeheissen worden war, angefügt wurde. Der nun folgende Ablauf der Vorgänge an der Plenarsitzung des Kongresses versetzte dem Ansehen der SPD beträchtlichen Schaden. David forderte die Delegation der SPD auf, gegen die vorgeschlagene Resolution zu stimmen, was auch konsequent gewesen wäre, da die deutsche Delegation gerade gegen die von der Minderheit des Kolonialausschusses vorgeschlagene Einleitung Stellung bezogen hatte. Der Vorsitzende der Plenarsitzung des Kongresses und zweite Vorsitzende der SPD Paul Singer führte in der Delegation der SPD rasch eine Abstimmung nach Handmehr durch. Gemäss der ebenso raschen Auszählung Singers entschied sich die Delegation nun "mit grosser Mehrheit" zugunsten der Resolution. Damit konnte die Resolution vom Kongress 'einstimmig' verabschiedet werden, unter Stimmenthaltung der holländischen Delegation.[84]

Bei einer oberflächlichen Betrachtung scheint der Streit um die zwei verschiedenen Einleitungstexte ohne weitere Bedeutung zu sein, da ja in bezug auf die übrigen Teile der Resolution, beispielsweise die Notwendigkeit des Schutzes der Eingeborenen, Einstimmigkeit herrschte. Einleitungen verfolgen jedoch den Zweck, den Leser zu einer bestimmten Lesart der Texte zu veranlassen; die gleiche Resolution mit verschiedenen Einleitungen versehen vermittelt dem Leser verschiedene Bedeutungsinhalte. Die konkurrierenden Einleitungstexte des Stuttgarter Kongresses legten die

---

[84] Ib., 39–40. Der Hauptprotagonist des Zwischenfalles David behauptete, offenbar zu Recht, dass das Resultat der Abstimmung nach Handmehr sehr zweifelhaft gewesen sei. Die Mitglieder der deutschen Delegation seien im Sitzungssaal verstreut und ausserdem "zum grossen Teil unter den Galerien hinter den Säulen" gesessen. David nahm an, dass eine sorgfältigere Auszählung "möglicherweise" ein anderes Resultat ergeben hätte, *David*, 'Zur Aufklärung über die Kolonialabstimmung in Stuttgart'. – Zur Diskussion über das Verhalten der deutschen Delegation s. auch die Rede Kautskys in Leipzig am 30.8.1907, LV Nr. 202, 31.8.1907; 'Sozialdemokratie und Kolonialpolitik', Vorwärts Nr. 201, 29.8.1907; 'Zur Kolonialresolution', ib., Nr. 203, 31.8.1907; 'Berichterstattung über den Stuttgarter Kongress', ib., Nr. 207, 5.9.1907; 'Aus der Partei', ib., 208, 6.9.1907; 'Die Kolonialresolution und die deutsche Delegation', ib., Nr. 209, 7.9.1907 und *Vollmar*, 'Über Kolonialpolitik, Militarismus und Stuttgarter Resolution', Rede in München, 7.10.1907, IISG, VN 3501.

Haltung zur herrschenden Kolonialpolitik, d.h. den Ansatzpunkt und die Richtung der kolonialpolitischen Reformtätigkeit fest. In diesen unterschiedlichen Einleitungstexten kamen zwar nicht diametral entgegengesetzte Einstellungen zur Kolonialpolitik zum Ausdruck. Im Einleitungstext der Mehrheit des Kolonialausschusses wurde die Kolonialpolitik und das Kolonialsystems eindeutig gutgeheissen, während der Text der Ausschussminderheit die herrschende 'kapitalistische' Kolonialpolitik zwar viel kritischer beurteilte, das Kolonialsystem an sich jedoch auch nicht zur Gänze ablehnte. Die in dieser Einleitung verwendeten Ausdrücke "kapitalistische Kolonialpolitik" und "kapitalistische Kolonisation" implizierten die Möglichkeit einer anders gearteten Kolonialpolitik. Obschon es in den Einleitungen 'in letzter Instanz' lediglich um graduelle Unterschiede der Kapitalismuskritik ging, waren diese graduellen Unterschiede doch deutlich vorhanden. Die Abstimmung über die Einleitungstexte bedeutete also gleichzeitig eine Stellungnahme zu den Zielsetzungen der Arbeiterparteien und zu den Grundlagen der Reformtätigkeit. Das Abstimmungsergebnis machte die unterschiedlichen Auffassungen in dieser Frage deutlich.

Unter den Zeitgenossen herrschte Einigkeit über die Uneinigkeit. Joseph Bloch machte die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* darauf aufmerksam, dass es die "die Delegierten der eigentlichen Kolonialländer", die Experten also, gewesen seien, die sich für die *sozialistische Kolonialpolitik* entschieden hätten. An den Diskussionen am Kongress und weniger "in dem Zufall der Abstimmung" könne man "die Richtung erkennen, in der die Politik der sozialistischen Parteien in kolonialen Dingen sich bewegen" werde.[85] Zur gleichen Beurteilung gelangten auch Bernstein und David.[86] Clara Zetkin wiederum sah sich gezwungen, auf die "schmerzliche" Tatsache hinzuweisen, dass anders als am Amsterdamer Kongress vor drei Jahren – als die gegen den Revisionismus gerichtete Resolution des Dresdener Parteitages "das revolutionäre Leitmotiv der Verhandlungen des proletarischen Weltparlamentes bildete" – in Stuttgart "die grundsätzliche Auffassung des Sozialismus" vielfach gegen die Deutschen gesiegt habe und dass in den meisten Fragen gerade die Deutschen "die Wortführer des Opportunismus" gewesen seien. Zetkin sah sich zu der Feststellung genötigt, dass die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft auf deutschem Boden die "geistige Führerschaft" verloren hätten. Sie gab jedoch nicht die Hoffnung auf, dass

---

[85] Politische Rundschau, SM 11, II, 1907, 785. Desgleichen ib., 880–81 und ib., SM 12, I, 1908, 56.
[86] Bernsteins Rede in Breslau, 5.9.1907, Vorwärts Nr. 209, 7.9.1907 und *David*, 'Zur Aufklärung über die Kolonialabstimmung in Stuttgart'.

sich "das alte Banner als Führerin" auf dem nächsten Kongress zurückerobern lassen würde.[87]

Eines der meistdiskutiertesten und heissesten Themen des nach dem Kongress abgehaltenen Essener Parteitages der SPD war das Stimmverhalten der deutschen Delegation in Stuttgart. Man kritisierte, dass die Delegation durch ihre Stellungnahme gegen den Einleitungsentwurf der Ausschussminorität für "kapitalistische" Kolonialpolitik optiert habe.[88] Zum Abschluss der erregten Diskussion hiess der Parteitag jedoch "einstimmig" die kolonialpolitische Resolution des Stuttgarter Kongresses gut,[89] so dass es aussah, als ob auch die am Parteitag anwesenden 'sozialistischen Kolonialpolitiker' die herrschende Kolonialpolitik mit scharfen Worten verurteilt hätten.

Wie war dies möglich? Dadurch, dass die Auseinandersetzung von der Parteileitung zur Wortklauberei verwässert wurde. Gemäss Bebel ging es beim Disput um die *sozialistische Kolonialpoltik* in Tat und Wahrheit nur um die Zukunft, um Prinzipien, die erst in der Zukunft Bedeutung erlangten. Eine Auseinandersetzung darüber sei unnütz, da der Sozialismus noch nicht erreicht sei und ein konkretes Streitobjekt damit fehle; mit dem "Streit um des Kaisers Bart" werde lediglich Tagungszeit sinnlos verschleudert.[90] Bebel beendete den Disput durch eine geschickt abgefasste Rede zum Tagungsablauf, in der er bemerkte, dass die Aufgabe des Parteitags lediglich darin bestehe, über die Gutheissung der Stuttgarter Resolution zu entscheiden.[91] Der Entscheid fiel nun einstimmig für die Gutheissung aus. Die Gegner der *sozialistischen Kolonialpolitik* legten dies als Unterstützung für ihre Haltung aus, während die 'sozialistischen Kolonialpolitiker' darin keinen Agriff auf ihre Positionen sahen. Um die Einheit der Partei nicht zu gefährden, wollte die Parteileitung die Resolution des Stuttgarter Kongresses nicht als Verurteilung der *sozialistischen Kolonialpolitik* interpretieren.[92] Die am Parteitag anwesenden 'sozialistischen Kolonialpo-

---

87 *Zetkin*, 'Der Internationale Sozialistische Kongress zu Stuttgart'. Am Amsterdamer Kongress der Internationale wurde der Revisionismus mit den Worten der am Dresderner Parteikongress gutgeheissenen Resolution verrurteilt, Prot. Dresden 1903, 418–19 und Prot. Int. Amsterdam 1904, 31–32 und 49.

88 Prot. Essen 1907, 269–70 und 274–76 (Ledebour); 279–80 (Laufenberg); 281–82 (Wurm); 282–83 und 290–91 (Kautsky); 283 (K. Liebknecht); 284–85 (Stadthagen) und 285 (Block).

89 Ib., 292.

90 Ib., 271–72. Desgleichen Singer, ib., 266 und auch *Vollmar*, 'Über Kolonialpolitik, Militarismus und Stuttgarter Kongress', Rede in München, 7.10.1907, IISG, VN 3501.

91 Prot. Essen 1907, 287.

92 S. bes. die Reden Singers, ib., 266–69 und 291–92. Über die Einstellung Bebels cf. *Maehl*, August Bebel, 428–31 und *Pachter*, 211–12. Bernstein übertrieb nicht, als er bemerkte: "August Bebel fürchtete nichts so sehr wie eine Spaltung", Bernstein an L. und K. Kautsky, 15.10.1931, IISG, KN DV 561.

litiker' begriffen die Situation und verzichteten auf die Verteidigung ihrer Ansichten; sie versuchten lediglich, die gegen sie gerichteten persönlichen Angriffe abzuwehren.[93] Bebel hatte für sie Partei ergriffen und wurde deshalb auch scharf kritisiert.[94] Er wahrte die Einheit der Partei, indem er die *sozialistische Kolonialpolitik* in Bernstein personifizierte: "mit Ausnahme Bernsteins" habe sich die "ungeheure Mehrheit" der Partei – seiner Meinung nach auch David – nicht von der kolonialpolitischen Linie der Partei entfernt.[95]

Bernstein war sich ebenfalls im klaren über die Situation und hielt eine Teilnahme am Parteitag nicht für notwendig; er konnte darauf vertrauen, dass seine kolonialpolitischen Ansichten auch ohne ihn über genügend Anhänger verfügten.[96] Diese Entscheidung erwies sich im Hinblick auf das Fortschreiten der *sozialistischen Kolonialpolitik* und des Revisionismus als weise, da damit auf dem Parteitag die 'Verkörperung' der *sozialistischen Kolonialpolitik* fehlte und eine Eskalation der Auseinandersetzung zu einer Grundsatzdiskussion verhindert wurde, die dem Revisionismus abträglich gewesen wäre.

Nach Meinung Kautskys ging es jedoch in Stuttgart und Essen nicht 'um des Kaisers Bart', sondern um wichtige und entscheidende sachliche Differenzen. Kautsky hielt die Kolonialfrage für die "wichtigste" politische Frage zum damaligen Zeitpunkt, die zugleich für das Proletariat "vielleicht" auch "die schwierigste" sei, da es um "völlig fremdartige Verhältnisse" für die Arbeiterschaft gehe, bei denen "der blosse Klasseninstinkt nicht weit" helfe.[97] Kautsky verfasste deshalb im Herbst 1907 in der für ihn charakteristischen "durchsichtigen und klaren Weise"[98] die Schrift *Sozialismus und Kolonialpolitik*. Er betonte in der Einleitung, dass die Zukunft "zum grossen Teil" vom aktuellen Handeln der Partei bestimmt werde und dass andererseits die aktuelle Tätigkeit "erheblich" von den in die Zukunft projizierten Zielen, vom Zukunftsbild abhänge,[99] was einen versteckten Seitenhieb auf Bebel darstellte.

In seiner Schrift versuchte Kautsky aufzuzeigen, dass die Entwicklung in

---

93 Cf. Prot. Essen 1907, 278–79 und 285–87 (David) sowie 288–90 (Richard Fischer).
94 Ib., bes. 274–75 (Ledebour); 280 (Laufenberg); 282 (Wurm) und 285 (Block).
95 Ib., 287.
96 Bernsteins Rede in Breslau, 5.9.1907 und die darüber geführte Diskussion, Vorwärts Nr. 209, 7.9.1907. Bernstein führte aus, er halte die Vorbereitung auf den Ende November tagenden Parteitag der preussischen Sozialdemokraten, dessen wichtigste Tagesordnungspunkt die Stellungnahme zu den preussischen Landtagswahlen war, für wichtiger, ib.
97 *Kautsky*, 'Der Essener Parteitag', NZ 25, II, 1906–07, 855.
98 'Sozialismus und Kolonialpolitik', LV Nr. 259, 7.11.1907.
99 *Kautsky*, Sozialismus und Kolonialpolitik, Berlin 1907, 4–5. S. auch *'ap'* (Anton *Pannekoek?*), ' "Sozialistische Kolonialpolitik" ' LV Nr. 214, 14.9.1907 sowie Stellungnahme des *Vorwärts*, 'Um des Kaisers Bart?', Nr. 221, 21.9.1907.

immer rascherem Tempo auf den Sozialismus hin steuere. Der Kapitalismus habe sich monopolisiert und beginne, mit staatlicher Unterstützung Kapital in die Kolonien zu exportieren, was zu einer Kongruenz der kapitalistischen und der staatlichen Interessen führe. Alle Länder seien bestrebt, ihre Kapitalisten durch Schutzzölle und die Verstärkung der Rüstung zu schützen, was die Entwicklung der Produktivkräfte verhindere. Der Sozialismus sei somit "heute schon eine ökonomische Notwendigkeit geworden, die Zeit seines Kommens nur noch eine Frage der Macht".[100]

Problematisch war jedoch gerade 'die Frage der Macht', d.h. der Eroberung der politischen Macht. Das Proletariat sei dazu nicht alleine imstande, da es eine Minderheit innerhalb der Bevölkerung darstelle. Jedoch nur vorübergehend; die Kräfteverhältnisse änderten sich. Im Konzentrationsprozess des Kapitals finde eine Proletarisierung der Bauern und der Kleinunternehmer statt. Die Arbeiterklasse dürfe sich jedoch nicht auf die Seite des Kleinbürgertums stellen, wenn dieses gegen den technischen Fortschritt des sich monopolisierenden Kapitalismus ankämpfe, sondern nur dann, wenn das Kleinbürgertum von den Kapitalisten mit staatlicher Unterstützung unterdrückt würde. "Genau" in der gleichen Weise habe man sich gegenüber den Objekten der herrschenden Kolonialpolitik, "den rückständigen agrarischen Völkern" zu verhalten. Die Verbreitung der Produktionsweise des technisch fortgeschrittenen Kapitalismus in den Gebieten dieser Völker dürfe nicht verhindert werden und demzufolge dürften die Sozialdemokraten auch den bewaffneten Widerstand gegen die Kolonialherrschaft nicht unterstützen: "So sehr wir solche Rebellionen begreifen und so sehr wir mit den Rebellen fühlen, sie fördern kann die Sozialdemokratie nicht, ebensowenig wie sie aussichtslose Putsche des Proletariats in Europa selbst fördert".[101] Die "Sympathien des kämpfenden Proletariats" seien dennoch auf der Seite der gegen die Fremdherrschaft kämpfenden Kolonialvölker. "Die Förderung des Kapitalismus" sei hingegen, wie Kautsky mit Blick auf die 'sozialistischen Kolonialpolitiker' bemerkte, "die historische Aufgabe der Kapitalistenklasse, und wir können ihr diese Aufgabe ganz ruhig überlassen". "Die historische Aufgabe des Proletariats" sei die "Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung und damit auch des Kapitalismus".[102] Auf dem Gebiete der Kolonialpolitik bedeute die Erledigung dieser Aufgabe das Bestreben zur Ausdehnung der Selbstverwaltung

---

[100] *Kautsky*, Sozialismus und Kolonialpolitik, 44–45, 37 und 65–67.

[101] Ib., 60–62 und 75–76. Ebenso in der Rede Kautskys am Dresdener Parteitag, Prot. Dresden 1903, 389–90 und in seiner Nachbemerkung zum Artikel von *Bax*, 'Ein weitverbreiteter Fehlschluss', 250.

[102] *Kautsky*, Sozialismus und Kolonialpolitik, 59–60 und 76. Cf. *Kautsky*, 'Methoden der Kolonialverwaltung', NZ 26, I, 1907–08, 621.

der Eingeborenen. Es sei jedoch wahrscheinlich, dass die vollkommene Befreiung der Kolonialvölker erst nach der Verwirklichung des Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern, den Kolonialmächten, möglich sein werde. Die Forderung nach der Aufgabe der Kolonien dürfe deshalb nicht als praktischer Vorschlag angesehen werden, der umgehend verwirklicht werden müsse. Solange der Kapitalismus herrsche, habe diese Forderung "nur den Wert eines Kompasses", der die Richtung der sozialistischen Politik anzeige.[103]

Kautskys Ansicht war in sich logisch: so wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern, müsse man sich auch in den Kolonien auf den unvermeidlichen Umsturz des Kapitalismus vorbereiten und so wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine 'Revolutionsmacherei' chancenlos sei, stellten auch die Aufstände der Kolonialvölker gegen die Kolonialherrschaft eine nutzlose Kraftvergeudung dar.

Kautsky fügte zur Unterstützung seiner Schlussfolgerungen einen Auszug aus einem Brief Engels', den er im Jahre 1882 erhalten hatte, bei. Engels stellte darin fest, dass die Befreiung der Kolonien erst möglich sein werde nach der Verwirklichung des Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern, d.h. nachdem diese Länder "reorganisiert" worden seien.[104] Bernstein veröffentlichte jedoch ebenfalls Auszüge aus den Briefen, die er von Engels erhalten hatte und die seiner Meinung nach den Schluss zuliessen, dass Engels den Sozialdemokraten die Gutheissung der Kolonialpolitik an sich gestattet hätte; lediglich die 'Methoden' der Kolonisation dürften kritisiert werden.[105] Die Ratschläge Engels' gründeten auf der Auffassung, dass die Sozialisten zuerst die Revolution in den entwickelten kapitalistischen durchzuführen hätten und erst danach Überlegungen anstellen könnten zur Befreiung der Kolonien. Dies wurde von Bernstein verschwiegen, während Kautsky es lediglich wiederholte. Die Kolonialfrage bildete also tatsächlich ein schwieriges Problem, das von Kautsky mit seiner Schrift nicht gelöst werden konnte; er zeigte lediglich die Schwierigkeit der Problematik auf. Eine Lösung dieser Frage war nicht in Sicht, solange die 'Frage der Macht' einer Lösung harrte. Die 'Frage der Macht' wiederum bildete einen innerparteilichen Zankapfel sowohl in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts wie auch 1907 und in den Jahren danach.

---

[103] Ib., 75–77. S. auch *Kautsky*, 'Vorrede', *Atlanticus*, Produktion und Konsum im Sozialstaat, XX–XXII sowie 'Sozialistische Kolonialpolitik', NZ 27, II, 1908–09, 41–42.

[104] *Kautsky*, Sozialismus und Kolonialpolitik, 79. Cf. Engels an Kautsky, 12.9.1882, Brw. Engels–Kautsky, 63–64.

[105] *Bernstein*, 'Die Kolonialfrage und der Klassenkampf', 990–93 und 'Kulturrecht und Kolonialfrage', Vorwärts Nr. 231, 3.10.1907. Cf. Engels an Bernstein, 22./25.2. und 9.8.1882, Brw. Bernstein–Engels, 80–84 und 120–21 sowie H. *Mommsen*, 'Nationalismus und nationale Frage am Denken Eduard Bernsteins', 114.

Eine mögliche Lösung dieser Frage lag in der Verdrängung der ganzen Angelegenheit. Im Jahre 1907 erinnerte der *Vorwärts* daran, dass die Sozialdemokratie "keine ethische Gesellschaft, sondern die Partei des proletarischen Klassenkampfes" sei, "für die es kein wichtigeres und aktuelleres Problem gibt, als das der möglichst raschen Überwindung des Kapitalismus". Was diese Betonung des 'proletarischen Interesses' im Bereich der Kolonialpolitik bedeutete, geht aus der unmittelbar auf diese Feststellung folgenden rhetorischen Frage an die 'sozialistischen Kolonialpolitiker' hervor: "Oder ist die Frage der Befreiung des *modernen Proletariats* aus den Fesseln kapitalistischer Knechtschaft etwa minder wichtig, als die der kulturellen Hebung der *afrikanischen Schwarzen?*".[106]

Von der Betonung der 'proletarischen Interessen' war es kein grosser Schritt zur Betonung der materiellen und egoistischen Interessen des 'weissen Proletariats'. Dies kann als die letzte Trumpfkarte der Kolonialkritik interpretiert werden. 1905 hatte Otto Bauer überzeugend nachgewiesen, wie die Kolonialpolitik "die schlafende Bevölkerung ferner Länder" erweckt und in Bewegung gesetzt hatte und nun danach strebe, "einen Weltarbeitsmarkt zu schaffen, auf dem der bedürfnislose Kuli, Hindu oder Neger den weissen Arbeiter" unterbiete. Folge der Kolonialpolitik sei die "Einfuhr kolonialer Arbeiter in die Kulturländer" sowie die "Auswanderung des europäischen Kapitals in die Kolonien zur Beschäftigung der kolonialen Arbeiterschaft". Die Kolonialpolitik werde dadurch "zur grössten Gefahr für die in schwerem Kampfe errungene Lebenshaltung der weissen Arbeiter".[107] 1907 bezog sich der *Vorwärts* auf die alte Bauernweisheit "Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt", die sich noch besser auf den Arbeiter anwenden lasse:

> "Soviel aber steht auf alle Fälle fest, dass jede Mark in der Tasche des europäischen Arbeiters, der darauf sieht, sich feinere Kleidung, Möbel, Wohnung zu verschaffen, die industrielle Entwicklung mehr fördert, als die Mark in den Händen des Negers oder Mongolen, der sie für einen primitiven Bedarf verwenden, der dazu noch zu einem grossen Teil durch einheimische Produktion (Nahrungsmittel usw.) befriedigen wird (. . .) Die Kapitalistenklasse sucht in den Kolonien, was sie zu Hause immer mehr vermisst: billige und willige Arbeits-

---

106 'Nochmals Sozialdemokratie und Kolonialpolitik', Vorwärts Nr. 210, 8.9.1907. Hervorh. d. den *Vorwärts*. S. auch 'Kulturpolitik?', ib. Nr. 235, 8.10.1907.

107 *Bauer*, 'Die Kolonialpolitik und die Arbeiter', NZ 23, II, 1904–05, 417 und 419. Über die kolonialpolitischen Auffassungen Bauers s. z.B. *Botz/Konrad*, 'Die Stellungnahmen Otto Bauers und anderer österreichischer Sozialdemokraten zum Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg'.

kräfte, die sie nach Belieben pressen und knechten kann, – ist es im Interesse des Proletariats, ihr dabei mit seinen Knochen die Wege zu ebnen?".[108]

Diese Gegenüberstellung des 'primitiven Negers oder Mongolen' und des 'sich feinere Kleidung, Möbel und Wohnung verschaffenden modernen Proletariats' ist so krass, dass die im derselben Leitartikel gestellte Forderung nach "Solidarität" mit den ausgebeuteten Kolonialvölkern und "Wahrnehmung ihrer Interessen" und deren Darstellung als die Hauptaufgabe der proletarischen Politik",[109] nicht sehr überzeugend wirkt.

Das Kolonialproblem und das dadurch verursachte Problem der Einfuhr billiger Arbeitskräfte konnten gemäss dieser Auffassung erst nach der Lösung der 'Frage der Macht' gelöst werden. Bauer stellte fest, dass erst der Sozialismus "die letzte und restlose Lösung des Einwanderungsproblemes" bringe, dass erst in der sozialistischen Gesellschaft "eine planmässige Kolonisationspolitik" möglich werde, die "den Immigranten ebenso wie der bodenständigen Bevölkerung" fromme.[110] Bis zur Verwirklichung des Sozialismus müsse also auch der Kolonialbesitz Deutschlands als Tatsache akzeptiert werden. Nachdem Ledebour bemerkt hatte, dass die Sozialdemokraten die Kolonialpolitik und "die Unterjochung fremder Völker zum Zweck der kapitalistischen Ausbeutung" ihrer "ganzen grundsätzlichen Lebensauffassung wegen" und ohne Rücksicht auf Hautfarbe und Nationalität bekämpften, musste er die deutschen Kolonien als Tatsache anerkennen, die auch von den Sozialdemokraten in ihrer Tätigkeit nicht übergangen werden konnte:

> "Trotzdem wir nun gegen alle Eroberungen und Unterjochung uns ablehnend verhalten, kommen wir nicht um die Tatsache herum, dass wider unseren Willen das Deutsche Reich sich fremde Gebiete angeliedert hat, und wir sind selbstverständlich als Mitglieder des Reichstags und als Vertreter des Volks genötigt, uns an den Arbeiten zu beteiligen, die dem Reichstag in bezug auf die Kolonialverwaltung zufallen".[111]

---

[108] 'Das Proletariat und die Kolonialpolitik, I', Vorwärts Nr. 224, 24.9.1907. S. auch 'Imperialismus', ib. Nr. 146, 26.6.1907.
[109] 'Das Proletariat und die Kolonialpolitik, II', Vorwärts Nr. 225, 25.9.1907 und 'Kulturpolitik?', ib. Nr. 235, 8.10.1907. Die Frage von Ein- und Auswanderung der Arbeiter, das im Hinblick auf den 'proletarischen Internationalismus' schwierige und heikle Problem, wurde im Amsterdamer (1904) und Stuttgarter (1907) Kongress der Internationale behandelt. S. z.B. *Nishikawa*, 90–93.
[110] *Bauer*, 'Proletarische Wanderungen', NZ 25, II, 1906–07, 494.
[111] Reichstagsrede am 1.5.1912, St.Ber. Rt., 13. Leg., I. Sess., Bd. 285, 1582–83.

Aus dieser Anerkennung der Tatsache folgte jedoch keine radikale Wandlung der Kolonialkritik zum Positiven; die Kritik der Sozialdemokraten an der Kolonialpolitik fusste nach wie vor auf dem traditionellen 'volkswirtschaftlichen' Gesichtspunkt. An eine durchgreifende Gesundung der Kolonialpolitik konnten und wollten sie nicht glauben. Sie wiesen wiederholt auf das "Riesendefizit" der Kolonialwirtschaft hin, das "selbst den blindesten Optimisten das Bewusstsein aufdämmern" müsse, dass die deutsche "Kolonialbilanz *niemals* eine aktive" zu werden vermöge, dass die deutschen Kolonien "nichts als Potemkinsche Dörfer" seien.[112] Einmal brachte der *Vorwärts* als Gegengewicht zu den trockenen Handelsstatistiken die Geschichte eines Soldaten, der aus Südwestafrika eine passende Postkarte nach Hause schicken wollte. Nachdem der *Vorwärts* zuerst festgestellt hatte, dass sich wegen des Wassermangels nur "ein kleiner Teil" des als die beste deutsche Kolonie angesehenen Südwestafrika für die Landwirtschaft eigne, fuhr er fort: "Für den Rest dürfte der brave Unteroffizier recht haben, der folgende Charakteristik des Landes gab: man bat ihn, eine Ansichtskarte heimzuschicken; er nahm eine Postkarte, bestrich sie mit Leim, streute Sand darauf und die 'Ansicht' war fertig".[113] Auch die Kritik an der Kolonialverwaltung und an der Behandlung der Eingeborenen wurde nicht abgeschwächt, selbst wenn man bereit war zuzugestehen, dass es auch humane Kolonialbeamte gab.[114] Die koloniale Ausbeutung in den Kolonien sei "so ungeheuerlich, dass es keinen ärgeren Schandfleck in der Menschheitsgeschichte gibt, als die Kolonialpolitik aller Zeiten und Völker".[115] Im Frühling 1914 konnte Wilhelm Dittman im Reichstag die

---

[112] 'Unsere Kolonien', Vorwärts Nr. 287, 8.12.1912. Hervorh. d. den Vorwärts. S. auch Berichte der Reichstagsfraktion, Prot. Nürnberg 1908, 130–31; Prot. Leipzig 1909, 138–41; Prot. Magdeburg 1910, 133–38 und Prot. Jena 1911, 125–27 und 136 sowie z.B. 'Der Kolonialetat', Vorwärts Nr. 281, 1.12.1908; 'Die ostasiatische Pleite', ib., Nr. 24, 29.1.1910; 'Die deutschen Kolonien im Jahre 1909/10', ib. Nr. 53, 3.3.1911; 'Grosses Reinemachen im Ovamboland', ib. Nr. 159, 161 und 163, 11., 13. und 15.7.1911; 'Kolonialzauber', ib. Nr. 147, 27.6.1912; 'Kolonialschwindel in der deutschen Handelsstatistik', ib. Nr. 159, 11.7.1912; 'Unehrliche Kolonialreklame', ib. Nr. 228, 29.9.1911; 'Moderne "Kolonisatoren" ', ib. Nr. 6, 7.1.1914 sowie 'Die nationale Kolonialpolitik', LV Nr. 193, 21.8.1912.
[113] 'Die deutschen Kolonien im Jahre 1909/10, II', Vorwärts Nr. 58, 9.3.1911.
[114] 'Nachlese zum Kolonialetat', Vorwärts Nr. 104, 5.5.1912; 'Koloniale Herrenmoral', ib. Nr. 132, 9.6.1912 und 'Zur Arbeiterfrage in den Kolonien', ib. Nr. 47, 25.2.1913.
[115] 'Koloniale Greuel', ib. Nr. 169, 23.7.1912. S. z.B. auch 'Ein afrikanisches Idyll', ib. Nr. 33, 8.2.1908; 'Deutscher Kultursegen in Ostafrika' ib. Nr. 34, 9.2.1908; 'Das Bekenntnis zum Kolonialhunnentum', ib. Nr. 46, 23.2.1908; 'Das Bekenntnis zum kolonialen Herrenmenschentum', ib. Nr. 137, 14.6.1908; 'Christliche Kulturbeglückung', ib. Nr. 299, 23.12.1909; 'Kolonialpolitische Moral', ib. Nr. 4, 6.1.1910; 'Der Hunger im Diamantenlande', ib. Nr. 28, 3.2.1910; 'Koloniale Schandwirtschaft', ib. Nr. 154, 5.7.1910; 'Südwestafrikanische Eingeborenenmisshandlungen', ib. Nr. 264, 10.11.1912; 'Eingeborenenschinderei in den deutschen Kolonien', ib. Nr. 49, 19.2.1914 sowie 'Der koloniale Gewaltstreich gutgeheissen!', ib. Nr. 126, 10.5.1914.

von den Sozialdemokraten jahrzehntelang betriebene Kolonialkritik in den Worten zusammenfassen: "Meine Herren, ich meine, für den gesunden Menschenverstand muss sich unsere heutige Kolonialpolitik geradezu wie ein Stück aus dem Tollhaus ausnehmen".[116] Eine radikale Abschwächung der Kritik stand auch nicht zu erwarten, da die Kolonialkritik ein Ausdruck der Unterdrückung der Partei und ihrer Anhänger im Deutschen Kaiserreich war. In dieser Beziehung war kein bedeutender Wandel zum Besseren eingetreten.

Die Sozialdemokraten mussten dennoch eingestehen, dass sich die Ertragsbilanz der deutschen Kolonialwirtschaft seit 1907 gebessert hatte.[117] Das Eingeständnis erfolgte jedoch oft nur indirekt. Die ständig grösser werdenden Zahlen des kolonialen Handels mussten in Relation gesetzt werden zu immer grösseren Vergleichszahlen, um die 'Kolonialbilanz' ebenso schlecht darstellen zu können wie früher. In dieser Beziehung schoss Dittman im Frühling 1914 den Vogel ab. Er gestand zwar ein, dass sich der Gesamthandel der deutschen Kolonien in fünf Jahren verdoppelt hatte (1907–1912: 130 Mio. Mark – 260 Mio. Mark). "Isoliert betrachtet" könne dieser Anstieg "naiven Gemütern imponieren", jedoch habe, erinnerte Dittmann, "die übrige Welt seitdem auch nicht geschlafen, sondern sich rüstig weiter entwickelt, und in dem Gesamtbild der Weltwirtschaft (!) nimmt sich die Steigerung unseres kolonialen Handels aus wie das Sandkorn am Meeresstrande".[118]

Die Einstellung zum kolonialpolitischen Programm und zur Tätigkeit Dernburgs lässt die Abkehr von der 'negativen' Kolonialkritik sowie die Ratlosigkeit und den ambivalenten Charakter der sozialdemokratischen Kolonialkritik erkennen. Durch die Anerkennung des Umstandes, dass die Bestrebungen Dernburgs vom Standpunkt der 'kapitalistischen' Kolonialpolitik aus zutreffend seien, konnte gleichzeitig die Wirklichkeit der deutschen Kolonialpolitik schärfstens verurteilt werden:

> "Was Dernburg vorschlägt, sind *Selbstverständlichkeiten,* die *vom ersten Tage* der deutschen Besitznahme ab Geltung hätten haben sollen. Es erhöht nur den Skandal unserer Kolonialpolitiker, *das 20 Jahre verstreichen konnten, bevor ein Leiter der Kolonialpolitik daran geht,* die Pflichten einfachster Klugheit zu erfüllen".[119]

---

[116] 7.3.1914, St.Ber. Rt., 13. Leg., I. Sess., Bd. 294, 7905.
[117] Über die Gesundung der deutschen Kolonialwirtschaft s. *Gann & Duignan,* The Rulers of German Africa 1884–1914, 183–93; *Gründer,* 111–205, passim.; *Hausen,* 48–50; *Henderson,* 33–57 und *Schiefel,* 132–42.
[118] Reichstagsrede am 7.3.1914, St.Ber. Rt., 13. Leg., I. Sess., Bd. 294, 7900.
[119] 'Dernburgs Kolonialprogramm', Vorwärts Nr. 45, 22.2.1908. Hervorh. d. den Vorwärts. S. auch 'Dernburg der Gerechte!', ib. Nr. 59, 10.3.1908 und 'Dernburgs Rücktritt', ib. Nr. 130, 7.6.1910.

Trotz der scharfen Kritik an Dernburg sah die sozialdemokratische Partei sein kolonialpolitisches Programm als einen Fortschritt an. Seine Reformen bedeuteten "Ansätze zu einer vernünftigen Eingeborenenpolitik".[120] Beim Rückzug Dernburgs von der Leitung der Kolonialpolitik im Jahre 1910 wurde ihm Anerkennung ausgesprochen für sein Streben nach "kaufmännischer Verwaltung". Der Grund für seinen Rücktritt wurde in der Tatsache gesehen, dass er beim Versuch, das Bank- und Handelskapital für die koloniale Produktion zu interessieren, das Gewinnstreben der Ansiedler und Farmer begrenzt und damit "eine Opposition dieser Elemente und ihrer politischen Hintermänner in Deutschland – also der Konservativen und des Zentrums – heraufbeschworen" habe.[121]

In den Kommentaren zum Rücktritt Dernburgs wurde zu verstehen gegeben, dass dies ein Anzeichen für die 'Reformunfähigkeit' der deutschen Kolonialpolitik sei. De facto machte die Partei jedoch immer praxisbezogenere Vorschläge zur wirtschaftlichen Gesundung der Kolonialpolitik Deutschlands, was zu einer immer positiveren und 'aufbauenderen' Art der 'volkswirtschaftlichen' Kritik der Sozialdemokraten führte. Die zentrale Reformforderung der Partei war die Förderung der 'Eingeborenenkultur'. Nach Alfred Henke bedeutete dies die Behandlung der Eingeborenen "mit Verständnis", nicht als Feinde. Man müsse sie "unter Verhältnissen leben lassen, in denen sie sich wohl fühlen und der Kulturmenschheit am meisten nützen".[122] Der Plantagenwirtschaft seien Grenzen zu setzen, um so für die Kleinbetriebe der Eingeborenen Platz zu schaffen. Die "Förderung der Eigenwirtschaft der Eingeborenen" sei, versicherte Dittmann, die "einzige Möglichkeit, unsere Kolonien wirklich zu entwickeln und zu heben"; nur dies könne den Eingeborenen "die Fortexistenz und das allmähliche Hineinwachsen in unseren Kulturkreis" bringen.[123] Bei seiner Skizzierung der von den Sozialdemokraten vertretenen "friedlichen Art der Kolonisation" trug Dittmann damit auch die Grundzüge eines modernen 'Entwicklungshilfeprogrammes' vor:

> "Wir sind dafür, dass die Eingeborenen zur Anlage erprobter Kulturen angelernt werden, dass ihnen die Methoden der Bodenarbeitung und der Viehzucht nach wissenschaftlichen Grundsätzen gezeigt werden, dass ihnen Anleitung in der Verarbeitung ihrer Rohstoffe erteilt wird, kurzum, dass der Weisse als Lehrer, Helfer und

---

[120] 'Die Regierung als Zutreiberin des Kapitals in Ostafrika', LV Nr. 40, 25.3.1912.
[121] 'Dernburgs Rücktritt', Vorwärts Nr. 130 und 131, 7. und 8.6.1910.
[122] Reichstagsrede am 4.3.1913, St.Ber. Rt., 13. Leg., I. Sess., Bd. 288, 4259.
[123] Reichstagsrede am 7.3.1914, ib., Bd. 294, 7905.

Bildner zu ihnen kommt. Wir wollen aber den Ertrag ihrer Arbeit den Eingeborenen selber zukommen lassen, ihnen damit mehr Wohlstand zuführen und ihre Bedürfnisse steigern. Wir vollen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit erhalten wissen, und auf der Grundlage ihres materiellen Wohlergehens wollen wir sie auch geistig allmählich auf eine höhere Kulturstufe hinaufbringen helfen. Als freie Bauern oder Viehzüchter oder sonstige Produzenten mögen sie dann im freien Handel in Verkehr und Austausch mit unserem Wirtschaftsleben treten. Dann geniessen die Eingeborenen die Segnungen unserer höheren Kultur, und wir Europäer haben die Genugtuung, ein grosses Gebiet der Erde zu der dort auf die Dauer einzig möglichen Art der wirtschaftlichen Erschliessung gebracht und damit auch unser heimisches Wirtschafts- und Kulturleben bereichert zu haben".

Gemäss Dittmann belegten "historische Beispiele", wie der "Jesuitenstaat" in Paraguay sowie die Erfahrungen der Forschungsreisenden und Missionare die Erfolgschancen einer "friedlichen Kolonialpolitik". Weitere Belege seien beispielsweise die Erfahrungen Englands in Nigeria und Deutschlands in Togo und auf Samoa.[124]

Ein Zeichen für die Abschwächung der Kolonialkritik der SPD war auch der Aufstieg Gustav Noskes (ab 1909) neben Dittmann, Henke und Ledebour zum kolonialpolitischen Sprecher der Reichstagsfraktion. Noskes Kolonialkritik gründete auf der Gutheissung des Kolonialsystems und der kolonialen Besitzungen Deutschlands. Im Frühling 1914 konnte er gar behaupten, dass die Sozialdemokraten "niemals" eine Aufgabe der deutschen Kolonien verlangt hätten,[125] was aufgrund der Reden Noskes sogar glaubhaft erscheinen mochte. Im Frühling 1912 versicherte er, dass die SPD trotz ihrer "grundsätzlichen" Kolonialkritik stets "mit beiden Beinen fest auf dem Boden der gegebenen Tatsachen" geblieben sei: "Deutschland hat die Kolonien und eine Unmenge Geld dort verpulvert und eine Menge Menschenleben geopfert".[126] Die Aufgabe der Kolonien hätte alle Opfer nutz- und wertlos gemacht.

Noskes Reden können nicht mit dem Hinweis auf seine reformistische Einstellung übergangen oder verniedlicht werden. Noske trat im Reichstag als Vertreter der SPD auf, was bezeichnend ist für den Umschwung inner-

---

[124] Ib., 7907. S. auch Henke im Reichstag, 9. und 20.3.1914, ib., 7959–60 und 8153 und 4.3.1913, ib., Bd. 288, 4256–59 und 4261–62.
[125] Reichstagsrede am 10.3.1914, ib., Bd. 294, 7984. Näheres über die Reichstagsreden Noskes bei *Schröder*, Gustav Noske und die Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreiches, 12–40.
[126] Reichstagsrede am 30.4.1912, ib., Bd. 285, 1550.

halb der Partei: man begann allmählich, die deutschen Kolonien als 'eigene Gebiete' zu akzeptieren, als für notwendig erachtete Objekte der Reformarbeit. Es war nur eine natürliche Folge der traditionellen Kostenkritik und der allmählichen Gutheissung des Kolonialbesitzes, wenn als Selbstverständlichkeit festgestellt wurde, dass die in Deutsch-Südwestafrika gefundenen Diamanten dem *deutschen* Volke gehörten:

> "Die Sozialdemokratie ist bekanntlich der Ansicht, dass weder das Bankkapital noch die 'Ansiedler' berechtigten Anspruch auf die Diamantenfunde haben, sondern einzig das deutsche Volk, das für den Ausrottungsfeldzug eine halbe Milliarde verpulvert hat!".[127]

Die deutsche Kolonialgeschichte war zwar verhältnismässig kurz, jedoch genügend lang, um bei der Mehrheit der Sozialdemokraten das Gefühl hervorzurufen, dass die deutschen Kolonien auch ihnen gehörten. In dem von der SPD an der Berner Konferenz der Zweiten Internationale 1919 vorgelegten Resolutionsentwurf wurde verlangt — und zwar unter Berufung auf die von den Sozialisten "stets betonte Ablehnung gewaltsamer Gebietsaneignungen" — dass Deutschland die im Krieg verlorenen Kolonien wieder zurückerstattet werden sollten. Die Kolonien stellten "einen Teil des Nationalbesitzes der sozialdemokratischen deutschen Republik" dar.[128]

Die von Noske im Frühling 1914 aufgestellte Behauptung, dass die Sozialdemokraten 'niemals' die Aufgabe der deutschen Kolonien verlangt hätten, entsprach nicht der Wahrheit. Die traf jedoch zu für die Kolonialkritik der SPD in den Jahren 1907—1914. Vom Jahre 1907 an wurde in der Kolonialkritik auf die für die deutsche Kolonialpolitik wenig vorteilhaften Vergleiche mit der Kolonialpolitik anderer Länder verzichtet. Nicht verzichtet wurde auf die Kostenkritik, sie nahm jedoch einem allgemeineren Charakter an. Man begann zu betonen, dass die Kolonialpolitik aller Länder in 'volkswirtschaftlicher' Hinsicht eine Verschwendung darstelle und dass die Kolonialpolitik 'nicht einmal' für die Entwicklung des Kapitalismus notwendig sei.[129] Im Jahre 1907 definierte der *Vorwärts* den Imperialis-

---

[127] 'Dernburgs Rücktritt', Vorwärts Nr. 130, 7.6.1910. In gleicher Weise führte die 'normative Kraft des Faktischen' auch zur Gutheissung der Annexion Elsass-Lothringens, cf. *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus 185 und *Wehler*, Sozialdemokratie und Nationalstaat, 56—75.

[128] Die II. Internationale 1918/1919, Bd. II., 803.

[129] Z.B. 'Die Kongo-Annexion', Vorwärts Nr. 203, 30.8.1908; 'Ein Kanzlersturz', ib., Nr. 162, 15.7.1909; 'Dernburgs Rücktritt', ib. Nr. 130, 7.6.1910; 'Proletarische Verbrüderung', ib. Nr. 172, 26.7.1911; 'Zur Lage in Marokko', ib. Nr. 109, 11.5.1911; 'Das Ende des Abenteuers', ib. Nr. 260, 5.11.1911; 'Das Kongo-Juwel', ib.: 'Eine Regierungsdenkschrift gegen die Kolonialpolitik', LV Nr. 73 und 74, 29. und 30.3.1911; 'Dampfersubventionen und Imperi-

mus als das Bestreben nach der Schaffung geschlossener Märkte, d.h. nach der Beschaffung von Kolonien und deren Abschliessung durch Schutzzölle. Der Imperialismus schliesse "mit Gewalt" Produktionsgebiete zusammen, die nicht zusammengehörten und zerstöre "mit Gewalt die Zusammenhänge, die sich aus der Weltmarktsentwicklung ergeben". Die "Antwort" der Sozialdemokraten auf dieser Entwicklung sei, "die Zusammenhänge der Weltproduktion wieder herzustellen". Oder: "Hält man uns den Imperialismus entgegen, so antworten wir: 'Freihandel' ".[130]

In den Jahren 1910–14 wurde die Forderung nach einer 'Politik der offenen Tür' zum zentralen Bestandteil der antiimperialistischen Politik der SPD. Bebel stellte diese Forderung beispielsweise während der Marokkokrise 1911 auf – ebenso wie Bernstein zur Jahrhundertwende Deutschland ein Einspruchsrecht in China einräumte[131] –:

> "Nun soll nicht bestritten werden, das Marokko zu denjenigen Ländern gehört, die bei vernünftiger Wirtschaft einer grossen Entwicklung fähig sind, dass, wenn in der Tat mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten wären, nichts einzuwenden hätten, die Kolonisation Marokkos betrieben würde, der Handelsverkehr gewaltig stiege und damit auch grosse Vorteile für Deutschlands Handel in Aussicht ständen. Das eine glaube ich aber *in erster Linie postulieren* zu müssen: wir Sozialdemokraten, die wir der ganzen Marokkopolitik. . . feindlich gegenüberstehen. . . haben das *natürliche Verlangen,* dass Deutschlands Handel und Deutschlands industrielle Entwicklung under den *gleichen Bedingungen* in Marokko sich vollziehen können, wie die jedes anderen Staates, dass also alle Staaten unter *voller Gleichberechtigung* in Marokko ihre Interessen verfechten dürfen, dass keine der anderen vorgezogen wird, keine ihre Stellung missbraucht, um die anderen zurückzudrängen".[132]

Die antiimperialistische Strategie bedeutete nun immer mehr eine aktive Stellungnahme für den Freihandel und für eine Vertragspolitik, die auf der

---

alismus' ib. Nr. 69, 25.3.1914 sowie das von Kautsky verfasste Marokkoflugblatt 'Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie', Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, 359–60.

130 'Das Proletariat und die Kolonialpolitik, I', Vorwärts Nr. 224, 24.9.1907.

131 *Bernstein*, Voraussetzungen, 146–47.

132 Prot. Jena 1911, 335–36. Hervorh. d. den Verfasser. Über die Einstellung Bebels s. *Bley*, Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913, 42–93; *Crampton*, 'August Bebel and the British Foreign Office'; *Maehl*, August Bebel, 470–85 und id. 'Bebel's Fight Against the *Schlachtflotte*, Nemesis to the Primacy of Foreign Policy', 219–26.

Gleichwertigkeit der Interessen beruhten, sowie die Bekämpfung von Schutzzollpolitik und Aufrüstung. Der Imperialismus wurde als gewaltsame 'Methode' zur Ausdehnung des Kapitalismus angesehen. "Das Wettrüsten", belehrte Kautsky, "beruht auf ökonomischen *Ursachen*, aber nicht auf einer ökonomischen *Notwendigkeit*".[133] Diese Charakterisierung wurde auch auf den Imperialismus appliziert, dessen unmittelbare Folge das Wettrüsten sei. Der Imperialismus wurde damit als nicht notwendig zum Kapitalismus gehörende Erscheinung angesehen; Freihandel und Vertragspolitik seien eine friedliche Alternative dazu. Der Kampf gegen die Schutzzölle sei so "ein Teil des Klassenkampfes des Proletariats geworden".[134] Mit der Internationalisierung des Kapitals würden auch die gemeinsamen Interessen der kapitalistischen Länder zunehmen und eine vertragliche Regelung der Interessenkonflikte ermöglichen. Die Erhaltung des Friedens liege auch im Interesse des Kapitalismus. Das Wirken zugunsten der Vertragspolitik, besonders zugunsten eines Abrüstungsvertrages zwischen Deutschland und England, stelle, versicherte Ledebour, die "Verfolgung einer sozialistischen Weltpolitik" dar.[135] Vom Deutschen Kaiserreich setze die Befolgung der Vertragspolitik die Aufgabe seiner aggressiven Aussenpolitik voraus; es sei nicht mehr möglich, sich zu den ausländischen Mächten zu verhalten, "als ob es preussische oder sächsische Untertanen wären".[136]

Der Imperialismus entspreche auch nicht den objektiven Interessen des gesamten Bürgertums, und die SPD konnte sich demzufolge die durch den Imperialismus verursachte Zersplitterung innerhalb des Bürgertums zunutze machen und von Fall zu Fall zeitlich befristete Bündnisse mit dem fortschrittlichen Teil des Bürgertums eingehen. Ziel der Bündnispolitik sollte die Ausdehnung der Demokratie sein. Entscheidend war jedoch das

---

133 *Kautsky*, 'Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus', NZ 30, II, 1911–12, 107. Hervorh. d. Kautsky.

134 *Kautsky*, Handelspolitik und Sozialdemokratie, Berlin 1911, 54. S. auch ib., 86–88 und 94–98; 'Der improvisierte Bruch', NZ 30, II, 1911–12, 515–17 und 'Nochmals die Abrüstung', ib., 850–54.

135 Prot. Chemnitz 1912, 432. S. auch Rede Hugo Haases, ib., 408–15; *Kautsky*, 'Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus', 107–08 und 'Nochmals die Abrüstung', 846–54. – Über die Abrüstung-Imperialismus-Debatte innerhalb der SPD s. *Boll*, Frieden ohne Revolution?, 80–86; *Groh*, Negative Integration, 210–64, 289–96 und 350–54; *Laschitza*, 'Sozialdemokratie und imperialistische Mitteleuropapolitik'; *Ratz*, 'Karl Kautsky und die Abrüstungskontroverse in der deutschen Sozialdemokratie 1911–12' und *Schorske*, 241–50.

136 'Auswärtige Politik', Vorwärts Nr. 77, 31.3.1908. S. auch z.B. 'Die imperialistische Gefahr', ib. Nr. 70, 24.3.1909; 'Neue Gefahr', ib., Nr. 225, 26.9.1911; 'Für Kulturpolitik', ib. Nr. 31, 7.2.1912 und 'Im Zeichen des Imperialismus', ib. Nr. 155, 6.7.1912. Auch *Leipziger Volkszeitung* stellte sich Ende 1913 für die 'sozialistische Weltpolitik' ein, s. z.B. 'Die Erfolge der deutschen auswärtigen Politik', LV Nr. 294 19.12.1913 und 'Die Desperado-Politik des deutschen Imperialismus', ib. Nr. 41, 19.2.1914.

Vertrauen auf die eigenen Kräfte. Die alte und in der Praxis erprobte Taktik, die Kautsky 1910 als "Ermattungsstrategie" bezeichnete, sah die Vermeidung einer 'Entscheidungsschlacht' und die Schwächung des Bürgertums durch die Stärkung der Sozialdemokraten vor. Die Kräfte sollten auf einen Wahlsieg konzentriert werden, da dies der beste Ausdruck für die wachsende Stärke der Partei sei.[137] Das "Ziel" der politischen Kampfes der Partei dürfe nicht die "Zerstörung der Staatsgewalt" sein, sondern müsse dasselbe sein wie bisher: die "Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung".[138] Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sollte also nach wie vor eine revolutionäre, jedoch nicht eine Revolutionen machende Partei sein. Der Kapitalismus sei, wie der *Vorwärts* 1912 erinnerte, nach wie vor selbst "der grosse Revolutionär". Der *Vorwärts* betonte, dass obschon "die Frage des Endziels" immer mehr "zur praktischen Frage proletarischer Politik" geworden sei, dies nicht eine Änderung der "Praxis" der Partei bedeute. "Nach wie vor, wie von jeher" solle die Partei "alle Kraft für die Erringung von Reformen" einsetzen und "mit aller Ausdauer die Gegenwartsarbeit" leisten.[139]

Ein Ausdruck für die Stellungnahme der Partei zugunsten einer Verhandlungs- und Vertragsplitik war, dass Bernstein seine Stellungnahmen, die die Wichtigkeit von Verträgen und die Notwendigkeit ihrer Einhaltung betonten, 1911 als *Leitartikel* im *Vorwärts* veröffentlichen konnte.[140] Dies blieb der Linken – "Richtung Mehring–Rosa–Lensch–Henke–Pannekoek"[141] – nicht unbemerkt. Die Berufung auf Verträge sei "kleinbürgerliche, hoffnungslose Politik" und "im Grunde nichts andres als stets die Verteidigung des Imperialismus von gestern gegen den Imperialismus von heute".[142] Die Vertreter der Linken hatten z.T. unterschiedliche Meinungen über die Ursachen des Imperialismus, sie stimmten jedoch darin überein, dass der Imperialismus ein zur Entwicklung des Kapitalismus notwendig gehörendes Phänomen sei und dass Imperialismus und Kapita-

---

137 *Kautsky*, 'Was nun?', NZ 28, II, 1909–10, 37–40 und 77–79; 'Eine neue Strategie', ib., 418–20 und 'Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen', NZ 31, II, 1912–13, 566–67.
138 *Kautsky*, 'Die neue Taktik', NZ 30, II, 1911–12, 732. Desgleichen *Kautsky*, 'Der jüngste Radikalismus', NZ 31, I, 1912–13, 440–44. Die Bemerkung Kautskys war gegen Anton Pannekoek gerichtet, der "die völlige Zerstörung der staatlichen Organisation" als das Ziel einer revolutionären Partei bezeichnet hatte, *Pannekoek*, 'Massenaktion und Revolution', NZ 30, II, 1911–12, 548.
139 'Das Endziel', Vorwärts Nr. 23, 28.1.1912.
140 *Bernstein*, 'Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie', Vorwärts Nr. 188 und 189, 13. und 15.8.1911.
141 Bauer an Kautsky, 14.5.1912, IISG. KN DII. 492.
142 *Luxemburg*, 'Kleinbürgerliche oder proletarische Weltpolitik?' (1911), GW, Bd. 3, 30.

lismus in einem inneren Verhältnis stünden.[143] Der Imperialismus stelle für den Kapitalismus keine alternative 'Methode' dar, der durch eine andere 'Methode' ersetzt werden könne. Die friedliche und die gewaltsame Ausdehnung des Kapitalismus bedingten sich gegenseitig und seien untrennbar miteinander verbunden.[144] Die Kritik des Imperialismus müsse deshalb gänzlich auf 'volkswirtschaftliche' Rentabilitätsargumente verzichten. Obschon der Kapitalismus wirtschaftlich nur einem Teil der Kapitalisten nütze, sei er dennoch zur antisozialistischen Ideologie des gesamten Bürgertums geworden. Die Kritik der 'volkswirtschaftlichen' Rentabilität sei ein Überrest aus einer Zeit, als sich auch ein Teil des Bürgertums kühl zum deutschen Imperialismus verhalten und als auch die Sozialdemokraten diesen fälschlicherweise "als eine exotische Pflanze" eingestuft hätten:

> "Die langen Jahre der gänzlichen *Versumpfung der deutschen Kolonialpolitik* reizten zu allem anderen eher als zu einem prinzipiellen Kampfe gegen sie, als dem letzten Zufluchtsort des Kapitalismus vor dem Sozialismus. Viel leichter war der Kampf gegen sie mit den Ziffern des kolonialen Handelsverkehrs und des Kolonialetats in der Hand, wobei man auf die Unterstützung eines grossen Teiles der bürgerlichen Presse rechnen konnte".[145]

Die "einzige gute Seite" am Imperialismus sei, dass er die Massen zum Kampfe gegen sich ansporne.[146] Der Imperialismus, "die moderne Form

---

[143] Cf. darüber *Ascher*, ' "Radical" Imperialists within German Social Democracy', 1912–1918; *Brewer*, Marxist theories of imperialism, 61–76; *Geras*, The Legacy of Rosa Luxemburg, 13–42; *Groh*, Negative Integration, 297–304; *Klär*, Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, 35–48; *Moring*, Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890–1914, 141–47 und 160–72; *Nettl*, Rosa Luxemburg, 515–36 und 828–41 sowie *Walther*, 280–85 und 288–97.

[144] *Radek*, 'Zu unserem Kampfe gegen den Imperialismus', NZ 30, II, 1911–12, 194–99 und 234–36. Desgleichen id., Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse, Bremen 1912, 12–16; 'Die Lage in Marokko', NZ 28, I, 1909–10, 586; 'Der neue Marokkokurs Deutschlands', NZ 29, II, 1910–11, 658–59 und 'Liquidation der Marokkofrage', NZ 30, I, 1911–12, 323. In gleicher Weise *Luxemburg*, z.B. 'Friedensutopien', (1911), GW, Bd. 2, 491–504; 'Marokko' (1911), GW, Bd. 3, 22–25 und 'Kleinbürgerliche oder proletarische Weltpolitik?', ib., 26–30.

[145] *Radek*, 'Zu unserem Kampfe gegen den Imperialismus', 199, 233–34 und 237–38, Hervorh. d. Radek; ib., Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse, 17–20 und 62–63. S. auch *Luxemburg*, 'Unser Marokkoflugblatt' (1911), GW, Bd. 3, 33–35 und *Pannekoek*, 'Das Wesen unserer Gegenwartsforderungen', NZ 30, II, 1911–12, 813–14. Den Verzicht auf die Kostenkritik, d.h. "auf veraltete Schlagworte", verlangte (bis Ende 1913) auch *Leipziger Volkszeitung*, s. z.B. 'Der erste Erfolg des deutschen Imperialismus', LV Nr. 53, 4.3.1911; 'Vor dem Wagen des Imperialismus', ib. Nr. 155, 8.7.1911; 'Der deutsche Imperialismus', ib. Nr. 193, 22.8.1911; 'Der Imperialismus und die Sozialdemokratie', ib. Nr. 209, 9.9.1911 sowie 'Die italienische Lektion', ib. Nr. 230, 4.10.1911.

[146] *Pannekoek*, 'Kanonen gegen Volksrechte', LV Nr. 105, 9.5.1914.

des Kapitalismus", sei damit "die Quelle der modernen Massenaktionen".[147] Erscheinungen, die der Imperialismus verursacht habe und die die Massen zur revolutionären Tätigkeit aufstachelten, seien u.a. "die Weltmachtpolitik, die Rüstungen, namentlich der Flottenbau, die Kolonialeroberungen, der wachsende Steuerdruck, die Kriegesgefahr, der zunehmende Geist der Gewalttätigkeit und des Herrentums bei der Bourgeoisie, die Reaktion im Innern, das Aufhören der Sozialreform, der Zusammenschluss der Unternehmertums, die Erschwerung des Gewerkschaftskampfes, die Teuerung".[148] Dadurch sei die revolutionäre Tätigkeit nicht nur möglich sondern auch notwendig geworden. In dieser neuen Situation sei es weniger wichtig, die passenden Marx-Zitate zu finden, als vielmehr "revolutionäre Aktionen zu *veranstalten*".[149] Die revolutionäre Partei sollte also eine Revolutionen machende Partei sein.

Die Imperialismusdebatte in zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts war keine akademische Diskussion über das 'Wesen' des Imperialismus, sondern ein Streit über die richtige sozialistische Strategie. Das 'marxistische Zentrum' verteidigte die traditionelle Taktik damit, dass Imperialismus und Wettrüsten für den Kapitalismus und die Entwicklung nicht notwendig seien.[150] Nach Meinung der Linken war die traditionelle Taktik aufzu-

---

147 *Pannekoek*, 'Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik', NZ 31, I, 1912–13, 369–70.
148 *Pannekoek*, 'Massenaktion und Revolution', 541.
149 *Pannekoek*, 'Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik', 371–73. Hervorh. d. Pannekoek. S. auch id., 'Zum Schluss', NZ 31, I, 1912–13, 611–12; *Luxemburg*, 'Marokko', GW, Bd. 3, 25; 'Nach dem Jenaer Parteitag', ib., 346–53 und Die Akkumulation des Kapitals, Frankfurt 1970 (1913), 379–80 sowie *Radek*, 'Zu unserem Kampfe gegen den Imperialismus', 239–41 und Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse, 77–82.
150 Die gegen das Wettrüsten und den Imperialismus gerichtete Strategie des 'marxistischen Zentrums' und der Parteileitung fand auch Unterstützung bei Otto *Bauer* ('Die Akkumulation des Kapitals', NZ 31, I, 1912–13, 869–74), Gustav *Eckstein*, ('Imperialismus und Rüstungsbeschränkung', NZ 30, II, 1911–12, 907–10 und 913–14 sowie 'Militarismus und Volkswirtschaft', NZ 31, II, 1912–13, 168–71) und – zumindest bis zum Jahre 1913 – Julian *Marchlewski-Karski* (z.B. 'Deutschland, England und der Weltfrieden' (1908) und 'Imperialismus oder Sozialismus?' (1912), *Marchlewski-Karski*, Imperialismus oder Sozialismus?, Frankfurt am Main 1978, 93–96 und 184–85) sowie auch Rudolf *Hilferding* (z.B. 'Der Parteitag und die auswärtige Politik', NZ 29, II, 1910–11, 805–06; 'Der Balkankrieg und die Grossmächte', NZ 31, I, 1912–13, 81–82; 'Die Erneuerung des Dreibundes', ib., 465–66 und 'Totentanz', ib., 747–48). Hilferding verniedlichte allerdings die Differenzen zwischen dem Zentrum und der Linken (z.B. 'Mit gesammelter Kraft', NZ 30, II, 1911–12, 1003–05) und vermied eine polemische Auseinandersetzung mit der Linken. Dieses Vermeiden einer Polemik war möglicherweise z.T. darauf zurückzuführen, dass er dabei gezwungen gewesen wäre, gegen seine eigenen Ansichten zu polemisieren. Er hatte nämlich im *Finanzkapital* festgestellt, dass der Imperialismus unvermeidbar und notwendigerweise gewaltsam sei und als Ideologie binnen kurzem von der gesamten Bourgeoisie angenommen werde, *Hilferding*, Das Finanzkapital, Frankfurt am Main–Köln 1974 (1910), 436–37, 457, 460–78, 492–93 und 500–07. "Die Antwort des Proletriats" auf den Imperialismus konnte deshalb nicht "der Freihandel" sein, sondern "nur der Sozialismus", ib., 502. – Diese Einstellung Hilferdings ist übrigens ein Zeichen dafür, dass die Erklärungen des Imperialismus nicht allein die Auffassungen über

geben und durch die revolutionäre Taktik zu ersetzen. Die Linke konnte das Gelingen der Revolution und den Erfolg der revolutionären Tätigkeit nicht empirisch aufzeigen und musste sich deshalb auf einen theoretischen Beweis beschränken, d.h. die Unabwendbarkeit des Imperialismus und die dadurch gebotenen Möglichkeiten für die revolutionäre Tätigkeit hervorheben.

Es gelang der Linken nicht, die SPD dazu bringen, 'revolutionäre Aktionen zu veranstalten'. Während des Weltkrieges und teilweise bereits vor dessen Ausbruch formierte sie sich zu einer eigenen Gruppierung und schliesslich zu einer kommunistischen Partei. Die Mehrheit der SPD stellte sich auf die Seite einer Verhandlungs- und Vertragspolitik. Bernstein appellierte im Reichstag im April 1913 mit kräftigen Worten zugunsten der Freiheit der Völker des Balkans sowie zugunsten einer Vertragspolitik der Grossmächte.[151] Laut dem *Vorwärts*, der Bernstein als "einen guten Kenner der Ostpolitik und einen sachlichen Redner mit stets überzeugenden Gründen" bezeichnete, war seine Rede

> "eine wuchtige Kundgebung jener wahrhaften auswärtigen Politik, die nur von der sozialistischen Internationale gepflegt werden kann und die über die Winkelzüge der zünftigen Diplomaten hinweg zu einer Verständigung von Volk zu Volk hinstrebt. Es war eine Beleuchtung all' jener weltpolitischen Probleme, die zu lösen man nur die Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit anzuwenden braucht, die zu verwirren es aber der ganzen klassengemäss bestimmten Tolpatschigkeit diplomatischer Federfuchser bedarf".[152]

---

die sozialistische Strategie determinierten, cf. *Ratz*, 'Kautsky und die Abrüstungskontroverse', 220–21 und *Walther*, 272–75. – Eine vollkommen eigene Richtung dürfte hingegen Karl Liebknecht vertreten haben, der den Kampf für die Abrüstung als möglich und notwendig ansah. Dies scheint die Auffassung vom Imperialismus als 'Methode' zu implizieren, zu dem es eine Alternative gab, "die friedliche Verständigung in der internationalen Konkurrenz", die den "herrschenden Klassen" der verschiedenen Länder durch die "Klassenkampfpolitik" aufgezwungen werden konnte. Prot. Chemnitz 1912, 425–26, cf. *Trotnow*, Karl Liebknecht, 155–82.

[151] 14.4.1913, St.Ber. Rt., 13. Leg., I. Sess., Bd. 289, 4733–42.

[152] 'Auswärtige Politik', Vorwärts Nr. 89, 15.4.1913.

VI Die Weltpolitik der *Sozialistischen Monatshefte* 1900–1914: von der *Sozialistischen Kolonialpolitik* zum Sozialimperialismus

Bernstein ruhte nicht zu versichern, dass sein Revisionismus die Wirklichkeit zuverlässig reflektiere und sich daher bestens eigne zur Weiterentwicklung der Politik der SPD. Bis zum Jahre 1907 zeigte sich jedoch, dass es in der SPD auch Raum gab für Revisionisten, die eine gegen Bernstein gerichtete, die Machtpolitik und die deutschen Sonderinteressen verteidigende Linie vertraten. Als es offenbar wurde, dass der Bernsteinsche Revisionismus nicht als typisch deutsch bezeichnet werden konnte, zeigte sich auch, dass die Bernsteinsche *sozialistische Kolonialpolitik* nicht eine typisch deutsche *sozialistische Kolonialpolitik* war.

Der Bernsteinsche Revisionismus entstand auf der Grundlage des bestehenden Reformismus, und im Jahre 1899 stellte Bernstein bescheiden fest, dass er mit seiner Kritik gar keine Originalität anstrebe. Fast alles sei bereits früher gesagt worden. Die Legitimierung seiner revisionistischen Kritik bestand denn auch nicht darin, "dass sie vordem Unbekanntes aufdeckt, sondern darin, dass sie schon Entdecktes anerkennt".[1] Dies bedeutet, dass der Revisionismus über eine Vorgeschichte verfügte. Da jedoch die *sozialistische Kolonialpolitik* und der Revisionismus in einem begrifflichen Verhältnis zueinander standen, muss auch die *sozialistische Kolonialpolitik* über eine Vorgeschichte verfügen, die in der Tat bis zum Dampfersubventionsstreit im Jahre 1884 zurückverfolgt werden kann. Damals existierte der Revisionismus jedoch an und für sich noch gar nicht, da sein Gegenstand, das marxistische Selbstverständnis der Partei, seine Ausformung noch nicht erhalten hatte.Es erscheint deshalb sachgemäss, die Vor-

---

[1] *Bernstein,* Voraussetzungen, 19. An anderer Stelle verzichtete Bernstein auf die Nennung seiner Vorgänger, "weil die Liste zu lang werden würde", *Bernstein,* 'An meine socialistischen Kritiker', 12.

geschichte der *sozialistischen Kolonialpolitik* bei Vollmar anzusetzen, der das als marxistisch angesehene Parteiprogram der SPD bei dessen Erscheinen im Jahre 1891 in Frage stellte, auch wenn er seine programmatische Kritik hinter Forderungen nach 'taktischen' Änderungen verbarg.

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 und die anderthalb Millionen Stimmen der SPD bei den Reichstagswahlen des gleichen Jahres offenbarten den Misserfolg der gesetzlich verordneten Unterdrückungsmassnahmen. Im gleichen Jahr musste Bismarck als Reichskanzler zurücktreten und Caprivi wurde zu seinem Nachfolger gewählt. Die Ära Caprivi unterschied sich von der Ära Bismarck u.a. dadurch, dass die sozialpolitische Tätigkeit der Regierung nicht durch legislative Massnahmen gegen die Sozialdemokratie ergänzt wurde, die sich als unzweckmässig erwiesen hatten.[2] Der Sozialismus hatte ja, 'unzweckmässig', immer mehr Anhänger gewinnen können.

Die SPD stand nun formell auf der gleichen Stufe wie die übrigen Parteien, was ihr nach Vollmar die Möglichkeit eröffnete, "einen gewissen Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten auf gesetzlichem Wege zu üben". Die Tätigkeit der Partei müsse auf die gesellschaftliche Entwicklung abgestimmt werden und diese Entwicklung wiederum verlaufe so "langsam" und "organisch", wie in der Natur: "das Alte wächst allmählich, viel zu langsam für den hochfliegenden Sinn, aber sicher in das Neue hinein". Aus dieser ontologischen Prämisse wurde eine praktische Schlussfolgerung abgeleitet: "um auf die Gestaltung des Morgigen Einfluss zu üben", habe die Sozialdemokratie "die heutige Form zu benützen". Deshalb müsse die "Taktik" aus der Zeit des Sozialistengesetzes über Bord geworfen werden. Man müsse – "im besten Sinne realpolitischen Wesens unserer Partei" – "den Weg der Verhandlungen betreten" und versuchen, wirtschaftliche und politische Verbesserungen "auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung" herbeizuführen. Dies bedeutete die Aufgabe der "grundsätzlichen Verneinungsucht", d.h. der Auffassung, "dass alles, was besteht, schon darum schlecht und zu bekämpfen sei, weil es besteht". Die Partei müsse also von ihrer "Kinderkrankheit" genesen. Voraussetzung für einen grösseren Einfluss der Partei sei ein grösserer Stimmenanteil bei den Wahlen. Die Partei, "auf welche von allen Seiten das Licht fällt", müsse sich deshalb hüten, die "öffentliche Meinung, welche sie gewinnen will" zu reizen. Zur neuen Richtlinie der Partei sei zu

[2] Über die Ära Caprivi s. z.B. *Balfour*, Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit, 175–96; *Born*, 'Von der Reichsgründung bis zum I. Weltkrieg', 317–29; *Craig*, 228–35; *Domann*, 110–23 und *Stegmann*, 'Wirtschaft und Politik nach Bismarcks Sturz'.

erheben: "Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust".[3]

Aus der Anerkennung von Tatsachen folgte die Gutheissung von Tatsachen. Im Jahre 1890 war Vollmar, — der noch Mitte der 80er Jahre wie Bernstein die Kolonialpolitik energisch bekämpft hatte — zu der Auffassung gelangt, dass der Kampf gegen die Kolonisation "ein Windmühlenkampf" sei und dass die Kolonisation "schliesslich doch Kulturzwecken" diene, "wenn dabei auch oft sehr traurige Phasen durchzumachen sind, sehr schlimme Erscheinungen zu Tage treten". Vollmar wollte sich nicht der "Kolonisation an sich", sondern lediglich der mit staatlicher Unterstützung betriebenen Kolonialpolitik widersetzen. Er bekämpfte die staatliche Kolonialpolitik nicht nur wegen der Kosten, die sie verursachte, sondern auch wegen ihrer Funktion als Mittel zur Ablenkung der Aufmerksamkeit des Volkes von den notwendig gewordenen gesellschaftlichen und politischen Reformen. Die "Pflanzer und Händler" sollten deshalb "ausschliesslich auf ihre Kosten und ihre Gefahr" in die Kolonien gehen. Im gleichen Zusammenhang, in dem er den 'Pflanzern und Händlern' die Erlaubnis erteilte, 'auf ihre Kosten' nach Afrika zu gehen, bemerkte er jedoch, dass die Regierung nicht auf jegliches Aufsichts- und Kontrollrecht verzichten sollte. Es sei ihr Recht, "allgemeine Anordnungen" zu erteilen und zeitweise auch "Leiter und Führer" zu stellen. Obschon nach Vollmar die Kolonisation "grundsätzlich und ausnahmslos auf Kosten und Gefahr der Gesellschaften" erfolgen sollte, lässt das Zugeständnis eines Aufsichtsrechtes der Regierung doch erkennen, dass Vollmar die staatliche Kolonialpolitik keineswegs zur Gänze ablehnte.[4].

Im Jahre 1895 bezeichnete Vollmar die deutsche Kolonialpolitik als unwirtschaftlich und unmenschlich. Zu den "Voraussetzungen einer rationellen Kolonialpolitik" gehörten die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kolonien, die Nutzbarmachung der Naturschätze, die Hebung des materiellen und seelischen "Zustandes" der Eingeborenen sowie die Förderung von Handel und wirtschaftlichen Unternehmungen. Die deutsche Kolonialpolitik sei "das gerade Gegenteil" dieser Bestrebungen. Vollmar musste jedoch eingestehen, dass man in den eben eroberten Kolonien

[3] *Vollmar*, 'Über die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie', (Rede vom 1.6.1891 in München), *Vollmar*, Reden und Schriften zur Reformpolitik, Berlin, Bonn—Bad Godesberg 1977, 138—41. In der Rede vom 6.7.1891 (ib., 142—44 und 155—61) versuchte Vollmar auch, seine Zuhörer von den friedliebenden Absichten und der defensiven Natur des Dreibundes sowie von der Bereitschaft der Sozialdemokraten zur Verteidigung des Vaterlandes zu überzeugen. Näher dazu *Wolter*, 'Marxismus und Opportunismus in der Auseinandersetzung um die aussenpolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie 1890/91'.

[4] Rede Vollmars im Reichstag, 12.5.1890, St.Ber.Rt., VIII. Leg., 1. Sess. 1890/91, 1. Bd., 43—46. Die Rede findet sich auch auszugsweise in den erw. Reden und Schriften Vollmars (Anm. 3), 209—13. Über die Reichstagsreden Vollmars zur Kolonialpolitik cf. *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 146 und 184—85 sowie *Weinberger*, 412 und 415.

nicht "ganz ohne Waffengewalt" auskommen könne. Der Staat müsse die Sicherheit der Ansiedler garantieren, was natürlich vermehrte Administrationskosten und staatliche Ausgaben zur Folge hatte. Vollmar widersetzte sich also nun nicht einmal mehr 'prinzipiell' der staatlichen Kolonialpolitik, er forderte lediglich eine Beschränkung der administrativen Kosten und eine Umwandlung der herrschenden Kolonialpolitik in eine "positive Kulturpolitik". Diese *sozialistische Kolonialpolitik avant la lettre* setzte die Verwirklichung der erwähnten Reformen voraus. Vollmar betonte, dass es nicht angehe, das koloniale Verhältnis durch rohe Gewalt aufrechtzuerhalten. Er kritisierte die Deutschen in den Kolonien wegen ihrer Aufassung von den Negern als Tiere, die "freiwillig niemals etwas vernünftiges tun" würden "und also mit roher Gewalt gezwungen werden" müssten. "Die Behandlung der Eingeborenen" sei zu humanisieren, da der "Arbeitsmangel" in den Kolonien gerade auf diese "unvernünftige Behandlung der Leute" zurükzuführen sei.[5] Ein Ausdruck der aufbauenden Kritik Vollmars war sein im Jahre 1895 der Kolonialabteilung übersandtes Memorandum *Zur Erziehung der Neger in Europa*. Er schlug darin die Schulung der Eingeborenen im Mutterlande sowie die Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten bei ihrer Rückkehr in die Heimat vor.[6]

Von der Mitte der 90er Jahre an begann Bernstein aus den 'taktischen' Änderungsforderungen Vollmars theoretische Schlussfolgerungen zu ziehen, die zur Begründung dieser Forderungen dienen sollten. Vollmar selbst hatte darauf verzichtet, nachdem er erkannt hatte, dass es für das Fortschreiten des Refomismus besser war, wenn darüber nicht zuviel Aufhebens gemacht wurde. Seit 1891 habe er "weniger" geredet und "mehr" gehandelt, "und wo ich reden muss, überlege ich mehr, was die Partei im Augenblick vertragen kann". Die gleiche Vorgehensweise empfahl er auch Bernstein: "Die Strasse ist jetzt frei für die naturgemässe Entwicklung — man darf der Kolonne nur keine übermässigen Marschleistungen zumuten, dann wird alles gehen".[7] Bernsteins Vorgehen wurde also als hinderlich für das Fortschreiten des Reformismus angesehen, da er auf seine Weise die Absichten der Reformisten entschleiert hatte durch seine Forderung an die Partei, sich auch auf 'theoretischer' Ebene als demokratisch-sozialistische Reformpartei zu bekennen.[8] Auer bemerkte denn auch gegenüber

[5] Rede Vollmars im Reichstag, 18.3.1895, St.Ber., IX. Leg., 3. Sess. 1894/95, 2. Bd., 1567–71.
[6] *Schröder*, Sozialismus und Imperialismus, 189, Anm. 41.
[7] Vollmar an Bernstein, 28.10.1899, IISG, VN 2368.
[8] Über die Aufnahme des Revisionismus Bernsteins s. z.B. *Angel*, 362–71; *Bartel*, 'Zur Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts', 204–07; *Fletcher*, Revisionism and Empire, 128–40 und *Steinberg*, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, 109–11 und 116–25.

Bernstein, dass die Partei in ihrer Tätigkeit stets eine "sozialdemokratische Reformpartei" gewesen sei. Es sei jedoch ein Fehler, von den Parteikongressen eine Anerkennung dieser Tatsache zu verlangen: "Mein lieber Ede, das, was Du verlangst, so etwas beschliesst man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man".[9] Und nachdem Bernstein im Jahre 1903 vorgeschlagen hatte, dass die Partei aufgrund ihres Wahlerfolges Anspruch auf den Posten des Vizepräsidenten des Reichstags erheben sollte, kritisierte Wolfgang Heine Bernstein wegen seiner "gänzlichen politischen Unfähigkeit" und bedauerte, dass Bernstein "schon so viel geschadet" habe und "uns noch mehr verderben" werde.[10] Heine unternahm Ende 1898 sogar den Versuch, die Herausgabe von Bernsteins Werk *Voraussetzungen* zu verhindern.[11] Es ist daher verständlich, dass Bebel im Jahre 1903 gerade Auer, Heine und Vollmar für die "eigentlich gefährlichen" und Bernstein für den "Harmlosesten von allen" hielt.[12]

Bernstein wies nicht die Eigenschaften eines politischen Führers auf,[13]

---

[9] Auer an Bernstein, 13.7.1899, zit. nach *Bernstein*, Ignaz Auer, 63. Am Parteitag von Hannover (Prot. Hannover 1899, 208) referierte Auer seinen Brief wie folgt: "Und wissen Sie was ich meinem Freunde Bernstein geschrieben habe, als er mit diesen seinen praktischen Vorschlägen herauskam? Da habe ich ihm geschrieben: 'Lieber Ede, Du bist ein Esel (grosse Heiterkeit), denn sowas sagt man nicht, so was tut man!' " (stürmische Heiterkeit).

[10] Heine an Vollmar, 6.7.1903, IISG, VN 873. Auch Vollmar kritisierte den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Vorschlages Bernstein, *Vollmar*, 'Lehren und Folgen der letzten Reichstagswahlen', Reden und Schriften zur Reformpolitik, 200–05 (Rede vom 27.7.1903 in München). Auch Bernstein gestand dies ein, obschon er seinen Vorschlag von der Sache her für gerechtfertigt hielt. S. Bernstein an Vollmar, 4.8.1903, IISG, VN 226; *Bernstein*, 'Deutschland und die Republik', NMbl Nr. 19, 5.9.1904 und 'Die Zwei. In Sachen Franz Mehring und Gustav Jäckh', ib. Nr. 24, 10.10.1904. Vollmar liess hingegen seine vorbildliche 'politische Fähigkeit' bereits am Erfurter Parteitag 1891 erkennen, als er feststellte, dass er bereit sei, "Wort für Wort" die gegen sich selbst gerichtete Resolution zu unterzeichnen. Die "Motivierung" der Resolution konnte er jedoch nicht zur Gänze gutheissen, da er keine "völlig neue Taktik" vorgeschlagen habe, sondern lediglich die bisherige Taktik "konsequent durchgeführt sehen" wolle, Prot. Erfurt 1891, 190. Am Dresdener Parteitag 1903 bemerkte Vollmar, dass die gegen den Revisionismus gerichtete Resolution eines Gegenstandes entbehre und deshalb "nach ästhetischen Grundsätzen" abzulehnen sei. Da es jedoch scheine, dass der Parteitag dennoch die Prinzipien verurteilen wolle, die gar niemand vertrete, wolle er sich dem nicht widersetzen, Prot. Dresden 1903, 342–43.

[11] *Steinberg*, 111, Anm. 111.

[12] Bebel an Kautsky, 29.8.1903, Brw. Bebel–Kautsky, 156–57.

[13] Lily Braun, die zu den führenden Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Frauenbewegung gehörte und in Bernstein den kommenden Führer der revisionistischen Bewegung erblickt hatte, musste jedoch ihre Enttäuschung eingestehen über seinen Vortrag im Mai 1901 *Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?*: "Er trat an das Rednerpult. Hinter den Brillengläsern sahen seine kurzsichtigen Augen mit einem verlegen-erstaunten Blick auf die Menge der Zuhörer. Dann sprach er. Mit einer Stimme, die brüchig klang. In abgehackten Sätzen. Ein Mann, der an die Enge der Studierstube gewöhnt war, nicht an die Volksversammlungen. Schon zog der Schatten der Enttäuschung über den hoffnungsfrohen Glanz auf den Gesichtern. Schüchtern und leise tauchte hier und da schon die Frage auf: 'Was hat er eigentlich? – Was will er?' (. . .) Wir hatten eine Künder neuer Wahrheit erwartet, aber ein Zweifler war gekommen, dem des Pontius Pilatus Frage Geist und Gewissen bewegte", *Braun*, Memoiren

und er dürfte eine solche Stellung auch kaum angestrebt haben. Er war sich der Kritik der reformistischen 'Politiker' bewusst: "den Politikern bin ich teils gleichgültig, teils unbequem". Er verstand sich jedoch nicht als Agitator, der aufgrund seiner Stellung vieles Ungesagt sein lassen müsse. Er hielt es für seine Aufgabe, "die Veränderungen in den Voraussetzungen der Bewegung zu ermitteln", und er nahm es deshalb den Reformisten, die "im Innern" ganz auf seiner Seite stünden, auch nicht Übel, wenn sie sich davor hüteten, sich durch Eintreten für ihn zu "kompromittieren".[14] Anstelle von Schlagworten bot er Probleme an und sah gerade die Problemstellung als sein besonderes Verdienst an.[15] Nicht dass er überhaupt nicht versucht hätte, klare Antworten zu geben, er war jedoch, wie er selbst eingestand, "ein analytischer Kopf, sogar recht einseitig analytisch".[16] Diese Eigenschaft sah er als einen Mangel an, "denn die Synthese ist die Schöpfung, wo die Analyse bestenfalls die Vorbereitung ist".[17]

Nach Meinung der Reformisten, der 'Politiker', waren also die Bestrebungen Bernsteins zur Förderung des Reformismus zweckwidrig, da sie die 'Maulwurfsarbeit' der Reformisten enthüllten. Ende des Jahrhunderts wurde auch ersichtlich, dass Bernstein keine brauchbare Person war für den deutschen Imperialismus, der sich 'einen Platz an der Sonne' suchte. An vielversprechenden Äusserungen Bernsteins fehlte es zwar nicht. Die deutsche Besetzung Kiautschous bezeichnete er, wie bereits erwähnt wurde, als "nicht den schlechtesten Streich der auswärtigen Politik Deutschlands". Er gestand Deutschland auch einen Platz unter den Kulturnationen zu, weshalb es grundsätzlich das Recht und sogar die Pflicht habe, Kolonialpolitik zu betreiben. Die bürgerliche Presse beobachtete natürlich die Vorgänge im gegnerischen Lager ständig mit Argusaugen. Die *Frankfurter Zeitung* bemerkte etwas Neues und zitierte aus dem Artikel Bernsteins *Der Socialismus und die Colonialfrage* eine Stelle, an der dieser die Kolonisationsverpflichtungen der entwickelten Kulturen hervorhob und kommentierte: "Und dieser Mann lebt in Verbannung in London, während er doch nahezu reif ist, in unser deutsches Auswärtiges Amt einzutreten!".[18] Bernstein war

---

einer Sozialistin. Ungekürzte Ausgabe, Berlin/Bonn 1985 (München 1911), 642. – Da bereits die Sozialdemokraten Mühe mit dem Sinn der Botschaft Bernsteins hatten, traf dies in noch stärkerem Masse für die politische Polizei zu, die in ihrem Bericht als Titel des Vortrages anführte "Ist wissenschaftlicher Sozialismus nötig?", 'Die Beobachtungen des Schriftstellers Joseph Bloch', StA, Rep. 30, Bln C, Polizeipräsidium, Tit. 94, Lit. B, Nr. 1281, Bl. 82 (Übersicht vom 15. Juni 1901).

[14] Bernstein an Kautsky, 16.2.1899, IISG, KN DV 472.

[15] *Bernstein*, 'An meine socialistischen Kritiker', 12.

[16] *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 7.

[17] *Bernstein*, 'Ludwig Woltmanns Beziehungen zur Sozialdemokratie', 47.

[18] Ledebours 'Enthüllung' am Mainzer Parteitag, Prot. Mainz 1900, 167.

also für das Reich keine gefährliche Person mehr. Bernsteins Fahndungssteckbrief und Arrestbefehl wegen seiner 'reichsfeindlichen' Taten während der Zeit des Sozialistengesetzes wurden im Jahre 1901 nicht mehr erneuert. Anfang Februar 1901 konnte er nach fast 23 Exiljahren wieder nach Deutschland zurückkehren.[19] Im Mai des gleichen Jahres hielt er seinen aufsehenerregende Vortrag *Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?*, dessen Botschaft ja war, dass der Sozialismus nicht wissenschaftlich, sondern nur 'kritisch' sein könne, besonders sich selbst gegenüber. Bernstein schien endgültig den Zusammenbruch der 'Zusammenbruchstheorie' herbeigeführt zu haben. Naumann sah in Bernstein "die bedeutendste Übergangserscheinung vom marxistischen zum nationalen Sozialismus".[20] Es war jedoch ausgerechnet Naumann, der ein Jahr früher erfahren hatte, dass Bernstein kein bedingungsloser Anhänger der 'Weltpolitik' Deutschlands war. In seiner Rezension des Buches *Demokratie und Kaisertum* von Naumann hatte Bernstein nämlich mit klaren Worten mitgeteilt, dass er das gegen England gerichtete Rüstungsprogramm Deutschlands bekämpfe und das Fehlen einer parlamentarischen Kontrolle für den schlimmsten Mißstand der deutschen Kolonialpolitik halte.

Mitte der 90er Jahre bemerkte Kaiser Wilhelm II., dass sein 'guter Wille' zu keinen Resultaten führte. Die Arbeiter streikten nach wie vor und die Wahlerfolge der SPD nahmen kein Ende. Wilhelm II. verzichtete auf die 'Arbeiterpolitik', da die Arbeiter "im krassen Undank . . . sich nicht der Wohltaten würdig gezeigt" hätten.[21] Der Kaiser bezeichnete die Sozialdemokraten als "eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen" (Rede vom 2.9.1895) oder als eine "Pest, die ausgerottet werden müsste bis auf den letzten Stumpf" (Rede vom 26.11.1897).[22] Man versuchte, das Vordringen der SPD durch Gesetze zu stoppen, die jedoch im Reichstag keine Mehrheit fanden.[23] Die über drei Millionen Stimmen der SPD bei den Reichstagswahlen des Jahres 1903 (31,7 % der abgegebenen Stimmen und 81 Sitze im Reichstag) zeigten, dass die Partei trotz ihrer inneren Auseinandersetzungen mit 'Naturnotwendigkeit' weiterhin neue Anhänger gewinnen konnte. Zur gleichen Zeit

---

[19] Näher darüber *Fricke*, 'Zur Rückkehr Eduard Bernsteins in das Deutsche Reich'.
[20] Naumann in der Zeitschr. *Die Hilfe* 23.6.1901, zit. n. *Fricke*, 'Zur Rückkehr Eduard Bernsteins in das Deutsche Reich', 1345. Ebenso begeistert verhielt sich Prof. Julius Wolf zum Vortrag Bernsteins, s. *Wolf*, 'Das 'Ende' des wissenschaftlichen Sozialismus?', Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV, 1901, bes. 622 und 624.
[21] Für Wilhelm typische Randbemerkung an einem Dokument aus dem Jahre 1895, zit. n. *Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, 27, Anm. 50.
[22] Zit. n. *Balfour*, 167.
[23] S. z.B. *Craig*, 235–39 und *Stegmann*, Die Erben Bismarcks, 97–105.

wurde Deutschland in der internationalen Politik immer mehr isoliert; die 'Einkreisung' schien 1907 , als sich England und Russland über ihre Interessensphären einigen konnten, endgültig vollendet. Das französisch-russische Bündnis datierte ja bereits aus dem Jahre 1892 und das englisch-französische aus dem Jahre 1904. Die wirtschaftliche Expansion Deutschlands wurde auch durch den wachsenden Einfluss der USA in Südamerika, die Ausdehnung des englischen Einflusses in Südafrika und die russische Expansion in Ostasien begrenzt.[24] Die innenpolitische Voraussetzung für das Aufbrechen der 'Einkreisung' war u.a. die Minimierung der Anziehungskraft der SPD; in ihrer Propaganda betonte die deutsche Regierung, dass sie nicht gegen die patriotischen Arbeiter sondern nur gegen die 'unpatriotische' SPD ankämpfen wolle.[25] Die Fähigkeit des deutschen Volkes zur 'geistigen Landesverteidigung' sollte insbesondere durch das Flottenbauprogramm erhöht werden, das zur "nationalen Aufgabe" erhoben wurde, d.h. "ein starkes Palliativ gegen gebildete und ungebildete Sozialdemokraten" sein sollte.[26] Die Mittel zur Erfüllung dieser 'nationalen Aufgabe' wurden u.a. durch die Erhöhung der Zollsätze beschafft.

Die Zoll- und Handelspolitik bildete in der SPD gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Thema, über das heftig diskutiert wurde. Die Nachteile der Lebensmittelzölle für die Arbeiterklasse wurden zwar von allen angeprangert, einige Revisionisten zeigten sich jedoch bereit, die prinzipielle Notwendigkeit von Industriezöllen anzuerkennen. Nach Meinung Max Schippels bildeten "die freisinnigen Spiessbürger" die Kerntruppen der Anhänger des Freihandels. Er betonte, dass die Arbeiter nicht ausschliesslich Konsumenten, sondern auch "Teilnehmer an dem heutigen Produktionsorganismus", d.h. Produzenten seien, deren Interessen oft mit denen der deutschen Industrie übereinstimmten. Schippel fasste seine Botschaft mit einem ironischen Verweis auf Bernstein zusammen: "Das Endziel, die höhere Entwicklung unserer Industrie, ist uns Alles".

---

[24] *Born*, 'Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg', 351–58; *Fischer*, Krieg der Illusionen, 85–107; *Geiss*, German Foreign Policy, 96–159 und Kennedy, Antagonism, 410–31.

[25] *Groh*, Negative Integration, 32–33 und 49–56; *Roth*, 120–21 und *Stegmann*, Die Erben Bismarcks, 105–13.

[26] Admiral v. Tirpitz an General v. Stosch, 21.12.1895, zit. n. *Berghahn*, 91, Anm. 7. Über die innenpolitischen Zielsetzungen des Flottenausbauprogrammes s. näher ib., 145–57 und 199–201. Die 'Weltpolitik' Deutschlands wies zweifellos innenpolitische Momente und Zielsetzungen auf, über die 'richtige' Gewichtung und Bedeutung der innen- und aussenpolitischen Momente ist hingegen in der Forschung nach wie vor eine Debatte im Gange. Cf. z.B. *Eley*, 'Social Imperialism in Germany'; *Geiss*, 'Sozialstruktur und imperialistische Dispositionen im Zweiten Deutschen Kaiserreich'; *Hildebrand*, 'Zwischen Allianz und Antagonismus'; *Kennedy*, Antagonism, 464–70 und *Wehler*, Das Deutsche Kaiserreich, 171–92.

Im Hinblick auf dieses Ziel seien "das bisschen Preisbewegung und Preiserhöhung" unbedeutend.[27]

Zur Jahrhundertwende vertrat Schippel auch unter den Revisionisten nur eine kleine Minderheit. Nach der herrschenden Auffassung sollte die Partei die indirekten Steuern und damit auch die Schutzzölle bekämpfen.[28] Auch Bernstein stellte sich im Verein mit der Parteileitung gegen die Schutzzollpolitiker, verteidigte im Reichstag in Übereinstimmung mit der Linie seiner Partei den Freihandel[29] und bezeichnete im gleichen Zusammenhang die Sozialdemokraten, die sich für die Schutzzollpolitik einsetzten, als Abweichler von der Linie der Partei.[30] Kautsky konnte zu seiner Freude feststellen, dass er und Bernstein trotz ihrer theoretischen Differenzen über gemeinsame praktische Ziele verfügten.[31] In seinen handelspolitischen Stellungnahmen hob Bernstein die Solidarität und die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der 'Kulturnationen' hervor. Die Schutzzollpolitik impliziere hingegen die Auffassung von der Divergenz der Interessen. Auf der ganzen Welt sei bereits ein Netz von gegenseitigen Abhängigkeiten im Entstehen begriffen, das eine für alle vorteilhafte Arbeitsteilung ermögliche: die Reduzierung der Zollschranken habe eine Verkleinerung der Produktionskosten, der Lebenshaltungskosten und damit einen Anstieg der Reallöhne zur Folge. Ausserdem fördere der Freihandel den Frieden während im Schutzzollsystem internationale Konflikten aufkeimten. Kurz gesagt, für Bernstein war die Freihandelspolitik fortschrittlich und die Schutzzollpolitik reaktionär.[32] Wie wir zuvor gesehen haben, hielt Bernstein den englischen Imperialismus z.T. gerade deshalb für fortschrittlich,

---

27 Prot. Stuttgart 1898, 179. S. auch *Schippel*, 'Die Handels- und Wirtschaftspolitik und die Arbeiter' und 'Consument und Producent', SM 4, 1900, 542–48 und 783–95. Über Schippel s. *Kampffmeyer*, 'Max Schippel', SM 34, II, 1928, 587–94. Der andere bedeutende Schutzzollpolitiker der Sozialdemokraten war Richard Calwer, der am Mainzer Parteitag die Schutzzollpolitik verteidigte, Prot. Mainz 1900, 188–93 und 210–12. Über Calwer s. *Mrossko*, 'Richard Calwer'.

28 S. z.B. *Kautsky*, Handelspolitik und Sozialdemokratie, 8.

29 Z.B. die Reden vom 9. und 10.6.1902, St.Ber., X. Leg., 2. Sess. 1900/1903, 6. Bd., 5493–98 und 5560–61; 30.10., 25.11., 3.12.1902, 15.1., 16.1., und 20.3.1903, ib., 7. Bd., 6087–98, 6583–89, 6867–69, 7307–16, 7349–52 und 8752–53; 12.12.1903 und 18.1.1904, ib., XI. Leg., 1. Sess. 1903/04, 1. Bd., 107–10 und 339–42; 9.2.1905, ib., 6. Bd., 4389–96; 11.12.1905, ib., 2. Sess. 1905/06, 1. Bd., 222–23 und 22.2.1906, ib., 2. Bd., 1514–16 und 1530–34.

30 Reden vom 15. und 16.1.1903, St.Ber., X. Leg., 2. Sess. 1900/1903, 7. Bd., 7314–15 und 7351 sowie 22.2.1906, ib., XI. Leg., 2. Sess., 2. Bd., 1514. S. auch Rede Bernsteins am Bremer Parteitag, Prot. Bremen 1904, 136–37, 229–30 und 264 sowie die Rezensionen zu *Schippel*, Grundzüge der Handelspolitik, Berlin–Bern 1902 und *Calwer*, Arbeitsmarkt und Handelsverträge, Frankfurt am Main 1901, DdS I (1902), 99–101 und 281–82.

31 Kautsky an Bernstein, 23.10.1901, IISG, KN C 245.

32 Dazu detaillierter *Fletcher*, 'Cobden as Educator'.

da eine Ausdehnung des britischen Imperiums auch eine Ausdehnung des Freihandelsgebietes mit sich bringe.

Obschon es fraglich sein mag, ob die Bernsteinschen Methoden einen erfolgreichen Widerstand gegen die aggressive Aussenpolitik Deutschlands ermöglichten, muss festgestellt werden, dass er doch nicht zu den unbedingten Anhängern dieser Aussenpolitik gezählt werden kann. Zur Jahrhundertwende fanden sich jedoch in der buntscheckigen Schar der Revisionisten auch Propagandisten der 'nationalen Aufgabe', die in der Förderung der Ausdehnungsbestrebungen des deutschen Kapitalismus die Voraussetzung sahen für die Förderung des Sozialismus. Ausdruck einer solchen Haltung waren die Unterstützung der Schutzzollpolitik, die antienglische Einstellung und schliesslich die bedingungslose Unterstützung der deutschen 'Weltpolitik'. Die von Joseph Bloch redigierten *Sozialistischen Monatshefte* (SM) wurden zum Sprachrohr dieses antibernsteinschen Programmes. Zur gleichen Zeit, um 1905, als in Deutschland die antienglische Stimmung stärker zu werden begann,[33] machten auch die SM die Verteidigung der 'nationalen Interessen' Deutschlands zur Maxime ihres aussenpolitischen Programmes. Den Anstoss dazu gab offenbar die erste Marokkokrise (1905–06), der erste schwerwiegendere Konflikt zwischen England, Frankreich und Deutschland. Die 'öffentliche Meinung' Deutschlands musste davon überzeugt werden, dass auch die Sozialdemokraten die nationalen Interessen Deutschlands verteidigten, und da war es am einfachsten, die Gegensätze zwischen den verschiedenen Ländern zu betonen, wobei im zunehmenden Klima der 'Einkreisung' die Hervorhebung der deutsch-englischen Interessenkonflikte am zweckmässigsten war.[34]

In den SM begann sich die Auffassung durchzusetzen, dass die Zukunft Europas nicht auf der Freundschaft Englands, Frankreichs und Deutschlands sondern nur auf einem Bündnis der kontinentaleuropäischen Staaten aufgebaut werden könne. Deutschland und Frankreich müssten ihre alten Differenzen vergessen und als Gegengewicht zur wirtschaftlichen Expansion Englands und der Vereinigten Staaten ihre Zusammenarbeit verstärken.[35] Ein Bündnis der kontinentaleuropäischen Staaten müsse

---

[33] *Mommsen*, 'Zur Entwicklung des Englandbildes der Deutschen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts', 380–81.

[34] Dazu näher *Fletcher*, 'Revisionism and Empire: Joseph Bloch, the *Sozialistische Monatshefte* and German Nationalism, 1907–14', 473–77 und id., Revisionism and Empire, 54–64 sowie *Fricke*, 'Die 'Sozialistischen Monatshefte' und die imperialistische Konzeption einer Kontinentaleuropa (1905–1918)'.

[35] *Calwer*, 'Weltpolitik und Sozialdemokratie', SM 9, II, 1905, 746–49. Es sollte in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass Calwer seine aussenpolitischen Artikel auf Bitte Blochs verfasste, der von der Übereinstimmung ihrer aussenpolitischen Ansichten ausging, Bloch an Eisner, 29.1.1906, BA R 117/4.

auch von den Sozialdemokraten begrüsst werden, da die Mitglieder eines solchen Bündnisses ihre in der Furcht eines Angriffes der Nachbarstaaten aufgebauten Armeen und damit auch die Rüstungsausgaben abbauen könnten, ohne dabei die "Schlagfertigkeit" gegenüber dem gemeinsamen Feind, England und Russland, zu verlieren.[36] Obschon sich das englisch-französische Bündnis zur Zeit der Marokkokrise eher noch festigte und zu einem gegen Deutschland gerichteten Zusammenschluss Englands, Frankreichs und Russlands führte,[37] wollten die SM dennoch an einen für Deutschland glücklichen Ausgang der Krise glauben. Die zur Lösung der Krise einberufene Konferenz hatte auch Deutschland das Recht zum freien Handel in Marokko zugestanden. Die SM sahen dies zwar als "einen politischen Erfolg des rein kapitalistischen Regimes, das von den Sozialdemokraten bekämpft" werde, an, der Kampf der Sozialdemokratie dürfe sich jedoch nicht "gegen die Fortschritte dieses Systems" richten, "soweit sie die Voraussetzungen für die günstige Entwicklung des Sozialismus und der Sozialdemokratie" bildeten.[38]

Vor dem Jahre 1907 hielten es die SM für ein Gebot der politischen Weisheit, ihre Auffassung von den gemeinsamen 'weltpolitischen' Interessen des deutschen Proletariats und des deutschen Kapitalismus nicht öffentlich darzulegen. Der Anstoss zu einer eindeutigen und klaren Stellungnahme kam von der Niederlage der SPD bei den 'Hottentottenwahlen' des Jahres 1907. Die Wahlniederlage konnte als Sieg der *sozialistischen Kolonialpolitik* ausgelegt werden, als Misstrauenserklärung des Volkes an die 'negative' Kolonialkritik, auf die man trotz der Warnungen nicht verzichtet habe. Gleichzeitig diente sie als Argument dafür, dass auch die Sozialdemokraten die 'weltpolitischen' Interessen Deutschlands zu verteidigen hätten.

Während in den 'offiziellen' Erklärungen der Partei vor allem die Wirkungslosigkeit der Parteipropaganda für die Wahlniederlage verantwortlich gemacht wurde, machten die Revisionisten auch den Inhalt der Propaganda dafür verantworlich. Man müsse sich nach der Wahlniederlage die Frage stellen, ob die von der Partei betriebene Politik die Unterstützung der Wähler verdient habe. Richard Calwer, der nach Bloch in der Kolonialpolitik den "vernünftigen" und "einzig möglichen Standpunkt" vertrat,[39] verneinte die Frage. Die Propaganda der Sozialdemokraten sei wirklich-

---

[36] *Calwer*, 'Englands Absichten und die deutsche Sozialdemokratie', SM 9, II, 1905, 922.
[37] S. z.B. *Joll*, Europe since 1870, 98–100 und *Stone*, Europe Transformed 1878–1919, 155–57.
[38] *Calwer*, 'Das Fazit der Marokkoaffäre', SM 10, I, 1906, 358 und 360.
[39] Bloch an Leuthner, 24.6.1907, BA R 117/8. Erwähnenswert ist, dass Bloch in diesem Brief die kolonialpolitischen Ansichten Bernsteins weder lobte oder auch nur erwähnte.

keitsfremd und überlebt und die Kritik der Partei ebenso frucht- und ergebnislos gewesen wie ihre konkrete Tätigkeit.[40]

Der klarste Ausdruck für die Entfremdung der Parteipropaganda von der Wirklichkeit sei gerade die Kritik der Kolonialpolitik. Obschon die undemokratische Natur des Kaiserreiches den Sozialdemokraten das Recht gebe zum Widerstand gegen die deutsche Kolonialpolitik,[41] dürfe die deutsche Sozialdemokratie doch nicht verkennen, dass der deutsche Kapitalismus "kolonisieren" müsse, "soll Deutschlands wirtschaftliche Zukunft dem konkurrierenden Auslande gegenüber sichergestellt werden". Da alle Industrieländer ihre Territorien ausdehnten, könnten auch die deutschen Sozialdemokraten nicht verlangen, "das deutsche Unternehmertum solle hübsch zu Hause bleiben und keine weltpolitische Ziele verfolgen". Eine solche Forderung sei höchst unsozialistisch, denn der Kapitalismus müsse zuerst "die Welt in seine Fesseln zwingen, bevor eine sozialistische Organisation der Wirtschaft funktionieren" könne. Nachdem sich Calwer somit auf die herrschende Auffassung von der 'objektiv' revolutionären 'Tätigkeit' des Kapitalismus berufen hatte, erinnerte er daran, dass die verhältnismässig hohen Löhne der englischen Arbeiter auf den ausgedehnten Kolonialbesitz Englands zurückzuführen seien.[42]

Die spezifisch deutsche sozialistische Politik müsse deshalb die Ausdehnung des deutschen Kapitalismus fördern: "Der nationale deutsche Kapitalismus muss sich voll ausleben, bevor der Sozialismus wachsen und erstarken kann".[43] Daraus folge, dass "das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft" mit der Entwicklung des deutschen Kapitalismus so eng verknüpft sei, dass die deutschen Sozialdemokraten "in allererster Linie dessen rascheste, kräftigste und allgemeinste Entfaltung" wünschen und fördern sollten.[44] Da das Tempo der Entwicklung stets eine relative Grösse ist, musste Calwer seine Forderung präzisieren: der Wunsch der deutschen Sozialdemokraten müsse es sein, dass der deutsche Kapitalismus "seine Einflusssphäre womöglich stärker und mächtiger entwickelt, als der Kapitalismus des Auslandes".[45] Dies sei nicht bloss deshalb notwendig, da davon das Wohlergehen der Arbeiter abhänge, sondern auch deshalb, da "diese Entwicklung die Keime einer sozialistischen Wirtschaftsordnung *von selbst*" mit sich bringe und vermehre.[46] Konsequenterweise warnte Calwer

---

[40] *Calwer*, 'Der 25. Januar', SM 11, I, 1907, 107.
[41] Ib., 104–05 und *Calwer*, 'Kolonialpolitik und Sozialdemokratie', ib., 197–98.
[42] *Calwer*, 'Der 25. Januar', 105.
[43] *Calwer*, 'Kolonialpolitik und Sozialdemokratie', 196.
[44] *Calwer*, 'Der 25. Januar', 106.
[45] *Calwer*, 'Kolonialpolitik und Sozialdemokratie', 195.
[46] *Calwer*, 'Der 25. Januar', 106. Hervorh. durch d. Verf.

denn auch die Sozialdemokraten vor einem zu eifrigen Drängen auf Verstaatlichung. Der Monopolisierungsprozess entspreche an sich den Interessen der Arbeiterklasse; die freie Entwicklung des Kapitalismus sei die Voraussetzung des Sozialismus: "Wir müssen den sozialistischen Kern in der kapitalistischen Schale erkennen lernen. Wir dürfen uns nicht länger den Anschein geben, als ob wir vor kapitalistischen Bäumen den sozialistischen Wald nicht sehen wollten".[47]

Calwer glaubte, damit eine "positive Formel" als Gegengewicht zur "verwilderten nationalen Phrase" entwickelt zu haben. Im Rahmen dieser 'positiven Formel' konnte die Kritik an der eigenen Regierung "sehr, sehr weit gehen", man durfte jedoch nicht behaupten, dass die eigene Regierung "um jeden Preis schlechter und dümmer sein soll, als die des Auslandes".[48] Seine 'positive Formel' verlangte, dass die deutsche Arbeiterbewegung "in sehr viel höherem Grade und sehr viel systematischer, als bisher, die kapitalistische Entwickelung vorwärts treiben" müsse.[49] Die — an sich zwar berechtigte — *politische* Kritik der deutschen Kolonialpolitik dürfe diese Entwicklungsarbeit nicht behindern, und die Kritik müsse sich gegen die Erscheinungen richten, die die Entwicklung des Kapitalismus behinderten. Calwar war offensichtlich der Ansicht, dass sich die politische Kritik der Kolonialpolitik gegen die 'feudalen' Überreste der kaiserlichen Kolonialpolitik richten müsse, da diese der störungsfreien Entwicklung des deutschen Kapitalismus im Wege stünden.

Auch Bernstein sah in der 'falschen Behandlung der Kolonialfrage' den Grund für die Wahlniederlage. Es sei ein Fehler gewesen, die schlechte Rentabilität der Kolonien zu kritisieren, besonders in der überheblichen Art und Weise, wie dies in der Wahlpropaganda der Partei geschehen sei, d.h. durch die Charakterisierung der Kolonien als "Sandwüste" und durch das Erzählen schlechter Witze "über die umgekippte Dattelkiste". Für Dernburg und die "Agitatoren der Kolonialbewegung" sei es ein "geradezu kinderleichtes Spiel", diese Übertreibungen als falsch zu entlarven. Dernburgs eigene Berechnungen seien im Vergleich dazu "harmloser Optimismus" und wirkten ausserdem, da sie auf Tatsachen beruhten, auf den unvoreingenommenen Wähler in viel stärkerem Masse. Bernstein erinnerte daran, dass gerade vom sozialistischen Standpunkt aus das kurzsichtige Rentabilitätsdenken nicht angehe. Es sei "verwerfliche Pfennigfuchserei", die für die Entwicklung der Kolonien, also "für einen Kulturzweck", bestimmten Gelder nur deshalb nicht gewähren zu wollen, da die Kolonien

---

47 *Calwer*, 'Kartelle und Sozialdemokratie', SM 11, I, 1907, 376.
48 *Calwer*, 'Der 25. Januar', 106.
49 Ib., 107.

vorderhand noch keinen Gewinn abwarfen. Die Gelder seien soeben erst investiert worden, und Gewinne könnten erst in einigen Jahren erwartet werden.[50]

Im Gegensatz zu Calwer sah Bernstein jedoch den Schwerpunkt der sozialdemokratischen Kolonialkritik in der unparlamentarischen Art und Weise der deutschen Kolonialpolitik. Die Partei solle deshalb gegen die Kolonialkredite stimmen, da die Sozialdemokraten "das *System* verwerfen, nach welchem das Kolonialwesen in Deutschland geregelt" werde, und nicht etwa mit der Begründung, dass Deutschland keine Kolonien besitzen dürfe. Die Vollmachten des deutschen Reichstages zur Kontrolle der "Grundsätze der Kolonialverwaltung" und der für die Verwaltung der Kolonien zuständigen Beamten seien "gänzlich ungenügend". Der Reichstag sei "bloss eine Geldbewilligungsmaschine, aber keine Vollziehungsinstanz".[51] Das Auflösungsrecht des Reichstages sei ein klarer Ausdruck des Antiparlamentarismus im Deutschen Kaiserreich und stelle einen "Fusstritt gegen die Rechte der Volksvertretung" dar. Ausser dass die Auflösung unabhängig vom Willen des Parlamentes beschlossen werden könne, bezwecke sie einzig und allein, die Abgeordneten "mürbe" zu machen für die Politik der Regierung, die ja unabhängig vom Wahlausgang an der Macht bleibe.[52] Als er das Wahlresultat den Engländern erläuterte, vermied es Bernstein, die Wahlpropaganda seiner Partei zu kritisieren und führte nur die seiner Meinung nach wichtigsten Aspekte an. Als den Hauptgrund für die Wahlniederlage bezeichnete er die "bonapartistische Wahlmethode" der deutschen Regierung, der es damit gelungen sei, eine breite und kohärente antisozialistische Front zu schaffen. Ohne mit den Parteileitern zu konferieren, habe die Regierung den Reichstag rücksichtslos erniedrigt und diesen nach Hause geschickt, "as if it were a band of disobedient schoolboys".[53]

Bernsteins Kolonialkritik war in erster Linie eine scharfe politische Kritik des antidemokratischen Kaiserreiches. Calwer hielt offenbar eine solche Kritik zwar für *politisch* berechtigt, aber offenbar nur deshalb, da sie von weiten Teilen der Partei unterstützt wurde. Calwer erwähnte diesen für Bernstein zentralen Aspekt nur im Vorbeigehen. Wie konnte man sich auch der Kolonialpolitik glaubhaft widersetzen, wenn gleichzeitig die Ex-

---

[50] *Bernstein,* 'Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?', SM 11, I, 1907, 111–12. S. auch *Bernstein,* 'Die Kolonialfrage und der Klassenkampf', 996.
[51] *Bernstein,* 'Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?', 111–12. Hervorh. d. Bernstein.
[52] Ib., 109–10. Ähnlich *Eisner,* 'Die Blockade des Reichstags', NG 3, Bd. 3 (1906), 147–48.
[53] *Bernstein,* 'The German elections and the Social Democrats', Contemporary Review 91 (1907), 485 und 488–91.

pansion des deutschen Kapitalismus 'systematisch' vorangetrieben werden sollte? Charakteristisch für die Auffassungen Calwers war die strikte Trennung von Wirtschaft und Politik: die Kolonialpolitik könne zwar in politischer Hinsicht unter gewissen Voraussetzungen kritisiert werden, müsse jedoch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bedingungslos gutgeheissen werden.

Diesen auffallenden Unterschied wollte Bernstein auch selbst hervorheben. Als der *Vorwärts* Anfang Februar 1907 die Ansichten Bernsteins und Calwers in einen Topf zu werfen trachtete,[54] sandte Bernstein der Zeitung unverzüglich eine Entgegnung, in der er sich in sehr scharfer Form — was er dann gegenüber Bloch bedauerte[55] — von Calwer distanzierte. Er gehöre zu den entschiedensten Gegnern von Calwers handelspolitischen Ansichten und könne sich "Calwers Anschauungen hinsichtlich der Bedeutung von Kolonien für die deutsche Volkswirtschaft ganz und gar nicht anschliessen". Er sei lediglich der Meinung, dass Kolonien für Deutschland "vorteilhaft sein *können*". Ganz besonders wollte Bernstein jedoch betonen, dass die Verwerfung der Kolonialkredite wegen der engen Verknüpfung der deutschen Kolonialpolitik mit der aggressiven deutschen 'Weltpolitik' "durchaus *gerechtfertigt und geboten*" sei.[56]

Zwischen den Ansichten Bernsteins und Calwers (d.h. der SM) gab es noch weitere Differenzen. Bernstein betonte die moralischen Verpflichtungen der Arbeiter und ihrer Vertreter gegenüber der Gesellschaft. Die Verpflichtungen und die Verantwortung der Arbeiter nähmen in dem Masse zu, wie sie zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft würden. Die Übernahme von Verantwortung bedeute neben der Entwicklung der Kolonialpolitik auch die Förderung der Landesverteidigung. Bei der Forderung nach Verkürzung der Dienstzeit müsse man sich fragen, ob Deutschland dadurch nicht ins Hintertreffen geraten würde gegenüber den anderen Staaten. Denn obschon der deutsche Arbeiter vorderhand noch kein "Vollbürger" sei, sei er nicht "in dem Sinne rechtlos, dass ihm die nationalen Interessen gleichgültig" sein könnten.[57] Letzlich sei der Patrio-

---

[54] 'Die Lehren der Reichstagswahl, I', Vorwärts Nr. 34, 9.2.1907.

[55] Bernstein an Bloch, 12.2.1907, BA R 117/2. Bernstein begründete seine Entgegnung damit, dass er erbost sei über die absichtliche Tatsachenverfälschung des *Vorwärts;* den Redakteuren seien die Unterschiede zwischen seinen handelspolitischen Ansichten und denjenigen Calwers bekannt. Bloch wiederum war erbost über die Art Bernsteins, die inneren Differenzen der Revisionisten publik zu machen, was aus den ersten Zeilen des Briefes Bernsteins ersichtlich wird: "Ich hoffe, dass Ihr erster Verdruss über meine Einsendung an den *Vorwärts* etwas nachgelassen hat. Meinerseits sage ich, dass die Feststellung der Meinungsdifferenzen zwischen Calwer und mir in etwas anderer Form hätte geschehen können".

[56] *Bernstein,* 'Zur Erwiderung!', Vorwärts Nr. 36, 12.2.1907. Hervorh. d. Bernstein.

[57] *Bernstein,* Voraussetzungen, 144—47 und 'Socialdemokratie und Imperialismus', 249.

tismus der Garant des Friedens. Die Vorstellung, dass irgendwo eine machtvolle Partei existiere, "die nur auf den Krieg wartet, um der eigenen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten", könne "zur grössten Kriegsgefahr werden". Es sei deshalb notwendig, "den Militärpolitikern des Auslandes alle Illusionen über etwaige Förderung ihrer Zwecke durch die Sozialdemokratie zu nehmen."[58] Während Bernstein die durch die rechtliche und soziale Mitbeteiligung entstehenden Verpflichtungen der Arbeiter und ihrer Vertreter betonte, hob Calwer den Anteil der Arbeiter an der Produktion hervor. Als Produzenten seien die Arbeiter interessiert am Erfolg ihrer 'eigenen' Unternehmen; das Gefühl der Verantwortung beruhe auf dem Eigeninteresse der Arbeiter. Auch Calwer gelangte aufgrund dieser von ihm hervorgehobenen materiellen Interessen zu der Warnung, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, "als ob die deutsche Sozialdemokratie den Kapitalismus des Auslandes und die Regierungen des Auslandes auf Kosten unserer deutschen Gegner bevorzuge".[59]

Bernstein und Calwer gelangten so mit ihrer Argumentation auf verschiedenen Wegen zum gleichen Resultat. Die rechtlichen und die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter bedingten sich gegenseitig. Bernstein und Calwer argumentierten in verschiedener, jedoch komplementär Weise für die gemeinsamen Interessen der deutschen Bürger. Die praktische Folge ihrer Auffassungen war die Integration der Arbeiter in die herrschende Gesellschaft. Dies war die gemeinsame Grundlage, die dann jedoch mit der Verschärfung der internationalen Konflikte und mit der zunehmenden 'Einkreisung' Deutschlands von immer bedeutsameren — besonders für die Kontrahenten selbst — Differenzen überschattet wurde.[60]

---

[58] *Bernstein*, 'Patriotismus, Militarismus und Sozialdemokratie', SM 11, I, 1907, 439. Der von Bernstein wiederholt hervorgehobene proportionale Zuwachs von Macht und Verantwortung der Sozialdemokratie erklärte 1915 in seinen Augen auch, weshalb, anders als "im rückständigen Osten", die sozialdemokratischen Parteien "in den Ländern des vorgeschrittenen Westens" begonnen hätten, die Kriegsanstrengungen ihrer Staaten zu unterstützen: "Auf grosse Parteien oder auf Parteien mit grossem parlamentarischem Einfluss drückt bei Abstimmungen das Gewicht der mit diesem Einfluss verbundenen sachlichen Verantwortung. Sie können ihre Stimmabgabe nicht so frei vom Zwecke der Demonstration bestimmen lassen, als dies kleinen Parteien möglich ist, deren Abstimmung keine unmittelbare Rückwirkungen auf den Verlauf der Dinge hat. Es ist dies die Kehrseite des parlamentarischen Machtzuwachses der Parteien. Man muss sie mit in den Kauf nehmen, wenn man auf das Wachsen nicht überhaupt verzichten will", *Bernstein*, die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg, Tübingen 1915, 39–40.

[59] *Calwer*, 'Der 25. Januar', 105.

[60] "Der Reformismus. . . will nicht Todfeindschaft (d.h. gegen die herrschenden Klassen — der Verf.), er will Entgegenkommen, und so muss er eben aufhören, den Imperialismus im eigenen Lande zu bekämpfen. Ist aber die Gegnerschaft aufgegeben, dann ist Spielraum gewonnen für alle Nuancen, von den Konfusionären, die Kolonialschwärmerei mit Antimilitarismus und Freihandel vereinbar glauben, bis zu den konsequenten Verfechtern der Rüstungspolitik, des Schutzzolls, der Kolonialpolitik mit allen ihren Konsequenzen für Krieg und

Auch wenn der proletarische Internationalismus sowohl Bernsteins als auch Calwers immer mehr den Charakter einer 'internationalen Politik' der Arbeiterbewegung annahm, war Calwer 'deutscher' und 'realistischer' als Bernstein. Die Dinge müssten so betrachtet werden, wie sie "heute nun einmal liegen": "Grosse Kriegsflotten sind wohl kein erfreuliches Zeichen der Kulturentwicklung der Menschheit, aber sie sind da". Gemäss Calwer wurde der Einfluss der Staaten mit der Stärke ihrer Flotten gemessen, weshalb Deutschland nicht einseitig abrüsten könne. Zur Begrenzung der Rüstungsaufwendungen müssten realistischere Methoden gefunden werden als die internationalen Abrüstungsverhandlungen und -verträge. Die Staaten Mitteleuropas sollten sich ein Beispiel an den Vereinigten Staaten nehmen, deren Bundesstaaten keine Armeen und Flotten gegeneinander benötigten. Ein Bündnis der Staaten Mitteleuropas sei "die einzige realisierbare Möglichkeit" zur Verminderung der Rüstungsausgaben.[61] Um seine Botschaft besser an den Mann zu bringen, bot Calwer einen sozialistischen Köder an: durch die Förderung eines Bündnisses der Staaten Mitteleuropas biete sich die Möglichkeit einer Überwindung des "nationalen Rahmens" an, und "der internationale Gedanke" könne sich so "in gesunder und lebenskräftiger Weise entfalten".[62]

Bernsteins Denken bewegte sich auf einer allgemeineren oder – vom Standpunkt Calwers und der SM aus – 'unnationalen' Ebene. Er widersetzte sich zwar nicht grundsätzlich den 'Vereinigten Staaten von Europa', stellte jedoch die Demokratisierung der Regierungssysteme seiner Mitgliedsstaaten zur Vorbedingung.[63] Für Bernstein stellte somit im Gegensatz zu Calwer das Deutsche Kaiserreich ein Hindernis für die Verwirklichung der 'Vereinigten Staaten von Europa' dar. Auch wollte er, wiederum im Gegensatz zu Calwer, England nicht von diesem Bündnis ausschliessen. Bernstein erinnerte daran, dass die Industrieländer sich auf den Weltmärk-

---

Sklaverei, wie sie Schippel, das enfant terrible des Revisionismus und das enfant gâté der *Deutschen Tageszeitung* unermüdlich vertritt". Diese Feststellung Hilferdings vom Frühling 1909 ('Der Revisionismus und die Internationale', 169–70) ist von der Forschung mehr oder weniger bestätigt worden, von Mandelbaum ('Sozialdemokratie und Imperialismus', 21–22) sogar mit fast den gleichen Worten. Die Unterschiede in den Einschätzungen der Forscher beruhen vor allem auf der unterschiedlichen Gewichtung der Differenzen zwischen Bernstein und den 'Sozialimperialisten' der *Monatshefte*. S. z.B. *Angel*, 344–66; *Fletcher*, Revisionism and Empire, 144, 149–50, 154, 163–64, 178 und 184–86; *Fricke*, 'Eine Musterzeitschrift des Opportunismus', 1213; id., 'Zum Bruch Eduard Bernstein mit den "Sozialistischen Monatsheften" im Herbst 1914', 454–55 und 458; *Gay*, 257 und 270–72 sowie *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 202–10.

[61] *Calwer*, 'Kolonialpolitik und Sozialdemokratie', 198–99. S. auch *Calwer*, 'Deutsch-französische Annäherung', SM 12, II, 1908, 663–66.

[62] *Calwer*, 'Der 25. Januar', 104.

[63] *Bernstein*, 'Ein Propagandist für den Weltföderalismus' (Rezension zu Iwan *Rowicow*, Die Föderation Europas, Berlin und Bern, o.J.), Vorwärts Nr. 138, 16.6.1901.

ten nicht nur konkurrenzierten, sondern auch gemeinsame Interessen hätten. Mit der Entwicklung der Industrie und der Verkehrsverbindungen seien alle Industrieländer in immer stärkerem Masse voneinander abhängig geworden. Lediglich das Schutzzollsystem verhindere die Erkennung der "zunehmenden Solidarität der Kulturvölker". Der Internationalismus forderte die Arbeiterbewegung zwar auf, gegen die Kriegshetzer des eigenen Landes anzukämpfen – "criticism, like charity, is best done at home"[64] – in erster Linie erteilte der Bernsteinsche Internationalismus den Sozialdemokraten jedoch den Auftrag, sich für die Entwicklung des Völkerrechtes und der Vertragspolitik einzusetzen.[65] Während Bernstein den Internationalismus als Kampf für den Frieden auffasste, war der Internationalismus Calwers bereits geographisch eingeschränkt; er umfasste lediglich die Staaten Westeuropas, und überschritt nicht einmal den Englischen Kanal.

Ungefähr von 1907 an begann Bernstein, der die SM noch 1903 als seine "literarische Heimat" bezeichnet hatte,[66] immer mehr auf Distanz zu gehen. Während Bernstein immer energischer und offener für eine Vermittlungs- und Vertragspolitik der 'Kulturstaaten' eintrat, entfernten sich die SM immer mehr von der 'offiziellen' aussenpolitischen Linie der Partei und Bernsteins und begannen, immer offener die Notwendigkeit einer den Interessen Deutschlands entsprechenden Machtpolitik hervorzuheben. Bernstein konnte und wollte so nicht über die Linie der SM bestimmen. Diese Linie wurde von Joseph Bloch festgelegt, der in einem Bericht der politischen Polizei treffend als "der geistige Leiter und stille Redakteur" der SM bezeichnet wird.[67] Bloch verfasste (mit Ausnahme der Rundschau) von den insgesamt 4000 Artikeln der SM nur deren vier. Er sprach für die die vorbehaltlose Pflege der nationalen Interessen Deutschlands "in strenger, selbstgewählter Anonymität"[68] über sorgfältig ausgewählte Mitarbeiter, zu denen u.a. Richard Calwer, Gerhard Hildebrand, Max Maurenbrecher und Ludwig Quessel zählten. Zwei der Mitarbeiter, Karl Leuthner und

---

[64] *Bernstein,* 'Breakers ahead!', The Nation IX, 2.9.1911, 804.
[65] *Bernstein,* 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie', 621–24.
[66] Bernstein an Wurm, 21.10.1903, IISG, BN C 40.
[67] 'Die Beobachtungen des Schriftstellers Joseph Bloch', StA, Rep. 30, Bln C, Polizeipräsidium, Tit.94, Lit.B, Nr. 1281, Bl. 78 (Übersicht vom 14. März). Desgleichen Bl. 93 und 102 (Übersichten vom 13. Juli 1902 und 22. Mai 1903). Über Bloch und die SM näher s. *Breuer,* 'Sozialistische Monatshefte (1895–1933)'; *Fletcher,* Revisionism and Empire, 47–122; *Fricke,* Die deutsche Arbeiterbewegung, 462–66; id., 'Eine Musterzeitschrift des Opportunismus', 1209–20 und *Ratz,* 'Unser politischer Einfluss wächst mit unserer wirtschaftlichen Macht', 113–29.
[68] *Stössinger,* 'Bolschewismus oder revolutionärer Revisionismus', Frankfurter Hefte 3/1953, 507. Felix Stössinger war ein Mitarbeiter Blochs. Er redigierte nach dem Tode Blochs (1936) dessen 'politisches Testament' *Revolution der Weltpolitik: Joseph Blochs Vermächtnis* (Prag 1938). Darüber s. *Fletcher,* Revisionism and Empire, 48–49.

Max Schippel, schätzte Bloch ganz besonders und übertrug ihnen "im wesentlichen die Sache der SM".[69] Leuthner, ein Redakteur der *Arbeiterzeitung*, des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, war dabei für Bloch von besonderem Nutzen, da er als österreichischer Sozialist durch die offiziellen und inoffiziellen Disziplinarmassnahmen der SPD nicht belangt werden konnte. Die deutschen Propagandisten und Verwirklicher der Linie der SM fielen in der SPD in Ungnade: Schippel musste 1904 auf sein Reichstagsmandat verzichten, Calwer musste 1909 seine Parteimitgliedschaft aufgeben und Hildebrand wurde 1912 sogar regelrecht ausgeschlossen. Auf Leuthner – den Trotzki nicht einmal als Opportunisten bezeichnen wollte, da er "mit dem Sozialismus keine Kompromisse" mache[70] – traf so formal der spöttische Kommentar der *Leipziger Volkszeitung* über die Mitarbeiter der SM zu: "hinter den sogenannten Sozialistischen Monatsheften" stehen nur "Tintenfässer, aus denen ihre Mitarbeiter ihre Artikel schöpfen".[71]

Bloch wachte so genau über die Linie der SM wie dies ohne die Gefährdung der Einheit der Revisionisten oder genauer gesagt, ohne die Zerstörung der Illusion von der Einheit des Revisionismus möglich war. Falls der Text eines Mitarbeiters ihn nicht befriedigte, korrigierte er daran nicht bloss den Stil. Bernstein sah sich z.B. mehrere Male gezwungen zu bemerken, dass die Korrektur seiner Artikel seine eigene Sache sei.[72] Die andere Methode zur Korrektur bereits publizierter 'falscher' Auffassungen im Namen der Meinungsfreiheit oder der Bewahrung der Einheit des Revisionis-

---

[69] Bloch an Leuthner, 1.3.1909, BA R 117/8. S. auch Bloch an Leuthner, 6.10.1906, 5.3.1907, 31.7.1908, 6.5.1909 und 14.5.1909, ib. sowie Bloch an Arons, 2.3.1908, ib., R 117/1. Ein von Bloch geschätzter Experte der marxistischen Theorie war Conrad Schmidt; er sei "ein *wirklicher* Theoretiker, ein Mann, dem niemand die grösste wissenschaftliche Qualität absprechen wird", Bloch an Arons, 2.3.1908, BA R 117/1. Hervorh. d. Bloch. Der Grund für dieses Lob wird aus der folgenden Aussage ersichtlich (ib.): "Und was er sagt, ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was wir von Friedenau her (d.h. Kautsky – der Verf.) zu hören gewöhnt sind". S. auch Bloch an Leuthner, 3.3.1908, BA R 117/8 und an Löbe, 2.3.1908, ib., R 117/9.

[70] Trotzki an Hilferding, 10.5.1909, *Bahne/van Rossum*, 'Korrespondenz Trotzki–Kautsky–Hilferding', Manuskript im IISG.

[71] 'Der Parteitag in Chemnitz', LV Nr. 214, 14.9.1912.

[72] Z.B. Bernstein an Bloch, 23.7.1901, BA R 117/3 sowie 20.9.1907 und 24.11.1909, ib., R 117/2. Bereits zur Jahrhundertwende diskutierte Bernstein mit Woltmann über die 'Redaktionsdiktatur' Blochs; Woltmann schlug sogar die Gründung einer neuen revisionistischen Zeitschrift vor, Woltmann an Bernstein, 3.1., 17.5. und 3.8.1900, IISG, BN D 841. Wegen seiner unnachgiebigen schutzzöllnerischen Haltung verlor Bloch seinen englischen Mitarbeiter Edward Pease, den Sekretär der Fabian Society, der ebenso unnachgiebig die Freihandelspolitik verteidigte, Bloch an Pease, 14. und 25.2.1910 und Pease an Bloch, 17.2. und 1.3.1910, BA R 117/11. Bloch wurde wegen der Abänderung von Artikeln auch von Wolfgang Heine (Heine an Bloch, 20.9.1909, *Fricke*, 'Eine Musterzeitschrift des Opportunismus', 1220) und Adolph von Elm (Elm an Bloch, 4. und 11.8.1907 sowie 7.7.1909, *Ratz*, 'Unser politischer Einfluss', 135, 137 und 155–56) kritisiert. Über die 'Redaktionsdiktatur' Blochs s. *Fletcher*, Revisionism and Empire, 69–71.

mus bestand darin, dass von einem vertrauenswürdigen Mitarbeiter unverzüglich eine Gegendarstellung erbeten wurde. Bloch wandte diese Methode besonders in bezug auf Bernstein an. Bernstein war offensichtlich der einzige Mitarbeiter, dem es gestattet war, die Linie der SM in der Zeitschrift selbst zu kritisieren. Er durfte sich mit den Vertrauten Blochs über alle zentralen Fragen, d.h. über die Aussen – und Handelspolitik sowie über die Bedeutung der Nationalität streiten, wobei jedoch stets der Vertraute Blochs das letzte Wort hatte.[73] Vermutlich tolerierte Bloch die im Widerspruch zur Linie der SM stehenden Ansichten Bernsteins aufgrund des nationalen und internationalen Ansehens, das dieser genoss und das so auch auf die SM abfärbte. (Es ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung, ob Bernstein dieses Prestige 'objektiv' besass, wichtig ist hingegen, dass angenommen wurde, er besitze es). Karl-Heinz Klär übertreibt nicht, indem er schreibt, Bernstein sei für die SM "nur Aushängeschild" gewesen.[74] Der Grund für das Verbleiben Bernsteins bei den SM trotz der "heftigen Debatten" mit Bloch und der Auseinandersetzungen "um einzelne Sätze in seinen Artikeln"[75] lag offenbar zum grossen Teil darin begründet, dass ihm in Deutschland andere, auf nationaler oder politischer Ebene bedeutsame Publikationsmöglichkeiten fehlten. Sein eigenes Projekt einer politischen Zeitung, das wöchentlich erscheinende *Neue Montagsblatt,* konnte 1904 nur knappe sieben Monate überleben, was z.T. auf den innerhalb der Partei organisierten Kauf- und Abonnementsboykott zurückzuführen war.[76] Die Gründung einer eigenen Zeitung kann als Ausdruck der Bestre-

---

[73] *Hildebrand,* 'Was bedeutet das kanadisch-nordamerikanische Handelsabkommen?' SM 15, I, 1911, 232–40; *Bernstein,* 'Der kanadisch-amerikanische Schicksalsschlag', ib., 301–11 und *Hildebrand,* 'Zwischen Amerika und England', ib., 372–81. – *Leuthner,* 'Herrenvolk und Pöbelvolk', SM 13, I, 1909, 475–81; id., 'Umlernen', ib., 558–69; *Bernstein,* 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie', ib., II, 613–24 und *Leuthner,* 'Politische und humanitäre Idee', ib., 753–59. – *Quessel,* 'Die Ökonomie des Gebärstreiks', SM 19, II, 1319–25; *Bernstein,* 'Geburtenrückgang, Nationalität und Kultur', ib., 1492–99 und *Quessel,* 'Die Philosophie des Gebärstreiks', ib., 1609–16. – *Bernstein,* 'Das Grundsätzliche in der Frage der Handelspolitik', SM 15, I, 1911, 424–31; *Schippel,* 'Was ist denn Freihandel?', ib., 566–73; *Bernstein,* 'Zollfreier internationaler Verkehr', ib., II, 824–32 und *Schippel,* 'Freihandel, Zoll und Protektionismus', ib., 889–98. Cf. *Fletcher,* Revisionism and Empire, 137.

[74] *Klär,* 233, Anm. 55. Cf. *Fletcher,* Revisionism and Empire, 183–86.

[75] Bloch an Elm, 4.8.1908, *Ratz,* 'Unser politischer Einfluss', 147.

[76] Es erschienen insgesamt 30 Nummern in der Zeit vom 2.5. bis 21.11.1904. Der Untertitel der Zeitung lautete *Berliner sozialistische Montagsschau* und das Motto war "Demokratie, Sozialismus, Freie Forschung". Bernstein selbst erzählte, die Zeitung zur Absicherung seiner "literarischen Existenz" gegründet zu haben, die wegen seiner Kündigung als festangestellter Mitarbeiter des *Vorwärts* im Herbst 1903 in Gefahr gewesen sei, *Bernstein,* 'Ein offenes Wort in eigener Sache', NMbl Nr. 3. 16.5.1904. S. auch Nr. 1, 2.5.1904, wo der Boykottaufruf der sozialdemokratischen Vertrauensleute des 4. Berliner Wahlkreises veröffentlicht wurde. Die Gründung der Zeitung wird darin als "Verstoss gegen die Interessen der Partei" bezeichnet. – Bernstein versuchte mit allen Mitteln, seine Zeitung interessant zu machen; er führte Mode- und Theaterrubriken, Fortsetzungsromane und sogar eine regelmässige Sportrubrik

bungen Bernsteins angesehen werden, Abstand zu den SM zu schaffen, sowie als indirektes Eingeständnis der Tatsache, dass er nicht über die Linie der SM bestimmen konnte.

Während Otto Bauer sich damit begnügte, die Revisionisten in zwei "Schulen" einzuteilen, "die der Ignoranz" und "die der Konfusion",[77] unterteilte Bloch die Parteirechte in vier Gruppierungen: 1) die perspektivlosen "Nurpraktiker", 2) der süddeutsche Reformismus, d.h. das von David und Vollmar vertretene "kleinbürgerliche, kleinbäuerliche, freihändlerische Philistertum", 3) Bernstein und 4) die "Richtung" Bloch, Calwer, Leuthner, Schippel.[78] Bernstein unterscheide sich aufgrund seiner Belesenheit und seines weiten internationalen Horizontes vorteilhaft von der zweiten Gruppierung, die "die Phänomene der Weltpolitik vom bayrisch-hessisch-badischen Standpunkt aus" betrachte.[79] Der Sprung in die vierte Gruppierung hätte von Bernstein jedoch die Aufgabe des "fanatisch freihändleirischen Standpunktes" und seiner Englandfreundlichkeit,[80] d.h. seiner politischen Überzeugung bedeutet.

Neben Bernstein war die zweite schwierig zu klassifizierende Person für Bloch — und nicht nur für ihn! — Kurt Eisner, den Bloch ausschliesslich als Mensch, jedoch nicht als Politiker schätzte:

> ". . . ich habe es stets als ein beklagenswertes Missverständnis betrachtet, dass man Eisner zu den Revisionisten geworfen hat, von denen ihn nichts weniger als alles trennt: nämlich alles Positive (. . .) Gerade weil mir an Eisner vieles gefällt, bedauere ich, dass er in die Politik hinein geraten ist: das ist für beide sehr schlimm".[81]

Eisners Ansichten wurden von Bloch als "neugebackene bajuwarisch-antipreussische Politik"[82] und von Leuthner noch schärfer als "aberwitzige Politik des outriertesten Deutschenhasses und Auslanddienstes" verurteilt,

---

ein. Als weiteres Mittel zur Auflagensteigerung begann er (von der Nr. 24 an, 10.10.1904), unveröffentlichte Briefe Lassalles herauszugeben. Cf. *Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 467.

[77] Bauer an Kautsky, 3.2.1908, IISG, KN DII 478.

[78] Bloch an Leuthner, 19.11.1908, BA R 117/8. S. auch Bloch an Leuthner, 15.7. und 27.8.1907, 6.5. und 19.10.1909, ib.

[79] Bloch an Leuthner, 5.3.1907, ib.

[80] Bloch an Leuthner, 19.11.1908 und 14.4.1909 sowie Bloch an Heine, 14.3.1907, ZStA, Nachlass Heine, Nr. 29.

[81] Bloch an Leuthner, 10.5.1907, BA R 117/8. S. auch Bloch an Leuthner, 25.6.1908, ib. sowie Bloch an Eisner, 6.10.1908, ib., R 117/4. Über Eisner und über seine Beziehung zu Bloch näher s. F. *Eisner*, Kurt Eisner: Die Politik des libertären Sozialismus, 14—61 und *Fletcher*, 'A Revisionist Dialogue on Wilhelmine *Weltpolitik:* Joseph Bloch and Kurt Eisner 1907—1914, bes. 468—77 sowie id., Revisionism and Empire, 110—22.

[82] Bloch an Leuthner, 31.7.1908, BA R 117/8.

womit er die Art Eisners meinte "jeden giftigen Klatsch der panslawistischen, französischen und englischen Presse als Wahrheiten über die deutsche Politik" zu verkünden. Gemäss Leuthner fragte sich in Wien "je länger je erstaunter jedermann", was denn eigentlich "das Lager Eisners von dem Lager Mehrings im Sinne der praktischen Politik" unterscheide.[83] Bernstein wurde hingegen von Bloch und Leuthner ausser als Persönlichkeit auch als politischer Denker geschätzt. 1910 nahm Leuthner Bezug auf ein in Wien über Bernstein geführtes Gespräch, in dessen Verlauf u.a. behauptet worden war, dass Bernsteins politisches Denken nicht eigenständig sei. Er habe darauf bemerkt:

> "Das weiss ich nicht, ich weiss nur, dass etwas Rührendes ist in der Sorgfalt, mit der er die Probleme durchdenkt, zerdenkt, weiterdenkt. Gut man sagt, er sei nicht schöpferisch; ihm gelang kein grosser Wurf. Aber er hat es seinerzeit zustande gebracht völlig verknöcherte Begriffe aufzulösen, ihnen Leben zu leihen. Er hat keine Blitze, aber wenn er langsam mit seiner Lampe vorwärts schreitet, erhellt er doch manche bisher dunkle Fläche und zeigt Zusammenhänge, die sich so noch nicht dargeboten".[84]

Bloch sah die wichtigste Aufgabe der SM in der Weckung und Verstärkung des Nationalgefühles innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Für diese Aufgabe eigneten sich die Artikel Bernsteins nach Auffassung Blochs denkbar schlecht, ja er hielt sie sogar für zweckwidrig. Bloch definierte sein politisches Programm wie folgt:

> "In allen rein politischen Fragen Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien (nicht etwa mit der 'Demokratischen Vereinigung', sondern mit richtigen Parteien); in allen wirtschaftspolitischen Fragen reine Vertretung des Arbeiterstandpunktes, der den Protektionismus erfordert, also auch das Schutzzollsystem: also in diesem Punkte schärfster Gegensatz gegen den Liberalismus".[85]

---

[83] Leuthner an Bloch, 26.6.1908, ib., S. auch Leuthner an Bloch, 29.10.1907, ib.

[84] Leuthner an Bloch, 21.9.1910, ib. S. auch Bloch an Leuthner, 6. und 18.5.1909, ib.; Bloch an Löbe, 16.3.1908, ib., R 117/9 und Bloch an Heine, 21.9.1909, *Fricke*, 'Eine Musterzeitschrift des Opportunismus', 1223.

[85] Bloch an Eisner, 14.6.1906, BA R 117/4. Die im Jahre 1908 gegründete Demokratische Vereinigung unter ihrem Vorsitzenden Rudolf Breitscheid konzentrierte sich in ihrer Tätigkeit u.a. auf den Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht und die aggressiven Formen der 'Weltpolitik' Deutschlands. Als Partei fand sie bei den Massen keinen Widerhall: bei den Reichstagswahlen des Jahres 1912 kam sie auf 29 400 Stimmen, *Fricke*, 'Die nichtproletarischen Demokraten in der Epoche des Imperialismus und des Vorabends der proletarischen Revolution (1897/98 bis 1917)', 138–43 und *Holl*, Krieg und Frieden und die liberalen Parteien', 79–80. – Bloch hatte für die Demokratische Vereinigung nur Verachtung übrig

Das Wichtigste sei, die Sozialdemokraten zur Erkennung des "Zusammenhanges zwischen Produzententum und nationalem Gedanken" zu bringen. Wenn dieser Zusammenhang einmal erkannt sei, werde die Partei aufhören, das "Rudiment eines verblassenen Manchesterliberalismus" zu sein, und die "gedankenlosen Freihandelsschwärmer" könnten die "erblindeten Freihandelsschmuckstücke zum Trödler tragen".[86] Die Unterstützung der Schutzzollpolitik auch im Programm der Sozialdemokraten sei Conditio sine qua non für den weiteren Erfolg der Partei.[87] Gleichzeitig würde damit die Zusammenarbeit "mit wirklichen Parteien" ermöglicht, womit Bloch "in erster Linie" die Nationalliberalen meinte, die der von Bloch gesetzten Bedingung für eine Bündnispolitik bereits Genüge getan, d.h. 'die erblindeten Freihandelsschmuckstücke zum Trödler' gebracht hatten. Die Aufgabe der bisherigen freihandelspolitischen Positionen sei somit für die Sozialdemokraten eine "politische Notwendigkeit".[88] Bloch konnte diese programmatische Forderung auch damit begründen, dass die Partei nicht programmatisch für den Freihandel Stellung bezogen hatte.[89] Die Schutzzollpolitik stellte somit für Bloch nicht reine Wirtschaftspolitik, sondern in erster Linie ein Mittel zur Wahrung der nationalen Interessen dar. Dieses Mittel konnte jedoch nicht ausgetauscht werden gegen ein anderes, da laut Bloch die Schutzzollpolitik und das nationale Interesse unauflöslich zueinandergehörten: die Schutzzollpolitik sei nationale Politik und umgekehrt.

Bloch übertrug die Hauptverantwortung für die Propagierung seiner Ideen in den SM Leuthner, mit dem er neben der Problemstellung auch über die Lösungsmöglichkeiten gleicher Meinung war.[90] Leuthner betonte,

---

und bezeichnete die ihr angehörenden Liberalen als "Windmacher" und als "Häuflein einflussloser, wenn gleich lärmmachender demokratischer Publizisten", Bloch an Leuthner, 19.10.1909, BA R 117/8. Die Verachtung und ausgesprochenen Hassgefühle gegenüber der Demokratischen Vereinigung werden auch daraus ersichtlich, dass diese seiner Meinung nach für den Liberalismus dasselbe darstellte wie "für die Sozialdemokratie die Kautsky-Stadthagen", Bloch an Heine, 17.11.1909, *Fricke*, 'Eine Musterzeitschrift des Opportunismus', 1225; desgleichen Bloch an Heine, 21.9. und 30.11.1909, ib., 1223 und 1227. S. auch *Fletcher*, Revisionism and Empire, 54–55.

[86] Bloch an Leuthner, 27.3.1908, BA R 117/8. In gleicher Weise Bloch an Heine, 14.3.1907, ZStA, Nachlass Heine, Nr. 29 und Bloch an Pease, 14. und 25.2.1910, BA R 117/11.

[87] Bloch an Heine, 21.9.1909, *Fricke*, 'Eine Musterzeitschrift des Opportunismus', 1223.

[88] Bloch an Heine, ib., 1224–25. S. auch *Quessel*, 'Die Möglichkeit einer Änderung der deutschen Politik', SM 14, II, 1910, 870–71 und id., 'Nach 10 Jahren', SM 19, II, 1913, 1073–75. Zum 'realpolitischen Imperialismus' der Nationalliberalen s. W. *Mommsen*, 'Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus', 123–24 und 130–32.

[89] Bloch an Haenisch, 30.3.1907, ZStA, Nachlass Haenisch, Nr. 31.

[90] Über Leuthner und seine Beziehung zu Bloch s. *Fletcher*, 'Karl Leuthner's Greater Germany: the Pre-1914 Pan-Germanism of an Austrian Socialist'; id., Revisionism and Empire, 81–104 und id. 'Socialist Nationalism in Central Europe before 1914: the Case of Karl Leuthner'.

dass es in der internationalen Politik um "brutale Machtfragen" gehe.[91] Die Zusammenarbeit oder die Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern beruhten auf der Übereinstimmung oder der Unvereinbarkeit der Interessen. Leuthner hatte jedoch nicht die wirtschaftlichen Interessen im Auge und hielt es deshalb für falsch, die Zusammenarbeit der verschiedenen Länder, besonders Englands und Deutschlands, nach Bernsteinscher Weise mit den gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu begründen.[92] Die Übereinstimmung oder die Unvereinbarkeit der Interessen beruhe vor allem auf der unterschiedlichen geographischen Lage; "geographische Verhältnisse" seien "immer die Grundverhältnisse".[93] Die Gemeinsamkeit oder der Gegensatz der Interessen sei damit ebenso natürlich und unvermeidlich wie die Geographie selbst. Dieser geopolitische Determinismus hatte eine äusserst zynische Einstellung zur Verhandlungs- und Vertragspolitik zur Folge; die Geographie macht ja keine Kompromisse. Beispielsweise hätten Verträge zwischen England und Deutschland kein Jota daran geändert, dass diese Länder aufgrund ihrer unterschiedlichen geographischen Lage "ganz verschiedene Möglichkeiten und Interessen" hätten. Die Geschichte lehre, dass Verträge stets "Vorläufer von Kriegen" seien.[94] Diese Auffassungen Leuthners standen eindeutig im Widerspruch zur 'sozialistischen Weltpolitik', der 'offiziellen' Aussenpolitik der SPD in den Jahren 1910–14, was von Bernstein auch ausdrücklich festgestellt wurde: für Leuthners "Zynismen" sei und werde in der Sozialdemokratie kein Platz sein.[95]

---

[91] *Leuthner*, 'Das Kolonialproblem', NG 3, Bd. 5 (1907), 225. S. auch *Leuthner*, 'Der britische Imperialismus', SM 15, I, 1911, 367 und 'Der Krieg als eine moralische Anstalt betrachtet', SM 19, I, 1913, 21.

[92] *Leuthner*, 'Die internationale Politik des deutschen Proletariats', NG 1, Bd. 1 (1905), 307; 'Das Kolonialproblem', 225; 'Die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie in der auswärtigen Politik', SM 12, III, 1908, 1228; 'Herrenvolk und Pöbelvolk', 480; 'Umlernen', 565–66; 'Der entblätterte Dreibund', SM 13, III, 1909, 1480; 'Allgemeine Friedensbürgschaften', SM 14, II, 1910, 1018; 'Wozu-wohin?', SM 16, II, 1912, 595–96 und 'Der Krieg als eine moralische Anstalt betrachtet', 20.

[93] *Leuthner*, 'Das kontinentale Deutschland', SM 19, I, 1913, 284. Desgleichen *Leuthner*, 'Die internationale Politik des deutschen Proletariats', 307; 'Demokratie und Selbstbehauptung der Nation', SM 12, I, 1908, 403; 'Herrenvolk und Pöbelvolk', 477; 'Umlernen', 564 und 566–67; 'Politische und humanitäre Idee', 756–57; 'Allgemeine Friedensbürgschaften', 1018–19 und 'Wozu-wohin?', 596.

[94] *Leuthner*, 'Herrenvolk und Pöbelvolk', 479–80. S. auch *Leuthner*, 'Friedens-Konferenzen und Friedens-Bürgschaften', NG 3, Bd. 4 (1907), 85–86; 'Politische und humanitäre Idee', 755 und 'Allgemeine Friedensbürgschaften', 1020 sowie Bloch, SM 15, III, 1911, 1255 (Rundschau). Über die Geopolitik als Form des imperialistischen Denkens s. *Gollwitzer*, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. II, 58–62.

[95] *Bernstein*, 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie', 623–24. Auch David distanzierte sich von den Ansichten Leuthners, s. 'In Sachen Leuthner', Vorwärts Nr. 104, 6.5.1909. S. auch *Hilferding*, 'Der Revisionismus und die Internationale' sowie die Stellungnahme des *Vorwärts*, 'Die Revision der Internationalität', Nr. 100, 30.4.1909.

Leuthner verwendete neben Russland vor allem England, "die Unruh in der Weltuhr"[96] als Beispiel für eine 'brutale Machtpolitik'. Gerade an England lasse sich "am deutlichsten anschaulich machen, welches die Kräfte des Krieges und des Friedens" seien.[97] Die russische Gefahr sei in der Sozialdemokratie bereits erkannt worden und bedürfe deshalb keiner weiteren Aufzeigung.[98] Die deutschen Sozialdemokraten hätten hingegen noch nicht begriffen, dass auch für England "das Streben nach Weltmacht und Allmacht immanent" sei.[99] Für die Engländer seien "wie für die römische Kurie Völker und Staaten Steine im Schachbrett und das Schicksal der Einzelnationen etwas, das die in der Erhabenheit der Weltmacht Thronenden nicht betreffen kann".[100] Ausdruck der "Präponderanzpolitik" Englands seien die Angriffe auf fremde Städte und die Aufteilung fremder Gebiete. Das gleiche Verhaltensmuster befolgten die Engländer im "Alltag ihrer Politik" auch in den Kolonien:

> "Wie jedoch die Vorherrschaft zur See England in den Methoden der Politik Ludwigs XIV. festhält und auch das Raubrecht des 30jährigen Kriegs für Seekriege konserviert, so nötigt in den Kolonialreichen selbst das beständige Aufeinanderstossen mit halbzivilisierten und halbwilden Völkerschaften in beständigen Strafexpeditionen, Aufwiegelungen, Verhetzungen der Parteien gegen einander (Afganistan), in Fürstenbestechung (Indien), in Einfällen unter dem Vorwand von Revolten (Jameson) und dabei ununterbrochenen Gebietserweiterungen und Abrundungen die Mittel und Arten des Regierens zu reproduzieren, die dem Römerreich eigentümlich waren".[101]

Aus diesen Beispielen sollte man den Schluss ziehen, dass dem Auslande gegenüber "der Engländer nicht Mensch, auch nicht Liberaler oder Konservativer, sondern Engländer" sei.[102] Da das Streben nach Weltherrschaft für England 'immanent' sei, seien alle Engländer notwendigerweise "Imperialisten" und ein "Imperialist", so Leuthner, " ordnet das Einzelne dem Ganzen nach, macht Menschen zum Mittel, die Reichsgrösse zum

---

[96] *Leuthner*, 'Vom Seekrieg zum Landkrieg', SM 16, I, 1912, 347.
[97] *Leuthner*, 'Allgemeine Friedensbürgschaften', 1019.
[98] "Dass. . . alle Slaven uns feindlich gesinnt sind, kann als ein des Beweises nicht bedürftiges Axiom gelten", *Leuthner*, 'Die internationale Politik des deutschen Proletariats', 307.
[99] *Leuthner*, 'Umlernen', 566.
[100] *Leuthner*, 'Friedens-Konferenzen und Friedens-Bürgschaften', 90.
[101] *Leuthner*, 'Politische und humanitäre Idee', 757.
[102] *Leuthner*, 'Demokratie und Selbstbehauptung der Nation', 407.

Zweck".[103] Die Tautologie 'Engländer ist Engländer' diente als Begründung für die These, wonach die Deutschen, und damit auch die deutschen Sozialdemokraten, das Recht und die Pflicht hätten, Deutsche zu sein, d.h. die nationalen Interessen Deutschlands zu verteidigen. Ausserdem sollte damit klargemacht werden, dass sich die "Einkesselungspolitik Englands"[104] nur durch die Stärkung Deutschlands aufbrechen lasse.

Leuthner wollte die Deutschen vor allem deshalb an ihr Recht und an ihre Pflicht, Deutsche zu sein erinnern, da Deutschland "als Reich der Mitte in einer von allen Seiten bedrohten Position" sei, [105] viel stärker noch als Venedig und Holland seinerzeit.[106] Neben der schwierigen geographischen Position führten auch historische Faktoren zu einer Schwächung der Position Deutschlands. Einmal verfüge Deutschland nur über einen, Verbündeten, Österrreich-Ungarn. Der Dreibund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien sei nämlich "eine konventionelle Lüge", da Italien nur einen ernstzunehmenden Gegner kenne: Österreich-Ungarn. Eine weitere Bedrohung sei "das ungemein schwache Nationalgefühl der Deutschen", was wiederum z.T. auf die Stärke der deutschen Sozialdemokratie zurückzuführen sei.[107] Die Sozialdemokratie sei gerade in den bedrohtesten Ländern Deutschland und Österreich-Ungarn am stärksten, während die starke Position Englands und Russlands z.T. auf die Schwäche der sozialistischen Bewegung in diesen Ländern zurückzuführen sei und gerade in diesen Ländern sei die aggressive Politik "verkörpert".[108] Die Stärkung der Macht Deutschlands und in letzter Hand die Erhaltung Deutschlands als Nation bedinge so die 'Nationalisierung' des deutschen Proletariats und der deutschen Sozialdemokratie:

> "Das deutsche Proletariat auf dem Boden des Deutschen Reiches . . . kann nur deutsche Politik treiben, eine Politik der deutschen Interes-

---

[103] *Leuthner*, 'Der britische Imperialismus', 370. S. auch *Quessel*, 'Verständigung und Imperialismus', SM 19, I, 1913, 339 und *Schippel*, 'Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag', SM 16, III, 1912, 1271–73.
[104] *Leuthner*, 'Der entblätterte Dreibund', 1474.
[105] *Leuthner*, 'Die internationale Politik des deutschen Proletariats', 307.
[106] *Leuthner*, 'Das kontinentale Deutschland', 286. Die Auffassung Deutschlands als von Feinden umgebenes Land ('Feinde ringsum') war besonders charakteristisch für den Alldeutschen Verband, s. *Chickering*, We Men Who Feel Most German, 122–25. Chickerings Bemerkung über das Weltbild des Alldeutschen Verbandes hat in gewissem Sinne auch für Leuthner und für das Weltbild der *Monatshefte* Gültigkeit: " 'Feinde ringsum' was more than a slogan; it was a premise", ib., 123.
[107] *Leuthner*, 'Der entblätterte Dreibund", 1473, 1477 und 1481.
[108] *Leuthner*, 'Umlernen', 564–65 und 'Tripolitanischer Lehrkurs', SM 15, III, 1911, 1385. S. auch *Hildebrand*, 'Die deutschen Interessen im Ausland', SM 15, III, 1911, 1224 und id., Sozialistische Auslandspolitik, Jena 1911, 62–63 sowie *Quessel*, 'Verständigung und Imperialismus', 334.

sen, wie sich eben Intressenpolitik aus dem Begriff des Staates in seinen Beziehungen zu anderen Staaten mit unverbrüchlicher Logik ergibt. In den grossen *Verhältnissen der Mächte* ist für die Lehren der verschiedenen Katechismen wenig Raum".[109]

Wirkliche Friedensarbeit sei somit nicht die von Bernstein betonte Bekämpfung des "Englandhasses",[110] sondern die "Bekämpfung des Deutschenhasses", weil gerade aus ihm "alle Kriegsgefahr und Kriegsstimmung" entspringe.[111]

Dies stelle die Hauptaufgabe der deutschen Sozialdemokratie dar. Die Alternative war nicht 'bürgerliche oder proletarische Politik', sondern "englische oder proletarische Politik".[112] Die Stellung solcher Alternativen setzte die ausdrückliche Verachtung des Engländertums à la Treitschke voraus, d.h. die (nicht nur ihm eigene!) Auffassung, dass die Engländer 'Seife und Kultur' vermischt hätten[113] und dass die in der deutschen Sozialdemokratie herrschende "Anglomanie" ausgerottet werden müsse:

> "Auch ich erkenne die Bedeutung des Engländertums für die äussere Kultur sehr an, und ich werde es nie vergessen, dass die Engländer die Badewannen nach dem Kontinent gebracht haben.Trotzdem kann ich keine Sympathie für diese Nation aufbringen (vielleicht wegen ihres unkünstlerischen Wesens). Aber selbst, wenn ich für England so schwärmte, wie z.B. Bernstein, würde ich es für absolut notwendig halten, dass man der volksschädigenden Bewunderung und der entwürdigenden Nachäffung der ganzen Engländerei so scharf wie nur möglich, entgegentritt. Am allermeisten natürlich in der Politik (aber nicht nur in der Politik). Und nun gar die Methode unserer Genossen, englische Sachwalter in Deutschland zu sein, kann gar nicht genügend verurteilt werden".[114]

---

[109] *Leuthner*, 'Die internationale Politik des deutschen Proletariats', 308. Hervorh. durch d. Verf.

[110] Z.B. *Bernstein*, Die englische Gefahr und das deutsche Volk, 43–48; 'Neue Englandhetze', Vorwärts Nr. 204, 1.9.1911 und 'Wie England verstimmt wurde und das deutsche Volk belogen ward', ib., Nr. 269 und 270, 16. und 17.11.1911.

[111] *Leuthner*, 'Die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie in der auswärtigen Politik', 1130.

[112] *Maurenbrecher*, 'Englische oder proletarische Politik?', SM 13, II, 1909, 624–29. Maurenbrecher warnte deutschen Sozialdemokraten vor einer Unterstützung der Abrüstungsvorschläge der englischen Regierung, da sie nur die Erhaltung des englischen Rüstungsvorsprunges bezweckten. Die deutschen Sozialdemokraten sollten "international-proletarische und nicht englisch-kapitalistische Politik treiben", ib., 627–28.

[113] *Blackbourn & Eley*, The Peculiarities of German History, 3 und 219.

[114] Bloch an Leuthner, 14.4.1909, BA R 117/8.

Alles Übrige sei der Hauptaufgabe, der Wahrung der nationalen Interessen Deutschlands, unterzuordnen. Die deutsche Sozialdemokratie, die Vertreterin der Arbeiterklasse, müsse "als Sachwalterin der Volksgemeinschaft fungieren"; die deutsche Sozialdemokratie habe zu ihrem Teil "die Verantwortung für die Existenz, die Kultur und die Aufgabe des deutschen Volkes" zu übernehmen. Daraus folge die "Präponderanz der auswärtigen Politik vor der innern", was wiederum bedeute, dass die Sozialdemokratie nicht länger die Aussenpolitik "als Agitationsmittel für die innere Politik" verwenden dürfe.[115] Die Verwendung der Aussenpolitik als innenpolitisches Agitationsmittel, die "doppelte Buchführung", sei, wie Bloch während des Krieges bemerkte, "auf die Dauer nur eine nationale Schwäche".[116] Als Friedrich Stampfer im Jahre 1906 einen "Dreibund" zwischen den englischen, französischen und deutschen Sozialisten vorschlug, dessen Aufgabe es nach Ausbruch des Krieges gewesen wäre abzuklären, welche Macht am schwersten gegen die demokratischen Prinzipien verstossen habe und darauf "ungeteilt" gegen diese Macht anzukämpfen,[117] antwortete Leuthner unverzüglich: "Welche Wortbefangenheit! Demokratisch kann eine Verfassung sein – aber der Krieg kennt keine Demokratie, der kennt nur Artillerie, Infanterie und Kavallerie". Eine Niederlage Deutschlands im Krieg werde auch eine Niederlage der deutschen Sozialdemokratie bedeuten und deshalb besage der Vorschlag Stampfers "in der Tat und Wahrheit nichts als die Mobilmachung der Sozialdemokratie gegen Deutschland".[118]

Die Demokratisierung der aussenpolitischen Beschlussfassung allein eigne sich nicht als Zielsetzung, da sich dadurch eine aggressive Aussenpolitik ohnehin nicht vermeiden lasse. So hatte beispielsweise Italien, "ein parlamentarisches Musterland", 1911 Libyen angegriffen, was auch ein Beispiel dafür sei, dass die aussenpolitischen Beschlüsse nicht in den Parlamenten gefasst würden; Aussenpolitik sei und bleibe "Kabinettspolitik". Für die Deutschen bestehe also kein Grund, "die Volksvertretung staunend an(zu)glotzen, wie der Kannibale den Zylinderhut".[119] Und ausserdem: auch der demokratische Staat habe für die Erledigung der dem Staat zukommenden Aufgaben zu sorgen, d.h. "die Lebensinteressen des Volksganzen

---

[115] Bloch, SM 19, III, 1913, 1186–87 (Rundschau). Desgleichen Bloch an Leuthner, 31.7., 28.9., 19.10. und 30.11.1908 sowie auch *Leuthner*, 'Umlernen', 564.
[116] Bloch an Haenisch, 18.1.1917, ZStA, Nachlass Haenisch, Nr. 31.
[117] *Stampfer*, 'Die Weltpolitik des Proletariats', NG 2, Bd. 2 (1906), 125–26.
[118] *Leuthner*, 'Die Internationale und der Krieg', ib., 139.
[119] *Leuthner*, 'Tripolitanischer Lehrkurs', 1383–85.

nach aussen" zu verfechten[120] und "den Krieg einheitlich und die äussere Politik mit Diskretion" zu betreiben.[121]

Während die Demokratie, und damit auch Demokratisierung der aussenpolitischen Beschlussfassung, für Bernstein 'Mittel und Zweck zugleich' war, stellte sie für die SM in erster Linie ein Mittel zur Wahrung der nationalen Interessen Deutschlands dar:

> "Die Wahrheit ist, dass ich schliesslich gegen ein persönliches Regiment in der auswärtigen Politik nicht allzuviel einzuwenden hätte, wenn die Person des Regierenden selber die nötigen Garantien an Begabung geben würde. Schliesslich kann die auswärtige Politik ja doch nicht im Parlament gemacht werden. Es muss ja doch immer eine grosse Persönlichkeit sein, an deren Entschlüssen sie sich konzentriert. Freilich muss diese Persönlichkeit selber nur die objektive Verkörperung des Volksganzen sein. Ob diese Person dann die Stelle eines Königs oder eines Kanzlers bekleidet, ist in diesem Fall sekundär. Aber all das kommt ja hier nicht in Frage, weil bei uns der Träger der Krone nicht nur kein Befähigungsnachweis, sondern umgekehrt ein Unbefähigungsnachweis erbracht hat. Für uns liegt auch in der auswärtigen Politik die Rettung in dem Übergang zum parlamentarischen Regime: Es werden dann wenigstens die allergröbsten Fehler vermieden, wenn auch von unserm Parlament gar keine Aktivität kommt".[122]

In den Jahren 1910—14 gelangte man dann im inneren Kreis der SM zu der Auffassung, dass die Demokratisierung des deutschen Regierungssystemes die Conditio sine qua non für eine wirkungsvolle Durchsetzung der deutschen Weltpolitik sei. Frankreich liefere dafür ein sprechendes Beispiel. Sein parlamentarisches Regierungssystem lieferte gemäss Quessel einen "Überfluss leitungsfähiger Persönlichkeiten" und gerade die seien es, die Deutschland fehlten, was "der entscheidende Grund" für die "Misserfolge" des deutschen Imperialismus sei. Die deutschen Imperialisten hätten mit wenigen Ausnahmen (Quessel erwähnte Friedrich Naumann und Walter Rathenau) noch nicht begriffen, dass das "halbparlamentarische Regierungssystem völlig ungeeignet" sei, um "erfolgreich imperialistische Politik zu machen". Die Mehrheit der deutschen Imperialisten hätten, anders als die englischen, noch nicht erkannt, dass sie 'Sozialimperialisten' sein sollten:

---

[120] *Leuthner*, 'Das Machtproblem und die Demokratie', SM 19, III. 1913, 1091.
[121] *Leuthner*, 'Demokratie und Selbstbehauptung der Nation', 406.
[122] Bloch an Leuthner, 19.11.1908, BA R 117/8.

> "Im Gegensatz zu England, wo der herrschende liberal-pazifistische Imperialismus begriffen hat, dass soziale Reformen die notwendige Vorbedingung einer kraftvollen imperialistischen Betätigung sind, glaubt die Mehrheit der deutschen Imperialisten noch immer, dass nicht der Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung, sondern die polizeiliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit der proletarischen Organisationen die notwendige Ergänzung der imperialistischen Aktion sei".[123]

Die SM standen wirklich, wie Bloch Leuthner versicherte, "in einem ganzen Tugend Fragen rechts von der bürgerlichen Demokratie".[124]

Machtpolitik setzte eine starke Wirtschaft voraus. In der herrschenden internationalen politischen Lage, d.h. im Rahmen der Unvereinbarkeit der verschiedenen nationalen Interessen, setzte eine starke Wirtschaft neben der Schutzzollpolitik auch eigene Kolonien voraus, d.h. die Sicherung der Rohstoffquellen für die wachsende Industrie und der Lebensmittelzufuhr für die wachsende Bevölkerung. Max Schippel formulierte "die entscheidende Grundfrage" der Kolonialpolitik wie folgt:

> "Ist es notwendig und vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus als Fortschritt zu begrüssen, dass die europäische (inter-nationale) Wirtschaftsordnung wegen ihrer Metall- und Elektroindustrieen die Zinn- und Kupferquellen unter Malayen, Australnegern, Kaffern und Indianern erschliesst und entwickelt; wegen ihrer Elektrotechnik, ihrer Auto-, Fahrrad- und zahlreichen sonstigen Gewerbe die Kautschukquellen unter Kongoschwarzen und Amazonenstromrothäuten; die Baumvollfelder unter amerikanischen, ost-, west- und zentralafrikanischen, rhodesischen Eingeborenen; die Gold- und Silbergruben unter Indianern, Afrikanern und Australiern; die Tabak-, Kaffee-, Kakao- und Gewürzfelder auf Sumatra und Cuba?"

Die sei die Art, in der sich die Marxisten "das Grundproblem des Imperialismus" zu stellen hätten.[125] Die affirmative Antwort war bereits in der

---

[123] *Quessel*, 'Das parlamentarische Regierungssystem und der Imperialismus', SM 20, I, 1914, 546 und 550–51; 'Auf dem Weg zum Weltreich', SM 19, II, 1913, 658 und 661–62 und 'Die Neuaufteilung Afrikas', ib., 713. S. auch *Leuthner*, 'Demokratie und Selbstbehauptung der Nation', 405 und 'Das Machtproblem und die Demokratie', 1093. Cf. dazu W. *Mommsen*, 'Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus', 123, 128–30 und 133–43.

[124] Bloch an Leuthner, 21.5.1909, BA R 117/8.

[125] *Schippel*, 'Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag', 1275. In gleicher Weise rhetorisch *Schippel* 'Tropenerschliessung und europäische Wirtschaftsentwicklung', SM 12, I, 1908, 82–84; 'Marxismus und koloniale Eingeborenenfrage', ib., 273–74; 'Imperialismus

Fragestellung inbegriffen; eine Negierung hätte bedeutet, sich gegen den Fortschritt, beispielsweise die 'Autoindustrie' und die 'Elektrotechnik' zu stellen.

Vollkommen zweitrangig waren im Lichte dieser von Schippel gestellten 'entscheidenden Grundfrage' die Beziehung des Imperialismus zum Wettrüsten, zur Schutzzollpolitik, zur Monopolisierung des Kapitalismus und sogar zum Kapitalismus 'an sich', also genau die Fragen, die in der Kolonialkritik der Partei behandelt wurden. Kautskys Art, die Kolonien in "Arbeitskolonien" und "Ausbeutungskolonien" einzuteilen – gemäss Kautsky unterschieden sich diese Arten von Kolonien "wie Feuer und Wasser"[126] – stelle somit ein unwesentliches Festhalten an formalen Aspekten dar, dessen einzige 'gute Seite' sei, dass es, wie die Kolonialkritik der SPD überhaupt, die Gutheissung des Kolonialsystemes impliziere.[127] Unwesentlich im Lichte dieser 'Grundfrage' seien auch die völkerrechtliche Stellung und die Besitzverhältnisse der Kolonien. Schippel erinnerte daran, dass 'bereits' Marx bemerkt habe, dass die Vereinigten Staaten von Amerika "ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas" seien.[128] Erst nach der Erlangung der Selbständigkeit habe sich die Kolonisation Nordamerikas, "die machtvollste, tiefgreifendste Kolonisation, die zäheste, erfolgreichste Kolonialpolitik" richtig entfalten können.[129] Im

---

und Manchestertum', SM 16, III, 1912, 1118 und 'Das Grundgeheimnis des Imperialismus', SM 19, I, 1913, 152. Zu den Auffassungen der kolonialpolitischen Experten der SM cf. *Ascher,* 'Imperialists within German Social Democracy prior to 1914', 405–22; *Fletcher,* Revisionism and Empire, 59–64, *Mandelbaum,* 17–22 und *Schröder,* 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 202–06.

126 *Kautsky,* Sozialismus und Kolonialpolitik, 24. Kautsky definierte die Arten von Kolonien wie folgt (ib.): "Die *Arbeitskolonie* wird besiedelt von Mitgliedern der arbeitenden Klassen des Mutterlandes, Handwerkern, Lohnarbeitern namentlich aber Bauern (. . .) Auf ihrer eigenen Arbeit, nicht auf der Arbeit unterworfener Eingeborener beruht eine solche Kolonie". Das "glänzendste Beispiel" einer solchen Kolonie seien die Vereinigten Staaten (ib., 25). – "Eine *Ausbeutungskolonie* wird dagegen besetzt von Mitgliedern der ausbeutenden Klasse des Mutterlandes, denen die dort geübte Ausbeutung nicht genügt, die danach trachten, das Gebiet ihrer Ausbeutung auszudehnen (. . .) Nicht auf ihrer eigenen Arbeit, sondern auf der Ausplünderung oder Zwangsarbeit der Eingeborenen beruht der wirtschaftliche Nutzen einer solchen Kolonie" (ib., 24).

127 *Schippel,* 'Kolonialpolitik', SM 12, I, 1908, 3–10; 'Marxismus und koloniale Eingeborenenfrage', 275–81; 'Kolonialbegeisterung, Atlanticus und K. Kautsky', SM 16, II, 1912, 788–90; 'Imperialismus und Manchestertum', 1104–12; 'Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag', 1271–74 und SM 15, III, 1911 (Rundschau). Ebenso, *Hildebrand,* 'Vorfragen der Kolonisation', SM 13, I, 1909, 352 und 355–56; *Quessel,* 'Der Wert unserer Kolonien', SM 16, III, 1912, 1124–31 und id., 'Aufgaben sozialdemokratischer Kolonialpolitik', ib., 1495.

128 *Schippel,* 'Was ist eigentlich eine Kolonie, und was ist Kolonialpolitik?' SM 11, II, 1907, 818–19. Das Marx-Zitat findet sich in: *Marx,* Das Kapital, I. Bd., 792, Anm. 253.

129 *Schippel,* 'Was ist eigentlich eine Kolonie, und was ist Kolonialpolitik?', 820–21 und id., 'Kolonialpolitik', 3–7.

Lichte dieser 'Grundfrage' seien die Imperialismustheoretiker der Parteilinken "neugebackene Halbimperialisten".[130] Sie betonten zwar die 'Unvermeidlichkeit' des Imperialismus, ihr Fehler sei jedoch ebenfalls, dass sie sich an der "kapitalistisch-besonderen, äusserlichen Form" der wirtschaftlichen Expansion verbissen hätten. Die Bewegungen des Kapitals würden zwar durch den "Mehrwerthunger" bestimmt, "aber", erinnerte Schippel von neuem, "hinter diesen vergänglichen privatkapitalistischen Formen und Motiven steckt doch stets der bleibende Kern, der objektive wirtschaftsgeschichtliche Prozess, den, frei von allen zufälligen privatkapitalistischen Beweggründen und Einkleidungen, der wirkliche Marxist herauszuschälen mindestens versuchen sollte".[131]

Von den kolonialpolitischen Experten der SM argumentierte vor allem Schippel am geschicktesten und am eindrücklichsten zugunsten der Notwendigkeit einer *deutschen* Kolonialpolitik und dies – paradoxerweise – vor allem deshalb, da er diese Notwendigkeit nicht ein einziges Mal explizit erwähnte. Seine Argumentation zugunsten der prinzipiellen Notwendigkeit einer Kolonialpolitik für die Industriestaaten bestand aus einer Serie rhetorischer Fragen der Art: 'Ist das Wirtschaftswachstum notwendig für die Zunahme des Wohlstandes?', 'Muss der wachsende Rohstoffbedarf der wachsenden Industrie befriedigt werden?', 'Ist also die Kolonialpolitik notwendig?'. Lediglich einmal deutete er die Notwendigkeit einer deutschen Kolonialpolitik an, indem er eine einfache Gleichung aufstellte: "Je weniger deutsche Kolonialproduktion jeder Art, desto mehr englische, französische oder belgische".[132] Schippel hatte es nicht nötig zu betonen, dass Deutschland ein in starker Entwicklung begriffener Industriestaat war, dies wussten seine Leser ohnehin und konnten nach der Einsicht in die 'wirtschaftliche Notwendigkeit' den Schluss ziehen, dass Deutschland und vor allem Deutschland eigene Kolonien brauche. Da er es seinen Lesern überliess, diese Schlussfolgerung zu ziehen, wurden diese eher innerlich davon überzeugt, als wenn er explizit darauf hingewiesen hätte. Gerade durch diese Beschränkung auf eine Argumentation wirtschaftlich-technischer Art, deren Glaubhaftigkeit Schippel noch durch zahlreiche Anmer-

---

[130] *Schippel*, 'Imperialismus und Manchestertum', 1117–18.
[131] *Schippel*, 'Das Grundgeheimnis des Imperialismus', 152. In gleicher Weise, 'rein ökonomisch' argumentierend, *Hildebrand*, 'Vorfragen der Kolonisation', 352–56; 'Zwischen Amerika und England', 374–76; 'Die deutschen Interessen im Ausland', 1219–21; Sozialistische Aussenpolitik, 20, 37–38 und 58; *Quessel*, 'Die Furcht vor dem Imperialismus', SM 16, I, 1912, 554–55; 'Die ökonomische Bedeutung des Imperiums', SM 16, II, 1912, 707–15; 'Aufgaben sozialdemokratischer Kolonialpolitik', 1491–96; 'Die Baumwollfrage und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion', SM 19, I, 1913, 468–71 und 'Sozialdemokratie und tropische Landwirtschaft', NZ 31, II, 1912–13, 775–77.
[132] *Schippel*, 'Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag', 1275.

kungen zu erhöhen trachtete, produzierte Schippel *politische* Überzeugungen, die ihrerseits, im herrschenden politischen Klima, die Leser dazu brachten, die kolonialpolitischen Fragen vom Standpunkt der Wahrung der nationalen Interessen Deutschlands aus zu stellen. Dies erklärt auch, weshalb Bloch gerade Leuthner und Schippel so sehr schätzte. Durch die parallele Lektüre ihrer Artikel wurde dem Leser der von Bloch erwünschte 'Zusammenhang zwischen Produzententum und nationalen Gedanke' vermittelt, und ausserdem gelangten Leuthner und Schippel, was Bloch für wichtig hielt, zu diesem Resultat auf verschiedenen Wegen, quasi unabhängig voneinander. Wie Leuthner bemerkte, sei sein Denken "rein historisch orientert", im Gegensatz zum "wirtschaftstheoretisch gerichteten" Schippels, was "die gegenseitige Beeinflussung nahezu völlig" ausschliesse.[133] Die Erreichung des gleichen Zieles aufgrund verschiedener "Quellen" spreche, wie Bloch sich selbst und Leuthner versicherte, "um so mehr für die Zuverlässigkeit" der Resultate.[134]

Die Art und Weise, in der Schippel 'die entscheidende Grundfrage' stellte, wirkte sich auf die Formulierung der kolonialpolitischen Aufgaben der sozialdemokratischen Partei und weitgehend auch auf die Art ihrer Lösung aus. Selbstverständlich war für Schippel, dass sich im Kolonialsystem die Interessen der Eingeborenen und der europäischen Arbeiter nicht vereinbaren liessen; es sei "kindlich" und "ethisch-ästhetische Schlagwortspielerei", von einer Gemeinsamkeit der Interessen zu sprechen.[135] Der selbe Boden könne nicht "Weide für Büffel und Jagdgrund und Lebensquelle für Indianer und Zulus und zugleich umfriedetes, vor Einzelwild und wilden Herden geschütztes Ackerland für Weisse sein". Es sei deshalb unvermeidlich, das Land der Eingeborenen gewaltsam in Besitz zu nehmen. "Für uns Marxisten", betonte Schippel, "könnte dann nur noch die Frage übrig bleiben, ob wir die wahrscheinlich oder ganz sicher ausbrechenden Interressenkonflikte mehr mit den Augen von Zulukaffern und Indianern oder Europäern ansehen sollen". Hier hiess, wie bei allen Fragen Schippels, "die Frage stellen sie beantworten".[136] "Die tropisch koloniale Produktion" habe die Eingeborenen "so bitter nötig wie das tägliche Brot", da die Weissen unter den tropischen Verhältnissen nicht fähig seien zur Arbeit, sondern lediglich die Produktion organisieren könnten. Die "Sicherung der farbigen Arbeitskräfte" müsse deshalb Vorrang haben, was den Übergang zu "einer weiterblickenden Dernburgpolitik" bedeute. "Da-

---

133 'In Sachen Leuthner', Vorwärts Nr. 104, 6.5.1909.
134 Bloch an Leuthner, 6.5.1909, BA R 117/8.
135 *Schippel*, 'Marxismus und koloniale Eingeborenenfrage', 284, Anm. 14. S. auch *Quessel*, 'Gebrauchswert- und Mehrwerterzeugung in den Kolonien', SM 20, I, 1914, 339.
136 *Schippel*, 'Marxismus und koloniale Eingeborenenfrage', 276–77.

bei mitzuwirken oder dabei selbst die Führung zu übernehmen", sei "selbstverständlich" eine der "ersten kolonialpolitischen Aufgaben" der Sozialdemokratie.[137]

Hildebrand und Quessel konkretisierten die von Schippel gestellte Aufgabe. Um die "Produkte der Tropen" besser verfügbar zu machen, sollten nach Quessel auch die Sozialdemokraten "das Postulat der grösstmöglichen Produktivität in den Vordergrund stellen".[138] Die Plantagenwirtschaft habe sich als unwirtschaftlich erwiesen, falls jedoch die "Produkte der Tropen" nur dadurch verfügbar gemacht werden könnten, müsste sie auch von den Sozialdemokraten anerkannt werden. "Glücklicherweise" stelle sie jedoch nicht die einzige Alternative dar, denn sie lasse sich "durch Eingeborenenkulturen" ersetzen.[139] Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass die 'Produkte der Tropen' "mit freier Negerarbeit im Kleinbetrieb" ebenso billig und wirksam verfügbar gemacht werden könnten wie mit Hilfe der Plantagen.[140] Daraus ergab sich dann wie von selbst die wichtigste kolonialpolitische Aufgabe der Sozialdemokraten:

> "Die Eingeborenen zu produktiver Arbeit zu erziehen ist eine erste Aufgabe dessen, was man unter sozialdemokratischer Kolonialpolitik verstehen kann. Wenn wir dahin wirken, arbeiten wir in gleicher Weise im Interesse der menschlichen Zivilisation wie unserer nationalen Wirtschaft".[141]

Indem sie die Bedeutung der 'farbigen Arbeitskraft' herausstrichen, nahmen die kolonialpolitischen Experten der SM offen für das kolonialpoliti-

---

137 Ib., 281. Im gleichen Zusammenhang (ib.) spottete Schippel auf Kosten der kolonialpolitischen Einteilungsversuche Kautskys. Der "Edelmarxist" Kautsky habe betont, dass eine "Arbeitskolonie" wie beispielsweise die Vereinigten Staaten nicht "auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen" gründe (*Kautsky*, Sozialismus und Kolonialpolitik, 25), worauf Schippel kommentierte: "In der Tat treffend bemerkt; denn die Eingeborenen sind hier noch etwas mehr als ausgebeutet und unterdrückt, nämlich ausgerottet worden. Und die Kunst Tote auszubeuten ward bis zur Stunde nirgends erfunden und geübt". Und Quessel fuhr fort: "Man wird zugeben müssen, dass eine ähnlich begeisterte Apologie der bürgerlichen Kolonialpolitik selten geschrieben wurde", weshalb es schwierig sei, "über den Theoretiker K. Kautsky keine Satire zu schreiben", *Quessel*, 'Der Wert unserer Kolonien', 1125–26. Kautsky war sich der in den "Arbeitskolonien" geschehenen Ausrottungen natürlich bewusst und musste seine Aussage deshalb präzisieren und versichern, dass die Ausrottung von Eingeborenen keine "unerlässliche Folge dieser Methode der Kolonialpolitik" sei, *Kautsky*, Sozialismus und Kolonialpolitik, 25.

138 *Quessel*, 'Aufgaben sozialdemokratischer Kolonialpolitik', 1493 und 1496.

139 Ib., 1492–93.

140 *Quessel*, 'Die Neuaufteilung Afrikas', 717. S. auch *Hildebrand*, 'Das tropische Afrika in der Weltwirtschaft', SM 13, III, 1909, 1363; 'Weisse Siedelung in Tropenländern', SM 14, I, 1910, 162–68; 'Kolonisation und Kultur', ib., 297–301 und ib., II, 1336–37 (Rundschau).

141 *Quessel*, 'Aufgaben sozialdemokratischer Kolonialpolitik', 1495–96.

sche Programm Dernburgs Partei.[142] 'Offiziell' nahm die Partei jedoch in den Jahren 1910—14, als sie die Forderung nach Entwicklung der 'Eingeborenenkulturen' in ihr kolonialpolitisches Programm aufnahm, erst die ersten Schritte in diese Richtung. Quessel vermerkte dies mit Befriedigung und sah darin teilweise ein Resultat seiner eigenen Bemühungen.[143]

Die Partei war also daran, sich die von Hildebrand und Quessel in den SM propagierten kolonialpolitischen Lehren zu eigen zu machen. Aus der Unvereinbarkeit der Interessen der Eingeborenen und der europäischen Arbeiter resultierte das praktische Problem, dass die Eingeborenen sich nicht freiwillig bereiterklärten, "Gebrauchswerte für das weisse Proletariat" zu erzeugen.[144] Die Lösung dieses Problemes setze erstens die Entwaffnung der Eingeborenen voraus.[145] Zweitens müssten anstelle der brutalen Gewalt ökonomischere Methoden des Zwanges gefunden werden. Quessel schlug zu diesem Zwecke "die Heranziehung der Eingeborenen zu einer mässigen Steuer" vor. Die Steuereinnahmen könnten dann u.a. zur Entwicklung der Verkehrsverhältnisse und des Gesundheitswesens in den Kolonien verwendet werden.[146] Die Entwicklung des Gesundheitwesens der Eingeborenen bildete den dritten wichtigen Programmpunkt der 'sozialdemokratischen Kolonialpolitik', der besonders wichtig sei wegen der geringen Zunahme der Eingeborenenbevölkerung, d.h. der Arbeitskraft; in den Kolonien herrsche ein "Mangel an Kindern", der zum grossen Teil auf die Kindersterblichkeit zurückzuführen sei. Quessel gestand ein, dass "die Sanierung der Kolonien" erhebliche finanzielle Opfer verlangen werde und dass die Ausgabe von Mittel für diesen Zweck "zunächst nur als eine rein humanitäre Massnahme im Interesse der Eingeborenen" erscheinen werde. "Bei näherer Betrachtung" ergebe sich jedoch, dass die Verwendung

---

142 Ib., 1493 und *Quessel*, 'Der Wert unserer Kolonien', 1129—30. S. auch *Hildebrand*, 'Kolonisation und Kultur', 301; 'Die Baumwollfrage', SM 14, I, 1910, 629; ib., II und III, 862—63 und 1335 (Rundschau); *Schippel*, 'Marxismus und koloniale Eingeborenenfrage', 281 und Rudolf *Wissel*, SM 14, II, 1910, 841—42 (Rundschau).

143 *Quessel*, 'Die Baumwollfrage und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion', 466. S. auch den Disput zwischen Quessel und Reichstagsabgeordneten Hermann Krätzig in der *Neuen Zeit: Krätzig*, 'Die Stellung der Sozialdemokratie zum Anbau von Baumwolle in den Kolonien Afrikas', NZ 31, II, 1912—13, 284—88; 'Zur Rohstoffversorgung der Baumwollindustrie, ib., 355—60; 'Die Stellung der Sozialdemokratie zur Bewilligung von Reichsmitteln zum Baumwollbau", ib., 920—24 und *Quessel*, 'Sozialdemokratie und tropische Landwirtschaft', ib., 774—81. — Es ging bei diesem Disput weniger um die Notwendigkeit der Entwicklung der 'Eingeborenenkulturen' an sich, als vielmehr darum, ob dies, mit finanzieller Unterstützung des Staates, dem privaten Kolonialwirtschaftlichen Komitee übertragen werden sollte. Krätzig war im Gegensatz zu Quessel der Meinung, dass die Sozialdemokraten dies nicht zulassen sollten, u.a. da der Reichstag nicht imstande sei, die Tätigkeit des Komitees zu überwachen.

144 *Quessel*, 'Gebrauchswert- und Mehrwerterzeugung in den Kolonien', 339 und 342—43.

145 *Quessel*, 'Der Wert unserer Kolonien', 1130.

146 *Quessel*, 'Gebrauchswert- und Mehrwerterzeugung in den Kolonien', 343.

von Mitteln für das Gesundheitswesen "auch wirtschaftlich gerechtfertigt ist, da die ökonomische Zukunft der Kolonien von der Erhaltung einer eingeborenen, frei wirtschaftenden Bevölkerung abhängt".[147]

Aufgabe der 'sozialdemokratischen Kolonialpolitik' wurde so die Schaffung einer 'freien', entwaffneten und vermehrungsfähigen Eingeborenenbevölkerung. Es ging dabei also wirklich und buchstäblich um die 'Behandlung' der Eingeborenen. Hildebrand sprach von der Schulung der Eingeborenen wie der Viehzüchter von seinen Kühen. Er kritisierte die Amerikaner, da sie es nach dem Bürgerkrieg versäumt hätten, "das geistige und sittliche Niveau der Neger systematisch, gründlich, dauernd zu heben". Man müsse aus den Fehlern der Amerikaner lernen und sich die "Entwickelung eines selbständigen Negerbauertypus" zum Ziele setzen.[148] Dies sei vor allem deshalb unerlässlich, da Afrika "kein Feld für dauernde europäische Massensiedlung" sei und dort "kein Menschenmaterial und kein Klima für eine selbständige Industrieentwicklung" zu finden sei. Der Export von Rohstoffen und Lebensmitteln bleibe in Afrika "die dauernde Grundlage für alle Kultursteigerung".[149] Als Quessel die Einteilung Kautskys in 'Ausbeutungs- und Arbeitskolonien' als völlig unsachlich, d.h. "geeignet, an Stelle historisch-ökonomischer Gesichtspunkte zur Beurteilung kolonialer Fragen rein moralische zu setzen",[150] verurteilte, bedeutete dies nicht die Verdrängung der Moral, sondern die Bevorzugung einer Moral anderer Art als Richtschnur.

---

[147] SM 19, III, 1913, 1727–28 (Rundschau). Nachdem er sich bereits besorgt gezeigt hatte über den langsamen Bevölkerungsanstieg in den deutschen Kolonien, geriet Quessel geradezu in Panik, als die deutschen Proletarierfrauen 1913 einen "Gebärstreik" als Mittel zur Hebung des materiellen und geistigen Lebensstandardes der Arbeiterklasse propagierten. Quessel bemerkte, dass eine Stagnation beim Nachwuchs des deutschen Proletariats binnen kurzem zur Einwanderung von Slawen und damit zu einer "gefährlichen Minderung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes" führen werde. Es gehe somit "um die nationale Existenz", *Quessel,* 'Die Ökonomie des Gebärstreiks', 1324–25; desgleichen *Quessel,* 'Die Philosophie des Gebärstreiks', 1614–16. Bernstein reagierte auf die Argumentation Quessels noch schärfer als auf die Ansichten Leuthners 1909. Er wies auf "die Gefahr des Verlustes unseres Kompasses in dem Ozean nationalistischer Treiberei, der uns umflutet" hin, und gab zu verstehen, dass Quessel bereits seinen eigenen 'Kompass' verloren habe, *Bernstein,* 'Geburtenrückgang, Nationalität und Kultur', 1497. – Zur 'Gebärstreikdebatte' s. *Neuman,* 'Geburtenkontrolle der Arbeiterklasse im Wilhelminischen Deutschland', 191–93 und *Quaetaert,* Reluctant Feminists in German Social Democracy, 1885–1917, 96–99.

[148] *Hildebrand,* 'Afrikanische Baumwolle', SM 14, II, 1910, 748–49.

[149] *Hildebrand,* Sozialistische Auslandspolitik, 20. Diese Ansicht über die Stellung Afrikas in der Weltwirtschaft fusste auf der Auffassung von der "Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben". So sei beispielsweise die Leistungsfähigkeit der "gelben Arbeiter" geringer als diejenige der "weissen Arbeiter", woraus notwendigerweise folge, dass die europäische Industrie "die japanische auf allen Gebieten aus dem Felde schlägt, wo die Qualität der Waren eine Rolle spielt", *Quessel,* 'Von der Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben', SM 20, I, 1914, 119.

[150] *Quessel,* 'Der Wert unserer Kolonien', 1131.

Vom 'historisch-ökonomischen' Gesichtspunkt aus verfügte Deutschland als Industriestaat in starker Entwicklung über zuwenig Kolonien. Hildebrand und Quessel machten die von Schippel in seinen kolonialpolitischen Artikeln implizierten deutschnationalen Schlussfolgerungen explizit. Laut Hildebrand deckte ein Vergleich der Kolonialbesitzungen "flagrante Missverhältnisse" auf.[151] Eine so formulierte Aussage implizierte bereits die Forderung nach Korrektur der Sachlage, d.h. nach einer Neuaufteilung der Kolonien. Hildebrand untermauerte die 'flagranten Missverhältnisse' durch Zahlen: die Kolonialbesitzungen Englands machten 9399% des Territoriums des Mutterlandes aus, diejenigen Frankreichs 1286% und diejenigen Portugals 2258%, während die entsprechenden Zahlen bei Deutschland nur 491% und bei Österreich-Ungarn 0% betrügen.[152] Quessel machte das 'Missverhältnis' und die Notwendigkeit seiner Korrektur noch anschaulicher und damit eindrücklicher durch den Vergleich der Kolonialbesitzungen mit allgemein bekannten Grössen: das von England auf Borneo und Neuguinea annektierte Gebiet sei "grösser als das Königreich Preussen", Sierra Leone "ein Gebiet von der Grösse des Königreichs Bayern", Ägypten "fast 2 mal so gross wie das Deutsche Reich", Rhodesien und Betshuanaland "etwa so gross wie Frankreich, Österreich-Ungarn und Deutschland zusammen genommen", das von England in Asien und Afrika annektierte Gebiet "grösser als der ganze europäische Kontinent", usw., um nur einige der Vergleiche Quessels aufzuführen.[153] Somit rufe die "unersättliche Ländergier"[154] und das "Länderverschluckungsgeschäft" des englischen Imperialismus, der "die Welt in Atem" halte und sogar "den anderen Nationen den Atem" raube,[155] den berechtigten Zorn der deutschen Imperialisten hervor. "Im Lichte einer ökonomischen-historischen Betrachtung" sei der Hass der deutschen Imperialisten gegen England "ökonomisch begründet" und keine "geistige Verirrung".[156] Mit dieser Beschreibung der Einstellung der deutschen Imperialisten beschrieb Quessel zugleich auch seine eigene Einstellung; 'ökonomisch begründet' bedeutete ihm ja gleichzeitig auch moralisch und politisch berechtigt.

In der Sicht der SM konnte die bestehende Aufteilung des Kolonialbesitzes wohl mit moralischen Termini und unter Bezugnahme auf die 'Gleich-

---

151 *Hildebrand*, 'Die deutschen Interessen im Ausland', 1223.
152 Ib. und *Hildebrand*, Sozialistische Auslandspolitik, 28.
153 *Quessel*, 'Die ökonomische Bedeutung des Imperiums', 708–10.
154 *Quessel*, 'Auf dem Weg zum Weltreich', 663.
155 *Quessel*, 'Die ökonomische Bedeutung des Imperiums', 708 und 711. S. auch *Quessel*, 'Verständigung und Imperialismus', 334; *Hildebrand*, 'Die Entwicklung Persiens und das Interesse der deutschen Arbeiterklasse', SM 14, III, 1910, 1474–75; 'Die deutschen Interessen im Ausland', 1223–24 und Sozialistische Auslandspolitik, 40–52.
156 *Quessel*, 'Die ökonomische Bedeutung des Imperiums', 715.

berechtigung' beschrieben werden, da sich damit die Unzufriedenheit mit dem herrschenden 'Missverhältnis' schüren und die Forderungen nach einer Verwirklichung der 'Gleichberechtigung', d.h. nach einer Neuaufteilung des Kolonialbesitzes untermauern liess. Als sich jedoch Hildebrand anschickte, die 'Gleichberechtigung' auch zur Richtschnur für die Neuaufteilung der Kolonien zu erheben,[157] wurde dies von Quessel und Schippel als "für die imperialistische Gegenwart utopistisch" verurteilt. In den verschiedenen Ländern herrschten unterschiedliche Auffassungen über die Gleichberechtigung und über die Rechtmässigkeit.[158] Die von Hildebrand geforderte Neuaufteilung Afrikas sei an und für sich gerechtfertigt, sie könne jedoch nicht 'gleichberechtigt', sondern nur "den modernen Machtverhältnissen entsprechend" durchgeführt werden, und zwar in erster Linie zwischen England und Deutschland und "durch Liquidation des belgischen und portugiesischen Kolonialbesitzes". Dies hätte zugleich der englisch-deutschen Rüstungsverständigung "eine realpolitische Grundlage" gegeben.[159] Nach den SM sollte auch die Kolonialpolitik als 'brutale Machtfrage' angesehen werden.

Bis etwa zum Jahre 1910 konnte sich die Zusammenarbeit zwischen Bernstein und Bloch noch darauf gründen, dass sie gegen einen gemeinsamen Gegner angingen, d.h. gegen die 'offizielle' Ideologie der Partei oder mit den Worten Blochs "das klägliche Gestammel Kautskys".[160] Bereits 1911 wurde jedoch deutlich, dass Bernstein und die 'offizielle' Aussenpolitik der Partei de facto die gleiche Linie verfolgten, eine im Gegensatz zur Machtpolitik der SM stehende 'sozialistische Weltpolitik', die sich auf ein Vertrags- und Verhandlungspolitik abstützte. In diesem Jahre verfasste Bernstein – aufgrund seines im Jahre 1911 am Jenaer Parteitag gutgeheissenen Antrages – eine Schrift, in der er die Notwendigkeit der Entwicklung guter Beziehungen zwischen Deutschland und England hervorhob

---

[157] *Hildebrand*, 'Die Entwicklung Persiens und das Interesse der deutschen Arbeiterklasse', 1476–78; 'Die deutschen Interessen im Ausland', 1224 und Sozialistische Auslandspolitik, 58–59 und 61–63.

[158] *Quessel*, 'Auf dem Weg zum Weltreich', 664–65 und *Schippel*, SM 15, III, 1911, 1423 (Rundschau).

[159] *Quessel*, 'Die Neuaufteilung Afrikas', 716–18 und 'Auf dem Weg zum Weltreich', 663. Als 1913 bekannt wurde, dass sich England und Deutschland über ihre Interessensphären am Persischen Golf hatten einigen können (dazu s. Kennedy, Antagonism, 414–15), sah Quessel darin einen möglichen Auftakt zur Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika. Es gelang ihm nur mit Mühe, seine Begeisterung in den gewohnten sozialdemokratischen Sprachgebrauch einzukleiden: "Obwohl die deutsche Sozialdemokratie allen Plänen das deutsche Kolonialreich zu vergrössern feindlich gegenübersteht, wird doch jeder Sozialdemokrat gespannt (!) darauf sein, welche Resultate das friedliche Zusammenwirken des deutschen und englischen Imperialismus für Deutschland zeitigen wird", *Quessel*, 'Die Neuaufteilung Afrikas', 718.

[160] Bloch an Leuthner, 19.11.1908, BA R 117/8.

sowie direkt und indirekt die antienglische und protektionistische Linie der SM kritisierte.[161] Wie zuvor berichtet wurde, führte Bernstein bereits zu Beginn des Jahres 1907 eine öffentliche Polemik über die Kolonialpolitik mit Calwer, dem Vertrauten Blochs. Gerade Calwer und nicht Bernstein vertrat nach Bloch in der Kolonialpolitik den 'einzig möglichen Standpunkt'. Im Herbst des gleichen Jahres konnte Bernstein einen kolonialpolitischen Artikel nicht zum gewünschten Zeitpunkt, unmittelbar nach dem Essener Parteitag, in den SM veröffentlichen.[162] Bebel hatte ja am Parteitag die *sozialistische Kolonialpolitik* in Bernstein personifiert, d.h. behauptet, dass Bernsteins Auffassungen im Gegensatz zu den Auffassungen der 'ungeheuren Mehrheit der Partei' stünden. Bernstein sah sich gezwungen, seine Entgegnung im *Vorwärts* zu veröffentlichen.[163]

Offensichtlich erkannte Bloch vor Bernstein, dass es im herrschenden politischen Kontext nicht möglich war, zugleich die Kolonialpolitik und den Freihandel zu unterstützen. Von der Sache her wäre der Bruch zwischen Bernstein und den SM bereits etwa 1911 und nicht erst im Herbst 1914 möglich gewesen.[164] Für Bernstein mit seiner 23-jährigen Exilerfahrung war es jedoch nicht leicht, eine Heimat, und sei es auch nur eine 'literarische', zu verlassen. Als sich Bloch im Oktober 1914 geweigert hatte, einen kritischen Artikel Bernsteins über die deutsche Kriegspolitik in den SM zu veröffentlichen,[165] dankte ihm Bernstein dafür, dass er ihm die Entscheidung über seinen Rücktritt als Mitarbeiter der SM abgenommen habe; "aus persönlichen Gründen" sei er selbst dazu nicht fähig gewesen. Gleichzeitig bemerkte er, dass der Entscheid von der Sache her bereits früher hätte getroffen werden können:

> "Wir sind uns politisch lange schon entfremdet, sowohl in den Grundanschauungen über die von der Sozialdemokratie zu verfechtenden Maximen der Völkerbeziehungen wie in den praktischen Fragen der auswärtigen Politik, und dass heute die Haltung zur auswärtigen Politik das Kriterium der Parteistellung bildet, ist vielleicht der

---

[161] Prot. Jena 1911, 162 und 392–93 sowie *Bernstein*, Die englische Gefahr und das deutsche Volk, 7, 9–10 und 32–48.

[162] Bernstein an Bloch, 18. und 20.9.1907, BA R 117/2.

[163] *Bernstein*, 'Kulturrecht und Kolonialfrage', Vorwärts Nr. 231 und 232, 3. und 4.10.1907. Bloch gab Bernstein erst im Dezember 1907 die Möglichkeit, seine kolonialpolitischen Auffassungen in den *Monatsheften* zu verteidigen, *Bernstein*, 'Die Kolonialfrage und der Klassenkampf', SM 11, II, 1907, 988–96. Dies war der letzte Artikel Bernsteins zur Kolonialpolitik in den *Monatsheften*.

[164] Über den Bruch zwischen Bernstein und Bloch näheres bei *Fricke*, 'Zum Bruch Eduard Bernsteins mit den 'Sozialistischen Monatsheften' im Herbst 1914'.

[165] Bloch an Bernstein, 3.10.1914, IISG, BN D 61.

einzige Satz in Bezug auf den wir einig sind. Aus dem aber gerade ergibt sich die Unmöglichkeit irgendwelchen gedeihlichen Zusammenarbeitens für uns beide".[166]

Der Ausbruch des Krieges lieferte lediglich den konkreten Anlass zum endgültigen Abbruch der Beziehung. In einem unmittelbar nach Kriegsausbruch verfassten Artikel, dem letzten, den die SM von Bernstein veröffentlichten, konzentrierte Bernstein sich auf die Kriegsschuldfrage.[167] Er überzeugte sich bald von der hauptsächlichen Schuld Deutschlands und wechselte ins Lager der Kriegsopposition. Bloch hielt hingegen "das ganze Schema der völkerrechtlichen Regeln, den Streit darüber, von wem die Kriegserklärung ausging, und dergleichen" für "nichtig". Deutschland könne "mit ruhigem Gewissen in den Kampf ziehen", da es "nur um die Möglichkeit zu leben und zu geben" kämpfe. Dabei stehe "die wahre Ethik gegen das kodifizierte Recht". Z.B. sei die Durchbrechung der international garantierten Neutralität Belgiens zwar "eine Rechtsverletzung", jedoch "moralisch gerechtfertigt". Der Ausbruch des Krieges verwirklichte den sehnlichsten Wunsch Blochs, "die Einigung des deutschen Volkes", und er freute sich, dass "das Gefühl der Teilhaftigkeit in allen Gliedern der Nation lebendig geworden" sei.[168] Die Artikel Bernsteins und Blochs standen in den SM nacheinander und derjenige Blochs kann als Korrektur des Artikels von Bernstein gelesen werden: das von Bloch als 'nichtig' verurteilte 'Schema der völkerrechtlichen Regeln' stellte für Bernstein das wichtigste und wesentlichste Kriterium dar.

---

[166] Bernstein an Bloch, 10.12.1914, ib., C 6 (Konzept). Cf. *Schröder*, 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 202–08.
[167] *Bernstein*, 'Der Krieg, sein Urheber und sein erstes Opfer', SM 20, II, 1914, 1015–21.
[168] *Bloch*, 'Der Krieg und die Sozialdemokratie', ib., 1023 und 1025.

VII Freihandel und Verträge als Alternative zum Imperialismus. Zur Deutung des Bernsteinschen Revisionismus

Bernstein und Bloch stimmten darin überein, dass das Wirkliche auch vernünftig sei. Sie konnten sich jedoch nicht einigen über das, was als wirklich und damit als vernünftig anzusehen sei. Das bestimmende Kriterium der vernünftigen Tätigkeit wurde für beide die Einstellung zu den deutsch-englischen Beziehungen, und mit den zunehmenden Spannungen in diesen Beziehungen verschärften sich auch die Gegensätze zwischen Bernstein und Bloch. Je mehr Bernstein die Rolle eines Deutschen, "who has always worked for the best possible relations between the two nations"[1] übernahm, desto deutlicher sah er in der aussenpolitischen Linie der SM nur noch eine sinnlose Schürung der Gegensätze zwischen Deutschland und England. Umgekehrt sah Bloch in Bernstein immer mehr den "englischen Sachwalter".[2]

---

[1] *Bernstein*, 'The naval race and German finance', The Nation II, 22.2.1908, 757. Bernsteins unermüdlicher Einsatz auf diesem Gebiet und die Art seines Sozialismus blieben auch in England nicht unbemerkt. Im April 1919 erwähnte Arthur Henderson, der Parteisekretär der englischen Arbeiterpartei in einer Unterredung mit Paul Müller Heymer, dem Leiter der Hilfsstelle für Presse- und Nachrichtenwesen, Bernstein als die geeignetste Person für den Posten eines deutschen Botschafters in England. Wegen seines hohen Alters werde er zwar das Amt nur kurze Zeit ausüben können, es gehe jedoch mehr um eine versöhnliche Geste, d.h. darum "dass gerade während der ersten sechs Monate eine Brücke zum gegenseitigen Verständnis geschaffen würde, für das bei der Ernennung Bernsteins eine stärkere Resonanz geschaffen werde, als bei der Wahl irgend eines anderen Vertreters". Auch die Tatsache, dass Bernstein ein Sozialist sei, stehe einer Ernennung nicht im Wege. Nach englischem Masstab sei Bernstein "mehr einem Radikalliberalen, wie Asquith es ist und wie Lloyd George es früher war, zu vergleichen". Aufgrund seiner früher angeknüpften Beziehungen in England würde Bernstein ausserdem "eine verhältnismässig günstige Presse haben, vor allem, weil die englische öffentliche Meinung in seiner Entsendung eine gewisse Bürgschaft dafür sehen werde, dass man es in Deutschland mit der Demokratisierung ernst meine". Die II. Internationale 1918/19, Bd. II, 853.

[2] Bloch an Leuthner, 14.4.1909, BA R 117/8. In seinem Brief erwähnte Bloch Bernstein nicht namentlich, zweifellos gehörte dieser jedoch in den Augen Blochs zu den 'Sachwaltern'.

Anzeichen für die zunehmende Konzentration der Tätigkeit Bernsteins auf die Pflege der deutsch-englischen Beziehungen waren u.a. seine im Jahre 1911 veröffentlichte Schrift *Die englische Gefahr und das deutsche Volk* sowie die Tatsache, dass die deutsch-englischen Beziehungen ein ständiges Thema in seinen Wahlreden zur Reichstagswahl des Jahres 1912 bildeten.[3] Das Überhandnehmen dieses Aspektes in seinem Denken und Wirken wird auch daraus ersichtlich, dass er 1913 der an sich bedauerlichen Zunahme der Mittel für die deutsche Armee auch etwas Positives abgewinnen konnte: dies habe "to a stop in the naval armaments and consequently to better feeling between Germany and Great Britain" geführt.[4] Die Stellung Bernsteins als 'englischer Sachwalter' hatte zur Folge, dass es für ihn immer schwieriger wurde, seine eigene aussenpolitische Linie in den SM, seiner 'literarischen Heimat', zu propagieren. Unbehindert konnte er dies eigentlich nur in England tun, vor allem in der radikalliberalen Zeitung *The Nation*. In den Jahren 1907–1914 war Bernstein ein regelmässiger Mitarbeiter dieser "bedeutenden demokratischen Wochenschrift",[5] deren Chefredakteur H.W. Massingham, "ein dem Sozialismus nahestehender radikaler Journalist",[6] war. Bernstein hatte mit ihm bereits Ende der 80er Jahre Bekanntschaft geschlossen, als er von Zürich nach London übersiedelte.[7] *The Nation* verfolgte in ihren aussenpolitischen Stellungnahmen eine 'Bernsteinsche' Linie: für Freihandel, Abrüstung und gute englisch-deutsche Beziehungen gegen Schutzzollpolitik und Wettrüsten.[8]

Bernstein sah im Schutzzollsystem die "Quelle" der internationalen Konflikte.[9] Da die Kolonialkonflikte in unmittelbarer Verbindung standen zu den übrigen Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene, bedeutete dies für Bernstein, wie wir noch aufzeigen werden, die Gleichsetzung des Kampfes gegen die Schutzzölle mit dem 'antiimperialistischen' Kampf im allgemeinen. Zeitweise gab er sogar zu verstehen, dass die Schutzzollpolitik gleichgesetzt werden müsse mit dem Imperialismus. Der Einsatz für den Freihandel und gegen die Schutzzollpolitik bedeutete also für Bernstein weit mehr als eine Stellungnahme zur Handelspolitik. Indem er über den Freihandel schrieb, schrieb er zugleich auch über seine Auffassung der Wirklichkeit im allgemeinen und über die Aufgaben der Sozialdemokratie

---

[3] Bernstein an Ramsay MacDonald, 15.12.1911, PRO, 30/69/1155.
[4] Bernstein an H.W. Massingham, 6.3.1913, Norfolk Record Office, MC 41/8.
[5] *Bernstein,* Die englische Gefahr und das deutsche Volk, 28–29.
[6] Bernsteins Rezension zu H.W. *Massingham* (ed.), Labour and Protection, London 1903, DdS IV (1904), 60.
[7] *Havighurst,* Radical Fournalist: H.W. Massingham, 1860–1924, 34 und 145 sowie *Bernstein,* Aus den Jahren meines Exils, 273–74.
[8] *Havighurst,* 175–225.
[9] *Bernstein,* 'Das Grundsätzliche in der Frage der Handelspolitik', 430.

im besonderen. Letztlich ging es um die Frage, wie die Sozialdemokraten – um Sozialdemokraten zu sein – vorzugehen hätten. Die handelspolitischen Texte Bernsteins waren, wie seine programmatischen Texte zur Kolonialpolitik in den Jahren 1896–1907, politische Texte, d.h. Versuche Bernsteins zur Lösung der Probleme, vor die er die Sozialdemokratie gestellt sah.

Seine Argumentation gegen die Schutzzollpolitik führte Bernstein zu substantiellen Fragen: Der Einsatz für den Freihandel und gegen die Schutzzollpolitik stellte für ihn die Antwort auf die Frage nach dem "Zweck der Wirtschaft" dar, die er folgendermassen beantwortete:

> "Befriedigung und Hebung des Verbrauchs (...) Wir produzieren um zu konsumieren, und nicht umgekehrt (...) Kurz, der *Zoll heisst immer eine Belastung* der Volkswirtschaft des betreffenden Landes, diese als *Ganzes* betrachtet. Das ist aber die *einzige* Betrachtungsweise, von der m.E. der Sozialist ausgehen darf."[10]

Das Schutzzollsystem habe eine Verteuerung der Güter zur Folge und verhindere die Entwicklung einer internationalen Arbeitsteilung. Die Schutzzölle seien lediglich in jener historischen Phase von Nutzen gewesen, in der sie die Zollgrenzen im Landesinnern ersetzt hätten und die Eintreibung der Zölle von der Landstrasse an die Landesgrenzen verschoben worden sei. Bernstein, der prinzipielle Freihandelsbefürworter sah darin keinen Widerspruch oder Zugeständnis an die Schutzzollpolitik, denn er definierte die Entstehung der nationalen Zollgrenzen als "Freihandelsmassregel".[11] Es ging dabei ja um die quantitative Verringerung der Zölle. Eine solche fortschrittliche, 'freihändlerische' Schutzzollpolitik gehöre jedoch definitiv der Vergangenheit an, denn "im Zeitalter des entwickelten Weltverkehrs" stehe das Schutzzollsystem gänzlich und ausnahmslos im Widerspruch zum Fortschritt. Die Schutzzölle an den Landesgrenzen seien nun dasselbe wie einst die Zollschranken auf den Landstrassen: "ein durchaus überlebtes Auskunftsmittel",[12] d.h. "hoffnungslose Reaktion".[13] Das Schutzzollsystem sei ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung geworden, und Bernstein suchte aufzuzeigen, dass die rasche wirtschaftli-

---

[10] Bernsteins Antwort an Georg Bernhard, NMbl Nr. 20, 12.9.1904, Beilage, Hervorh. d. Bernstein.
[11] *Bernstein*, 'Das Grundsätzliche in der Frage der Handelspolitik', 426–27.
[12] S. Anm. 10.
[13] *Bernstein*, Die Natur und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Berlin 1909, 18. S. auch *Bernstein*, 'Principielles zur Frage der Agrarzölle', SM 5, I, 1901, 189–90.

che Entwicklung Deutschlands weniger wegen als vielmehr trotz der Schutzzölle erfolgt sei.[14]

Es steht hier nicht zur Diskussion, ob Bernstein 'objektiv' recht hatte; wichtig ist, dass er davon überzeugt war; das Schutzzollsystem lasse sich unmöglich "with true economic arguments" verteidigen.[15] Es lohnt sich statt dessen zu untersuchen, was der Widerstand gegen die Schutzzollpolitik und die prinzipielle Verteidigung des Freihandels für und bei Bernstein politisch bedeutete.

Einen der wesentlichsten Fehler des Schutzzollsystemes sah Bernstein darin, dass es den Blick auf die Gemeinsamkeit der Interessen der entwikkelten Industriestaaten, d.h. auf die "Solidarität der Kulturvölker" versperre.[16] Das Schutzzollsystem verfälsche die Wirklichkeit, die Bernstein u.a. folgendermassen definierte: "Ein dichtes Netz von Verbindungen aller Art breitet sich über die Erde aus, Handelsverbindungen, wissenschaftliche Verbindungen, Verbindungen industrieller Art, das ganze moderne Leben wird international", wobei er als Beispiel das Anwachsen der Zahl wissenschaftlicher Kongresse erwähnte (in den Jahren 1841–1860: 29 internationale Kongresse, in den Jahren 1901–1910: 790).[17] Ein Beispiel für das Anwachsen der gegenseitigen Abhängigkeit und Gemeinsamkeit der Interessen der 'Kulturvölker' sei auch die Entwicklung und Ausdehnung des Netzes der internationälen Verträge.[18] Bernstein sah die zunehmende Abhängigkeit der 'Kulturvölker' voneinander sowohl als unvermeidlich wie auch als fortschrittlich an, was er in einem Brief an Paul Nathan 1912 wie folgt formulierte:

> "Sie kennen die Antwort, die Cobden einmal gab, als man ihm vorhielt, der Freihandel werde England vom Ausland abhängig ma-

---

[14] *Bernstein,* 'The growth of German exports', Contemporary Review 84 (1903), 775–87, bes. 786–87 und 'Zum Kampf gegen die Zollschraube', 688.

[15] *Bernstein,* 'German professors and protectionism', Contemporary Review 86 (1904), 30.

[16] *Bernstein,* 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie', 621.

[17] Reichstagsrede vom 14.5.1912, St.Ber., XIII. Leg., 1. Sess. 1912, Bd. 285, 1996. S. auch Reichstagsrede vom 14.4.1913, ib., Bd. 289, 4742 sowie Bernsteins Rezension zu *Calwer,* Arbeitsmarkt und Handelsverträge, DdS I. (1902), 281; Die neuen Reichssteuern, Berlin 1906, 9–10 und 'Allerhand moderner Spuk', SM 16, I, 1912, 344.

[18] *Bernstein,* 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie', 623 und 'Der Klassenkampf und der Fortschritt der Kultur', SM 15, III, 1911, 1168. – In den Jahren 1812–1924 wurden ca. 16 000 internationale Verträge abgeschlossen. Die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit der 'Kulturstaaten' wird neben der quantitativen Zunahme der Verträge auch aus dem 'gesetzbildenden' Charakter dieser Verträge sowie aus der starken Zunahme der unpolitischen Verträge u.a. über Handel, Devisenverkehr, Post-, Telegramm- und Eisenbahnverbindungen, Fischerei, Copyright und Patentrecht. Dazu näher z.B. *Nussbaum,* A Concise History of the Law of Nations, 191–222.

chen: 'Mein lieber Herr, das ist ja grade das Gute.' Ich halte das für einer der schönsten Worte, die je gesprochen wurden".[19]

Bernstein vertrat die Ansicht, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit der 'Kulturvölker' voneinander auch zur einer politischen Abhängigkeit, zu gemeinsamem Vorgehen führen müsse.[20] Darauf beruhte seine auf den ersten Blick sonderbar anmutende Auffassung, wonach die Ausbildung des Konsulatsdienstes "einen grossen Teil der ganzen diplomatischen Tätigkeit entbehrlich machen" würde. In einer sich internationalisierenden und demokratisierenden Welt sei der Diplomatendienst "immer mehr überflüssig" und ein Überrest "aus dem Zeitalter des beschränkten Menschenverstandes".[21] Der Diplomatendienst sei also eine ebenso reaktionäre Institution wie das Schutzzollsystem.

Nach 1910 definierte und verurteilte Bernstein den Imperialismus aufgrund der Grundsätze des Freihandels als Versuch, sich geschlossene Märkte anzueignen: "es liegt in der Natur der Sache, dass das Interesse an grossem eigenen Kolonialbesitz in dem Masse abnehmen muss, als der Glaube an freien internationalen Verkehr zunimmt".[22] Daraus folgte, dass für Bernstein der Kampf gegen die Schutzzollpolitik 'antiimperialistischen' Kampf bedeutete und umgekehrt. Als vorbildliches Beispiel einer 'antiimperialistischen' Tätigkeit erwähnte Bernstein den unnachgiebigen Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung Englands gegen die Schutzzollpropaganda Chamberlains.[23] Er hob hervor, dass die Unterstützung der Schutzzollpolitik oder auch nur die Geringschätzung des Freihandels "in-

---

[19] Bernstein an Paul Nathan, 4.2.1912, ZStA, Nachlass Nathan, Nr. 3. S. auch Rede Bernsteins am Chemnitzer Parteitag, Prot. Chemnitz 1912, 420; *Bernstein*, 'Handelspolitik und Völkerbeziehungen', Dokumente des Fortschritts 9 (1916), 79–84 und Völkerbund oder Staatenbund, Berlin 1919, 28.

[20] *Bernstein*, 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie', 616.

[21] Reichstagsrede vom 14.4.1913, St.Ber., XIII. Leg., 1. Sess. 1913, Bd. 289, 4741. Desgleichen Reichstagsrede vom 15.5.1914, ib., Bd. 295, 8886; *Bernstein*, 'A sacrifice to folly', The Nation XII, 15.3.1913, 988 und Die parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik, Haag 1916, 5–6. – Von der Mitte des 19. Jh. an begann sich, mit der Zunahme des Handels zwischen den Industrieländern, auch das Konsularwesen stark auszudehnen, *Nussbaum*, 203–06.

[22] *Bernstein*, Die englische Gefahr und das deutsche Volk, 8. S. auch *Bernstein*, 'Das Finanzkapital und die Handelspolitik', 954–55; 'Revisionismus und Internationalismus', Sozialistische Auslandspolitik, 7/1915, 5; 'L'impérialisme économique et la *Sozialdemokratie*', La Revue Politique Internationale 6, Juli–Dezember 1916, 3–7 und 25–27; 'Handelspolitik und Völkerbeziehungen', 78–79; Die parlamentarische Kontrolle der Aussenpolitik, 6; Sozialdemokratische Völkerbundspolitik, Leipzig 1917, 114 und Völkerbund oder Staatenbund, 26.

[23] *Bernstein*, 'Die englischen Arbeiter und der zollpolitische Imperialismus', Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 19 (1904), 112–39; 'L'impérialisme économique et la *Sozialdemokratie*', 17–19 sowie 'Die englischen Arbeiter und Weltherrschaftspläne', NZ 34, II, 1916, 596–97.

evitably to political imperialism"[24] und damit notwendigerweise zur Aufgabe einer "konsequenten Friedenspolitik" führen werde.[25] Mit anderen Worten, zwischen Protektionismus, Imperialismus und Wettrüsten herrsche eine "enge"[26], sogar "innere"[27] und "notwendige"[28] Beziehung. Im Deutschen Kaiserreich habe diese verhängnisvolle Beziehung noch die fatale Zusatzbedeutung, dass die "Flottenschwärmer" und "Kolonialchauvinisten" gleichzeitig auch "Englandfresser" seien.[29]

Aufgrund dieser von Bernstein erkannten Beziehungen wird der ständig schärfer werdende Konflikt zwischen ihm und Bloch verständlich. Bloch war ein ebenso unnachgiebiger und grundsätzlicher Verfechter der Schutzzollpolitik wie Bernstein des Freihandels. Bernstein erwähnte bereits 1901 mit deutlichen Worten diese Diskrepanz gegenüber Bloch. Als er Bloch einen Artikel übersandte, in dem er seine Partei aufforderte, den Freihandel auch prinzipiell und nicht nur in der Praxis zu unterstützen,[30] bemerkte er in seinem Geleitbrief mit Blick auf Calwer und Schippel: "Da kollidiere ich nun freilich mit einigen Leuten, die zwar unsere Freunde sind, aber das ist leider unvermeidlich".[31] Auch der Bruch zwischen Bernstein und Bloch wurde schliesslich 'unvermeidlich', da keiner der beiden Kontrahenten an seinen handelspolitischen Prinzipien, d.h. an seinen gegensätzlichen Auffassungen über die Aussenpolitik, die nationalen Interessen, kurz, über die Aufgaben der Sozialdemokratie Abstriche vornehmen wollte. Bernstein und Bloch trugen so jeder für sich zur Spaltung der revisionistischen Bewegung bei. Gerade durch diese Spaltung erlangten jedoch sie selbst und die anderen (d.h. die Zeitgenossen und auch wir) Gewissheit darüber, dass es eine revisionistische Bewegung gab, dass es in der Tat

---

[24] *Bernstein,* 'Germany and England', The Labour Leader, 21.8.1908.
[25] S. Anm. 10. Ebenso z.B. *Bernstein,* Völkerrecht und Völkerpolitik, Berlin 1919, 184–85 und 'Handelspolitik und Völkerbeziehungen', 79.
[26] *Bernstein,* 'Germany and England'. Ebenso *Bernstein,* 'German socialism and the colonial question', 46; 'The new Reichstag and its visions', The Nation I, 2.3.1907, 13 und Rede am Chemnitzer Parteitag, Prot. Chemnitz 1912, 419.
[27] *Bernstein,* 'Germany and the limitation of armaments', The Nation I, 6.4.1907, 225. Ebenso *Bernstein,* Die neuen Reichssteuern, 9 und 63–64 sowie 'Das Finanzkapital und die Handelspolitik', 954–55.
[28] S. Anm. 4.
[29] *Bernstein,* Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. III, Berlin 1910, 28. S. auch *Bernstein,* Die englische Gefahr und das deutsche Volk, 7–13 und 28–32; 'Neue Englandhetze' sowie Rezension zu *Ausland-Deutscher,* Deutsche Kolonial-Reform, Zürich 1905, DdS V (1905), 542.
[30] *Bernstein,* 'Zum Kampf gegen die Zollschraube', bes. 692–93. Bernstein widersetzte sich kategorisch der Auffassung, dass der Schutzzoll und der Freihandel "prinzipiell gleichwertig" seien: "Mit dem gleichen theoretischen Recht könnte man die Postkutsche und die Eisenbahn für 'prinzipiell gleichwertig' erklären", *Bernstein,* 'Zollfreier internationaler Verkehr', 832.
[31] Bernstein an Bloch, 8.8.1901, BA R 117/3.

etwas gab, das gespalten werden konnte. Der Streit zwischen Bloch und Bernstein wurde dadurch ermöglicht, dass sie über etwas Gemeinsames und als wertvoll Empfundenes verfügten, oder, mit den Worten Blochs, über ein "gemeinsames Stück Kultur".[32]

Das in den Jahren nach 1910 vollzogene Einschwenken der SPD auf die Linie einer Verhandlungs- und Vertragspolitik, d.h. der "sozialistischen Weltpolitik" (Ledebour), ermöglichte die praktische Zusammenarbeit zwischen Bernstein und der Partei. Bernstein genügte dies jedoch nicht. Er wollte die Friedenspolitik seiner Partei auf eine programmatisch freihandelspolitische Grundlage stellen. Während Bloch sich bei seiner Forderung an die Partei, für die Schutzzollpolitik Stellung zu beziehen, darauf berufen konnte, dass die SPD sich programmatisch nicht an den Freihandel gebunden hatte, sah Bernstein gerade in dieser Auffassung des Freihandels als 'Zweckmässigkeitsfrage' ein Hindernis für die Fortentwicklung der Politik der Partei. Die SPD sei keine "Free-Trade party in the full meaning of the word",[33] sie habe mit anderen Worten "noch gar keine auf der Höhe der Theorie stehende Auseinandersetzung mit der Freihandelsdoktrin".[34] Bernstein hielt diese Lücke in der Parteitheorie für sehr gravierend und suchte sie von der Jahrhundertwende an auszubessern. Er wollte die in der Partei herrschende, seiner Meinung nach fatale Auffassung korrigieren, wonach die Freihandelsbewegung "by necessity a bourgeois movement" sei. Erst der Verzicht auf diese falsche Auffassung werde eine richtige und erfolgreiche Friedenspolitik ermöglichen, die auf der Auffassung gründen müsse, dass Aufrüstung, Wettlauf um die Kolonien und Krieg nicht unabwendbar seien.[35] Der Partei fehle eine Theorie zur Lenkung ihrer aussenpolitischen Praxis, und sie verfüge demzufolge nicht über eine eigene Aussenpolitik im eigentlichen Sinne. Das, was in der Partei als Politik verstanden werde, sei weiterhin reines "Wursteln", d.h. "das selbstbeschauliche Dahinplätschern im Fahrwasser der Ereignisse".[36] Da Bernstein unter einer politischen Antwort "eine Antwort, die politische Wege weist"[37] verstand, war es nur natürlich, dass der aussenpolitische 'Weg' der Partei freihändlerisch werden sollte:

---

[32] Bloch an Heine, 31.8.1908, ZStA, Nachlass Heine, Nr. 29. Der Streit setzt einen "gemeinsamen Gedanken" voraus, s. *Schleiermacher*, Dialektik, 8–23 und 94–97.
[33] *Bernstein,* 'Germany and the limitation of armaments', 225.
[34] S. Anm. 31.
[35] *Bernstein,* 'Germany and the limitation of armaments', 225.
[36] *Bernstein,* 'Epilog zu den preussischen Landtagswahlen', SM 12, II, 1908, 783. Der Partei fehle eine Politik im eigentlichen Sinne des Wortes, d.h. "eine Praxis, die über das blosse Handeln nach den Zeitumständen hinaus, darauf gerichtet ist die *Umstände selbst* so zu gestalten, wie sie für unser Handeln am günstigsten sind", ib. Hervorh. d. Bernstein.
[37] *Bernstein,* 'Sozialisten und Regierung', SM 19, III, 1913, 1083.

"Will der Socialismus sich nicht von den Tagesconstellationen hin und her werfen lassen, sondern auf sie bestimmend einwirken, so muss er zur Richtschnur eine handelspolitische Theorie haben, die von den Zufälligkeiten jener nicht beeinflusst wird, sondern mit den allgemeinen Gesetzen der Entwicklung im Einklang steht. Und darum kann im Zeitalter der Weltwirtschaft seine Handelspolitik nur eine freihändlerische oder — um einen weniger mit dem Capitalismus verwachsenen Ausdruck zu wählen — eine solche des *freien Weltverkehrs* sein".[38]

Bei seinem Bestreben, den Begriff des Freihandels von seiner kapitalistischen Konnotation zu befreien, folgte Bernstein nicht bloss der Auffassung, dass der Protest gegen die Schutzzollpolitik auf den 'allgemeinen Gesetzen der Entwicklung' beruhen müsse. Da die Schutzzöllnerei "unvereinbar mit dem sozialdemokratischen Standpunkte" sei,[39] und da andererseits "l'impérialisme protectionniste", d.h. "l'impérialisme économique" das direkte Gegenteil des "grossen humanitären Zieles" des Sozialismus sei,[40] bedeutete die Verteidigung des Freihandels für Bernstein zugleich auch eine Förderung des Sozialismus: die Beseitigung der nationalen Zollschranken falle "mit dem Vergesellschaftungsgedanken des Sozialismus" durchaus zusammen. Zur Veranschaulichung des sozialistischen Charakters des Freihandels musste sich Bernstein entgegen seinen Gewohnheiten auf das 'Endziel' berufen oder, wie er selbst seine Argumentation charakterisierte, einen "reinen Fall" konstruieren. Es sei nämlich anzunehmen, dass Staaten, die ihren Handel sozialisiert hätten, auch "den radikalen Schritt tun alle Einfuhrzölle abzuschaffen". "Die Beseitigung der Zölle würde sogar die notwendige Folge solcher Vergesellschaftung des Austauschs sein, denn im Angesicht ihrer noch Zölle fortzuerheben wäre der Widersinn einer Selbstbezollung um nicht und wieder nichts: Die in Frage kommenden Gemeinwesen würden dabei zwecklos sich selbst eine Steuer zahlen".[41] Bernstein suchte den sozialistischen Charakter des Freihandels auch "entwicklungstheoretisch" aufzuzeigen. Die Sozialdemokraten müssten in ihrer Tätigkeit die Effizienz und Produktivität der Wirtschaft fördern. Die Schutzzollpolitik stehe damit im Widerstreit, da sie besonders in der Landwirtschaft Betriebsformen schütze, "die ökonomisch keine Existenzberech-

---

[38] Bernsteins Rezension zu *Calwer*, Arbeitsmarkt und Handelsverträge, DdS I, (1902), 282. Hervorh. d. Bernstein.
[39] S. Anm. 31.
[40] *Bernstein*, 'L'impérialisme économique et la *Sozialdemokratie*', 14.
[41] *Bernstein*, 'Das Grundsätzliche in der Frage der Handelspolitik', 426.

tigung mehr haben". Und für Bernstein war der Schutz überlebter Betriebsformen nicht nur reaktionär, sondern, ausdrücklich, "antisozialistisch".[42]

Bernstein war also fest davon überzeugt, dass die Partei den Freihandel zum bestimmenden Prinzip und zur theoretischen Grundlage ihrer Tätigkeit erheben müsse, damit die Politik der Partei nicht zu einem 'selbstbeschaulichen Dahinplätschern im Fahrwasser der Ereignisse' werde, d.h. damit die Partei das Recht habe zu verlangen, "dass die organisierte Gesellschaft bewusst eingreift, nicht nur in den Produktionsprozess, sondern auch in den Prozess der internationalen Gegensätze".[43] Bei diesem Versuch zur Schaffung einer aussenpolitischen Theorie für seine Partei liess Bernstein noch deutlicher als während des Revisionismusstreites zu Beginn des Jahrhunderts erkennen, dass er mit seiner revisionistischen Tätigkeit nicht so sehr die Theorie und die Praxis der Partei in Einklang zu bringen, als vielmehr die Praxis seiner Partei in eine bestimmte Richtung zu lenken versuchte. In der Aussenpolitik wäre es auch schwierig gewesen, Theorie und Praxis in Einklang zu bringen, da auf diesem Gebiet gar kein Widerspruch bestand, und zwar aus dem einfachen Grunde, da die Partei nicht über eine allgemein gutgeheissene und akzeptierte aussenpolitische Theorie verfügte. Es gab also gar nichts, das Bernstein durch seine eigenen Theorie hätte ersetzen können.

Als er seine Partei aufforderte, sich für den Freihandel zu entscheiden, musste Bernstein versichern, dass ein Entscheid sowohl möglich als auch notwendig sei: als für ihre Tätigkeit verantwortliche parlamentarische Partei, "als Teilnehmer an der Gesetzgebung" könne die Sozialdemokratie sich nicht "den Kämpfen um Schutzzoll *oder* Freihandel und den damit *innerlich verbundenen* Kämpfen um aggressiven Imperialismus *oder* konsequente Friedenspolitik, um uferlosen Flottenbau *oder* Rüstungsbeschränkungen rein kritisch gegenüberstellen".[44] Da Schutzzollpolitik und 'aggressiver Imperialismus' in einer 'innerlichen' Verbindung zueinander stünden, musste Bernstein betonen, dass der Imperialismus ebensowenig wie die Schutzzollpolitik eine notwendige Erscheinung sei:

---

[42] Ib., 430. Bernsteins Überzeugung von der Verbindung zwischen Sozialismus und Freihandel wird auch aus seiner gegen Ende des Weltkrieges geäusserten Auffassung ersichtlich, wie die "imperialistischen Tendenzen" unschädlich gemacht werden könnten: "Endgültig wird hier nur das Radikalmittel der Sozialisierung des Kapitals bei *gleichzeitiger* Internationalisierung der grossen Handels- und Verkehrswege Sicherung schaffen", *Bernstein*, Völkerbund oder Staatenbund, 27. Hervorh. durch d. Verf.

[43] Bernsteins Rede am Chemnitzer Parteitag, Prot. Chemnitz 1912, 421.

[44] *Bernstein*, 'Das Finanzkapital und die Handelspolitik', 954. Hervorh. durch d. Verf. S. auch Prot. Chemnitz 1912, 419–21.

"... ich sehe in dem agressiven Imperialismus unserer Tage keine der heutigen Volks- und Weltwirschaft organisch entsprechende, ihr innerlich verbundene Erscheinung, sondern eine unorganische Wucherpflanze am Baum der Wirtschaftsentwickelung der Gegenwart".[45]

Auch Kautsky betonte und suchte in den Jahren 1910–14 aufzuzeigen, dass der Imperialismus keine notwendige Stufe in der Entwicklung des Kapitalismus sei. Es sei somit möglich, sich für die Abrüstung zu engagieren. Es war diese Schlussfolgerung, auf der die praktische aussenpolitische Zusammenarbeit Bernsteins und der Partei gründete, was die Verwirklichung des Bernsteinschen Programmes jedoch keineswegs erleichterte. Zur gleichen Zeit machte der innere Kreis der SM-Mitarbeiter immer mehr gemeinsame Front mit den 'Flottenschwärmern', den 'Kolonialchauvinisten' und den 'Englandfressern'. Ein weiteres Hindernis für die Politik Bernsteins waren die deutschen Liberalen, deren Politik er als hilf- und ratlos sowie als nachgiebig vor der nationalistischen Propaganda kritisierte. Laut Bernstein verfügten die deutschen Liberalen nicht über eine "liberale Aussenpolitik"; sie hätten ihre "great governing idea" verloren, d.h. auf die Prinzipien des Freihandels verzichtet. Nach dem Eingeständnis, dass es in der Politik unmöglich sei, "Opportunismus" zu vermeiden, fuhr Bernstein fort:

"But what disheartens you with the German Liberals is that they are opportunists in their ways of thinking and arguing. You can hardly find a consistent Free Trader amongst them. How can you expect to find a consistent peace politician?"[46]

Dies habe besonders ernste Folgen für die deutsch-englischen Beziehungen,

---

[45] *Bernstein*, 'Vom Parlament und vom Parlamentarismus', SM 16, II, 1912, 651. Cf. den Titel eines von Bernstein im November 1912 in Wien gehaltenen Vortrags: "Die *Alternativen* des Imperialismus", Arbeiter-Zeitung (Wien), 15.11.1912 ('Der Imperialismus, seine Bedeutung und seine Zukunft'). Hervorh. d.d. Verf.

[46] *Bernstein*, 'How the new Reichstag will look', The Nation X, 30.12.1911, 551. S. auch *Bernstein*, 'The German war peril', The Nation III, 27.6.1908, 450–51; 'Clearing the air', ib., IV, 27.3.1909, 964; 'Vitrix insania', ib., X, 30.3.1912, 1057; 'Almighty, all-devouring militarism', ib. XIII, 5.4.1913, 16–17; 'The marauders', ib., 26.4.1913, 142; 'From Berlin to Berne', ib., 24.5.1913, 308; 'The German army bill and the taxes', ib., 12.7.1913, 568; 'The German chancellor's reply, and after', ib., XIV, 31.1.1914, 744–45 und 'Die Jubiläumssteuern', SM 19, I, 1913, 350. – Über die Einstellung der deutschen Liberalen zur Aussen- und Weltpolitik s. z.B. *Albertin*, 'Das Friedensthema bei den Linksliberalen vor 1914'; *Holl*, 'Krieg und Frieden und die liberalen Parteien'; *Kennedy*, Antagonism, 335–41 und W. *Mommsen*, 'Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus'.

was Bernstein im November 1911 gegenüber Ramsay MacDonald beklagte:

> "Jingoism is still very strong with us and idiotical Jingoism in regard to Gr. Britain particularly. The majority of Liberals even are quite mad in this respect. Bebel. . . tells me that he is quite disgusted with the behaviour of the Liberals. There is not one rigorous peace man amongst them. They do nothing serious to clear the peoples' mind from the prejudices concerning England. They hide their halfheartedness behind the coward and squint phrase: we are for peace and goodwill but England must first show by acts that she is in earnest".[47]

In der Periodisierung Bernsteins begannen der Opportunismus und der moralische Niedergang der Liberalen, genauer gesagt der links von den Nationalliberalen stehenden Liberalen, in den Jahren 1906–07. Ein eindeutiger Indikator dafür seien die 'Hottentottenwahlen' im Januar 1907 gewesen, deren Ergebnis Bernstein wie folgt charakterisierte: "Die Linke ist im neuen Reichstag schwächer, als im alten: die Sozialdemokratie der Zahl nach, der Freisinn, soweit dies bei ihm noch möglich war, moralisch". Durch sein Wahlbündnis mit der Regierung habe der Freisinn "gegen seine Daseinsbedingungen gefrevelt, um den Schein des Daseins zu retten". Dies sei zugleich eine Niederlage der deutschen Demokratie, in deren Folge eine "schleichende Reaktion" geduldet werden müsse, "bis das Problem gelöst wird, ein Verhältnis zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie in Deutschland herzustellen".[48] Bernstein wollte nicht zuwarten, bis der 'Genosse Trend' über das Verhältnis zwischen 'bürgerlicher und proletarischer Demokratie', d.h. über die Probleme der Bündnispolitik zwischen Sozialdemokraten und Liberalen, entschieden hätte. Er war überzeugter denn je, dass die Schwierigkeiten der Bündispolitik nicht "sub specie des grossen Krachs" betrachtet werden dürften.[49] Ebenso war er nach wie vor davon überzeugt, dass "die Bildung eines Blocks der Linken" die "unerlässliche Vorbedingung" für die Demokratisierung des Kaiserreiches sei. Er hatte jedoch einzugestehen, dass "der

---

[47] Bernstein an MacDonald, 12.11.1911, PRO, 30/69/1420. S. auch *Bernstein*, 'Social insanity', The Nation X, 14.10.1911, 93–94. Während des Weltkrieges musste Bernstein mit Bedauern feststellen: ". . . the mass of my countrymen have lost (if they ever had) the spirit of true democracy and unselfish liberalism", Bernstein an MacDonald, 30.9.1917, PRO, 30/69/1161.

[48] *Bernstein*, 'Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?', 114. S. auch *Bernstein*, 'The new Reichstag and its visions'. 14 und 'The German elections and the Social Democrats', 490–92.

[49] *Bernstein*, 'Der Freisinn und unsere Presse', SM 12, II, 1908, 963.

tiefe Unterschied der Auffassungen von Sozialdemokratie und Liberalen in der auswärtigen Politik" ein grosses Hindernis auf diesem Wege sei.[50] Ein Zusammengehen der liberalen und der demokratischen Kräfte, ein "bloc Bassermann-Bebel", sei grundsätzlich im Deutschen Kaiserreich sehr erwünscht, das Haupthindernis seien jedoch die Nationalliberalen, denen der Nationalismus nicht mehr die gegen partikuläre Interessen gerichtete nationale Einheit, sondern "Jingoismus" bedeute, d.h. Unterstützung des Wettrüstens und vor allem Widerstand gegen das deutsch-englische Abrüstungsabkommen.[51] Es ist bemerkenswert, dass Bernstein im 'Jingoismus' der Nationalliberalen das Haupthindernis für eine Zusammenarbeit sah. Bloch setzte den 'Jingoismus' der Nationalliberalen mit der Wahrung der 'nationalen Interessen' Deutschlands gleich und forderte deshalb die Sozialdemokraten auf, die Zusammenarbeit mit dieser Partei zu suchen.

Bernstein hoffte in den Jahren 1908–10 eine Weile lang, dass die durch die Aufrüstung verursachte Zunahme der Staatsschuld und der indirekten Steuern sowie der dadurch hervorgerufene Druck in Richtung direkter Steuern das Wettrüsten begrenzen und den Bürgern die Augen öffnen würde für dessen Sinnlosigkeit.[52] Bernsteins Hoffnungen wurden auch durch die geringe Lust der Junker, sich an den Kosten der Flottenaufrüstung zu beteiligen,[53] durch die wachsende Bedeutung der in Industrie und Handel beschäftigten Bevölkerungsteile sowie besonders durch die ständige Zunahme der sozialdemokratischen Anhängerschaft geweckt.[54] Für beson-

---

[50] *Bernstein,* 'Politische Schwarzmalerei', 541–42. Bernsteins scharfe und zeitweise sogar gnadenlose Kritik der aussenpolitischen Ansichten der Liberalen bedeutete also nicht etwa, dass er die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und der Liberalen nicht als notwendig oder, besonders in der Innenpolitik, auch als möglich angesehen hätte. Seine Kritik ist gerade deshalb verständlich und sinnvoll, da er eine solche Zusammenarbeit für politisch notwendig hielt. S. *Bernstein,* 'Germany and the limitation of armaments', 224–25; 'Das Werk des Preussentages und Wahlrechtskampf', SM 12, I, 1908, 13–17; 'Klassenpolitik und Gefühlspolitik', ib., II, 653–57; 'Epilog zu den preussischen Landtagswahlen', ib., 782–83; 'Die Massen werden irre', SM 13, II, 1909, 1013–16; 'Der Stil des Reformismus', ib., III, 1224–25; 'The pull towards the left in Germany', The Nation VI, 6.11.1909, 240–41; 'The eve of the Prussian revolution', ib., VII, 2.4.1910, 15–16; 'Political scene-shifting in Germany, ib., 23.7.1910, 595–96; 'The backwater of German jingoism', ib., 30.7.1910, 631–32; 'The straits of the German Junkers', ib., VIII, 17.12.1910, 500; 'The meaning of the German chancellor's speech', ib. IX, 8.4.1911, 56; 'Herr von Bethmann Hollweg's first success', ib., 10.6.1911, 397–98; 'Bedeutung und Aufgabe des Sieges', SM 16, I, 1912, 144–47 und 'The presidency of the Reichstag and Lord Haldane's visit', The Nation X, 17.2.1912, 813–14.
[51] *Bernstein,* 'Political scene-shifting in Germany', 595. S. auch *Bernstein,* 'The death of a deformed reform Bill', The Nation VII, 4.6.1910, 348 und 'Politische Schwarzmalerei', 542.
[52] Z.B. *Bernstein,* 'The naval race and German finance', The Nation II, 22.2.1908, 757–58; 'Arms and the bill', ib., IV, 20.3.1909, 927–29 und 'The backwater of German jingoism', 632–33.
[53] *Bernstein,* 'Arms and the bill', 929.
[54] *Bernstein,* 'Peace and King Edward's visit', The Nation IV, 20.2.1909, 784; 'The pull towards left in Germany, 240–41 und 'The backwater of German jingoism', 632.

ders bedeutsam, Hoffnungen weckend und bestätigend hielt es Bernstein, dass sich sogar Friedrich Naumann, "the inventor of the theory of 'democratic imperialism' ", zugunsten eines deutsch-englischen Flottenbündnisses erklärt habe.[55] Bernstein hatte jedoch im Januar 1914 die deprimierende Tatsache anzuerkennen:

> "It is no use concealing the truth. The hold of militarism on the German nation is depressingly great, and in the middle classes it is certainly stronger than ever".[56]

Er empfand es auch als deprimierend, dass das unvernünftige Wettrüsten von an sich vernünftigen Menschen, d.h. von Universitätslehrern und anderen Intellektuellen unterstützt wurde.[57]

Für dieses sinnlose Verhalten der mittleren Schichten und der sie repräsentierenden liberalen Parteien und des Zentrums musste eine Erklärung gefunden werden. Z.T. liess es sich darauf zurückführen, dass die Waffenindustrie nicht nur ideologisch, sondern auch materiell einen starken Einfluss auf die Mittelschicht habe. Die zur Mittelschicht gehörenden Aktionäre der Rüstungsindustrie seien am Prosperieren ihrer Unternehmen interessiert.[58] Eine umfassendere Erklärung für den 'Jingoismus' und besonders für die Englandfeindlichkeit der Mittelschichten lieferte für Bernstein jedoch der "anarchistische Zustand" der deutschen Innenpolitik. Die "Mittelklassparteien" verlören ständig Terrain an die Sozialdemokratie, die, so Bernstein, stärker und geeinter denn je und "full of fighting" sei. Für die "Mittelklassparteien" bestehe so nur wenig Aussicht, ihre abgesprungenen Wähler durch ein innenpolitisches Programm zurückgewinnen zu können, weshalb sie sich als letzten Ausweg an das Drohen mit der äusseren Gefahr klammerten.[59] Diese panikartige Flucht in den einzigen erfolgversprechenden Ausweg erkläre sich z.T. auch daraus, dass die Liberalen einen Zweifrontenkrieg gegen die Sozialdemokraten und gegen die Konservativen zu führen hätten.[60] Dieses Drohen mit einer äusseren Gefahr sei zwar auch des öfteren in England angewandt worden, jedoch stets

---

[55] *Bernstein,* 'The backwater of German jingoism', 632.
[56] *Bernstein,* 'The meaning of the Strassburg verdict', The Nation XIV, 17.1.1914, 673.
[57] *Bernstein,* 'Vitrix insania', 1057 und 'The Zeppelin movement and German nationalism', The Nation III, 22.8.1908, 736–38.
[58] *Bernstein,* 'The marauders', 142.
[59] *Bernstein,* 'Social insanity', 93–94; 'The meaning of the German chancellor's speech', 56 und 'The German elections and the Social Democrats', 488–91.
[60] *Bernstein,* 'Political scene-shifting in Germany', 595–96; 'The struggle for German freedom', The Nation IV, 5.12.1908, 973–74; 'The Kaiser and the nation', ib. VII, 3.9.1910, 800 und 'Between the first and second ballot in Germany', ib. X, 20.1.1912, 659.

als alternative Methode. Im Deutschen Kaiserreich sei daraus hingegen "a regular instrument for working the electorate" geworden.[61] Verantwortlich für dieses unverantwortliche politische Verhalten, den "Bonapartistischen Imperialismus", sei das antidemokratische und antiparlamentarische Regierungssystem des Deutschen Kaiserreiches. Bernstein, "an ardent adherent of Socialistic transformation by way of successive ameliorative reforms", sah den einzigen Ausweg aus dem durch den 'Bonapartistischen Imperialismus' angestachelten Rüstungswettlauf in einer "revolutionary upheaval".[62] Bernstein war der Meinung, dass das antidemokratische Regierungssystem beispielsweise durch eine schwere aussenpolitische Niederlage gestürzt werden könnte, und er kritisierte England während des russisch-japanischen Krieges, da es der russischen Ostseeflotte den Zugang zum asiatischen Kriegsschauplatz nicht versperrt und damit gewissermassen den Zusammenbruch des Zarismus verhindert habe.[63]

Die Tatsache, dass sich ein unopportunistischer Reformist von der Art Bernsteins an die Revolution als den einzigen Ausweg aus dem Rüstungswettlauf klammerte, ist nur ein weiterer Ausdruck des "Zeitalters der grössten Widersprüche", in dem Bernstein und seine Zeitgenossen lebten. Einerseits sei erfolgreiche Reformarbeit in die Wege geleitet worden, das Schulwesen habe sich verbessert und stehe nun immer weiteren Kreisen offen, Wissenschaft und Kunst seien demokratisiert worden und das gesellschaftliche Wissen in allen Schichten der Gesellschaft angewachsen. Andererseits gebe es jedoch eine "hord of idlers", die alles vergifteten, was sie anlangten, auch die Beziehungen zwischen den Völkern:

> "Never was economic and intellectual intercourse among the nations more developed than in our days, and never was there greater distrust (. . .) The marvellous progress in our means of traffic and communication appears only to have been made in order to produce an enstrangement".[64]

Für Bernstein, der glaubte, dass "der Verstand" immer mehr das Verhalten der Menschen bestimme, war die Fähigkeit der Sensations- und Spott-

---

[61] *Bernstein,* 'Social insanity', 93.
[62] *Bernstein,* 'Almighty, all-devouring militarism', 16. Dasselbe drückte Bernstein 1904 aus, als er über das Los der Völker des Balkans, der "Schussbefohlenen der europäischen Diplomatie" schrieb: "Verraten und verkauft sind und bleiben sie, solange in Deutschland und Russland das jetzige System herrscht. Nur wenn diese Systeme abgewirtschaftet haben, dürfen sie auf Erlösung rechnen", *Bernstein,* 'Verraten und Vertrieben', NMbl Nr. 13, 25.7.1904. S. auch *Bernstein,* 'Ein Kaiserwort und ein Sozialistenwort', ib. Nr. 9, 27.6.1904.
[63] NMbl Nr. 28, 7.11.1904 (Glossen und Notizen). S. auch ib. Nr. 27, 31.10.1904 (Glossen und Notizen).
[64] *Bernstein,* 'Social insanity', 93.

presse zur 'Verfälschung' der Wirklichkeit eine bittere und deprimierende Erfahrung.[65] Als reiner Empirist glaubte er, dass die Menschen zur Vernunft gelangten, falls ihnen nur die 'Tatsachen' erzählt würden. Der "wholesome return to reason"[66] sei somit nur möglich durch die Verstärkung der Aufklärungsarbeit. "Speak out!" lautete sein Zuruf an seinen Freund Ramsay MacDonald, als er diesen aufforderte, das Ränkespiel in seiner englischen Heimat blosszulegen.[67] Politische Intriganten gebe es in allen Ländern, und die Aufdeckung ihrer Tätigkeit sei eine "Herculean task", zu der es jedoch keine Alternative gebe. Besonders dringlich sei dies in Deutschland, wo sich die Liberalen feige von dieser Aufgabe zurückgezogen hätten.[68] Der Kampf für Frieden und Demokratie sei somit alleinige Aufgabe der Sozialdemokraten, "all the enlightment must be done by ourselves".[69]

Auffällig an der eigenen Aufklärungstätigkeit Bernsteins in den Jahren 1907–14 war seine häufigere Verwendung des Wortes 'Imperialismus' im Vergleich zu früher, zwar nicht als analytischer Begriff zur Erklärung der kapitalistischen Entwicklung, sondern als Sammelbegriff für die negativen Erscheinungen, die die Schutzzollpolitik produziert habe und als politische Losung, die zur Friedensarbeit anstacheln sollte. Dies war auch der Grund, weshalb er am Chemnitzer Parteitag von 1912 die Imperialismusresolution gegenüber den spöttischen Bemerkungen Schippels verteidigte. Schippel kritisierte die Resolution, da darin nicht der Imperialismus definiert, sondern nur ohne Begründung auf seine Verbindungen zum Wettrüsten, zur Schutzzollpolitik und zur Monopolisierung verwiesen werde. Die Resolution sei deshalb ein "heilloses babylonisches Durcheinander".[70] Bernstein bemerkte gegenüber Schippel, dass es in der Resolution ja gar

---

[65] *Bernstein*, 'Der Klassenkampf und der Fortschritt der Kultur', 1167. S. auch *Bernstein*, 'Breakers ahead!', 803–04 und 'The Zeppelin movement and German nationalism', 737.
[66] *Bernstein*, 'The Morocco debates in the Reichstag', The Nation X, 18.11.1911, 305.
[67] Bernstein an MacDonald, 15.12.1911, PRO, 30/69/1155.
[68] *Bernstein*, 'Social insanity', 94.
[69] Bernstein an MacDonald, 12.11.1911, PRO, 30/69/1420. Damit nahmen die 'liberalen' Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie und die daraus erwachsenden Probleme der sozialistischen Politik zu. Bereits zur Jahrhundertwende hatte Kautsky bemerkt, dass die kontinentale, insbesondere die deutsche Sozialdemokratie "in ihren praktischen Kämpfen eine weit schwerere Aufgabe als in England" habe: "Sie hat gleichzeitig zur Hebung des Proletariats das Kapital zu bekämpfen und zur Wahrung des ökonomischen Fortschritts die Grundlagen der kapitalistischen Produktion gegen den Ansturm der Reaktion zu verteidigen; sie hat das Manchestertum zu überwinden und ist doch heute allenthalben der einzige kraftvolle Schutz jener seiner Forderungen, die einen Fortschritt gegenüber dem zünftlerisch-bureaukratisch-militaristischen Absolutismus bedeuten", *Kautsky*, 'Ältere und neuere Kolonialpolitik', 811. Cf. *Kautsky*, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915, 78–80.
[70] *Schippel*, 'Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag', 1271–74.

nicht um den Imperialismus an sich gehe, "sondern nur um eine Stellungnahme gegen eine ganz bestimmte Art von Imperialismus, um ganz bestimmte imperialistische Tendenzen"[71] d.h. kurz gesagt um eine Stellungnahme gegen den 'aggressiven Imperialismus'. Bernstein sah in der Resolution einen "Protest gegen die Schutzzöllnerei", d.h. "eine Manifestation für Frieden und Freiheit und freien Austausch zwischen den Nationen".[72] Der Tatbestand, dass Bernstein es für notwendig befand, die Auffassungen des führenden kolonialpolitischen Experten der SM zu korrigieren, ist umso bemerkenswerter, da er selbst sich seinerzeit in der Art Schippels über den Imperialismusbegriff der Partei lustig gemacht hatte.[73]

Bernstein radikalisierte und verglichen mit der Jahrhundertwende geradezu antiimperialistische Sprache zwingt zu der Frage, ob sich Bernsteins Einstellung zum Imperialismus oder zur Kolonialpolitik an sich verändert hatte. Ausserdem haben wir uns, da Bernsteins Einstellung zur Kolonialpolitik, d.h. zur Expansion des Kapitalismus in einem begrifflichen Verhältnis zu seinem Revisionismus stand, zugleich zu fragen, ob er in den Jahren 1900–1914 auch seinen Revisionismus revidierte.

Bernsteins kritische Einstellung zur Kolonialpolitik, d.h. genauer gesagt zum 'Kolonialchauvinismus' oder 'aggressiven Imperialismus' stützte sich auf die Prinzipien des Freihandels:

> "Ich komme, je mehr ich mich mit der Frage beschäftige, immer mehr zu der Überzeugung, dass die Kolonialfrage in allen zur Zeit strittigen Formen Mittelalter und nicht Neuzeit ist, und dass ihre Behandlung in der heute beliebten Weise uns zwar nicht ins Mittelalter zurück, aber zu dem Mittelalter ähnlichen Zuständen führen müsste. Endloser Streit und Hader um Objekte, deren ökonomischer Wert für die Nationen, die sie in Besitz nehmen, immer problematischer wird. Wahre Lösungen sind nur noch in der Richtung der Internationalisierung zu finden, mehr als je hat, trotz aller Schutzzöllnerei, die uns umgibt, die alte Freihandelsschule Recht".[74]

Übereinstimmend mit dieser Auffassung war seine Betonung des Umstandes, dass der verhältnismässig geringe Kolonialbesitz Deutschlands kein Hindernis, sondern eher ein Vorteil sei. Er erinnerte daran, dass Deutschland zum Industriestaat geworden sei, bevor es sich Kolonien beschafft

---

[71] *Bernstein*, 'Wissenschaft, Werturteile und Partei', SM 16, III, 1912, 1408.
[72] Prot. Chemnitz 1912, 420.
[73] S. oben, 153 und 154, Anm. 51.
[74] Bernstein an Nathan, 4.2.1912, ZStA, Nachlass Nathan, Nr. 3.

hatte.[75] Deutschland sei eine "object-lesson" dafür, dass eine Nation "strong and wealthy" werden könne ohne grosse Kriegsflotten und Kolonialbesitzungen.[76] Diese Auffassung fasste er im Jahre 1919 wie folgt zusammen:

> "Gewiss, das spät zur nationalen Einheit gelangte Deutschland ist bei der Verteilung der Kolonien sehr zu kurz gekommen. Ohne ein grundsätzlicher Gegner jedes Kolonialbesitzes zu sein, halte ich es jedoch für sehr fraglich, ob das ein sonderlich grosser Nachteil für das deutsche Volk gewesen ist. Jedenfalls ist Deutschland trotz seines nur mässigen Kolonialbesitzes ein wohlhabendes Land geworden".[77]

Dies war von Bernstein jedoch bereits zu Beginn des Jahrhunderts herausgestrichen worden. Die Vergrösserung des Kolonialbesitzes liege nicht im "Lebensinteresse" des deutschen Volkes, da "der internationale Befreiungskampf der Nationen immer mehr ein reiner Wirtschaftskampf auf dem Weltmarkt" werde, und da, betonte Bernstein,

> "ist der grosse Colonialbesitz Englands und Frankreichs für diese Länder geradezu ein Hemmnis ihrer Entwicklung. Deutschland hat industriell Frankreich überflügelt und ist England mehr auf den Leib gerückt, – nicht *trotzdem*, sondern *weil* es keinen nennenswerten Colonialbesitz hat".[78]

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass nach Auffassung Bernsteins die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat nicht wegen, sondern trotz der Schutzzölle erfolgt sei. Für Bernstein bestand also bereits zur Jahrhundertwende eine Beziehung zwischen der Schutzzollpolitik und dem 'Kolonialchauvinismus' oder 'aggressiven Imperialismus'. Gerade wegen dieser von ihm erkannten Beziehung oder, mit anderen Worten, wegen seiner freihandelspolitischen Auffassungen hielt er die "angeblichen Nachteile" des kleinen Kolonialbesitzes Deutschlands zum Teil für "nur fictiv" und fuhr in konsequenter Weise fort, dass, selbst wenn daraus wirkliche Nachteile erwachsen wären, diese nicht durch die Beschaffung

---

[75] Prot. Chemnitz 1912, 421; *Bernstein*, Die englische Gefahr und das deutsche Volk, 36; 'Neue Englandhetze' und 'Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie, II'.
[76] *Bernstein*, 'Vitrix insania', 1057.
[77] *Bernstein*, England und Deutschland, Den Haag o.J. (1919), 7. S. auch *Bernstein*, Die Wahrheit über die Einkreisung Deutschlands, Berlin 1919, 31–32.
[78] Bernsteins Rezension zu *Herkner*, Arbeiterfrage, Berlin o.J., DdS I (1902), 473. Hervorh. d. Bernstein. S. auch *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 555–56 und 561.

weiterer Kolonien, sondern nur durch die "Ausbildung und Aufrechterhaltung guter Handelsbeziehungen zwischen den vorgeschrittenen Nationen", d.h. "durch consequente Weiterentwicklung des internationalen Seerechts und internationaler Handels- etc. Verträge" ausgeglichen werden könnten. Dies sei für das wirtschaftliche Gedeihen und Expandieren der entwickelten Industriestaaten "von unendlich grösserem Wert" als "der Erwerb der zwischen ihnen noch strittigen Colonien oder colonisationsfähigen Gebiete".[79] Wenn wir uns weiter erinnern, dass Bernstein den englischen Imperialismus für fortschrittlich ansah, da dieser das Gebiet des Freihandels ausdehne und dass er die Erwerbung von Kiautschou grundsätzlich guthiess, da dadurch der 'freie Handel mit und in China' gesichert werde, wäre es nicht verwunderlich gewesen, wenn Bernstein bereits zur Jahrhundertwende den im oben zitierten Brief an Nathan stehenden Satz geschrieben hätte: "Wahre Lösungen sind nur noch in der Richtung der Internationalisierung zu finden".

Die Hervorhebung des Freihandels, d.h. der gegenseitigen Abhängigkeit und der Gemeinsamkeit der Interessen der 'Kulturvölker' verhinderte, dass Bernstein je zum 'Kolonialchauvinisten' und Förderer der deutschen 'Weltpolitik" geworden wäre. Bereits zur Jahrhundertwende sah er eine enge Verbindung zwischen Schutzzollpolitik, 'Kolonialchauvinismus' sowie dem Wettrüsten: "Der Marinechauvinismus" stehe "mit dem Kolonialchauvinismus in enger Verbindung", was am ehesten "eine grundsätzliche Bekämpfung der Kolonialpolitik" rechtfertige.[80] Der Unterschied zu seiner Einschätzung dieses Umstandes nach 1910 bestand lediglich darin, dass er diese Verbindung noch nicht als 'innerlich' bezeichnete. Nachdem er die "fieberhaften Rüstungen zur See" in Verbindung gestellt hatte zum Wettbewerb um die Kolonien, betonte er im selben Zusammenhang, dass für die Kolonien selbst diese "enormen Verschleuderungen von Material und Arbeit durchaus nicht" erforderlich seien. Man könne deshalb "den Marinechauvinismus sehr energisch bekämpfen, ohne darum notwendigerweise colonialpolitischen Nihilismus treiben zu müssen".[81] Mit 'colonialpolitischem Nihilismus' war hier die grundsätzlich negative Einstellung zur Kolonialpolitik an sich gemeint. Bernstein selbst wurde jedoch ebenfalls zum bedingungslosen 'kolonialpolitischen Nihilisten', wenn es um die An-

---

[79] *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 561–62. Mit anderen Worten: "Auf eine erschlaffende handelspolitische Protectionswirtschaft lässt sich keine weitausgreifende Colonialpolitik mit der Wirkung aufpfropfen, dass ein gesundes Gebilde daraus hervorgeht", ib., 556.

[80] *Bernstein*, Voraussetzungen, 149.

[81] *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 560–61. Ebenso *Bernstein*, Voraussetzungen, 149. S. auch oben, 157–59.

nektierung von Kolonien anderer Staaten ging. "Pflicht und Selbstinteresse" der Sozialdemokratie sei es, "um jeden Preis" einen "Colonialkrieg zwischen vorgeschrittenen Nationen" zu verhindern.[82]

Da sich der Blickwinkel oder das Prinzip, aufgrund dessen Bernstein die Wirklichkeit betrachtete und die Aufgaben der Sozialdemokratie bestimmte, in den Jahren 1900–14 nicht änderte, können wir auch für sein politisches Denken keine qualitative Änderung annehmen. Eine Änderung ist lediglich bei dem festzustellen, was er von seinem unveränderten Standpunkt aus erblickte: die immer engere und schliesslich 'innere' Verbindung von Schutzzollpolitik, 'Kolonialchauvinismus' und Wettrüsten.[83] Nichts deutet darauf hin, dass Bernstein seine Grundauffassung der Kolonialpolitik, d.h. der Expansion des Kapitalismus, die er im Herbst 1907 wie folgt formulierte, geändert hätte:

> "Die Expansion der kapitalistischen Wirtschaft vollzieht sich, ob wir es wollen oder nicht, ob wir Resolutionen für oder gegen sie fassen. Den *Vorgang* können wir nicht verhindern, wohl aber können wir die *Formen* und *Methoden* im Sinne unserer humanitären Grundsätze beeinflussen, und zwar dort am wirksamsten, wo an die Stelle der Freibeutergesellschaften die Staaten getreten sind."[84]

Auf dieser Unterscheidung zwischen 'Vorgang' und 'Methoden' gründete u.a. seine sehr kritische Einstellung zum tripolitanischen Feldzug Italiens im Herbst 1911. Die türkische Administration habe sich als verfault und unfähig zur Entwicklung erwiesen. Somit eigne sich Italien – "geographically much nearer, less hampered by national jealousies at home, and disposing of larger means of administration" – besser als die Türkei für die Herrschaft über dieses Gebiet. "But", fuhr Bernstein fort,

---

[82] *Bernstein,* 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 561–62. Da die "Culturnationen" formell oder de facto die Welt bereits unter sich aufgeteilt hätten, sei "eigentlich" nur noch eine "Übertragung der Herrschafts- und Schutzherrschaftstitel von Culturnation auf Culturnation" möglich. Dies müsse jedoch unbedingt "auf friedlichem Wege" geschehen, ib., 560. Deutschland habe, wie Bernstein 1919 betonte, in den Jahren 1912–14 eine gute Chance dazu gehabt, *Bernstein,* Die Wahrheit über die Einkreisung Deutschlands, 31–33. Über die deutsch-englischen kolonialpolitischen Verhandlungen, s. *Kennedy,* Antagonism, 410–15.

[83] Dies ist nun offenbar auch die Auffassung Fletchers, da er feststellt, dass Bernstein diese Verbindung "bereits" 1907 (nach meiner Auffassung jedoch bereits zur Jahrhundertwende) gesehen habe, sie jedoch erst nach 1911 begonnen habe, "ernst" zu nehmen, *Fletcher,* Revisionism and Empire, 161. Früher hat Fletcher hingegen vermutet, dass Bernstein seine Haltung in dieser Frage 1911 "quite radically" geändert habe, so radikal sogar, dass man es als eine "volte-face" ansehen könne, *Fletcher,* 'Revisionism and Militarism', 29. S. auch *Fletcher,* 'An English Advocate in Germany', 225. Cf. *Schröder,* 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 190–205 und *Wette,* Kriegstheorien deutscher Sozialisten, 130–31.

[84] *Bernstein,* 'Kulturrecht und Kolonialfrage, II', Vorwärts Nr. 232, 4.10.1907. Hervorh. d. Bernstein.

"it is difficult to imagine a more repellent *mode of seizing a mandate* than that *chosen* by Italy under the leadership of Signor Giolitti and Count Giuliano. It recalls the worst features of European policy in the seventeenth and eighteenth centuries. It combines cynicism and hypocrisy, is at the same time brutal and mendacious, and has given birth to such an amount of jingo boasting and bragging that it is impossible not to ask for some restrictive European action".[85]

Die italienische Regierung habe also 'aggressiven Imperialismus' betrieben, und habe – um den von Bernstein zur Jahrhundertwende kreierten Terminus anzuwenden – das Prinzip des 'höheren Rechts der höheren Kultur' 'falsch' angewandt.

Diese Unterscheidung zwischen 'Vorgang' und 'Methoden' war ein durchgehender Zug in der Argumentation Bernsteins in den Jahren 1900–14. Im Jahre 1900 verglich er die weltpolitischen Resolutionen des Pariser Kongresses der Zweiten Internationale und des Mainzer Parteitages der SPD miteinander. Zwischen ihnen bestehe ein "gewaltiger Unterschied". In der Resolution des Pariser Kongresses werde die Kolonial- und Weltpolitik "ganz generell" verurteilt, und nicht bloss "bestimmte Formen und Methoden" und "bestimmte Arten und Auswüchse". Die Resolution des Mainzer Parteitages habe jedoch nur "bestimmte Erscheinungen der modernen colonialpolitischen Entwickelung" verurteilt, während "das generelle, von den verurteilten Motiven unabhängige Ziel derselben, die Steigerung und Ausbildung der Cultur- und Verkehrsbeziehungen" anerkannt werde.[86] Gerade in diesem Sinn hiess Bernstein, wie wir zuvor gesehen haben, die antiimperialistische Resolution des Chemnitzer Parteitages von 1912 gut: darin werde 'eine ganz bestimmte Art von Imperialismus', d.h. 'ganz bestimmte imperialistische Tendenzen' verurteilt. Bernstein wollte damit zum Ausdruck bringen, dass er nicht den Imperialismus, die Expansion des Kapitalismus oder die Ausdehnung der 'höheren Kultur' an sich verurteilte, sondern nach wie vor nur bestimmte 'Formen' und 'Methoden'. Diese 'Formen' und 'Methoden' charakterisierte er in den Jahren 1900–17 als "chauvinistischen Imperialismus" (1900), "zollpolitischen Imperialismus" (1908), "Expansions-Imperialismus" (1904), "political imperialism" (1908), "aggressiven Imperialismus" (1911 und 1912), "Bonapartist Imperialism" (1913), "l'impérialisme économique" oder "protec-

[85] *Bernstein*, 'Social insanity', 93. Hervorh. durch d. Verf. S. auch *Bernstein*, 'Politische Schwarzmalerei', 542 und Reichstagsrede vom 14.4.1913, St.Ber., XIII. Leg., 1. Sess., Bd. 289, 4734.
[86] *Bernstein*, 'Paris und Mainz', 710–12.

tionniste" (1916) und "monopolsüchtigen Imperialismus" (1917).[87] Diese Ausdrücke implizierten die Auffassung, dass das Kolonialsystem an sich nicht verurteilt werden dürfe, da es allen 'Kulturvölkern', und besonders jenen, die über keine eigenen Kolonien verfügten, zugute komme. "Die Bereicherung der Welt durch die Kolonisierung" komme "durch allerhand Kanäle auch den Ländern zugute, die selbst nicht kolonisieren", betonte Bernstein im Jahre 1919. Durch die Einsparung der aus dem Kolonialbesitz entstehenden direkten und indirekten Kosten könnten die Länder ohne Kolonien ihre "geistigen Energien" auf die Entwicklung von Wissenschaft, Kunst, Industrie und Handel konzentrieren.[88]

Die Konstatierung der ökonomischen Bürde der Kolonien war also nicht als Stellungnahme gegen die Kolonisierung und die damit verbundenen Unterdrückungsmechanismen gedacht. Da Bernstein seine Tätigkeit zugunsten des Freihandels als 'antiimperialistisch' auffasste, war – paradoxerweise – auch die Argumentation zugunsten eines für alle 'Kulturvölker' offenen Kolonialsystems 'antiimperialistisch'. Während der Marokkokrise im Herbst 1911 suchte Bernstein aufzuzeigen, dass es sich für Deutschland nicht lohne, um das Besitzrecht der marokkanischen Gebiete zu streiten. Vom Klima her eigneten sie sich nicht als deutsche Siedlungskolonien; "es kann sich dort nur um kapitalistische Unternehmungen von Europäern handeln, bei denen Afrikaner als Arbeiter beschäftigt werden". Dieses Recht werde den Deutschen jedoch wie den Engländern und Franzosen durch den bereits 1906 abgeschlossenen Algericas-Vertrag eingeräumt,[89] und auch in England und seinen Kolonien fände Deutschland 'offene Türen'. Nach Bernstein konnte die Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes den Wert des "friedlichen Austausches" mit Grossbritannien und seinen Kolonien nie aufwiegen. Selbst wenn Deutschland Marokko geschenkt erhalten hätte, wäre es dem deutschen Volk "leicht zu teuer" geworden. Mit den kriegerischen Stämmen des Gebietes sei "noch kein Regierer fertig geworden". Die Unterwerfung der Eingeborenenbevölkerung würde somit vom deutschen Volk "nicht nur sehr viel Geld, sondern auch Blut, sehr viel Blut erfordern". Im Vergleich dazu seien die Erfahrungen mit den Hereros in Deutsch-Südwestafrika ein "Kinderspiel" gewesen.[90]

---

[87] *Bernstein*, 'Die englische Demokratie, die Jingoes und die liberale Partei'; 'Die britischen Arbeiter und der zollpolitische Imperialismus', 113 und 138; Bernsteins Antwort an Georg Bernhard, NMbl Nr. 20, 12.9.1904; 'Germany and England'; 'Das Finanzkapital und die Handelspolitik', 954; 'Vom Parlament und vom Parlamentarismus', 651; 'Almighty, all-devouring militarism', 16; L'impérialisme économique et la *Sozialdemokratie'*, 13–15, 17, 19 und 26–27 sowie Sozialdemokratische Völkerpolitik, 114.
[88] *Bernstein*, England und Deutschland, 8.
[89] *Bernstein*, 'Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie, II'.
[90] *Bernstein*, 'Neue Englandhetze'.

Die von Bernstein im Vorbeigehen und als Selbstverständlichkeit hingeworfene Bemerkung von der Arbeitsteilung der europäischen Kapitalisten und der afrikanischen Arbeiter in Marokko lässt erkennen, dass ihm das Recht der 'höheren Kultur' zur Unterdrückung der 'niederen Kultur' nach wie vor eine Selbstverständlichkeit war. Von dieser Prämisse gingen auch die von Bernstein im Sommer 1915 verfassten *Leitsätze zur Frage der Kriegsziele und der Agitation für Annexionen* aus. Bei deren Abfassung war Bernstein, wie immer, vom Gedanken "beseelt" worden, "eine Rechtsforderung" zur formuliern, die "den Ansprüchen der Demokratie" in bezug auf u.a. "den Schutz der Völker gegen gewaltsame Einordnung in fremde Staatswesen nach Möglichkeit gerecht" würde.[91] Diese 'Rechtsforderung' umfasste jedoch nach wie vor kein Recht der Kolonialvölker zur Inanspruchnahme des in den *Leitsätzen* angeführten "obersten Grundsatzes der Völkerbeziehungen", d.h. "das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker". Die Auffassung der Sozialdemokraten, wonach es "kein Recht der Eroberung von Nation gegenüber Nation" gebe, fand somit auf die Kolonialvölker keine Anwendung. Dies ist daraus ersichtlich, dass Bernstein eine der Friedensgarantien in der "Festsetzung des Grundsatzes der offenen Tür für alle Kolonien, Schutzgebiete und sonstige unter dem Einfluss europäischer Staaten stehenden Gebiete" sah. Ausserdem dürften Gebietsveränderungen ausserhalb Europa nur unter Bedingungen erfolgen, "welche die eingeborene Bevölkerung gegen rechtliche und materielle Verschlechterung ihrer Lage" sicherstellten. Lediglich "Völker europäischer Kultur" besässen das Recht, sich von der Fremdherrschaft zu befreien.[92] Bernstein sah also in einer Kolonie nach wie vor nur ein 'Gebiet', das keine Nation und kein Volk, sondern eine 'eingeborene Bevölkerung' beherbergte. Damit stand nicht im Widerspruch, dass Bernstein in den Jahren 1912—13 an das "Erwachen der Völker in Asien" erinnerte und forderte, man müsse sich hüten "gewisse Dinge chinesisch zu nennen". Es ging dabei nicht um eine positivere Einstellung zu den Kolonialvölkern, sondern um ein Argument gegen die Eroberungspolitik, den "aggressiven Imperialismus", d.h. um eine Berufung auf "den friedlichen Verkehr und Austausch der Nationen".[93] Dasselbe trifft für die negativere

---

[91] *Bernstein,* 'Ein Beitrag zum kommenden Friedenskongress', Sozialistische Auslandspolitik 42/1918, 8.

[92] Die Reichstagfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918 Zweiter Teil, 62—63. S. auch *Bernstein,* Völkerbund oder Staatenbund, 26. Cf. *Schröder,* 'Bernsteins Stellung zum Imperialismus', 174, Anm 33.

[93] Bernsteins Reden im Reichstag am 14.5.1912 und 14.4.1913, St.Ber., XIII. Leg., 1. Sess., Bd. 285, 1995 und Bd. 289, 4737. Desgleichen *Bernstein,* 'Vitrix insania', 1057. Früher hatte sich auch Bernstein abschätzig über die chinesische Kultur geäussert und 'chinesisch' in seiner Argumentation im negativen Sinne verwendet. Im Jahre 1900 schrieb er beispielsweise,

Einstellung Bernsteins zur Einschränkung der Einwanderung von Arbeitern aus "wirtschaftlich rückständigen Ländern" zu. Die zunehmenden Bestrebungen zur Einschränkung fasste er als Teil des nationalen Fanatismus auf, mit dem die Eroberungspolitik vorbereitet werden sollte.[94] Die von Bernstein in diesem Zusammenhang gemachten positiveren Aussagen über die 'rückständigen Völker' *gründeten* nicht auf einer positiveren Einstellung gegenüber diesen Völkern, sondern auf einer klareren Auffassung von den Gefahren des nationalen Fanatismus für die 'Solidarität der Kulturvölker'.

Ohne auf seine kolonialpolitischen Prinzipien zu verzichten, hörte Bernstein jedoch auf, diese zu verkünden. Die auffallendste Wandlung in den kolonialpolitischen Auffassungen Bernsteins lässt sich nicht in dem, was er sagte, sondern in dem, was er ungesagt liess, feststellen. Vom Jahre 1907 an verfasste er keine programmatischen Artikel zur Kolonialpolitik mehr. Noch im Herbst 1907 klagte er darüber, dass die Partei über kein "systematisch aufgebautes umfassendes Programm von Grundsätzen einer Kolonialpolitik, die unseren sozialistischen Anschauungen entspricht" verfüge.[95] Gleichzeitig kündete er auch an, ein solches Programm ausschaffen zu wollen und zwar in der Form einer Schrift zur Kolonialpolitik, in der er das "doktrinäre Zeug" und die "unglaublich schwache" Argumentation Kautskys widerlegen wollte.[96] Er verzichtete jedoch darauf. Warum?

Die natürlichste und einfachste Erklärung könnte sein, dass ein kolonialpolitisches Programm dieser Art binnen kurzem unnötig werden würde,

---

dass die chinesische Kultur im Vergleich zur europäischen Kultur "minderwertig" sei. Obschon nicht "absolut stationär", sei sie doch an der europäischen Kultur gemessen "passiv", wie ja auch die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der Chinesen "in der Neuzeit auf wesentlich *passiven* Eigenschaften beruhen: Gefügigkeit, List, Nachahmung, Beharrlichkeit vermöge der Macht der *Zahl*". So verspottete Bernstein die auf der handelspolitischen Rentabilität beruhende Kolonialkritik seiner Partei als "chinesische Rechnungsweise", *Bernstein*, 'Der Socialismus und die Colonialfrage', 554 und 556. Hervorh. d. Bernstein. Im Jahre 1904 bemerkte Bernstein, dass die konsequente Anwendung der protektionistischen Prinzipien "to a Chinese state of civilization" führen werde, *Bernstein*, 'German professors and protectionism', 25. – Bernsteins Aufforderung zum Verzicht auf diese verletzenden Charakterisierungen beruhte ganz einfach auf der Anerkennung einer 'Tatsache', d.h. der chinesischen Revolution von 1912, die erkennen liess, dass die chinesische Kultur nicht so 'stationär' war wie angenommen.

94 *Bernstein*, 'Geburtenrückgang, Nationalität und Kultur', 1495–97. "Kulis sind Menschen und keine Waren", bemerkte Bernstein 1901, und es sei deshalb "kein Verstoss gegen die Verkehrsfreiheit in Gütern, der Einfuhr von Menschen, die als Halbsclaven verwendet werden sollen, nötigenfalls durch Gesetze entgegenzuwirken", *Bernstein*, 'Zum Kampf gegen die Zollschraube', 693. Im Jahre 1911 hiess er hingegen "sozialpolitische" Massnahmen "gegen die spekulative Masseneinfuhr von Menschen" gut, nicht jedoch "generelle Einwanderungsverbote", *Bernstein*, 'Zollfreier internationaler Verkehr', 831.

95 *Bernstein*, 'Kulturrecht und Kolonialfrage, II'.

96 Bernstein an Bloch 20.9.1907, BA R 117/2.

bzw. schon geworden war. Die SPD hatte im Gefolge ihrer Walhlniederlage von 1907 begonnen, von ihrer negativen Einstellung zur Kolonialpolitik abzurücken. Dies bedeutete jedoch lediglich, dass erst ein – nicht einmal zentraler – Teil von Bernsteins kolonialpolitischem Programm seiner Verwirklichung näherrückte. Wie wir uns erinnern, waren die kolonialpolitischen Texte Bernsteins politische Texte, d.h. Versuche, der Parteipraxis einen reformistischen Sinn und eine reformistische Richtung zu geben. Auch hier trat die von Bernstein erhoffte Wende zum Besseren ein: der Reformismus konnte seine Stellung in der Partei ständig ausbauen. Aber die Aufgabe der 'negativen' Kolonialkritik und das Vordringen des Reformismus stellten langsam ablaufende Prozesse dar. Bernsteins Verzicht auf die Propagierung seines kolonialpolitischen Programmes geschah jedoch nicht allmählich, sondern plötzlich im Jahre 1907. Ausserdem wandelte sich die Kolonialkritik der SPD nicht im dem von Bernstein gewünschten und verlangten Sinne eindeutig zur Waffe der demokratischen Kritik am Regierungssystem des Kaiserreiches. Da Bernstein seine kolonialpolitischen Prinzipien nicht über Bord geworfen hatte, müssen wir unsere Fragestellung präzisieren: was *hinderte* ihn an deren Propagierung?

Im Jahre 1907, als die 'Einkreisung' Deutschlands immer vollständiger wurde, spitzten sich auch die deutsch-englischen Beziehungen zu. Dies war für Bernstein umso mehr ein Grund zur Besorgnis, als die Wahlen des gleichen Jahres gezeigt hatten, dass die Prinzipien des Freihandels und damit auch der Friedenspolitik von den Liberalen aufgegeben worden waren. Die Propagierung des Friedens und besonders die Pflege der deutsch-englischen Beziehungen wurde so zur alleinigen Aufgabe der Sozialdemokraten. Die Friedensarbeit stiess jedoch auf immer grössere Schwierigkeiten, da die SM die Wahlniederlage zum Anlass nahmen, die Sozialdemokraten immer energischer zur Pflege der 'deutschen Interessen' aufzufordern. Bernstein sah darin ein gefährliches und verantwortungsloses Schüren der deutsch-englischen Gegensätze, womit er auch die impliziten und expliziten Forderungen der kolonialpolitischen Experten der SM zur Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes meinte. Gerade im Jahre 1907 machte Bernstein, wenn auch noch verharmlosend, auf die von Seiten der SM drohende Gefahr aufmerksam: die Zahl der deutschen Sozialisten, die die Flottenrüstung unterstützten, sei "very small, and their influence in this question equal to *nil* in the party".[97] Diese Feststellung lässt jedoch erkennen, dass Bernstein die Gefährlichkeit der antienglischen Propaganda der SM bereits in Rechnung stellte. Falls der Einfluss der SM nach der Meinung Bernsteins wirklich 'equal to nil' gewesen wäre, hätte er diese

[97] *Bernstein*, 'Germany and the limitation of armaments', 224. Hervorh. d. Bernstein.

Feststellung gar nicht gemacht. Vier Jahre später zeigte er sich schon wesentlich besorgter über die Auswirkungen der antienglischen Propaganda der SM: diese Gruppierung sei nicht mehr 'very small', sondern bereits "small" und ihr Einfluss grösser und gefährlicher als früher.[98]

Vieles in der Argumentation der kolonialpolitischen Experten der SM, wie z.B. die Auffassung von der Kolonisation als Verbreitung der 'höheren Kultur'[99] und die Unterscheidung zwischen 'Vorgang' und 'Methoden'[100] wurde von Bernstein prinzipiell gutgeheissen. Schippel verwendete sogar in der Art Bernsteins die englische Kolonialpolitik als Beispiel für die Möglichkeiten einer fortschrittlichen Kolonialpolitik. Die entwickelte Demokratie der selbstverwalteten Kolonien Englands und deren "arbeiterdemokratische Sozialpolitik" hätten "anfeuernd und fortschrittsfördernd auf das Mutterland" zurückgewirkt und damit die Grundlosigkeit der in Deutschland "noch immer so gern gehörten Bierbankjeremiade" aufgezeigt, wonach die Kolonialpolitik "jederzeit nichts als politisch-wirtschaftliche Knechtung der Volksmassen und Diktatur der Nilpferdpeitsche" sei. Ausserdem habe England in seinen eigentlichen Kolonien, "in der wirklichen Beherrschung weniger zivilisierter Völker", Produktion, Verkehr und "Allgemeinkultur" gehoben, was "sicherlich um das Mehrfache" alles das überrage, "was die betroffenen Völkerschaften und Rassen aus eigenem Antrieb und Können jemals im gleichen Zeitraum selber errungen haben würden".[101]

Bernstein hatte diese Auffassungen nicht aufgegeben, verzichtete jedoch auf deren Propagierung. Dies war darauf zurückzuführen, dass im damaligen innen- und aussenpolitischen Kontext, im sich verdichtenden Klima der 'Einkreisung', die grundsätzliche Verteidigung der Kolonialpolitik, nicht nur derjenigen Deutschlands, in der Praxis zwangsläufig die Vergiftung der deutsch-englischen Beziehungen, d.h. 'Englandhetze' und 'Chauvinismus' bedeutete, die Bernstein mit allen Kräften bekämpfte. Diese Auslegung wird von der Feststellung Bernsteins über den Zusammenhang zwischen Flottenrüstung und Kolonialpolitik bestätigt:

---

[98] *Bernstein,* 'Breakers ahead!', 804.
[99] So bes. *Hildebrand,* 'Was ist Kolonisation?', SM 13, I, 1909, 36; 'Vorfragen der Kolonisation', ib., 355–56; 'Kolonisation und Kultur', SM 14, I, 1910, 298 und 'Die deutschen Interessen im Ausland', 1220–21 und 1225. S. auch *Quessel,* 'Aufgaben sozialdemokratischer Kolonialpolitik', 1493 und 1495–96 sowie 'Der Wert unserer Kolonien', 1129–31 und *Schippel,* 'Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag', 1275–76 und 'Textilarbeiter und koloniale Rohstoffversorgung', SM 20, II, 1914, 957–61.
[100] Z.B. *Hildebrand,* 'Kolonisation und Kultur', 298; *Quessel,* 'Auf dem Weg zum Weltreich', 656–57; *Schippel,* 'Marxismus und koloniale Eingeborenenfrage', 280–81 und 'Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag', 1275.
[101] *Schippel,* 'Britisches Weltreich und Reichsgedenktag', SM 16, II, 1912, 644.

"Auch da erzeugt ein Chauvinismus den anderen, und dieser enge Zusammenhang ist es auch, der selbst demjenigen in unseren Reihen, der der Kolonialpolitik sonst vielleicht sympatischer gegenüberstehen würde, es heute geradezu unmöglich macht, für die Kolonien einzutreten, abgesehen von anderen Fragen, wie die Behandlung der Eingeborenen usw."[102]

Bernstein, diese "offenste Seele der Welt" (Vollmar) verzichtete unter dem Druck der Umstände auf die Propagierung seiner kolonialpolitischen Ansichten und stellte diese Umstände in seiner Tätigkeit stärker als bis anhin in Rechnung. Er vermochte also abzuschätzen, was zur Verwirklichung eines bestimmten politischen Zieles vorteilhaft war und was nicht. Die herkömmliche Auffassung von Bernstein als einem 'völlig unfähigen Politiker' sollte also revidiert werden.

Das Freihandelprinzip bestimmte in den Jahren 1900–14 immer deutlicher und fester das Denken und Handeln Bernsteins. Zur Jahrhundertwende lehnte er Naumanns 'demokratischen Imperialismus' eindeutig ab. 1908 wiederholte er seine Kritik mit den gleichen Worten[103] und begnügte sich vier Jahre später damit, mit einem Zitat aus seinem Artikel *Socialdemokratie und Imperialismus* vom Jahre 1900 zu belegen, dass er bereits zur Jahrhundertwende "sehr entschieden" den Imperialismus Naumanns bekämpft habe.[104] Seine Versieherung, dass jener Artikel "keinen Satz" enthalte, den er "nicht auch heute unterschreiben" könne,[105] traf zu. Er widersetzte sich der 'Weltpolitik' Deutschlands in den Jahren nach 1910 aus den gleichen Gründen und ebenso energisch wie zur Jahrhundertwende. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist seine Einstellung zur Wehr- und Deckungsvorlagen im Jahre 1913. Die SPD stimmte nach einer erregten Debatte in der Fraktion für die Deckungsvorlage. Gemäss der 'offiziellen' Erklärung der Partei stellte dies zwar nur eine Stellungnahme zugunsten der direkten Steuern dar. Die Wehrvorlage wäre ohnehin bewilligt worden, auch wenn die SPD dagegen gestimmt hätte. Durch ihre Befürwortung der Deckungsvorlage habe sich der Partei die Möglichkeit eröffnet, auf die Deckung eines Teils der Kosten durch direkte Steuern hinzuarbeiten. Als führender Theoretiker der Partei hatte Kautsky die offenbar unwillkommene Aufgabe, das alte und erprobte Schlagwort "diesem System keinen Mann und keinen Groschen" in die Form "diesem System keinen Gro-

---

102 Bernstein im Reichstag 14.5.1912, St.Ber., XIII. Leg., 1. Sess., Bd. 285, 1995.
103 *Bernstein*, 'The two heads of the Freisinn', 185–86. S. auch *Bernstein*, 'The character of William II.', The Nation II, 16.11.1907, 233–34.
104 *Bernstein*, 'Politische Schwarzmalerei', 540.
105 Ib.

schen, am allerwenigsten aber Arbeitergroschen" zu verwässern.[106] Bernstein war nicht an solche Verpflichtungen gebunden. Er konnte seine eigene, von den übrigen Revisionisten abweichende Linie verfolgen und in der Fraktion gegen die Deckungsvorlage stimmen.[107]

Im Gleichschritt mit der Festigung seiner freihändlerischen Überzeugung nahm auch die politische Tätigkeit Bernsteins immer konsequentere Züge an, d.h. sie war für seine Zeitgenossen voraussagbarer geworden.[108] Indem er so immer unnachgiebiger für die Demokratie Stellung bezog, verhielt er sich auch immer kritischer zum Regierungssystem des Deutschen Kaiserreiches. Er konnte in Deutschland weder de jure noch de facto eine Entwicklung hin zum Parlamentarismus entdecken. Den Kanzlerwechsel von Bülow zu Bethmann Hollweg im Jahre 1909 bezeichnete er als "a shuffle, and nothing else"[109] und das 'Misstrauensvotum', das der Regierung aufgrund des Zabern-Zwischenfalles Ende 1913 ausgesprochen wurde, karikierte er als "sogenanntes Misstrauensvotum". Zu einem echten parlamentarischen Misstrauensvotum gehöre der Wille den oder die betreffenden Minister zu stürzen, was jedoch bei weitem nicht für alle zutreffe, die für das 'Misstrauensvotum' stimmten. Das 'Misstrauensvotum' sei vielmehr ein Ausdruck des in Deutschland herrschenden Antiparlamentarismus: "Unmittelbar nach der Abstimmung sagte ein Ausländer zu einem Reichstagsabgeordneten (Bernstein?): 'Wenn Deutschland parlamentarisch regiert würde, müsste Herr von Bethmann Hollweg jetzt gehen'. Er erhielt von diesem die Antwort: 'Mein Herr, wenn Deutschland parlamentarisch regiert würde, hätten wir dieses Votum nicht gehabt' ". Es handle sich somit leider nicht um einen "Sieg des Volksrechts über den

---

[106] *Kautsky*, 'Der Parteitag', NZ 31, II, 1912–13, 1006. Cf. dazu z.B. *Groh*, Negative Integration, 434–54; *Moring*, 169–72 und *Schorske*, 265–67 und 277–78.

[107] *Bernstein*, 'Entwicklungsgang eines Sozialisten', 43–44. S. auch *Bernstein*, 'The German army bill and the taxes', 567–69; 'The milestone of the Jena congress', The Nation XIII, 27.9.1913, 949; 'Von Dresden nach Jena', SM 19, III, 1261–63; 'The nemesis of force', The Nation XIV, 1.11.1913, 210–11 und Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie, Berlin 1914, 31–36 und 39–40.

[108] Dies bedeutet nicht, dass Bernsteins Tätigkeit und Denken völlig konsequent gewesen wäre. Dennoch kann Roger Fletcher nicht beigepflichtet werden, der seine Auffassung über das aussenpolitische Denken Bernsteins wie folgt zusammenfasst: "The endproduct was confusion and contradiction", *Fletcher*, Revisionism and Empire, 181. Ähnlich auch *Wette*, 144. Fletcher gelangt zu dieser Auffassung vor allem deswegen, da er Bernsteins Texte als Sammlung der aufgenommenen Einflüsse ansieht und aufgrund seiner Belesenheit auch zahlreiche Einflüsse entdeckt hat, s. ib., 128–32; 145–66 und 180–81. In der Sicht Fletchers war also Bernstein nur insofern konsequent, als sein Denken konsequent widersprüchliche Ideen und Ideenströmungen widerspiegelte.

[109] *Bernstein*, 'The new chancellor and the old game', The Nation V, 24.7.1909, 602. S. auch *Bernstein*, 'The meaning of the Bülow crisis', ib., 3.7.1909, 492 sowie 'The electoral policy of German Social Democracy', ib. VI, 11.12.1909, 456.

Militarismus", wie dies im Ausland "die aufrichtigen Freunde der Freiheit und des Friedens der Nationen" gewünscht und gehofft hätten.[110]

Für Bernstein war der Freihandel sozialistisch und der Sozialismus freihändlerisch. Die Freihandelslehre war für ihn dasselbe, wie die Imperialismustheorie für die Linken, ein Prinzip zur Interpretation und Änderung der Welt. Für und bei Bernstein bedeutete die Verbindung von Freihandel und Sozialismus auch die Verbindung zwischen Sozialismus und Vertragsidee: das Wirken für den Freihandel und gegen den 'aggressiven Imperialismus' war zugleich ein Wirken für die Verwirklichung der Vertragsidee. Als er sagte, dass "der zollfreie Verkehr zwischen den Nationen" mehr als je zu einem "Banner des Fortschritts" werde, präzisierte er sogleich, was dies bedeute: "überall gewinnt die *Vertragsidee* im Streit mit den überlieferten Kriegstendenzen an Boden".[111] Bernstein betonte gegenüber seinen Parteigenossen zur Rechten wie zur Linken, dass die "Kulturwelt" in eine neue "Epoche" eingetreten sei, "in die Epoche immer stärker sich geltend machenden internationalen Rechts". Es gehe um den "Übergang zur Epoche der *Alleinherrschaft des Vertrags* im Bereich der Kulturwelt".[112] Die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit der 'Kulturvölker' führe mit anderen Worten zur "Vergesellschaftung der Menschheit" und damit unvermeidlich zur Entstehung eines "Weltrechts".[113] Die Entwicklung des internationalen Vertragssystemes stelle zugleich die Bestätigung der "Internationalität" der Sozialdemokratie,[114] d.h. einen Schritt in Richtung Sozialismus dar.

---

[110] *Bernstein,* 'Die innere Politik des Reichs am Jahresbeginn', SM 20, I, 1914, 12 und 16. S. auch *Bernstein,* 'The meaning of the Strassburg verdict', 671–73 und 'The German chancellor's reply, and after', 744–45. – Anlässlich einer Demonstration in Zabern (Elsass–Lothringen) liess der Kommandeur des dort stationierten Infanterieregimentes 28 Demonstranten verhaften, obschon dieses Recht nur der örtlichen Zivilverwaltung zugestanden hätte. Der Kommandeur wurde jedoch vom Kriegsgericht von der Anklage der Freiheitsberaubung freigesprochen, was den Reichstag veranlasste, zum ersten Mal von seinem Interpellationsrecht Gebrauch zu machen und der Regierung am 4.12.1913 seine Missbilligung ihres Verhaltens auszusprechen, *Born* 'Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg', 367–68. Näheres zum Zaberner Zwischenfall bei *Schönbaum,* Zabern 1913. – Zur wissenschaftlichen Diskussion über die parlamentarische Entwicklung des Zweiten Deutschen Kaiserreiches s. z.B. *Langewiesche,* 'Das Deutsche Kaiserreich – Bemerkungen zur Diskussion über Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands'; *Rauh,* Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, 7–14 und 147–202; *Ritter,* 'Entwicklungsprobleme des deutschen Parlamentarismus'; id., Die deutschen Parteien 1830–1914, 85–90 und *Schmidt,* 'Parlamentarisierung oder "Präventive Konterrevolution"?'.

[111] *Bernstein,* 'Das Finanzkapital und die Handelspolitik', 955. Hervorh. d. Bernstein.

[112] *Bernstein,* 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie', 623. Hervorh. durch d. Verf.

[113] Bernsteins Vortrag, 'Die Alternativen des Imperialismus', Arbeiter-Zeitung, 15.11.1912. Auf der Zunahme der gegenseitigen Abhängigkeit der 'Kulturvölker' oder dem "Aneinanderrücken der Völker" fusste auch der "weltbürgerliche Patriotismus", *Bernstein,* Die Aufgaben der Juden im Weltkriege, Berlin 1917, 46–49.

[114] *Bernstein,* 'Der Klassenkampf und der Fortschritt der Kultur', 1168. Desgleichen *Bernstein,* Völkerrecht und Völkerpolitik, 186 sowie Völkerbund oder Staatenbund, 27.

Aus dieser von Bernstein erkannten inneren Verbindung von Freihandel und Vertragsidee folgte, dass sich die Sozialdemokraten die Verwirklichung beider zum Ziele zu setzen hatten. Das "Interesse der Arbeiterklasse" verlange neben der "Niederreissung der nationalen Zollmauern"[115] auch "den radikalen Bruch mit der Politik der Verhetzung und rückhaltloses Eintreten für *Ausbildung und Durchführug internationaler Verträge*".[116] Die Tatsache, dass Bernstein von einer inneren Verbindung von Freihandel und Vertragsidee ausging, wird auch daraus ersichtlich, dass er betonte, die Geringschätzung *sowohl* des Freihandels *als auch* der Vertragsidee, von einer Ablehnung ganz zu schweigen, münde de facto unvermeidlich in eine Unterstützung des 'aggressiven Imperialismus' aus.[117]

Bernsteins Verurteilung der 'Weltpolitik' Deutschlands gründete ebenfalls auf dieser Auffassung von einer inneren Verbindung zwischen Freihandel und Vertragsidee, d.h. vom gegenseitigen Vertrauen aufgrund gemeinsamer Interessen. Die deutsche 'Weltpolitik' gehe von der falschen und zeitwidrigen Auffassung aus, dass die Interessen der 'Kulturvölker' unvereinbar seien und dass sich Deutschlands 'Platz an der Sonne' nur auf Kosten der übrigen 'Kulturvölker', besonders Englands, erobern lasse. Der englische Imperialismus war für Bernstein also 'doppelt' so fortschrittlich wie der deutsche: indem er das Gebiet des Freihandels erweitere, verwirkliche er gleichzeitig die Vertragsidee.

Als Bernstein für die Vertragsidee argumentierte, trug er damit auch seine Wirklichkeitsauffassung vor. Die Verwirklichung der Vertragsidee war für ihn ein 'Gesetz' der inneren und äusseren Entwicklung der 'Kulturvölker', eine objektive Notwendigkeit, deren Verwirklichung die Sozialdemokraten beschleunigen sollten. Die Vertragsidee stellte also für Bernstein keine für die Argumentation erforderliche theoretische Hypothese, sondern – wie 'das höhere Recht der höheren Kultur' auf dem Bereich der Kolonialpolitik – ein sowohl innerhalb der 'Kulturvölker' wie auch in deren gegenseitigen Beziehungen real wirkendes Prinzip dar.[118] Innerhalb

---

[115] *Bernstein*, 'Das Finanzkapital und die Handelspolitik', 955.

[116] *Bernstein*, 'Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie, II'. Hervorh. d. Bernstein. S. auch *Bernstein*, 'Die internationale Politik der Sozialdemokratie', 623–24 und Sozialdemokratische Völkerpolitik, 103 und 115.

[117] *Bernstein*, 'Germany and England'; 'Das Finanzkapital und die Handelspolitik', 954 und 'Der Klassenkampf und der Fortschritt der Kultur', 1168–69.

[118] Ich möchte Tapani Turkka dafür danken, dass er mich in die Problematik der Vertragsidee eingeführt hat. – Da die Vertragsidee eine sehr zentrale Stelle im politischen Denken Bernsteins einnahm, könnten jene, die Bernsteins jüdischer Erziehung (seine Eltern gehörten der jüdischen Reformgemeinde an) einen bedeutenden Einfluss auf sein Denken beimessen, sich durch die Einschätzung Harry W. Jones über den frühesten Ausdruck der Vertragsidee in ihrer Ansicht bestätigt sehen: "To most people, at all stages of history, there is a certain self-evident rightness about *pacta sunt servanda*, the moral imperative that obligations freely

der 'Kulturvölker' sei u.a. "die ungeheure Ausdehnung des Versicherungswesens" ein Beispiel für die von der Vertragsidee vorausgesetzte Gemeinsamkeit der Interessen, d.h. für den "Gedanken der entwickelten Gemeinhaftung oder Solidarität".[119] Auch die verschiedenen Klassen der Gesellschaft hätten gemeinsame Interessen, die die Verwirklichung der Vertragsidee ermöglichten. Das Bernsteinsche Klassenbewusstsein umfasste also nicht bloss das Bewusstsein der partikulären Interessen der 'eigenen' Klasse, sondern auch das Bewusstsein der den Klassen gemeinsamen Interessen. Man müsse nur scharfsinnig genug sein, um diese gemeinsamen Interessen unter der Oberfläche der heftigen Parteikämpfe zu erkennen:

> "Eine Partei, die eine Klasse vertritt, stellt die Kampftendenzen dieser Klasse in konzentrierter oder, wenn man will, sublimierter Form dar und wird daher meist viel schärfer kämpfen als es die nicht politisch organisierte Klasse tun würde. Klassen wissen (!), dass sie lange Zeit neben einander zu existieren haben, und suchen so lange einander bloss Rechte und Vorteile abzubringen; den politischen Parteien wohnt die Tendenz inne rivalisierende Parteien vollständig zu verdrängen: sie kämpfen jedesmal am bestimmten Ort mit einander sozusagen auf Leben und Tod".[120]

Bernstein war sich natürlich bewusst, dass Verträge umgangen und gebrochen wurden. Die Entwicklung des internationalen Vertragssystems sei ein langsamer Prozess und vollziehe sich "nicht ohne gelegentliche Unterbrechung oder selbst Rückfälle", die Bernstein jedoch nicht als Gegenargument gelten lassen wollte: "Aber wenn die Tatsache, dass es Rückfälle gibt, ein Beweis gegen den Fortschritt sein soll, dann hat es nie Fortschritt gegeben und wird es nie einen geben". "Bisher", betonte Bernstein von

---

agreed to are to be honored and performed. Its oldest expression in our Western tradition is perhaps in the Hebrew conception of religious duty as stemming from a covenant between Jehovah and his people, a solemn contract, renewed each generation, by which the parties — both parties, mind you — are forever bound. When the people of Israel in the wilderness worshipped at the feet of the golden calf, they were guilty of sin, but even worse. . . they were guilty of material breach of contract discharging Jehovah from performance of his side of the holy bargain", *Jones*, 'The Jurisprudence of Contracts', 170—71. Zur Vertragsidee s. auch *Friedmann*, Law in a Changing Society, 90—125, *Siep*, 'Vertragstheorie — Ermächtigung und Kritik von Herrschaft?', sowie *Turkka*, Parlamentarismin mahdollisuudesta, 35—48.

119 *Bernstein*, Von der Sekte zur Partei, 44—45.

120 *Bernstein*, 'Der Klassenkampf und der Fortschritt der Kultur', 1167—68. S. auch *Bernstein*, 'Nach zwei Fronten'. NZ 17, II, 1898—99, 782—86 und 'Die Notwendigkeit in Natur und Geschichte', 267—69. Oder 'philosophisch-ontologisch' formuliert: "Ich bin nicht der Ansicht, dass der Kampf der Gegensätze die Triebkraft *aller* Entwicklung ist. Auch das Zusammenwirken verwandter Kräfte ist eine grosse Triebkraft der Entwicklung", *Bernstein*, 'Dialektik und Entwicklung', 333. Hervorh. d. Bernsteins. S. auch oben, 125—27 und 161—62.

seinem Standpunkt aus treffend, "hat die Entwicklung der Gesellschaft einen Weg beschrieben, der immer wieder mehr Ähnlichkeit mit einer Spirale gezeigt hat als mit einer Geraden".[121] Im Lichte dieser Ontologie falsifizierte die Umgehung oder Brechung einzelner Verträge nicht die Vertragsidee. Die Tatsache, dass einzelne Verträge umgangen würden, sei "ebensowenig" ein Argument gegen die Entwicklung des Vertragswesens "wie die Tatsache, dass Fabrikgesetze zuerst noch sehr häufig umgangen würden, seinerzeit ein Argument gegen die Schaffung von Fabrikgesetzen war".[122] In dieser Feststellung findet sich die Essenz des Bernsteinschen Sozialismus. Neben seiner Haltung zur Beziehung von Innen- und Aussenpolitik lässt sich daraus auch seine Auffassung über die Art der Verwirklichung des Sozialismus ablesen. Das Schlüsselwort ist der Vertrag und die Schlüsselauffassung die Verbindung von Vertrag und Gesetz. Man wird dabei unwillkürlich an sein 1898 vorgetragenes Gegenargument gegen die 'herkömmliche Interpretation' des Sozialismus erinnert: "In einem guten Fabrikgesetz" könne mehr Sozialismus stecken, als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken.[123] Alle Gesetze sind Verträge, und obwohl nicht alle Verträge Gesetze sind, sind sie doch 'gesetzbildende Taten': die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen erinnert insofern an die Befolgung von Gesetzen, als dass ein 'Zwang' besteht zur Befolgung von Vertragsverpflichtungen.[124] Ebensowenig wie der Verstoss gegen einzelne Gesetze die Aufhebung des Legalitätsprinzips bedeutet, bedeutet der Bruch einzelner Verträge die Aufhebung des 'legalen Zwanges' zur Befolgung von Verträgen.

Das Eindringen der Vertragsidee in das politische Denken Bernsteins lässt sich auch aus seiner Überzeugung ablesen, dass die gesellschaftliche Entwicklung 'organisch' verlaufe. So waren für ihn beispielsweise gerade die Fabrikgesetze ein Ausdruck der 'organischen' Verwirklichung des Sozialismus. Auch das Wirken für die Verwirklichung des Sozialismus müsse demnach 'organisch' sein. Die revolutionäre Gewalt sei 'unorganisch', jedoch bedeute der Verzicht darauf und die Anwendung parlamentarischer Mittel nicht die Aufgabe der Revolution an sich. Die parlamentarische Tätigkeit sei die "organisch gestaltete Revolution", d.h. die entwickelte oder "zivilisierte" Form der revolutionären Tätigkeit.[125] Ausdruck

---

[121] *Bernstein*, 'Politische Schwarzmalerei', 542.
[122] *Bernstein*, 'Der Klassenkampf und der Fortschritt der Kultur', 1168.
[123] *Bernstein*, 'Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. 2. Die Zusammenbruchs-Theorie und die Kolonialpolitik', 556. S. oben, 110–11.
[124] *Jones*, 179.
[125] *Bernstein*, 'Vom Parlament und vom Parlamentarismus', 656. S. auch *Bernstein*, 'Regierung und Sozialisten', SM 19, III, 1913, 841–43, 'Sozialisten und Regierung', ib., 1085. Cf. oben, 175–76; 199–200 und 210–12.

der selben Haltung war die Stellungnahme Bernsteins für eine Vermittlung der Lohnstreitigkeiten. Die Entwicklung eines kollektiven Tarifvertragssystems, die in Deutschland nach dem Muster Englands im Gange war, sei fortschrittlich, da sie den Lohnkämpfen einen "organischen Charakter" verleihe.[126] Ein Ausdruck der Vertragsidee kann auch in der von Bernstein betonten Auffassung vom proportionalen Zuwachs von Macht und Verantwortung gesehen werden. Eine zunehmende Verantwortung bedeutet eine zunehmende Zusammenarbeit, eine zunehmende Zusammenarbeit wiederum mehr Verträge und dies wiederum eine Zunahme der Versprechungen zur Einhaltung der Vertragsverpflichtungen. Von diesem Standpunkt aus kann die gesellschaftliche Entwicklung als eine Entwicklung in Richtung einer "promissory society", d.h. einer Gesellschaft, deren Kohäsion auf der Institution der Verträge beruht, beschrieben werden.[127]

In ähnlicher Weise hätte auch Bernstein die Entwicklung zur modernen Gesellschaft beschreiben können. Die 'promissory society' impliziert nicht nur die Vertragsfreiheit sondern auch die Gleichberechtigung der Bürger. Wie wir gesehen haben, war die allseitige Durchführung der 'Genossenschaftlichkeit' oder Gleichberechtigung für Bernstein das Endziel der sozialistischen Bewegung; für ihn bedeutete die sozialistische Gesellschaft eine Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger.[128] Es war somit nicht Zufall, sondern eine logische Folge der Verwurzelung der Vertragsidee im politischen Denken Bernsteins, dass er einmal die Linke seiner Partei als "vermittlungsfeindlich" charakterisierte.[129] Der Bernsteinsche Sozialismus war 'vermittlungsfreundlich' oder mit anderen Worten 'Vertragssozialismus'. Im Lichte dieser Interpretation ist es zwar nicht völlig falsch zu behaup-

---

[126] *Bernstein,* 'Moderne Arbeiterbewegung, Streiks und Krawalle', Vorwärts Nr. 271, 19.11.1910. Cf. oben, 160–61.
[127] "In a society like ours, people live not by birds in the hand but by promises", stellt Jones fest. Nach der Aufzählung einiger Beispiele für Versprechungen (u.a. Bankkonti und Geld), bemerkt Jones, dass die moderne Gesellschaft am treffendsten als "promissory society", d.h. als Gesellschaft "energized and bound together by the institution of contract" charakterisiert werden könne, *Jones,* 173–74. Die Entwicklung hin zur modernen Gesellschaft kann auch in der Art Sir Henry Maines als Bewegung "from Status to Contract" beschrieben werden. In der modernen Gesellschaft hingen die gesetzlichen Rechte und Pflichten des Bürgers "far less on caste or fixed social condition and far more on expectations created and obligations assumed by his contracts", Jones, 174–75. S. auch *Friedmann,* 90–94 und *Turkka,* 35–41.
[128] Cf. oben, 162–64.
[129] Nach der Bemerkung, dass es "sehr irreführend" sei, die Sozialdemokratie in zwei Flügel einzuteilen, in einen rechten und linken, in einen opportunistischen und radikalen oder in einen revisionistischen und marxistischen, fährt Bernstein fort: "Der aufmerksame Beobachter der Geisteskämpfe in der Sozialdemokratie wird vielmehr in ihr auch drei Richtungen oder Tendenzen stossen: eine intransigente, d.h. streng *vermittlungsfeindliche,* eine im wesentlichen radikale, aber *nicht unbedingt vermittlungsfeindliche* und eine *reformistische* Strömung", *Bernstein,* Von der Sekte zur Partei, 51–52. Hervorh. d. Bernstein.

ten, dass Bernstein die Verwirklichung des Sozialismus 'mit gesetzlichen Mitteln' forderte, es kann jedoch irreführend sein, da die Bernsteinsche 'Gesetzlichkeit' nicht mit der alltäglichen Bedeutung dieses Wortes übereinstimmte. Für Bernstein bedeutete 'Gesetzlichkeit' die Verwirklichung der Vertragsidee.

Als Bernstein in den Jahren 1900–14 zu einem immer unnachgiebigeren und konsequenteren Anhänger des Freihandels wurde, wurde er zugleich zu einem immer unnachgiebigeren und konsequenteren Verfechter der Vertragsidee. In dieser Entwicklung sind keine Sprünge oder qualitative Veränderungen festzustellen. Er revidierte nicht seinen Revisionismus, sondern präzisierte ihn. Bernsteins politisches Denken änderte sich 'quantitativ': Bernstein wurde immer Bernsteinscher. Ein charakteristischer Zug in dieser Entwicklung war die Verstärkung der *pacta sunt servanda* -Argumentation und die immer stärkere Begründung seiner politischen Tätigkeit auf diesem Prinzip. Es ist dieser grundsätzliche Einsatz für die Vertragsidee und ihre Verwirklichung, der Bernstein von den übrigen Sozialdemokraten mit Einschluss der Revisionisten – und besonders der Revisionisten der SM –, unterscheidet. "There is everything in Contracts" schreibt Harry W. Jones,[130] und dies war auch die Überzeugung Bernsteins. Er schrieb ja 1909, dass die 'Kulturwelt' in die Epoche der 'Alleinherrschaft des Vertrags' eingetreten sei.[131]

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft finden sich in der gemeinsamen Problematik wieder: was die Zeit trennt, verbindet die Problematik. Die Aktualität einer historischen Person liegt somit in der Aktualität ihrer Problematik. Indem er die Problematik des Vertrags reflektierte, reflektierte Bernstein – gleich vielen vor und nach ihm – auch die Problematik unserer Zeit.

---

[130] *Jones*, 180.
[131] S. oben 328. – Ich behaupte nicht, dass die von Bernstein rezipierte Vertragsidee sein politisches Denken erklärt, dieses Denken lässt sich jedoch 'vertragstheoretisch' beschreiben. Ludwig Sieps Bemerkung wonach "die Anwendung bestimmter Vertragsmodelle und die Ableitung normativer Konsequenzen aus ihnen, Entscheidungen über den Sinn menschlichen Zusammenlebens voraussetzen, die selber nicht vertragstheoretisch begründet sind", dürfte wohl zutreffend sein, *Siep*, 136. – Aufgabe der weiteren Forschung wäre es somit, Bernsteins Ansicht über den 'Sinn des menschlichen Zusammenlebens' zu bestimmen.

Quellen und Literatur

1 Ungedruckte Quellen

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
Teilnachlass Paul Kampffmeyer
Bundesarchiv, Koblenz
Archiv der *Sozialistischen Monatshefte* (R 117)
Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam
Nachlässe: Axelrod, Bebel, Bernstein, Kautsky, Liebknecht, Motteler, Vollmar
Norfolk Record Office, Norwich
Briefe Bernsteins an H.W. Massingham
Public Record Office, London
Beiefe Bernsteins an R. MacDonald
Staatsarchiv, Potsdam
Die Beobachtung des Schriftstellers Joseph Bloch, Rep. 30, Bln C., Polizeipräsidium, Tit. 94, Lit. B, Nr. 1281
Zentrales Staatsarchiv, Potsdam
Nachlässe: Haenisch, Heine, Nathan, E. Fischer

2 Gedruckte Quellen

2.1 Protokolle und Berichte

Fabian Society, Annual Reports
Kongress-Protokolle der Zweiten Internationale, 2 Bde, Glashütten im Taunus 1975 und 1976
Protokolle der Parteitage der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands

(1875–87) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1890–1913)
Die Sozialistische Arbeiter–Internationale. Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Amerikas an den Internationalen Sozialisten-Kongress zu Stuttgart (18. bis 24. August 1907) über ihre Tätigkeit in den Jahren 1904–1907. Hrsg. vom Internationalen Sozialistischen Bureau, Berlin 1907
Stenograpische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags 1884–1914

2.2 Briefwechsel

Adler, Victor. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954
August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. von Werner Blumenberg, The Hague 1965
August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Karl Kautsky Jr., Assen 1971
Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. von Helmut Hirsch, Assen 1970
Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Benedikt Kautsky, Wien 1955
Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei. Briefe führender deutschen Arbetierfunktionäre, Dezember 1884 bis Juli 1885. hrsg. von Ursula Herrmann, Wilfried Henze und Gudrun Hoffmann, Berlin 1977
The Letters of Sidney and Beatrice Webb, vol. 2. Ed. by Norman MacKenzie, London 1978
Liebknecht, Wilhelm. Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels. Hrsg. und bearbeitet von Georg Eckert, The Hague 1963
Luxemburg, Rosa, Gesammelte Briefe, Bd. 2, Berlin 1982
Marx, Karl und Engels, Friedrich, Briefe über "Das Kapital", Erlangen 1972
Shaw, George Bernard, Collected Letters 1898–1910. Ed. by Dan H. Laurence, London, Sidney, Toronto 1972

2.3 Sonstige Quellenveröffentlichungen

Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen

Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878–1913, Bd 1: 1878–1889. Bearbeitet von Dieter Fricke und Rudolf Knaack, Weimar 1983
Dokumente and Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV: März 1898 – Juli 1914. Hrsg. vom Institut für Marxismus–Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1975
Fricke, Dieter, "...und ausgelacht obendrein!". Heiteres und Ernstes aus dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Sozialistengesetz 1878–1890, Berlin 1978
Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Hrsg. von Norman Rich und M.H. Fischer. Deutsche Ausgabe von Werner Frauendienst, Bd II: Tagebuchblätter, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1957
Gemkow, Heinrich, Dokumente des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie gegen Bismarcks Kolonialpolitik und gegen den Rechtsopportunismus in den Jahren 1884/85, in: BGA 1/1959, 350-68
Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und aussenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches. Hrsg. und eingeleitet von Willibald Gutsche unter Mitarbeit von Baldur Kaulisch, Berlin 1977
Hohorst, Gerd/Kocka, Jürgen/Ritter, Gerhard A., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II. Materialen zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, 2. Auf., München 1978
Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen. Hrsg., eingeleitet und kommentiert von Gerhard A. Ritter. Kommentierung unter Mitwirkung von Konrad von Zwehl, 2 Bde, Berlin, Bonn 1980
Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pickart. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. III/1 und 2, Düsseldorf 1966
Rothe, Rudolf, Zum Streit um die Dampfersubvention, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 1 (1961), 109–18

3 Zeitungen und Zeitschrifte

Contemporary Review, 1903–07
Dokumente des Fortschritts, 1908–16
Dokumente des Sozialismus, 1901–05

Fabian News, 1896–1901
Justice, 1896
Leipziger Volkszeitung, 1894–1914
The Nation, 1907–14
Die Neue Gesellschaft, 1905–07
Das Neue Montagsblatt, 1904
Die Neue Zeit, 1883–1916
Der Sozialdemokrat, 1881–90
Sozialistische Auslandspolitik, 1915–18
Sozialistische Monatshefte, 1899–1914
Vorwärts, 1891–1914

4 Veröffentlichungen Bernsteins

4.1 Bücher, Aufsätze, Vor- und Nachworte

Die Agitation und Demonstration gegen das Haus der Lords, in: Vorwärts Nr. 201, 30.8.1894
Agrarisches aus England, in: NZ 14, II, 1895–96, 332–41
Allerhand moderner Spuk, in: SM 16, I, 1912, 340–47
Das allgemeine Wahlrecht und die soziale Revolution, in: Sd Nr. 7, 8.2.1883
Amongst the Philistines. A Rejoinder to Belfort-Bax, in: Justice 14.11.1896
Almighty, all-devouring militarism, in: The Nation XIII, 5.4.1913, 15–17
An meine socialistischen Kritiker. Vorwort zur französichen Ausgabe des Buches: Die Voraussetzungen des Socialismus, in: SM 4, 1900, 3–14
Die Arbeiter und der Wahlkampf in England, in: NZ 13, II, 1894–95, 522–27 und 565–72
Die Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1910
Arbeiterbewegung und Kultur, in: Dokumente des Fortschritts 1 (1908), 523–30
Arms and the bill, in: The Nation IV, 20.3.1909, 927–29
Auch ein Schlusswort in Sachen Tempo und Taktik, in: Vorwärts Nr. 83, 9.4.1904
Die Aufgaben der Juden im Weltkriege, Berlin 1917
August Bebel, in: SM 19, II, 1913, 957–59
Aus England, in: Vorwärts Nr. 279, 27.11.1892; Nr. 35, 10.2.1893; Nr. 57, 8.3.1893; Nr. 80, 6.4.1893; Nr. 233, 4.10.1893; Nr. 239, 11.10.1893; Nr. 296, 17.12.1893; Nr. 256, 2.11.1894; Nr. 260, 7.11.1894; Nr 269, 17.11.1894; Nr. 243, 16.10.1896; Nr. 252, 27.10.1896; Nr. 94,

23.4.1897; Nr. 148, 29.6.1897; Nr. 188, 13.8.1899; Nr. 36, 13.2.1900; Nr. 42, 20.2.1900; Nr. 51, 2.3.1900; Nr. 60, 13.3.1900; Nr. 70, 24.3.1900 und Nr. 200, 29.8.1900

Aus den Jahren meines Exils. (Völker zu Hause). Erinnerungen eines Sozialisten, 2. Aufl., Berlin 1918

Die Auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie, in: Vorwärts nr. 188 und 189, 13. und 15.8.1911

The backwater of German jingoism, in: The Nation VII, 30.7.1910, 631–33

Bange machen gilt nicht, in: Sd Nr. 33, 10.8.1882

Bedeutung und Aufgaben des Sieges, in: SM 16, I, 1912, 141–47

Bergrenzung oder Überbrückung der Gegensätze?, in: Vorwärts Nr 103, 6.5.1899

Ein Beitrag zum kommenden Friedenskongress, in: Sozialistische Auslandspolitik, 42/1918, 6–8

Die Bekämpfung der Krisen und der Krisenwirkungen, in: Dokumente des Fortschritts 2 (1909), 99–106

Die 'bedrohte Kultur' in Egypten, in: Sd Nr. 31, 27.7.1882

Between the first and the second ballot in Germany, in : The Nation X, 21.1.1912, 658–59

Die Beziehungen zwischen Sozialisten und Radikalen in England, in: NZ 17, I, 1898–99, 50–59

Die Bilanz des Kongresses, in: NMbl Nr. 17. 22.8.1904

Bildung, Wissenschaft und Partei, in: SM 11, II, 1907, 706–12

Breakers ahead!, in: The Nation IX, 2.9.1911, 803–04

Brief(e) aus England, in: NZ 9, I, 1890–91, 23–29, 102–09 und 792–98; ib., II, 759–63: NZ 10, I, 1891–92, 243–49 und 679–83: NZ 11, I, 1892–93, 310–16 und 628–33; NZ 12, II, 1893–94, 436–41

Die Briefe von Karl Marx über den Krimkrieg und die Orientfrage, in: NZ 16, I, 1897–98, 209–17

Die britischen Arbeiter und der zollpolitische Imperialismus, in: Archiv für Socialwissenschaft und Socialpolitik 19 (1904), 112–39

Carlyle und die sozialpolitische Entwicklung Englands, In: NZ 9, I, 1890–91, 665–73, 693–701 und 729–36

The character of William II, in: The Nation II, 16.11.1907, 233–34

Clearing the air, in: The Nation IV, 27.3.1909, 964

The death of a deformed reform bill, in: The Nation VII, 4.6.1910, 347–48

Die deutsche Sozialdemokratie und die türkischen Wirren, in: NZ 15, I, 1896–97, 108–16

Deutschland und die Republik, in: NMbl Nr. 19, 5.9.1904

Dialektik und Entwicklung, in: NZ 17, II, 1898–99, 327–35 und 353–63

Eindrücke aus England. Erlebtes und Beobachtetes, in: Neue Deutsche Rundschau 1 (1901), 561–85
Einige Klippen der Internationalität, in: SM 5, I, 1901, 252–59
Einige Randbemerkungen, in: SM 10, I, 1906, 128–36
Einiges über das indische Problem, in: NZ 15, II, 1896–97, 618–24 und 651–55
Einleitung zu: Ferdinand Lassalle, Über Verfassungsleben. Drei Abhandlungen, Berlin 1907, 5–14
The electoral policy of German Social Democracy, in: The Nation VI, 11.12.1909, 456–57
England im Jahre 1897, in: Vorwärts Nr. 13, 16.1.1898
England und Deutschland. Betrachtungen über eine Möglichkeit der Verständigung, Den Haag, o. J. (1919)
England und Dr. A. Tilles Flegeljahre, in: SM 5, I, 1901, 335–48
England und Frankreich, in: NZ 17, I, 1898–99, 269–75
England und die Transvaalkrisis, in: Vorwärts Nr. 7, 9.1.1896
Die Engländer in Indien, in: Vorwärts Nr. 177, 1.8.1897
Englands Weihnachten, in: Vorwärts Nr. 296, 19.12.1899
Die englische Demokratie, die Jingoes und die Liberale Partei, in: Vorwärts Nr. 170, 25.7.1900
Die englische Gefahr und das deutsche Volk, Berlin 1911
Die englische Ministerkrisis, in: Vorwärts Nr. 145, 25.6.1895
Englische Partei-Entwicklungen, in: NZ 14, I, 1895–96, 77–85
Die englische Sozialdemokratie und die armenische Frage, in: Vorwärts Nr. 238, 10.10.1896
Englische Stimmungen, in: Vorwärts Nr. 92, 21.4.1900
Die englischen Arbeiter und Weltherrschaftspläne, in: NZ 34, II, 1916, 596–97
Die englischen Wahlen, in: Vorwärts Nr. 164, 17.7.1895
Entwicklungsgang eines Sozialisten, in: Felix Meiner (Hrsg.), Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. 1, Leipzig 1924, 1–58
Epilog zu den preussischen Landtagswahlen, in: SM 12, II, 1908, 779–85
Erklärung, in: Vorwärts Nr 32, 247 und 249, 8.2., 21 und. 23.10.1898
Eroberung der politischen Macht, in: Vorwärts Nr. 240, 13.10.1898
'Es fehlt uns Intelligenzen', in: Sd Nr. 31 und 33, 28.7. und 11.8.1881
The eve of the Prussian revolution, in: The Nation VII, 2.4.1910, 15–16
Das Finanzkapital und die Handelspolitik, in: SM 15, II, 1911, 947–55
Der Freisinn und unsere Presse, in: SM 12, II, 1908, 930–36
From Berlin to Berne, in: The Nation XIII, 24.5.1913, 308–09

Geburtenrückgang, Nationalität und Kultur, In: SM 19, III, 1913, 1492–99
Der gegenwärtige Stand der demokratischen Entwicklung Englands, in: SM 5, I, 1901, 400–11
The German army bill and the taxes, in: The Nation XIII, 12.7.1913, 567–69
The German Chancellor's reply, and after, in: The Nation XIV, 31.1.1914, 744–45
The German elections and the Social Democrats, in: Contemporary Review 91 (1907), 479–92
German professors and protectionism, in: Contemporary Review 86 (1903), 18–31
German socialism and the colonial question, in: The Nation II, 12.10.1907, 46–47
German war peril, in: The Nation III, 27.6.1908, 449–51
Germany and England. Socialists and the war alarm, in: The Labour Leader, 21.8.1908
Germany and the limitation of armaments, in: The Nation I, 6.4.1907, 224–25
Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. III, Berlin 1910
Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms, 2. Aufl., Berlin 1891
Gladstone, in: NZ 16, II, 1897–98, 330–37
The growth of German exports, in: Contemporary Review 84 (1903), 776–87
Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens. Wirtschaftswesen und Wirtschaftswerden, II. Ein Vortrag gehalten vor Berliner Arbeitern, Berlin 1906
Grundlinien des sozialdemokratischen Reformismus, in: SM 12, III, 1908, 1511–19
Das Grundsätzliche in der Frage der Handelspolitik, in: SM 15, I, 1911, 424–31
Handelspolitik und Völkerbeziehungen, in: Dokumente des Fortschritts 9 (1916), 77–84
Herr von Bethmann Hollweg's first success, in: The Nation IX, 10.6.1911, 397–98
Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis. Eine Antwort auf die Artikelserie der 'Kölnischen Zeitung': Die heutige Sozialdemokratie, München o. J. (1905)
How the new Reichstag will look, in: The Nation X, 30.12.1911, 549–51

Idealismus, Kampftheorie und Wissenschaft, in: SM 5, II, 1901, 597–608
Ignaz Auer. Eine Gedenkschrift, Berlin 1907
L'Impérialisme Économique at la *Sozialdemokratie*, in: La Revue Politique Internationale 6 (1916), 3–27
In Amsterdam, in: NMbl Nr. 16, 15.8.1904
In eigener Sache, in: NZ 17, I, 1898–99, 219–20
Die innere Politik des Reichs am Jahresbeginn, in: SM 20, I, 1914, 11–19
Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg, Tübingen 1916
Die internationale Bedeutung des Wahlkampfes in Deutschland, in: NZ 11, II, 1892–93, 292–98
Der internationale Congress in Amsterdam und die socialistische Taktik, in: SM 8, II, 1904–95 587–95
Die internationale Politik der Sozialdemokratie, in: SM 13, II, 1909, 613–24
Die internationale Politik der Sozialdemokratie vor dem Londoner Sozialistenkongress, in: Vorwärts Nr. 120 und 121, 24. und 27.5.1896
Ist der Politische Streik in Deutschland möglich?, in: SM 9, I, 1905, 29–37
Die Jahreskonferenz der Sozialdemokratischen Föderation, in: Vorwärts Nr. 190, 17.8.1894
Die Jubiläumssteuern, in: SM 19, I, 1913, 349–56
Justice, Bax and Consistency, in: Justice, 28.11.1896
The Kaiser and the nation, in: The Nation VII, 3.9.1910, 799–800
Kaiserhoch und Verwandtes, in: SM 16, II, 1912, 720–26
Ein Kaiserwort und ein Sozialistenwort, in: NMbl Nr. 9, 27.6.1904
Der Kampf im englischen Maschinenbaugewerbe, in: NZ 16, I, 1897–98, 454–60 und 644–53
Der Kampf der Maschinenbauer und der Gewerkschaftskongress von Birmingham, in: NZ 16, I, 1897–98, 18–26
Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. 1. Polemisches; 2. Die Zusammenbruchs-Theorie und die Kolonialpolitik, in: NZ 16, I, 485–95 und 548–57
Die Kämpfe ums Burenland, in: NZ 14, I, 1895–96, 484–90
Der kanadisch-amerikanische Schicksalsschlag, in: SM 15, 1911, 301–11
Kathedersozialistische Weisheit, in: Sd. Nr. 43, 1910.1882
Der Kernpunkt des Streites, in: Sm 5, II, 1901, 777–85
Klasse und Klassenkampf, in: SM 9, II, 1905, 860–64
Der Klassenkampf und der Fortschritt der Kultur, in: SM 15, III, 1911, 1164–69
Klassenkampf und Kompromiss, in: NZ 15, I, 1896, 516–24

Klassenkampf–Dogma und Klassenkampf–Wirklichkeit, in: NZ 17, II, 1898–99, 577–85 und 619–26
Klassenpolitik und Gefühlspolitik, in: SM 12, II, 1908, 953–57
Klippen, in: Sd Nr. 18 und 21, 3. und 24.5.1890
Die Kolonialfrage und der Klassenkampf, in: SM 11, II, 1907, 988–96
Kolonialpolitik und die Arbeiter, in: Sd Nr. 3. 15.1.1885
Kommunales aus England, in: Vorwärts Nr. 272, 20.11.1891
Kommunismus oder Anarchie, in: Sd Nr. 47, 15.11.1883
Kreta, in: NZ 15, I, 1896–97, 687–92
Kreta und die russische Gefahr, in: NZ 15, II, 1986–97, 10–20
Der Krieg, sein Urheber und sein erstes Opfer, in: SM 20, II, 1914, 1015–23
Kritisches zum Internationalen Londoner Sozialisten- und Gewerkschafts-Kongress, in: NZ 14, II, 1895–96, 646–52
Kritisches Zwischenspiel, in: NZ 16, I, 1897–98, 740–45
Die Kulis in Europa, in: Sd. Nr. 48, 23.11.1882
Kulturrecht und Kolonialfrage, in: Vorwärts Nr. 231 und 232, 3. und 4.10.1907
Kulturverelendungstheorie, in: SM 14, I, 1910, 105–11
Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas. Rede gehalten in einer Berliner Volksversammlung 26. Juni 1902, Berlin 1902
Der Londoner Kongress und die Anarchisten, in: Vorwärts Nr. 171, 24.7.1896
Ludwig Woltmanns Beziehungen zur Sozialdemokratie, in: Politisch-Anthropologische Revue 6 (1907/08), 45–53
Manchesterthum, Sozialdemokratie und "Sozialreform", in: Sd Nr. 49, 1.12.1881
The marauders, in: The Nation XIII, 26.4.1913, 141–43
Marx über das Kolonialsystem, in: Sd Nr. 28, 10.7.1884
Der Marx-Cultus und das Recht der Revision. Ein Epilog, in: SM 7, I, 1903, 255–65
Die Massen werden irre, in: SM 13, II, 1909, 1012–18
The Meaning of the Bülow crisis, in: The Nation V, 3.7.1909, 491–92
The Meaning of the German Chancellor's speech, in: The Nation IX, 8.4.1911, 55–56
The Meaning of the Strassburg verdict, in: The Nation XIV, 17.1.1914, 671–73
Mein Vorschlag und das Resultat der Diskussion darüber, in: NZ 12, I, 1893–94, 72–80
Meine Häutung und Kautskys Deutung, in: Vorwärts Nr. 90 und 93, 18. und 21.4.1899

Meine Stellung zum theoretischen Teil des Erfurter Programms, in: Vorwärts Nr. 206, 3.9.1899
Meine Stellung zur Resolution Bebels, in: NZ 18, II, 1899–1900, 101–10
The milestone of the Jena congress, in: The Nation XIII, 27.9.1913, 946–50
Moderne Arbeiterbewegung, Streiks und Krawalle, in: Vorwärts Nr. 271, 19.11.1910
Modernität im Kampf, in: SM 12, III, 1643–49
The Morocco debates in the Reichstag, in: The Nation X, 18.11.1911, 305–06
Nach zwei Fronten. Eine Antwort an Kadi Lang und Sadi Gunter, in: NZ 17, II, 1898–99, 781–99, 781–87 und 845–52
Nachwort in: Sidney und Beatrice Webb, Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus, Stuttgart 1895, 444–55
Die Natur und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Berlin 1909
Naturprincipen und Wirtschaftsfragen. Ein methodologischer Excurs, in: SM 4, 1900, 318–29
The naval race and German finance, in: The Nation II, 22.2.1908, 757–58
The nemesis of force, in: The Nation XIV, 1.11.1913, 210–11
Neue Englandhetze, in: Vorwärts Nr. 204, 1.9.1911
Das neue Kalifornien, in: NZ 14, I, 1895–96, 52–57
Die neuen Reichssteuern, wie sie wurden und was sie bedeuten. Mit einem Schlusskapitel: Agrarisch-kapitalistische und sozialdemokratische Steuerpolitik, Berlin 1906
Die neueste Prognose der socialen Revolution, in: SM 6, II, 1902, 584–98
Der neueste Vernichter des Sozialismus, in: NZ 11, I, 1892–93, 502–08 und 534–39
The new Chancellor and the old game, in: The Nation V, 24.7.1909, 602–03
The new Reichstag and its visions, in: The Nation I, 2.3.1907, 13–14
Noch etwas Endziel und Bewegung. Ein Brief an Otto Lang, in: SM 3. 1899, 499–506
Die Notwendigkeit in Natur und Geschichte, NZ, 17, II, 1898–99, 260–69
Ein offenes Wort in eigener Sache, in: NMbl Nr. 3, 16.5.1904
Ein offenes Wort zum Amsterdamer Kongress, in: NMbl Nr. 18, 29.8.1904
Paris und Mainz, in: SM 4, 1900, 709–18
Die parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik. Haag 1916
Parlamentarismus und Sozialdemokratie, Berlin o. J. (1906)
Parteidisciplin und Überzeugungstreue, in: SM 5, II, 1901, 846–53

Patriotismus, Militarismus und Sozialdemokratie, in: SM 11, I, 1907, 434–40
Peace and King Edward's visit, in: The Nation IV, 20.2.1909, 783–84
Political scene-shifting in Germany, in: The Nation VII, 23.7.1910, 595–96
Der politische Massenstreik und die politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland. Vortrag gehalten im Sozialdemokratischen Verein Breslau mit einem Anhang: Zwölf Leitsätze über den politischen Massenstreik, Breslau 1905
Politische Schwarzmalerei, in: SM 16, I, 1912, 538–44
Politische Massenstreik und Revolutionsromantik, in: SM 10, I, 1906, 12–20
The precidency of the Reichstag and Lord Haldane's visit, in: The Nation X, 17.2.1912, 813–14
Preussen voran!, in: NMbl Nr. 30, 21.11.1904
Die preussischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie, in: NZ 16, II, 1892–93, 772–78
Principielles zur Frage der Agrarzölle, in: SM 5, I, 1901, 185–91
Probleme des Sozialismus. Eigenes und Übersetztes:
1. Allgemeines über Utopismus und Eklektizismus, in: NZ 15, I, 1896–97, 164–71
2. Eine Theorie der Gebiete und Grenzen des Kollektivismus, in: ib., 204–13
3. Der gegenwärtige Stand der industriellen Entwicklung in Deutschland, in: ib., 303–11
4. Die neuere Entwicklung der Agrarverhältnisse in England, in: ib., 772–83
5. Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl, in: ib., II, 100–07 und 138–43
Das realistische und ideologische Moment im Sozialismus. Probleme des Sozialismus, 2. Serie II, in: NZ 16, II, 1897–98, 225–32 und 388–95
Die Programmrevision und der Bremer Parteitag, in: SM 8, II, 1904, 698–707
Proudhon als Politiker und Publizist, in: NZ 14, II, 1895–96, 609–21
Die 'Provinzialkorrespondenz' und der Sozialismus, in: Sd Nr. 39, 21.9.1882
The pull towards the left in Germany, in: The Nation VI, 6.11.1909, 240–41
Randbemerkungen, in: SM 13, II, 1909, 878–84
Die Realitäten des Budgetrechts, in: SM 20, I, 1914, 282–88

Reden oder kämpfen? Eine zweite Epistel zur Landtagswahl–Frage, in: NZ 15, II, 1896–97, 498–505
Regierung und Sozialisten, in: SM 19, II, 1913, 838–43
Der Regierungswechsel in England und die Neuwahlen, in: Vorwärts Nr. 152, 3.7.1895
Revisionismus und Internationalismus, in: Sozialistische Auslandspolitik, 7/1915, 4–6
Revisionismus und Programmrevision, in: SM 13, I, 1909, 403–11
Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge. Hrsg. von Helmut Hirsch, 2. Aufl., Bonn – Bad Godesberg 1976
The revival of will in German literature, in: The Nation IV, 9.1.1909, 576–77
Russland und die englischen Radikalen, in: Vorwärts Nr. 107, 9.5.1897
A sacrifice to folly, in: The Nation XII, 15.3.1913, 987–89
Die 'schönsten Hoffnungen', in: Sd Nr. 3, 12.1.1882
Selbst-Anzeige, in: NZ 9, II, 1890–91, 556–60
A sham reform, in: The Nation VI, 12.2.1910, 772–74
Der Sieg der Türken und die Sozialdemokratie, in: NZ 15, II, 1896–97, 260–68
Social insanity, in: The Nation X, 14.10.1911, 93–94
Socialdemokratie und Imperialismus, in: SM 4, 1900, 238–51
Der Socialismus und die Colonialfrage, in: SM 4, 1900, 549–62
Die Sozialdemokratie und das neue Landtagswahlsystem in Sachsen, in: NZ 14, II, 1895–96, 180–88
Sozialdemokratische Lehrjahre. Mit einer Einleitung von Thomas H. Eschbach, 2. Aufl., Berlin, Bonn 1978 (1928)
Sozialdemokratische Völkerpolitik. Die Sozialdemokratie und die Frage Europa. Gesammelte Aufsätze, Leipzig 1917
Der Sozialismus einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart, 3. Aufl., Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1975 (1921)
Der Sozialismus und der Staat, in: Sd Nr. 52, 20.12.1883
Sozialisten und Regierung, in: SM 19, III, 1913, 1081–89
Sozialistische Ökonomie in England, in: NZ 15, I, 1896–97, 46–54
Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. Auf Grund des Programms und der Kongressbeschlüsse der Partei gemeinverständlich dargestellt, Berlin 1914
Der Stil des Reformismus, in: SM 13, III, 1909, 1220–26
The straits of the German junkers, in: The Nation VII, 17.12.1910, 499–501
Der Streik. Sein Wesen und sein Wirken, Frankfurt am Main 1906

Der Strike als politisches Kampfmittel, in: NZ 12, I, 1893–94, 689–95
The struggle for German freedom, in: The Nation IV, 5.12.1908, 373–74
Der südafricanische Krieg und die Socialdemokratie, in: SM 5, I, 1901, 99–107
Technisch–ökonomischer und sozialer Fortschritt, in: NZ 11, I, 1892–93, 782–90, 819–29 und 850–62
Die Theilung Afrikas und – die Aussichten des Sozialismus, in: Sd Nr. 35, 25.8.1888
Die Transvaalwirren und ihr internationaler Rückschlag, in: NZ 14, I, 1895–96, 612–20
The two heads of the Freisinn, in: The Nation III, 9.5.1908, 185–86
Über Bernard Shaw, in: SM 9, I, 1905, 210–17
Über 'prinzipielle Fragen', in: Sd Nr. 6, 5.2.1885
Über die Wahlen in England, in: Vorwärts Nr. 169, 23.7.1895
Unsere theoretische Debatten und der Wahlkampf, in: SM 7, I, 1903, 331–36
Das vergrabene Pfund und die Taktik der Sozialdemokratie, in: SM 10, I, 1906, 287–95
Verjunkertes Bürgertum, in: NMbl Nr. 28, 7.11.1904
Verraten und Vertrieben, in: NMbl Nr. 13, 25.7.1904
Victrix insania, in: The Nation X, 30.3.1912, 1056–57
Völkerbund oder Staatenbund. Eine Untersuchung, Berlin 1919
Völkerrecht und Völkerpolitik. Wesen, Fragen und Zukunft des Völkerrechts, Berlin 1919
Vollmars politische Entwicklung, in: SM 28, II, 1922, 645–51
Vom Klassenkampf, in: SM 10, II, 1906, 548–57
Vom Parlament und vom Parlamentarismus, in: SM 16, II, 1912, 650–56
Vom Trade Union-Kongress, in: Vorwärts Nr. 209, 8.9.1894
Vom Wert des Parlamentarismus, in: SM 8, I, 1904, 423–28
Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik, in: Louis Héritier, Geschichte der Französichen Revolution von 1848 und der Zweiten Republik in volksthümlicher Darstellung. Hrsg. und erweitert von W. Eichhoff und Ed. Bernstein. Stuttgart o.J. (1897), 693–784
Von Dresden nach Jena, in: SM 19, III, 1913, 1257–64
Von einem Totgesagten, in: SM 9, I, 1905, 495–503
Von Frankreichs Kolonialwesen, in: Vorwärts Nr. 223, 24.9.1902
Von Liverpool nach Newcastle, in: NZ 10, I, 1891–92, 10–19
Von der Sekte zur Partei. Die deutsche Sozialdemokratie einst und jetzt, Jena 1911
Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, und id., 6. Aufl., Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1975

Vorwort zu: David Koigen, Die Kulturanschauung des Sozialismus. Ein Beitrag zum Wirklichkeit-Idealismus, Berlin 1903, III–XIV
Vorwort zu: Ramsay MacDonald, Sozialismus und Regierung, Jena 1912, III–XI
Vorwort zu: Eugenio Rignano, Generationenfolge und Progression in der Erbschaftssteuer, Berlin-Leipzig 1909, I–XIV
Vorwort zu: Graham Wallas, Politik und menschliche Natur, Jena 1911, I–VII
Ein Vorwort zur Programmrevision, in: SM 8, I, 1904, 18–26
Der Wahlkampf in England, in: Vorwörts Nr. 157, 9.7.1895
Die Wahrheit über die Einkreisung Deutschlands, Berlin 1919
Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?, SM 7, II, 1903, 478–86 und SM 11, I, 1907, 108–115
Was die Sozialdemokratie bei der Landtagswahl ausrichten kann, in: NZ 15, II, 1896–97, 385–95
Was treibt England zum Reichszollverein?, in: SM 8, II, 1904, 533–40
Das Werk des Preussentages und der Wahlrechtskampf, in: SM 12, I, 1908, 10–17
Wie England verstimmt wurde und das deutsche Volk belogen ward, in: Vorwärts Nr. 269 und 270, 16. und 17.11.1911
Wie es im Jahre 1885 stand. Ein Beitrag zur Geschichte der Wahltaktik der Sozialdemokratie, in: NZ 31, I, 1912–13, 431–36
Wie eine Revolution zugrunde ging. Eine Schilderung und eine Nutzanwendung, Stuttgart 1921
Wird die Sozialdemokratie Volkspartei?, in: SM 9, II, 1905, 663–71
Wissenschaft, Werturteile und Partei, in: SM 16, III, 1912, 1407–15
Wo stehen wir?, in: NMbl Nr. 3, 16.5.1904
Worauf es ankommt, in: Sd Nr. 31, 26.7.1883
The Zeppelin movement and German nationalism, in: The Nation III, 22.8.1908, 736–38
Zollfreier internationaler Verkehr, in: SM 15, II, 1911, 824–32
Zu den Wahlen in England, I, in: Vorwärts Nr. 145, 24.6.1892
Zu meiner Programmschrift, in: SM 39, 1933, 10–13
Zum Kampf gegen die Zollschraube, in: SM 5, II, 1901, 682–94
Zum Reformismus, in: SM 12, III, 1908, 1398–1405
Zum Thema Socialliberalismus und Collectivismus, in: SM 4, 1900, 173–85
Zum zehnjährigen Bestand der 'Neuen Zeit', in: NZ 11, I, 1892–93, 1–11
Zur Bilanz des Kampfes gegen den neuen Zolltarif, in: SM 7, I, 1903, 35–42
Zur Erwiderung!, in: Vorwärts Nr. 36, 12.2.1907

Zur Frage der preussischen Landtagswahlen, in: Vorwärts Nr. 210, 9.9.1902
Zur Geschichte und Theorie des Socialismus. Gesammelte Abhandlungen, Berlin, Bern 1901
Zur Theorie des Arbeitswerths, in: NZ 18, I, 1899–1900, 356–63 und 398–404
Die Zwei. In Sachen Franz Mehring und Gustav Jäckh, in: NMbl Nr. 24, 10.10.1904
Zwei politische Programm-Symphonien, in: NZ 15, II, 1896–97, 331–39 und 367–74
Zweierlei Kulturkampf, in: NMbl Nr. 6, 6.6.1904

4.2 Rezensionen

Ausland-Deutscher, Deutsche Kolonial-Reform, Zürich 1905, in: DdS V (1905), 542
Richard Calwer, Arbeitsmarkt und Handelsverträge, Frankfurt am Main 1901, in: DdS (1902), 281–82
Englische Sozialreformer. Eine Sammlung 'Fabian Essays'. Hrsg. von Dr. M. Grunwald, Leipzig o. J., in: NZ 17, I, 1898–99, 279–81
Heinrich Herkner, Die Arbeiterfrage. Eine Einführung, 3. Aufl., Berlin o. J., in: DdS I (1902), 472–74
Friedrich Hertz, Recht und Unrecht im Boerenkriege. Eine historisch-politische Studie, Berlin o. J., in: DdS, 285–86
John A. Hobson, The Problem of the Unemployed, London o. J. und ib., Problems of Poverty, London o. J., in: NZ 15, I, 1896–97, 500–02
Antonio Labriola, Saggi intorno alla Concezione Materialistica della Storia, I, Rom o. J., in: NZ 14, I, 1895–96, 727–29
H. W. Massingham (ed.), Labour and Protection, London 1903, in: DdS IV (1904), 60–61
Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, I–III, 2. Aufl., Stuttgart 1903, in: DdS IV (1904), 8–10
Henriette Roland-Holst, Generalstreik und Sozialdemokratie. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky, Dresden 1905, in: DdS V (1905), 393–95
Iwan Rowicow, Die Föderation Europas, Berlin und Bern o. J., in: Vorwärts nr. 138, 16.6.1901 ('Ein Propagandist für den Weltföderalismus')
Max Schippel, Grundzüge der Handelspolitik, Berlin–Bern 1902, in: DdS I (1902), 99–101
Emil Steinigans, Kautsky und die soziale Revolution. Eines Arbeiters Kritik der Kautskyschen Broschüre 'Die soziale Revolution' und 'Am

Tage nach der sozialen Revolution', Solingen 1903, in: DdS II (1903), 494–96
Sidney Webb (Hrsg.), Der Socialismus in England, geschildert von englischen Socialisten, Göttingen 1898, in: NZ 14, II, 1897–98, 282–85
Paul Weisengrün, Der Marxismus und das Wesen der socialen Frage, Leipzig o. J., in: Vorwärts Nr. 47, 24.2.1901 ('Zur Kritik des Marxismus')
Dr. Ernst. Jr. Wyneken, Der sozialistische Zukunftsstaat oder die Verstaatlichung der Produktionsmittel, Stuttgart 1894, in: NZ 13, II, 1894–95, 248–50

5 Sonstige zeitgenössische Literatur

Bauer, Otto, Die Akkumulation des Kapitals, in: NZ 31, I, 1912–13, 831–38 und 862–74
–, Die Kolonialpolitik und die Arbeiter, in: NZ 23, II, 1904–05, 265–69 und 411–20
–, Proletarische Wanderungen, in: NZ 25, II, 1906–07, 476–94
–, Über britischen Imperialismus, in: NZ 25, I, 1906–07, 535–40
Bax, Ernest Belfort, Essays in Socialism. New and Old, London 1907
–, Die Grenzen der materialistischen Geschichtsauffassung, in: NZ 15, I, 1896–97, 676–87
–, Kolonialpolitik und Chauvinismus, in: NZ 16, I, 1897–98, 420–27
–, Our German Fabian Convert; or Socialism according to Bernstein, in: Justice, 7.11.1896
–, Reminiscences and Reflections of a Mid and Late Victorian, London 1918
–, Socialism and Foreign Politics, in: Justice, 15.2.1896
–, The Socialism of Bernstein, in: Justice, 21.11.1896
–, South Africa Again!, in: Justice, 27.6.1896
–, Der Sozialismus eines gewöhnlichen Menschenkindes gegenüber dem Sozialismus des Herrn Bernstein, in: NZ 16, I, 1897–98, 824–29
–, The True Aims of 'Imperial Extension' and 'Colonial Enterprise', in: Justice, 1.5.1896
–, Ein weitverbreiteter Fehlschluss, in: NZ 19, I, 1900–01, 247–49
Beer, Max, Der moderne englische Imperialismus, in: NZ 16, I, 1897–98, 300–06
Bloch, Joseph, Der Krieg und die Sozialdemokratie, in, SM: 20, II, 1914, 1023–27

Braun, Adolf, Die letzten Reichstagswahlen, in: NZ 25, I, 1906–07, 505–11
Braun, Lily, Memoiren einer Sozialistin. Ungekürzte Ausgabe. Mit einem Nachwort von Monika Maria Kramme, Berlin, Bonn 1985 (1909, 1911)
Calwer, Richard, Deutsch-französische Annäherung, in: SM 12, II, 1908, 663–66
–, Englands Absichten und die deutsche Sozialdemokratie, in: SM 9, II, 1905, 919–22
–, Das Fazit der Marokkoaffäre, in: SM 10, I, 1906, 355–60
–, Der 25. Januar, in: SM 11, I, 1907, 101–07
–, Kartelle und Sozialdemokratie, in: SM 11, I, 1907, 371–76
–, Kolonialpolitik und Sozialdemokratie, in: SM 11, I, 1907, 192–200
–, Weltpolitik und Sozialdemokratie, in: SM 9, II, 741–49
Cunow, Heinrich, Die Transvaalkrisis, in: NZ 18, I, 1899–1900, 24–29 und 47–51
–, Zur Zusammenbruchstheorie, in: NZ 17, I, 1898–99, 356–64 und 424–30
David, Eduard, Zur Aufklärung über die Kolonialabstimmung in Stuttgart, in: Münchener Post, 30.8.1907
Eckstein, Gustav, Imperialismus und Rüstungsbeschränkung, in: NZ 30, II, 1911–12, 907–16
–, Militarismus und Volkswirtschaft, in: NZ 31, II, 1912–13, 165–72
Eisner, Kurt, Die Blockade des Reichstags, in: NG 3 (1906), 147–48
Fabian Essays, 6. Aufl., London 1962
Fischer, Edmund, Baumvollfrage und Kolonialpolitik, in: NG 3 (1907), 554–61
Hildebrand, Gerhard, Die Baumvollfrage, in: SM 14, I, 1910, 627–35
–, Die Entwicklung Persiens und das Interesse der deutschen Arbeiterklasse, in: SM 14, III, 1910, 1473–78
–, Die deutschen Interessen im Ausland, in: SM 15, III, 1911, 1219–25
–, Kolonisation und Kultur, in: SM 14, I, 1910, 293–302
–, Sozialistische Auslandspolitik. Betrachtungen über die weltpolitische Lage anlässlich des Marokko-Streites, Jena 1911
–, Das tropische Afrika in der Weltwirtschaft, in: SM 13, III, 1909, 1358–64
–, Vorfragen der Kolonisation, in: SM 13, I, 1909, 352–56
–, Was bedeutet das kanadisch-nordamerikanische Handelsabkommen?, in: SM 15, I, 1911, 232–40
–, Was ist Kolonisation?, in: SM 13, I, 1909, 31–36
–, Weisse Siedelung in Tropenländer, in: SM 14, I, 1910, 162–68

–, Zwischen Amerika und England, in: SM 15, I, 1911, 372–81
Hilferding, Rudolf, Der Balkankrieg und die Grossmächte, in: NZ 31, I, 1912–13, 73–82
–, Die Erneuerung des Dreibundes, in: NZ 31, I, 1912–13, 458–66
–, Das Finanzkapital, 2 Bde. Eingeleitet von Eduard März, Frankfurt am Main, Köln 1974 (1910)
–, Mit gesammelter Kraft, in: NZ 30, II, 1911–12, 1001–06
–, Der Parteitag und die auswärtige Politik, in: NZ 29, II, 1910–11, 799–806
–, Der Revisionismus und die Internationale, in: NZ 27, II, 1908–09, 161–74
–, Totentanz, in: NZ 31, I, 1912–13, 745–49
Hue, Otto, Kolonialpolitisches, in: NG 3 (1907), 115–21
Hydman, H.M., Die Orientfrage, das Europäische Konzert und Russland, in: Vorwärts nr. 71, 25.3.1897
–, Die Orientfrage und das Makedonien Europas, in: Vorwärts Nr. 103, 5.5.1897
Kalisch, H., Beobachtungen eines Arbeiters in Südafrika, in: NZ 16, I, 1897–98, 80–83
Kampffmeyer, Paul, Eduard Bernstein und der sozialistische Aufbau. Zum achtzigsten Geburtstag Ed. Bernsteins, Berlin 1930
–, Die historische Leistung Eduard Bernsteins, in: SM 39, 1933, 3–9
–, Max Schippel, in: SM 34, II, 1928, 587–94
Kautsky, Karl, Ältere und neuere Kolonialpolitik, in: NZ 16, I, 1897–98, 769–81 und 801–16
–, Auswanderung und Kolonisation, in: NZ 1, 1883, 365–70 und 393–404
–, Bernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, 2. Aufl., Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1976 (1899)
–, Das bolschewistische Kamel, in: Die Gesellschaft, II, 1931, 342–56
–, Die chinesischen Eisenbahnen und das europäische Proletariat, in: NZ 4, 1886, 515–25 und 529–43
–, Eduard Bernstein zu seinem fünfundsiebzigsten Geburtstag, in: Die Gesellschaft, I, 1925, 1–22
–, Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Teil erläutert, 18. Aufl., Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1974 (1892)
–, Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus, in: NZ 30, II, 1911–12, 97–109
–, Der Essener Parteitag, in: NZ 25, II, 1906–07, 852–58
–, Handelspolitik und Sozialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen, 2. Aufl., Berlin 1911 (1901)

–, Der improvisierte Bruch, in: NZ 30, II, 1911–12, 461–67 und 513–23
–, Der 25. Januar, in: NZ 25, I, 1906–07, 588–96
–, Der jüngste Radikalismus, in: NZ 31, I, 1912–13, 436–46
–, Kamerun, in: NZ 6, 1888, 13–27
–, Kiautschou, in: NZ 16, II, 1897–98, 14–26
–, Die kommenden Kongresse, in: NZ 18, II, 1899–1900, 707–18
–, Der Krieg in Süd-Afrika, in: NZ 18, I, 1899–1900, 196–203
–, Eine mahnende Erinnerung, in: NZ 34, II, 1915–16, 65–71
–, Methoden der Kolonialverwaltung, in: NZ 26, I, 1907–08, 614–21
–, Militarismus und Sozialismus in England, in: NZ 31, II, 1912–13, 532–40 und 558–68
–, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915
–, Eine neue Strategie, in: NZ 30, II, 1911–12, 654–64, 688–98 und 723–33
–, Nochmals die Abrüstung, in: NZ 30, II, 1911–12, 841–54
–, Die orientalische Frage und die Sozialdemokratie, in: Vorwärts Nr. 53, 4.3.1897
–, Der Parteitag, in: NZ 31, II, 1912–13, 1001–06
–, Die Situation des Reiches 2: Die innere Lage, in: NZ 25, I, 1906–07, 484–500
–, Ein sozialdemokratischer Katechismus, in: NZ 12, I, 1893–94, 361–69 und 402–10
–, Sozialismus und Kolonialpolitk, Berlin 1907
–, Sozialistische Kolonialpolitik, in: NZ 27, II, 1908–09, 33–43
–, Taktik und Grundsätze, in: Vorwärts Nr. 240, 13.10.1898
–, Tonking, in: NZ 2, 1884, 156–64
–, (Symmachos), Verschwörung oder Revolution, in: Sd Nr. 8, 20.2.1881
–, Vorrede zu: Atlanticus (Karl Ballod), Produktion und Konsum im Sozialstaat, Stuttgart 1898, V–XXIV
–, Was will und kann die materialistische Geschichtsauffassung leisten?, in: NZ 15, I, 1896–97, 213–18, 228–38 und 260–71
–, Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, 2. Aufl., Berlin 1909
–, Zum 80. Geburtstag Eduard Bernsteins, in: Der Kampf 23 (1930), 7–16
Kol, Henri v., Über Colonialpolitik, in: SM 8, II, 1904, 605–17
Krätzig, Hermann, Die Stellung der Sozialdemokratie zum Anbau von Baumvolle in den Kolonien Afrikas, in: NZ 31, II, 1912–13, 284–88
–, Die Stellung der Sozialdemokratie zur Bewilligung von Reichsmitteln zum Baumvollbau, in: NZ 31, II, 1912–13, 920–24

–, Zur Rohstoffversorgung der Baumvollindustrie, in: NZ 31, II, 1912–13, 355–60
(Ledebour, Georg), Die deutsche Kolonialpolitik, Berlin o. J. (1907)
–, Zum Friedensschluss in Südafrika, in: NZ 20, II, 1901–02, 308–11
Leuthner, Karl, Allgemeine Friedensbürgschaften, in: SM 14, II, 1910, 1017–20
–, Die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie in der auswärtigen Politik, in: SM 12, III, 1908, 1126–31
–, Der britische Imperialismus, in: SM 15, I, 1911, 365–72
–, Demokratie und Selbstbehauptung der Nation, in: SM 12, I, 1908, 402–08
–, Der entblätterte Dreibund, SM 13, III, 1909, 1472–81
–, Friedens-Konferenzen und Friedens-Bürgschaften, in: NG 3 (1907), 85–93
–, Herrenvolk und Pöbelvolk, in: SM 13, I, 1909, 475–81
–, Die internationale Politik des deutschen Proletariats, in: NG 1 (1905), 306–09
–, Die Internationale und der Krieg, in: NG 2 (1906), 137–40
–, Das Kolonialproblem, in: NG 3 (1907), 225–29
–, Das kontinentale Deutschland, in: SM 19, I, 1913, 283–87
–, Der Krieg als eine moralische Anstalt betrachtet, in: SM 19, I, 1913, 15–22
–, Das Machtproblem und die Demokratie, in: SM 19, III, 1913, 1089–93
–, Politische und humanitäre Idee, in: SM 13, II, 1909, 753–59
–, Tripolitanischer Lehrkurs, SM 15, III, 1911, 1383–87
–, Umlernen, in: SM 13, i, 1909, 558–69
–, Vom Seekrieg zum Landkrieg, in: SM 16, I, 1912, 347–51
–, Wozu – wohin?, in: SM 16, II, 1912, 594–98
Liebknecht, Wilhelm, Kreta und die Sozialdemokratie, in: Vorwärts Nr. 58, 10.3.1897
–, Schwindel und kein Ende, in: Sd Nr. 35, 28.8.1884
–, Weltpolitik, Chinawirren, Transvaalkrieg. Eine Rede gehalten zu Dresden im 'Trianon' am 28. juli 1900, Dresden 1900
–, Zur Dampfersubvention, in: Sd nr. 2, 8.1.1885
Luxemburg, Rosa, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, 4. Aufl., Frankfurt 1970 (1913)
–, Gesammelte Werke, Berlin 1979–83
MacDonald, J.R., Probleme der Demokratie in England, in: NZ 14, I, 1895–96, 357–65 und 394–402
Marchlewski-Karski, Julian, Imperialismus oder Sozialismus?. Arbeiten über die Entwicklung des Imperialismus und den antimonopolisti-

schen Kampf der Arbeiterklasse 1895 bis 1919, Frankfurt am Main 1978
Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin 1979 (1867, 1890) und id., Dritter Band, in: Marx & Engels, Werke, Bd 25, Berlin 1973 (1894)
– & Engels, Friedrich, On Colonialism, 6. Aufl., Moscow 1976
Maurenbrecher, Max, Englische oder proletarische Politik, in: SM 13, II, 1909, 624–29
Mehring, Franz, Gesammelte Schriften, Bd. 4, 7, 14 und 15, Berlin 1963, 1980, 1964 und 1966
–, Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie, IV Bd. Bis zum Erfurter Programm, Berlin und Stuttgart 1922
–, Der Landsturm der Philister, in: NZ 25, I, 1906–07, 521–23
Naumann, Friedrich, Bebel und Bernstein. Vortrag gehalten in öffentlicher Versammlung zu Berlin, Schöneberg-Berlin o. J. (1899)
–, Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik, Berlin-Schöneberg 1900
Pannekoek, Anton, Kanonen gegen Volksrechte, in: LV Nr. 105, 9.5.1914
–, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, in: NZ 31, I. 1912–13, 272–81 und 365–73
–, Massenaktion und Revolution, in: NZ 30, II, 1911–12, 541–50 und 609–16
–, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1973 (1909)
–, Das Wesen unserer Gegenwartsforderungen, in: NZ 30, II, 1911–12, 810–17
–, Zum Schluss, in: NZ 31, I, 1912–13, 611–12
Parvus (Alexander Helphand), Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch, Leipzig 1907
–, Der Opportunismus in der Praxis. 5. Der Bernsteinsche Revisionismus, in: NZ 19, II, 1900–01, 740–48
Pease, Edward, Die Fabian Society, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, I Bd, Leipzig 1911, 333–53
–, The History of the Fabian Society, London 1916
Quessel, Ludwig, Auf dem Weg zum Weltreich, in: SM 19, II, 1913, 659–66
–, Aufgaben sozialdemokratischer Kolonialpolitik, in: SM 16, III, 1912, 1491–96
–, Die Baumvollfrage und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, in: SM 19, I, 1913, 466–71
–, Die Furcht vor dem Imperialismus, in: SM 16, I, 1912, 549–55

–, Gebrauchswert- und Mehrwerterzeugung in den Kolonien, in: SM 20, I, 1914, 339–44
–, Die Möglichkeit einer Änderung der deutschen Politik, in: SM 14, II, 1910, 865–71
–, Nach 10 Jahren, in: SM 19, III, 1913, 1069–75
–, Die Neuaufteilung Afrikas, in: SM 19, II, 1913, 713–18
–, Die Ökonomie des Gebärstreiks, in: SM 19, III, 1913, 1319–25
–, Die ökonomische Bedeutung des Imperiums, in: SM 16, II, 1912, 707–15
–, Das parlamentarische Regierungssystem und der Imperialismus, in: SM 20, I, 1014, 546–51
–, Die Philosophie des Gebärstreiks, in: SM 19, III, 1913, 1609–18
–, Sozialdemokratie und tropische Landwirtschaft, in: NZ 31, II, 1912–13, 774–81
–, Verständigung und Imperialismus, in: SM 19, I, 1913, 333–39
–, Von der Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben, in: SM 20, I, 1914, 116–20
–, Der Wert unserer Kolonieen, in: SM 16, III, 1912, 1124–31
Radek, Karl, Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse, Bremen 1912
–, Die Lage in Marokko, in: NZ 28, I, 1909–10, 580–87
–, Die Liquidation der Marokkofrage, in: NZ 30, I, 1911–12, 261–69 und 314–23
–, Der neue Marokkokurs Deutschlands, in: NZ 29, II, 1910–11, 649–59
–, Zu unserem Kampfe gegen den Imperialismus, in: NZ 30, II, 1911–12, 194–99 und 233–41
Sanders, Stephen, The Socialist Movement in Germany (Fabian Tract Nr. 169), London 1913
Schippel, Max, Britisches Weltreich und Reichsgedenktag, in: SM 16, II, 1912, 643–50
–, Consument und Producent, in: SM 4, 1900, 783–95
–, Dampfersubvention und Parteientwicklung, in: SM 20, II, 1914, 664–72
–, Freihandel, Zoll und Protektionismus, in: SM 15, II, 1911, 889–98
–, Das Grundgeheimnis des Imperialismus, in: SM 19, I, 1913, 147–52
–, Die Handels- und Wirtschaftspolitik und die Arbeiter, in: SM 4, 1900, 542–48
–, Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag, in: SM 16, III, 1912, 1271–76
–, Imperialismus und Manchestertum, in: SM 16, III, 1912, 1101–19

–, Kolonialbegeisterung, Atlanticus und K. Kautsky, in: SM 16, II, 1912, 784–90
–, Kolonialpolitik, in: SM 12, I, 1908, 3–10
–, Marxismus und koloniale Eingeborenenfrage, in: SM 12, I , 1908, 273–85
–, Textilarbeiter und koloniale Rohstoffversorgung, in: SM 20, II, 1914, 954–61
–, Tropenerschliessung und europäische Wirtschaftsentwicklung, in: SM 12, I, 1908, 81–91
–, Was ist eigentlich eine Kolonie, und was ist Kolonialpolitik?, in: SM 11, II, 1907, 817–22
Shaw, George Bernard, An Autobiography 1856–1898. Selected from his writings by Stanley Weintraub, London 1970
–, Die englischen Fabier und die deutsche Sozialdemokratie, in: Deutsche Worte 24 (1904), 367–78
–, The Fabian Society. What it has done & how it has done it (Fabian Tract Nr. 41), London 1892
–, Fabianism and the Empire. A Manifesto by the Fabian Society, London 1900
–, Die Politik der Fabier und der englische Socialismus, in: Sidney Webb (Hrsg.), Der socialismus in England geschildert von englischen Socialisten, Göttingen 1898, 59–70
–, Socialism at the International Congress, in: Cosmopolis, September 1896, 658–73
Stampfer, Friedrich, Die Weltpolitik des Proletariats, in: NG 2 (1906), 125–26
Vliegen, W. H., Die niederländische Sozialdemokratie und die Kolonialpolitik, in: NG 3, (1907), 492–97
Vollmar, Georg v., Reden und Schriften zur Reformpolitik. Ausgewählt und eingeleitet von Willy Albrect, Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1977
Webb, Beatrice, My Apprecenticeship, Cambridge 1979 (1926)
–, Our Partnership, Cambridge 1975 (1948)
Webb, Sidney, Wahrer und falscher Socialismus, in: id. (Hrsg.), Der Socialismus in England geschildert von englischen Socialisten, Göttingen 1898, 29–58
Wolf, Julius, Das 'Ende' des wissenschaftlichen Sozialismus?, in: Zeitschrift für Socialwissenschaft 4 (1901), 617–25
Zetkin, Clara, Der Internationale Sozialistische Kongress zu Stuttgart, in: Die Gleichheit Nr. 18, 2.9.1907

6 Forschungsliteratur

Abendroth, Wolfgang, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, 3. Aufl., Mainz 1974

–, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 12. Aufl., Frankfurt am Main 1978

Albertin, Lothar, Das Friedensthema bei den Linksliberalen vor 1914: Die Schwäche ihrer Argumente und Aktivitäten, in: Holl/List (Hrsg.), 89–108

Albertini, Rudolf v. (in Verbindung mit Albert Wirz), Europäische Kolonialherrschaft 1880–1940, Zürich 1976

–, Kolonialherrschaft und Unterentwicklung, in: Walter Fürnrohr (Hrsg.), Afrika im Geschichtsunterricht europäischer Länder. Von der Kolonialgeschichte zur Geschichte der Dritten Welt, München 1982, 49–67

– (Hrsg.), Moderne Kolonialgeschichte, Köln, Berlin 1970

Allet, John, New Liberalism. The Political Economy of J.A. Hobson, Toronto, Buffalo, London 1981

Angel, Pierre, Eduard Bernstein et l'Evolution du Socialisme Allemand, Paris 1961

Arch, Robert, Ernest Belfort Bax. Thinker and Pioneer. London o. J.

Ascher, Abraham, Imperialists within German Social Democracy prior to 1914, in: Journal of Central European Affairs 20 (1960/61), 397–422

–, 'Radical' Imperialists within German Social Democracy, 1912–1918, in: Political Science Quarterly, 4/1961, 555–75

Avineri, Shlomo, Introduction in: id. (ed.), Karl Marx on Colonialism and Modernization, New York 1969, 1–31

Bade, Klaus J., Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution-Depression-Expansion, Freiburg i. Br. 1975

–, Die deutsche Kolonialexpansion in Afrika: Ausgangssituation und Ergebnis, in: Walter Fürnrohr (Hrsg.), Afrika im Geschichtsunterricht europäischer Länder, München 1982, 13–47

–, Imperialismusforschung und Kolonialhistorie, in: Geschichte und Gesellschaft, 1/1983, 138–50

Balfour, Michael, Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1979

Bartel, Horst, u.a. (Hrsg.), Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, Berlin 1970

–, Zur Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts, in: BGA, 2/1977, 199–218

– /Schröder, Wolfgang/ Seeber, Gustav/ Wolter, Heinz, Der Sozialdemokrat 1879–1890. Ein Beitrag zur Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz, Berlin 1975

– /Schröder, Wolfgang/ Seeber, Gustav, Das Sozialistengesetz 1878–1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz, Berlin 1980

Baumgart, Winfried, Der Imperialismus, Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880–1914, Wiesbaden 1975

Beier, Gerhard, Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte einer umstrittenen Kategorie, in: id., Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1976, 9–71

Berghahn, Volker R., Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II., Düsseldorf 1971

Blackbourn, David and Eley, Geoff, The Peculiarities of German History. Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany, Oxford 1984

Blanch, M.D., British Society and the War, in: Warwick (ed.), 210–38

Bley, Helmut, Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der Britischen Regierung und Edition der Dokumente. Mit einem Vorwort von Gustav W. Heinemann, Göttingen 1975

–, Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914, Hamburg 1968

Blumenberg, Werner, Kämpfer für die Freiheit, 3. Aufl., Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1977

Bock, Hans Manfred, Die 'Literaten- und Studentenrevolte' der Jungen in der SPD um 1890, in: Das Argument, März 1971, 22–41

Böhme, Helmut, An Introduction to the Social and Economic History of Germany. Politics and Economic Change in the Nineteenth and Twentieth Century, Oxford 1978

Boll, Friedhelm, Frieden ohne Revolution? Friedensstrategie der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918, Bonn 1980

Borchardt, Knut, The Industrial Revolution in Germany 1700–1914, in:

Carlo M. Cipolla (ed.), The Fontana Economic History of Europe 4 (1), Glasgow 1975, 77–160
Born, Karl Erich, Structural Changes in German Social and Economic Development at the End of the Nineteenth Century, in: James J. Sheehan (ed.), Imperial Germany, New York 1976, 16–38
–, Von der Reichsgründung bis zum I. Weltkrieg, in: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3, Stuttgart 1973, 224–375
Botz, Gerhard/Konrad, Helmut, Die Stellungnahmen Otto Bauers und anderer österreichischer Sozialdemokraten zum Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg, in: ITH-Tagungsberichte 6 (1974), 46–56
Braunthal, Julius, History of the International 1864–1914, London and Edinburg 1966
Breitman, Richard, Negative Integration und Parliamentary Politics: Literature on German Social Democracy, 1980–1913, in: Central European History 13 (1890), 175–97
Breuer, Alfons, Sozialistische Monatshefte (1895–1933), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1973, 265–80
Breuilly, John, Arbeiteraristokratie in Grossbritannien und Deutschland. Ein Vergleich, in: Ulrich Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, 497–527
Brewer, Anthony, Marxist theories of imperialism. A critical survey, London, Boston and Henley 1980
Britain, Ian, Fabianism and Culture. A Study in British Socialism and the Arts, c. 1884–1918, Cambridge 1982
Bünger, Siegfried, Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung von 1881–1895, Berlin 1962
Butterwegge, Christoph, Der Bernstein-Boom in der SPD. Grundlagen, Geschichte und Funktion der gegenwärtige Revisionismus-Renaissance, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1978, 579–92
Chickering, Roger, We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886–1914, London 1984
Clarke, Peter, Liberals and Social Democrats, Cambridge 1978
Cole, Margaret, The Story of Fabian Socialism, London 1961
Cole, Terry, Kaiser versus Chancellor: The Crisis of Bülow's Chancellorship 1905–6, in: Richard J. Evans (ed.), Society and Politics in Wilhelmine Germany, London, New York 1978, 40–70
Colletti, Lucio, Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale, Frankfurt am Main 1971
Collingwood, R. G., An Autobiography, Oxford 1939

—, An Essay on Metaphysics, Oxford 1940
—, The Idea of History, 4. Aufl., London, Oxford, New York 1973
Cornevin, Robert, Germans in Africa before 1918, in: L. H. Gann & Peter Duignan (ed.), Colonialism in Africa 1870—1960, Vol. 1, Cambridge 1969, 383—419
Craig, Gordon A., Deutsche Geschichte 1966—1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, 2. Aufl, München 1980
Crampton, R. J., August Bebel and the British Foreign Office, in: History 58 (1973), 218—32
Crothers, George Dunlap, The German Elections of 1907, New York 1941
Cummins, Ian, Marx, Engels and National Movements, London 1980
Dahlkvist, Mats, Samhälle och stat i Eduard Bernsteins revision av marxismen, in: Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia, 9—10/1976, 17—38
Darnton, Robert, Intellectual and Cultural History, in: Michael Klemmen (ed.), The Past Before Us, Ithaca and London 1980, 327—54
Demandt, Alexander, Ungeschehene Geschichte. Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn...?, Göttingen 1984
Desai, Ashok V., Real Wages in Germany 1871—1913, Oxford 1968
Domann, Peter, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen, Wiesbaden 1974
Drechsler, Horst, "Let Us Die Fighting". The Struggle of the Herero and Nama against German Imperialism (1884—1915), London 1980
—, Südwestafrika 1885—1907, in: Stoecker (Hrsg.), 29—51
Dülffer, Jost, Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika, in: Neue Politische Literatur, 4/1981, 458—73
Eisner, Freya, Kurt Eisner: Die Politik des libertären Sozialismus, Frankfurt am Main 1979
Eley, Geoff, Social Imperialism in Germany. Reformist Synthesis or Reactionary Sleight of Hand?, in: Joachim Radkau und Imanuel Geiss (Hrsg.), Imperialismus im 20. Jahrhundert. Gedenkschrift für George W.F. Hallgarten, München 1976, 71—86
Elm, Ludwig, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der antiimperialistische Volksaufstand (Boxeraufstand) in China im Jahre 1900. Ein Beitrag zur Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen die imperialistische Kolonialpolitik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena 7 (1957/58), 307-16

Emig, Brigitte, Die Veredelung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung, Frankfurt am Main 1980
– / Schwarz, Max/Zimmermann Rüdiger, Literatur für eine neue Wirklichkeit. Bibliographie und Geschichte des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. 1881 bis 1981, Berlin, Bonn 1981
Engelberg, Ernst, Revolutionäre Politik und rote Feldpost 1878–1890, Berlin 1959
Engelsing, Rolf, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1976
Epstein, Klaus, Erzberger and the German Colonial Scandals, 1905–1910, in: English Historical Review 74 (1959), 637–63
Etherington, Norman, The capitalist theory of capitalist imperialism, in: History and Political Economy 15 (1983), 38–62
–, Reconsidering Theories of Imperialism, in: History and Theory, 1/ 1982, 1–36
Fetscher, Iring, Marxistische Porträts, Bd. II: Intellektuelle, Stuttgart, Bad-Cannstatt 1975
Fieldhouse, D. K., The Colonial Empires. A Comparative Survey from the Eighteenth Century, London 1971
–, Colonialism 1870–1945. An Introduction, London 1981
Fisch, Jörg, Die europäische Expansion und das Völkerrecht. Die Auseinandersetzungen um den Status der überseeischen Gebiete vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stuttgart 1984
Fischer, Fritz, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979
–, Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969
–, Zum 18. Januar 1971, in: id., Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus, Büsseldorf 1977, 316–21
Fletcher, Roger, Bernstein in Britain: Revisionism and Foreign Affairs, in: The International History Review 1 (1979), 351–75
–, British Radicalism and German Revisionism: The Case of Eduard Bernstein, in: The International History Review 4 (1982), 339–70
–, An English Advocate in Germany: Eduard Bernstein's Analysis of Anglo-German Relations 1900–1914, in: Canadian Journal of History 13 (1978), 209–35
–, Cobden as Educator: The Free-Trade Internationalism of Eduard Bernstein, 1899–1914, in: The American Historical Review 88 (1983), 561–78

–, In the interest of peace and progress: Eduard Bernstein's socialist foreign policy, in: Review of International Studies 9 (1983), 79–93
–, Karl Leuthner's Greater Germany: the pre-1914 Pan-Germanism of an Austrian Socialist, in: Canadian Review of Studies in Nationalism 9 (1982), 57–79
–, Recent Developments in West German Histriography: the Bielefeld School and Its Critics, in: German Studies Review 7 (1984), 451–80
–, Revisionism and Empire: Joseph Bloch, the *Sozialistische Monatshefte* and German Nationalism, 1907–14, in: European Studies Review 10 (1980), 459–85
–, Revisionism and Empire: Socialist Imperialism in Germany 1897–1914, London 1984
–, Revisionism and Nationalism: Eduard Bernstein's Views on the National Question, 1900–1914, in: Canadian Review of Studies in Nationalism 11 (1984), 103–17
–, Revisionism and Militarism: War and Peace in the pre-1914 Thought of Eduard Bernstein, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 31 (1982), 23–36
–, A Revisionist Dialogue on Wilhelmine *Weltpolitik*: Joseph Bloch and Kurt Eisner 1907–1914, in: IWK, 4/1980, 453–77
–, A Revisionist Looks at Imperialism: Eduard Bernstein's Critique of Imperialism and *Kolonialpolitik,* 1900–14, in: Central European History 12 (1979), 237–71
–, Socialist Nationalism in Central Europe before 1914: the Case of Karl Leuthner, in: Canadian Journal of History 17 (1982), 27–57
Forbes, Ian, Social Imperialism and Wilhelmine Germany, in: The Historical journal 22 (1979), 331–49
Frei, Herbert, Fabianismus und Bernstein'scher Revisionismus 1884–1900. Eine ideologisch-komparatistische Studie über wissenschaftstheoretische, philosophische, ökonomische, staatstheoretische und revolutionstheoretische Aspekte der Marx'schen, fabischen und Bernstein'schen Theorie, Bern 1979
Fricke, Dieter, Auf dem Weg nach Mannheim. Zum Verhältnis zwischen der Sozialdemokatischen Partei Deutschlands und den Freien Gewerkschaften zu Beginn der Epoche des Imperialismus, in: ZfG, 4/1977, 430–50
–, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1914. Ein Handbuch, Berlin 1976
–, Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahlen von 1907, in: ZfG, 9/1961, 538–76
–, Eine Musterzeitschrift des Opportunismus. Die 'Sozialistische Monats-

hefte' am Ende der relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland (1909), in: ZfG, 10/1973, 1209–28
–, Nationalsoziale Versuche zur Förderung der Krise der deutschen Sozialdemokratie. Zum Briefwechsel zwischen Max Maurenbrecher und Friedrich Naumann, in: BGA, 4/1983, 537–48
–, Neue bürgerliche und sozialreformistische Literatur über den Revisionismus Eduard Bernsteins, in: ZfG, 8/1979, 770–74
–, Die nichtproletarischen Demokraten in der Epoche des Imperialismus und des Vorabends der proletarischen Revolution (1878/98 bis 1917), in: Autorenkollektiv u.d. Leitung von Dieter Fricke, Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945, Berlin 1981, 120–75
–, Die Organisationsfrage in der internationalen Arbeiterbewegung am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: ZfG, 10/1974, 1060–82
–, Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von seiner Gründung bis zu den Reichstagswahlen von 1907, in: ZfG, 2/1959, 237–80
–, Die 'Sozialistische Monatshefte' und die imperialistische Konzeption eines Kontinentaleuropa (1905–1918), in ZfG, 5/1975, 528–37
–, Zum Bruch Eduard Bernsteins mit den 'Sozialistischen Monatsheften' im Herbst 1914, in: BGA, 3/1975, 454–68
–, Zur Rückkehr Eduard Bernsteins in das Deutsche Reich 1901, in: ZfG, 12/1974, 1341–47
Friedmann, Wolfgang, Law in a Changing Society, London 1959
Frölich, Paul, Rosa Luxemburg. Her Life and Work, 2. Aufl., New York, London 1972
Fuchs, Walther Peter, Bundestaaten und Reich. Der Bundesrat, in: Pflanze (Hrsg.), 239–56
Fülberth, Georg, Karl Kautskys 'Der Weg zur Macht' und seine Kontroverse mit dem Parteivorstand der SPD 1909, in: Kautsky, Der Weg zur Macht, Frankfurt am Main 1972, VII–XXIII
– Zur Genese der Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument, März 1971, 1–21
–/Harrer, Jürgen, Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt 1974
Gadamer, Hans-Georg, Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, 4. Aufl., Tübingen 1975
Gall, Lothar, 'Sünderfall' des liberalen Denkens oder Krise der bürgerlich-liberalen Bewegung. Zum Verhältnis von Liberalismus und Imperialismus in Deutschland, in: Holl/List (Hrsg.), 148–58
Gay, Peter, The Dilemma of Democratic Socialism. Eduard Bernstein's Challenge to Marx, New York 1952

Gann, L.H., Economic Development in Germany's African Empire, 1884–1914, in: Peter Duignan/L.H. Gann (eds.), Colonialism in Africa 1870–1960, Vol. 4: The Economics of Colonialism, Cambridge 1975, 213–55
–/Duignan, Peter, The Rulers of German Africa 1884–1914, Stanford 1977
Geary, Dick, European Labour Protest 1848–1939, London 1984
Geiss, Imanuel, German Foreign Policy, 1871–1914, London 1976
–, Sozialstruktur und imperialistische Dispositionen im Zweiten Deutschen Kaiserreich, in: Holl/List (Hrsg.), 40–61
Gemkow, Heinrich, Friedrich Engels und das Alternativprogramm der deutschen Sozialdemokratie gegenüber dem Hohenzollernreich, in: Hans Pelger (Hrsg.), Friedrich Engels 1820–1970. Referate, Diskussionen, Dokumente, Hannover 1971, 99–106
Geras, Norman, The Legacy of Rosa Luxemburg, London 1976
Gilbert, Felix, Intellectual History: Its Aims and Methods, in: Daedalus, 1/1971, 80–97
Gneuss, Christian, Die historischen und ideologischen Voraussetzungen für die Herausbildung des Revisionismus bei Eduard Bernstein, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), 72–85
–, Um den Einklang von Theorie und Praxis. Eduard Bernstein und der Revisionismus, in: Iring Fetscher (Hrsg.), Marxismusstudien, Tübingen 1957, 198–226
Goldberg, Harvey, The Life of Jean Jaurès, Madison, Milwaukee and London 1968
Gollwitzer, Heinz, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd II: Zeitalter des Imperialismus und der Weltkriege, Göttingen 1982
Grebing, Helga, Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1985
–, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Ein Überblick, München 1966
– Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum "Prager Frühling", München 1977
–/von der Brelie-Lewien, Grundprobleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bemerkungen zu einigen Gesamtdarstellungen und Spezialstudien, in: Archiv für Sozialgeschichte 23 (1983), 555–73
–/Kramme, Monika, Die Herausbildung des Revisionismus vor dem Hintergrund der Situation der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), 59–71
Groh, Dieter, Imperialismus, in: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches

Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd.3, Stuttgart 1982, 175–221
–, Intensification of Work and Industrial Conflict in Germany, 1896–1914, in: Politics & Society 8 (1978), 349–97
–, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 1909–1914, Frankfurt am Main, Berlin 1973
Gründer, Horst, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 1985
Gustafsson, Bo, Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen, 2 Bde, Frankfurt am Main 1972
–, A New Look at Bernstein: Some Reflections on Reformism and History, in: Scandinavian Journal of History, 4/1978, 275–96
Hall, Alex, Scandal, Sensation and Social Democracy. The SPD Press and Wilhelmine Germany 1890–1914, Cambridge 1977
Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Aussenpolitik europäischer Grossmächte vor dem ersten Weltkrieg, 2 Bde, 2. Aufl., München 1963
Hamer, D. A., Liberal Politics in the Age of Gladstone and Rosebury. A Study in Leadership and Policy, Oxford 1972
Hampe, Peter, Die 'ökonomische Imperialismustheorie'. Kritische Untersuchungen, München 1976
Handke, Horst, Einige Probleme der Sozialstruktur im imperialistischen Deutschland vor 1914, in: Jahrbuch für Geschichte 15, Berlin 1977, 261–88
Haupt, Georges, Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, Neuwied und Berlin 1970
–, Socialism and the Great War. The Collapse of the Second International, Oxford 1972
–/Reberioux, Madeleine, L'attitude de l'Internationale, in: id. (Hrsg.), La deuxieme Internationale et l'Orient, Paris 1967, 17–48
Haupt, Heinz-Gerhard/Jost, Annette/Leithäuser, Gerhard/Mückenberger, Ulrich/Steinberg, Hans-Josef, Der Politische Streik – Geschichte und Theorie, in: Heinz-Gerhard Haupt, u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung – Geschichte und Theorie 1981: Politischer Streik, Frankfurt am Main 1981, 13–53
Hausen, Karin, Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Wirtschaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1914, Zürich, Freiburg i. Br. 1970
Havighurst, Alfred F., Radical Journalist: H. W. Massingham (1860–1924), Oxford 1974

Heckart, Beverly, Form Bassermann to Bebel. The Grand Bloc's Question for Reform in the *Kaiserreich*, 1900–1914, New Haven and London 1974
Heimann, Host, Einleitung zu: Bernstein, Texte zum Revisionismus, Bonn – Bad Godesberg 1977, 1–57
–/Meyer, Thomas (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongress "Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins", Berlin, Bonn 1978
Henderson, W. O., Studies in German Colonial History, 2. Aufl., London and Worcester 1976
Herméren, Göran, Influence in Art and Literature, Princeton and London 1975
Herwig, Holger H., "Luxury" Fleet: The Imperial German Navy 1888–1918, London 1980
Hesselbarth, Helmut, Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky, in: Bartel, u.a. (Hrsg.) 331–97
Hildebrand, Klaus, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870–1914), in: Heinz Dollinger, u.a. (Hrsg.), Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982, Münster 1982, 305–31
Himmelmann, Gerhard, Die Rolle der Werttheorie in Bernsteins Konzept der politischen Ökonomie des Sozialismus, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), 300–19
Hindess, Barry, Marxism and Parliamentary Democracy, in: Alan Hunt (ed.), Marxism and Democracy, London, New Jersey 1980, 21–54
Hirsch, Helmut, Der "Fabier" Eduard Bernstein. Zur Entwicklungsgeschichte des evolutionären Sozialismus, Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1977
Hobsbawm. Eric J., The Aristocracy of Labour Reconsidered, in: id., Worlds of Labour. Further Studies in the History of Labour, London 1984, 227–51
–, The Fabians Reconsidered, in: id., Labouring Men. Studies in the History of Labour, London 1964, 250–71
–, From Social History to the History of Society, in: Daedalus, 1/1971, 20–45
Hohorst, Gerd, Die sozialstatistischen Streitfragen der Revisionismusdebatte, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), 320–32
Holl, Karl, Krieg und Frieden und die liberalen Parteien, in: Holl/List (Hrsg.), 72–88
–/List, Günter (Hrsg.), Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Im-

perialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890–1914, Göttingen 1975
Hollinger, David A., Historians and the Discourse of Intellectuals, in: John Higham and Paul K. Conkin (eds.), New Directions in American Intellectual History, Baltimore and London 1980, 42–63
Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1963
Hulse, James W.,, Revolutionists in London. A Study of five unorthodox socialists, Oxford 1970
Hussain, Athar & Tribe, Keith, Marxism and the Agrarian Question, Vol. 1: German Social Democracy and the Peasantry 1980–1907, London, Basingstoke 1981
Hyrkkänen, Markku, Aatehistoriallisesta metodista (Zur ideengeschichtlichen Methode), mit der englischen Zusammenfassung 'On Method in Intellectual History'. Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtswissenschaft der Universität Tampere, 10, Tampere 1984
–, Aate- ja sosiaalihistorian suhde (Ideengeschichte und Sozialgeschichte), in: Kyösti Kiuasmaa, u.a. (Hrsg.), Yksilö ja yhteiskunnan muutos (Individuum und gesellschaftliche Veränderung), Tampere 1986, 277–86
–, Vaikuteanalyysi ja sen vaihtoehdot aatehistoriallisessa tutkimuksessa (Die Einflussanalyse und ihre Alternativen in der ideengeschichtlichen Forschung), in: Politiikka 25 (1983), 248–62
–, Vaikutteiden osoittamisen vaikeudesta ja aatehistoriallisen tutkimuksen mielekkyydestä (Die Schwierigkeit der Aufzeigung der Einflüsse und der Sinn der ideengeschichtlichen Forschung), in: Juha Teräväinen (Hrsg.), Käsitteelliseen selkeyteen/Towards Conceptual Clarity. Veröffentlichungen des Instituts für Mathematische Wissenschaften der Universität Tampere, A 151, Tampere 1985, 51–63
Irrlitz, Gerd, Bemerkungen über die Einheit politischer und theoretischer Wesenszüge des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie, in: BGA, 1/1966, 43–59
–, Geschichte der marxistischen Philosophie und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: DZfPh, 12/1965, 1417–35
Jäger, Hans-Peter, Eduard Bernsteins Panorama. Versuch, den Revisionismus zu deuten, Frankfurt am Main 1982
Jemnitz, János, The Danger of War and the Second International (1911), Budapest 1973
– /Tych, Feliks, Die II. Internationale und die Kolonialfrage, in: ITH-Tagungsberichte 12 (1981), 30–56

Joll, James, Europe since 1870. An International History, 3. Aufl., Suffolk 1978
Jones, Harry W., The Jurisprudence of Contracts, in: Gabriel M. Wilner (ed.), Jus et Societas. Essays in Tribute to Wolfgang Friedmann, The Hague 1979, 169–80
Kaulisch, Baldur, Auseinandersetzungen um die Taktik gegenüber der Arbeiterbewegung. Einige Aspekte der Beurteilung des Opportunismus durch die herrschende Klasse im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte 15, Berlin 1977, 289–327
–, Centralverband Deutscher Industrieller und Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende. Zur Klassenkampftaktik der Bourgeoisie während der Entstehung und Ausbreitung von Opportunismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie, in: Fritz Klein (Hrsg.), Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, 115–41
Kautsky, John H., J.A. Schumpeter and Karl Kautsky: Parallel Theories of Imperialism, in: Midwest Journal of Political Science 5 (1961), 101–28
Kellenbenz, Hermann, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. II: Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, München 1981
Kemp, Tom, Teorier om imperialismen, Stockholm 1972
Kennedy, Paul, German colonial expansion: has the 'manipulated Social Imperialism' been ante-dated?, in: Past and Present 54 (1972), 134–41
–, The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914, London 1980
Kiernan, V.G., Marxism and Imperialism, London 1975
Kirk, Neville, The Growth of Working Class Reformism in Mid-Victorian England, London and Sidney 1985
Kivekäs, Pekka, Karl Kautskyn käsitys imperialismista (Karl Kautskys Imperialismusdeutung), Examensarbeit, Univ. Tampere 1980
–, Karl Kautskyn suhtautuminen Venäjän lokakuun vallankumoukseen (Karl Kautskys Stellung zur Russischen Oktoberrevolution), Examensarbeit, Univ. Tampere 1978
Klär, Karl-Heinz, Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, Frankfurt am Main 1981
Klein, Fritz, Deutschland von 1897/89 bis 1977 (Deutschland in der Periode des Imperialismus bis zur Grossen Oktoberrevolution), 4. Aufl., Berlin 1977
–/Laschitza, A./Radlau, B./Tych F., Die Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Imperialismus zwischen den

Kongressen in Stuttgart und Basel (1907–1912), in: BGA, 1/1973, 42–63
Kocka, Jürgen, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin und Bonn 1983
–, Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich. Fragestellungen und Ergebnisse, in: id. (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich, Göttingen 1983, 5–18
Kolakowski, Leszek, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, 2. Bd., 2. Aufl., München 1981
Koselleck, Reinhart, Bergriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: id., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, 107–29
Kramme, Monika, Franz Mehring – Theorie und Alltagsarbeit, Frankfurt/M, New York 1980
Kraus, Rainer, Die Imperialismusdebatte zwischen Vladimir I. Lenin und Karl Kautsky. Eine vergleichende Analyse ihrer Theorien, Frankfurt am Main 1978
Kühne, Horst, Die Ausrottungsfeldzüge der 'Kaiserlichen Schutztruppen in Afrika' und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, in: Zeitschrift für Militärgeschichte 18 (1979), 206–16
Lampe, Jürgen, Probleme des Friedenskampfes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Zeit von 1897 bis 1904, in: BGA, 6/1980, 894–905
–, Das Flottengesetz von 1900 und der Kampf der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen das maritime Wettrüsten, Militärgeschichte 20 (1981), 441–50
Langewiesche, Dieter, Das Deutsche Kaiserreich – Bemerkungen zur Diskussion über Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands, in: Archiv für Sozialgeschlichte 19 (1979), 628–42
–, (Hrsg.), Das Deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche, Freiburg, Würzburg 1984
Laschitza, Annelies, Sozialdemokratie und imperialistische deutsche Mitteleuropapolitik. Ein Beitrag zur Stellung der verschiedenen Strömungen der deutschen Sozialdemokratie zur imperialistischen Aussenpolitik, in: Jahrbuch für Geschichte 15, Berlin 1977, 107–44
Lehmann, Hans Georg, Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus, Tübingen 1970
Lehnert, Detlef, Reform und Revolution in den Strategiediskussionen der klassischen Sozialdemokratie. Zur Geschichte der deutschen Arbeiter-

bewegung von den Ursprüngen bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges, Bonn – Bad Godesberg 1977
Lichtheim, George, Imperialismus, München 1972
–, Marxism. An Historical and Critical Study, London 1961
Lidtke, Vernon L., The Outlawed Party. Social Democracy in Germany 1878–1890, Princeton, New Jersey 1966
Loth, Heinrich, Deutsch-Ostafrika 1885–1906, in: Stoecker (Hrsg.), 79–92
Lübbe, Hermann, Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel 1963
MacKenzie, Norman and Jeanne, The First Fabians, London 1977
Maehl, William Harvey, August Bebel. Shadow Emperor of the German Workers, Philadelphia 1980
–, Bebel's Fight Against the *Schlachtflotte,* Nemesis to the Primacy of Foreign Policy, in: Proceedings of the American Philosophical Society 121 (1977), 209–226
–, German Social Democratic Agrarian Policy, 1890–1895, Reconsidered, in: Central European History 13 (1980), 121–57
–, German Socialist Opposition to the *Tirpitz Plan*: Bebel and the Naval Law of 1900, in: The Historian 40 (1978), 704–28
Mager, Günter, Die deutsche Sozialdemokratie und die Aufstände der Herero und Nama in Südwestafrika (1904–1907), Diss., MS, Halle 1966
Mandelbaum, Kurt, Sozialdemokratie und Imperialismus (Nachdruck der 1926 (Frankfurt am Main) erschienenen Dissertation: Erörterungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus (1895–1914)), in: id., Sozialdemokratie und Leninismus. Zwei Aufsätze, Berlin 1974, 3–47
Marcuse, Herbert, Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, 3. Aufl., Darmstedt und Neuwied 1977
Matthew, H. C. G., The Liberal Imperialists. The ideas and politics of a post-Gladstonian élite, Oxfod 1973
Matthias, Erich, Kautsky und der Kautskyanismus. Der Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrige, in: Iring Fetscher (Hrsg.), Marxismusstudien, Tübingen 1957, 151–97
–/Miller, Susanne, Eduard Davids politischer Werdegang, in: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4, Düsseldorf 1966, XI–XXXIV

McBriar, A.M., Fabian Socialism and English Politics 1884–1918, Cambridge 1962
McLellan, David, Marxism after Marx. An Introduction, 2. Aufl., London and Basingstoke 1980
Melotti, Umberto, Marx and the Third World, London and Basingstoke 1977
Meyer, Thomas, Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1977
Milatz, Alfred, Reichstagswahlen und Mandatsverteilung 1871 bis 1918. Ein Beitrag zu Problemen des absoluten Mehrheitswahlrechts, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), 207–23
Miller, Susanne, August Bebel und die Massen, in: H.–P. Harstick, u.a. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Geschichte. Festschrift für Shlomo Na'aman zum 70. Geburtstag, Trier 1983, 56–62
–, Bernsteins Haltung im Ersten Weltkrieg und in der Revolution 1918/19, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), 213–21
–, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit, 2. Aufl., Berlin, Bonn – Bad Godesberg 1977
Mitchell, Harvey, Jean Jaurès: Socialist Doctrine and Colonial Problems, in: Canadian Journal of History 1 (1966), 22–45
Mittmann, Ursula, Das Postulat der innerparteilichen Demokratie. Der Dampfersubventionsstreit 1884/85, in: IWK, 1/1975, 1–29
Mock, Wolfgang, Imperiale Herrschaft und nationale Interesse. 'Constructive Imperialism' oder Freihandel in Grossbritannien vor dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1982
Mommsen, Hans, Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang J. Mommsen und Hans-Gerhard Husung (Hrsg.), Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Grossbritannien 1880–1914, Stuttgart 1984, 475–95
–, Nationalismus und nationale Frage im Denken Eduard Bernsteins, in: id., Arbeiterbewegung und nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1979, 109–24
Mommsen, Wolfgang J., Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen, 2. Aufl., Göttingen 1980
–, Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 als dilatorischer Herrschaftskompromiss, in: Pflanze (Hrsg.), 195–216
–, Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus, in: Holl/List (Hrsg.), 109–47

–, Zur Entwicklung des Englandbildes der Deutschen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, in: Lothar Kettenacker, u.a. (Hrsg.), Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluke, München 1981, 375–97

Monteleone, Renato, Der 'Jingoismus' und die Parteien der II. Internationale, in: ITH-Tagungsberichte 12 (1981), 83–89

Moorhouse, H. F., The Marxist theory of the labour aristocracy, in: Social History, 1/1978, 61–82

Morgan, David W., The Father of Revisionism Revisited: Eduard Bernstein, in: The Journal of Modern History 51 (1979), 525–32

Moring, Karl-Ernst, Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890–1914. Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens, Hannover 1968

Mrossko, Kurt-Dietrich, Richard Calwer. Wirtschaftstheoretiker und Schriftsteller 1868–1927, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken, 12. Bd., Stuttgart 1972, 362–84

Müller, Eckhard, Zum politischen Wirken des Revisionisten Eduard David in der deutschen Sozialdemokratie 1894–1907, in: BGA, 4/1981, 569–82

Müller, Günther, Sozialdemokratie und Kolonialpolitik vor 1914, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/1968, 16–24

Nettl, Peter, The German Social Democratic Party 1898–1914 as a Political Model, in: Past and Present 30 (1965), 65–95

–, Rosa Luxemburg, 2 Vols, London 1966

Neuman, Robert P., Geburtenkontrolle der Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Deutschland, in: Dieter Langewiesche und Klaus Schönhoven (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschraft im Zeitalter der Industrialisierung, Paderborn 1981, 187–205

Newton, Douglas J., British labour, European socialism and the struggle for peace, 1889–1914, Oxford 1985

Nishikawa, Masao, Zivilisierung der Kolonien oder Kolonisierung durch Zivilisation? Die Sozialisten und die Kolonialfrage im Zeitalter des Imperialismus, in: Joachim Radkau und Imanuel Geiss (Hrsg.), Imperialismus im 20. Jahrhundert. Gedenkschrift für George W. F. Hallgarten, München 1976, 87–112

Nowka, Harry, Das Machtverhältnis zwischen Partei und Fraktion in der SPD. Eine historisch-empirische Untersuchung, Köln 1972

Nussbaum, Arthur, A Concise History of the Law of Nations, New York 1947

Owtscharenko, Nikolai, Franz Mehrings Beitrag zur Strategie der deutschen Arbeiterbewegung in der Epoche des Imperialismus, in: ZfG, 7/1973, 773–90
–, Zur Herausbildung der aussenpolitischen Konzeption der Sozialdemokratie im Kampf gegen die imperialistische 'Weltpolitik' an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Bartel, u.a. (Hrsg.), 527–86
Paastela, Jukka, Marx's and Engels' concepts of the parties and political organizations of the working class, Tampere 1985
Pachter, Henry, The Ambiguous Legacy of Eduard Bernstein, in: Dissent, Spring 1981, 203–16
Papcke, Sven, Karl Kautsky und der historische Fatalismus, in: Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 3, Frankfurt am Main 1975, 231–46
–, Nicht zweckfrei, aber zwecklos! – Wiederbelebungsversuche an Bernstein, in: Die Neue Gesellschaft, 3/1978, 228–32
–, Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform. Fragen und Vergleiche, Stuttgart 1979
Paul, Diane, 'In the Interest of Civilization': Marxist Views of Race and Culture in the Nineteenth Century, in: Journal of the History of Ideas, 1/1981, 115–38
Paul, Hans-Holger, Marx, Engels und die Imperialismustheorie der II. Internationale, Hamburg 1978
Petter, Wolfgang, Armee und Flotte in Staat und Gesellschaft, in: Langewiesche (Hrsg.), 117–26
Pflanze, Otto (unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner) (Hrsg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München, Wien 1983
Pierson, Stanley, Ernest Belfort Bax 1854–1926: The Encounter of Marxism and Late Victorian Culture, in: Journal of British Studies 12 (1972), 39–60
–, Marxism and the Origins of British Socialism, Ithaca and London 1973
Porter, Andrew N., British Imperial Policy and South Africa 1895–9, in: Warwick (ed.), 37–56
–, The origins of the South African War. Joseph Chamberlain and the diplomacy of imperialism 1895–99, Manchester 1980
Porter, Bernard, Critics of Empire. British Radical attitudes to colonialism in Africa 1895–1914, London 1968
–, The Lion's Share. A Short History of British Imperialism 1850–1970, London and New York 1975
–, The Pro-Boers in Britain, in: Warwick (ed.), 239–57
Price, Richard, An Imperial War and the British Working Class. Working-

Class Attitudes and Reactions to the Boer War 1899–1902, London, Toronto 1972
–, Society, Status and Jingoism: the Social Roots of Lower Middle Class Patriotism, 1870–1900, in: Geoffrey Crossick (ed.), The Lower Middle Class in Britain 1870–1914, London 1977, 89–112
Quataert, Jean H., Reluctant Feminists in German Social Democracy, 1885–1917, Princeton, New Jersey 1979
Radczun, Günter, Zum Kampf Eduard Bernsteins gegen die marxistische Lehre vom Staat und von der proletarischen Revolution, in: BGA, 3/1966, 446–60
Ramm, Agatha, Great Britain and France in Egypt, 1876–1882, in: Prosser Gifford and Roger Louis (eds.), France and Britain in Africa. Imperial Rivalry and Colonial Rule, New Haven and London 1971, 73–119
Ratz, Ursula, Karl Kautsky und die Abrüstungskontroverse in der deutschen Sozialdemokratie 1911–12, in: International Review of Social History 11 (1966), 197–227
–, Georg Ledebour 1850–1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin 1969
–, Unser politischer Einfluss wächst mit unserer wirtschaftlichen Macht. Aus einer Korrespondenz zwischen Adolph von Elm und Joseph Bloch, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 68, Hamburg 1982, 113–56
Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977
Reichel, Edgar, Der Sozialismus der Fabier. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des modernen Sozialismus in England, Heidelberg 1947
Reinhard, Wolfgang, 'Sozialimperialismus' oder 'Entkolonisierung der Historie'? Kolonialkrise und 'Hottentottenwahlen' 1904–1907, in: Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 97/98 (1978), 384–417
Richter, Friedrich/Wrona, Vera, Neukantianismus und Sozialreformismus, in: DZfPh, 3/1974, 269–88
Rikli, Erika, Der Revisionismus. Ein Revisionsversuch der deutschen marxistischen Theorie 1890–1914, Zürich 1936
Ritter, Gerhard A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900, Berlin–Dahlem 1959
–, Die deutschen Parteien 1890–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985
–, Entwicklungsprobleme des deutschen Parlamentarismus, in: Ritter (Hrsg.), 11–54

–, (Hrsg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974
–, Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin, Bonn 1980
Rogers, Kendall H., Eduard Bernstein Speaks to the Fabians: A Turning Point in Social Democratic Thought?, in: International Review of Social History 28 (1983), 320–38
Rosenberg, Hans, Political and Social Consequences of the Great Depression of 1873–1896 in Central Europe, in: James J. Sheehan (ed.), Imperial Germany, New York, London 1976, 39–60
Roth, Guenther, The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration, Totowa, New Jersey 1963
Saldern, Adelheid v., Arbeiterradikalismus – Arbeiterreformismus. Zum politischen Profil der sozialdemokratischen Parteibasis im Deutschen Kaiserreich. Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Vergleichsstudien, in: IWK, 4/1984, 483–98
Salvadori, Massimo, Karl Kautsky and the Socialist Revolution 1880–1938, London 1979
Sandkühler, Hans Jörg, Die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem Kapital-Verhältnis. Zum Determinismus-Problem, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), 225–49
–, Historisches Materialismus und die Analogie von Natur und Gesellschaf. Zum Determinismus-Problem in der Arbeiterbewegung, in: DZfPh, 1/1979, 31–45
–, Kant, neukantianischer Sozialismus, Revisionismus, in: id. und Rafael de la Vega (Hrsg.), Marxismus und Ethik, Frankfurt am Main 1974, 7–44
Saul, Klaus, Staat, Industrie und Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Aussenpolitik des Wilhelminischen Deutschlands 1903–1914, Düsseldorf 1974
Saul, S. B., The Myth of the Great Depression, 1873–1896, 3. Aufl., London and Basingstoke 1972
Schiefel, Werner, Bernhard Dernburg 1865–1937. Kolonialpolitiker und Bankier im Wilhelminischen Deutschland, Zürich und Freiburg i. Br. o. J. (1974)
Schleiermacher, Friedrich, Dialektik. Hrsg. von Rudolf Odebrecht, Darmstadt 1976
Schlesinger, Rudolf, Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale, Frankfurt am Main 1970

Schmidt, Gustav, Parlamentarisierung oder 'Präventive Konterrevolution'? Die deutsche Innenpolitik im Spannungsfeld konservativer Sammlungsbewegungen und latenter Reformbestrebungen 1907—1914, in: Ritter (Hrsg.), 249—78
Schoenbaum, David, Zabern 1913. Concensus Politics in Imperial Germany, London 1982
Scholing, Michael, Bernstein-Renaissance in der deutschen Sozialdemokratie, in: Zukunft, 5/1980, 42—45
Schönhoven, Klaus, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Gesellschaft des Kaiserreichs, in: Langewiesche (Hrsg.), 150—58
Schorske, Carl E., German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism, Cambridge, Massachusetts 1955
Schröder, Hans-Christoph, Eduard Bernstein als Historiker der Englischen Revolution, in: Geschichte und Gesellschaft, 2/1981, 219—54
—, Eduard Bernsteins Stellung zum Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), 166—213
—, Gustav Noske und die Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreich, Berlin, Bonn 1979
—, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914, Teil 1, 2. Aufl., Bonn—Bad Godesberg 1975
—, Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte, Göttingen 1973
Schröder, Wilhelm, Bismarcks Postdampferlinien und die Sozialdemokratie, in: Wissenschaftliche Annalen, 1/1957, 5—27
Schulte—Althoff, Franz-Josef, Koloniale Krise und Reformprojekte. Zur Diskussion über eine Kurskorrektur in der deutschen Kolonialpolitik nach der Jahrhundertwende, in: Heinz Dollinger, u.a. (Hrsg.), Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982, Münster 1982, 407—25
Schulz, Gerhard, Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung der auswärtigen Beziehungen vor 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens und des Parteiwesens, Diss., MS, Berlin 1952
Schulze, Hans, 'Bernstein-Renaissance' — Tendenzen, Ziele, Folgen, in: DZfPh, 6/1981, 671—81
Schuster, Dieter, Das preussische Dreiklassenwahlrecht, der politische Streik und die deutsche Sozialdemokratie bis zum Jahr 1914, Diss., MS, Bonn 1958
Searle, G. R., The Quest for National Efficiency 1899—1914, Berkeley 1971
Semmel, Bernard, Imperialism and Social Reform. English Social-Imperial Thought 1985—1914, London 1960

Siep, Ludwig, Vertragstheorie – Ermächtigung und Kritik von Herrschaft?, in: Udo Bermbach und Klaus-M. Kodalle (Hrsg.), Furcht und Freiheit. Leviathan-Diskussion 300 Jahre nach Thomas Hobbes, Opladen 1982, 129–45

Skinner, Quentin, The Limits of Historical Explanations, in: Philosophy 41 (1966), 199–215

–, Meaning und Understanding in the History of Ideas, in: History and Theory, 1/1969, 3–53

–, More's Utopia, in: Past and Present 38 (1967), 153–68

Smith, Woodruff D., The German Colonial Empire, Chapel Hill 1978

–, The Ideology of German Colonialism, 1840–1906, in: Journal of Modern History 46 (1974), 641–62

Spellmeyer, Hans, Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag, Stuttgart 1931

Stegmann, Dirk, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln, Berlin 1970

–, Wirtschaft und Politik nach Bismarcks Sturz. Zur Genesis der Miquelschen Sammlungspolitik 1890–1897, in: Geiss, Imanuel und Wendt, Bernd Jürgen (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973, 161–84

Steigerwald, Robert, Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland, Berlin 1980

–, Im Namen Bernsteins: 'Einheit' wofür und wogegen?, in: Marxistische Blätter, 4/1978, 48–55

Steinberg, Hans-Josef, Die Herausbildung des Revisionismus von Eduard Bernstein im Lichte des Briefwechsels Bernstein-Kautsky, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), 37–46

–, Revolution und Legalität. Ein unveröffentlichter Brief Friedrich Engels' an Richard Fischer, in: International Review of Social History 12 (1967), 177–89

–, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, 4.Aufl., Berlin, Bonn–Bad Godesberg 1976

–, Die Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Imperialismus zwischen den Kongressen in Stuttgart und Basel (1907–1912) unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Sozialdemokratie, in: ITH-Tagungsberichte 6 (1974), 17–30

–, Zur politischen Aktualität von Eduard Bernstein, in: Die Neue Gesellschaft, 12/1977, 1014–17

Steinberg, Maxime, Belgique: La Crise congolaise dans le parti ouvrier

Belge (1907–1908), in: Haupt, Georges und Reberioux, Madeleine (Hrsg.), La deuxieme Internationale et l'Orient, Paris, 1967, 105–35
Stengers, Jean, The Congo Free State and the Belgian Congo before 1914, in: L. H. Gann and Peter Duignan (eds.), Colonialism in Africa 1890–1960, Vol. 1, Cambridge 1969, 261–92
Stoecker, Helmut, Die Annexionen von 1884/85, in: Stoecker (Hrsg.), 15–27
–, Die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika: Allgemeine Fragen, in: Stoecker (Hrsg.), 153–84
– (Hrsg.), Drang nach Afrika. Die koloniale Expansionspolitik und Herrschaft des deutschen Imperialismus in Afrika von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, Berlin 1977
Stokes, Eric, Late Nineteenth-Century Colonial Expansion and the Attack on the Theory of Economic Imperialism: A Case of Mistaken Identity?, in: Historical Journal 12 (1969), 285–301
Stone, Norman, Europe Transformed 1878–1919, Glasgow 1983
Stössinger, Felix, Bolschewismus oder revolutionärer Revisionismus, in: Frankfurter Hefte, 3/1953, 507–18
Strutyński, Peter, Die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten in der deutschen Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende, Köln 1976
Stürmer, Michael, Eine Politische Kultur – oder zwei? Betrachtungen zur Regierungsweise des Kaiserreichs, in: Pflanze (Hrsg.), 143–54
Tampke, Jürgen, Bismarcks Sozialgesetzgebung: Ein wirklicher Durchbruch?, in: Wolfgang J. Mommsen (in Zusammenarbeit mit Wolfgang Mock) (Hrsg.), Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Grossbritannien und Deutschland 1850–1950, Stuttgart 1982, 79–91
Tennstedt, Florian, Arbeiterbewegung und Familiengeschichte bei Eduard Bernstein und Ignaz Zadek. Hilfswissenschaftliche Mitteilungen zu persönlichen Aspekten von Revisionismus und Sozialreform bei deutschen Sozialdemokraten, in: IWK, 4/1982, 451–81
Tetzel, Manfred, Eduard Bernstein und der "demokratische Sozialismus", in: DZfPh, 6/1980, 730–37
Tetzlaff, Rainer, Koloniale Entwicklung und Ausbeutung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas 1885–1914, Berlin 1970
Thompson, E. P., William Morris. Romantic to Revolutionary, London 1977
Tichelman, Fritjof, Die Kolonialpolitik der westeuropäischen Sozialdemokratie in der Zeit der II. Internationale, in: ITH-Tagungsberichte 12 (1981), 72–82
Trotnow, Helmut, Karl Liebknecht. Eine politische Biographie, Köln 1980

Tschubinski, Wadim, Wilhelm Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973
Turkka, Tapani, Parlamentarismin mahdollisuudesta (Über die Möglichkeit des Parlamentarismus), Lizentiatsarbeit, Univ. Tampere 1983
Ullrich, Volker, Emanzipation durch Integration? Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung bis 1914, in: Das Argument, Sonderband 1972, 104–47
Vatikiotis, P. J., The Modern History of Egypt, London 1969
Veit-Brause, Irmline, Zur Kritik an der "Kritischen Geschichtswissenschaft": Tendenzwende oder Paradigmawechsel?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1/1984, 1–24
Vettes, William George, The German Social Democrats and the Eastern Question 1848–1900, in: The American Slavic and East European Review, Vol. 17, 86–100
Victor, Max, Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Fragen der auswärtigen Politik 1869–1914, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 60. Bd., Tübingen 1928, 147–79
Villain, Fritz, Zur Genesis der Mitteleuropakonzeption Friedrich Naumanns, in: Jahrbuch für Geschichte 15, Berlin 1977, 207–15
Vranicki, Predrig, Geschichte des Marxismus, 1. Bd., Frankfurt am Main 1972
Wachenheim, Hedwig, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Opladen 1971
Walther, Rudolf, "...aber nach der Sündflut kommen wir und nur wir". "Zusammenbruchstheorie", Marxismus und politische Defizit in der SPD, 1890–1914, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1981
Warren, Bill, Imperialism: Pioneer of Capitalism, London 1980
Warwick, Peter (ed.), The South African War. The Anglo-Boer War 1899–1902, London 1980
Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, 4. Aufl., München 1976
–, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, 5. Aufl., Göttingen 1983
–, Industrial Growth and Early German Imperialism, in: Richard Owen and Bob Suttcliffe (eds.), Studies in the Theory of Imperialism, London 1972, 71–92
–, Probleme des Imperialismus, in: id., Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918. Studien zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1970, 113–34
–, Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Würzburg 1962
Weinberger, Gerda, Die deutsche Sozialdemokratie und die Kolonialpoli-

tik. Zu Einigen Aspekten der sozialdemokratischen Haltung in der kolonialen Frage in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in: ZfG, 3/1967, 402–23
Wette, Wolfram, Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung, Stuttgart 1971
Winter, J. M., Socialism and the Challenge of War. Ideas and Politics in Britain 1912–18, London and Boston 1974
Wirz, Albert, Die deutschen Kolonien in Afrika, in: Rudolf von Albertini, Europäische Kolonialherrschaft 1880–1914, Zürich 1976, 302–27
Wistrich, Robert S., Back to Bernstein?, in: Encounter, 6/1978, 75–80
Witt, Peter-Christian, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschlands, Lübeck und Hamburg 1970
–, Innenpolitik und Imperialismus in der Vorgeschichte des 1. Weltkrieges, in: Holl/List (Hrsg.), 7–34
Wittig, Peter, Der englische Weg zum Sozialismus. Die Fabier und ihre Bedeutung für die Labour Party und die englische Politik, Berlin 1982
–, Intellektuelle in der Politik: Zur Entwicklung des englischen Fabier-Sozialismus, in: Neue Politische Literatur, 1/1980, 43–61
Wolfe, Willard, From Radicalism to Socialism. Men and Ideas in the Formation of Fabian Socialist Doctrines 1881–1889
Wolter, Heinz, Marxismus und Opportunismus in der Auseinandersetzung um die aussenpolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie 1890/91, in: Bartel, u.a. (Hrsg.), 485–526
Ziebura, Gilbert, Interne Faktoren des französischen Hochimperialismus 1871–1914. Versuch einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, in: Ziebura/Haupt (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789, Gütersloh 1975, 282–330
Zimmermann, Moshe, A Road not Taken – Friedrich Naumann's Attempt at a Modern German Nationalism, in: Journal of Contemporary History 17 (1982), 689–708

Personenregister

